Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

20. Wahlperiode

25. Sitzung vom 26. und 27. Juni 2017 (1. Sitzungstag vom 26. Juni 2017)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1.	Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw. Gemeinderäte	S. 3	GRin Brigitte Meinhard-Schiebel	S. 51 S. 52
2.	Mitteilung des Einlaufs	S. 3	GR Mag. Thomas Reindl	S. 53 S. 55
3.	Gedenken an den verstorbenen Gebär-		- 1 3 3	S. 56 S. 57
J.	densprachdolmetscher			S. 58
	Christian Bruna	S. 3		S. 59
	Official Brand	0.0	3, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1,	S. 60
4.	01808-2017/0001-GFW; MA 5, P 1:		runion ou un magnitoriato praurio.	0.00
	Rechnungsabschluss der Bundeshaupt-		Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt	
	stadt Wien 2016		und Wiener Stadtwerke	
	Berichterstatterin		Rednerinnen bzw. Redner:	
	Amtsf. StRin Mag. Renate Brauner	S. 3	GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc	S. 63
			, J	S. 65
	Allgemeine Beratung des Rechnungsab-		9 9	S. 67
	schlusses Wien 2016		5 55 7	S. 69
	Rednerinnen bzw. Redner:			S. 72
	GRin Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES	S. 9	GR Michael Stumpf, BA	
	StR Mag. Gernot Blümel, MBA	S. 11	(11111111111111111111111111111111111111	S. 74
	GR David Ellensohn	S. 12		S. 74
	VBgm Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S.	S. 15	GR Erich Valentin	0 75
	GR Christian Oxonitsch	S. 17	\	S. 75
	GR Christoph Wiederkehr, BA	S. 19		S. 75
	GRin DiplIng. Elisabeth Olischar, BSc	S. 21 S. 22	GR Mag. Rüdiger Maresch	C 77
	GR DiplIng. Martin Margulies	S. 22 S. 24		S. 77 S. 77
	GR Dominik Nepp GRin Mag. (FH) Tanja Wehsely	S. 24 S. 26	- · · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	S. 77
	GR DiplIng. Dr. Stefan Gara	S. 27		S. 76
	GR Dipiing. Dr. Stelan Gara GRin MMag. Dr. Gudrun Kugler	S. 28		S. 82
	StR DDr. Eduard Schock	S. 30		S. 83
	GRin Birgit Hebein	0. 50		S. 84
	(tatsächliche Berichtigung)	S. 31	Anton. Ott an Mag. Oil Oil Id	0. 0-
	GR Dr. Kurt Stürzenbecher	S. 32	Beratung der Geschäftsgruppe Kultur,	
	GR Mag. Wolfgang Jung	S. 33	Wissenschaft und Sport	
	GR Peter Florianschütz	S. 35	Rednerinnen bzw. Redner:	
				S. 85
	Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen,		· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	S. 87
	Wirtschaft und Internationales		GR DiplIng. Martin Margulies	S. 90
	Rednerinnen bzw. Redner:		GR Mag. Gerald Ebinger	S. 91
	GR Markus Ornig, MBA	S. 38	GRin Katharina Schinner	S. 93
	GR Mag. Manfred Juraczka	S. 39	GR Markus Ornig, MBA	S. 94
	GRin Mag. Barbara Huemer	S. 41	GR Dr. Wolfgang Ulm	S. 96
	GRin Mag. Ulrike Nittmann	S. 42	3	S. 97
	GR Friedrich Strobl	S. 44	3 - 3	S. 99
	GR DiplIng. Dr. Stefan Gara	S. 45		S. 100
	GR Dr. Kurt Stürzenbecher		•	S. 101
	(tatsächliche Berichtigung)	S. 46		S. 101
	GR Dkfm. Dr. Fritz Aichinger	S. 47	•	S. 103
	GR Mag. (FH) Alexander Pawkowicz	0.40	· ·	S. 104
	(tatsächliche Berichtigung)	S. 48	9 , ,	S. 105
	GR Peter Kraus, BSc	S. 48	3 ,	S. 106
	GR Mag. Dr. Alfred Wansch	S. 49	Amtsf. StR Dr. Andreas Mailath-Pokorny	S. 108

StRin Ursula Schweiger-Stenzel		GR Dr. Günter Koderhold	S. 122
(zur Geschäftsordnung)	S. 110	GRin Gabriele Mörk	S. 123
Beratung der Geschäftsgruppe Soziales,		GRin Mag. Barbara Huemer GRin Elisabeth Schmidt	S. 124 S. 126
Gesundheit und Frauen		GR Christian Deutsch	S. 127
Rednerinnen bzw. Redner:		GR Mag. Martin Hobek	S. 128
GR DiplIng. Dr. Stefan Gara	S. 110	GRin Mag. (FH) Tanja Wehsely	S. 130
GRin Ingrid Korosec	S. 112	GRin Dr. Claudia Laschan	S. 131
GRin Brigitte Meinhard-Schiebel	S. 114	Amtsf. StRin Sandra Frauenberger	S. 132
GR Wolfgang Seidl	S. 115	•	
GR Kurt Wagner	S. 116	Ordnungsruf an	
GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc	S. 117	GR Christoph Wiederkehr, BA	S. 21
GRin MMag. Dr. Gudrun Kugler	S. 119	•	
GRin Birgit Hebein	S. 121	Ordnungsruf an GR Markus Ornig, MBA	S. 95

(Beginn um 9.01 Uhr)

Vorsitzender GR Mag. Thomas <u>Reindl</u>: Einen schönen guten Morgen. Ich darf alle bitten, die Plätze einzunehmen.

Die 25. Sitzung des Wiener Gemeinderates ist hiermit eröffnet.

Entschuldigt sind Frau GRin Korosec von 14.30 bis 19 Uhr und Frau GRin Meinl-Reisinger ab 17 Uhr, beide sind dienstlich verhindert. Es gibt dann auch andere temporäre Entschuldigungen.

Bevor ich mit der Sitzung fortfahre, möchte ich, nachdem es leider um einen Todesfall geht, kurz um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Einer unserer Kollegen, der in unmittelbarer Nähe hier mit uns zusammengearbeitet hat, der Herr Gebärdendolmetscher Christian Brunner ist vorige Woche überraschend verstorben. Nachdem er ein sehr naher Mitarbeiter des Wiener Gemeinderates war, möchte ich ein kurzes Gedenken an den Kollegen machen. Unsere Anteilnahme ist bei der Familie. (Alle im Gemeinderatssitzungssaal anwesenden Personen erheben sich und verharren einige Zeit schweigend.) - Ich danke schön.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass von Gemeinderatsmitgliedern des Klubs der Wiener Freiheitlichen eine, des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien vier und des NEOS-Rathausklubs vier schriftliche Anfragen eingelangt sind.

Postnummer 1 der Tagesordnung betrifft den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2016.

Für die Beratung und Erledigung des Rechnungsabschlusses schlage ich folgende Vorgangsweise vor: Nach einem einleitenden Referat der Frau Amtsf. StRin Mag. Renate Brauner folgt die Allgemeine Beratung des Rechnungsabschlusses und im Anschluss daran die Debatte über die Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft und Internationales. Voraussichtlich am Dienstag dieser Woche wird nach dem Schlusswort der Berichterstatterin über die Anträge zum Rechnungsabschluss und zum Inventar abgestimmt werden.

Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall, somit können wir so fortfahren.

Ich bitte daher die Berichterstatterin, Frau Amtsf. StRin Mag. Brauner, die Verhandlungen über die Postnummer 1, den Rechnungsabschluss 2016 einzuleiten.

Berichterstatterin Amtsf. StRin Mag. Renate <u>Brauner</u>: Das mache ich sehr gerne. Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich darf Ihnen heute im Namen der Wiener Stadtregierung den Rechnungsabschluss des Jahres 2016 vorlegen. Wie gewohnt, diskutieren wir in den kommenden Tagen auch die Rechnungsabschlüsse der Unternehmungen und legen im Sinne konsequenter Transparenz, die wir seit Jahren immer weiter ausbauen, auch heuer erneut einen Finanzschulden- und den Subventionsbericht für 2016 vor.

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, so wie der Voranschlag unsere in Zahlen gegossenen Vorhaben repräsentiert, so ist der Rechnungsabschluss ein in Zahlen gegossenes Fazit der Arbeit des letzten Jahres. Ich weiß, gerade in Vorwahlkampfzeiten ist es manchmal besonders schwer, sich sachlich und ernsthaft mit so einer komplexen Materie wie den Wiener Finanzen auseinanderzusetzen, aber ich verliere nicht die Hoffnung, dass es allen Beteiligten darum geht, unser schönes Wien gemeinsam weiterzubringen und dafür zu sorgen, dass Wirtschaftswachstum und Fortschritt auch wirklich bei den Wienern und Wienerinnen ankommen, und wir damit eine konstruktive und vor allem offene Debatte, eine intensive Auseinandersetzung mit den Zahlen des vergangenen Jahres führen. Das ist schließlich unsere Pflicht gegenüber den Wienern und Wienerinnen, denn es ist ihr Steuergeld, das wir hier verwalten und in die Zukunft unserer Stadt investieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, Wien hat als Stadt mit beinahe 1,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern eine zentrale Funktion für Österreich, aber auch für Europa. Mit dieser Rolle steht unsere Stadt vor zahlreichen Herausforderungen. Immer mehr Menschen ziehen in Ballungsräume, suchen und finden dort Arbeit, gründen Unternehmungen, gründen Familien, die wiederum leistbare und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung brauchen, Bildungseinrichtungen, Pflege für ihre älteren Angehörigen. Wien wächst. Um das alles zu bewerkstelligen, braucht es gut ausgebaute Infrastruktur, Investitionen in Zukunftsbereiche, Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Wohnbau. Das alles muss finanziert werden.

Wien steht auf Grund seiner Größe vor Herausforderungen, die kleinere Gemeinden, die oft Abzugsgemeinden sind, aus denen Menschen wegziehen, in dieser Form nicht kennen. Und damit, sehr geehrte Damen und Herren, stehen wir nicht alleine da. Ein Blick über die Bundesländergrenzen genügt, um festzustellen, dass wachsende Regionen alle vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Sei das Bregenz, sei das St. Pölten, sei das Linz, es hat sich bei den Finanzausgleichsverhandlungen gezeigt, über die ich ja hier berichtet habe. Alle waren sich einig, dass wachsende Gemeinden finanziellen Spielraum benötigen, um Zukunftsinvestitionen tätigen zu können.

Aber auch ein Blick über die Staatsgrenzen hinweg zeichnet dasselbe Bild. Ich war vor zwei Woche beim Chicago Forum on Global Cities und konnte dort mit Bürgermeistern von wirklichen Großstädten aus aller Welt diskutieren. Toronto war vertreten, Melbourne, Chicago, Kapstadt, Amman, Dublin, Budapest, Philadelphia, und so weiter, und so fort. Alle waren sich über tragfähige Zukunftsstrategien größtenteils einig. Was sehen denn renommierte internationale VertreterInnen aus Politik, weltweit anerkannte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen oder auch Medienvertreter und vertreterinnen als Antwort auf die Herausforderungen, mit denen sich große Städte und Ballungszentren konfrontiert sehen?

Erlauben Sie mir, nur zwei Statements vom Chicago Forum on Global Cities zu zitieren. "Social services, transportation and educating people is critical to bridge urban economic segregation!" Also: Sozialeinrichtungen, günstige Öffis, Bildung, das ist entscheidend für den sozialen Zusammenhalt. Oder aber auch: "Universal free day care for the first six years of a child's life to achieve equity." - Das kann man kürzer zusammenfassen: Gratiskindergarten, sehr geehrte Damen und Herren.

Das kommt Ihnen vielleicht bekannt vor, viele dieser Forderungen sind nämlich in Wien Realität und sorgen für die hohe Lebensqualität in unserer Stadt, auf die sich die Wiener und Wienerinnen tagtäglich verlassen können. Das ist eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aller Geschäftsgruppen, sei es der öffentliche Wohnbau, sei es die Gratiskinderbetreuung, seien es die leistbaren und gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsmittel, sei es die ausgezeichnete Gesundheitsversorgung in Wien, seien es der Klimaschutz, das leistbare und breite Kulturangebot, das in dieser Stadt allen Bewohnern und Bewohnerinnen gleichermaßen zur Verfügung steht und die Stadt damit für alle erlebbar macht. Der Kurs der rot-grünen Koalition ist klar: gut ausgebaute Städte, in denen alle, unabhängig ihrer sozialen Herkunft, unabhängig ihres Geschlechts und unabhängig ihres Geburtsortes profitieren, sehr geehrte Damen und Herren. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise, der - und das kann man nicht oft genug wiederholen - schlimmsten Krise seit den 30er Jahren, zeichnen sich in Österreich, in Europa erste zarte Pflänzchen der wirtschaftlichen Erholung ab. Die Wirtschaft wächst schneller als prognostiziert, in den vergangenen Jahren haben wir leider immer das Umgekehrte erleben müssen. Während das WIFO heute vor einem Jahr, als wir an dieser Stelle den Rechnungsabschluss 2015 diskutiert haben, noch von einem Wirtschaftswachstum von knapp 1,0 Prozent ausgegangen ist, ist die aktuellste Prognose vom Mai 17 plus 1,7 Prozent Wachstum.

Das liegt zum Teil an der Steuerreform des Bundes. die langsam ihre Wirkung entfaltet, nicht zuletzt aber auch an der konsequenten Investitionspolitik der öffentlichen Hand, der Bundesländer, der Gemeinden und eben auch Wiens. Trotz aller wirtschaftlicher Herausforderungen haben wir unsere Investitionen auf konstant hohem Niveau gehalten. Seien es die 4,7 Milliarden nachfragewirksamen Ausgaben, die wir 2016 wieder investiert haben, oder 1,6 Milliarden EUR direkte Investitionen durch den Magistrat, um Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Das bedeutet, dass Wien statt eines prognostizierten Bruttoregionalproduktes von 86,5 Milliarden auch für 2016 auf ein Bruttoregionalprodukt von über 87 Milliarden EUR kommt. Damit hat Wien pro Kopf erneut das höchste Bruttoregionalprodukt aller Bundesländer, und zwar deutlich, etwa um 50 Prozent höher als Niederösterreich und 20 Prozent höher als Oberösterreich.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich war schwer verwundert über die Aussendung eines Herrn aus dieser

Runde, er sitzt auf der anderen Seite, dort drüben. Es war konkret der Herr Gudenus, der vor zwei Wochen behauptet hat, Wien sei für internationale Unternehmungen nicht attraktiv genug. Sehr geehrte Damen und Herren, mit der Realität der Wiener Wirtschaft hat das wenig bis nichts zu tun. Fakt ist, der Wirtschaftsstandort ist und bleibt erfolgreich. Manche lassen sich vielleicht von Fakten nicht beirren, nichtsdestotrotz möchte ich die Zahlen für alle anderen Kollegen und Kolleginnen, vor allem aber auch für die Zuschauer und Zuschauerinnen am Livestream - ich denke, die wird das interessieren - nennen und sie informieren, denn 2016 war für die Wiener Wirtschaft in vielerlei Hinsicht ein Rekordjahr.

2016 vermeldete die Wirtschaftskammer 8.952 Unternehmensgründungen. Brechen wir das einmal herunter: Das bedeutet, dass in Wien jeden Tag 25 neue Unternehmungen entstehen. Alle 57 Minuten gründen kluge, innovative Köpfe ein neues Unternehmen. Damit sind wir auch hier Platz 1 bei den Bundesländern, und das, nebenbei bemerkt, unangefochten seit 27 Jahren. Und mir ist klar, dass nicht alle diese Unternehmungen von gleicher Qualität sind, dass manche es von Anfang an sehr schwer haben. Aber schlechtreden, sehr geehrte Damen und Herren, hilft sicher nicht, unsere Angebote helfen schon. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Aber schauen wir uns einmal die so kritisierten internationalen Ansiedlungen an. 2016 siedelten sich 178 neue internationale Betriebe in Wien an, und Sie vermuten es vielleicht, wieder ein historischer positiver Rekordwert für Wien. Was bedeutet das im Bundesländervergleich? Das sind fast 6 Mal so viele internationale Betriebsansiedlungen als im zweitplatzierten Salzburg mit 31. Einen weiteren Rekord kann ich Ihnen mit auf den Weg geben: 2016 hatten 221 internationale Unternehmungen ihre Headquarters in Wien, so viele, wie nie zuvor. Und was schätzen gerade diese internationalen Unternehmungen so an Wien? Es sind die ausgebaute Infrastruktur wie der öffentliche Verkehr, vor allem aber auch die kreativen und hochqualifizierten Arbeitskräfte in unserer Stadt. Und nicht zuletzt siedeln sie sich dank unserer Wirtschaftsagentur jedes Jahr in diesem hohen Ausmaß an. Denn mit dem maßgeschneiderten Beratungs- und Betreuungsangebot begleitet die Wirtschaftsagentur die Unternehmungen von Anfang an bis zur tatsächlichen Ansiedelung. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wirtschaftsagentur zu bedanken. Ihr tragt jeden Tag wesentlich zur Attraktivität und zum Erfolg des Wirtschaftsstandortes Wien bei. Ein großes Dankeschön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Wien ist und bleibt ein attraktiver Standort für Unternehmungen. Ich möchte nur exemplarisch die größten Ansiedelungen des letzten Jahres anführen und will die Unternehmer und Unternehmerinnen selbst zu Wort kommen lassen. Das Familienunternehmen Prangl zum Beispiel ist von Brunn am Gebirge nach Liesing gezogen und hat dort im Jänner ihr Headquarter bezogen. 67.000 m², 265 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und warum? Ich zitiere hier den Geschäftsführer Christian Prangl: "Auf Grund der guten Verkehrsanbindung, der

verfügbaren Fläche und der Unterstützung durch die Wirtschaftsagentur Wien haben wir uns schlussendlich entschlossen, wieder nach Wien zurückzukehren." Zitat Ende.

café+co Österreich errichten ein neues Headquarter in Liesing: 3.800 m², 230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der CEO von Hoerbiger erklärt, warum er seinen Standort in Wien weiter ausbauen will. Ich beginne mit dem Zitat: "Standorte mit hohem Ausbildungsniveau sind hier ganz klar im Vorteil. Für uns ist Wien äußerst inspirierend. Für Unternehmungen sind Offenheit und Gespür für die globalen Zusammenhänge einer international orientierten Wirtschaft entscheidende Kriterien. Wien ist eine weltoffene Stadt, da fühle auch ich mich gerne zugehörig." Und nicht zuletzt sei noch die Rekordinvestition von Boehringer Ingelheim erwähnt. Hier gab es erst kürzlich den Entschluss, die Investition noch einmal aufzustocken. 700 Millionen investiert Boehringer Ingelheim in den Standort und schafft damit direkt 500 neue Arbeitsplätze, aber viele, viele mehr indirekt, nicht nur beim Bau, sondern auch in Folge. Und ich muss an dieser Stelle noch einmal unterstreichen: die größte Unternehmensinvestition in Wien seit sich General Motors unter Kreisky hier angesiedelt hat.

Wer wirklich, sehr geehrte Damen und Herren, am Erfolg unserer Stadt interessiert ist, trägt genau diese Erfolgsgeschichten in die Welt hinaus. Wir sind gewählt, um für und nicht gegen unsere Stadt zu arbeiten. Um sie besser zu machen und nicht schlechtzureden. Das ist unser Arbeitsauftrag, sehr geehrte Damen und Herren! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht dass Sie mich falsch verstehen, selbstverständlich verschließen wir nicht die Augen vor den bestehenden Herausforderungen und ruhen uns schon gar nicht auf bestehenden Erfolgen aus. Trotz erfreulicher Nachrichten gibt es noch sehr viel zu tun. Genau deshalb haben wir uns als rotgrüne Stadtregierung gemeinsam zu Maßnahmen entschlossen, um die Wiener Wirtschaft zu entlasten, zu fördern, dort, wo uns das als Gemeinde möglich ist. Exemplarisch sei die Abschaffung der Vergnügungssteuer zu erwähnen, faire Regeln bei der Vermietung von Privatunterkünften und die neuen fairen Regeln beim Mietwagen- und Taxigewerbe. Das alles machen wir, um die Wiener Unternehmen zu unterstützen, einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen.

Bei einigen Dingen ist aber Wien vom Bund abhängig. Die Stadt Wien möchte bürokratische Hürden zur Ausübung von wirtschaftlicher Tätigkeit noch weiter abbauen. Im Jahr 2015 lag die durchschnittliche Dauer von Betriebsanlageverfahren Wien-weit bei rund drei Monaten. Um hier in vielen Punkten noch besser zu werden, braucht es zwingend eine Reform der Bundesgewerbeordnung. Wesentlich dabei ist, dass neben Preis auch Qualität zählt, das erfolgreiche duale Ausbildungssystem gestärkt und der Konsumentlnnenschutz ernstgenommen wird. Folgende Punkte wären aus Sicht der Stadt Wien unbedingt zu berücksichtigen: Reduzierung von reglementierten Gewerben auf ein Mindestmaß, kein Betriebsanrecht bei vorübergehender Tätigkeit und die

Aufforderung zur Mängelbehebung, statt sofortiger Verwaltungsstrafe. Gerade aus der selbsternannten Wirtschaftsecke hätte ich mir besonders in diesen Anliegen mehr Unterstützung gewünscht. Mittlerweile hat sich herausgestellt, bei der Gewerbeordnung hat es zumindest zum Thema "Single License" glücklicherweise doch noch Bewegung gegeben. Ich bin zuversichtlich, dass wir auf Bundesebene noch zu einer tragfähigen Einigung kommen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, das bringt mich nun zu einem Thema, das nicht immer in Kenntnis aller Zahlen und Fakten, dafür aber mit viel Leidenschaft diskutiert wird, die Verschuldung Wiens. Ja, wir stehen uneingeschränkt zum Wiener Weg. Ich habe vorhin ausgeführt, dass das Wirtschaftswachstum zwar leicht anzieht, aber für uns noch immer zu gering ist. Dieses moderate Wirtschaftswachstum haben wir in der Vergangenheit und werden es auch in der Zukunft stützen. Und ja, dafür nehmen wir eine moderate Verschuldung in Kauf.

Sehen wir es uns doch einmal im Detail an. Der Schuldenstand Wiens beträgt mit dem Rechnungsabschluss 2016 6 Milliarden EUR. Das sind Schulden in der Höhe von 3.200 EUR pro Kopf. Ist das viel? Darauf gibt der Bundesländervergleich eine erste Antwort. Wie auch bisher steht Wien Ende 2016 auf dem viertletzten Platz aller Bundesländer, im unteren Mittelfeld. Trotzdem wird oft so getan, als stünde Wien einsam an der Spitze bei der Verschuldung aller Bundesländer. Wagen wir doch den genauen Bundesländervergleich. Wer steht an der Spitze? Es ist Niederösterreich, sehr geehrte Damen und Herren. Heuer wird dort zum ersten Mal die Zehn-Milliarden-Euro-Grenze überschritten, wenn man Länderund Gemeindeschulden addiert. Und das, obwohl Niederösterreich deutlich weniger Einwohner und Einwohnerinnen als Wien hat. Denn - das wissen Sie zwar, aber lassen es gerne weg - nur dann sind Schuldenstände vergleichbar. Wien ist selbstverständlich Stadt und Land gemeinsam. Wie hoch werden denn die Pro-Kopf-Schulden Niederösterreichs sein? 6.000 EUR pro Kopf. Ich darf in Erinnerung rufen: Wien 3.200, Niederösterreich 6.000 EUR. So gerne werden Vergleiche herangezogen, da höre ich nie etwas.

Aber machen wir einen Blick über die Staatsgrenzen hinaus. Wir diskutieren doch so oft das Beispiel Deutschland. Reden wir über München, dieses Beispiel wird so gerne genannt. Wie sieht es dort aus? Eine Pro-Kopf-Verschuldung von 3.400 EUR. Also man kann sagen, am selben Level, aber Wien liegt sogar drunter. Vergleiche mit Hamburg und Berlin fallen noch deutlicher aus. - Also, auch der internationale Vergleich zeigt, dass die Verschuldung Wiens moderat und verkraftbar ist und dass das Geld vernünftig investiert wird.

Ein weiterer Fakt, sehr geehrte Damen und Herren: Wien hat heuer die Vorgaben für das Maastricht-Defizit eingehalten, ja sogar übererfüllt. 2016 wäre ein strukturelles Defizit von 121,4 Millionen zulässig gewesen, Einmalkosten, die im Rahmen der Flüchtlingsbewegung von 2014 bis 2016 entstanden, konnten - genau, wie es der Bund gemacht hat - aus dem Maastricht-Defizit her-

ausgerechnet werden. Wir haben das, wie gewohnt, offen und transparent im Rechnungsabschluss. 121,4 Millionen EUR strukturelles Defizit waren erlaubt, Wien erreichte 113,3 Millionen EUR. Wir halten unsere Vorgaben wie gewohnt ein. Und wir werden diesen Wiener Weg mit Maß und Ziel weiterführen, so lange es notwendig ist, das Wirtschaftswachstum zu stützen, sehr geehrte Damen und Herren. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Letztes Jahr haben wir noch eine weitere wichtige Maßnahme auf Schiene gebracht. Im Jahr 2013 - Sie erinnern sich, wir haben lange darüber diskutiert - hat die Stadt Wien ein umfassendes Gesetz zur risikoaversen Finanzgebarung beschlossen und übrigens als bisher einzige österreichische Gebietskörperschaft eine Strategie zum Abbau der Fremdwährungsfinanzierung vorgelegt. Nachdem die schweizerische Nationalbank im Jänner 2015 die Wechselkursuntergrenze aufgehoben hat, was kurzfristig zu einer schnellen Aufwertung des Schweizer Franken führte, hat die Stadt selbstverständlich diese Strategie überarbeitet. Die neue Strategie sieht einen geordneten Ausstieg aus den Fremdwährungsschulden in Tranchen ab dem 2. Halbjahr 2016 vor. Das soll sicherstellen, dass der langfristig finanzielle Vorteil, der sich durch die Schweizer-Franken-Finanzierung für die Stadt Wien und damit für die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen ergeben hat, soweit wie möglich erhalten wird. 2016 haben wir die erste Tranche in der Höhe von 150 Millionen bereits konvertiert. Das brachte in Relation zum in der Ausstiegsstrategie vorgesehenen Richtwert eine realisierte Verbesserung von 850.000 EUR.

Nebenbei bemerkt, auch 2017 wurde die Ausstiegsstrategie konsequent umgesetzt, ja, sogar überplanmäßig erfüllt. So wurden 2017 bisher 450 Millionen Finanzierung konvertiert, was eine realisierte Verbesserung zum oben zitierten Richtwert in der Höhe von 1,7 Millionen EUR brachte. Das zeigt, die überarbeitete Strategie greift und streut das Risiko für die Stadt wie von Anfang an vorgesehen.

Dies, während in anderen Rechnungsabschlüssen und ich zitiere hier die Tageszeitung "Die Presse": "Noch 2016 Anleihen in Norwegischen Kronen in der Höhe von rund 270 Millionen EUR aufgenommen, die dann wiederum in Schweizer Franken getauscht wurden. Derartige Vorgehensweisen gelten als hoch risikoreich." - Nicht wir, eine andere Gebietskörperschaft, über die man aber nicht so viel diskutiert wie Wien. Wien geht hier besonders transparent und besonders konsequent vor. Ja, ich gebe zu, wir haben lange diskutiert, aber umso umsichtiger und nachhaltiger ist das Ergebnis ausgefallen. Die überarbeitete Fremdwährungsstrategie greift, sie streut das Risiko für die Stadt. Und das ist verantwortungsvolle Finanzpolitik, sehr geehrte Damen und Herren, abseits von leeren Plattitüden und Polemik, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Sie alle wissen, mit dem Voranschlag 2017 haben wir erstmals eine mittelfristige Finanzplanung mit einem klaren Konsolidierungspfad vorgelegt. Dieser sieht vor, dass ab 2019 die Verschuldung in Prozent der Wirtschaftsleistung wieder sinkt. Für 2016 haben wir uns ebenfalls bereits ein Ziel gesetzt, und das war, Ende des

Jahres eine Verschuldung von 6,92 Prozent des Bruttoregionalproduktes aufzuweisen. Diesen Konsolidierungspfad, den wir uns selber auferlegt haben, haben wir im ersten Schritt für 2016 eingehalten - entgegen anderen Berichten in den Medien. Die Verschuldung beträgt 6,83 Prozent des Bruttoregionalproduktes und ist damit leicht niedriger als im Konsolidierungspfad vorgesehen.

Das ist nämlich verantwortungsvolle Budgetpolitik: Reale Wirtschaftsentwicklung erkennen und gegensteuern. In Zeiten, in denen das Wirtschaftswachstum schwach ist, einen rigorosen Sparkurs zu fahren, würde das letzte bisschen Wirtschaftswachstum im Keim ersticken. Wenn sich das Wirtschaftswachstum wieder auf einem höheren Niveau stabilisiert hat, werden wir Schulden wieder zurückzahlen, wie wir es auch in den Jahren vor der Krise getan haben.

Und, wir finanzieren mit unseren Fremdmittelaufnahmen nie, sehr geehrte Damen und Herren, den laufenden Betrieb, ganz im Gegenteil. Ein Blick in den Finanzschuldenbericht würde genügen. Zwei Drittel unserer Investitionen werden aus Einnahmen, aus dem laufenden Betrieb gedeckt, lediglich ein Drittel, für besondere Zusatzinvestitionen, wie zum Beispiel unser Schulcampusprogramm, wird über Fremdmittelaufnahme finanziert.

Mit unseren Investitionen schaffen wir Werte für künftige Generationen. Eine wachsende Stadt braucht wachsende Infrastruktur - Schulen, Kindergärten, öffentlichen Verkehr, Pflegeeinrichtungen, Spitäler, und so weiter. Und, es ergibt sich die doppelte Dividende: Einerseits schaffen wir damit Beschäftigung, andererseits entstehen Werte für künftige Generationen. Das ist verantwortungsvolle Politik, die die Stadt braucht, um ihre Zukunft nachhaltig zu gestalten, ohne Wiener und Wienerinnen bei dieser Entwicklung außen vor zu lassen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Denn eines möchte ich in diesem Zusammenhang schon betonen: Manche betreiben gerade eine gravierende Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft. Wir erleben ein Ausspielen von Armen gegen noch Ärmere, ein Ausspielen von Flüchtlingen gegen Alteingesessene, ein Ausspielen von Männern gegen Frauen. Keines dieser Konzepte, keiner dieser Konflikte schafft nur einen einzigen Arbeitsplatz. Keiner dieser Konflikte hat nur ein einziges Prozent Wirtschaftswachstum gebracht. Die Zitate der Unternehmer und Unternehmerinnen, die ich Ihnen vorher präsentiert habe, zeigen sehr deutlich: Wien lebt von sozialer und gesellschaftlicher Sicherheit. Wien lebt von Internationalität und Weltoffenheit. Solche Debatten, wie ich sie vorher beschrieben habe, sind kontraproduktiv und schaden dem Wirtschaftsstandort Wien, sehr geehrte Damen und Herren. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Wie ich vorher bereits angeführt habe, gibt es erste zarte Pflänzchen eines Wirtschaftsaufschwungs, der sich auch auf dem Wiener Arbeitsmarkt niederschlägt. Auch hier können wir von einem leichten Beginn einer Trendwende sprechen. Der Wiener Arbeitsmarkt unterscheidet sich sehr deutlich vom anderen in Restösterreich. Kaum ein Arbeitsmarkt ist auf Grund der Struktur so dyna-

misch, und kaum ein Arbeitsmarkt war in den letzten Jahren und Jahrzehnten einem solchen Strukturwandel unterworfen wie der unsere. Auf Grund der hohen Produktivität benötigen wir in Wien ein noch höheres Wirtschaftswachstum, um Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken. Wir sprechen hier von einem dauerhaften Wachstum von über 2 Prozent.

Nichtsdestotrotz zeichnet sich bereits seit Monaten ab, dass unsere Qualifizierungsmaßnahmen und Investitionen gemeinsam mit der Steuerreform des Bundes langsam ihre Wirkungen entfalten. Mit über 830.000 Beschäftigten finden in Wien so viele Menschen Arbeit wie noch nie zuvor. 35.000 Personen mehr als 2013 sind in Beschäftigung, allein im letzten Jahr 15.000 Menschen mehr, die Arbeit in Wien gefunden haben.

Bei der Arbeitslosigkeit gibt es gute Nachrichten. Laut den aktuellsten Daten vom Mai 2017 steht fest: Die Arbeitslosenquote in Wien ist im Vergleich zum Vorjahr nun mittlerweile zum siebten Mal in Folge gesunken. Die Zahl der Arbeitslosen ist unter dem Stand vom Mai 2015. Der derzeitige Rückgang der Arbeitslosigkeit ist der stärkste seit zehn Jahren. Erstmals seit 2011 ist auch die Summe der Arbeitslosen und SchulungsteilnehmerInnen im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Das sind erfreuliche Nachrichten, auf denen wir uns aber keinesfalls ausruhen dürfen. Im Gegenteil, jeder arbeitslose Wiener/jede arbeitslose Wienerin ist einer oder eine zu viel. Wir müssen alle Kraft gemeinsam mit dem Bund darin stecken, die Wienerinnen und Wiener wieder in Beschäftigung zu bringen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.) - Danke für den Applaus, das gibt mir die Gelegenheit, mich ein bisschen entsprechend den Saunatemperaturen (eine Jacke ausziehend) zu kleiden.

Dieser Erfolg, den ich jetzt angesprochen habe, sehr geehrte Damen und Herren, ist nicht zuletzt auch auf die exzellente Arbeit des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds zurückzuführen. Mit den zahlreichen Beratungsangeboten, den maßgeschneiderten Qualifizierungsmöglichkeiten ist der WAFF als Einrichtung einzigartig. Gerade in Wien, sehr geehrte Damen und Herren, ist eine gute Qualifikation der Schlüssel für gute Arbeit, von der Wienerinnen und Wiener auch leben können. Die Hälfte - Sie wissen es - der Arbeitslosen in Wien hat maximal Pflichtschulabschluss. Allein, wenn man den Lehrabschluss nachholt, reduziert sich das Risiko, arbeitslos zu werden, um die Hälfte. Deswegen hilft der WAFF konkret, um Bildungsabschlüsse nachzuholen. Mit dem Bildungskonto, 300 EUR für alle Berufstätigen, aber auch arbeitslose Wienerinnen und Wiener, unabhängig vom Bildungsniveau. Jeder kann das in Anspruch nehmen. Gerade für schlechter Qualifizierte, für die mit weniger Chancen, weniger Einkommen, für die, die es einfach schwerer haben, gibt es zum Beispiel den doppelten Weiterbildungstausender, wenn sie sich beruflich weiterbilden und nicht mehr als 1.800 EUR netto im Monat haben. 3.000 EUR gibt es zum Nachholen des Lehrabschlusses, zum Nachholen der Matura und Berufsreifeprüfung 1.000 EUR. Das, meine Damen und Herren, ist ein Beispiel dafür, was ich meine, wenn ich sage, unser Rechnungsabschluss ist in Zahlen gegossene Politik. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Qualifikation und Bildung fängt aber, das wissen wir, schon viel früher an, bei den Kleinsten. Das beginnt mit dem Gratiskindergarten, der ersten Bildungseinrichtung für Kinder in Wien, für die wir im abgelaufenen Jahr 750 Millionen EUR ausgegeben haben, und geht mit der Schule weiter. Ich werde nicht müde zu betonen, Wien wächst, und wir müssen dieses Wachstum positiv gestalten. Und das ist gerade im Bildungsbereich eine Riesenherausforderung. Zwei Fakten, die das verdeutlichen: 2016 konnte das gesamte Platzangebot an Kindergartenund Hortplätzen in Wien weiter um rund 2.000 Plätze auf 105.000 erhöht werden. Die Versorgungsquote ist somit bei den 1- bis 3-Jährigen auf rund 71 Prozent gestiegen und liegt bei den 3- bis 6-jährigen Kindern bei 106 Prozent. Im Schulbereich hat die Stadt im Jahr 2016 in Neuund Zubauten, in Erhaltung, Schulsanierung und entsprechende Maßnahmen 186 Millionen EUR investiert. 74 neue Klassen, Riesenbauprojekte, die Attemsgasse geht im September 2017 in Betrieb. Das ist Bildungspolitik, die allen Wienerinnen und Wiener zu Gute kommt.

Wir wissen aber, sehr geehrte Damen und Herren, gerade jene Personen, die die Angebote der Stadt am dringendsten brauchen, erreichen wir oft ganz besonders schwer. Um hier verstärkt unsere Zielgruppen zu erreichen, geht der WAFF seit einigen Jahren direkt in die Bezirke. Sie kennen die Wiener Wochen für Beruf und Weiterbildung. Und seit 2016 - das Jahr, über das wir diskutieren - geht der WAFF auch direkt vor die Haustür, in die Gemeindebauten, die Aktion "Ihre Chance kommt" bringt die Beratung direkt vor Ort. In diesem Zusammenhang einen herzlichen Dank an Wiener Wohnen für die exzellente Zusammenarbeit. Ich war bei einigen Aktionen dabei, und ich finde es wirklich toll zu beobachten, wie das Zusammenspiel zwischen den Institutionen im Sinne der Bewohner und Bewohnerinnen klappt. Danke an Wiener Wohnen! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Sehr geehrte Damen und Herren, Ziel aller Anstrengungen ist es, dass der Aufschwung bei den Wienerinnen und Wienern direkt ankommt. Deswegen ruhen wir uns nicht auf den bestehenden Angeboten aus, sondern arbeiten weiter. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr erfreulicherweise um 15 Prozent gesunken. Und das liegt nicht zuletzt am Qualifikationsplan Wien 2020. Die Unterstützung von Jugendlichen ist ein absoluter Schwerpunkt dieses Quali-Plans, den ich gemeinsam mit Stadt, Bund, Sozialpartnern und allen relevanten arbeitsmarktpolitischen Jugend- und Bildungsinstitutionen 2012 initiiert habe. Und der Qualifikationsplan wirkt: Weniger Jugendliche verlassen die Schule ohne Abschluss. Mehr Wienerinnen und Wiener holen den Lehrabschluss nach. Da die Struktur des Wiener Arbeitsmarktes, wie vorhin beschrieben, mehr Qualifikation braucht, werde ich mit unseren Partnern und Partnerinnen den Quali-Plan auf 2030 ausdehnen. Helfen wir gemeinsam mit, die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen dieser Stadt für die Zukunft zu rüsten. Der Quali-Plan ist das richtige Instrument, sehr geehrte Damen und Herren. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Eine österreichweit weiterhin große Baustelle ist die Beschäftigung von älteren Arbeitslosen über 50 Jahre. Die Bundesregierung hat sich vor dem Hintergrund der steigenden Altersarbeitslosigkeit mit der Aktion 20.000 ein Ziel gesetzt, 20.000 Personen, die älter als 50 Jahre alt und länger als ein Jahr arbeitslos sind, eine Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten. Im Mittelpunkt steht der Gedanke, dass in den Gemeinden, Städten, Ländern, aber auch bei gemeinnützigen Einrichtungen oft sinnvolle und durchaus wichtige Aufgaben nicht erfüllt werden können, weil es dafür keine finanziellen Mittel gibt oder sie nicht in den regulären Betrieb hineinpassen.

Wien macht bei diesem sinnvollen Projekt gerne mit. Vom Bund ist vorgesehen, dass Wien mehrere Tausend Menschen beschäftigt. Um das gut umzusetzen, wird Wien im Sommer im Rahmen eines Pilotprojektes vorerst mindestens 200 Personen in ein gefördertes Dienstverhältnis aufnehmen, sowohl im Magistrat als auch bei kommunalen Unternehmen und Einrichtungen. Damit können wir die Erfahrungen, die wir jetzt sammeln, einbringen und dann das Gesamtprojekt ausrollen. Ein großes Dankeschön an Sozialminister Alois Stöger, der es gegen den vehementen Widerstand einiger geschafft hat, diese Aktion auf Schiene zu bringen. Sie ist wirklich wichtig für Wien. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Veränderungen des Arbeitsmarktes in Wien - ganz besonders stark in Wien, wie ich vorher erläutert habe - erfordern eine kritische Auseinandersetzung und eine Gestaltung dieser Veränderung. Das stellt uns auch insbesondere vor dem Hintergrund der Digitalisierung gerade bei den Frauen vor Herausforderungen, wenn es um den Strukturwandel am Arbeitsmarkt geht. Obwohl die Wiener Frauenerwerbsquote mit 78,7 Prozent deutlich über dem Österreichschnitt liegt, der ist nämlich nur bei 74 Prozent, müssen wir Maßnahmen ergreifen, damit die Frauen bei diesem tiefgreifenden Strukturwandel nicht unter die Räder kommen. Über 8 Millionen EUR stellt der WAFF für spezielle Frauenprogramme zur Verfügung. Mit dem Programm "FRECH - Frauen ergreifen Chancen" gibt es Angebote speziell für Frauen, die neue berufliche Wege einschlagen wollen.

Berufliche Weiterbildung wird im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Arbeitswelt einen besonderen Stellenwert einnehmen. Was kann das zum Beispiel konkret bedeuten? Frauen, die in den administrativen Bereich fallen und bei kleineren Unternehmen arbeiten. Es geht darum, sie beim Erwerb von Kompetenzen in in Zukunft gefragten Bereichen, wie Webmanagement, Contentmanagement, Bildbearbeitungsprogrammen, und so weiter zu unterstützen. Das ist ein wesentlicher Beitrag, diese jedenfalls stark von der Digitalisierung betroffenen Jobs wie Büroassistentinnen, Sekretärinnen abzusichern und zukunftsfit zu machen. Leider ist es gerade so, dass viele berufstätige Frauen, vor allem die in Teilzeit - und das sind viele, zu viele - und die in schlechter bezahlten Jobs bei der Weiterbildung im Betrieb oft auf der Strecke bleiben.

Ich habe daher den WAFF beauftragt, mit FRECH 4.0 ein spezielles Angebot zu entwickeln, um

berufstätige Frauen gut für die Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt zu unterstützen. Denn wir wollen, dass die Frauen zu den Gewinnerinnen der Digitalisierung der Arbeitswelt werden, sehr geehrte Damen und Herren! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, eng mit dem Thema Arbeitsmarkt ist auch die Mindestsicherung verknüpft. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern war Wien immer an einer einheitlichen, bundesweiten Lösung interessiert und hat sich nicht mit plakativen und sinnlosen Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip begnügt. Durch das Scheitern einer gemeinsamen 15a-Vereinbarung ist die bundesweite Regelung mit Ende des Jahres 2016 ausgelaufen. Dadurch kam es zum Auseinanderdriften der Voraussetzungen für die Mindestsicherung in Österreich.

Mit einem Trugschluss, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich gleich zu Beginn aufräumen. Armutsbekämpfung ist kein Minderheitenprogramm, Armutsbekämpfung ist eine gemeinsame Aufgabe und im Interesse der gesamten Gesellschaft, denn sie sorgt für sozialen Zusammenhalt, eben nicht das Ausspielen von Armen gegen noch Ärmere, gegen Mittelschicht, und umgekehrt. Das sorgt für Sicherheit und ist im Interesse aller. Diese Sicherheit und eben dieser soziale Zusammenhalt ist nicht zuletzt ein wesentlicher Standortfaktor für Wien, sehr geehrte Damen und Herren.

Wien hat also die Wiener Mindestsicherung neu gestaltet. Während andere Bundesländer mit restriktiven Regelungen vor allem Symbolpolitik betreiben und bei den Schwächsten Kürzungen vornehmen, hat sich Wien bewusst für einen anderen Weg entschieden, Anreize, Maßnahmen, Programme zu schaffen, damit Menschen wieder in Beschäftigung kommen. Ein Arbeitsplatz ist nämlich das wirksamste Instrument gegen Armut. Möglichst viele Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, aus der Mindestsicherheit herauszuholen, bringt Wien wesentlich mehr, als den Mindestsicherungsbetrag zu kürzen und damit Obdachlosigkeit, Armut und damit Unsicherheit zu befeuern. (Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.)

Das macht gesellschaftlich Sinn, das macht finanziell Sinn, das macht menschlich Sinn. Unser Bürgermeister hat die Wiener Haltung bei der Präsentation der neuen Mindestsicherung in einem Satz klar zusammengefasst: Wir wollen Armut bekämpfen, nicht die Armen!

Ich komme zurück zum Strukturwandel. Der Strukturwandel, der unsere Gesellschaft, unsere gesamte Wirtschaft gerade jetzt besonders prägt, macht selbstverständlich nicht vor den Toren des Magistrats halt. Darum haben wir den Prozess "Wien neu denken" ins Leben gerufen, der auf den Ergebnissen der Wiener Struktur- und Ausgabenreform fußt. Dabei geht es nicht darum, mit dem Einsparungsrasenmäher quer über den Magistrat drüberzufahren, wir denken hier viel weiter: Wie soll unser Wien 2025 ausschauen? Wie soll sich die Stadt, die Kommune in diesem Wien präsentieren? Bis dahin werden noch mehr Amtswege digital abgewickelt, die persönliche Betreuung braucht es trotzdem. Wie soll das ausschauen? Wo soll das passieren? Was erwarten wir von einem Magistrat im Jahr 2025?

Wir nehmen uns die Zeit und diskutieren gemeinsam, wie wir unser Wien neu gestalten. Begonnen hat das 2016 mit der Wiener Struktur- und Ausgabenreform. Knapp 1.200 Vorschläge seitens der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu Effizienzmaßnahmen konnten gesammelt werden. Dafür möchte ich mich - da es keine Selbstverständlichkeit ist, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in einem Haus wie dem unseren sich so aktiv einbringen - bei allen sehr, sehr herzlich bedanken. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Über den Sommer wurden diese in Arbeitspakete aufgeteilt, technisch und finanziell bewertet und von der Stadtregierung einer politischen Prüfung unterzogen. Alleine im ersten Jahr konnte durch Umsetzung einiger Maßnahmen ein jährliches Einsparvolumen von 100 Millionen EUR realisiert werden. Nach diesem erfolgreichen Start begann der Prozess "Wien neu denken" mit vier Innovationsgruppen: Neuorganisation der Steuerung der Stadt, Deregulierung und Vereinfachung, Bezirksreform, Stadtteil- und Grätzelarbeit. Und auf Grund der vorgeschlagenen Maßnahmen haben wir zwei Projektgruppen installiert: Neuorganisation des KAV und Reform der allgemeinen Wohnbeihilfe und des Wohngeldes.

Als Wirtschaftsstadträtin ist es mir im Rahmen von "Wien neu denken" natürlich ein ganz besondere Anliegen, Verwaltungswege zu vereinfachen, die Entbürokratisierung voranzutreiben, Unternehmerinnen und Unternehmer in ihrer Kreativität nicht zu verlangsamen, sondern in ihrem wirtschaftlichen Erfolg, soweit es geht, bestmöglich zu unterstützen. Zu Sommeranfang werden dazu die nächsten Ergebnisse präsentiert, die klar zeigen werden, dass Wien alles daran setzt, eine moderne Verwaltung für die Wiener und Wienerinnen in der Zukunft zu sein, in dieser hohen Qualität, die sie hier in Wien bisher gewohnt sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte zusammenfassen: Das Wirtschaftswachstum hat zugelegt. Die Arbeitsmarktdaten verbessern sich. Die Budgetkonsolidierung ist auf Kurs. Nichtsdestotrotz betone ich noch einmal: Wir ruhen uns nicht aus. Im Gegenteil, wir verschließen die Augen nicht vor den Herausforderungen, mit denen die Stadt konfrontiert ist. Wir verstärken unsere Anstrengungen noch weiter. Die Verwaltungsreform zum Beispiel ist mitten in ihrer Umsetzung. Wir können stolz sein auf die Arbeit im vergangenen Jahr und die Zahlen und Entwicklungen verdeutlichen, dass unsere Maßnahmen greifen.

Ich habe bereits zu Beginn ausgeführt, Städte, Ballungszentren haben eine immer zentralere Rolle in unserer Gesellschaft, und das wird sich noch verstärken. Wir waren, sind und werden immer mehr zum Motor der Veränderung und des Fortschrittes. Das stellt uns einerseits vor große Herausforderungen, denen wir uns tagtäglich stellen. Das bietet aber auch zahlreiche Chancen, die wir voller Tatendrang, Mut, Zuversicht und dem festen Glauben an eine bessere Zukunft nutzen wollen und werden.

Bedanken, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die-

ser Stadt, dass sie auf diesem mutigen Weg mit uns gehen, dass sie die Qualität, auf die die Wiener und Wienerinnen zählen, in ihrer täglichen Arbeit hochhalten und dass sie durch ihren Einsatz, ihre Ideen und ihre Effizienz diesen Kurs beibehalten. Bei einer Rechnungsabschlussdebatte ist es mir ein Anliegen, den zahlreichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Finanzverwaltung rund um Finanzdirektor Griebler für ihre großartige Arbeit besonders zu danken und ihnen zu gratulieren. Es sind gerade die Kollegen und Kolleginnen der Finanz, die für einen reibungslosen Ablauf in unserer Stadt sorgen. Allen miteinander ein ganz herzliches Dankeschön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Und ja, wenn Sie wollen, Wien ist ein besonderes Modell. Dazu stehen wir auch. Wir sind ein sicherer Hafen, ein Fels in der Brandung, der sich gegen Sozialabbau, gegen Entsolidarisierung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, gegen den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten und gegen neoliberalen Sparwahn stemmt. Wien ist Solidarität. Wien ist sozialer Zusammenhalt und Verantwortung füreinander. Wien ist Gleichberechtigung. Wien ist Weltoffenheit. Dafür steht Wien. Und von dieser Grundüberzeugung werden wir keinen Millimeter abrücken. Jetzt nicht und auch nicht in der Zukunft! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Anhaltender Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Bevor ich die Debatte eröffne, freue ich mich, unseren Altvorsitzenden Godwin Schuster bei uns begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen, Godwin. (Allgemeiner Beifall.)

Ich eröffne die Debatte. Ich darf erinnern, dass wir in der Präsidialkonferenz eine Redezeitbeschränkung vereinbart haben. Das heißt, für NEOS stehen 28,5 Minuten zur Verfügung, für die ÖVP 32 Minuten, für die GRÜNEN 33 Minuten, für die FPÖ 55 Minuten und für die SPÖ 61 Minuten. Als erste Rednerin ist Frau GRin Mag. Meinl-Reisinger gemeldet. Ich erteile ihr das Wort, selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten.

GRin Mag. Beate <u>Meinl-Reisinger</u>, MES (NEOS): Herr Vorsitzender! Werte Frau Finanzstadträtin! Werte Mitglieder der Stadtregierung! Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ja, Frau Finanzstadträtin, Sie haben eingangs betont - wie eigentlich jedes Mal, sowohl beim Voranschlag als auch beim Rechnungsabschluss -, dass Sie sich eine sachliche Debatte wünschen. Und Sie haben auch gesagt, man soll diese Stadt nicht schlechtreden, das wäre kein gutes Zeichen nach außen. Das tun wir sicherlich nicht. Ich glaube, ich spreche im Namen der gesamten Opposition, die Vertreterinnen und Vertreter der Opposition reden die Stadt nicht schlecht. Das ist eine wunderbare Stadt, mit wunderbaren Menschen, die tagtäglich arbeiten, aufstehen, für die Gemeinschaft etwas beitragen, Wertschöpfung generieren und hier wirklich eine gute Zukunft schaffen. Es ist aber etwas anderes, mit einer Stadtregierung einverstanden zu sein oder eben nicht einverstanden zu sein. Wenn ich hier also Kritik anmerke, an Ihrer in Zahlen gegossenen Schuldenpolitik, dann ist das kein Schlechtreden der Stadt, sondern es ist geradezu Ausdruck einer unendlichen Liebe zu dieser

Stadt und einer großen Sorge, in welche Zukunft diese Stadt geht. (Beifall bei den NEOS.)

Sie haben gesprochen - so viel zum Thema Sachlichkeit -, dass Wien eine moderate Verschuldung aufweist, dass Wien vernünftig investiert. Frau Stadträtin, das sehe ich nicht. Gerade die Dynamik der Schuldenentwicklung macht mir enorme Sorgen. Und dabei kommt noch hinzu, dass Sie Jahr für Jahr nicht das einhalten, was Sie im Voranschlag präsentiert haben. Jedes Jahr machen wir verlässlich neue Schulden, in den letzten 2 Jahren waren das über 500 Millionen EUR neue Schulden, und im heurigen Jahr wird es wieder so sein. Das heißt, allein in 3 Jahren haben wir über 1,6 Milliarden Schulden geschaffen. Das ist eine enorme Dynamik, die können Sie nicht schönreden, die können Sie nicht wegreden. Und selbst wenn Sie sagen, Wien wird diesen Weg weitergehen, Sie werden sich verantworten müssen vor den Steuerzahlern und vor den Wählerinnen und Wählern 2020. (Beifall bei den NEOS.)

Wie viel Ihre Aussagen wert sind, zeigt auch ein Blick in die Vergangenheit. 2014 haben Sie gesagt, 2016 wird es ein Nulldefizit geben. 2016 lagen die Ausgaben um 357 Millionen über den prognostizierten Ausgaben. Das heißt, Jahr für Jahr stellen Sie sich beim Voranschlag hin und präsentieren Zahlen, von denen wir wissen - wir haben das auch schon einmal die sogenannte Brauner-Konstante genannt -, dass sie nicht halten werden. Jahr für Jahr stellen Sie sich hier hin und tarnen und täuschen und sind um Ausreden nicht verlegen, wenn es darum geht, dann letztlich diese Zahlen schönzureden. Sie schenken den Wienerinnen und Wienern keinen reinen Wein ein, und deshalb gibt es hier diese (Die Rednerin stellt eine Statuette, die eine roten Hand mit überkreuzten Fingern darstellt, vor sich auf das Pult.) rote Hand mit den überkreuzten Fingern, die ein Symbol dafür ist, dass das nicht ernst zu nehmen ist und dass kein reiner Wein eingeschenkt wird, wenn Sie hier Ihre Zahlen im Voranschlag präsentieren. (Beifall bei den NEOS.)

Wenn Sie sagen, Sie wollen - und das wollen wir auch - in vielen Bereichen Wien an die Spitze bringen, bei der Forschung, bei der Innovation, bei der Bildung, beim Wachstum, bei der Ansiedlung neuer Unternehmen, dann finde ich das großartig. Unsere große Befürchtung am heutigen Tag ist, dass Sie Wien auch an die Spitze beim öffentlichen Schuldenstand bringen wollen. Und sich da wiederum rauszureden und zu sagen, das ist ja gar nicht so schlimm, im Vergleich zur Pro-Kopf-Verschuldung in anderen Bundesländern stehen wir ja gut da, ist einfach nichts anderes als Schönreden.

Wenn man sich die Zahlen anschaut, die Sie hier präsentieren, wir haben 2016 Rekordeinnahmen von 11,9 Milliarden EUR gehabt. Dem gegenüber standen aber auch Rekordausgaben von 12,4 Milliarden EUR. Die logische Folge daraus ist, dass auch die Schulden steigen, und zwar, wie ich schon gesagt habe, massiv, eine Neuverschuldung von 586 Millionen EUR, mehr als einer halben Milliarde. Zur Erinnerung, bei Ihrem Amtsantritt lag der Schuldenberg der Stadt bei 1,4 Milliarden und die Prognose für den 31. Dezember 2017 liegt bei

6,5 Milliarden. Das ist eine Dynamik und eine Schuldenentwicklung, die unverantwortlich ist, unverantwortlich den Wienerinnen und Wienern gegenüber und vor allem unverantwortlich gegenüber der nächsten Generation. (Beifall bei den NEOS.)

Ich halte, ich sage das noch einmal, selbst diese Prognose zum Jahresschluss für zu konservativ. Jahr für Jahr halten die Zahlen nicht, Jahr für Jahr gehen wir davon aus, sehen wir, dass die Schulden zunehmen. Das heißt, wir können von mindestens 150 Millionen EUR mehr an Schulden ausgehen. Und dazu kommt dann auch noch - und das ist ja das, was ich immer nur als die halbe Wahrheit hier bezeichne -, dass wir ja noch die Schulden haben, nicht nur der stadteigenen Unternehmungen, sondern des ganzen ausgegliederten Bereichs, das heißt, die Schulden bei Wiener Wohnen, die Schulden beim KAV, die Schulden bei den zahlreichen anderen Beteiligungen der Stadt - ein Schuldenberg, der von Jahr zu Jahr größer wird.

Und jetzt gebe ich Ihnen die Zahlen - die kennen Sie wahrscheinlich - von der Statistik Austria, wo der öffentliche Stand nach Teilsektoren aufgelistet wird, nach Maastricht-Kriterien. Das heißt, da sind auch einige außerbudgetäre Einheiten drinnen. Wenn man sich hier die Schulden anschaut, dann steht Wien schon bei 6,939 Milliarden, also knapp 7 Milliarden EUR Schulden. Das ist eine Verschuldung von 2 Prozent des BIP. Wien an die Spitze bringen, im Vergleich dazu hat nur Niederösterreich in dieser Statistik einen höheren Verschuldensstand von 2,3 Prozent des BIP.

Das ist jedenfalls keine verantwortungsvolle Finanzund Schuldenpolitik. Sie haben hier als Beispiel für eine
verantwortungsvolle Stadtpolitik das Ausstiegsszenario
für den Franken genannt. Das finde ich schon kreativ,
das muss ich wirklich sagen. Den Frankenausstieg, der
aus großer Not heraus passieren musste, auf massiven
Druck der Opposition und auch der Medien, als verantwortungsvolle Politik zu bezeichnen, entbehrt nicht eines
gewissen Zynismus. Verantwortungslos war von Anfang
an, in diese hochspekulativen Geschäfte einzugehen, in
diese hochspekulativen Fremdwährungskredite zu gehen. Jetzt zu sagen, wenn man mit einem Verlust aussteigt, ist das verantwortungsvoll, da frage ich mich wirklich, was die Wienerinnen und Wiener davon halten.
(Beifall bei den NEOS.)

Wien hat ein Ausgabenproblem. Wir haben ein Problem in dieser Stadt mit verschwenderischer Politik. Sie haben gerade vorhin wieder gesagt, Sie erteilen der neoliberalen Sparpolitik eine Absage. Ich habe hier schon öfters gesagt, von Sparpolitik kann bei Ihnen wirklich keine Rede sein, weder können wir die 100 Millionen nachvollziehen, die Sie angeblich durch die WiStA schon eingespart haben, wir sehen außer Arbeitsgruppen und Ausgaben für Berater noch keine konkreten Ergebnisse. Ich frage mich aber auch, was mit diesen teilweise hervorragenden 1.200 Vorschlägen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist. Ich kann mich ja gut erinnern, da waren auch Vorschläge dabei, wie zum Beispiel Werbeausgaben kürzen oder nicht amtsführende Stadträte abschaffen oder sonstige sinnlose Posten abschaffen oder

wahrscheinlich auch die Parteienförderung zu kürzen, also durchaus auch mögliche Einsparungen im politischen Apparat selbst. Wenn Sie das als neoliberal bezeichnen, dann nehme ich dieses Prädikat gerne, das hat überhaupt keine Auswirkungen auf die Wienerinnen und Wiener. (Beifall bei den NEOS.) Keine einzige Leistung wird gekürzt. Dass es hier weiter sinnlose Posten gibt, bringt keinem Wiener etwas. Hier können Sie sehr wohl kürzen, und hier können Sie sehr wohl auch einsparen.

Wir haben einen massiven Reformbedarf auch beim Wiener Magistrat durch zahlreiche Doppelstrukturen bei den Geschäftsgruppen, durch Parallelzuständigkeiten. Und auch die Beraterkosten, ich habe es vorhin schon gesagt, sind ja ausufernd. Nehmen wir nur ein Beispiel her: Am Freitag konnten Sie nachlesen, dass der Medizinische Masterplan und damit die Grundlage für das Spitalskonzept 2030 mehr oder weniger Geschichte ist. Es wird nicht wie geplant zu den Zusammenlegungen kommen, es wird nicht wie geplant in einigen Bereichen Schwerpunktbildungen geben, sondern es ist jetzt eine gedankliche oder vernetzte Zusammenarbeit. Das ist nichts anderes als ein Euphemismus dafür, dass das gescheitert ist. Wie viele Millionen an Beraterhonoraren sind denn in dieses Konzept geflossen? Dieses Konzept, das Sie jetzt in den Papierkorb werfen können und de facto sowieso wieder einmal neu anfangen müssen.

Oder schauen wir auf den ganzen Bereich der Förderungen. Österreich und damit auch Wien ist ein Förderweltmeister, für wirklich jede Klientel einer jeden Regierungspartei gibt es hier Förderungen, da wie dort. Manche sind sinnvoll, keine Frage, aber die schiere Höhe im internationalen Vergleich ist unverantwortlich. Und hier muss man mutig durchforsten und man muss vor allem einmal Kriterien festlegen. Es gibt kein Fördergesetz in Wien, kein Gesetz, das festlegt, was wir eigentlich mit den Förderungen bewirken wollen. Wir geben allen ein bisserl was, damit sie nur alle schön ruhig sind, und am besten eine "Brot und Spiele"-Politik, sich wohl fühlen in der Stadt und sich hin und wieder einfach wahrscheinlich ansaufen können, und so gar nicht merken, in welche schlechte Zukunft wir da gehen. Das ist zu wenig, das ist verantwortungslos, das ist Klientelpolitik. Wir brauchen ein Fördergesetz, wir brauchen klare Kriterien, und wir brauchen eine Wirkungsorientierung im Budget, das heißt, dass wir uns auch anschauen müssen, was machen wir eigentlich mit dem Geld und hat das eigentlich auch die Auswirkungen, die wir wirklich wollen. (Beifall bei den NEOS.)

Sehr geehrte Frau Stadträtin, Sie haben uns schon sehr oft hier an dieser Stelle nicht die Wahrheit gesagt. Sie haben schon so oft an dieser Stelle den Wienerinnen und Wienern Schönfärberei, schön gefärbte Zahlen vorgegaukelt oder Zahlen präsentiert, die nicht halten werden. Damit muss endgültig Schluss sein! Wir NEOS haben Vorschläge dahin gehend gebracht, wo wir einsparen würden. Das sind alles Vorschläge, durch die keine einzige Leistung für eine Wienerin oder einen Wiener gekürzt wird. Ich erwarte mir Mut, ich erwarte mir

Entschlossenheit, und ich erwarte mir auch mehr Wahrheit. - Vielen Dank. (Beifall bei den NEOS.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas <u>Reindl</u>: Das waren genau 10 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mag. Blümel. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 20 Minuten.

StR Mag. Gernot <u>Blümel</u>, MBA: Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Stadträtin!

Das Beste an Ihrer Rede war, dass sie relativ kurz war. Aber ich verstehe auch, warum. Ich weiß nicht, wie Sie alle das wahrgenommen haben, aber es herrscht ein bisschen eine resignative Stimmung, wenn Sie reden und dazu ansetzen, den Rechnungsabschluss 2016 zu erklären. Es weiß ohnehin jeder, was kommt, es hat niemand eine übersteigerte Erwartungshaltung. Die Damen und Herren von Rot-Grün sitzen artig in ihren Bänken, applaudieren dann, wenn Sie gerade eine Pause machen - fast wie in Nordkorea. Aber jeder weiß, dass das, was Sie sagen - auch Sie selbst, so wie Sie den Vortrag gestalten -, eigentlich ein Wahnsinn ist.

Eigentlich wissen wir alle, was jedes Jahr wieder passiert. Sie kündigen etwas an, es stimmt nicht, Sie reden es schön, und das immer mit denselben Argumenten. Das Einzige, was konstant bleibt, ist, dass es ständig mehr Schulden gibt, meine Damen und Herren, und das ist schlecht. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie sagen nicht, dass diese Schuldenrucksäcke, die Sie uns umhängen, die Gebühren und die Steuern von morgen sind, dass keine Zahl in Ihrem Budget hält, zumindest keine, die mir jetzt rezent ist - das hat meine Vorrednerin auch schon klar gemacht. Wenn wir uns an den Voranschlag 2015 zurückerinnern, im Vergleich zum Rechnungsabschluss, dann wissen wir, dass 221 Millionen EUR an Neuverschuldung veranschlagt waren, am Ende des Tages waren es 528 Millionen EUR. Dasselbe jetzt wieder: Im Voranschlag 2016 340 Millionen EUR Neuverschuldung, am Ende des Tages sind es 579 Millionen EUR.

Rot-Grün II hat innerhalb von 2 Jahren die Neuverschuldung auf 1,1 Milliarden EUR getrieben. Innerhalb von 2 Jahren 1,1 Milliarden EUR neue Schulden! Überlegt man es insgesamt für die ganze Periode von Rot-Grün, das heißt, die ganzen 6 Jahre, so gab es, bevor sie die Stadtregierung übernommen haben, zirka 3 Milliarden EUR Schulden. Jetzt sind es über 6 Milliarden EUR - mehr als doppelt so viel, und da sind noch gar nicht die Ausgelagerten dabei.

Sie wissen das alles, die Frau Stadträtin weiß es. Deswegen bemüht Sie sich auch gar nicht mehr, eine Rede mit Energie und Verve zu halten. Sie liest einfach nur mehr das runter, was der Pressedienst vorlegt, und entsprechend schaut auch das Budget aus. (Beifall bei der ÖVP.)

Das alles, obwohl eigentlich in ganz Österreich und auch auf der ganzen Welt die Konjunktur wieder anzieht. Die Konjunktur zieht an, die Ertragsanteile, die Wien vom Bund bekommt, sind höher als budgetiert, die Gebühreneinnahmen sind höher als veranschlagt, und trotzdem macht Wien mehr neue Schulden als budgetiert. Es ist

eindeutig, dass Wien ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem hat.

Lustig finde ich ja immer wieder, wie Sie das begründen: Das Archiv ist ja bekanntlich die Waffe des Journalisten, aber auch das der Opposition. Den Voranschlag 2016 haben Sie mit der berühmten Brauner-Budgetformel begründet: Mehr Schulden, weniger Krise.

Ich zitiere aus der damals erschienenen APA: "Brauner begründete die erwartete Neuverschuldung mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise - und hier vor allem mit den negativen Folgen für den Arbeitsmarkt. Wien wolle mit Investitionen hier gegensteuern."

Krise, Ihre geliebte Krise! - Dazu ein paar Worte: Eine Krise ist ein begrenzter Zeitraum, und dieser ist definitiv vorbei, denn entweder ist - so wie auf der ganzen Welt - die Krise überwunden, weil die Zahlen wieder ordentlich passen, oder sie ist zum Dauerzustand geworden. In jedem Fall ist sie vorbei, also als Ausrede nicht mehr tauglich.

Weiter in Ihrem Zitat: "Gleichzeitig wird 2016 erstmals ein tatsächlicher Rückgang an den vom Bund überwiesenen Ertragsanteilen erwartet. Sie werden um rund 50 Millionen EUR unter dem Wert von 2015 liegen." - Das stimmt auch nicht, sie waren nicht darunter, sie waren um 50 Millionen EUR darüber.

Nächstes Zitat: "Sparen und gleichzeitiges Investieren, das sind die Schwerpunkte, um uns in eine gute Zukunft zu bringen, um den Weg der Konsolidierung weiter zu beschreiten." - Was für ein Konsolidierungsweg? Sie haben die Schulden in den letzten sechs Jahren verdoppelt, weder gespart noch so investiert, dass es ein Vermögen für die Stadt gibt, sondern nur dort weiter reingepumpt, wo Sie die Budgetlöcher nicht stopfen können

Die Konjunktur zieht an, die Ertragsanteile steigen, das Einzige ist: Die Schulden sinken nicht, sie steigen weiter, obwohl man sich eigentlich erwarten könnte, dass das Gegenteil passiert.

Damit komme ich zum Lieblingsausspruch von Renate Brauner, welcher das Budget betrifft: Wir spekulieren nicht, wir warten auf bessere Zeiten! Wir spekulieren nicht, wir warten auf bessere Zeiten!

Frau Stadträtin, die besseren Zeiten sind schon da! (Ruf bei der FPÖ: Für die SPÖ nicht!) Die sieben mageren Jahre sind vorbei, die sieben fetten dürften begonnen haben. Jetzt wäre die Zeit, das Budget zu konsolidieren und die Schulden endlich zu reduzieren, denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen! (Beifall bei der ÖVP.)

Aber Sie tun das nicht. Wann beginnen Sie endlich damit, die Ausgaben zu senken? Wann beginnen Sie endlich damit, ernsthaft die Mindestsicherung zu reformieren? Wann beginnen Sie endlich damit, das Frühpensionierungssystem zu reformieren? Und wann beginnen Sie endlich damit, Beschäftigungspolitik so zu machen, dass es allen Wienerinnen und Wienern zu Gute kommt?

Die Mindestsicherung ist übrigens ein gutes Beispiel: Alle Bundesländer haben verstanden, dass man hier etwas tun muss, dass es nicht so sein kann, dass jene, die Geld haben wollen - auch wenn sie nichts tun wollen -, etwas bekommen. Das ist nur in Wien so. Sie haben das scheinbar erkannt und haben dann gesagt, ja, wir verhandeln, bald gibt es eine Reform. Dieses "bald" war vor mehr als 217 Tagen, Sie haben 217 Tage lang scheinverhandelt, und am Ende des Tages ist kaum eine Änderung herausgekommen. Das ist enttäuschend, denn die Mindestsicherung kostet die Stadt jeden Tag 1,8 Millionen EUR.

20 Prozent der Bevölkerung, aber 60 Prozent der Mindestsicherungsbezieher leben in Wien! Sie haben für das Budget 2016 534 Millionen EUR für diesen Budgetposten veranschlagt, am Ende des Tages sind 659 Millionen EUR herausgekommen, und das, obwohl der Rechnungshof das entsprechend kritisiert hat. Sie haben weiter nichts getan. Weiterhin gilt: Wer möglichst viel Geld für möglichst wenig Arbeit bekommen möchte, der soll nach Wien kommen.

Das ist nicht gerecht, das ist nicht gerecht gegenüber jenen, die mit den Steuern das System finanzieren. Ich verstehe auch nicht, warum sich die ehemalige Arbeiterpartei SPÖ das zu tun traut. Ich verstehe das einfach nicht. Sie haben einfach alles über Bord geworfen, wofür Sie jemals gestanden sind. Glauben Sie ernsthaft, dass jemand, der in der Früh aufsteht, hart arbeitet und auch etwas davon haben möchte, das super findet, dass Sie mit den GRÜNEN gemeinsam jemandem Geld geben, auch wenn er eigentlich was tun könnte, aber nichts tun will? Sie sind von einer Arbeiterpartei zur Arbeitslosenpartei geworden, und das wird Ihnen die nächste Generation auch sicher nicht danken. (Beifall bei der ÖVP. – GR Dr. Kurt Stürzenbecher: Das war sehr schwach und untergriffig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Schulden von heute sind die Steuern von morgen, das hat Rot-Grün zu verantworten. - Schämen Sie sich! (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reind!**: Die Redezeit betrug 8 Minuten und 40 Sekunden. Als Nächster ist Herr GR Ellensohn zu Wort gemeldet. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 12 Minuten. - Ich erteile Ihm das Wort.

GR David <u>Ellensohn</u> (*GRÜNE*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Man ist geneigt, wenigstens den Einstieg des Vorredners zu übernehmen. Er hat nach einer Rede von StRin Brauner, die 40 Minuten dauerte, gemeint, das Beste war, dass es so kurz war. Er hat jetzt 8 Minuten gebraucht, 5 Mal so gut oder ein Fünftel so gut. (GR Mag. Wolfgang Jung: Das ist jetzt keine Argumentation!) Ich würde zumindest diesen Schmäh nicht, wenn ich vorhabe, danach eine sehr kurze Rede zu halten. Aber da müsste man halt logisch denken.

Wir werden irgendwann einen Fake-News-Bekämpfer, eine -Bekämpferin oder -Stadträtin angesichts des Zahlenwusts brauchen, mit dem schon die Eröffnung begonnen hat. Das ist aber den WienerInnen sowieso wurscht, sie haben andere Sorgen und sie interessiert es nicht, wenn wir hier gegenseitig die Redezeiten stoppen und vergleichen. Jetzt muss ich definitiv länger als 8 Minuten reden, sonst machen wir den Witz

ein zweites Mal, das könnte sich ausgehen. (GR Mag. Wolfgang Jung: Sie reden jetzt schon 2 Minuten!) – 1 Minute 10 Sekunden, falls Sie genau mitstoppen, hier läuft die Uhr mit; schon wieder falsch, na ja, kein Zeitgefühl!

Das Leben der WienerInnen dreht sich nicht um die Redezeiten des Herrn Blümel, sondern sie brauchen Wohnungen, sie brauchen Arbeit, sie würden gern in Sicherheit in Frieden miteinander leben. Das Hetzen und Hasten bringt weder einen Arbeitsplatz noch lernt irgendein Kind deswegen besser Mathematik. Das Auseinanderdividieren unserer Gesellschaft nutzt genau niemandem etwas. Deswegen muss man etwas anderes auch machen, nämlich dafür arbeiten, dass Menschen in Wien so gut wie möglich leben können. Viele tun das gerne, das sieht man auch daran, dass die Stadt immer noch ein riesiges Wachstum aufweist. Das ist auch unsere größte Aufgabe, wir haben immer noch ein klares Wachstum in Richtung 2-Millionen-Stadt, wir sind eine der größten Städte in ganz Europa. Ich glaube, wir liegen mit unseren 1,8 Millionen in der Europäischen Union auf dem 6. Platz, im deutschsprachigen Raum ist nur Berlin größer als Wien. - Wir haben riesige Aufgaben, die durch das Wachstum nicht erschwert werden, aber es sind große Aufgaben. Noch schwerer trifft es schrumpfende Gebiete, aber wir haben große Aufgaben.

Was ist das Erste, was jeder von uns gerne hätte? -Eine Wohnung. Deswegen werden auch Wohnungen gebaut, deswegen hat Wien den größten Anteil - auch wiederum nicht nur in Österreich - an Gemeindewohnungen, an Sozialwohnungen. Das werden Sie in keinem anderen Bundesland finden, das finden Sie auch nicht in anderen Großstädten. Berlin und Wien haben relativ viele Gemeindewohnungen - alle anderen Städte sind weit abgeschlagen. In Wien wohnen fast eine halbe Million Menschen im Gemeindebau - 212.000 Gemeindewohnungen und ein paar andere Objekte. Was mich besonders freut, ist, dass wir heuer wieder beginnen, den Gemeindebau, der über ein Jahrzehnt gestoppt war, aufzunehmen, so wie es im Regierungsprogramm von Rot-Grün vereinbart wurde. Es sind wieder Wohnungen, die nicht nur leistbar sind, sondern für Leute mit Durchschnittseinkommen und darunter tatsächlich bezahlbar sind. Das ist wichtig, und darüber ist jetzt kein Wort gefallen. In Wien leben noch einmal so viele Leute - ein bisschen mehr sogar - in Genossenschaftswohnungen, das haben wir woanders auch nicht.

Das heißt, wir haben annähernd eine Million Menschen, die im geförderten Wohnbau, im Genossenschafts- oder Gemeindebereich leben, und entsprechend widmen wir auch. Es ist auch immer schräg da herinnen, denn manche Parteien sind dafür, dass wir mehr Wohnungen bauen, da wir mehr Wohnungen brauchen, und dann stimmen sie praktisch gegen jede einzelne Widmung. Das passt auch nicht gut zusammen. Das wären, wenn man sich durchsetzen würde - (GR Dominik Nepp: Das sind die Sozialwohnungen am Heumarkt!) das sind auch wieder Fake News -, ein paar Dutzend Wohnungen für Leute, die sehr reich oder meinetwegen auch Millionäre sind, und für viele Tausende Menschen vorwiegend

geförderter Wohnbau mit leistbaren Wohnungen. Ich nenne drei Beispiele: In der Berresgasse werden 10.000 Leute wohnen können, in der Grundackergasse 2.000 Menschen, im Donaufeld - als erster Schritt - heuer 3.000 Menschen. Und ja, da gibt es ein paar Dutzend Wohnungen für Leute, die sich mehr leisten können, sogar mehr als Leute, die da herinnen sitzen. Mein Problem ist es nicht, ob ein Millionär viel Geld für seine Wohnung zahlt, das ist tatsächlich nicht mein Problem. Ob ein Millionär, ich weiß nicht, im Monat 10.000 EUR oder 15.000 EUR oder 20.000 EUR zahlt, ist tatsächlich nicht mein Problem, sondern wir brauchen Wohnungen, die sich Menschen leisten können (GR Dominik Nepp: Die werden bald leer stehen, weil Sie denen alles wegnehmen wollen!), die 1.700 EUR verdienen. Um diese Menschen geht es. Aber nein, wir reden über 24 Wohnungen irgendwo für reiche Leute - Fake News! Noch einmal: 10.000 Wohnungen in der Berresgasse, 2.000 in der Grundackergasse, 3.000 im Donaufeld – 1. Ausbaustufe, das dauert noch länger. Über 10.000 Wohnungen, die sich Leute leisten können, die ein normales Einkommen erzielen.

Schöner wird es auch in Wien, denn der Stephansplatz wird umgebaut, dieser sollte allen gefallen. Aber nicht nur in der Innenstadt wird umgebaut, sondern wir haben auch das Projekt Meidlinger Hauptstraße, das heuer abgeschlossen wird. Es wird nicht nur mehr, sondern es wird auch besser.

Diese Wohnungen zu erstellen, ist eine große Aufgabe, und das schafft außerhalb Wiens niemand in diesem Tempo. Das schafft auch Arbeitsplätze (GR Mag. Wolfgang Jung: Deswegen haben wir die höchste Arbeitslosigkeit der Zweiten Republik!), denn die Wohnungen stellen sich ja nicht von selber hin. Das ist übrigens viel arbeitsplatzintensiver als manche andere Großinvestitionen - baut man eine Autobahn, hat man dabei wesentlich weniger Arbeitsplätze. Diesen Wohnungsausbau voranzutreiben, das ist eine riesige Aufgabe für die Stadt Wien. - Danke an alle, die sich daran beteiligen.

Was brauchen die Leute aber noch? - Zumindest wir alle brauchen - wahrscheinlich glauben jetzt manche, sie brauchen sie nicht mehr - Bildung von klein auf, möglichst lange, aber von klein auf. Wer glaubt, ohne Bildung auszukommen, braucht sie wenigstens für die Kinder oder für die Enkelkinder. Deswegen gibt es in Wien den Kindergartenausbau. Den beitragsfreien Kindergarten finden Sie auch nirgends außerhalb von Wien. Jeder, der Verwandte in anderen Bundesländern hat, kann ja diesbezüglich einmal Vergleiche anstellen. Der beitragsfreie Kindergarten kostet auch eine Menge Geld - logisch! -, die Ausgaben für den Kindergarten in Wien betragen insgesamt 750 Millionen EUR. Das ist es uns wert. Der beitragsfreie Kindergarten in dieser Stadt ist uns im Jahr 750 Millionen EUR wert.

Manche sagen, das soll man nicht ausgeben, sondern man soll von den Familien Geld verlangen. Das wäre die logische Rechnung, die von Volkspartei und von FPÖ berechnet wird. In den Kindergärten in Wien findet bei den 3- bis 6-Jährigen jeder einen Platz, der einen sucht. Nicht genau dort, wo er ihn haben möchte,

vielleicht auch nicht genau so, wie er ihn sich vorstellt, aber es gibt - 106 Prozent heißt dann die Quote - für alle 3- bis 6-Jährigen einen Platz. Es gibt für die 1- bis 3-Jährigen 70 Prozent Plätze, das ist doppelt so viel wie in anderen Bundesländern.

Die städtischen Kindergärten haben von halb sieben Uhr bis halb sieben Uhr am Abend offen. Das sind Öffnungszeiten, von denen man am Land nur träumen kann. Wir haben im Jahr 4 Tage geschlossen, in der Steiermark sind 50 Tage geschlossen. Was das alles für Familien bedeutet, kann man sich leicht vorstellen, wenn man selber zuständig ist. Aber auch wenn man nicht selber zuständig ist, kann man sich leicht ein Bild machen. Ein Kindergarten, der 50 Tage im Jahr geschlossen hat, bedeutet natürlich für 1 der 2 Erziehungsberechtigte - wenn es 2 gibt - einen sauberen Organisationsaufwand. Dort verschwinden dann Frauen im öffentlichen Bild, so ähnlich wie bei der FPÖ in der Bank. Dort ist dann der Anteil eben nicht mehr so, wie er in der Gesellschaft repräsentiert wird, da ist nichts mehr von Halbe-Halbe, da sind es dann eben sehr wenige. Das ist der Stadt Wien wesentlich mehr wert als allen anderen Bundesländern, auch da sind wir auf Platz 1.

Bei der Qualität im Kindergarten wollen wir auch ständig nachbessern. (GR Dominik Nepp: Wollen!) Aber es redet nicht ein Einziger von Ihnen davon, dass man überhaupt einen Platz bekommt. In einem anderen Bundesland brauchen Sie über die Qualität nicht zu reden, wenn Sie im Dorf keinen Platz bekommen. Sie brauchen über die Qualität nicht zu reden, wenn die Quantität null ist. Dort, wo ich herkomme, hat es früher gar keinen Kindergarten gegeben, später hat es einen gegeben, der am Vormittag geöffnet hatte. Es gibt einzelne Dörfer mit Kindergärten, die eine Woche am Vormittag und eine Woche am Nachmittag offen haben. Das hilft nämlich den Frauen bei der Beschäftigungssuche. Dort steckt tatsächlich die Idee dahinter, dass, damit sie sicher nicht arbeiten gehen kann - im Regelfall bleibt nicht der Mann zu Hause -, einmal am Vormittag und einmal am Nachmittag nach ein Uhr geöffnet ist. Da kann sie einmal am Vormittag und einmal am Nachmittag einkaufen - super Plan. In Wien sind die Kindergärten von halb sieben Uhr in der Früh bis um halb sieben Uhr am Abend größtenteils offen. Der Kindergarten ist mit Abstand die Nummer 1 in Österreich.

Jetzt könnten wir über Schule reden: Was machen wir in der Schule? Es ist die gemeinsame Schule nicht gleich gescheitert, sondern wenigstens zu einem Teil auf den Weg gebracht worden. Es zeichnet sich jetzt eine Schulreform ab, die Verbesserungen möglich macht. Neubau, Zubau, Sanierungen - Renate Brauner hat in ihrer Rede viele Zahlen verwendet, 186 Millionen EUR finden sich im Rechnungsabschluss. Ist das gut oder schlecht investiertes Geld? Sollen wir die Schulen ausbauen oder nicht? - Da kommt ja eh nie eine Antwort.

Das Nächste ist dann der Campus im 22. Bezirk, in der Attemsgasse - September 2017. Hätten wir den nicht machen sollen oder schon? Wenn man ihn macht, kostet das aber Geld - für gewöhnlich kommen darauf keine Antworten von der Opposition. Macht auch nichts. Es

geht wieder aufwärts - stimmt! -, zum Glück! Der Arbeitsmarkt entspannt sich langsam, leicht, aber immerhin

Die Lehrabschlüsse in Wien steigen wieder. Warum ist das so wichtig? - Es hat eh eine gewisse Logik: Jeder zweite Mensch, der keine Arbeit findet und arbeitslos ist, hat nur einen Pflichtschulabschluss. Alle Menschen, die ich besser qualifiziere, tun sich natürlich leichter. Deshalb gibt es dementsprechende Maßnahmen, eine nach der anderen. Jede Stunde, sogar jede 52. Minute, wenn man es genau nimmt, wird in Wien ein neues Unternehmen gegründet, große, wie Boehringer Ingelheim, kleine, wie das Friseurgeschäft ums Eck. (GR Mag. Wolfgang Jung: Wie viele haben zugemacht? - GR Dominik Nepp: Das sind alles EPUs, weil es keine Jobs mehr gibt!) Jede Stunde, die wir hier sitzen - wir sitzen eh schon wieder eineinhalb Stunden da -, ist in Wien ein Unternehmen gegründet worden, und das zweite ist in Gründung.

Es ist nämlich auf 24 Stunden am Tag bis um 12 Uhr am Abend umgelegt. Heute, allein an diesem Tag, haben wir wieder 24 neugegründete Unternehmen. Und morgen wieder, und übermorgen wieder, jeden Tag aufs Neue. (Zwischenruf bei der FPÖ.) EPUs wie Prangl und Hoerbiger und Boehringer-Ingelheim, die alle tausende Beschäftigte quer über das Gebiet haben, die heißen nicht ... (GR Mag. Manfred Juraczka: Wir erleben also ein Wirtschaftswunder!) - Es hat gerade vorher Ihr Kollege, wenn Sie ihm zugehört hätten, gesagt, dass es eine Entspannung gibt und dass es aufwärts geht. Das dürfen Sie jetzt nicht konterkarieren! Es sollte wenigstens über 15 Minuten konsistent sein; das ist total schwierig. - (GR Mag. Manfred Juraczka: Ich konterkariere nicht, keine Sorge! Ich habe Ihnen zugehört und stelle fest, wir erleben ein Wirtschaftswunder!) - Deswegen ist Bildung so wichtig, meine Damen und Herren, deswegen ist Bildung so wichtia!

Verkehr: Wir haben immer noch die 365-EUR-Jahreskarte, ab 1. Juli wieder. Wie viele von Ihnen haben eine? - Wahrscheinlich eine ganze Menge, nachdem in Wien mehr Jahreskarten für die Wiener Linien verkauft werden, als Autos zugelassen sind, also ungefähr 750.000 Jahreskarten.

Die Parkraumbewirtschaftung wird weiter ausgebaut: letztes Jahr im 18. Bezirk, heuer kommt der 10. Bezirk dazu. Überall dort, wo die Parkraumbewirtschaftung gekommen ist, haben Sie das Problem, dass das Dagegenkampagnisieren, das vorher funktioniert hat, nicht mehr funktioniert. Auch da gehen wir beharrlich den Weg weiter

Abschließend noch zur Mindestsicherung: Diese hat tatsächlich die meisten Diskussionen in den letzten Wochen und Monaten verursacht. Da schwirren so Sparvorschläge durch die Gänge. Aber hat jemand nachgerechnet oder beim Nachrechnen zugehört, wie viel denn im Burgenland oder in Oberösterreich eingespart werden soll? - Im Burgenland hat der zuständige Landesrat Darabos zuerst von 3 Millionen EUR Ersparnis gesprochen, dann hat er gesagt, es war ein Rechenfehler, apropos Bildung: 300.000 EUR. Und das musste auch noch einmal auf 30.000 EUR korrigiert werden. - Das ist schon

ein kleiner Sprung! Es war plötzlich nur mehr 1 Prozent übrig, das bedeutet: Ersparnis quasi null. (Zwischenruf von GR Mag. Manfred Juraczka.) - Ja, aber 30.000 EUR für diese Diskussion!

In Oberösterreich gab es die gleiche Diskussion. Man hat am Ende so lange darüber geredet, wie viele keine Kinder kriegen und nimmt am Schluss ein paar Dutzend Familien mit vielen Kindern Geld weg. Das zeigt, worum es wirklich gegangen ist. Es ging gar nie darum, viel Geld einzusparen, es ging darum, das soziale Netz so schlechtzureden, dass der Rest hinschaut und sagt, das ist wirklich ungerecht. Dementsprechend hat ja die Volkspartei auch eine Lösung präsentiert. Es steht auf einem Plakat - man möchte es nicht glauben, wenn man es das erste Mal sieht, glaubt man, es ist irgendetwas von der "Tagespresse", es ist irgendein Häckel, es hat irgendjemand erfunden, es ist Stermann und Grissemann -: Damit Arbeit sich wieder lohnt. Arbeit lohnt sich jetzt.

Warum lohnt sich Arbeit wieder in der Logik der Volkspartei? - Wenn man das auf das Essen übersetzen würde, ist es leichter zu verstehen, glaube ich. Wenn jemand sagt, ich habe nur eine halbe Käsesemmel und habe wahnsinnig viel Hunger und hätte gerne noch eine halbe Käsesemmel, und daneben sitzt einer mit einer viertel Käsesemmel und sagt auch, ich habe Hunger, dann lautet die Lösung der Volkspartei: Ich gehe hin und nehme dem mit der Viertelkäsesemmel noch einmal ein Achtel weg und halbiere sie noch einmal. - Der Herr Juraczka versucht, dabei zu bleiben, danke. (Heiterkeit bei den GRÜNEN. - GR Mag. Manfred Juraczka: Den Käsesemmelvergleich finde ich interessant, aber ich höre zu!) - Moment! Und dem mit der halben Käsesemmel, der sehr viel Hunger hat, gibt man sie aber nicht, sondern das haut man weg. Dann sagen wir dem mit der halben Käsesemmel: Du hast wahnsinnig viel Hunger gehabt, aber jetzt merkst du erst, wie schlecht es dem anderen geht. Und jetzt siehst du, dass es sich für dich wieder lohnt, wenn du bei uns dabei bist. - Man gibt ihm keinen Cent mehr, es steht am Plakat oben: Weil wir die Mindestsicherung kürzen, weil wir das soziale Netz zerreißen, wirst du dich in Zukunft so fürchten, dass du mit dem gleichen Gehalt die gleichen Rechnungen zahlst und dir geht es viel besser.

Das glaubt man gar nicht! Der Wahnsinn ist, dass man teilweise damit durchkommt. Das wird die Arbeit von Rot und Grün und allen, die das anders sehen, sein. So wie man die Mindestsicherung in Wien stabil hält und wo die wesentliche Änderung lautet: Neue Angebote, 6.700 neue Angebote zum Arbeiten oder für die Ausbildung für junge Erwachsene und Jugendliche. Das ist ein Erfolg! So geht man das an, wenn das soziale Netz in Gefahr gerät, und nicht etwas zerreißen, wie es die Idee bei Schwarz und Blau ist. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Das Ceterum censeo wäre immer das Gleiche, in diesem Land ist genug da. Alle kennen die Studien. Wir müssen immer noch daran arbeiten, wie man das jemals übersetzt, dass man das auch durchbringt. Es gewinnen momentan immer noch die Fake-News-Verbreiter. Wenn

Millionäre und Millionärinnen etwas mehr beitragen könnten, was sie selber nicht merken würden, dann wäre es ein Leichtes, das soziale Netz so zu organisieren, dass wir keine Schwierigkeiten haben. Nachdem wir selber das nicht alles so entscheiden können, machen wir es so gut, wie wir können: Statt Hass und Hetze Zusammenhalt und solidarisches Arbeiten!

Ich bin froh, dass in dieser Stadt SPÖ und GRÜNE zusammenarbeiten und andere Fraktionen nichts zu sagen haben. Das werden wir auch weiterhin so machen. - Vielen Dank. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Dominik Nepp: Keine Sorge, nicht mehr lange!)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reind!**: Die Redezeit betrug 16 Minuten. Ich bitte den nachfolgenden Redner, das zu beachten. Als Nächster ist Herr VBgm Mag. Gudenus zu Wort gemeldet. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 15 Minuten. - Ich erteile ihm das Wort.

VBgm Mag. Johann <u>Gudenus</u>, M.A.I.S.: Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Vorsitzender Schuster auf der Galerie!

Die sozialistische Kanzelpredigt der Frau Finanzstadträtin und die Wortmeldung des Herrn Ellensohn zeigen ja, dass sich hier ein System des Machtmissbrauchs und der Verschwendung von Steuergeldern in den letzten Zuckungen befindet. Sie haben es ganz, ganz klar vor Augen geführt.

Wenn Sie dauernd davon sprechen, die Menschen enteignen zu wollen - es ist genug da, man braucht es sich nur zu holen -, aber nicht daran denken, ausgabenseitig zu sparen, dann sind Sie am falschen Dampfer, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn Sie davon gesprochen haben, dass Politiker gewählt sind, um für die Menschen da zu sein und um für die Menschen und nicht gegen die Menschen Politik zu machen, dann frage ich mich doch: Bitte, sehr geehrte Frau Finanzstadträtin, wann beherzigen Sie endlich diesen Grundsatz? Wann beherzigen Sie den Grundsatz, für die Menschen da zu sein und nicht Politik gegen die Menschen zu machen? - Was Sie die letzten sechs Jahre mit den grünen Kumpanen hier aufführen, ist eine Politik gegen die Menschen in dieser Stadt, meine sehr geehrten Damen und Herren, zielgerichtet und punktgenau! (Beifall bei der FPÖ.)

Im Budget findet sich, in Zahlen gegossen, vor allem in rote Zahlen gegossen, in rot-grüne Zahlen gegossen, zielgerichtet und punktgenau eine Politik gegen die Menschen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir konnten heute in den Tageszeitungen lesen: Über 6 Milliarden EUR Schulden. Das Vermächtnis von Häupl und Brauner - weil es wahrscheinlich ihr letzter Rechnungsabschluss gewesen sein wird und ein weiteres Budget wahrscheinlich in den Händen anderer liegen wird.

Sie hinterlassen einen Scherbenhaufen, sehr geehrte Frau Finanzstadträtin. Man hat es auch gesehen, es war bezeichnend, während Ihrer Rede haben Sie die weiße Weste ausgezogen. Also, so weiß scheinen Ihre Ausführungen ja nicht gewesen zu sein, sehr geehrte Frau Finanzstadträtin. (Beifall bei der FPÖ.)

Ein verzweifeltes Schönreden, ein Herumrudern, ein Rechtfertigen eines Schadens, eines Systems des Totalversagens, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn Sie davon sprechen, dass es Kräfte in der Stadt gibt - und es gibt Kräfte, das sieht man allein an der Anwesenheit des freiheitlichen Sektors im Vergleich zu Rot und Grün hier, ungefähr doppelt so viele freiheitliche als rote und grüne Politiker sind anwesend, wir sind wirklich eine Kraft in der Stadt, und das ist gut so, wir werden steigen und wachsen, meine sehr geehrten Damen und Herren -, die durch ihre Politik entsolidarisieren und die Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielen, und wenn Sie uns damit gemeint haben, weil wir aufzeigen, dass es sozial ungerecht ist, dass jemand ab dem ersten Tag Anwesenheit hier in Wien eine Mindestsicherung von 840 EUR bekommt und ein Pensionist, der sein Leben lang geschuftet hat, mit 940 EUR oder weniger leben muss, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann sind Sie mit Ihrer Politik diejenigen, die die Menschen gegeneinander ausspielen und entsolidarisieren, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich appelliere an die Gedanken Ihrer Gründerväter! Wo bleibt da die soziale Gerechtigkeit? Wo ist sie geblieben? Ist derjenige, der darauf hinweist, dass es ungerecht und unfair ist, dass im Vergleich Bevölkerungsgruppen völlig falsch behandelt werden, derjenige, der ausspielt, oder sind es diejenigen - wie Rot und Grün -, die glauben, jeder, der nach Österreich kommt, sich als Flüchtling tarnt und den Asylstatus und die Mindestsicherung bekommt, eigentlich mehr oder gleich viel verdient wie ein Großteil der Wienerinnen und Wiener? Sie sind die diejenigen, die ausspielen! Sie sind diejenigen, die soziale Ungerechtigkeit schaffen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Halten Sie sich einmal einen Spiegel vors Gesicht! Das ist Ihre Politik! Ihre Gründerväter würden sich im Grabe umdrehen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte einen deutschen Politiker zitieren, der einmal gesagt hat: Die Volkswirtschaft ist kein Patient, den man pausenlos operieren kann. Man kann aber resümieren. Wenn ich mir das Budget ansehe, dann ist eben in unserem Fall der Patient, nämlich die Volkswirtschat in Wien, am Weg ins Koma, nämlich am Weg ins langwierige Koma. Es sind nur noch Experimente, die Sie vollziehen, um es künstlich am Leben zu erhalten.

Ich kann mich erinnern, ich habe schon bei der Bildung der rot-grünen Regierung im Jahr 2015 gesagt, Wien leidet, und die Menschen leiden immer mehr. Und Sie ziehen vielleicht auch immer mehr leidende Menschen an, das Leid vergrößert sich - auch eine große Leistung - und die Menschen, die die Leistungsträger sind, verlassen die Stadt. Wien leidet, aber Sie sind nicht der Arzt, Sie sind der Schmerz! Sie sind der Schmerz, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.) Sie glauben, Sie sind der Arzt, aber sogar Ökonomen wie Keynes, die Sie ja so oft für Ihre ökonomischen Grundlagen heranziehen, würden sich im Grabe

umdrehen, nämlich genau auf Grund der Tatsache, wie falsch Sie auch die ökonomischen Grundsätze eines Herrn Keynes interpretieren, von dem Sie glauben, dass er ein Vordenker der sozialistischen Politik in Wien ist. Nein, falsch! Ein Herr Keynes würde sich wirklich im Grabe umdrehen, wenn er sich die Zahlen des Budgets und des vergangenen Rechnungsabschlusses vor Augen halten würde. Das sollte Sie zum Nachdenken bringen. (Zwischenruf von GR Peter Kraus, BSc.) - Sie können sich gerne zu Wort melden, Herr Kollege!

Der Schuldenstand explodiert, über 6 Milliarden EUR Schulden, dahinter steht überhaupt keine ökonomische Logik. Die einzige Logik, die dahintersteht, ist die Logik des reinen Machterhalts von Rot und von Rot und Grün, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Klientelpolitik, die Bereithaltung von Pfründen und zu schauen, so lange wie möglich an der Macht zu bleiben, finanziert mit den Geldern der Gebühren- und Steuerzahler - damit muss Schluss sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Wir warten seit Monaten auf eine lang ersehnte Reform der Mindestsicherung. Wir wissen ja, die Neuverschuldung in Wien ist vor allem auf Ihre Willkommenspolitik und auf Ihre Politik der offenen Grenzen und der offenen Türen und auf Ihre Politik, Wien als Bankomat für Drittstaatsangehörige zu missbrauchen, zurückzuführen. Die Neuverschuldung ist eben zu zwei Drittel auf Ihre Willkommenspolitik zurückzuführen, auf diese Drittstaatsangehörigen, die nach Wien kommen, wissend, dass Rot und Grün bereitstehen, Gelder ausschütten, die andere in Wien mit fleißiger Arbeit erwirtschaftet haben, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch das sollte Ihnen zu denken geben, auch das ist ungerecht. (Beifall bei der FPÖ.)

65 Prozent der Neuverschuldung sind auf Ihre fehlgeleitete Politik, zu glauben, wir in Wien können die Probleme der gesamten Welt lindern und noch mehr können nach Wien kommen, zurückzuführen. Das ist falsch, meine sehr geehrten Damen und Herren! Aber Ihre Strategie liegt ja offen: Wir alle wissen, dass ein Asylberechtigter nicht nach zehn Jahren die Staatsbürgerschaft beantragen kann wie ein normaler Zuwanderer, der ein Leistungsträger ist oder sein sollte, sondern nach sechs Jahren. Das genau ist Ihre Strategie: Die Wähler rennen Ihnen in Scharen Richtung Freiheitliche davon. Das ist hier schon gut abgebildet in der Mehrheit der Abgeordneten. Und Sie wissen ganz genau, kompensieren können Sie es nur durch eine illegale Massenzuwanderung aus dritten Staaten, getarnt durch das Asylrecht. Sie glauben, dass Sie nach sechs Jahren die Staatsbürgerschaft darüber hinwegrettet, dass Sie die Wahlen verlieren, aber andererseits diejenigen die Staatsbürgerschaft umgehängt bekommen und Sie aus Dankbarkeit wählen können, weil Sie ja jahrelang die Mindestsicherung ausbezahlt haben. So wird die Rechnung nicht aufgehen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

So viel zur sozialen Gerechtigkeit: 390 Millionen EUR werden im heurigen Jahr an Nichtösterreicher auf Grund der Mindestsicherung ausbezahlt und 375 Millionen EUR

kommen bedürftigen Wienern zu Gute. Da frage ich mich schon, ist das sozial und gerecht? Hat man nicht doch irgendwie auch als Sozialdemokrat und als Grüner einen Grund oder Rechtsverständnis dafür, dass man zuerst den eigenen Staatsbürgern in der Pflicht und in der Verantwortung ist? Gibt es noch irgendein Grundverständnis, ein Restverständnis bei Ihnen? - Anscheinend nicht. Auch das ist unsozial und ungerecht.

Alle Ökonomen und auch viele vernünftig denkende Sozialdemokraten - die gibt es, und denen reichen wir auch die Hand - sagen, dass Massenzuwanderung und Sozialstaat nicht vereinbar sind. Das ist nicht vereinbar, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jedes kleine Kind, das die Rechengrundarten beherrscht, weiß ganz genau, dass das nicht finanzierbar ist, nicht vereinbar ist und sich auf Dauer nicht rechnen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren, und auch auf Grund Ihrer Wirtschaftszahlen völlig unmöglich ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich traue mich zu behaupten, dass Wien mittlerweile weltweit eine der wenigen Städte ist, die eine Verschuldung auf Grund von Zuwanderern, die nicht ins System einzahlen, sondern nur nehmen, weiter ausbaut - eine Sozialzuwanderung, eine Massenzuwanderung in die Sozialsysteme. Ich glaube, dass die Stadt Wien Gelder ungeprüft vergibt, nämlich auch verschenkt. Man siehe Frau Wehsely, die noch rechtzeitig die Reißleine gerissen hat, bevor sie politisch, wenn nicht sogar rechtlich zur Verantwortung gezogen worden wäre, was vielleicht noch kommen kann. Auch ein Bauernopfer wurde im Ressort der Frau Wehsely dargebracht, eine Abteilungsleiterin musste gehen und den Kopf für das politische Versagen einer völlig glücklosen und unnötigen Stadträtin hinhalten, die in Wien in den letzten Jahren noch mehr Schulden gemacht hat als zuvor, die jetzt in Deutschland bei Siemens gelandet ist, beim Gut Aiderbichl der SPÖ-Wien. Das ist Ihre Verantwortung, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Auch Ihren eigenen Mitarbeitern gegenüber leben Sie eine Verantwortungslosigkeit und auch eine Treulosigkeit - Treue sollte auch seitens des Arbeitgebers vorhanden sein. Da machen Sie Bauernopfer bei Mitarbeitern, die das tun, was sie tun müssen. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiter der Stadt Wien, denn in den letzten Monaten habe ich in vielen Abteilungen, in vielen Stellen der Stadt Wien gesehen, was für eine gute Arbeit seitens der Mitarbeiter geleistet wird, die nichts für die politischen Vorgaben können. In den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aber steckt ein Schatz an Potenzial, den man heben muss, den Sie aber leider nicht oder viel zu wenig bereit sind, zu heben. Es würde viel mehr weitergehen, wenn die politischen Vorgaben die richtigen wären. Die Mitarbeiter stehen bereit, diese machen eine gute Arbeit. Ein herzliches Dankeschön dafür, dass sie 24 Stunden für die Wienerinnen und Wiener da sind. Danke sehr an dieser Stelle an die Mitarbeiter! (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Ich darf Ihnen abschließend noch ein paar Studien zum Besten geben, was ich ja sehr gerne tue, damit Sie nicht glauben, dass sich der Gudenus das selbst ausgedacht hat oder das aus der Freiheitlichen Akademie kommt. Es sind diverse Berechnungen, die Wien so oder anders darstellen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es sind alles Studien - von Eurostat bis zum Global Cities Index -, die seriös sind, die international sind, die ernst zu nehmen sind, Studien, die Ballungszentren, Städte, Regionen, Länder miteinander vergleichen. Und ich sage Ihnen eines: Egal, ob europaweit oder mitteleuropa- oder nur österreich- oder weltweit, es gibt keine Studie, in der Wien nicht jedes Jahr oder je nach dem, in welchem Zeitraum das gemessen wird, ein paar Plätze nach unten abrutscht. Das gibt es nicht, das ist einfach nicht vorhanden.

Und wenn Sie dauernd von der Wirtschaftskrise seit 2008 sprechen: Interessanterweise haben andere Städte schon lange Fuß gefasst und machen keine Schulden mehr. Im Gegenteil, sie bauen schon seit vielen Jahren Schulden ab - in den Nachbarländern, egal, ob Osteuropa oder Deutschland oder andere Länder. Ja, das ist der Fall! Aber in Wien gilt, anscheinend als einziger Region weltweit, die Wirtschaftskrise noch immer. Das ist interessant, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ein Phänomen eigentlich, das Ökonomen rückblickend dann erst einmal beleuchten müssen. Die Wirtschaftskrise gilt jetzt also nur noch für Wien. Liegt es dann aber an der Wirtschaftskrise, oder liegt es eigentlich an einer wahren Krise? - Die wahre Krise heißt Rot-Grün, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und diese Krise wollen und werden wir beenden und überwinden! Auch deswegen werden wir heute durch unseren Klubobmann Dominik Nepp einen Neuwahlantrag einbringen, dass am 15. Oktober die Wienerinnen und Wiener die Möglichkeit bekommen, gemeinsam mit der Nationalratswahl auch in Wien abzustimmen und Rot-Grün abzuwählen. Schluss muss sein damit, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit betrug 14 Minuten. Als nächster Redner ist Herr GR Oxonitsch zu Wort gemeldet. Seine Redezeit beträgt 10 Minuten. - Ich erteile ihm das Wort.

GR Christian <u>Oxonitsch</u> (SPÖ): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Manchmal ist man ja ein bisschen sprachlos, wenn man da nach vorne geht. Es beginnt dieser Tag mit einer sehr umfassenden Darstellung der vielen zentralen Herausforderungen, mit denen diese Stadt konfrontiert ist, denen sie, wie viele andere Städte auch, begegnen muss. Man beginnt diesen Tag mit sehr detaillierten Ausführungen, nicht nur über nackte Zahlen, sondern über die konkreten Maßnahmen, die sich dahinter verbergen und Maßnahmen, die letztendlich vielen Wienerinnen und Wienern ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Man beginnt den Tag mit der Darstellung von klaren Schwerpunktsetzungen, die sich hinter dem Budget 2016 verbergen, und dann ist man auf der einen Seite mit Kollegen Blümel konfrontiert. Ich verstehe sein Problem, manchmal hat man es ja selber auch. Man hat eine Rede vorbereitet, man geht davon aus.

man will sie los werden und geht mit keinem Wort auf diese zentralen Herausforderungen ein. Dann ist es eben ein bisschen schwer, darüber zu diskutieren. Man braucht auch keine konkreten Maßnahmen in irgendeiner Form vorzuschlagen, das ist klarerweise das Privileg der Opposition. Das macht auch Regierungsarbeit durchaus spannend und herausfordernd, dass man letztendlich konkrete Maßnahmen setzen muss. Oder man bekommt auf der anderen Seite, wie vom Kollegen Gudenus, viele, viele Plattitüden um die Ohren geschmissen, um es einmal so zu sagen. "Sie sind der Schmerz!" "Keynes dreht sich im Grabe um." "Es geht um Machterhalt." "Es laufen Ihnen die Wähler und Wählerinnen davon." (GR Mag. Wolfgang Jung: Das ist richtig!) Es werden Wetten angeboten, weil man glaubt, war sogar die Formulierung. Ich glaube, und da biete ich eine Wette an. - Okay, auch nett. Aber wenn es darum geht, wie Wien auf konkrete internationale, globale und auch auf konkrete nationale Herausforderungen reagieren soll, welche Maßnahmen man tatsächlich für die Menschen in dieser Stadt setzen soll, wie es weiterhin gelingt, diese Stadt zu einer Stadt des Miteinanders und nicht des Gegeneinanders zu machen, wie es gelingt, dass in dieser Stadt sozialer Ausgleich tatsächlich stattfindet, dann erfährt man nichts. - Das ist nicht neu, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber es wird deswegen nicht besser, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Gehen wir daher noch einmal auf diese zentralen Schwerpunkte, gerade auch dieses Budgets 2016 im Bereich des Arbeitsmarktes, im Bereich der Investitionen, im Bereich der Innovation, auch im Bereich der Ausbildung, der Weiterbildung und der Qualifikation in dieser Stadt ein. Gehen wir davon aus - darauf sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten natürlich stolz -, dass das gerade auch mit dieser rot-grünen Stadtregierung im Bereich der sozialen Sicherheit als ganz wesentliche Grundvoraussetzung des sozialen Zusammenhalts fortgesetzt werden kann. Wenn man sich diese Zahlen ansieht, dann kann man sehen, dass man tatsächlich diesen Schwerpunkten durchaus auch gerecht worden ist. Und zwar nicht deshalb, weil man, wie es auch gesagt wurde, letztendlich Rekordeinnahmen hat. - Ja, Gott sei Dank gibt es wieder steigende Einnahmen. Aber wir wissen auch, dass, hätte sich die Einnahmensituation ohne diese Krise - die tatsächlich immer wieder erwähnt werden muss, weil wir natürlich mit vielen Folgen dieser Krise auch konfrontiert worden sind - kontinuierlich entwickeln können, wie wir uns das wahrscheinlich alle gewünscht hätten, dann hätten wir natürlich auch eine andere Situation im Bereich der Verschuldung dieser Stadt. Und dennoch, obwohl es massive Einbrüche gerade auch auf Seiten der Einnahmen in den vergangenen Jahren immer wieder gegeben hat, ist das Investitionsvolumen in diese Stadt hoch geblieben, sind letztendlich jene nachfragewirksamen Maßnahmen, die die Stadt setzt und damit letztendlich auch die Wirtschaft in dieser Stadt, um damit die Menschen in dieser Stadt zu unterstützen, hoch geblieben.

Ja, das kostet auch Geld, aber man muss schon sagen: Diese Investitionen und diese Verschuldung sind letztendlich nicht die Steuern der Zukunft, sondern es sind tatsächlich die Werte, die in dieser Stadt für die Zukunft sowohl im Bereich der Bildung als auch im Bereich der öffentlichen Infrastruktur als auch im Bereich der Wirtschaftsförderung geschaffen wurden. All das sind Maßnahmen, durch die sich die Wienerinnen und Wiener in der Vergangenheit, aber auch in der Zukunft auf die Sozialdemokratie verlassen konnten und können, weil diese an der Qualität dieser Stadt nicht rütteln will und letztendlich nicht dieses Sparen zu einem, wenn man so will, Götzen herbeiredet, sondern tatsächlich damit sicherstellt, dass das Leben in dieser Stadt weiterhin mit hoher Qualität und auf hohem Niveau stattfinden kann und möglich ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

In diesem Zusammenhang auch eine Anmerkung zu dem Vorwurf, dass die Zahlen nicht halten: Ich finde das ja durchaus spannend, wenn man - ich habe mir nur bis 2010 die Mühe gemacht - die Budgetzahlen mit den Rechnungsabschlusszahlen vergleicht. Seit 2010, meine sehr verehrten Damen und Herren - insofern hat man schon recht, die Zahlen halten nicht -, ist in dieser Stadt jedes Mal ein besseres Maastricht-Ergebnis erzielt worden, als prognostiziert wurde, jedes Mal in Wien ein besseres Maastricht-Ergebnis, und da unterscheiden wir uns. Ja, diese Zahlen haben nicht gehalten, letztendlich deshalb, weil mit großer Budgetdisziplin und gleichzeitig auch mit großer Verantwortung seitens der Finanzstadträtin und aller Ressorts darauf geachtet wurde, dass jene Investitionen, die wir in dieser Stadt brauchen, möglich sind, dass wir aber gleichzeitig natürlich auch jeden Euro einzeln immer wieder umdrehen, damit tatsächlich diese Zahlen, die wir Ihnen in Form des Budgets vorlegen, dann auch im Rechnungsabschluss halten. Und sie haben gehalten, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das ist auch nicht selbstverständlich. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vielleicht auch noch ein Satz zum gesamten, natürlich wesentlichen Bereich dieser Stadt, der sozialen Sicherheit: Die Frau Finanzstadträtin hat eine Vielzahl von Maßnahmen angeführt, und ja, die Mindestsicherung ist in diesem Zusammenhang ein wesentlicher Kostenfaktor, aber sie stellt letztendlich auch die wirksamste und tatsächlich letzte Möglichkeit einer sozialen Unterstützung für viele Menschen in dieser Stadt dar.

Und da mag schon sein, dass der Herr Blümel sagt, die Änderungen sind für ihn enttäuschend. Ja, ich verstehe das sogar, für die ÖVP sind sie sicherlich enttäuschend. Ich möchte da gar nicht den Käsesemmelvergleich vom Kollegen Ellensohn noch einmal bemühen. Ja, ich nehme zur Kenntnis, sie sind möglicherweise für Herrn Blümel enttäuschend, aber all diese Änderungen, die wir letztendlich gar nicht so intensiv diskutiert haben, sondern durch die wir gemeinsam ein gutes tragfähiges Paket im Interesse der Menschen für mehr Qualifikation, für mehr Ausbildungschancen für die Zukunft zu schnüren versucht haben, sind nicht enttäuschend. Sie sind sicherlich nicht enttäuschend für die Menschen, die diese

Unterstützung der Mindestsicherung brauchen, und auch darauf bin ich stolz, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Es ist natürlich unsere Aufgabe, für die Menschen da zu sein. Und wenn ich mir da noch einmal die Ausführungen des Herrn Gudenus vor Augen führe, so habe ich außer dem Thema Massenzuwanderung nichts gehört. Ich frage mich aber auch da: Was verbirgt sich dahinter? - Viele Menschen. Dann seien Sie wenigstens konkret und sagen Sie, dass Sie nicht für die Menschen, sondern nur für einen kleinen Teil der Menschen da sein wollen. Man soll das gar nicht einmal so undeutlich sagen. (VBgm Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S.: Für die Wiener!) - Wir sind tatsächlich für viele Menschen in dieser Stadt durch ein zielgerichtetes Angebot da. Hierzu ein Stichwort der Kollegin Meinl-Reisinger: Ja, vielleicht sind wir sogar Förderweltmeister, mag schon sein. Ich weiß es nicht, ich habe es nicht überprüft, soll so sein. Was verbirgt sich hinter der Vielzahl an Förderungen, die wir in dieser Stadt haben? - Ein konkretes zielgerichtetes Angebot für viele unterschiedliche notwendige Maßnahmen. Da geht es um die Kinder- und Jugendarbeit in dieser Stadt. Ja, wir bekennen uns dazu, diese zu fördern. Da geht es letztendlich um ein vielfältiges kulturelles Angebot. Ja, wir bekennen uns dazu, dieses zu fördern. Da geht es um viele umweltpolitisch wichtige Beratungsmaßnahmen. Ja, wir bekennen uns dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Da geht es auch um viele sozialpolitische Maßnahmen, die wir fördern, viele Initiativen, sozioökonomische Betriebe, die es in dieser Stadt gibt. Ja, wir bekennen uns zu diesen Förderungen. Da sind wir gerne Förderweltmeister, denn letztendlich leisten sie einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Ausgleich in dieser Stadt, und sie leisten letztendlich auch einen wesentlichen Beitrag zu einem lebendigen Kulturleben, zu maßgeblichen, wichtigen sozialen Unterstützungen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Deshalb sind wir durchaus gerne diese Förderweltmeister, die Sie angesprochen haben, denn gerade diese Förderungen sind ein wesentlicher Faktor des Zusammenhalts. Selbstverständlich gibt es noch viele Herausforderungen in dieser Stadt. Der gesamte Bereich der Veränderung der Wirtschaft, der Digitalisierung, die Internationalisierung, selbstverständlich sind das große Herausforderungen. Bildungspolitische Herausforderungen, denen wir aber gerade mit dem Budget 2016 und dem jetzt vorgelegten Rechnungsabschluss 2016 durch zeitgemäße intensive Bildungsinvestitionen durchaus Rechnung getragen haben - die Frau Finanzstadträtin hat darauf hingewiesen -, insgesamt rund zwei Drittel der notwendigen und wichtigen Investitionen. Die Verlängerung der U-Bahn, die wir in wenigen Wochen feiern werden, und wir erleben vor den Türen des Wiener Rathauses die intensiven Vorbereitungsarbeiten für den nächsten Schritt der Erweiterung des öffentlichen Verkehrsnetzes. Das Öffi-Paket, das vor wenigen Tagen vorgestellt wurde, letztendlich auch die weiteren notwendigen Maßnahmen im Bereich der Wohnbauförderung und vieles anderes mehr. Zwei Drittel dieser Investitionen werden aus dem laufenden Budget finanziert, ja, ein Drittel auch mit Fremdwährungsaufnahmen. Aber es sind Investitionen, durch die wir sicherstellen, dass Wien diese Erfolgsgeschichte, die sie in den vergangenen zehn Jahren geschrieben hat, auch in der Zukunft schreiben wird.

Wir stimmen deshalb diesem Rechnungsabschluss zu, weil wir glauben, dass er wichtige Grundlagen für die Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte legt. An dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrats, die eine wesentliche Grundlage dafür bilden. - Herzlichen Dank. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit betrug 11 Minuten. Als nächster Redner ist Herr GR Wiederkehr zu Wort gemeldet. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 9 Minuten.

GR Christoph <u>Wiederkehr</u>, BA (NEOS): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Sie sprechen von der größten Krise seit den 30er Jahren. Ich sehe diese große Krise noch immer, und diese große Krise ist die Budgetpolitik dieser Stadt. Es ist nicht die globale Wirtschaftskrise, die schon längst vorbei ist (GR Dr. Kurt Stürzenbecher: Das glauben Sie selber?), sondern es ist die katastrophale Budgetpolitik. Das ist die wahre Krise, und nicht die Wirtschaftskrise, die Sie immer wieder als Ausrede verwenden. (Beifall bei den NEOS.)

Frau Stadträtin, Sie sprechen davon, dass Sie die Debatte sachlich und ernsthaft führen. Ich sehe das aber nicht, ich sehe eine reine Schönfärberei, ein Schönreden von Problemen. Und wenn Sie sagen, dass die Neuverschuldung von 586 Millionen EUR ein Konsolidierungsplan ist, der funktioniert, dann lügen Sie allen Wienerinnen und Wienern ins Gesicht, denn eine Neuverschuldung von 586 Millionen EUR ist kein Konsolidierungsplan. Das ist eine glatte Lüge, Frau Brauner! (Beifall bei den NEOS.)

Sie versprechen und versprechen und versprechen jedes Jahr das Gleiche: Es wird besser, der Konsolidierungsplan klappt - aber es tut sich gar nichts! Die Versprechen werden von Jahr zu Jahr gebrochen, und schuld daran ist immer jemand anderer, nie Sie selber oder die Stadtregierung. Einmal ist es die Wirtschaftskrise über 10 Jahre, dann ist es der Bund, dann findet man einen anderen, der schuld ist, nur nicht man selber. Und wenn man irgendwie doch einsieht, man kann etwas dafür, dann schaut man, wer denn noch schlimmer ist. Wer ist in meiner Schulklasse noch schlimmer als ich? -Dann, Frau Brauner, schauen Sie sehr oft nach Niederösterreich. Diese schlimmen Niederösterreicher, wenn ich auf diese zeige, dann fällt es ja nicht auf, dass Wien seine Hausaufgaben nicht macht. Ich sehe Wien als viel katastrophaler an als Niederösterreich, weil es in der Politik um eine Entwicklung geht, selten um absolute Werte, sondern um eine Tendenz. Eine Verdoppelung der Schulden seit 2010, das hat nicht Niederösterreich geschafft, das hat nur Wien geschafft, das ist desaströs. (Beifall bei den NEOS und von GR Mag. Manfred Juraczka.)

Worauf Sie stolz sind, das ist eine Voodoo-Ökonomie der Aktion 20.000: Wir schaffen Arbeitsplätze in diesem Land. Und wie soll das funktionieren? - Indem man den Magistrat, der ohnehin schon personell gut aufgestellt ist, weiter mit Personal ausstattet, das niemand braucht. Das ist eine Ökonomie, ein Verständnis von Wirtschaft, das ich nicht nachvollziehen kann. Entweder man braucht Arbeitskräfte in der Stadt oder man braucht sie nicht. Und wenn man in die Stadtwerke schaut und sieht, dass dort Hunderte an älteren Personen abgebaut werden, und man sagt, man braucht sie nicht, weil sie so alt sind, aber man gleichzeitig Arbeitsplätze für genau diese Zielgruppe schafft, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Auf der einen Seite werden diese Arbeitsplätze gestrichen, auf der anderen wieder geschaffen. Das ist eine Mehrbelastung, und diese zahlt wieder der Steuerzahler. (Beifall bei den NEOS.)

Was wir in der Budgetpolitik sehen, ist ein Stillstand, ein Stillstand dieser Stadt, ein Stillstand im Bereich zum Beispiel der Strukturreform, WiStA. Ein guter erster Ansatz, zu sehen, man muss etwas tun. Aber dann gehen wir diesen Weg konsequent! Was passiert denn mit WiStA im Bereich zum Beispiel der Bezirke-Reform? - Große Ansagen des Bürgermeisters letztes Jahr - ich habe noch nichts gesehen, was umgesetzt worden ist. Große Pressekonferenz von Ihnen, Frau Brauner, wir sparen 100 Millionen EUR ein. Wenn ich eine Anfrage stelle, wo man diese 100 Millionen EUR im Budget sieht, heißt es: Nein, im Budget kann man sie nicht lesen, aber vertrauen Sie mir, irgendwo werden wir schon einsparen. Das ist nicht die Politik, die ich mir von dieser Stadtregierung erwarte. (Beifall bei den NEOS.)

Ein genauso großer Stillstand im Bereich der Dienstrechts- und Besoldungsreform: Vor fünf Jahren habe ich die erste Presseaussendung gelesen, es wird bald was kommen, versprochen. Bis heute ist nichts da, bis heute weiß man von nichts. Bei jedem Ausschuss frage ich den Herrn Stadtrat: Was tut sich hier? - Ich kann nichts dazu sagen, die Verhandlungen mit der Gewerkschaft laufen noch. Ich glaube, liebe SPÖ, die Gewerkschaft ist bei Ihnen so stark, dass Sie politisch nichts voranbringen, was Sie wollen, wenn die Gewerkschaft Nein sagt. Und das ist ein Problem dieser Stadt, weil im Bereich der Dienstrechts- und Besoldungsreform müsste man wirklich, wirklich viel machen.

Der 350-seitige Nebengebührenkatalog ist auf jeden Fall nicht zeitgemäß. Krankenstände: teilweise bis zu 30 im Jahr bei den Stadtwerken. Da frage ich mich: Sind Sie wirklich ein so schlechter Arbeitgeber, dass die Dienstnehmer 30 Krankenstandstage pro Jahr brauchen? - Hier müssten konsequent Reformen angegangen werden. Oder ist eine siebente Urlaubswoche als Wahlgeschenk an die Bediensteten dieser Stadt gerechtfertigt? Schafft man da nicht eine viel größere Ungleichgewichtung zum privaten Markt? Oder begrenzen wir endlich die Gehälter von stadtnahen Managern! Wie vereinbaren Sie es mit dem sozialdemokratischen Gerechtigkeitsempfinden, wenn stadtnahe Manager viel mehr Gehalt bekommen als zum Beispiel der Bürgermeister? - Gehen wir endlich den Weg, den auch Kärnten gegangen ist, und be-

schränken wir diese Managergehälter! Das wäre auf jeden Fall notwendig. (Beifall bei den NEOS.)

Stillstand im Bereich Pensionsreform: Wien hat da ein riesiges Problem. Wenn 80 Prozent der Bediensteten in frühzeitigen Ruhestand gehen, da müssen die Alarmglocken schrillen. Dann stimmt irgendetwas nicht. Und wenn das durchschnittliche Pensionsantrittsalter so niedrig ist und um drei Jahre niedriger als beim Bund, dann sollte man auch etwas tun. Aber Sie schauen weg: Das ist ja kein Problem, wir sind im Gegenteil stolz darauf, dass wir vielleicht diese neoliberale Politik von Schwarz-Blau nicht mitmachen, keine Reformen angehen. - Das ist Ihre Ausrede für alles. Neoliberalismus, wenn eigentlich Reformen nötig wären.

Herr Oxonitsch, Sie sprechen immer von Werte schaffen: Sie Stadt schafft Werte, dadurch haben wir Schulden. - Wenn man Schuldenrückzahlung als Werte schaffen einsieht, gebe ich Ihnen recht, und wenn die Prognose relativ klar ist, dass die Zinsbelastung höher wird und in Zukunft nicht mehr so eine Niedrigzinspolitik sein wird, dann werden in Zukunft noch viel mehr Werte geschaffen, wenn noch viel mehr Zinsen zurückgezahlt werden müssen. Dieses "Werte schaffen"-Argument sehe ich nicht, das glaube ich bis heute nicht. Immer wenn es um den Schulbau geht, heißt es, nein, die Stadt hat kein Geld mehr für Schulbau, weil es diese Maastricht-Kriterien gibt. Hier könnten Werte geschaffen werden, indem in sinnvollen Bereichen eingespart wird und im Bildungsbereich zum Beispiel mehr investiert wird. Aber dafür ist das Geld nicht da. Dementsprechend ist auch das Argument Investition in die Zukunft, in die Werte ein Scheinargument und auch das eine glatte Lüge. (Beifall bei den NEOS.)

Was wir brauchen, ist ein effizienter Staat, eine effiziente Stadt, nicht als Selbstzweck, weil eine effiziente Stadt Mittel frei macht, um Politik für die Zukunft zu machen.

Wie Sie sagen: Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Das ist sie aber nur dann, wenn man dadurch für die Zukunft steuern kann, und dafür brauchen wir vorher den Spielraum, den man sich durch Reformen, die manchmal vielleicht weh tun, erarbeitet, um in der Zukunft gut dazustehen. Deshalb sehen wir uns als NEOS nicht nur als diejenigen, die aufzeigen, wo es nicht funktioniert, sondern auch als diejenigen, die zeigen, wie eine effiziente Stadt funktionieren könnte.

Dafür habe ich elf Anträge für diese Generaldebatte vorbereitet, die alle darauf hinauszielen, Geld einzusparen, um für die Zukunft einen größeren Spielraum zu haben. Da ist einerseits die Senkung der Parteienförderung um 50 Prozent, die ist in Wien eindeutig zu hoch (Beifall bei den NEOS.), eine Schuldenbremse für diese Stadt nach Schweizer Vorbild, eine Begrenzung der Luxuspensionen, da ist die Abschaffung der Pensionierung mit 55 ohne Abschläge auf jeden Fall nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen die siebte Urlaubswoche abschaffen. Gewerkschaftliche Tätigkeiten sind gut und sinnvoll, für diese allerdings im Bereich der Stadt freigestellt zu bekommen, das gibt es in keinem anderen Bundesland. Das ist ein Privileg, das die SPÖ ihrer Gewerkschaft

geschenkt hat, auch das gehört abgeschafft. Wir wollen die Bezirksvertretungen reformieren und abspecken, Bezirksvorsteher-Stellvertreter abschaffen, nicht amtsführende Stadträte einsparen und Vertragsschablonen für stadtnahe Manager einführen.

Mit diesen Maßnahmen hätten wir einen gewissen Spielraum, um wirklich in die Zukunft zu investieren, in den Bereich der Bildung zum Beispiel, wo die Zukunft dieser Stadt auch entschieden wird. Sparen wir bei uns selber, geben wir das Geld in sinnvolle Bereiche, um die Stadt auch in die Zukunft zu führen. (Beifall bei den NEOS. - GR Christoph Wiederkehr, BA, die Anträge weiterreichend: Entschuldigung. – Berichterstatterin Amtsf. StRin Mag. Renate Brauner: Hoppala! Die Forderungen sind abgestürzt!)

Vorsitzender GR Mag. Reinhard <u>Reindl</u>: So, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile: Herr GR Wiederkehr, Sie haben die Frau StRin Brauner mehrmals der Lüge bezichtigt. (GR Dominik Nepp: Ein Wiederholungstäter!) Dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf und darf Sie auch bitten, in Ihren nächsten Reden darauf Rücksicht zu nehmen, dass wir das hier im Haus nicht wollen.

Als nächster Redner ist Frau GRin Dipl.-Ing. Olischar zu Wort gemeldet. Die selbstgewählte Redezeit ist 5 Minuten.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth <u>Olischar</u>, BSc (ÖVP): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Auch wenn sehr wenige in den Bankreihen sitzen, freue ich mich, zu dem Thema heute sprechen zu können. Der Rechnungsabschluss ist ja eine sehr gute Gelegenheit, über die Vergangenheit zu reflektieren. Das vergangene Gemeinderatsjahr hat jetzt keine großen Würfe gebracht. Es gab nicht sehr viel Neues, die einzigen Überraschungen bieten Rot-Grün darin, wie oft Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen herrschen. Eines schaffen sie jedenfalls gemeinsam sehr gut, nämlich Geld auszugeben.

Aber auch das war im vergangenen Jahr leider nichts Neues, die Schulden wachsen munter weiter, und man könnte die Redebeiträge aus dem vergangenen Jahr ohne Weiters exakt für den heutigen Rechnungsabschluss wieder verwenden. Das größte Problem, das Wien hat, nennt sich Ausgabenproblem, und die Folgen sind Schulden. Sie begründen Ihr Tun damit, in die Zukunft zu investieren, und Sie haben recht, denn Sie investieren, was die Zukunft begleichen muss, Sie geben Geld aus, das Sie schon längst nichts mehr angeht. Sie verwenden Mittel, die Sie nicht haben und die Ihnen nicht mehr zustehen, und das auf dem Rücken der nächsten Generationen. Das ist keine Kleinigkeit und vor allem unverantwortlich. Es mag sein, dass Schuldenmachen für Sie mittlerweile zur Gewohnheit wird, aber welche Steine Sie in den Schuldenrucksack der Zukunft füllen, dürfte Ihnen nicht bewusst sein. Alles andere kann ich mir nicht erklären.

Damit Sie sich dessen bewusst werden, statte ich Sie heute stellvertretend für alle jungen Menschen dieser Stadt damit aus, was Sie schon längst der Bevölkerung und der nächsten Generation umgehängt haben: Mit einem Schuldenrucksack, symbolisch dafür, wie Sie Politik verstehen. Schauen wir uns an, womit Sie den Rucksack in den vergangenen Jahren so gefüllt haben. (Die Rednerin überreicht der Berichterstatterin Amtsf. StRin Mag. Renate Brauner eine Textiltasche mit der Aufschrift "Schuldenrucksack". - Berichterstatterin Amtsf. StRin Mag. Renate Brauner: Legen Sie es bitte auf Ihr Platzerl, ja!) - Nein, es ist Ihr Schuldenrucksack!

Krankenhaus Nord: Mehr als 1 Milliarde EUR in den Sand gesetzt. (Berichterstatterin Amtsf. StRin Mag. Renate Brauner, die Tasche auf das Rednerpult stellend: Nein danke, ich will das nicht! Mit lieben Grüßen nach Niederösterreich!) - Danke, Sie geben es der jungen Generation zurück, sehr gut. (Beifall bei der ÖVP. - GR Mag. Wolfgang Jung: Was ist denn drinnen? Wir hätten das gerne gesehen!) - Ich komme schon dazu, Herr Kollege. Beim Krankenhaus Nord: Mehr als 1 Milliarde EUR in den Sand gesetzt. Mindestsicherung: Mehr als 1 Milliarde EUR verpulvert. Das Frühpensionssystem der Stadt Wien kostet den Steuerzahler 200 Millionen EUR im Jahr, um nur einige Beispiele zu nennen.

Diese Politik, sehr geehrte Damen und Herren, von Rot-Grün finanziert uns nicht aus der Krise, sondern immer mehr in eine Krise hinein. Man spürt keinen Ansatz von Problembewusstsein, keine Spur davon, dass sich an diesem Stil etwas ändern muss. Aber es muss sich etwas ändern, und deswegen bringe ich auch heute einen Antrag betreffend Schuldenbremse für Wien ein. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch von der Verwaltungsreform, die das System verschlanken und Einsparungen bringen soll, wurde nie wieder etwas gehört, ein zu heißes Eisen, das man anscheinend vor der Wahl im Herbst jetzt nicht angreifen möchte. Es ist eine rot-grüne Schockstarre, die wir derzeit erleben: Keine echten Reformen, keine tatsächlichen Würfe, die eine zukunftsorientierte Politik, die diesen Namen verdient, brauchen würde. Und das ist ärgerlich, für mich und für jene, die es am meisten betrifft, die das System nämlich finanzieren: Frauen, Männer, junge, ältere Menschen, alle Wienerinnen und Wiener, die Ihre Steuern zahlen.

Ihre Modelle, sehr geehrte Stadträtin, sichern nicht die Zukunft, sondern die Vergangenheit, bei den wirklich wichtigen Reformen stehen Sie auf der Bremse. Was Wien wirklich braucht, ist freie Fahrt. Geben Sie Gas bei neuen Infrastrukturprojekten, und geben Sie der Wirtschaft Möglichkeit, zu florieren. Bringen Sie durch gesamtheitliche Konzepte beispielsweise die Verkehrsplanung auf die Überholspur, durch Innovation, kreative Planungen, den Ausbau von bewährten Verkehrsmitteln wie der S-Bahn, und entlasten Sie Verkehrsadern.

Es braucht eine Politik, die vernünftig mit den Mitteln haushaltet, um die Zukunft verantwortungsvoll zu gestalten. Der Rechnungsabschluss ist leider der Beweis dafür, dass Sie diesen Zugang anscheinend nicht verstehen. Streit, Stillstand, innovationsloses Treiben im Sumpf und Geld ausgeben, das man nicht hat, dieses rot-grüne Politikverständnis kann nur eine Konsequenz haben: Neuwahlen! Deswegen bringe ich auch heute den Antrag

betreffend vorzeitige Auflösung des Gemeinderates ein, denn so kann es nicht weitergehen. Übernehmen Sie einmal Verantwortung, treten Sie zurück, das sind Sie den Wienerinnen und Wienern schuldig! (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Frau Kollegin Olischar hat 6 Minuten Redezeit verbraucht, das heißt, die Restredezeit der ÖVP ist dann noch 18 Minuten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist GR Dipl.Ing. Margulies. Die Uhr wird auf 12 Minuten eingestellt, insgesamt stehen noch 17 Minuten zur Verfügung.

GR Dipl.-Ing. Martin <u>Margulies</u> (GRÜNE): Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Es wurde von einem meiner Vorredner oder einer Vorrednerin gesagt, dass sich die Rechnungsabschlussdebatten wiederholen. (GR Mag. Wolfgang Jung: Alle Debatten!) Ja, das ist tatsächlich seit vielen, vielen Jahren nichts Neues, und seit vielen, vielen Jahren wird versucht, die sachliche Auseinandersetzung auch mit einigermaßen unsachlicher Argumentation in einer Art und Weise zu führen, dass sie den einzelnen Parteien durchaus zum Vorteil gereicht.

Nichtsdestotrotz erlaube ich mir, einmal ganz zu Beginn eine Anmerkung zur Entwicklung der Ertragsanteile des Bundes - weil ja gesagt wurde, wir bekommen seitens des Bundes immer mehr - zu machen. Ich vergleiche die Ertragsanteile aus dem Jahr 2015, Rechnungsabschluss, 5 Milliarden 864 Millionen EUR, mit dem Rechnungsabschluss 2016, 5 Milliarden 916 Millionen EUR, in absoluten Zahlen tatsächlich ein Zuwachs von knapp 65 Millionen EUR. Das entspricht genau 0,9 Prozent. Jetzt frage ich Sie: Wie hoch war die durchschnittliche Inflationsrate im Jahr 2016? Das macht es jetzt leicht, nämlich 0,9 Prozent. Das heißt, geldwertmäßig hat die Stadt Wien an Ertragsanteil im Jahr 2016 genau dasselbe bekommen wie im Jahr 2015. Können alle im Saal dem folgen und alle im Saal dem zustimmen? (GRin Martina Ludwig-Faymann: Ja!) Ja, das finde ich sehr angenehm. Es ist nämlich leicht.

Was hat sich in Wien vom Jahr 2015 auf das Jahr 2016 trotzdem deutlich verändert? - Der Zuzug! Wie viele Menschen mehr haben Ende 2016 als im Jahr 2015 in Wien gelebt? - Man kann da auch den Durchschnittswert nehmen, um knapp 30.000 Menschen, 1,6 Prozent mehr Menschen in Wien als im Jahr davor. Die Ertragsanteile sind geldwertmäßig gleich geblieben. Heißt das jetzt, dass die Stadt Wien pro Kopf geldwertmäßig mehr vom Bund bekommen hat, weniger, oder es ist gleich geblieben? - Die intelligenten Menschen hier im Saal - und ich sage jetzt ausdrücklich: alle - können diese Schlussrechnung mitmachen, erkennen: Pro einzelnen Bürger/einzelne Bürgerin in dieser Stadt hat Wien seitens des Bundes bei den Ertragsanteilen nur mehr knapp 98,5 Prozent erhalten und nicht mehr die 100 Prozent wie im Jahr davor.

Ist das eine Steigerung, oder ist das ein Rückgang? Können wir uns auch darüber einigen? - Das ist ein Rückgang im absoluten Geldwert, gemessen pro Person, die in Wien lebt, arbeitet, et cetera. (GR Mag. Wolfgang Jung: Das heißt, die Zuwanderer machen uns ärmer!) - Nein, ob ärmer - schauen Sie, ich glaube, dass wir in Summe tatsächlich von dem steigenden Know-how der Gesamtbevölkerung profitieren. (GR Mag. Wolfgang Jung: Sagen wir, weniger vermögend! - GR Armin Blind: Bei den Analphabeten!) Ich glaube, dass wir in Summe alle miteinander einiges zusammenbringen könnten, was uns noch viel weiter bringt, als wir schon stehen.

Mir ist es aber jetzt um ein anderes Beispiel gegangen. Mir ist es um die Argumentation mit Zahlen gegangen, die zeigt, dass, Herr Jung, Wien für einen anderen Bereich schon mehr Geld bekommen hat und in anderen noch weniger. Man kann über viel reden, aber von den Ertragsanteilen ist die Darstellung, Wien bekommt mehr vom Bund, in absoluten Zahlen richtig, geldwertmäßig falsch, insbesondere wenn man es auf "pro Person" umlegt. Das ist es, was mir wichtig ist, herauszuarbeiten, dass, wenn man eine Diskussion führt, wir uns vielleicht darauf verständigen können, Fakten zu verwenden, die wir alle miteinander nachvollziehen können.

Jetzt komme ich zu einem zweiten Punkt, den mein Kollege Christian Oxonitsch auch schon aufgegriffen hat, indem er den von Kollegin Meinl-Reisinger ins Spiel gebrachten Förderweltmeister aufgegriffen hat. Sie haben insbesondere fehlende Richtlinien, et cetera ganz scharf kritisiert. Ich kann mich erinnern: In jedem einzelnen Bereich, wo die Stadt Wien Förderungen hergibt, stimmen im Großen und Ganzen zu 95 Prozent alle Fraktionen mit, die FPÖ in einem Bereich nicht, immer dort, wo es in dem Zusammenhang um AusländerInnen geht, stimmt die FPÖ nicht zu. Egal, lassen wir das einmal weg.

Ansonsten: Im Sozialbereich: ganz viele Fördervergaben einstimmig. Im Kulturbereich: ganz viele ... (GR Mag. Beate Meinl-Reisinger MES: Wir nicht!) - Also, wir können uns tatsächlich die Protokolle nachher ansehen und einen Prozentsatz ausrechnen. Schauen wir uns das an, vielleicht irre ich mich, und es sind nicht 95 Prozent, sondern 91. Es ist aber tatsächlich im größten Bereich der vergebenen Subventionen so, weil Sie es auch für richtig finden. Sie finden es doch auch richtig, die Kultur und die Kunst in Wien zu fördern. (GR Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES: Aber nicht für parteinahe Vereine!) - Da komme ich noch dazu. Grundsätzlich finden Sie die Kulturförderung, wenn man, was weiß ich, das Odeon Theater fördert oder wenn man den Sportverein XY fördert, gut. Das ist ja nicht Parteiförderung, sondern das ist Kunst und Kultur, Sportförderung, Kinder- und Jugendförderung.

Wo wir unterschiedlicher Meinung sind - und das muss ich zur Kenntnis nehmen -, das sehe ich auch als richtig, dass das zum Teil kritisiert wird, ja, das ist so. Obwohl es uns schon gelungen ist, bei den Inseratenausgaben zu sparen, so glauben wir tatsächlich auch, dass man die noch weiter reduzieren kann. Ja, das ist eine politische Entscheidung. Ich bekomme mit, dass die ÖVP zum Beispiel bei den Medien- und Öffentlichkeitsauftritten der Stadt regelmäßig im Ausschuss mitstimmt. Andere Fraktionen tun das nicht. Ja, da kann man sparen. Es gibt auch andere Punkte.

Bei der Parteienförderung sehe ich es anders als Sie. Ich glaube, alle anderen Fraktionen hier im Saal sehen es anders als Sie. Aber es ist legitim zu sagen, da kann man sparen. Nur glaube ich, wenn man diese Punkte zusammenrechnet, dann kommt man auf einen Teil, ich rechne es einmal hoch, alles zusammen 30 bis 40 Millionen EUR, wo die unterschiedlichsten politischen Ansichten und Einstellungen eine Rolle spielen. Deshalb gibt es Gott sei Dank auch unterschiedliche Parteien. Ich will nicht, dass wir in allen Fragen alle dasselbe denken, dann hätten wir alle miteinander kein Wahlrecht mehr, dann wäre es nämlich egal, welche Fraktion Sie wählen. In dem Sinne weiß ich auch nicht, ob unsere Politik diejenige ist, die am Ende am Wahltag alle Menschen überzeugen wird, ich weiß auch nicht, ob es Ihre ist.

Wir werden es sehen, wenn wir 2020 in Wien wählen, wie die Politik bei den Menschen angekommen ist. Und das ist gut so, davon lebt die Politik. In dem Sinne habe ich vorweggenommen, was mit den Neuwahlanträgen heute passieren wird. Nein, wir werden Ihnen nicht zustimmen, denn wir arbeiten bis 2020 weiter. (GR Mag. Manfred Juraczka: Das war zu befürchten!) Das wurde aber wohl von Ihnen auch nicht wirklich angenommen, dass wir heute diesen beiden Anträgen von den unterschiedlichsten Fraktionen zustimmen werden.

Ein weiterer Punkt, wenn wir mit Fakten und Zahlen argumentieren: Ich frage Sie und Sie können mir vielleicht eine Antwort geben, weil es zwei ÖVP-dominierte Bundesländer sind: Was kann ein Landesparlament für rechtliche Rahmengesetze erlassen, damit ein Niederösterreicher/eine Niederösterreicherin überlegt, Oberösterreich zu ziehen? - Keine! Das stimmt einfach. Weder ein Gemeinderat noch eine Landesregierung noch ein Landtag hat in Österreich glücklicherweise die Möglichkeit, zu beschließen, dass jemand, der sich in einem anderen Bundesland aufhält, nicht in ein anderes Bundesland ziehen kann. Und das ist gut so. (GR Mag. Wolfgang Jung: Das stimmt nicht! Was ist mit Fußfesseln?) Das betrifft aber alle Menschen, die in Österreich leben und die einen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus haben. Es gibt ganz geringe Einschränkungen - ich habe gehört, das stimmt nicht - im Bereich der Grundversorgung. (GR Armin Blind: Das ist nicht unwesentlich!) Die Anzahl im Bereich der Grundversorgung, sage ich jetzt, ist im Verhältnis zur Anzahl der Bevölkerung komplett unwesentlich und - um auf den Bereich zu kommen, den Sie dann oft ansprechen - insbesondere für den Bereich der Mindestsicherung tatsächlich unwesentlich, weil es keinen Asylwerber in der Grundversorgung gibt, der Mindestsicherung bezieht. Das ist daher für den Bereich der Mindestsicherung gänzlich irrelevant. Das heißt, man kann auf landesgesetzlicher Ebene nichts erlassen.

Wir haben jetzt in Österreich, und auch das ist spannend, schauen Sie sich die Zahlen - selbst in Burgenland - an, im Burgenland, in Oberösterreich, in Niederösterreich und in Wien, quer durch alle Bundesländer, und vergleichen Sie nicht die absoluten Zahlen der Mindestsicherung, sondern die durchschnittlichen Zahlen der Mindestsicherung. Wie viel Mindestsicherung erhält jemand pro Kopf, der Mindestsicherung bezieht? - Sie

werden erkennen: Die Unterschiede in den einzelnen Bundesländern pro Kopf sind minimal. Was passiert ist, dass Tirol, Vorarlberg und Wien Vorreiterinnen in Fragen der innerösterreichischen Solidarität sind und insbesondere Niederösterreich und Oberösterreich alles dazu tun, um Menschen aus ihren eigenen Bundesländern zu vertreiben, die um Mindestsicherung ansuchen. Manchmal mit lauteren Mitteln, manchmal mit unlauteren Mitteln, aber das Ziel von Niederösterreich und von Oberösterreich ist es, Menschen, die Mindestsicherung beziehen, inländischer und ausländischer Herkunft, aus ihren Bundesländern nach Wien zu vertreiben. (GR Mag. Wolfgang Jung: Das glauben Sie aber nicht wirklich!)

Und das ist schäbig, das ist unsolidarisch. Das ist mit ein Grund, warum ich auf Wien stolz bin, dass wir dieses unsolidarische Verhalten von manch anderen Bundesländern, insbesondere dort, wo die ÖVP regiert und wo die FPÖ regiert, nicht haben. (GR Wolfgang Seidl: Die GRÜNEN aber auch, in Oberösterreich!) In Oberösterreich regiert die FPÖ mit, oder habe ich das ... (GR Armin Blind: Die Landesräte sind nicht in der Regierung?) - Die GRÜNEN sitzen qua Aufteilung drinnen, die Regierung besteht aus Blau-Schwarz. Das wissen Sie. (GR Mag. Wolfgang Jung: Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt!) Ja, schauen Sie, gut, passt. Es gibt eine Koalition aus Schwarz-Blau und keine aus Schwarz-Grün. (GR Armin Blind: Erwischt!) Schauen Sie, Kollege Blind, das wäre so, wie wenn man sagt: Auch wenn es nicht amtsführende StadträtInnen in Wien gibt, auch Ihre Fraktion hat Mitglieder in der Wiener Landesregierung, sind Sie trotzdem nicht Bestandteil der Koalition. - Glücklicherweise. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Wir halten also fest: Für die Anzahl der in Österreich befindlichen MindestsicherungsbezieherInnen kann kein einziges Bundesland etwas. Das ist die Situation, wie sie sich auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung, auch auf Grund der Situation an den europäischen Grenzen dargestellt hat. Ja, so ist die Situation.

So wie innerhalb von Europa Solidarität zwischen den einzelnen Mitgliedsländern eingefordert wird, mit demselben Recht kann man diese Solidarität in Österreich einfordern. Gäbe es diese Solidarität in Österreich, wären auch in Österreich die Mindestsicherungsbezieherlnnen in- und ausländischer Herkunft ... (GR Mag. Wolfgang Jung: Da fehlt es weder in Österreich noch in Europa!) Wie gesagt, Oberösterreich und Niederösterreich vertreiben nicht nur die Zuwanderlnnen, sie vertreiben ihre eingesessene Bevölkerung, indem sie ihnen nichts geben und sagen: Geht nach Wien. Da kriegt ihr was. Von uns kriegt ihr im Zweifelsfall noch eine Bahnkarte

Das ist unsolidarische Politik, und ja, diese Art von Politik von Niederösterreich und Oberösterreich kostet uns in Wien tatsächlich 300 Millionen EUR mehr im Jahr.

Ein weiterer Punkt, und jetzt wechsle ich zu einem ganz anderen Bereich, wo man zu Recht das eine oder andere Mal in den letzten Jahrzehnten kritisieren konnte, wie sich Wien im Bereich des Krankenanstaltenverbundes entwickelt hat. Aber bei allem, was in den letzten 10 bis 15 Jahren in Wien gebaut wurde und in Niederöster-

reich nicht, da frage ich mich schon, warum wir nicht von Ihrer Fraktion, der ÖVP, die Unterstützung bekommen. Wer hat von Ihnen mit dem ehemaligen Landeshauptmann Pröll geredet? Wer hat mit Johanna Mikl-Leitner geredet, damit endlich die fehlenden Linearbeschleuniger in Niederösterreich gebaut werden, damit endlich auch in anderen Bereichen Niederösterreich, von dem Wien nun einmal umfasst ist, seinen Verpflichtungen nachkommt und nicht tagtäglich PatientInnen nach Wien schickt? (GR Mag. Manfred Juraczka: Aber die Kostenüberschreitung beim Krankenhaus Nord! Da hat Niederösterreich nichts damit zu tun!) Und es ist so - auch daran möchte ich erinnern, und ich stehe dazu -, dass das AKH ein Bundesspital von überregionaler Bedeutung ist. Trotzdem müssen wir die Infrastruktur de facto finanzieren. (VBgm Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S.: Aber die Afghanen zahlen dazu!)

Sie wissen mittlerweile, dass selbst in den anderen Universitätskliniken nicht mehr alles angeboten wird, insbesondere in der Krebsbehandlung. Und genau dann, wenn es um teure Krebsbehandlungen geht, die wir selbstverständlich allen Menschen zu Gute kommen lassen wollen, werden aus den Bundesländern für die teuersten Behandlungen Patientlnnen wohin geschickt, Frau Korosec? - Nach Wien. Sie wissen es, und Sie wissen, dass das zig Millionen im Jahr verursacht, die kein Finanzausgleich abdeckt, so wie in anderen Bereichen.

Deshalb finde ich es manchmal schäbig, wenn aus Ihrer Sicht dann auf die Schulden der Stadt Wien hingetrommelt wird und nicht gesehen wird, wie sich Wien tatsächlich in den letzten Jahren entwickelt hat, im Wirtschaftswachstum, in der Entwicklung von Start-ups, in Unternehmensgründungen, aber auch in vielen, vielen anderen Bereichen, die heute schon angeklungen sind. Jeder hier im Saal weiß, dass die Kinderbetreuung in Wien in einer Art und Weise geregelt ist, wie es sie in keinem anderen Bundesland gibt. (GR Mag. Wolfgang Jung: Ja, in den muslimischen Kindergärten!) - Selbst in den muslimischen Kindergärten. Ich habe gehofft, dass Sie in den vergangenen Tagen auch ... (GR Mag. Wolfgang Jung: Wir haben einen bekannten in Liesing!) Haben Sie aber auch die Berichte von Menschen gelesen, die mit christlichem Hintergrund oder überhaupt nicht religiösem Hintergrund in den muslimischen Kindergärten arbeiten? Ich bin der Letzte, der glaubt, dass es in jedem muslimischen Kindergarten super zugeht, das glaube ich gar nicht. Ich glaube, dass es im Großteil der muslimischen Kindergärten, sowie im Großteil der kirchlich geführten, der katholischen Kindergärten, gut zugeht. Und es wird schwarze Schafe geben. (GR Mag. Wolfgang Jung: Dann tun sie etwas dagegen!) Die gibt es. Entschuldigung, das wissen wir doch aus unterschiedlichsten Diskussionen der letzten Jahrzehnte, quer durch alle Religionen, quer durch alle Gesellschaftsschichten. Da passieren Sachen, die wir nicht wollen, die wir alle gemeinsam nicht wollen. (Ruf bei der FPÖ: Bei christlichen hat es das noch nicht gegeben!)

Was ich aber für falsch erachte, ist, heutzutage jedem einzelnen konfessionellen Kindergarten, sei er mus-

limisch, sei er evangelisch, sei er katholisch, de facto zu unterstellen, sie würden sich nicht an unsere Werte halten. An Werte, die wahrscheinlich nicht unbedingt dieselben Werte der FPÖ sind, aber unsere humanistischen Werte der Nächstenliebe, das gemeinsame Agieren. (GR Mag. Wolfgang Jung: Dschihad!) Das sind Sachen, die wichtig sind, und ich glaube tatsächlich, dass sie im größten Teil aller konfessionellen Kindergärten genauso eingehalten werden wie in den staatlichen Kindergärten, in den kommunalen Kindergärten, in den Kindergärten der Stadt Wien. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Ich komme damit zum Schluss, weil ich wirklich glaube, dass eine unsachliche Auseinandersetzung über das Budget nichts bringt. Ich habe aber versucht, jetzt einige sachlich fundierte Darstellungen zu liefern, auch mit den dazugehörigen Zahlen und den zugehörigen Fakten. Es würde mich freuen, wenn in der weiteren Budgetdiskussion auch darauf eingegangen werden würde. Selbstverständlich bleibe ich, so wie üblich, beim Rechnungsabschluss durchgehend anwesend, nicht so wie Kollege Blümel, der seine 5 Minuten geredet hat und einfach gegangen ist. Bei den anderen Fraktionen ist es löblicherweise tatsächlich so, dass diejenigen Menschen, die sprechen, anwesend sind. (GR Dr. Wolfgang Aigner: Wo ist die Stadtregierung? Wo ist Ihre Fraktion?) Ich finde das von allen Fraktionen sehr gut, wenn das so der Fall ist. Kollege Blümel fällt mir halt des Öfteren auf, dass er einfach spricht und geht, weil ihn die Meinung aller anderen anscheinend überhaupt nicht interessiert.

In diesem Sinne: Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert Kowarik: Kollege Margulies hat 17 Minuten und ein bisschen was, die haben wir unter den Tisch fallen lassen, gesprochen. (GR Mag. Wolfgang Jung: Wieder frauenfeindlich! Keine Frau gesprochen!) Damit ist die Redezeit der GRÜNEN für die Generaldebatte erschöpft. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Nepp. Die selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten, die stelle ich auch ein. - Sie haben das Wort.

GR Dominik **Nepp** (FPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Um vielleicht noch kurz auf meine Vorredner von den GRÜNEN zurückzukommen, weil sie da draußen am Rednerpult immer so herumg'scheiteln: Herr Margulies, die GRÜNEN sind Mitglied der Landesregierung in Oberösterreich. (GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Nein! Wegen dem Proporz! Wir sind Opposition!) Sie haben aber gesagt, Sie sind nicht Mitglied der Landesregierung, was dort passiert, ist eiskalt. Das wird also anscheinend mitgetragen beziehungsweise sind Sie auch als Mitglied der Landesregierung selbst verantwortlich, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Auch Herr Kollege Ellensohn kommt immer raus und g'scheitelt dann mit irgendwelchen Zahlen herum. (GR David Ellensohn: Das waren die Zahlen!) Sie kennen schon die Steigerungsform von gescheit? - Gescheit, gescheiter, gescheitert, und das sind Sie in Ihrer Budgetpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren von Rot und Grün. (Beifall bei der FPÖ.)

Ihr Scheitern kann ich Ihnen anhand von zwei Geschichten auch beibringen beziehungsweise erklären. Die eine Geschichte handelt von zwei Partnern mit Symptomen der Persönlichkeitsspaltung und einer hoffnungslos zerrütteten Ehe. Ein Partner davon ist die SPÖ, in sich gespalten, es gibt einen links-linken Frauenberger-Flügel, es gibt ein rechtes Ludwig-Lager, und oben drauf ist ein Parteichef Häupl, der jede Kontrolle darüber verloren hat und dem jede Autorität entglitten ist. Das werfe ich dem Bürgermeister vor, der heute wieder einmal durch seine Abwesenheit glänzt. Das werfe ich ihm im Namen aller Wienerinnen und Wiener vor, dass er es nicht geschafft hat, diese Regierung wieder einzurenken. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich erinnere ihn daran: Er soll nicht nur seine Partei im Griff haben, sondern er sollte vor allem Wien im Sinne der Wienerinnen und Wiener führen und managen. Und das macht er nicht, und so geht es nicht, Herr Bürgermeister! (Beifall bei der FPÖ.)

Dann gibt es ja auch bei den GRÜNEN noch interne Streitereien, da gibt es die Radfahrlobby, die Willkommenskultur-Fundis, die Baulobby vom Herrn Chorherr, da taumelt ja auch die Vizebürgermeisterin ständig zwischen Heumarkt- und Getreidemarkt-Wahnsinn. Auch im letzten "News" hat sie es ja schon selber gesagt, das war die große Schlagzeile im letzten "News": Lieber Chaos statt Skandale. Ich sage Ihnen wirklich, Frau Vizebürgermeisterin, und ich sage es auch den GRÜNEN und der rot-grünen Stadtregierung: Das Chaos, das Sie anrichten, das ist der Skandal, und das haben sich die Wienerinnen und Wiener nicht verdient. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich könnte es mir wirklich einfach machen. Als Klubobmann der größten Oppositionspartei mit einem hervorragenden Vizebürgermeister, mit einem geeigneten Team mit einer klaren Linie und mit einem klaren Ziel könnte ich es mir jetzt einfach machen und sagen, wurschtelt da herum, macht weiter so, mir ist es wurscht, bei den nächsten Wahlen werdet ihr eh die Rechnung bekommen, nämlich hineinlachen, ein bisschen schmunzeln. (GR Dr. Kurt Stürzenbecher: Das ist Ihr Statement?) Das könnte ich wirklich machen. Aber diese Geschichte, die ich vorher erzählt habe, die ist so traurig. (GR Dr. Kurt Stürzenbecher: Das sagt ihr schon seit zehn Jahren!) Diese Geschichte ist auch beklemmend, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Dann gibt es auch noch eine zweite Geschichte, und daran sieht man auch ihr Scheitern, nämlich die Geschichte einer einst stolzen, florierenden, funktionierenden Stadt, die aber unter Rot-Grün leider immer mehr den Bach runtergeht. Das ist eine Geschichte einer Stadt und ihrer Menschen, die unter den Folgen Ihrer Misswirtschaft, unter den Folgen ihrer Budgetpolitik leiden und Schaden nehmen. Da könnte man sagen, das ist eine Plattitüde, wie der Herr Oxonitsch sagt, einfach so dahersagt. Wollen Sie Beispiele hören? - Gerne.

Gesundheitswesen: Da möchte ich jetzt gar nicht über das Krankenhaus Nord und den KAV mit diesen Milliarden, die da irgendwo versickern, Millionen, die ausgezahlt werden, wo keiner weiß, wohin sie gehen,

sprechen. Aber ich frage mich und ich frage Sie: Wie würden Sie sich fühlen, wenn Sie als frisch operierter Patient in Gangbetten liegen? Wie würden Sie sich fühlen, wenn Sie ein Jahr oder länger auf eine Hüftoperation warten müssen? Wie würden Sie sich fühlen, wenn Sie auf eine lebensverlängernde Maßnahme als Krebspatient jahrelang warten müssen, und Sie wissen nicht einmal, ob Sie diese Maßnahmen noch bekommen? Und das in diesem reichen Wien! Da sage ich Ihnen eines: Sie haben hier die Wienerinnen und Wiener im Gesundheitssystem auf Kosten der illegalen Zuwanderung verraten und verkauft, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Jetzt denken Sie aber wahrscheinlich darüber gar nicht nach, Ihnen kann das eh nicht passieren. Sie sind ja Profiteur einer Drei-Klassen-Medizin, Sie verdienen gut, Sie können sich Privatversicherungen leisten, Sie haben vielleicht auch einen direkten Draht zu Primarärzten. Für die kleinen Leute aber, für die normalen Menschen da draußen, ist dieses Motto "Spitzenmedizin für alle" schon längst gestrichen. Hier leiden die Menschen, und dieses Leiden müssen wir hier beenden, durch eine Beendigung der rot-grünen Stadtregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Oder noch ein Beispiel, weil es der Ellensohn gesagt hat: Wohnen, da läuft ja alles so toll in Wien, wir bauen, wir bauen. So ist es ja auch nicht. Man muss ja sagen, dass der sozial geförderte Wohnbau eigentlich um Lichtjahre hinterherhinkt. Diese Ankündigung des "Gemeindebau Neu" ist ja wirklich nur ein politischer Baldriantropfen, den Sie hier zu sich nehmen, um sich selbst zu beruhigen. (Zwischenruf von GR David Ellensohn.) Ein paar Hundert dieser neuen Gemeindebauwohnungen werden gebaut, und das erste Projekt verzögert sich hier schon gleich um ein Jahr. Darauf können Sie wirklich stolz sein, als rot-grüne Stadtregierung. Hut ab! (Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte auch noch die Gelegenheit nutzen-VBgm Gudenus hat es eh schon erwähnt - kurz noch etwas zu diesem Integrationsdesaster, das sich hier in Wien abspielt, zu sagen. Wie schaut es denn in unseren Kindergärten aus? Wie schaut es in unseren Schulen aus? Sie haben ja wirklich aus diesen letzten Skandalen, die sich hier in Wien im Schulbereich und im Kindergartenbereich abgespielt haben, überhaupt nichts gelernt. Es sitzen weiterhin im Kindergarten beziehungsweise dann in der Schule 90 Prozent, in manchen Schulen auch 100 Prozent, die nicht deutsche Muttersprache haben, Kinder die nicht Deutsch können, und Sie schauen nicht, dass Sie diese Menschen integrieren. Aber was machen Sie? - Sie fördern wahllos weiter.

Es ist schon überraschend, dass Herr Margulies auf einmal von muslimischen Kindergärten spricht. Ich glaube, Frau Wehsely war es noch und die Frau Frauenberger, die gemeint haben: Es gibt keine muslimischen Kindergärten in Wien, das gibt es gar nicht. Der Czernohorszky hat auch gemeint: Das gibt es nicht, das wird gar nicht erhoben. Es ist also anscheinend endlich ein Lucidum intervallum von Herrn Margulies, er hat es bestätigt:

Es gibt muslimische Kindergärten hier in Wien. Danke, Herr Kollege Margulies! (Beifall bei der FPÖ.)

Mir würde wirklich noch viel einfallen, was ich jetzt aufzählen kann, aber summa summarum kann man sagen: Rot-Grün schadet Wien. Wir diskutieren ja den Rechnungsabschluss, aber die Abrechnung, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Ihrer Politik, die folgt spätestens 2020, meine sehr geehrten Damen und Herren von Rot und Grün. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir können es aber auch leichter machen, wir können ja Wien viel schneller von Rot-Grün befreien, wir können die leidtragende Wiener Bevölkerung schneller befreien. Ich mache Ihnen einen Vorschlag. Ich bringe einen Neuwahlantrag ein, wir können gleich am 15. Oktober wählen. Dann können wir dieses Trauerspiel um Bgm Häupl endlich beenden. Das ist ja wirklich ein Drama, ein Trauerspiel, was sich hier abspielt. Seit Jahren sucht er einen Nachfolger. (GR Christian Oxonitsch: Das ist Ihr Schwerpunkt beim Rechnungsabschluss?) Ich sage Ihnen nur eines: Die SPÖ braucht keinen Nachfolger nach der nächsten Wahl, die SPÖ braucht dann einen Nachlassverwalter, weil es die SPÖ nicht geben wird, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Diesbezüglich bringe ich einen Neuwahlantrag ein. Ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie nicht mitstimmen werden. Kollege Margulies hat es ja schon gesagt, Sie wollen weiter auf Ihrem Sessel kleben bleiben. Aber wir werden spätestens 2020 dafür sorgen, dass dieses Trauerspiel ein Ende hat, mit einem geeinten Team, mit einer klaren Linie. (GR Dr. Kurt Stürzenbecher: So wie 2015, 2010, 2005, 2001!) - Ja, stetig werden Sie schwächer, und Sie werden schon sehen, was Sie davon haben. Darum sage ich es nochmals: Wir haben eine klare Linie, wir haben ein starkes Team, und wir haben ein klares Ziel: Rot-Grün endlich abzuwählen und Wien von Rot-Grün zu befreien. Dafür werden wir sorgen, das verspreche ich Ihnen. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert Kowarik: Kollege Nepp hat genau 10 Minuten gesprochen, das heißt, die Restredezeit der FPÖ-Fraktion beträgt noch 31 Minuten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Frau GRin Wehsely. Sie hat 10 Minuten selbstgewählte Redezeit. Die Restredezeit der SPÖ-Fraktion insgesamt ist 50 Minuten.

GRin Mag. (FH) Tanja <u>Wehsely</u> (SPÖ): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde Ihnen ganz kurz erklären, Kollegen von der FPÖ, wieso Sie durchaus schon beachtliche 30 Prozent plus haben, das stimmt, warum Sie aber, so eifersüchtig Sie auch immer ganz besonders auf die SPÖ schauen (GR Dominik Nepp: Für die Streitereien!) - geht schon, ein bisschen zuhören -, (VBgm Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S.: Ja, Frau Oberlehrerin!) so eine Partei und so eine Bewegung, wie es die SPÖ ist, aber an sich auch die anderen Bewegungen, die etwas wollen, nie werden können. Sie sind keine positive Gemeinschaft, Sie bauen Ihre Ideologie und Ihre Politik auf Auseinanderdividieren, auf Hass auf, auf Missgunst und auf niedere Gefühle von

Menschen. (VBgm Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S.: Ressentiments! Chauvinismus!) Sie glauben zum Beispiel, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien so leicht verführbar und vergesslich sind, dass Sie sie zwar jahrzehntelang beschimpfen können, Faulpelze nennen können, als Behinderer, als Verhinderer, als Ärmelschoner darstellen können. (VBgm Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S.: Nein! Das glauben Sie!) Und dann schwenken Sie plötzlich um und sagen, wie Sie die tollen Mitarbeiter der Stadt Wien gesehen haben, da ist so viel Potenzial. Sagen Sie einmal: Glauben Sie, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien so doof sind, dass sie auf Ihre Schwindeleien hereinfallen? Glauben Sie, dass das so ist? (GR Dominik Nepp: Wie der Schelm denkt!) Ich kann Ihnen sagen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien natürlich nicht so sind.

Das sind aufrechte, fleißige Menschen, die nicht vergessen haben, dass Sie sie die letzten Jahrzehnte ausschließlich verunglimpft haben, ausschließlich Ärmelschoner genannt haben, ausschließlich uninnovativ und nur politisch organisiert und gegen die Menschen arbeitend. (GR Mag. Wolfgang Jung: Deshalb kommen sie jetzt alle zu uns! - VBgm Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S.: Die Ärmelschoner sind Sie in der Regierung!) Das ist ihre Haltung zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wien. Echt verwerflich! Sie setzen nur auf Auseinanderdividieren. Sie werden nie eine solidarische Bewegung werden. (VBgm Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S.: Ihre Solidarität!) Sie helfen einander nicht aus. Sie haben keinen Kitt für Ihren Zusammenhalt und Ihre Bewegung, das heißt, sie werden immer nur neidisch auf die SPO schauen können, auch auf andere Parteien, die etwas für die Gesellschaft verändern wollen, auch wenn man nicht miteinander übereinstimmt. (GR Dominik Nepp: 60 Prozent am Parteitag! Sehr solidarisch, die SPÖ!) Das ist gut und richtig in der Demokratie, aber das werden Sie niemals erreichen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Kollege Gudenus, Sie sind zudem auch zusätzlich noch wirklich ein Verschwörungstheoretiker, wirklich in einem Maße, dass man sich ein bisschen Sorgen machen muss. (GR Mag. Wolfgang Jung: Sie wissen aber schon, dass es um das Budget geht?) - Ja, ja, ich geh darauf ein, was der Herr Vizebürgermeister gesagt hat. Sie haben auch zugehört, was er gesprochen hat, oder? Ein Verschwörungstheoretiker, ein absoluter Rechtsaußen mit wirklich extremen und radikalen Ansichten, das finde ich sehr, sehr bedenklich. Es ist also wirklich unglaublich, tatsächlich von solchen Dingen wie Umvolkung, Ethnomorphose, et cetera zu sprechen. (GR Armin Blind: Da redet die Richtige!) Unglaublich, also wirklich unglaublich. (VBgm Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S: Sie tun es, wir sind dagegen!) - Nein, das meine ich ja mit Verschwörungstheorie, denn Sie können es sich ja nicht einmal ordentlich durchrechnen. Selbst wenn das mit den sechs Jahren stimmen würde, ist ja dann erst ein Antrag möglich. Es ist total an den Haaren herbeigezogen. Es zeugt wirklich von einer Verwirrung, die an sich eine so funktionell hochstehende Persönlichkeit nicht

haben dürfte. Ich hoffe wirklich, dass Sie davon - ich weiß nicht, von wem - noch abgehalten werden können, diese Theorien weiter zu verfolgen, denn die sind nämlich wirklich gefährlich für eine Gesellschaft und werden nicht realisiert, das ist das Positive. (VBgm Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S.: Sie betreiben das, wir sind dagegen!) Aber schonen Sie sich selber, denn mit so vielen Kondensstreifen lebt es sich sicher nicht einfach.

Ganz wichtig für uns ist das positive Arbeiten und zwar das kontinuierliche Arbeiten für die Wienerinnen und Wiener. Im Mittelpunkt stehen beispielsweise seit nahezu zehn Jahren, neun Jahren die Ausbildungsgarantie, die Ausbildung bis 18, der Zusammenhang der Mindestsicherung mit neuen Beschäftigungsprogrammen, eine Aktion für Menschen, die 50+ am Arbeitsmarkt schwer unterkommen, wo Wien der Vorreiter sein wird. Diese Rolle, den Vorreiter zu spielen, schaffen wir ausschließlich deswegen, weil wir so gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen unserer Stadt haben, in den Abteilungen und auch in den vorgelagerten Einrichtungen. Wir könnten keine Ausbildungsgarantie schaffen, keinen von StRin Renate Brauner angesprochenen Qualifikationsplan, wir könnten all das an Strategien in der realen Umsetzung für die Menschen nicht schaffen, hätten wir nicht unsere soziale Basis in unseren guten Einrichtungen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Das müssten Sie einmal wertschätzen, nicht neuerdings für Ihre Reinschleimpolitik missbrauchen, sondern kontinuierlich mit den Einrichtungen der Stadt Wien arbeiten, auf ihre Stärken setzen, die wir lange, lange schon aufbauen, und dann die Früchte ernten können. (GR Dominik Nepp: Ihre Stadträte lassen sich ja gar nicht blicken bei den kleinen Beamten! Die sind froh, wenn endlich wieder einmal wer da ist!)

Es gibt ein dramatisches Sinken der Jugendarbeitslosigkeit bis 25, noch besser bei den bis 18-Jährigen. Der Qualifikationsplan Wien 2020 greift, wir haben heute gehört, dass er richtigerweise auf 2030 erweitert wird, so auch mit den Sozialpartnern ausgemacht. Es gibt weniger "Early School Leavers", wir haben mehr Angebote für Frauen, wir haben mehr Angebote für 50+. Wir schütten 45 Millionen EUR für bessere Jobchancen für Wienerinnen und Wiener aus. Das sind 50.000 Wiener Arbeitnehmerinnen und Wiener Arbeitnehmer, die von diesen Programmen und diesen Unterstützungsleistungen real profitieren können, sich weiterbilden und ihre Jobchancen und ihr Fortkommen erhöhen können. Das sind Angebote, die einen Zusammenhalt garantieren und zwar sowohl persönlich als auch gesellschaftlich einen Fortschritt sichern. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Ich darf jetzt immer wieder die Stadt Wien auch in Netzwerken vertreten, wie zum Beispiel dem Eurocities-Netzwerk von über 150 Städten in Europa. Erfolgsfaktoren für gelungene Städte sind immer, dass es eine gewisse Kontinuität an politischen Strategien und Vorhaben gibt, denn wenn da auch im politischen Zusammenhang eine zu zerklüftete Landschaft ist und die Kontinuität an Programmen und Ideen nicht gewahrt wird, dann herrscht tatsächlich Klientelpolitik vor. Es ist immer der

Erfolgsfaktor soziale Sicherheit. Je dichter das soziale Netz, je weniger zerklüftet es ist, desto besser und desto mehr Menschen können aufsteigen und in Wohlstand leben und müssen sich sozusagen um ihr plumpes Überleben keine Sorgen machen.

Es ist immer Bildung, Forschung und Innovation und auch da - das weiß eigentlich jeder, zumindest in diesem Saal, auch wenn er es nicht zugibt - sind sowohl die Forschungsquoten als auch die Innovationsstrategien Wiens nicht nur im österreichischen Vergleich, sondern auch im europäischen Vergleich und im internationalen Vergleich wirklich hervorragend.

Es ist natürlich auch die Wohnbaupolitik, und das ist ein Herzstück der Wiener Sozialdemokratie und ein Herzstück der Stadt Wien und auch von Rot-Grün, auf Wohnen als Recht zu setzen und als eine soziale Absicherung anzubieten, um auch ein gedeihliches und gutes Leben führen zu können. (Beifall bei SPÖ und GRÜ-NFN)

Jeder Vergleich mit anderen europäischen Metropolen macht uns absolut sicher, auf dem richtigen Weg zu sein. Es ist richtig, sich aus der Krise hinaus zu investieren. Es ist auch richtig, den Schuldenabbau zu beginnen, so wie wir das getan haben. Am Ende, kann ich Ihnen aber nur sagen, zählt immer die Solidarität, denn Solidarität bedeutet Sicherheit, und am Ende des Tages zählen immer die Menschen und nicht die Profite. Es zählen das friedliche Zusammenleben und der Zusammenhalt jenseits von Hass und Hetze. Ganze Bevölkerungsgruppen und Menschen zu entwürdigen und zu erniedrigen, das bedeutet eine besondere Haltung und Kultur, die man hat, die ich nicht nachvollziehen kann, wie man überhaupt so ticken kann und so sein kann. Glücklicherweise werde ich es nie verstehen, und so, wie es Renate Brauner gesagt hat, werden wir keinen Millimeter zurückweichen, wenn es darum geht, den sozialen Frieden und die Solidarität in dieser Stadt preiszugeben.

Für uns gilt, und das ist sicherlich ein Erfolgsrezept: "For the many, not for the few!" (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Frau Kollegin Wehsely hat 10 Minuten Redezeit verbraucht, damit hat die SPÖ noch eine Restredezeit von 40 Minuten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Gara. Selbstgewählte Redezeit ist 9 Minuten, Fraktionsredezeit 10 Minuten. Ich erlaube mir, gleich die 10 Minuten einzuschalten.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan <u>Gara</u> (NEOS): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Eurocities, das ist ein gutes Stichwort, und ich denke, dass wir auch hier in der Generaldebatte zum Rechnungsabschluss, der ja letztendlich auch so etwas wie eine Bilanz der Aktivitäten und Tätigkeiten legt, auch das Europathema sehr viel stärker betonen sollten. Was ich mir wünsche und was wir uns wünschen, ist eigentlich eine sehr viel aktivere Europapolitik hier im Gemeinderat, eine viel aktivere Europapolitik im Landtag und letztendlich auch in den Ausschüssen.

Denn Wien liegt im Herzen Europas, und Wien hat unendlich viele Möglichkeiten und Chancen, die wir ei-

gentlich in dieser Form nicht nutzen. Ich denke, wir sollten darauf viel mehr Fokus legen, weil es ist das, was letztendlich auch die Standortpolitik, die Zukunftspolitik dieser Stadt betrifft, und es ist letztendlich die Chancenpolitik, die wir in Wien haben.

Lassen Sie mich zurückkommen: Europas Tiefpunkt, könnte man irgendwie sagen, liegt ziemlich genau ein Jahr zurück, denn am 23. Juni 2016 votierten knapp 52 Prozent der Wähler und Wählerinnen in Großbritannien für den Austritt aus der Europäischen Union. Das war ein wirklicher Tiefpunkt, aber seitdem geht es bergauf, zumindest wenn man den Umfragen unter der EU-Bevölkerung glauben darf. Es geht bergauf. Es waren auch in den letzten Monaten viele Ereignisse, die das sehr schön gezeigt haben. Letztendlich geht es bergauf, ist es in Bewegung, auch das, was in Frankreich mit "En Marche!" passiert ist, wirklich ein radikaler Wechsel. Wir haben es also geschafft, die EU-Skeptiker in Frankreich wirklich komplett wegzuwischen. Es ist eine sehr, sehr starke proeuropäische Haltung, und es ist wirklich ein extrem positives Ereignis für Europa. (Beifall bei den NEOS. - GR Dominik Nepp: Wenn man 35 Prozent als Wegwischen bezeichnet!) Nationalistische Tendenzen, radikale Tendenzen wurden letztendlich in Frankreich, auch in den Niederlanden abgewählt, und das ist wirklich ein sehr positives Zeichen.

Ich denke, dass wir auch hier in Wien - und das halte ich für sehr wichtig -, diese sehr viel aktivere Europapolitik machen sollten, mit einem positiven europäischen Bekenntnis für dieses gemeinsame Europa, für ein gemeinsames Europa der Regionen, zu dem wir uns immer bekannt haben.

Ich glaube, dass es auch wichtig ist, dass Wien in größeren Dimensionen denkt, mehr auch in der Dimension eines Greater Vienna, einer Metropolregion. Sie haben es zuerst diskutiert, sehr geehrte Frau Stadträtin: Prangl ist jetzt von Brunn am Gebirge wieder nach Wien gekommen. Das ist für Wien zwar sehr positiv, für die Fiskalpolitik sehr positiv, aber letztendlich geht es um die Gesamtregion. Der Wettbewerb zwischen Bundesländern ist dem eigentlich nicht zuträglich, und deswegen braucht es hier auch wirklich diese Gesamtstrategie der Region, um die besten Unternehmen dieser Welt, die besten Unternehmen Europas letztendlich hier anzuziehen, damit Wien zu diesem Magnet wird und die besten Köpfe, die besten Unternehmen entsprechend zu haben.

Daher treten wir auch ganz klar für dieses geschlossene Europa ein, und das, was dem nicht zuträglich ist das passiert hier auch oftmals in der Diskussion -, ist auch die Angstmacherei, auch im Kontext des Freihandels. Wenn ich mir Emmanuel Macron ansehe, der setzt sich ganz klar pro Freihandel ein. Letztendlich geht es darum, wie wir Rahmenbedingungen schaffen, damit wir die besten Unternehmen dieser Welt, die besten Unternehmen Europas auch in die Region bringen. Daher braucht es auch eine entsprechende Flexibilität, um hier letztendlich Innovationen blühen zu lassen. Und da hilft es nicht, wenn wir links oder rechts oder wo auch immer diese Angstmacherei betreiben, das gilt vor allem gegenüber dem Freihandel. (Beifall bei den NEOS.)

Es ist nicht alles gut, aber wir müssen zumindest offen darüber diskutieren. Wir müssen uns diesen Fragen stellen, denn nur das bringt uns weiter. Wir können nicht sagen, wir machen hier vor der Globalisierung halt, sondern wir müssen sie aktiv mitgestalten. Gerade wenn man im Kontext der Digitalisierung spricht, sind quasi diese Grenzen und Hürden an den Ländern eigentlich lächerlich. Dieses nationalstaatliche, kleingeistige Denken - für manche Fraktionen in diesem Haus ist dieses kleingeistige, nationalstaatliche Denken die grundsätzliche Wertehaltung - wird uns hier nicht helfen, denn das ist wichtig für Europa, das ist wichtig für Wien. Gerade Wien im Herzen Europas hat hier viel mehr Chancen, und diese Chancen müssen wir nutzen, und die Chancen müssen wir sehen.

Wir dürfen unsere Augen natürlich nicht vor den Problemen, die wir in Europa haben, verschließen, überhaupt nicht, aber wir müssen sie offen diskutieren. Diese offene Diskussion ist das, was ich mir hier im Gemeinderat sehr viel stärker wünsche, auch sehr viel stärker in den Ausschüssen, denn letztendlich - muss man ehrlich sagen - dient der Ausschuss eher dem Abnicken der Papiere denn einer offenen Diskussion. Das kann es nicht sein, wenn wir sagen, dass wir als Wien im Herzen Europas Europapolitik ernst nehmen. Das ist etwas, was ich mir von der Stadtregierung letztendlich wünsche: Eine sehr aktive Europapolitik, zu der wir uns als NEOS, als ganz klar proeuropäische Fraktion bekennen, auch bereit sind, aktiv zu unterstützen. - Danke schön. (Beifall bei den NEOS.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Kollege Gara hat 6 Minuten Redezeit verbraucht, es bleibt noch eine Restredezeit von 4 Minuten für die Fraktion der NEOS. Als nächste Kollegin zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Dr. Kugler. Selbstgewählte Redezeit ist 5 Minuten, Restredezeit der ÖVP allerdings noch 18 Minuten. Sie haben das Wort.

GRin MMag. Dr. Gudrun <u>Kugler</u> (ÖVP): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich kann Herrn Kollegen Gara heute in erstaunlich vielen Punkten zustimmen. Europa braucht viel mehr Platz in Wien. Wir haben ein Jahr Brexit, der Herr Kollege hat es schon gesagt. Die Europäische Union überlegt, wo es hingehen soll, und hat uns ein Weißbuch vorgestellt. Ich weiß nicht, ob Sie es alle ganz genau gelesen haben, aber in diesem Weißbuch gibt es fünf Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Europäischen Union. Die haben ganz knallige Namen, wo man schon nach drei Worten weiß, was es sein könnte. Dann hat sich aber die Europäische Kommission bei diesen fünf Szenarien nicht festgelegt, wo sie selber hinmöchte. Die Expertinnen und Experten, die das geschrieben haben, lassen diese Frage vollkommen offen.

Was sind diese fünf Szenarien? Ich sage Ihnen nur die Schlagworte, die finde ich eigentlich sehr spannend: Weitermachen wie bisher, nichts außer Binnenmarkt. Jene, die wollen, machen mehr gemeinsam oder weniger und dafür aber effizienter. Oder als letztes Szenario: viel mehr gemeinsam machen. Die Europäische Kommission

lässt das offen. Was denken wir? Was denkt Wien? Was denke ich als Europasprecherin der ÖVP Wien?

Der Binnenmarkt, das Kernanliegen weiter vertiefen, weitertragen, die Außengrenzen schützen, die Flüchtlingsproblematik gemeinsam lösen, das sind Themen, die es für die Europäische Union unbedingt braucht. Das Wort Subsidiarität heißt, was die kleinere Einheit machen kann, das soll sie machen. Das ist ganz groß zu schreiben, aber für viele Dinge braucht es einfach die Europäische Union. Wofür es sie nicht braucht, ist etwas, das immer wieder auch von den GRÜNEN kommt: eine Sozialunion. Auch von der roten Fraktion kommt das immer wieder. (Beifall bei der ÖVP.)

Warum keine Sozialunion? - Die Sozialunion würde das österreichische Niveau hinuntersetzen und würde einen Wettbewerbsvorteil für Länder auslöschen, die diesen in der Transformation, in der sie sich befinden, dringend brauchen.

Was macht aber nun Wien in dieser Frage? - Hier gibt es fünf Szenarien, und niemand weiß, wo es hingehen soll. In Wien treffen wir uns nun für den Europaausschuss und haben folgende Themen, ich darf Ihnen das vorlesen:

Erstens: Wie funktioniert das Europäische Parlament? Zweitens: Die Private Initiative "Route 28" wird vorgestellt. Das ist eine gute Initiative, keine Frage, aber eine private Initiative, für die man 20 Minuten Ausschusszeit verwendet. Drittens: Die Aktivitäten der EU-Strategie für den Donauraum werden zu Kenntnis genommen. Und schließlich viertens: Als letzten Punkt, die Umsetzung der Städteagenden der EU wird zur Kenntnis genommen. Dabei bleibt es dann stehen. Wir nehmen irgendwelche Projektchen zur Kenntnis, wir lernen, wie viele Mitglieder das Europäische Parlament hat und wie viele Ausschüsse es dort gibt, und dann gehen wir wieder nach Hause.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir Europa hier ernst nehmen, dann müssen wir uns einbringen, müssen mitdenken, müssen mitgestalten. Das heißt zum Beispiel auch, gerade für Wien, als Drehscheibe zwischen Ost und West, dass wir unsere Verantwortung in der Ausrichtung auch nach Osten und Südosten hin ernster nehmen, in einer geschichtlich wichtigen und schwierigen Zeit. Das heißt zum Beispiel auch, dass wir ganz einfach praktisch und konkret einen gescheiten Busbahnhof bauen, dass die Leute, die aus den Hauptstädten in Ost und Südosten leichter und angenehmer nach Wien fahren können. Sie kennen das sicher, ich mache das auch selber, mit Bussen in Erdberg zu starten. Ich kriege dort Angst. So geht es sicher auch vielen Besucherinnen und Besuchern.

Das heißt aber auch, dass wir unsere Verantwortung als Stadt durch Städtepartnerschaften ernst nehmen. Das kann über die EU-Städte hinausgehend für Wien sinnvoll sein. Wien hat wenige Städtepartnerschaften und diese nur auf Zeit. In anderen österreichischen Landeshauptstädten ist man hier viel offener. Ich sage Ihnen nur ein Beispiel und ich werde es dann zum Thema Umwelt noch einmal bringen: Lemberg hat ein Müllproblem. Seit einem Jahr liegt der Müll dort herum, wird nicht

abtransportiert, wird nicht ordnungsgemäß entsorgt. Das betrifft Wien, weil Umweltverschmutzung an Stadt- oder Landesgrenzen nicht Halt macht. Wien könnte dort helfen, könnte mit einer Städtepartnerschaft Lemberg unter die Arme greifen. Visionäre Politik denkt mit, auch über Stadtgrenzen hinaus. - Das rote Licht?

Vorsitzender GR Mag. Dietbert <u>Kowarik</u> (unterbrechend): Ihre 5 Minuten sind vorbei. Aber Sie haben noch 13 Minuten, die stelle ich Ihnen auch gleich ein. Also die ÖVP hat noch 13 Minuten Redezeit.

GRin MMag. Dr. Gudrun Kugler (fortsetzend): Alles klar, ich bin gleich fertig. Ich habe von visionärer Politik gesprochen, und ich möchte eine Sache positiv anmerken. Wir haben in den letzten Monaten hier im Gemeinderat doch relativ viel über Menschenrechte gesprochen. Manche haben das belächelt und gesagt: Was haben Menschenrechte mit uns in Wien zu tun?" Oder: "Das sind internationale Themen." Ich glaube, dass Menschenrechte, egal, wo sie verletzt werden, uns alle angehen, und dass jedes Parlament das Thema mittragen und aufgreifen soll. Ich freue mich hier über die gute Zusammenarbeit, die wir haben, besonders mit Kollegen Florianschütz und Kollegin El-Nagashi, und dass wir hier gemeinsam über Parteigrenzen hinweg große Anliegen aufgreifen können. Ich glaube, dass das etwas ist, was vielleicht die Politik in den Augen der Menschen wieder etwas rehabilitieren kann.

Abschließend vielleicht noch ein Gedanke zur Frage: Wer sind wir als Europäer? Denn die Debatte über Europa ist ja nicht nur eine über Normen und Verträge, sondern eigentlich eine Frage nach Identität. Wer sind wir? Was unterscheidet Europa von anderen Plätzen der Welt, und was bringt uns in Europa zusammen, auch wenn wir unterschiedliche Sprachen haben und die Kulturen verschieden sind? Es gibt eine Art europäische Leitkultur, und ich sage Ihnen nur ein paar Schlaglichter. Ich glaube, es wäre in der Debatte gut, die Menschen viel mehr auf diese Identität des Europäers hinzuweisen und sie ins Gespräch zu bringen. Europa sowie die Würde des Menschen in den Vordergrund zu stellen, daraus ergibt sich ein Instrumentalisierungsverbot. Der philosophische Grundsatz der Suche nach dem Schönen, Wahren und Guten, die Freiheit und die Selbstbestimmung (GR Armin Blind: Das Wahre hat die Frau El-Nagashi abgeschafft!), die Suche nach der Vernunft, die Verpflichtung auf die Vernunft, die Demokratie, die Anerkennung der Rechtsstaatlichkeit, die gemeinsame Verantwortung zur Schaffung einer gerechteren Gesellschaft, die Gleichberechtigung in der Familie, die Achtung gegenüber Andersdenkenden, die Religionsfreiheit und der treuhänderische Umgang mit der Umwelt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir selber besser verstehen, was wir als Europäer sind und darstellen, dann können wir diesen Gedanken auch an andere besser weitergeben wie zum Beispiel in Fragen der Integration. Wenn Menschen nach Europa zuwandern, weil sie genau diese Freiheit Europas suchen, dann ist das für uns in Europa auch ein Gewinn. Vielen Dank. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: So, das waren 8 Minuten. Daher hat die ÖVP noch eine Restredezeit von 10 Minuten.

Auf der Rednerliste steht grundsätzlich Frau GRin Meinhard-Schiebel. Die Redezeit der GRÜNEN ist verbraucht. (GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Ist gestrichen! Bevor ich zu reden begonnen habe, hat sie sich streichen lassen!) Das ist bei mir nicht angekommen. Ich nehme es zur Kenntnis. Danke für die (GR Dr. Kurt Stürzenbecher: Passt schon!) Übermittlung. Bitte? (GR Dr. Kurt Stürzenbecher: Das passt schon!) Gut.

Dann kommt als nächster Redner Herr StR DDr. Schock zu Wort, selbstgewählte Redezeit ist 15 Minuten, Restredezeit der Fraktion ist 31 Minuten. Ich erteile Ihnen das Wort.

StR DDr. Eduard **Schock**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich vielleicht den Versuch unternehmen, die Rechnungsabschlussdebatte noch ein bisschen zusammenzufassen. Zunächst einmal zur Frau Stadträtin. Sie haben heute am Vormittag 50 Minuten über alles Mögliche geredet bis hin zur Gewerbeordnung mit detaillierten Vorschlägen, wie Sie die Gewerbeordnung novellieren würden, wofür Sie gar nicht zuständig sind. Das ist ja ein Bundesthema. Aber zum Rechnungsabschluss, und das ist ja auch bezeichnend, haben Sie fast nichts gesagt. Da haben Sie vielleicht 5 Minuten ein paar Sätze gesagt, und die waren leider falsch. Frau Stadträtin, da stellen Sie sich heraus und sagen allen Ernstes: Wir haben unser Ziel 2016 erreicht. Ja, was war denn Ihr Ziel? Das zeigt doch ein Griff ins Archiv: Ihr Ziel war Konsolidierung. Und Ihr Ziel, wörtliches Zitat von Ihnen: "Ein Ende der Neuverschuldung 2016." Das haben Sie versprochen, 2016 Ende der Neuverschuldung. Und da stellen Sie sich heute auch noch hin und glauben, wir lesen nicht im Archiv, wir lesen nicht, was Sie früher gesagt haben und sagen, wir haben unser Ziel eigentlich erreicht. Ja, Frau Stadträtin, haben Sie die Neuverschuldung erreicht? Natürlich nicht, und dieser Rechnungsabschluss zeigt es ja: 560 Millionen Neuverschuldung, Schuldenrekord! Sie haben Ihr Versprechen gebrochen, Frau Stadträtin! Wir glauben Ihnen kein Wort mehr, und in dieser Stadt glaubt Ihnen kein Mensch mehr ein Wort von dem, was Sie sagen, Frau StRin Brauner! (Beifall bei der FPÖ.)

Da haben Sie auch einen Vergleich mit den anderen Bundesländern angestellt, wie gut Wien denn nicht noch ist nach diesen Schuldenrekorden. Na, schauen wir uns das einmal an: Oberösterreich 63 Millionen Budgetüberschuss 2016, Frau Stadträtin! Burgenland 71 Millionen EUR. Und Wien in dieser Rechnung der Statistik Austria 248 Millionen Defizit im Vorjahr, das höchste Defizit aller neun Bundesländer laut Statistik Austria, und das ist der richtige Vergleich Frau Stadträtin! Sie weisen immer höhere Defizite aus, 2015/16, das Burgenland weist Überschüsse aus, Oberösterreich weist Überschüsse aus. Dort ist die freiheitliche Handschrift auch bereits erkennbar. Wir zeigen Ihnen ja vor, wie es geht. Es funktioniert, Frau Stadträtin, wenn man nur die richtige Politik betreibt, meine Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Und noch etwas, Frau Stadträtin: Eigentlich ist dieser Rechnungsabschluss ja der Beweis, dass wir recht behalten haben. Denn was haben wir seit Jahren in den Budgetdebatten, in den Rechnungsabschlussdebatten gesagt? Wir haben immer gesagt, wir können uns das nicht mehr leisten. Wir können uns diese Einwanderungswelle auf Dauer nicht mehr leisten. Das haben wir hier seit Jahren gepredigt. Die Belastungen aus dieser Einwanderungswelle, aus der Grundversorgung, aus der Mindestsicherung, dann auch noch aus der Bildung, aus der Integration, wo die Kosten ja noch dazukommen, da haben wir schon immer gesagt, wir können uns das aus diesem Wiener Budget nicht mehr leisten, und dieser Rechnungsabschluss ist genau der Beweis, dass wir recht behalten haben. 560 Millionen EUR Rekordverschuldung laut diesem Rechnungsabschluss und zwei Drittel davon nur aus dem Titel der Einwanderungswelle! Zwei Drittel der neuen Schulden nur Folgekosten der Einwanderungswelle! Das können wir uns tatsächlich nicht mehr leisten, Frau StRin Brauner! Dieser Rechnungsabschluss ist der offizielle Beweis dazu. (Beifall bei der FPÖ.)

Und 2010, Frau StRin Brauner und meine Damen und Herren von Rot und Grün, als Sie Ihr Amt angetreten haben, war der Anteil der Nichtösterreicher bei der Mindestsicherung noch 24 Prozent. Das muss man sich einmal vorstellen! 2010 waren es erst 24 Prozent Nichtösterreicher, die Mindestsicherung bezogen haben. Und dann durch diese falsche Politik von Rot-Grün ist dieser Anteil jährlich um 3, 4 Prozentpunkte hinaufgeschnellt.

Und 2017, und das wird als Jahr der Zeitenwende auch in die Statistik eingehen, werden es bereits 51 Prozent sein! Das heißt, durch diese falsche Einwanderungspolitik werden 2017, und das lässt sich auf Grund der Daten von Jänner, Februar, März und April jetzt auch ja schon sagen, erstmals 51 Prozent der Mindestsicherungsbezieher Nichtösterreicher sein. Das heißt, der Großteil der Mittel wird durch Ihre falsche Politik an Nichtstaatsbürger ausgeschüttet und genau dort bei dieser bedenklichen Entwicklung müsste auch seriöse Finanzpolitik ansetzen, meine Damen und Herren! Dort müssten Sie den Hebel ansetzen und nicht etwa bei den Beamten, wie die Frau Wehsely das heute angesprochen hat und wo man auf Grund ihrer Emotion auch gemerkt hat, wie diese falsche Politik der SPÖ in ganz Wien greift. Vor allem auch bei den Wiener Beamten, weil die das natürlich nicht verstehen, Frau Wehsely, dass bei den eigenen Bürgern, und noch dazu bei den Beamten der Stadt Wien, im Rahmen von WiStA, zuallererst angesetzt wird, während man aber dort, wo die Kostenexplosion stattfindet, wo die Kostenexplosion von 24 Prozent auf 51 Prozent war, überhaupt nicht ansetzt.

Meine Damen und Herren, Frau StRin Brauner, das kann ja nicht so weitergehen. Die letzten Zahlen, die veröffentlich worden sind, zeigen ja, nur in den letzten Monaten sind allein 7.000 Flüchtlinge aus den anderen Bundesländern in die Bundeshauptstadt gezogen. Allein 7.000 Flüchtlinge! Der Kollege Margulies hat ja heute auch eine Zahl genannt und hat die Katze aus dem Sack gelassen: Sie haben von 300 Millionen EUR Mehrkosten

aus diesem Titel gesprochen. Und weil Sie immer sagen, und auch die Kollegin Wehsely hat das gesagt, wir haben keine Lösungsvorschläge, wir machen nur populistische Politik, genau genommen sind wir Freiheitliche hier die Einzigen, die das an der Wurzel anpacken und die auch rechtzeitig die Vorschläge auf den Tisch gelegt haben. Wir haben immer gesagt, die Mindestsicherung ist doch kein Instrument der Asylpolitik. Das ist eine österreichische Sozialleistung! (Beifall bei der FPÖ.)

Frau Kollegin Wehsely, weil Sie auch immer sagen, die Freiheitlichen betreiben eine Politik gegen die Menschen, wir versuchen, die Menschen auseinanderzudividieren, das stimmt doch überhaupt nicht. Das, was wir Freiheitliche fordern, ist endlich eine Politik für die Menschen dieser Stadt. Wir sagen daher: Asylanten brauchen keine Mindestsicherung. Wer wirklich nur sein nacktes Leben über die Grenze zu uns gerettet hat, der ist auch mit der Grundversorgung zufrieden. Das muss eine Sozialleistung für Österreicher bleiben, meine Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ. - Aufregung bei GRin Birgit Hebein.)

Ja, Frau Kollegin Hebein, da meldet sich ja gerade die Richtige! Schauen wir uns das einmal an, wo Sie kürzen. Sie haben ja an vorderster Front, die Kollegin Hebein hat ja dieses berühmte Paket von Rot-Grün mitverhandelt, das vorige Woche, Mitte voriger Woche präsentiert worden ist. Schauen wir uns einmal das an, wo Rot-Grün hier die Reform ansetzt. Schauen wir uns dieses rot-grüne Paket zur Wiener Mindestsicherung an. Schauen wir uns an, wo Sie tatsächlich kürzen, Frau Kollegin Hebein: Sie kürzen bei den Jugendlichen in Wien! Dort wird gekürzt. Bei den jungen Menschen in Wien bis zu 25 Prozent Kürzung ist vorige Woche von Ihnen verlautbart worden. Schärfere Sanktionen soll es geben, völlige Streichung der Mindestsicherung. Und wo? Na, wieder bei den Jugendlichen, bei den jungen Menschen in Wien! Und drittens Kürzung bei den chronisch Kranken. Das ist vorige Woche berichtet worden, Kollegin Hebein. Das ist die Lösung von Rot-Grün. (Weitere Aufregung bei GRin Birgit Hebein.) Das ist berichtet worden, das ist Ihre Lösung, die Lösung von Rot-Grün. (GR Christian Oxonitsch: Wann? Wann? Wann?) Na sicherlich, eine Kürzung um 20 Prozent bei den chronisch Kranken in Wien. Das ist berichtet worden, Kollege Oxonitsch. (Beifall bei der FPÖ.) Das werden sich die Wähler merken, Kollege Oxonitsch, wo Sie die Reform ansetzen. Denn, Kollege Oxonitsch, für die Explosion ... (GR Christian Oxonitsch: Sagen Sie mir doch, wann!) Ich sage Ihnen die Voraussetzungen. Für die Explosion im Budget sind nicht die jungen Menschen in Wien verantwortlich (GR Christian Oxonitsch: So sagen Sie es!), sind auch nicht die chronisch Kranken verantwortlich! Die Kostenexplosion ist bei nichtösterreichischen Staatsbürgern, wo der Aufwand um 80 Prozent explodiert ist, um 80 Prozent! Das ist der treibende Faktor! Dort müssten Sie ansetzen, Kollege Oxonitsch! (Beifall bei der FPÖ.) Das wäre die richtige Politik!

Da ist es ja kein Wunder, dass uns die Menschen in dieser Stadt immer mehr zulaufen, nicht nur in den Arbeiterbezirken, sondern mittlerweile in allen Bezirken Wiens. Dann ist es ja kein Wunder, dass wir auch aus der Wiener Beamtenschaft, wie die Frau Wehsely das ganz richtig festgestellt hat und wie das an ihrer Emotion merkbar war, immer mehr Zulauf bekommen, meine Damen und Herren, denn das ist doch keine soziale Politik! Und weil Sie sich hier immer rühmen, eine soziale Politik zu betreiben und sagen, wir machen soziale Politik für die Menschen: Das ist doch keine Politik für die Menschen dieser Stadt, ganz im Gegenteil. Das hat ja auch der VBgm Gudenus heute festgestellt. Mit dieser Politik gefährden Sie den Sozialstaat, weil er nämlich unfinanzierbar wird. Mit dieser "Tür auf"-Politik, meine Damen und Herren, gefährden Sie unseren Sozialstaat, den wir uns ja mühsam in Jahrzehnten, ja, fast in Jahrhunderten erkämpft haben, weil er durch Ihre Politik nämlich nicht mehr finanzierbar wird. Und jetzt haben wir die ersten Zeugnisse davon: Kürzung bei der Wiener Jugend um bis zu 25 Prozent, Kürzung bei den chronisch Kranken um 20 Prozent! Das zeigt, Sie selbst betreiben Sozialabbau. Sie sind mit Ihrem Latein am Ende, meine Damen und Herren.

Wir haben daher heute auch einen Neuwahlantrag eingebracht. Es kann ja nicht so weitergehen, immer zuallererst bei den eigenen Bürgern, bei den eigenen Beamten, bei den Mietern zu kürzen, bei den kranken Menschen durch Zwei-Klassen-Medizin. Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, zuallererst immer dort bei den eigenen Staatsbürgern den Hebel anzusetzen! Ich fordere Sie daher auf: Hören Sie auf mit dieser falschen Politik! Lassen Sie die Jugendlichen in Ruhe! Lassen Sie die jungen Menschen in Ruhe! Lassen Sie auch die Kranken in Wien in Ruhe! Hören Sie auf mit Sozialabbau, und geben Sie den Weg frei für Neuwahlen am 15. Oktober 2017! (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert <u>Kowarik</u>: Kollege Schock hat 13 Minuten Redezeit verbraucht, Restredezeit der Freiheitlichen Fraktion 18 Minuten.

Bevor ich nunmehr dem nächsten Redner das Wort erteile, hat sich Frau Kollegin Hebein zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Birgit <u>Hebein</u> (GRÜNE): Werte Kollegen und Kolleginnen!

Es gibt meiner Meinung nach nichts Ekelhafteres, als auf Kosten von Schwachen Politik zu machen. Ich möchte tatsächlich berichtigen, und zwar zwei Punkte:

Punkt 1: Die kranken Menschen, und zwar nämlich sie selber, viele haben sich selber bei uns gemeldet, weil sie keinen Zugang zur Rehabilitation haben, also ein Wunsch, weil sie bisher vom Zugang zur Rehabilitation ausgeschlossen wurden. Er wird zukünftig schaffen werden. Das ist genau eine der immer angekündigten zusätzlichen Sachleistungen, die jetzt kommen, eine Geldleistung, die in Sachleistung umgewandelt wird. Sollte die Rehabilitation nicht dazu führen, dass dadurch der Einstieg in die Arbeitswelt ermöglicht wird, werden die alten Menschen, und es sind vor allem alte, kranke Menschen, die davon profitiert haben, in der Zeit der Rehabilitation auch weiterhin 14 Mal Dauerbezug beziehen. Das war die erste Korrektur.

Die zweite Korrektur der tatsächlichen Berichtigung betrifft die jungen Menschen. Wenn es jetzt zukünftig so ist, und das ist auch nicht neu, sondern das diskutieren wir seit 2 Jahren, dass ausnahmslos junge Menschen zwischen 22 und 25, die noch im elterlichen Haushalt leben, nicht mehr 2 Mal den Wohnbeitrag erhalten, weil der ja von den Eltern abgedeckt ist, sondern wir ein riesiges Paket an Maßnahmen beschließen, damit junge Menschen aus der Mindestsicherung rauskommen und eine Chance erhalten, dann finde ich es absolut schäbig, hier Politik auf dem Rücken der Schwachen zu machen. Vielen Dank. (GR Dominik Nepp: Eine tolle Berichtigung! - Beifall bei den GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert Kowarik: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Stürzenbecher, selbstgewählte Redezeit 10 Minuten, Restredezeit der Fraktion grundsätzlich noch 40 Minuten. Ich stelle einmal 10 Minuten für Sie ein. Bitte schön, Sie haben das Wort.

GR Dr. Kurt <u>Stürzenbecher</u> (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist wie immer bei einer Rechnungsabschlussdebatte, dass man glaubt, manche in diesem Raum, vor allem aus dem Kreis der FPÖ oder überhaupt aus der Opposition, leben in einer anderen Stadt oder haben komplett andere Zahlen, als sie eigentlich offiziell vorliegen. Diese Gegenwelten, weil man das jetzt bei Computerspielen immer durchspielen kann, schlagen sich offenbar auch im Gemeinderat durch. Aber es soll so sein. Deshalb wollte ich jetzt noch einmal, weil Rechnungsabschluss ist, ein paar Kernsätze und ein paar Kernfakten wiederholen, was natürlich sehr für diesen Rechnungsabschluss und die Politik, die dahintersteht, spricht.

Wir haben innerhalb der Maastricht-Kriterien abgeschlossen. Das strukturelle Defizit ist 113 Millionen, 121 wären zulässig. Das ist einmal ein Faktum. Die Schweizer-Franken-Schuld ist stark rückläufig. Das ist auch ein Faktum. In der Bundesländer-pro-Kopf-Verschuldung sind wir von neun Bundesländern am vierten Platz, also drei sind besser, fünf sind schlechter. Also zumindest katastrophal ist das nicht. Wir werden uns anstrengen, dass wir die drei überholen. Die haben aber keine großen Ballungsgebiete und sind mit einer Millionenstadt und gewissen Faktoren einfach nicht vergleichbar. Also obwohl es schwer vergleichbar ist, stehen wir durchaus passabel da.

Das Wirtschaftswachstum ist mehr gestiegen als erwartet. 1 Prozent hat man erwartet, um 1,7 ist es gestiegen. Die Arbeitslosigkeit sinkt. Mir ist nach wie vor jeder Arbeitslose und jede Arbeitslose einer zu viel. Wir werden uns weiter massiv anstrengen, dass wir das weiter senken. Aber Faktum ist, die Arbeitslosigkeit sinkt, und sie sinkt stärker als jemals in den letzten zehn Jahren. Das Bruttoregionalprodukt, bei dem sind wir in Österreich an eindeutig 1. Stelle. Die Verschuldung in Prozent des Bruttoregionalproduktes ist 6,8 Prozent. Also ich glaube, das ist eine Bilanz, die sich sehen lassen kann und auf die man durchaus stolz sein kann. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Natürlich ist diese Politik eingebettet in eine Politik der Stadt Wien, die wir seit vielen Jahren betreiben und kontinuierlich weiterentwickeln. Da ist ein ganz wesentlicher Faktor das hohe Niveau an öffentlichem Eigentum bei öffentlichen Dienstleistungen, also bei den Dingen, die jede Frau und jeder Mann täglich brauchen. Wir sind durchaus nicht der Meinung, dass man alles verstaatlichen oder kommunalisieren soll. Die Produktionsbetriebe, die normalen, überhaupt nicht. Aber die öffentlichen Dienstleistungen wie Strom, Gas, Fernwärme, öffentlicher Nachverkehr, sozialer Wohnbau, Bestattung - letztere ist zwischendurch teilweise privatisiert worden, aber diese Privatfirma hat sich anscheinend nicht wirklich rentiert und ist wieder in das öffentliche Eigentum gekommen, - Müllabfuhr, und so weiter, und so weiter, das ist etwas, was diese Stadt in ganz Europa auszeichnet. Mitverantwortlich dafür ist, dass wir erfolgreich sind und die höchste Lebensqualität haben, weil einfach die Daseinsvorsorge ungeheuer wichtig ist. Die Volksbefragung 2013 hat ja auch bewiesen, dass fast 90 Prozent der Wienerinnen und Wiener dieses hohe öffentliche Eigentum an öffentlichen Dienstleistungen befürworten. Diesen Weg werden wir weitergehen. Wir werden bei dem Privatisierungswahn, der vor allem in den 90er Jahren durch Europa geweht ist und so viele Städte in Deutschland, ich will nicht sagen, ruiniert hat, aber doch vor schlechte Voraussetzungen gestellt hat, nicht mitgehen. Fast jede Woche ist eine Delegation aus einem europäischen Land, oft aus Deutschland, bei uns, bei mir, auch als Wohnbau-Ausschussvorsitzender, aber nicht nur, und alle sagen: Wie macht ihr das? Ich sage immer, wir haben gewisse Grundentscheidungen gefällt und sind dabei geblieben, auch gegen starken Gegenwind. Weil es war nicht einfach, in den 90er Jahren auf internationalen Konferenzen zu sein, wo jeder geglaubt hat, es ist modern, wenn man nur alles verscherbelt. Und wenn man das öffentliche Eigentum behält, dann sei man Steinzeit-Sozialist, wie man damals gesagt hat. (Beifall bei der SPÖ.) Nein, es war richtig, das zu behalten. Es war modern und im Sinn der Bürgerinnen und Bürger. Und jetzt sagen uns das die Deutschen, die da kommen, auch dauernd. Allerdings, ich sage immer, es ist natürlich leicht, die Zahnpaste aus der Tube rauszupressen, aber es ist sehr schwer, sie dann wieder reinzukriegen, weil die wollen jetzt wieder einen sozialen Wohnbau, nachdem sie alles verscherbelt haben. Aber es ist sehr schwer, wieder von Null zu beginnen. Deshalb werden wir unsere Politik auch fortsetzen.

Wenn da jetzt ein Neuwahlantrag ist - ihr nehmt das ja hoffentlich selbst nicht ernst. Fünf Jahre ist die Legislaturperiode, fünf Jahre! Nach eineinhalb Jahren sollen wir jetzt neu wählen? (GR Mag. Wolfgang Jung: Im Nationalrat!) Im Nationalrat ist es genauso ein Fehler, allerdings wenigstens nach vier Jahren! Die ÖVP hat nicht mehr wollen. Das waren Fehler der ÖVP (Aufregung bei der ÖVP.), dass sie dort ... (GR Mag. Wolfgang Jung: Ja! Ja!) Nein, es ist nicht gegangen. Die SPÖ war für Weiterarbeiten, die ÖVP nicht. (Heiterkeit bei der FPÖ.) Nachdem man das jetzt aufgelöst hat, hat man übrigens sehr viele Gesetze beschlossen, die durchaus sinnvoll

sind. Aber auch dort war es ein Fehler. Nur, nach vier Jahren von fünf Jahren zu wählen, ist schon falsch. Nach eineinhalb Jahren von fünf Jahren zu wählen, wäre eine Wählerverhöhnung und ein Geldrausschmeißen, dass es nicht ärger geht. Und überhaupt ... (Beifall bei der SPÖ.)

Seit 1996 verfolge ich das genauer mit. Wir haben als SPÖ 1996 43 Mandate gehabt, haben jetzt 44. Man kann nicht sagen, dass sich Wesentliches verändert hätte. Seitdem sagt ihr bei jeder Wahl, ja, ganz fürchterlich, bei der nächsten Wahl werdet ihr an der Regierung sein. Das war jetzt fünf, sechs Mal der Fall, und ihr seid noch immer in der Opposition, und ihr werdet 2020 dort bleiben! Das kann ich euch versichern. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Zur medizinischen Versorgung kann ich nur sagen: Es ist so absurd, was da gesagt worden ist. Kollege Nepp, Herr Klubobmann, ich glaube, das waren Sie. Ich war im Oktober das erste Mal in meinem Leben stationär als Patient in einem Krankenhaus, im AKH. So viel kann ich schon sagen, dass ich feststellen konnte, dass dort wirklich eine sehr gute Versorgung für alle Wienerinnen und Wiener gegeben ist. Dass es bei einem riesigen Betrieb einzeln irgendwo Fehler gibt, das kann man nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeit nie ausschließen. (Aufregung bei GR Dominik Nepp.) Aber im Großen und Ganzen ist es eine gute Versorgung, auf die wir stolz sein können. Das sei auch einmal gesagt.

Parteienförderung. Da die Frau Klubobmann von den NEOS jetzt nicht da ist, will ich da nichts näher ausführen. Ich will nur so viel sagen: Mir ist lieber, es gibt eine staatliche Parteienfinanzierung, als Oligarchen und Millionäre zahlen die Politik. Das ist eben unser Unterschied zu den NEOS.

Zum Freihandel kann ich sagen: Freihandel ist grundsätzlich was Positives. Aber wie diese Verträge abgeschlossen worden sind, TTIP und auch CETA, das war halt nicht in unserem Sinn. Deshalb muss man den Freihandel, auch wenn man ihm grundsätzlich positiv gegenübersteht, im Einzelnen kritisieren dürfen.

Jetzt noch etwas, weil der Bundesobmann und Möchtegern-Bundeskanzler Herr Kurz bisher zwar inhaltlich nicht viel gesagt hat, aber er auf die ÖVP-Wien einen großen Einfluss hat, weiß man von ihm, dass er sehr für Deregulierung ist. Da möchte ich jetzt anlässlich eines besonders tragischen Falles in Großbritannien Folgendes aus dem "Falter" von Armin Thurnher vorlesen: "2014 wies Brandon Lewis, der damalige Wohnbauminister der Konservativen, jetzt Immigrationsminister, Forderungen zurück, Baufirmen gesetzlich zur Installation von Sprinklern zu verpflichten.

Seine Begründung: Da die Regierung für Deregulierung eintrete, schaffe sie für jede Regelung, die sie einführt, zwei wieder ab. Statt Regulierung bevorzuge sie eben Selbstregulierung. Es ist schwer, aus diesem Fall nicht eine Lektion in angewandtem Neoliberalismus zu machen." (GR Mag. Manfred Juraczka: Dass Sie den "Falter" zitieren, ist mir klar!) Und dann sagt er an späterer Stelle weiter: "Das Positive können wir in der Nähe sehen." Das sagt nicht ein Sozialdemokrat, sondern ein Linksliberaler, soweit ich informiert bin. "Das Positive

können wir in der Nähe sehen, in Wien. Die gern beklagte Überregulierung hat wohl auch ihren Sinn. Viel gelästerte Institutionen wie Arbeitsinspektorate, Feuerpolizei und Gebäudekontrolle erweisen sich als segensreich. Ein kommunales Wohnungswesen, das nicht auf Profit ausgerichtet ist," - ich zitiere alles, auch was kritisch ist "höchstens auf Kleinkorruption, lässt Wohnungsbrände nicht zu Katastrophen ausarten." (Aufregung bei GR Dominik Nepp.) Kleinkorruption hat es gegeben, hat man auch schnell abgestellt. Aber das ist es, was uns unterscheidet. (Aufregung bei GR Mag. Wolfgang Jung und GR Mag. (FH) Alexander Pawkowicz.)

Damit Sie nicht sagen, ich zitiere nur den "Falter", zitiere ich jetzt auch noch den konservativ-liberalen Kurt Seinitz aus der "Kronen Zeitung". Der sagt: "ÖVP und die Deregulierungsfalle. Mit dem Abbau bürokratischer Vorschriften will die ÖVP im Wahlkampf punkten. Dies propagieren auch die britischen Konservativen seit Margret Thatcher. Heute ist Großbritannien derart dereguliert, dass man die Fassade von Hochhäusern mit billigem Plastik ankleistern kann, dass es wie Zunder brennt. Achtung! Hemmungslose Deregulierung ist lebensgefährlich!" Das haben wir in Wien schon immer gesagt. Wir haben gute Vorschriften, die halten. Wir sind gegen Privatisierung, gegen übertriebene Deregulierung. Wir sind für eine soziale, moderne und weltoffene Politik, wie sie in diesem Rechnungsabschluss auch zum Ausdruck kommt. Danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert <u>Kowarik</u>: Der Kollege hat 11 Minuten gesprochen. Damit hat die SPÖ-Fraktion dann noch eine Restredezeit von 29 Minuten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Kollege Jung, selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten. Restredezeit der Fraktion ist 18 Minuten, die werde ich auch einstellen. Sie haben das Wort.

GR Mag. Wolfgang <u>Jung</u> (FPÖ): Danke, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur kurz noch auf zwei meiner Vorredner eingehen. Ich fange gleich beim Kollegen Stürzenbecher an, der zu CETA und TTIP gesagt hat, das war auch ein Europathema, das hier besprochen wird und mit dem Sie ja bekanntermaßen keine Freude haben, weil wir eh jedes Mal darum raufen müssen, dass das überhaupt auf die Tagesordnung kommt. Ihnen ist das ja bekannt. Europa macht Ihnen keine Freude. Sie haben gesagt, CETA und TTIP, wie die Verträge abgeschlossen wurden, war das nicht in unserem Sinn. Na, die Verträge haben aber nicht wir abgeschlossen. Die haben Ihr Bundeskanzler und der Herr Kurz und die Leute abgeschlossen, Herr Kollege! Wir hier im Gemeinderat ... (Beifall bei der FPÖ.) Wir hier im Gemeinderat haben ganz andere Resolutionen beschlossen. Das wissen Sie ganz genau! Aber nachher waren Sie mucksmäuschenstill, mucksmäuschenstill aus gutem Grund. Warum denn eigentlich? Weil Sie genau wissen, wie schlecht es um die SPÖ steht. Weil Sie Angst haben um Wahlen und um Wiederwahl. Warum sind Sie jetzt so dagegen? Sie sind deswegen so dagegen, weil Sie Angst haben, dass Sie die Aktion 50+ wahrnehmen müssen, wenn das in Österreich so weitergeht. Das kann ich Ihnen sagen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich werde vielleicht noch ein bissel auf den Zustand Ihrer Partei, aber auch der GRÜNEN und auch von anderen vielleicht zu sprechen kommen, nachdem ich jetzt plötzlich überraschend viel Zeit gekriegt habe. Die Frau Kollegin Wehsely hat zitiert und ihre Englischkenntnisse unter Beweis gestellt, indem sie gesagt hat, die Politik der SPÖ in Wien wäre "for the many, not for the few". Wenn ich mir Ihre Personalpolitik in dem Zusammenhang anschaue und den Herrn Janßen anschaue, dann glaube ich, das hat eher "for the money" und nicht "for the many" geheißen. Das kann ich Ihnen schon sagen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ursprünglich vorgesehen waren ja 10 Minuten Europa. Das ist das, was wir Ihnen immer abringen können, weil da anscheinend kein besonderes Interesse bei den Europaparteien dafür besteht. Das wurde vorher... (GRin Mag. (FH) Tanja Wehsely: Wir haben eine Generaldebatte!) Nein, auch in der Generaldebatte haben wir sie erkämpft. Zu Zeiten auch noch, als die GRÜNEN noch Europapolitik machen wollten und jetzt nicht das Europathema völlig gestrichen haben und gar nicht mehr über die Thematik reden wollen, sondern diesmal nicht Halbe-Halbe gemacht haben und die Frauen von der Liste dieses Tagesordnungspunktes ganz gestrichen haben. Das fällt aber nicht weiter auf, denn die Kollegin Meinhard-Schiebel ist auch sonst im Ausschuss nicht besonders auffällig, sondern wirkt dort eher als schweigender Gast, wie im Übrigen auch die SPÖ. Ja, das ist Wahrheit. Wenn Sie dort hinkommen, dann werden Sie es sehen, meine Damen und Herren.

Wir reden hier oder Sie reden hier nicht gerne über Europa, weil Ihnen das Thema unangenehm geworden ist. Ich habe schon TTIP angesprochen. Es steht ein weiteres Thema ins Haus, nämlich das Thema der Abkommen mit Japan. Niemand von Ihnen bringt in einem Europaausschuss oder auch sonst draußen dieses Thema zur Sprache, weil es Ihnen unangenehm ist, weil dieses JEFTA, wie es auch schon genannt wird, wiederum die gleichen Klauseln beinhaltet wie die vorhergehenden Abkommen. Ich komme damit in die seltsame Situation, gemeinsam mit Greenpeace dagegen zu reden, weil die GRÜNEN tun es anscheinend nicht mehr, die haben andere Sorgen. Die haben mit dem grünen Pilz ihre Probleme, dem der Herr Schieder, wie man heute den Medien entnehmen kann, bereits ein unanständiges Angebot macht und ihn umwirbt und das verlockend nennt. Werden wir sehen, in welche Richtung das hier geht.

Aber wie schauen unsere Europaausschüsse aus? Die Frau Kollegin Kugler hat in bewährter ÖVP-Copy&Paste-Politik das nachzitiert, was in den Ausschüssen läuft, das ich wörtlich hier schon einmal im Plenum gesagt habe und auch dort im Ausschuss. Es stimmt. Wir kriegen lächerliche Papiere, die dünn sind, nichts beinhalten und keine Aussage haben. Dabei gäbe es eine ganze Menge Sachen, die zu bereden wären, denn es gibt, so liest man es zumindest von Zeit zu Zeit und hört es auch, eine ganze Menge Aktivitäten, die die

Stadtaußenpolitik betreffen. Da gibt es unzählige Dienstreisen. Da gibt es Kongresse. Da gibt es alle möglichen Studien, und so weiter, die man alle, zumindest die wichtigeren davon, den Ausschüssen zur Kenntnis bringen sollte, um sie dort auch zu debattieren. Darüber erfährt man nichts. Geschäftsstücke, die ausdrücklich mit Europa und Internationales im Kopf ausgesandt werden, kommen gar nicht in den Europaausschuss. Die bekommen wir nicht einmal zu Gesicht. Ja, warum? Was steht denn da dahinter? Ist Ihnen das Thema Europa wirklich so furchtbar unangenehm? Haben Sie so einen Horror, weil Sie merken, gerade in der SPÖ, dass Ihre Wähler zunehmend nicht gegen Europa, aber sehr kritisch gegenüber diesem Europa in Brüssel werden, und nicht nur Ihre Wähler, sondern auch Ihre kleinen und mittleren Funktionare? Sie haben es ja bei der berühmten Abstimmung über CETA gemerkt. Seither wollen Sie von Europa überhaupt nichts mehr hören. Da hat Ihr Kanzler die großartige Idee gehabt, basisdemokratisch vorzugehen. Die Abstimmung ist dann nicht so ausgegangen, wie er sich das gewünscht hat. Und was war das Ergebnis? Er hat sich nicht daran gehalten. Nun, das ist nichts Neues, mittlerweile auch in der Wiener Koalition, denn auch die GRÜNEN haben ja basisdemokratische Abstimmungen durchgeführt und sich dann nicht daran gehalten. Wie das von den Wählern und den Bürgern draußen goutiert wird, das werden wir ja in Zukunft, wahrscheinlich sogar in sehr baldiger Zukunft, sehen.

Dabei kämpft die Stadt doch ständig mit Problemen, die indirekt und direkt von Brüssel und von Europa verursacht werden. Die Mindestsicherung ist heute schon mehrfach zur Sprache gekommen, die zu einem großen Teil eben an Nicht-Osterreicher geht. Die europäische Situation verhindert es, dass wir hier zwischen unseren Staatsbürgern, zwischen Österreichern, die dafür eingezahlt haben, und solchen, die herkommen und sie beziehen, differenzieren können. Und dann womöglich noch, wie man jetzt den Medien entnehmen kann, wenn sie als Asylanten anerkannt sind, mit der Mindestsicherung heim in das Land fahren können, von dem sie angeblich verfolgt werden. Wer von Ihnen kann das einem Österreicher erklären? Da kommt wer, wird angeblich verfolgt und dann fliegt er heim auf Urlaub. Das ist doch absurd, wird aber von der Europäischen Union gedeckt wie so manches andere auch. Zum Beispiel wenn jetzt, das betrifft uns und die Kosten, die daraus entstehen, wieder direkt, irgendwelche Klagen von Leuten kommen, die in Österreich Asyl wollen und nicht in dem Land, in dem sie zuerst gelandet sind. Da kommt vom EuGH, der bisweilen ohnehin recht seltsame Positionen vertritt und nicht Recht sprechend, sondern eher Recht schaffend und zwar sehr selbstherrlich Recht schaffend wirkt, da kommt aus dieser Richtung plötzlich der Kommentar, und wir werden sehen, in welche Richtung das läuft: Eigentlich wäre das Land verpflichtet, das Asylansuchen anzunehmen, in dem der Betroffene es abgibt und nicht das Erstbesucherland.

Das hat hier die Generalanwältin neulich auch als mehr oder weniger offizielle Meinung verkündet. Wissen Sie, was das heißen würde? Das würde heißen, dass in Zukunft hier nur noch Deutschland, Österreich und Schweden als Asylländer in Frage kommen. Und die gleiche Europäische Union, die genau weiß, dass wir zu denjenigen gehören, die auf dem Gebiet am meisten geleistet haben und noch immer leisten, macht uns Vorwürfe, wenn wir nicht schnell genug jemand aus Italien zurücknehmen oder hier eben in manchen Bereichen langsam, aber vorsichtig auf der Bremse stehen. Denn so richtig bremsen, das trauen wir uns ohnehin nicht in Österreich, weil wenn wir das wollten, dann könnten wir mehr durchsetzen. Wir haben da zwar jetzt, und Teile der SPÖ, vor allem in Wien, werden es nicht so gerne hören, immerhin eine gewisse, wie man dem Kanzler vorwirft, Rechtsorientierung in der SPÖ. Das heißt, man merkt, es geht nicht mehr so arg, wie es vorher war. Ein bissel müssen wir den Bürgern und ihren Anliegen doch entgegenkommen. Wir haben auf der ÖVP-Seite einen jungen und agilen Außenminister, der hervorragend kopieren kann und hier plötzlich auf scharf macht und unsere Thesen vertritt. Der Unterschied ist aber einer: Er sitzt in der Regierung, und er könnte das eine oder andere durchsetzen, mit dem Kanzler auch gemeinsam. Er könnte es, wenn er hart genug wäre, denn es stimmt, es gibt EU-Vorschriften, die uns hier binden. Aber Vorschriften können angepasst und geändert werden. Und ich bin sicher, wer die gestrige Diskussion zum Beispiel über die Flüchtlinge gehört hat, dass man auch im Völkerrecht und im internationalen Seerecht Adaptierungen durchführen wird müssen, weil sie nicht für diese Situation geschaffen sind. Auch unser Fremdenrecht und auch das Asylrecht passen in manchem nicht für die heutige Situation, zumindest die europäischen Regelungen, und ein gemeinsames schärferes Auftreten nach außen wäre möglich. Es wäre zum Bespiel möglich, in Kauf zu nehmen, die österreichischen Grenzen, wenn es im Spätsommer passieren würde, nach Italien zu schließen. Wieso dürfen das die Deutschen und wir nicht? Weil sie größer sind? Wieso können die Deutschen mit Somalia und anderen Ländern verhandeln? Ja, weil sie mehr Entwicklungshilfe leisten. Da kann sich der Herr Kurz brausen gehen damit. Aber da ist nicht die Rede von europäischer Solidarität. Die Solidarität wird von uns nur dann eingefordert, wenn wir zahlen sollen, wie jetzt wieder 8,7 Milliarden für Griechenland, das heißt, ungefähr 270 Millionen österreichischer Anteil, und das als Fass ohne Boden.

Aber zurück zum energischen Auftreten. Das wäre möglich, wenn die österreichische Regierung sagt, na gut, wenn ihr auf stur schaltet, dann schalten wir in Zukunft bei allen Beschlüssen, die ein Veto ermöglichen, egal, welche es sind, auch auf stur und machen nicht weiter. Aber wir lassen uns im wahrsten Sinn des Wortes alles gefallen, weil wir knien vor dieser EU und vernachlässigen ganz massiv die österreichischen Interessen. Ein ganz bezeichnendes und schlimmes Beispiel hat der Kanzler vor wenigen Tagen in einem Interview nach seiner Rückkehr vom Ministerrat in Brüssel gegeben. Er kam zurück und sprach über die Russland-Sanktionen. Und dann hat er wörtlich gesagt: "Ich halte sie für wirkungslos und für die österreichische Wirtschaft für

schädlich." - der österreichische Kanzler. Gut gebrüllt, Löwe, hätte man meinen können. Aber dann sagt er: "Aber wir wollen nicht aus der europäischen Solidarität ausbrechen." Das heißt, Österreich ist ihm wurscht. Es zählt für ihn die europäische Solidarität viel mehr, obwohl uns die da laufend an die Wand fahren, meine Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.) Und dann wundert sich dieser Kanzler, wenn er nicht gerade beim Pizzaausfahren ist, dass er an Stimmen verliert.

Der andere, der Kurz, wird sich noch wundern, wenn wir ihm aufzeigen, wie unterschiedlich seine Auffassungen noch vor eineinhalb Jahren zu dieser Frage waren und wie schnell er den Schwenk heute vollzogen hat. Der große Unterschied wiederum zwischen uns und diesen beiden Herrschaften ist der: Für uns gilt die Parole "Österreich und Österreicher zuerst" und das immer und nicht nur dann, wenn es gerade passt. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert <u>Kowarik</u>: Kollege Jung hat 12 Minuten Redezeit verbraucht. Es ist noch 6 Minuten Restredezeit für die Freiheitliche Fraktion. Als nächster Redner auf der Rednerliste ist Herr GR Florianschütz gemeldet, selbstgewählte Redezeit 10 Minuten, Restredezeit insgesamt für die SPÖ-Fraktion 29 Minuten. Ich stelle Ihnen 10 Minuten ein, bitte schön.

GR Peter <u>Florianschütz</u> (SPÖ): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Schauen wir einmal, wie das dann gehen wird. Das ist eine spannende Diskussion, und ich fokussiere mich, no na nicht, auf den Bereich Europa, Internationales mit ein bissel was dazu. Dazu gleich am Anfang: Kollegin Kugler, das habe ich nicht ganz verstanden, weil wir hatten, und das betrifft auch den Kollegen Jung, im Jahr 2016 schon Themen im Ausschuss, die keine Pimperlthemen gewesen sind. Ich habe mir vier herausgesucht. Eurocity ist das Netzwerk der großen europäischen Städte. Was da eingefordert wurde, ist die Städtepolitik, ist ein Tagesordnungspunkt, ein Geschäftsstück im Ausschuss. EU-Konsolidierungspolitik und die Auswirkungen auf Städte und Kommunen, ein für Wien zentrales Thema, 2016 im Ausschuss behandelt. Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich und die Schnittstelle dazu, eine wichtige Frage für uns, auch auf Grund des Hauses der Europäischen Union, und letztendlich das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2016 haben wir im Ausschuss behandelt und vieles andere auch noch. Aber das haben wir behandelt.

Also der Eindruck, dass wir dort nur tarockieren, ist ein falscher. Versuchen wir, Folgendes zu machen: Wir haben in diesem Ausschuss hier eine sehr nette gemeinsame Kultur entwickelt, wofür ich mich auch wirklich herzlich bedanken möchte, und versuchen wir, uns das nicht schlechtzureden. Da, wo es Nachhol- und Adaptierungsbedarf gibt, stehe ich nicht an, dem nachzukommen. Herr Kollege Jung, wenn Sie wegen JEFTA gefordert haben, dass wir uns mit dieser Frage auseinandersetzen sollten: Ja, da haben Sie völlig recht, das sollten wir auch tun, keine Frage, weil das auch ein gemeinsames Interesse von uns sein muss, uns in dieser Frage,

die uns alle miteinander betrifft, hier schlau zu machen und dazu eine Meinung abzugeben und sie gegebenenfalls dem Landtag oder besser dem Gemeinderat zu empfehlen. Es ist immer ein bissel schwierig, wenn man in einer Generaldebatte zum Jahr 2016 redet, weil man ja immer auch die neuesten Erkundungen und die neuesten Ereignisse im Blick hat. Ich weiß nicht, ob alle anderen das auch gemacht haben, ich rede über den Rechnungsabschluss des Jahres 2016 in der Generaldebatte und dehne das Jahr 2016 bis jetzt aus, weil das ist halt schwer. Das haben alle anderen auch gemacht, das mache ich jetzt also auch. Ich gebe es zu.

Ein Beispiel: Wir haben uns unlängst über die Frage des EU-Weißbuches unterhalten. Das haben wir nicht so getan, wie ich es für optimal gehalten hätte, und wir werden uns mit der Frage noch mehr auseinandersetzen. Aber die Frage des EU-Weißbuches und die Frage der Entwicklung der Europäischen Union an sich ist natürlich eine zentrale und strategische Frage, mit der wir uns insgesamt auseinandersetzen müssen. Und dort, meine Damen und Herren, scheiden sich die Geister, und das ist gut so. Da gibt es halt die einen, die meinen, die Europäische Union ist primär eine Wirtschaftsunion und sollte sich auf das reduzieren. Und die anderen sind der Meinung, die Europäische Union sollte sich entwickeln und sollte sich auch zu einer Sozialunion verdichten und noch darüber hinaus. Das ist zum Beispiel meine Meinung. Es ist gut, dass es diese unterschiedlichen Meinungen gibt. Besser gesagt, es ist gut, dass sie so artikuliert werden, weil das gibt ja den Menschen die Möglichkeit, am Ende des Tages begründet Entscheidungen zu treffen, wohin sie gehen und welcher Meinung sie folgen werden. Das ist ja das Wesen demokratischer Wahlen, dass man auf Grund von Sachentscheidungen eine Auswahl zu dem und zu dem trifft. So täte ich es mir wünschen, und so täte es sich gehören.

Der Lauf der heutigen Debatte macht mich nicht optimistisch, möchte ich Ihnen sagen. Natürlich kann man darüber diskutieren, ob die Angleichung europäischer Standards dazu führt, dass die österreichischen Standards sinken. Ich sage Ihnen, das ist nicht unser Interesse, ganz im Gegenteil. Wir meinen, dass eine Sozialunion bedeutet, das Wohl und das Leben der europäischen Bevölkerung als ein Ganzes zu erhöhen in einer solidarischen Gemeinschaft eines gemeinsamen Europas, in einem Projekt einer Friedens- und Freiheitsunion, eines Raumes des Rechtes und der Freiheit. Das ist das, was wir wollen. Dazu stehe ich auch, und da bin ich jederzeit bereit, eine Debatte dazu zu führen. Im Grunde meines Herzens weiß ich, dass am Ende des Tages die überwiegende Mehrzahl, besonders der jungen Bevölkerung dieses Europas, mir in dieser Frage folgen wird. Und nicht nur deswegen vertrete ich es, aber das stimmt mich optimistisch.

Das Zweite gilt auch für die Frage der Stadtaußenpolitik. Wien ist eine zentrale Metropole in Europa, und Wien betreibt eine offensive Stadtaußenpolitik. Der Wunsch, über die Frage der Gewichtung der Stadtaußenpolitik öfters zu reden, das finde ich in Ordnung, das

sollten wir machen, und ich lade ein, das auch offensiv zu betreiben, in welche Richtung wir gehen.

Ich sage Ihnen ein Beispiel dazu. Kurzer Ausflug in Richtung Ausschuss der Regionen. 70 Prozent der Bevölkerung Europas leben in Städten. Die Städte und Regionen sollten meiner und unserer Meinung nach einen wesentlichen Einfluss auf die reale Politik der Europäischen Union haben. Da muss man dann auch vorsichtig sein, wie man agiert, und da gibt es dann Zielkonflikte. Ich höre nämlich immer, dass wir, wenn wir, und das ist ja auch heute gefordert worden, als Nettozahler zur Kenntnis nehmen, dass bestimmte Länder der Union bei der Frage der Verteilung, Beispiel von Flüchtlingen, nicht so tun, wie wir wollen oder nicht so tun, wie es beschlossen ist, um es richtig zu sagen, dann mit Strafen agieren sollten. Dazu gibt es ein schönes Fachwort: Die makroökonomische Konditionalität, ich hab's üben müssen. Makroökonomische Konditionalität bedeutet, dass wir Sozialtransfers oder Kohäsionsfondszahlung beispielhalber an das Wohlverhalten bestimmter Länder binden würden. Das würde konkret bedeuten, dass, wenn sich die Republik Polen in der Frage von Aufnahme und Rücknahme von Flüchtlingen nicht so verhält, wir bei den Kohäsionsfonds Kürzungen vornehmen würden, wenn wir das überhaupt könnten. Aber bei der Landwirtschaft geht es nicht, das ist Individualanspruch. Aber im ESF und bei den Kohäsionsfonds ginge das. Aber nur, was heißt das jetzt aus Sicht der Regionen Europas? Die Kohäsion läuft ja nicht auf die Zentralregierung, sondern auf die Region Krakau. Das heißt, wenn die polnische Zentralregierung nicht so tut, wie wir wollen, bestrafen wir die Region Krakau. Das ist nicht die Solidarität der Regionen und Gemeinden in Europa, die ich mir vorstelle. Das muss man sich anders überlegen. Man muss ... (GR Mag. Wolfgang Jung: Dann soll die Regierung in Warschau protestieren!) Ja, vielleicht, aber ich will die Region Krakau gar nicht in die Situation bringen, dass sie in Warschau protestieren muss, sondern vielleicht finde ich ein tauglicheres Mittel. Meine Werbung ist folgende, es ist wohl der Unterschied zwischen Populismus und Aufklärung. Ich sage, es gibt zum Beispiel Schwierigkeiten im Sozialtransfer. Wir haben Probleme in der Ausgestaltung. Da kann man an diesen und anderen Stellschrauben drehen. Und die Populisten sagen, wir müssen die Burka verbieten. Das hat zwar nichts miteinander zu tun, aber es klingt irgendwie gut. Dorthin sollten wir uns nicht verführen lassen, meine Damen und Herren, sondern wir sollten hergehen und versuchen, eine sachlich gut orientierte Politik zu machen. Dazu stehen wir auch als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, und das ist auch das, wo wir Europa gemeinsam weiterentwickeln können. Das ist ja etwas Motivierendes.

In dem Zusammenhang noch einmal: Was haben wir dort in diesem Ausschuss gemacht? Wir haben uns in einer Subsidiaritätsüberprüfung mit der Einreise und dem Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassenden Qualifikation voraussetzenden Beschäftigung auseinandergesetzt. Super Titel, heißt irgendwie Rot-Weiß-Rot-Card, ist wichtig für dieses Land

und ist besonders wichtig für diese Stadt, weil sie qualifizierte Menschen braucht. Damit haben wir uns auseinandergesetzt.

Ich habe Ihnen schon gesagt, der Ausschuss der Regionen ist etwas, wo wir regelmäßig teilnehmen, ich vertrete dort den Herrn Bürgermeister, und wo wir schon auch einen Stellenwert in der Frage entwickeln, wie gehen wir um. Ein Beispiel: Der Adi hat sich sehr stark mit der Frage vom Brexit befasst. Was heißt Brexit und wie wirkt sich das aus? Das ist etwas, was die Regionen betrifft. Jetzt betrifft das die Region Wien nicht in dem Ausmaß, außer dass wir vielleicht die Arzneimittelagentur kriegen, was erfreulich wäre, aber es betrifft andere Regionen sehr, und das sollte uns zu denken geben. Beispielhalber betrifft der Austritt des Vereinigten Königsreichs aus der Europäischen Union die Region Nordirland sehr, weil plötzlich eine Außengrenze mitten durch Nordirland laufen würde, und das ist eine große Veränderung der jetzigen Situation. Es betrifft auch sehr, das wird von uns immer übersehen, die Region Andalusien und die Region Gibraltar, weil auch zwischen Andalusien und Gibraltar wäre dann eine Außengrenze der Union, und das wäre für die anrainende Bevölkerung sehr schlecht. Jetzt werden wir das im Wiener Landtag und Gemeinderat nicht lösen. Aber indirekt tragen wir durch unsere Teilnahme und Expertise und dadurch, dass wir jetzt zum Beispiel heute darüber reden, dazu bei, dass wir auf europäischer Ebene eine Lösung finden können, die gut ist für alle Menschen. Damit meine ich 50.000 Pensionistinnen und Pensionisten aus dem Vereinigten Königreich, die in der Region Andalusien auf Grund eines bestimmten Pensionierungsmodells ihren Lebensabend verbringen und die plötzlich ihr Lebensabendmodell gefährdet sehen, weil das dann plötzlich nicht mehr in Europa ist, sondern das Vereinigte Königreich woanders ist.

Darf ich Sie bitten, dass Sie mir nachstellen? Ich werde es eh nicht ausnutzen, aber damit es nicht so blinkt. (GR Mag. Dietbert Kowarik: Das ewige Licht leuchte ihm!) Wenn mich das Licht durchleuchten tät, ja eh.

Das heißt, da muss man sich dann anschauen, wie geht man damit um. Das ist auch eine gemeinsame Verantwortung, und Europa heißt ja nicht, dass wir gemeinsam in Ferien fahren, sondern Europa heißt, dass wir gemeinsam einen Kontinent gestalten. Das bedeutet ... (GR Mag. Dietbert Kowarik: Das heißt in der Konsequenz, die Unverschämten setzen sich immer durch!) Wie bitte? (GR Mag. Dietbert Kowarik: Das heißt in der Konsequenz, die Unverschämten setzen sich immer durch!) Nein, das heißt das gar nicht. Ich bin da sehr selbstbewusst, ich bin ein kleines Licht in dem Fall, ich bin ein kleines Licht. Aber das heißt das gar nicht, sondern das heißt, dass wir eine Leitlinie haben müssen. Anhand dieser Leitlinie sollten wir Politik machen. Da bin ich schon der Meinung, dass wir selbstbewusst sein sollten, nur so selbstbewusst, dass Wien oder Österreich alleine mit der Welt Handelsverträge abschließen soll, so kühn bin ich nicht. Ich bin aber der Meinung, dass diese Verträge, die die Union abschließt, ordentlich sein sollen.

Da sind wir wieder einer Meinung. Ich will es nicht in die Länge dehnen, es gibt ja Städtenetzwerke zuhauf, Eurocity, Centrope, et cetera, wo wir drinnen sind. Eurocity ist deshalb wichtig, weil wir, das wissen Sie vielleicht, im Bereich Eurocity ja den Vorsitz des Finanzkomitees haben. Das ist für uns auf einer bestimmten Ebene wichtig, auf der Ebene der Frage der Auslegung der Kriterien, der Maastricht-Kriterien und der Fiskalrichtlinien Europas. Wir arbeiten daran, und da möchte ich mich ganz, ganz herzlich bei der Frau amtsführenden Stadträtin bedanken, weil ich weiß, wie viel Arbeit das ist, Regelungen zu finden, um für nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur Ausnahmen von den strikten Fiskalkriterien zu finden. Das ist für die Stadt von einer enormen Bedeutung. Da ersparen wir uns auch viel Geld, und das ist ein schönes Zeichen von Stadtaußenpolitik, dass wir uns in dieser Frage einsetzen, weil es da unmittelbar den Bürgern dienen wird, wenn wir bestimmte Investitionen tätigen können, ohne über Private-Public-Partnership-Modelle agieren zu müssen oder aber diese hintanhalten zu müssen, weil wir sie auf Grund der Maastricht-Kriterien nicht bedecken können.

Ein wichtiger Bereich unserer Stadtaußenpolitik ist ja nicht nur Europa. Wir sind ja auch Mitglied im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas gemeinsam mit den anderen Bundesländern und Städten. Das ist ein Teil des Europarates und der geht ja bekanntlich bis Wladiwostok und ist eine deutlich größere, von 47 Ländern gebildete Gemeinschaft und ist besonders den Menschenrechten verpflichtet. Ich finde das deshalb spannend, weil Wien ja eine Menschenrechtsstadt ist, und dazu sollte man sich nicht nur am Feiertag bekennen, sondern immer und sollte sich mit der Menschenrechtslage in Europa auseinandersetzen. Das haben wir auch gemacht. Es hat eine Prüfungsmission im Bereich der Türkei gegeben über die Rechte der Städte und Gemeinden in der Türkischen Republik. Da gibt es eine eigene Konvention über die Rechte der kommunalen Selbstverwaltung. In der Türkischen Republik sind Verstöße dagegen gemacht worden, und die haben wir auch verurteilt, öffentlich. (GR Mag. Wolfgang Jung: Von allem, was Sie da erzählen, haben wir im Europaausschuss nie etwas gehört.) Ich habe schon etwas erzählt, oh ja, oh ja. Aber das können wir dann nachher klären. Aber Sie sehen, es ist nicht geheim, ich sage es sogar im Plenum.

Lassen Sie mich in dem konkreten Fall zwei Sachen zum Thema Menschenrecht und Menschenrechtsstadt entwickeln. Wir haben ja ein Menschenrechtsbüro in dieser Stadt. Das ist eine gute Einrichtung. Wir werden das weiterentwickeln. Es ist eine schmückende Angelegenheit, eine Menschenrechtsstadt zu sein. Ein Highlight daraus war die Auseinandersetzung mit der Frage des Menschenhandels. Sie haben das sehr öffentlich getan. Da hat es auch mehrere öffentliche Veranstaltungen gegeben, und wir haben jetzt eine Lücke gefunden, wie gehen wir damit um, dass Menschen durch Menschenhandel schlecht behandelt, blödes Wort, also durch Menschenhandel geschlagen werden. Da denke ich mir, dass das auch etwas ist, das man weiterentwickeln und

weitertragen muss. Ich habe mir eigentlich vorgenommen gehabt, dass ich jetzt zu dieser ganzen Frage wie Asyl, et cetera, was dazu sage. Aber das würde den Rahmen wahrscheinlich deutlich sprengen.

Meine Damen und Herren! Wir folgen nicht aus Jux und Tollerei internationalem Recht und den Menschenrechtspakten, die abgeschlossen worden sind, sondern weil wir zutiefst davon überzeugt sind, dass das wichtig für uns ist und dass wir in diese Richtung Haltung bewahren sollten. Dazu stehe ich auch, und das möchte ich mir nicht zerreden lassen, auch nicht durch noch so hasserfüllte Polemik. Ich würde schon bitten, dass wir da ein bissel mehr auch bei der Frage des humanistischen Menschenbildes bleiben und es nicht zerreißen lassen. Und ich darf Ihnen hier berichten, dass ausgehend vom Jahr 2015/16 inzwischen die Konstituierung der Arbeitsgruppe Bekämpfung des Antisemitismus im Wiener Landtag und Gemeinderat stattgefunden hat.

Ich bedanke mich bei den politischen Parteienvertretern, die daran teilgenommen haben. Wir haben uns jetzt für den Herbst vorgenommen, uns mit Hilfe dieser Arbeitsgruppe anzuschauen: Wie ist die Situation zur Bekämpfung des Antisemitismus in unserer Stadt? Auch das gehört zu den Menschenrechten.

Und weil es aktuell ist, ein Abschluss: Vorgestern hat sich in Wien eine sehr widerliche Demonstration ereignet, wo anlässlich des sogenannten al-Quds-Tages kleine Kinder in Camouflageuniformen gesteckt worden sind und vierjährige verhüllte Mädchen dort "Israel Kindermörder" auf der Straße skandiert haben. Ich bin sehr für die Meinungsfreiheit, und ich bin sehr für das alles. Aber eines sage ich Ihnen schon: Das ist eine widerliche Demonstration, und das hat an sich auf den Straßen unserer Heimatstadt Wien nichts verloren! (Beifall bei SPÖ, ÖVP und GRÜNEN.)

Über die konkreten Aktivitäten der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Antisemitismus und des Menschenrechts werden wir Sie auf dem Laufenden halten. So bleibt mir nur, mich bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stadt zu bedanken, bei den Kolleginnen und Kollegen aus der Magistratsdirektion, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Magistratsabteilung 27, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wien-Hauses und nicht zuletzt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Büro unserer amtsführenden Stadträtin und bei der Stadträtin selbst, die uns gut beherbergt und unterstützt. Vielen lieben Dank. (Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Zur Allgemeinen Beratung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2016 liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft und Internationales. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ornig. Ich erteile es ihm, selbstgewählte Redezeit 10 Minuten.

GR Markus <u>Ornig</u>, MBA (NEOS): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Wir NEOS sind ja jetzt bald zwei Jahre in dem Haus vertreten, und ich darf heute als Finanz- und Wirtschafts-

sprecher zum zweiten Mal zum Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien sprechen. Leider muss man feststellen, dass sich im direkten Vergleich zum letzten Jahr nicht wirklich was verändert hat. Das Ruder dieser Stadtregierung klemmt, und der verrostete rot-grüne Dampfer hält noch immer denselben Schuldenkurs, um in dieser Bildsprache zu bleiben. Wenn ich es aber ein bisschen freundlicher formuliere, dann gibt es zum Rechnungsabschluss des letzten Jahres viele Ähnlichkeiten. Die Neuverschuldung liegt mit 586 Millionen EUR wie im Vorjahr wieder über einer halben Milliarde. Die Neuverschuldung ist, wie im letzten Jahr, deutlich höher als ursprünglich von der Frau Stadträtin veranschlagt. Der Schuldenberg wächst, so wie er auch die letzten Jahre gewachsen ist, und solange die Stadtregierung nichts unternimmt, wird er auch in den nächsten Jahren weiterwachsen, außer diese Regierung wird abgewählt. Man kann ja mittlerweile schon von einem Muster sprechen. Das Muster zieht sich durch die gesamte Amtszeit Brauner, beinhaltet immer wieder neue Schulden, höhere Ausgaben und Schulden als vorher veranschlagt, kein Gedanke an ausgeglichene und nachhaltige Haushalte. Und was sich ständig wiederholt, sind dieselben Rechtfertigungen beziehungsweise Ausreden, die hier immer wieder präsentiert werden: Es ist doch nicht so schlimm, wie immer gesagt wird, die Opposition präsentiert reine Phantasiezahlen, und Wien wird ständig nur schlechtgeredet. Gleichzeitig gibt es leere Ankündigungen wie "Wien bekennt sich zur Haushaltskonsolidierung" und "Wien wird Reformen angehen". Frau Stadträtin, die vorliegenden Zahlen sprechen eine ganz andere Sprache. Bei Ihren unterschiedlichen Ausreden schwingt auch immer der Vorwurf mit, dass wir von der Opposition uns nicht ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzen, sondern die Dinge nur schlechtreden. In Ihren Augen gehen wir auch nicht seriös mit dem Thema um. Und darauf, vor allem auf das Thema Seriosität, möchte ich etwas näher

Im Voranschlag 2014 und in Ihrer Rede hier im Haus haben Sie laut Protokoll gesagt: "Um die Konsolidierung des Wiener Haushalts fortzusetzen, denn bis 2016 wird ein Nulldefizit vorgesehen, sind aber auch Reformen notwendig." Das ist eine sehr klare Zielsetzung. Jetzt schauen wir uns den Rechnungsabschluss 2016 an und sehen, dass wieder eine Neuverschuldung von über einer halben Milliarde passiert ist und der Schuldenberg auf über sechs Milliarden angewachsen ist. Schaut so eine Konsolidierung des Wiener Haushalts aus, Frau Stadträtin? Also ich halte das für extrem unseriös, und das ist nicht unser Zugang. (Beifall bei den NEOS.)

Von einer nachhaltigen Konsolidierung kann also überhaupt keine Rede sein, und es werden weiter kräftig Schulden gemacht, anstatt zu konsolidieren. Die Schuldenpolitik ist schlicht und ergreifend Zukunftsraub, sehr geehrte Frau Stadträtin, und das muss ein Ende haben! (Beifall bei den NEOS.)

Aber zurück zur Ankündigungspolitik. Da gab es ja auch im letzten Oktober, und wir haben das alle aus der Presse erfahren, die Ankündigungen an die Wiener und Wienerinnen, dass es jetzt eine Einsparung von 100 Millionen EUR für das Jahr 2017 geben wird. Mit ganz konkreten Maßnahmen wurden in den Unterlagen 100 Millionen EUR zusammenaddiert wie etwa das Sparen bei den Gebäudekosten oder die Ausgliederung des Konservatoriums Wien in die Wien Holding. Der Blick in den Voranschlag hat Folgendes gezeigt: Die Gebäudekosten sind gestiegen, das Konservatorium ist bis dato noch immer nicht ausgegliedert. Deswegen sind wir hergegangen und haben eine Anfrage nach den wirklich konkreten Sparmaßnahmen gemacht, also in welchen Bereichen wurde konkret gespart, und wo sind diese Einsparungen im Voranschlag zu finden? Die Antwort hier von der Frau Stadträtin ist besonders aufschlussreich. Da heißt es: "Dieser Prozess ist ein sehr umfassender und komplexer. Damit einhergehend ist die von Ihnen eingeforderte Etikettierung beziehungsweise Auspreisung von Maßnahmen und deren geldbewertete Einsparung sowie Ratifizierung im Rechenwerk a priori nicht möglich und auch nicht sinnvoll." Also kurz gesagt, Sie finden Ihre selbstangekündigten 100 Millionen EUR überhaupt nicht mehr, Frau Stadträtin. (Beifall bei den NEOS.)

Auch sehr spannend in diesem Kontext ist der Finanzrahmen- und Strategiebericht, das wurde heute ja auch schon wieder gelobt, wieder ein Plan, um die Konsolidierung in eine faire Zukunft zu verschieben. Gespart wird weiterhin nicht, aber zumindest Einnahmen und Ausgaben sollen bis 2020 bei 13,7 Milliarden EUR angeglichen werden. Wie Sie das erreichen wollen, ist gänzlich unklar. Wenn man sich die langfristigen Einnahmenund Ausgabentrends der Stadt Wien ansieht und auch noch die WIFO-Prognose für die nächsten Jahre berücksichtigt, dann kann man sich allerdings sehr, sehr leicht ausrechnen, wie wenig Substanz dieses vorgelegte Konzept haben wird. Wie in fast allen Jahren Ihrer Amtszeit findet man auch beim Vergleich Voranschlag 2016 zu Rechnungsabschluss 2016 eine Diskrepanz zwischen Ankündigung und Realität. Nicht nur, dass keinerlei Reformansätze zu sehen sind, haben Sie auch ein Thema mit dem Budgetvollzug. In der Haushaltsplanung ist der Voranschlag ein wesentliches Element zur Steuerung der Finanzen.

Aber wie schaut hier die Bilanz aus? Die Neuverschuldung haben Sie um satte 245 Millionen EUR überschritten, leider auch eine Konstante in der Budgetpolitik. Die Medien sprechen ja schon von der Brauner-Konstante. Den Ausgabenplan haben Sie, wie so oft, auch deutlich überzogen. Hätten Sie die veranschlagten Ausgaben strikt vollzogen, wären wir bei einem Finanzierungssaldo von nur 81 Millionen EUR gelandet und nicht bei 441 Millionen EUR. Auch dieses Faktum zieht sich durch die gesamte Amtszeit Brauner. Wenn Sie, Frau Stadträtin, darauf achten würden, dass die Ausgaben strikt eingehalten werden, wäre der aktuelle Schuldenberg nur halb so groß. Wien hat, wie hier auch schon oft von Kolleginnen und Kollegen gesagt, kein Problem mit den Einnahmen, Wien hat ein Problem mit der Ausgabendisziplin, genauer gesagt, mit einer Ausgabenpolitik, die Sie hier leben.

Sehr geehrte Stadtregierung! Die Wiener und Wienerinnen haben es verdient, dass hier ein strikter Vollzug des Haushalts durchgeführt wird. Sie sehen aber zu, wie hunderte Millionen Euro zwischen Voranschlag und Rechnungsabschlüssen in den Geschäftsgruppen verschwinden und hüpfen von Ankündigung zu Ankündigung. Frau Stadträtin, ich wünsche mir von Ihnen, dass Sie mit den bisherig substanzlosen Ankündigungen und dem ständigen Verschieben der Haushaltskonsolidierung in eine ferne Zukunft aufhören. Am Ende überleben wir hier vielleicht alle einmal eine Überraschung, und es gibt einmal einen Rechnungsabschluss, der zu den Ankündigungen passt, nachhaltig ist und der unerträglichen Steuergeldverschwendung ein Ende bereitet. Vielen Dank. (Beifall bei den NEOS.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Das waren 8 Minuten, fraktionelle Restredezeit ist 15 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Mag. Juraczka, selbstgewählte Redezeit 15 Minuten.

GR Mag. Manfred <u>Juraczka</u> (ÖVP): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mein Vorredner hat durchaus berechtigt darauf hingewiesen, dass er ein bisschen irritiert darüber ist, dass sich der Rechnungsabschluss 2016 sehr ähnlich gestaltet wie der im letzten Jahr, nur dass man die Lehren nicht gezogen hat, man die gleichen Probleme ansprechen muss und dass halt alles ein bisschen schlimmer geworden ist. Ja, Herr Kollege Ornig, leider Gottes, das ist seit vielen, vielen Jahren schon so, und es wird immer kritischer. Man ist schon ein bisschen rückversetzt in diesen Film, wir alle kennen ihn, "Und täglich grüßt das Murmeltier" damals in den 90er Jahren mit Bill Murray, wo der Hauptdarsteller immer wieder und immer wieder einen Tag, den 2. Februar, erleben musste. Hier bei der Budgetsituation ist es ein ganz ähnliches Bild. Wir haben immer wieder die Situation, dass die Frau Stadträtin uns, entweder beim Voranschlag oder beim Rechnungsabschluss, sagt, man müsse doch aus der Krise hinaus investieren. Einige meiner Vorredner haben völlig zu Recht gesagt, na ja, schön langsam kommt ihnen für dieses Argument die Krise abhanden. Und das Zweite ist, auch regelmäßig Credo und Inhalt so eines Rechnungsabschlusses: Wir werden natürlich noch effizienter und noch sparsamer werden. Nun, wie stellen sich denn die Fakten dar? Was ist an diesen beiden eklatanten Aussagen zum Budget denn wirklich wahr?

Punkt 1: Es steigen die Ausgaben. Wir haben schon viel von der Einnahmen- und Ausgabensituation gehört. Wenn man sich überlegt, dass wir im Jahr 2014 noch mit Ausgaben von 12,3 Milliarden ausgekommen sind und jetzt, 2016, 2 Jahre später, 13,4 Milliarden haben, dann zeigt das das Problem, dass wir hier nicht sehr sorgsam umgehen. Und dass eine Neuverschuldung mit 340 Millionen budgetiert ist und dann plötzlich 579 Millionen ausmacht, Herr Kollege Oxonitsch, Sie haben es probiert, aber uns hier von Budgettreue zu berichten, das ist wohl sehr schwierig. Wir hatten ja schon letztes Jahr eine ähnliche Situation: Budgetiert 221, geworden sind es dann 528. Und als schon im Februar des Jahres der

Wiener Wirtschaftskammerpräsident Ruck gemeint hat, das wird wohl über eine halbe Milliarde werden, anders geht sich das nicht aus, hat es geheißen (GR Christian Oxonitsch: Ist das die Budgetwahrheit?), das sind Phantasiezahlen, Herr Kollege Oxonitsch. Nicht mehr als die Wahrheit kann ich Ihnen hier berichten, und ich würde vorschlagen: Nehmen auch Sie das bitte zur Kenntnis! (GR Christian Oxonitsch: Ist das die Budgetwahrheit? - Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, interessant ist ja auch die Einstellung der Sozialdemokratie oder die wandelnde Einstellung der Sozialdemokratie zur Neuverschuldung. Nicht 2014, wie es heute schon geheißen hat, nein, am 12. November 2015 - lassen wir das sickern - am 12. November 2015 sagt die Frau Wirtschaftsstadträtin in einem "Standard"-Interview: "Wir werden uns an den Stabilitätspakt halten, der ab 2016 ein Nulldefizit vorsieht." Drei Wochen später, Ende November 2015, dann die Kehrtwendung, ebenfalls im "Standard", mit einem, wie ich glaube, auch sehr interessanten Zitat: "Ein Nulldefizit, das für 2016 geplant war, wird sich nicht ausgehen. Aber es macht auch keinen Sinn." Meine Damen und Herren, ein Nulldefizit, also nicht mehr auszugeben, als man einnimmt, macht, so sagt man uns von federführender Stelle, einfach keinen Sinn! Das ist ähnlich, ich bin schon geneigt zu sagen, obszön wie die Wortmeldung des Herrn Bürgermeisters, der derzeit ja immer wieder sagt, das Geld ist so billig, man zahlt kaum Zinsen, darum kann man ja Schulden aufnehmen als gäbe es kein Morgen, weil der Zinsendienst gering ist, und nicht bereit ist darüber nachzudenken, wer dieses Geld einmal zurückzahlen muss. Das sind unsere Kinder, unsere Enkel und die nächsten Generationen, auf deren und über deren Köpfe hinweg hier verantwortungslose Politik gemacht wird! (Beifall bei der ÖVP.)

Wir kennen ja die Kostentreiber dieser Stadt. Sie werden teils von der Koalition selbst zugegeben. Ansonsten sind wir von der Opposition durchaus bereit, immer wieder darauf aufmerksam zu machen. Mindestsicherung 2016 beispielsweise 559 Millionen EUR, Bezieher, 50 Prozent 200.000 davon österreichische Staatsbürger. Und dann kommt nach einer langen, langen Wartezeit ein Minireförmchen, das in Wahrheit diesen Namen eigentlich nicht verdient. Meine Damen und Herren, die Mindestsicherung oder der Zweck der Mindestsicherung sollte sein, die Notwendigkeit eben dieser Mindestsicherung für die eigene Existenz zu beseitigen. Aber nein, bei uns ist die Sozialleistung dazu da, immer neue Rekorde, was den Bezieherkreis betrifft, anzustreben.

Grundversorgung, ähnliches Thema: 2016 286 Millionen EUR, budgetiert waren 47 Millionen. Da fragt man sich ob der Diskrepanz dieser Zahlen eigentlich auch: Warum machen wir eigentlich eine Budgetwoche? Machen wir nur einen Rechnungsabschluss, weil die Budgetplanungen halten eh in keinster Weise und sind eigentlich fast schon in Bereichen, wo man den Begriff "unseriös" verwenden könnte.

Kindergärten, so wichtig sie sind, und die ÖVP-Wien war es ja, die über Jahre immer wieder Anträge eingebracht hat, das letzte Kindergartenjahr gratis zu gestalten, 2017 sind jetzt 811 Millionen EUR dafür budgetiert. Das ist sehr viel Geld. Wir halten es trotzdem für richtig eingesetzt. Aber bei diesen Finanzmitteln wäre Kontrolle im pädagogischen wie im wirtschaftlichen Gebaren der Kindergärten dieser Stadt wohl mehr als angebracht.

Der nächste Treiber für die Kosten in dieser Stadt, Wiener Linien. 2016 wurden von der Stadt Wien an die Wiener Linien 754 Millionen EUR übermittelt, damit die den Betrieb aufrechterhalten können. Das sind Punkte, wo man sich fragt: Ist das jetzt wirklich ein aus der Krise Hinausinvestieren mit immer neuen Gebühren auf der einen und einem völlig falschen Sozialsystem auf der anderen Seite? Wenn Sie mich fragen, Rot-Grün erinnert mich manchmal an ein Kleinkind, ein Verdauungskanal mit üppig Appetit auf der einen Seite und keinerlei Sinn für Verantwortung auf der anderen Seite. So können wir uns einen Haushalt in dieser Stadt nicht leisten, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Und dann, ich habe es schon angesprochen, kommt aber wie das Amen im Gebet die Wortmeldung: Na ja, wir werden ja noch effizienter, noch sparsamer werden. Ich habe Ihnen da ein Interview vom 22. Februar 2012 mitgebracht. Der Peter Gnam spricht mit Bgm Häupl zu dem Thema, dass die Wiener Rathausbeamten derzeit, im Februar 2012, mit 56 Jahren in Frühpension gehen. Häupl ist in diesem Interview fest entschlossen, so sagt er das auch, eine Anhebung auf 60 Jahre so rasch wie möglich zu erreichen, Februar 2012. Geändert hat sich nichts wie so oft nach sogenannten Machtworten des Herrn Bürgermeisters. Und da stellt sich die Frage: Kann man das dann ernst nehmen, wenn Sie, Frau Stadträtin, von Effizienzsteigerung und Sparsamkeit sprechen? Nehmen wir als Beispiel die WiStA, die Wiener Ausgaben- und Strukturreform. Da hätte es auch dieses Jahr im Mai neue weitere Ergebnisse geben sollen. Alle Treffen dazu wurden abgesagt. Ganz im Gegenteil, wir hatten jetzt in den Ausschüssen 300.000 EUR, die wir hergeben sollen, damit wieder ein externer Berater Ideen sammeln geht, was man denn effektiver und effizienter in dieser Stadt abhandeln könnte. Wer glaubt, das hat mit dem Wahltermin am 15. Oktober zu tun, der wird wohl recht behalten. Tatsache ist es, dass die Schulden in dieser Stadt galoppierend weiter explodieren.

Wenn ich dann von Ihnen höre, Frau Stadträtin, aus der Krise rausinvestieren, ich habe es Ihnen schon mehrfach gesagt: Wenn man so etwas von Seiten der öffentlichen Hand sagt, dann erwartet man wenigstens, dass die Wirtschaft, der Wirtschaftsmotor wirklich anspringt. Vieles, was Sie heute zu den Arbeitslosenzahlen gesagt haben, zeigt zwar, dass es eine langsame Entspannung auf dem österreichischen Arbeitsmarkt gibt. Der Wiener Arbeitsmarkt ist nach wie vor ganz massiv angespannt. Denn wenn wir im Jahr 2016 13,6 Prozent Arbeitslosigkeit in dieser Stadt haben, und wenn man die Menschen, die in Schulungen versteckt waren, dazurechnet, dann gab es 16,1 Prozent Arbeitslosigkeit in Wien übers Jahr gerechnet, dann sind das schon fast Zahlen, wie wir sie früher nur von südeuropäischen Ländern kannten und wo wir gehofft haben, uns nie damit auseinandersetzen

zu müssen. Im Jahr 2000 waren darüber hinaus 17,4 Prozent der Wiener Arbeitslosen nicht-österreichische Staatsbürger. Jetzt sind es 40 Prozent. Das sage ich nicht, weil ich der Meinung bin, man kann alles auf die bösen Ausländer schieben und damit ist der Politik schon Genüge getan. Aber es zeigt, dass wir uns ganz massiv der Problematik, die sich daraus ergibt, stellen müssen, dass wir die richtigen Schlüsse ziehen müssen und nicht einfach tun, als wäre nichts passiert und business as usual weiterbetreiben sollen. Wien hat mittlerweile 21 Prozent der österreichischen Wohnbevölkerung, 22 Prozent der österreichischen Beschäftigten, 36 Prozent der österreichischen Arbeitslosen und 56 Prozent der Mindestsicherungsbezieher! Das ist eine Bankrotterklärung Ihrer rot-grünen Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Und, Frau Stadträtin, täglich grüßt das Murmeltier in der Tat, weil Sie sagen uns auch immer wieder, wir tun unser Bestes. Ich fürchte mittlerweile, das könnte sogar stimmen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, meine Damen und Herren, Frau Stadträtin, machen Sie den Weg frei, damit in dieser Stadt endlich auch das Richtige passiert. Weitere Jahre Rot-Grün mit dieser Wirtschaftspolitik können wir uns jedenfalls nicht leisten!

Ich darf zum Abschluss meiner Rede noch drei Anträge einbringen, die uns ein ganz wesentliches Anliegen sind. Zwei davon sind gut bekannt, und ich kann Ihnen jetzt schon sagen, Sie werden sie immer wieder vor sich liegen haben, bis wir vielleicht einmal Konsens über diese, wie wir glauben, ganz, ganz wichtige Frage des Zusammenlebens in dieser Stadt finden, einerseits betreffend Demonstrationen in Wien, andererseits betreffend Sonntagsöffnung. Die Anträge sind bekannt. Wir würden uns freuen, wenn Sie einmal über eine Zustimmung diesbezüglich nachdenken. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ein dritter Punkt zu einem Procedere, das es vielleicht möglich macht, nicht in diesen Trott zu verfallen "Und täglich grüßt das Murmeltier", was Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Budgets betrifft. Wir glauben nämlich, dass es Sinn macht, wenn wir diese Rechnungsabschlüsse und Voranschläge jeweils auch schon in den Ausschüssen vorbesprechen. Diesbezüglich soll es von unserer Seite hier mit diesem Antrag eine Initiative geben. Wir würden uns freuen, wenn man auch diesem Antrag nähertritt. Vielen herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Die Redezeit war 14 Minuten, Restredezeit ist 11 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Huemer. Ich erteile es ihr. Selbstgewählte Redezeit 7 Minuten.

GRin Mag. Barbara <u>Huemer</u> (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Und auch die ZuseherInnen via Livestream möchte ich herzlich begrüßen!

In gewisser Weise finde ich die Kritik am Wiener Budget von Seiten der Opposition sogar beruhigend, denn sie zeigt ganz klar, dass Wien mit seiner sozialen Politik, mit seiner sozialen Sicherungspolitik, mit seiner sozialen Wirtschaftsförderungspolitik ganz richtig liegt. Als Grüne möchte ich jetzt ein bisschen tiefer in die Ma-

terie blicken und nicht nur die Zahlen hin und her schupfen, sondern auch dahinter schauen, welche Entwicklungen wir derzeit zu bewältigen haben. Ich möchte ganz konkret den digitalen Wandel herauspicken, denn dieser digitale Wandel, der wirft, wie wir sehen können, schon einen ziemlich langen Schatten voraus. Wir haben momentan zwar eine stagnierende Arbeitslosigkeit, aber wir sind auf einem sehr, sehr hohen Niveau. Wir haben eine Unterbeschäftigung, eine unfreiwillige Unterbeschäftigung, die sich zum Beispiel in einer wachsenden Teilzeitbeschäftigung sichtbar macht. Und wir haben sichtbare Folgen auch in zunehmend unsicherer Beschäftigung. Das ist keine leichte Ausgangssituation, mit der wir hier zu tun haben. Das, was mit Plattform- und Gig-Ökonomie bezeichnet wird, führt zu einem sehr, sehr großen Wandel, nicht nur in der Wiener Ökonomie und der Wiener Arbeitswelt. Dieser Wandel ist de facto auch schon da. Es geht darum, diese Digitalisierung nicht als Naturgesetz zu begreifen, sondern ganz klar als eine gestaltbare Situation, und diese gestaltbare Herausforderung nehmen wir als rot-grüne Stadtregierung an.

Ich möchte Ihnen das einmal verdeutlichen, mit welcher Situation wir es zu tun haben. Sie kennen wahrscheinlich die Studie vom IHS. Sie hat in Anlehnung an die Oxford-Studie herausgefiltert, wie hoch die Wahrscheinlichkeit für Tätigkeiten ist, in Zukunft digitalisiert und damit wegrationalisiert zu werden. Das IHS hat angenommen, es wird zukünftig 9 Prozent der Arbeitsplätze betreffen. Das sind über 300.000 Jobs, die wegfallen könnten. Das ist eine ziemlich hohe Zahl. Wenn wir die Rationalisierungswahrscheinlichkeit sogar noch höher drehen, dann sind wir bei noch mehr Jobs. Also wir haben hier eine riesige Aufgabe vor uns, die Arbeitsplätze, die vorhanden sind, neu- und umzuverteilen. Wir haben einen riesengroßen Job zu machen, die Menschen auf diese neue Arbeitswelt auch vorzubereiten. Denn das zeigt diese Studie auch, dass von der Digitalisierung nicht nur, aber ganz besonders Menschen mit geringen formalen Qualifikationen stark betroffen sind: Hilfsarbeitskräfte, HandwerkerInnen, Maschinenbedienerlnnen. Wir wissen, wenn Sie die Medien und Zeitungen lesen, dass das selbstfahrende Auto nicht so weit weg ist, dass Algorithmen Zeitungsartikel als JournalistInnen quasi schreiben. Sie wissen auch, dass Roboter operieren können, 3D-Roboter bauen Brücken. Es gibt hier eine Entwicklung, da können wir einfach überhaupt nicht antizipieren, wir wissen nicht, was hier noch auf uns zukommt. Wir müssen offen bleiben, und wir müssen wachsam sein. Wir müssen die Frage der Umverteilung ganz, ganz oben auf unsere Agenda stellen.

Ich finde es daher sehr, sehr zynisch, wenn in Anbetracht dieser wirtschaftlichen Veränderungen, die wir hier zu bewältigen haben, ein Angriff auf das Sozialsystem, insbesondere von Seiten der ÖVP, aber natürlich auch von der FPÖ, permanent betrieben wird. Die Mindestsicherung wird ständig angegriffen. Allmählich kommt auch die Notstandshilfe unter Beschuss. Ich habe den Eindruck, die ÖVP will ein Verarmungsprogramm, ein Hartz IV, wie wir es aus Deutschland kennen. Und von dem wir die Folgen auch schon ganz klar und eindeutig

belegt sehen. (Aufregung bei der ÖVP.) Die ÖVP will ein Verarmungsprogramm und greift erwerbs- und arbeitslose Menschen an, die in keinster Weise etwas dafür können, dass für sie nicht ausreichend Beschäftigung geschaffen wird, sondern Ihre Einsparungspolitik, Ihre neoliberale Wirtschaftspolitik macht Menschen arbeitslos, macht Menschen arm! Und ich möchte Ihnen (in Richtung ÖVP und FPÖ) noch eines sagen von wegen Einsparung. Schauen Sie auf Ihre Bundeskollegen! Der sogenannte Beschäftigungsbonus, ein Steuergeschenk an die Wirtschaft, soll zwei Milliarden kosten. Im Gegensatz dazu habe ich in der Zeitung lesen können, läge die Einsparung, die Sie meinen, durch Streichung der Notstandshilfe erzielen zu können, bei einer Milliarde. Das ist ein radikaler Raub an Notstandshilfebeziehern. Zwei Milliarden sind Sie bereit, bedingungslos an Unternehmen zu verschenken! So schaut Ihre Politik aus!

Wien steht für ein ganz anderes Modell. Wir betreiben eben nicht diese Umverteilungspolitik von unten nach oben, sondern wir suchen den sozialen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit.

Eine weitere Folge der neoliberalen Wirtschaftspolitik ist, dass sie die Menschen krank macht. Ich nenne Ihnen hier als Beispiel die Intensivierung der Arbeit. Sie ist die Folge von Personalkürzungen. Sie ist die Folge von Ressourcenkürzungen. Menschen müssen immer mehr in immer gleicherer Zeit machen. Und der Angriff auf den öffentlichen Dienst, wenn Sie sagen, hier wäre so viel ungenützte Arbeitskraft, hat genau das zur Folge, dass die Menschen krank werden, weil sie immer mehr schaffen müssen. Das geht nicht mehr, sie sind zum Teil am Limit. Wir kennen diese Probleme. Wir sehen das in hohen Depressionsgraden. Wir sehen das in steigenden Burn-out-Raten. Wir sehen das auch im Missbrauch von Medikamentenkonsum.

Wir können uns diese Art der Wirtschaftspolitik nicht mehr leisten und in Wien wollen wir sie uns auch nicht leisten. Ich möchte an dieser Stelle auch einen großen Dank an die Beschäftigten der Stadt Wien aussprechen, die trotz angespannter Lage, trotz wachsender Aufgaben immer mehr zu leisten bereit sind. Doch auch hier, glaube ich, müssen wir achtsam sein, dass wir den Faden nicht überspannen.

Ein Thema, das mir noch sehr wichtig ist im Zusammenhang mit Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik, ist das Thema Arbeitszeitflexibilisierung, denn sie bringt eben diese Intensivierung. Sie bringt die krankmachenden Arbeitsbedingungen. Sie bringt die Ungleichheit. Auf der einen Seite Menschen, die viel zu viel arbeiten müssen, und auf der anderen Seite Menschen, die unfreiwillig in Erwerbsarbeitslosigkeit gedrängt werden. Wien macht hier eine ganz andere Politik. Die Frau Stadträtin und auch meine Vorrednerin Tanja Wehsely haben schon aufgezählt, welche Maßnahmen wir von Seiten des WAFF setzen. Ich möchte auch noch sagen, dass jeder Cent, der hier von der Stadt in Subventionen investiert wird, jeder Cent, der in Wissenschaft und Forschung investiert wird, jeder Cent, der an die Koppelung von Auftragsvergaben gebunden wird, wo Menschen, Frauen in den Betrieben gefördert werden, gut investiert ist und somit dieses Budget auch ein gutes Budget für Frauen, ein gutes Budget für Beschäftigung ist.

Abschließend möchte ich Ihnen noch ganz kurz ein Buch zeigen, das heißt "MutmacherInnen". In diesem Buch werden ganz tolle Erfolge von aktiver Arbeitsmarktpolitik gezeichnet. Ich empfehle es Ihnen. Holen Sie es sich, schauen Sie es sich an! Es ist von "arbeit plus Wien", den sozialökonomischen Betrieben, herausgegeben und es zeigt, wie wichtig aktive Arbeitsmarktpolitik ist, wie wichtig es ist, Angebote an Menschen zu machen, die erwerbsarbeitslos sind. Sie schaffen wieder den Einstieg. Man muss ihnen die Möglichkeit geben und im Wiener Budget sind die Möglichkeiten inkludiert. Darum stimmen Sie diesem Rechnungsabschluss zu! Das ist mein abschließendes Wort dazu. (Beifall bei GRÜ-NEN und SPÖ.)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit war 8 Minuten, fraktionelle Restredezeit ist 17 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Nittmann, und ich erteile es ihr. Selbstgewählte Redezeit 12 Minuten.

GRin Mag. Ulrike <u>Nittmann</u> (FPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen im Haus!

Frau Kollegin Huemer, Ihre Analyse zu den Ausführungen der Opposition, dass die soziale Wirtschaftspolitik der rot-grünen Stadtregierung die richtige ist, ist falsch. Sie ist nämlich nicht die richtige.

Zum Rechnungsabschluss 2016. Ich habe letztes Jahr im Sommer diese Debatte eingeleitet mit den Worten "Schuldenrekord unter Rot-Grün". Wenn man dann überlegt, wie man das eigentlich noch steigern kann, und um mich nicht zu wiederholen, leite ich es jetzt ein mit: Rot-Grün, die Schuldenkaiser. Was mir nächstes Jahr einfallen wird, weiß ich nicht, aber ein Jahr, um eine Steigerung noch zu finden, habe ich ja noch Zeit.

Der Rechnungsabschluss 2015 hat eine Neuverschuldung von 525 Millionen ausgewiesen, und im Voranschlag für das Jahr 2016 war eine Neuverschuldung von 514 Millionen veranschlagt. Uns war bereits letztes Jahr völlig klar, das sich das mit den 514 Millionen nicht ausgehen wird, und wir haben recht behalten. Meine Damen und Herren, hören Sie auf uns! Wir wissen es einfach besser! Weil tatsächlich ist die Neuverschuldung im Rechnungsabschluss 2016 jetzt mit 560 Millionen ausgewiesen. Das ist die höchste Neuverschuldung seit der Finanzkrise! Und das, obwohl es im Vergleich zum Rechnungsabschluss 2015 zu einem wesentlichen Mehr an Mehreinnahmen kam. Die Mehreinnahmen betrugen 2016 nämlich 230 Millionen EUR. Das heißt, auf der einen Seite wächst nicht nur die Neuverschuldung, es wachsen auch die Einnahmen. Das wiederum bedeutet, dass die Schere immer weiter aufgeht: Auf der einen Seite 560 Millionen an Neuverschuldung zwischen 2015 und 2016 und eine Steigerung von 35 Millionen an Einnahmen. Das heißt, die Schere geht im Verhältnis zwischen 2015 und 2016 um rund 200 Millionen EUR auf.

Was sind die Ursachen? Laut den Ausführungen der Stadträtin und auch ihren einleitenden Worten zum

Rechnungsabschluss sind es vor allem die Auswirkungen der Flüchtlingskrise. Gemäß den Ausführungen der Stadträtin betrugen diese Mehrkosten für die Flüchtlinge 207 Millionen. Das ist in Wirklichkeit genau diese Schere, die sie vorher beschrieben hat, die zwischen Rechnungsabschluss 2015 und 2016 aufgeht. Mehreinahmen aus den Gebührenerhöhungen gehen daher nicht in die Kassen und zur Unterstützung der Wienerinnen und Wiener, sondern gehen eins zu eins in der Abdeckung der rot-grünen Willkommenspolitik auf. Tatsächlich reden wir jetzt aber nicht von 207 Millionen EUR, die als direkte Kosten die Auswirkungen der Flüchtlingskrise abdecken, weil die zusätzlichen Kosten für die Grundversorgung von Asylwerbern 2016 tatsächlich 109 Millionen betrugen und die Sozialhilfe für Nichtösterreicher 256 Millionen EUR, in Summe daher 365 Millionen EUR. Von dem Betrag reden wir! Das bedeutet, dass die laufende Einwanderung in den Sozialstaat unter Rot-Grün im Jahr 2016 365 Millionen für den Steuerzahler verursacht hat, und das sind 65 Prozent der Neuverschuldung.

Dieser unkontrollierte Anstieg der Neuverschuldung bei gleichzeitiger massiver Gebührenerhöhung und das Anwachsen der Gesamtverschuldung der Stadt Wien auf über 6 Milliarden gefährden das Rating und die Bonität dieser Stadt. Ich weiß schon die Beschwichtigungsargumente von Rot und Grün, wir haben es ja heute auch gehört: Das ist alles nicht in die Maastricht-Kriterien einzurechnen, weil das sind alles Einmaleffekte und deshalb zählen diese Schulden gar nicht. Aber, meine Damen und Herren, die Schulden sind gemacht, die müssen unsere nachfolgenden Generationen zurückzahlen, Maastricht-Kriterien hin oder her. Ich bitte Sie, dass Sie auch endlich zu der Einsicht kommt, dass diese Kosten im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise keine Einmaleffekte sind. Wir leben hier in einer Dauerkrise, und das wird das Budget dauerhaft belasten. (Beifall bei der FPÖ.)

Und obwohl genau einer dieser Hauptgründe der massiven Neuverschuldung die wachsende Zahl an nichtösterreichischen Mindestsicherungsbeziehern ist und der Rechnungshof im Rohbericht sogar von einer Verdoppelung auf 1,6 Milliarden in den nächsten Jahren ausgeht, sind Sie nicht bereit, durch entsprechende Maßnahmen Schritte zu setzen, um dieser Krise ein Ende zu setzen. Sie machen genau das Gegenteil. Sie machen Wien durch die Mindestsicherung Neu wiederum zum Magneten für Sozialeinwanderer. Sie gefährden tagtäglich die Finanzierbarkeit des Sozialstaates. Anstatt eine vernünftige Regelung wie in Oberösterreich oder im Burgenland im Zusammenhang mit der Mindestsicherung zu überdenken, sehen Sie von Rot und Grün überhaupt keine generellen Kürzungen vor. Vielmehr stellen Sie sich ganz stolz hin und sagen nach einem halben Jahr Verhandlungen, wo in Wirklichkeit nichts rausgekommen ist, die Mindestsicherung Neu ist kein Sparpaket. Meine Damen und Herren, das ist totaler Wahnsinn! Wenn das so weitergeht, landen wir im totalen Chaos. Keine Kürzungen bei der Mindestsicherung Neu, obwohl über 51 Prozent der Mindestsicherungsbezieher Nichtösterreicher sind, und auf der anderen Seite gibt es Gebührenerhöhungen im Jahr 2016, wonach die Österreicher und Österreicherinnen 230 Millionen EUR beisteuern müssen? Auf der anderen Seite haben Sie dann schnell noch das WiStA eingeführt, das hochgelobte Sparprogramm, wo sehr wohl rasenmäherartig in allen Ressorts 10 Prozent eingespart werden müssen. Das sehen Sie vor: Einsparungen bei Beamten, beim Personal, Reduktionen von Investitionen, Kaputtsparen des Gesundheitswesens. Aber Hauptsache, die rot-grüne Willkommenspolitik kann noch irgendwie finanziert werden. Da überlegen Sie keine Kürzungen. Aber glauben Sie mir, der Wähler weiß, wessen Interessen Sie vertreten, und das sind Sie jedenfalls nicht, die die Interessen der Wähler vertreten! (Beifall bei der FPÖ.)

Zusammengefasst ist ganz klar: Sie sind offensichtlich schon derartig abgehoben und verfolgen nur ein Ziel, Ihre Willkommenspolitik nicht im geringsten zu ändern. Die Sorgen der Wiener und Wienerinnen sind Ihnen dabei egal und berühren Sie kaum. Sie müssen einmal zur Kenntnis nehmen, dass Sie die Zustimmung in der Bevölkerung für Ihre Politik nicht mehr haben.

Sie haben sicherlich zuletzt auch die veröffentlichte Studie des Londoner Chatham House gelesen, wonach Bürger von zehn EU-Staaten, unter anderem Österreich, befragt worden sind und diese mehrheitlich für einen Stopp der Zuwanderung waren, insbesondere aus muslimischen Ländern. 56 Prozent befürworten da einen Zuwanderungsstopp. Und was machen Sie? Sie machen Wien weiter zum Zuwanderungsmagneten! Sie regieren komplett an den Interessen und Wünschen der Bürger vorbei! Erkennen Sie endlich, dass Ihre Ansicht und Ihre Politik ein Minderheitenprogramm ist. Arbeiten Sie endlich für die Mehrheiten, und spielen Sie kein Minderheitenprogramm auf Kosten der Mehrheiten!

Und Ihr jetzt als neu titulierter Wiener Weg, der ab 2020 ein ausgeglichenes Budget vorsieht, ist komplett unrealistisch. Meine Vorredner haben es eh schon gesagt: Wie soll denn das funktionieren? Derzeit gehen 65 Prozent der Neuverschuldung zu Lasten der Flüchtlingskrise, und das soll sich bis 2020 alles in Luft auflösen? Dann gibt es keine Mindestsicherungsbezieher mehr? Wie soll denn das funktionieren? Die Anzahl der Mindestsicherungsbezieher der Nichtösterreicher wird sicherlich nicht sinken. Auf der anderen Seite steigt die Arbeitslosigkeit unter den Flüchtlingen. Wie soll sich da ein konsolidiertes Budget bis 2020 ausgehen? Sie streuen den Wienern und Wienerinnen mit Zahlen Sand in die Augen!

Ich bin davon überzeugt, dass Sie 2020 leider einen Scherbenhaufen hinterlassen werden, aber sicherlich keine Verantwortung mehr für das Wiener Budget tragen werden! Und sehenden Auges, woher die Neuverschuldung resultiert, sind Sie auch nicht bereit, bei der Mindestsicherung Neu entsprechende Schritte zu setzen. Sie sind blind für die realen Gegebenheiten, setzen keine innovativen Schritte, und daneben investieren Sie munter oder spekulieren eigentlich munter im Schweizer Franken weiter. Sie sind nicht bereit für den sofortigen Ausstieg, den wir mehrmals gefordert haben, und das, obwohl alle Experten gesagt haben, es wird weiterhin zu

einem Anstieg des Schweizer Franken kommen, was auch tatsächlich passiert ist. Aber wie gesagt, hören Sie auf uns! Wir wissen es da einfach besser! (Beifall bei der FPÖ.)

Nur, Sie wollen die Zeichen der Zeit nicht erkennen. Durch das zögerliche Handeln in der Schweizer-Franken-Krise 2015 hat die Stadt Wien zusätzlich 182 Millionen EUR verloren, aber weiter auf ihrem Konzept des schrittweisen Ausstieges beharrt. Heute haben wir gehört, das ist eine Anpassung des Konzeptes, und das funktioniert alles so wunderbar. Ich kann Ihnen nur sagen, im Jahr 2016 wurden rund 150 Millionen EUR konvertiert und dabei ein Verlust von rund 37 Millionen EUR realisiert. Der Buchverlust zum 31.12.2016 beträgt immer noch umgerechnet 460 Millionen EUR. Der Gesamtverlust zum 31.12.2016 aus dem Spekulationsgeschäft mit Steuergeldern beträgt 523 Millionen EUR. Und dann wollen Sie uns erklären, das ist ein sorgsamer Umgang mit Steuergeld! All diese verfehlte Politik hat dazu geführt, dass sich die Schulden der Stadt Wien seit dem Amtsantritt 2007 der StRin Brauner verfünffacht haben. Und dann müssen wir uns heute anhören, die Verschuldung ist moderat und die Geldmittel sind vernünftig eingesetzt? Das passt hinten und vorne nicht zusammen!

Zusammenfassend kann man daher nur sagen: Wien ist Schuldenkaiser, Wien ist Arbeitslosenkaiser. Wir haben derzeit 17 Prozent gegenüber Tirol zum Beispiel mit nur 6,4 Prozent und das bei totalem Integrationsversagen. Genau diese Gründe für das Finanzdebakel und für diese katastrophale Wirtschaftspolitik ist falsche Wirtschaftsbudgetpolitik. Auf der einen Seite Reduktion von Investitionen, Ausblutung der Wiener und Wienerinnen durch Gebührenerhöhung und die komplett verfehlte Einwanderungspolitik. Meine Damen und Herren von Rot und Grün, räumen Sie Ihre Sessel, um größeren Schaden von dieser noch lebenswerten Stadt abzuwenden! Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit war 10 Minuten, fraktionelle Restredezeit ist 28 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Strobl, und ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit 6 Minuten.

GR Friedrich <u>Strobl</u> (SPÖ): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ja, seit geraumer Zeit höre ich jetzt dieser Debatte zu, zuerst die Generaldebatte, jetzt sind wir in der Spezialdebatte für Finanz, Wirtschaft und Arbeitsmarktpolitik. Ich muss aber ganz ehrlich sagen, zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik habe ich zumindest seitens der Opposition bisher überhaupt noch nichts gehört, weder etwas zum Arbeitsmarkt allgemein noch zur Lehrlingsausbildung noch zum Tourismus noch zur Wirtschaftsförderung, und so weiter, und so fort.

Wir könnten uns ja beispielsweise darüber unterhalten, dass es keine Vergnügungssteuer mehr gibt, dass es hier eine Erleichterung für die Wiener Unternehmerinnen und Unternehmer gegeben hat. Wir könnten uns darüber unterhalten, dass es eine neue Regelung bei den Winterschanigärten gibt. Auch das war 2016 ein wichtiger Punkt in unseren Gesprächen. Oder dass es bei den Veranstaltungen zu Erleichterungen gekommen

ist, nämlich bei kleineren Veranstaltungen, wo die Genehmigungspflicht weggefallen ist, was vor allem für die kleineren Gastronomiebetriebe ganz, ganz wichtig ist. Von all dem kommt natürlich nichts. Er ist jetzt leider nicht da, weil der Herr Kollege Juraczka von "Und täglich grüßt das Murmeltier" gesprochen hat. Das ist mir eingefallen, wie er wieder einen Antrag über die Sonntagsöffnung eingebracht hat, ich weiß nicht, zum wie vielten Male. Er hat, Gott sei Dank, diesmal auf die Argumentation verzichtet, wahrscheinlich weil er schon weiß, dass sie nicht stimmt und es gerade in diesem Bereich keinerlei Bedarf gibt. Weil wenn wir uns die Tourismuszahlen 2016 anschauen, dann sind diese Zahlen eine einzige Erfolgsgeschichte. Bei den Ankünften haben wir Zahlen von zirka 7 Millionen Ankünften, ein Plus von 4,5 Prozent 2016. Ich darf Ihnen aber sagen, bis Mai 2017 haben wir auch schon wieder ein Plus von 3,5 Prozent. Wir haben bei den Nächtigungen 2016 ungefähr 15 Millionen Nächtigungen gehabt, ein Plus von 4,4 Prozent. Auch hier bis Mai 2017 wieder ein Plus von 3,5 Prozent. Und weil immer gerne darüber gesprochen wird, na ja, bei den Umsatzzahlen schaut das dann nicht so gut aus, ja, auch da haben wir ein Plus, und zwar 2016 das Jahr über von 0,2 Prozent auf 738 Millionen. Wenn man sich die ersten Monate im Jahr 2017 anschaut, dann haben wir da ein Plus von 11 Prozent.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass der Tourismusstandort Wien sehr, sehr viel dazu beiträgt, dass der Wirtschaftsstandort Wien auch so erfolgreich ist, ist, glaube ich, relativ logisch. Das kommt auch nicht von alleine, sondern das kommt durch die wirklich hervorragende Arbeit im Wiener Tourismusverband. Ich möchte an dieser Stelle vor allem stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserem Tourismusdirektor Norbert Kettner ein herzliches Dankeschön aussprechen! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

So nebenbei erwähnt, der Kongresstourismus ist eine Größe für sich in Wien. In jedem Jahr, in allen Rankings sind wir im Spitzenbereich vertreten. Wir haben 1,7 Millionen Nächtigungen im letzten Jahr nur durch den Kongresstourismus gehabt, auch wieder ein Plus von 2 Prozent im Vergleich zum Jahr davor. Man darf nicht vergessen, gerade diese Zahlen sind enorm wichtig, weil jeder Tourist, der zu den Kongressen kommt, jeder Kongresstourist, extrem viel Geld ausgibt, im Schnitt nämlich zirka 534 EUR pro Tag. Also das sind alles Zahlen, die durchaus beeindruckend sind und über die es sich lohnt, auch zu sprechen.

Lassen Sie mich ganz zum Schluss natürlich auch noch ein paar Sätze zu den Klein- und Mittelbetrieben, und vor allem auch zu den Ein-Personen-Unternehmen sagen. Auch hier gibt es eine ständige Weiterentwicklung. Es gibt generell in der Stadt ein hervorragendes Klima für Unternehmen, egal, ob sie jetzt Kleinunternehmen sind wie die von mir angesprochenen EPUs oder auch große internationale Unternehmungen. Sie kommen alle gern zu uns. Wenn wir uns das Jahr 2016 anschauen, dann haben wir wieder die meisten Unternehmensgründungen in Wien gehabt.

Wir haben die meisten Betriebsansiedlungen von internationalen Unternehmen in Wien gehabt, mit 178 wieder einen Rekord. Das ist ja schon fast kitschig. Jedes Jahr, wenn ich mich da herausstelle, spreche ich von einem neuen Rekord bei den internationalen Betriebsansiedlungen. Wir nehmen das alles so als Selbstverständlichkeit hin. Nein, das ist keine Selbstverständlichkeit. Eine Kennzahl auch dazu: Wien siedelte im Jahr 2016 mit 178 internationalen Betrieben mehr internationale Betriebe in Wien an als alle anderen Bundesländer zusammen in den einzelnen Bundesländern. Auch das passiert nicht von alleine. Das passiert durch eine hervorragende Wirtschaftspolitik, durch eine Politik, wo die Menschen wissen, dass sie sich auf uns verlassen können, und eine Politik, die eben die Unternehmen unterstützt und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer positiv ist. Dadurch kommen eben die meisten Betriebe zu uns, weil sie wissen, sie haben gut ausgebildete Arbeitskräfte in dieser Stadt. Sie haben die Möglichkeit, viele Jugendliche zu beschäftigen, und auf das können wir stolz sein. Daher stimmen wir diesem Rechnungsabschluss natürlich zu. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Das waren 6 Minuten, fraktionelle Restredezeit 34 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Gara, selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten, die werde ich auch einstellen. Fraktionelle Restredezeit ist 15 Minuten.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan <u>Gara</u> (NEOS): Geschätzte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde doch etwas anderes erzählen, als ich mir ursprünglich überlegt hatte, weil ich ein bisschen auf die vorangegangenen Reden eingehen möchte. Da beginne ich einmal mit dem Kollegen Strobl. Das stimmt schon, es gibt eine Reihe von Erleichterungen. Allerdings muss man schon ganz ehrlich sagen am Beispiel der Märkte, Volkertmarkt, und so weiter, ist ein stetiges Sterben, weil die Bürokratie und die Schwierigkeiten gerade für den Marktbetreiber einfach unerträglich sind. Das heißt, hier ist sozusagen ein schleichendes Sterben der Märkte. Das finden wir nicht unbedingt besonders gut.

Dann zur Kollegin Huemer. Arbeit macht krank und die Angst vor der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Das bedeutet als Schlussfolgerung, wenn ich mir jene Betriebe anschaue, die die meisten Krankenstandstage in Wien haben, dann herrscht dort neoliberale Wirtschaftspolitik, also am Beispiel der Wiener Stadtwerke, weil dort haben wir ja 30 Krankenstandstage. Da verstehe ich dann nicht ganz, wie das zusammengeht. Genauso das mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik finde ich auch spannend, weil letztendlich ein Großteil der Unternehmen in Wien, die die Arbeitsplätze schaffen, eigentlich Kleinstbetriebe sind. Ich glaube nicht, dass die alle wahnsinnig wirtschaftsneoliberal sind. (GRin Mag. Barbara Huemer: Lesen Sie die Studie!) Ich lese diese Studie. Da geht es um eine andere Geschichte. Mir geht es einfach um das Thema "Wirtschaftspolitik in Wien", und das sehe ich nicht so (Aufregung bei GRin Mag. Barbara Huemer.), weil das ist die Basis, wo die meisten Jobs geschaffen werden.

Ich kann das auch selber sagen, ich bin seit 22 Jahren einer dieser Kleinunternehmer und weiß, wie wahnsinnig ich meine Mitarbeiter hier immer benachteilige. Nein, es ist genau das Gegenteil. Es ist genau für den Unternehmer wahnsinnig schwierig, hier zu überleben und auch in dieser Stadt zu überleben. Und diese Geschichte und Diskussion, dass alles so rosig ist, dem kann ich nicht folgen. Wir haben mit sehr, sehr vielen Betrieben gesprochen. Wenn der Kollege Stürzenbecher sagt, er tritt ganz klar gegen eine Deregulierung ein, dann muss ich sagen, das ist eine Warnung für alle Betriebe in Wien. Also ganz ehrlich (Beifall bei NEOS und ÖVP.), das kann's ja wohl nicht sein.

Jetzt gehe ich auf diese Erleichterungen ein, von denen sehr groß gesprochen wurde, auch von der Stadträtin, die (GR Dr. Kurt Stürzenbecher, eine Zeitung zeigend: Hemmungslose Deregulierung! Hemmungslose Deregulierung!) von Erleichterungen gesprochen hat. Also das faire Taxigewerbe. Ich hab mir jetzt wirklich die Mühe gemacht, mir die Wiener Taxi-, Mietwagen- und Gästewagenbetriebsordnung einmal vorzunehmen. Also gerade im Kontext der Digitalisierung ist das ein wirklich spannendes Gesetz, weil hier steht im § 36 noch drinnen: "Die Aufnahme der Fahrgäste darf nur am Standort, in der Betriebsstätte des Gewerbetreibenden oder an dem Ort erfolgen, der auf Grund einer in der Wohnung oder Betriebsstätte des Gewerbetreibenden eingegangenen Bestellung für die Fahrgastaufnahme vorgesehen ist." Ist schon echt schwer zu verstehen, was da drinnen ist. Im Kontext der Digitalisierung, im Kontext neuer Mobilität ist so etwas ja sowas von antiquiert, vor allem wenn ich bei Leerfahrten wieder zurückkehre. Also auch im Sinne der Okologie und des Umweltschutzes halte ich das ja für vollkommen absurd. (Beifall bei den NEOS.)

Das möchte ich wirklich gerne einmal machen, das Thema Digitalisierung ist politischer Schönsprech oder wie auch immer. Das ist so eine Floskel, die hier jetzt gerne verwendet wird, wo auf der einen Seite Angst gemacht wird, weil da Veränderung ist. Veränderung ist immer Angst. Auf der anderen Seite wird quasi alles in das hineingepackt. Ich halte es schon für wichtig, das wirklich einmal differenziert zu diskutieren. Ich kann Ihnen Betriebe zeigen in Österreich, führende Betriebe, jene Betriebe, die die höchste Forschungsquote haben, die an dem Beispiel zum Thema Industrie 4.0 eine volldigitalisierte in dem Sinn Fabrik haben, "Machine to machine"-Kommunikation, wo es in dieser Fabrik praktisch kaum mehr Jobs gibt, aber insgesamt das Unternehmen deutlich mehr Jobs geschaffen hat. Das ist ein Paradoxon zu dem, was Sie gesagt haben. Also es gibt auch diese Beispiele und ich halte es für wichtig, hier nicht immer Angstmache zu betreiben, weil Wirtschaftspolitik sollte auch positiv an die Sache herangehen und die Chancen auch aufzeigen. (Beifall bei den NEOS.)

Die Diskussion alleine wird das nicht bringen. Und das ist für mich ganz wichtig, wenn wir wirklich Jobs schaffen wollen, und das wird diese Woche am Mittwoch ja noch diskutiert, das Fachkonzept "Produktive Stadt", das wir als sehr, sehr positives Ergebnis sehen, in dem auch ganz klar kommuniziert wird: "Ausgehend von den

unterschiedlichen Prognosen eines anhaltenden Bevölkerungswachstums der Funktion des Arbeitsstandortes Wien als Arbeitsplatzgeber für die umgebenden Regionen sowie der Tendenz der steigenden Erwerbsquote ist in den kommenden 10 Jahren ein Zuwachs von 100.000 Jobs zu erwarten." Ganz ehrlich, wie schaffen wir 100.000 Jobs? Die schaffen wir nicht nur durch die Deregulierung der Schanigärten. Die schaffen wir nicht nur durch, ich sage, Kleinstderegulierungen. Da geht es schon um andere Dimensionen. Das ist das, was ich immer wieder sage, und ich könnte fast die Rede vom letzten Jahr zitieren. Hier geht es um das Thema Hightech-Standort.

Und es geht mir auch nicht mehr darum, zu sagen, wir sind eh nicht so schlecht in Europa, wir sind eigentlich ganz gut und Nummer 7, Nummer 8, Nummer 9. Sorry, wir müssen Leader sein! Wir müssen ganz vorne sein, und wir müssen mit den Besten kämpfen und uns nicht irgendwo in einem Ist-eh-nicht-so-schlecht befinden, sonst schaffen wir diese Wende nicht. Ich halte das für extrem wichtig, auf dieser Ebene zu diskutieren. Ich habe mir das jetzt wirklich genau angeschaut, und zwar weil Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, davon gesprochen haben, es gab im Jahr 2016 ein deutliches Plus an Unternehmungsgründungen, 8.900 hab ich mir notiert, okay. Schauen wir in das Jahr 2008, da gab es 9.582 Gründungen. Na gut, jetzt kommt das Argument, da war die Wirtschaftskrise und dann ging's rein. Dann sage ich, ups, aber im Jahr 2010 hatten wir 9.253 Gründungen, also auch mehr als letztes Jahr.

Und wenn man sich die Kurve insgesamt anschaut, vom Jahr 2005 bis 2015, ist das in etwa gleich geblieben. Warum ist das so? Weil sich das Arbeitsvolumen verändert. Wir haben viel mehr Teilzeitjobs. Das heißt, die Situation ist nicht so, dass wir hier eine starke Zunahme von Jobs haben, dass die Rahmenbedingungen so gut geworden sind, dass es mehr Unternehmensgründungen gibt. Das ist nicht der Fall, das ist nicht der Fall. Und ich halte es für wirklich wichtig, einfach mal die rosarote Brille abzunehmen und zu sagen: Okay, wo liegen wir tatsächlich? Wo sind die tatsächlichen Key Performance Indicators, die jährlich publiziert werden, wo genau drinnensteht, wo liegen wir? Und mich interessiert auch bei den 178 neu angesiedelten internationalen Betrieben, in welchem Sektor sich die befinden. Befinden sich die in den Zukunftssektoren, in den Hightech-Sektoren, die wir haben wollen? Eine solche Aufschlüsselung wäre vielleicht auch interessant, so als Gesamtbilanz beim Rechnungsabschluss.

Ich glaube, Wien steht nicht schlecht da. Ich möchte Wien nicht schlechtreden, oder wir wollen Wien nicht schlechtreden. Das ist nicht der Punkt, Aber wir könnten deutlich besser sein, und wir haben uns hier in diesen letzten Jahren nicht wirklich deutlich verbessert.

Ich sehe das nicht. Es gibt einzelne Highlights, Boehringer Ingelheim. Aber Sie sagen selber, die größte Investition seit General Motors, also seit 30 Jahren. Was war dazwischen? Was ist die nächste Stufe? Es ist eine große Investition, ein großer Erfolg. Keine Frage. Aber wir brauchen mehr davon. Sonst schaffen wir diese

100.000 Arbeitsplätze nicht. Das ist vollkommen unrealistisch. Ich halte es für wichtig. Deswegen sind wir hier auch als Opposition.

Weil Sie kritisiert haben, wir reden nicht über Arbeitsmarktpolitik, wir reden nicht über Wirtschaftspolitik, ich rede hier sehr klar über Arbeitsmarktpolitik, ich rede hier sehr klar über Wirtschaftspolitik, und ich rede hier sehr klar über Standortpolitik.

Ich erwähne immer öfter, wir brauchen hier eine Deregulierung in sehr vielen Bereichen. Viele dieser Gesetze passen einfach nicht mehr zu den neuen Geschäftsmodellen. Viele dieser Gesetze passen einfach nicht mehr zu den neuen Technologien. Viele dieser Gesetze verhindern, dass viele Unternehmen nach Wien kommen. Es ist notwendig, diesen innovationsfreien Raum für Unternehmen zu schaffen, um Dinge auszuprobieren, in der Praxis, in der Realität, und nicht immer mit Angstargumenten zu kommen. Sonst kommen wir hier nicht weiter. Das ist genau der Punkt, der Unternehmen anzieht oder eben nicht anzieht.

Wenn ich realistisch die Forschungsquote, Forschungsstandorte von Unternehmen in Wien, anschaue, dann geht sie zurück. Wir haben zwar Headquarter, aber das Wesentliche sind nicht die Headquarter. Das Wesentliche sind die Forschungsstandorte von Unternehmen in Wien. Diese nehmen nicht zu. Diese Zahl möchte ich gerne von Ihnen sehen. Sie nehmen nicht zu. Sie nehmen ab. Aber genau das ist jener Anteil, wo Wien die große Chance hätte. Dort ist Bildung gefragt. Dort ist eine gute Stadt gefragt, ist ein Umfeld gefragt. Dort ist Infrastruktur gefragt. In diese Richtung müssten wir agieren.

Deswegen ist es einfach wichtig, diese rosarote Brille abzunehmen, sich ernsthaft mit Kennzahlen auseinanderzusetzen und klar zu sagen, wo wir stehen. Ich vermisse diesen klaren Leadership, zu sagen, wir wollen in Europa nicht ganz gut oder unter den Top Sieben sein, sondern ich erwarte mir von der Stadtregierung, dass Sie sagt, wir wollen bei den Allerbesten sein und uns in vielen Bereichen nicht damit zufriedengeben, wo wir jetzt stehen. - Danke schön. (Beifall bei den NEOS.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Das waren genau 10 Minuten. Die Fraktion hätte noch eine Restredezeit von 5 Minuten.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung ist Herr Dr. Stürzenbecher gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dr. Kurt <u>Stürzenbecher</u> (SPÖ): Geschätzte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!,

Mein Vorredner, Kollege Gara, hat behauptet, ich hätte gesagt, ich wäre generell gegen Deregulierungen. Das ist unrichtig. Ich habe im Zusammenhang mit der Brandkatastrophe am Grenfell-Tower ausgedrückt und ein Zitat von Kurt Seinitz aus der "Kronen Zeitung" gebracht, wo er schreibt: "Hemmungslose Deregulierung ist lebensgefährlich." (GR Markus Ornig, MBA: Passt das in diesem Zusammenhang?) Es war natürlich gedacht, dass Deregulierungen im Bereich des Brandschutzes und der Sicherheit nicht Platz greifen sollen. In der Wirtschaft ist natürlich ernsthaft zu prüfen, wo man weitere Deregulierungen machen kann. Diesen differenzierten

Standpunkt haben Sie nicht zum Ausdruck gebracht! - Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dkfm. Dr. Aichinger. Die fraktionelle Restredezeit sind 11 Minuten. Ich stelle sie auch ein

GR Dkfm. Dr. Fritz <u>Aichinger</u> (ÖVP): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Rechnungsabschlussdebatte 2016: Ich möchte heute vielleicht einmal mit dem Punkt der Einnahmen dieses Rechnungsabschlusses beginnen. Wir haben Einnahmen von 13,381 Milliarden rund gerechnet. Diese setzen sich folgendermaßen zusammen:

Der größte Anteil, wie wir wissen, kommt von den Ertragsanteilen der Gemeinschaftlichen Bundesabgaben von 5,9 Milliarden.

Der zweite Posten von der Höhe her, meine Damen und Herren, das muss man sich auch immer wieder auf der Zunge zergehen lassen, ist natürlich der Kameralistik geschuldet, weil in einer Doppik würde man das so nicht sehen. Es ist die Fremdmittelaufnahme von 1,428 Milliarden. Ich möchte darauf zurückkommen, im Voranschlag stehen nur 793 Millionen. Das heißt, hier wurden ganz einfach um zirka 47 Prozent mehr Schulden aufgenommen als geplant. Ich glaube, da sieht man den Schuldenanstieg sehr genau.

Die eigenen Steuern sind am dritten Punkt, und darauf möchte ich genau zurückkommen, mit 1,3 Milliarden. Sie setzen sich wie folgt zusammen: vor allem Kommunalsteuer, meine Damen und Herren, die Gebrauchsabgabe und die Grundsteuer. Die drei großen Steuern. Es ist richtig, seit dem Vorjahr keine Vergnügungssteuer mehr, weil sie abgeschafft wurde. Darauf möchte ich aber noch zurückkommen. Ein wesentlicher Punkt ist die Parkometerabgabe mit bereits 110 Millionen EUR, meine Damen und Herren, und immer wieder noch, muss man dazusagen, die Dienstgeberabgabe mit 66 Millionen, seit 1.3.2012, wo sie sozusagen verdreifacht wurde. Ein hoher Betrag, der auch untergeht, ist der Kulturförderungsbeitrag. Da sind wir in Wien Spitze am 2. Platz, weil wir verlangen 5,40 EUR pro Monat an die ORF-Gebühr angeschlossen 12 Mal als Kulturförderungsbeitrag. Immerhin sind es 64,80 EUR pro Jahr für jeden Rundfunkteilnehmer. Das bringt uns, wie gesagt, 35 Millionen.

Aber noch einmal zurück zur Vergnügungssteuer, meine Damen und Herren: Wir sind natürlich froh, dass die Vergnügungssteuer abgeschafft worden ist, dass wirklich etwas geschehen ist, was die Unternehmer, vor allem die Tanzunternehmer, die Gastronomie und die Hotellerie, sehr erleichtert. Bei dieser Gelegenheit aber haben Sie, Frau Stadträtin, in einem Interview gesagt, die Vergnügungssteuer soll abgeschafft werden. Aber was soll noch abgeschafft werden? Da haben Sie gemeint, und ich zitiere wörtlich: "Ein Ergebnis kann ich erst am Ende kommunizieren. Aber wir haben uns gemeinsam vorgenommen, alle unsere Steuern, Abgaben und Gebühren zu durchforsten und gegebenenfalls zu reformieren. Dabei wird alles angeschaut, von der Gebrauchsabgabe, der Hundesteuer bis zur Vergnügungs-

steuer. Bei manchen anderen Dingen, wie Grund- und Kommunalsteuer, hängen wir am Bund." Das ist ganz richtig. Aber Sie haben uns versprochen, Sie werden eine Steuerreform bringen und Sie werden sich andere Steuern anschauen. Es gibt in diesem Zusammenhang auch einen kleinen Passus im Regierungsabkommen, wo ebenfalls versprochen wird, dass die Steuern evaluiert werden sollen und eine Grundlage für eine neue Konstruktion geschaffen werden soll.

Wir wissen alle, meine Damen und Herren, Wien hat kein Einnahmenproblem, sondern wir haben ein Ausgabenproblem. Aber ich hätte einen Vorschlag, meine Damen und Herren oder Frau Stadträtin, welche Steuer oder welchen Betrag Sie sich vielleicht zuerst anschauen sollen. Dieser ist mir besonders wichtig. Das ist der Sportförderungsbeitrag. Als Sportsprecher würde ich meinen, diesen kann man evaluieren und anschauen, wie hoch er ist. Bleiben wir dabei, 2016 war er 2,1 Millionen. Von den Einnahmen des Gesamtbudgets ist es nicht einmal ein Zehntel Promille, also 0,1 Promille der Einnahmen. Darüber sollte man reden. Was ist der Sportförderungsbeitrag? Genau wissen wir, dass im Prinzip sehr wenige Vereine, oder man kann sogar sagen, drei Vereine - einer davon, meine sehr geehrte Frau Stadträtin, ist, glaube ich, Ihnen sehr ans Herz gewachsen, ist Ihnen sehr nahestehend -, diese Steuer zahlen. Viele Vereine haben aber die Verwaltungsarbeit. Viele Vereine müssen bei den Einnahmen aufpassen, dass sie diese steuerlich abgeben. Es sind aber Beträge, die nicht sehr viel ausmachen und daher, glaube ich, auch die Verwaltung extrem beanspruchen. Ich glaube, da sollte man darüber nachdenken, diese Steuer ganz einfach unter die Lupe zu nehmen und im Sinne des Sportes abzuschaffen, aber natürlich nicht die Sportförderung zu kürzen. Das wäre ein wesentlicher Punkt, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Eine Verbindung darf ich jetzt herstellen, nachdem ich jahrelang im Finanzausschuss war und seit eineinhalb Jahren im Kulturausschuss bin. Es gibt auch eine Verbindung zu der Finanzstadträtin, nämlich den Kulturteil der Wien Holding. Wir wissen, die Wien Holding ist eine 100-prozentige Tochter der Gemeinde Wien, hat vier Geschäftsfelder. Ein Geschäftsbereich beschäftigt sich natürlich mit Kultur. Darin sind solche großen Dinge wie die Vereinigten Bühnen, die Stadthalle, die Sportstätten, dann die Musik und Kunst Privatuniversität von Wien, Haus der Musik, Jüdisches Museum, und so weiter. Da, muss man schon dazusagen, ist immer wieder zu bemerken, dass diese Betriebe von der Gemeinde Wien mit Subventionen sehr gut behandelt werden.

Das Kulturresort hat 80 Millionen Subvention für darstellende Künstler, das heißt, für Musik, Theater und Performancetanz. Insgesamt 80 Millionen werden da an Förderungen pro Jahr ausgegeben, meine Damen und Herren. Im Jahr 2016, aber das ist kein Einzelfall, nur als Ziffer, als ein Beispiel, wurden allein 41 Millionen an die Vereinigten Bühnen gegeben. Das heißt, mehr als 50 Prozent kriegt eine Institution. Das Geld, und Sie verzeihen mir den Vergleich, wandert von der linken Tasche in die rechte Tasche. Da frage ich mich schon, ob die Ei-

gentümervertreterin, diese Wien Holding, ihre Aufgaben wahrnimmt und auch, wie alle anderen Kulturinstitutionen, um jeden Euro, hätte ich fast gesagt, um jede 1.000 EUR kämpft.

Es wurden in den Jahren 2012 und 2013 schon Konzepte versprochen, dass hier die Subvention sinken soll und wieder unter einen damaligen Stand von 37 Millionen kommen soll. Es ist bis heute nichts passiert. Auch im Jahr 2017 gibt es 40 Millionen. So kann es nicht weitergehen! Irgendwann muss das Konzept her, meine Damen und Herren! Ich glaube, das wäre auch eine wichtige Sache, wo die Finanzstadträtin in dem Fall als Eigentümervertreterin der Wien Holding ganz einfach eingreift.

Dann gibt es noch etwas dazu zu sagen: Seit dem Mai vorigen Jahres, wo Mag. Drozda Kulturminister wurde, ist die Geschäftsführung der Vereinigten Bühnen Wien frei geworden. Es wurde Prof. Patay, der vorher Rektor der Musik und Kunst Privatuniversität war. Er hat gesagt, er macht es bis Weihnachten in Doppelconférence, wenn ich so sagen darf, es wird zu einer Ausschreibung kommen, und die Musik und Kunst Privatuniversität wird neu besetzt werden. Was ist passiert? Es hat eine Ausschreibung gegeben. Es hat einen Dreiervorschlag gegeben. Es ist zu keiner Neubesetzung gekommen. Herr Prof. Patay muss jetzt neben VBW, und immerhin haben die VBW vier Häuser, nämlich das Theater an der Wien, die Kammeroper, das Raimund Theater und das Renaissance Theater, eine Universität führen. Ich glaube, das, Frau Finanzstadträtin, ist auch nicht in Ordnung. Wenn man in einem Interview vom "Kurier" Herrn Prof. Patay hört, dass er sagt, dass bei der Ausschreibung der Intendanzen der Oper oder des Musicals einer es nicht schaffen wird, sondern wir zwei brauchen werden, dann, glaube ich, ist die Überlastung von Herrn Prof. Patay gegeben. (Beifall bei der ÖVP.)

In diesem Sinne, sehr geehrte Frau Finanzstadträtin, fordere ich Sie auf, zu handeln, Ihre Verantwortung wahrzunehmen und darauf zu schauen, dass die Kunst und Musik Privatuniversität auch wieder einen Rektor bekommt. - Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Das waren 9 Minuten. Die ÖVP hätte noch eine Restredezeit von 2 Minuten.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung ist Herr Mag. Pawkowicz gemeldet. 3 Minuten.

GR Mag. (FH) Alexander <u>Pawkowicz</u> (FPÖ): Sehr geehrte Frau Gemeinderatsvorsitzende! Meine Damen und Herren!

Ich darf mich ganz kurz zu einer tatsächlichen Berichtigung in einer Angelegenheit melden, die wir gerade vorhin von Dr. Stürzenbecher und Dr. Gara gehört haben. Dr. Gara hatte Herrn Dr. Stürzenbecher vorgeworfen, sich gegen Deregulierung ausgesprochen zu haben. Dieser hat dann seinerseits darauf reagiert und bestritten, das gesagt zu haben. Ich darf Ihnen daher hier aus dem vorläufigen Protokoll der Rede des Herrn Dr. Stürzenbecher zitieren. Da kam nämlich tatsächlich wortwörtlich Folgendes vor - ich zitiere: "Ich zitiere auch noch den konservativ-liberalen Kurt Seinitz aus der "Kronen Zei-

tung', der sagt: 'ÖVP und die Deregulierungsfalle: Mit dem Abbau bürokratischer Vorschriften will die ÖVP im Wahlkampf punkten. Dies propagieren auch die britischen Konservativen seit Margaret Thatcher. Heute ist Großbritannien derart dereguliert, dass man die Fassade von Hochhäusern mit billigem Plastik ankleistern kann, dass es wie Zunder brennt. Achtung, hemmungslose Deregulierung ist lebensgefährlich!" - Zitat Ende. Bis hierher stimmen wir überein.

Jetzt kommt der zweite Teil, über den ich beim Zuhören auch gestolpert bin, weil er eigentlich komplett das Gegenteil dessen ist, was wir bisher gemeinsam hier erarbeitet haben. Ich zitiere weiter: "Das haben wir in Wien schon immer gesagt. Wir haben gute Vorschriften, die halten. Wir sind gegen Privatisierung, gegen Deregulierung. Wir sind für eine soziale, moderne und weltoffene Politik, wie sie in diesem Rechnungsabschluss auch zum Ausdruck kommt." - Zitat Ende. Also, es kam doch sehr klar, aber es war möglicherweise missverständlich, dieses Bekenntnis gegen Deregulierung. (GR Dr. Kurt Stürzenbecher: Das war im Zusammenhang gemeint!) Aber ich gehe einmal davon aus, dass es schlimmstenfalls nur als Versprecher gemeint war. (GRin Mag. (FH) Tanja Wehsely: Das war es jetzt?)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Peter Kraus. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit 7 Minuten, fraktionelle Restredezeit 17.

GR Peter <u>Kraus</u>, BSc (GRÜNE): Frau Vorsitzende! Liebe Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich auch noch kurz etwas zum Thema Regulierungen sagen, weil es jetzt so diskutiert wird. Bitte tun wir nicht so, als wären Regulierungen oder Vorschriften automatisch per se etwas Gutes oder Schlechtes. Das ist nämlich nicht so. Auch im wirtschaftlichen Kontext nicht. Ich gebe Ihnen jetzt nur ein Beispiel: Klima und Umweltschutz. Ich gehe einmal davon aus, dass der Großteil hier im Saal zumindest der Meinung ist, dass der vom Menschen verursachte Klimawandel auch tatsächlich ein Fakt ist. Die Klimazerstörung kostet Österreich 8,8 Milliarden EUR gesamtgesellschaftlich als Kosten. Da Regulierungen einzuführen und Maßnahmen zu setzen, kann sogar wirtschaftlich sinnvoll sein und Beschäftigung und Wertschöpfung kreieren. Nur, jede Regulierung ist automatisch schlecht oder gut, stimmt so nicht.

Darum machen wir Folgendes in Wien: Vorher ist schon die Arbeitsgruppe angesprochen worden, wo wir uns immer Regulierungen, Abgaben und Gebühren anschauen. Wir fragen nach dem Zweck der Regulierung. Wir fragen, welches Ziel, welches politische Ziel, welches gesamtgesellschaftliche Ziel verfolgt werden soll. So habe ich auch die Aussage von Herrn Stürzenbecher verstanden, dass wir eben nach dem Zweck und nach den Schutzzwecken dieser Regulierungen fragen und sich nicht einfach als öffentliche Hand überall zurückziehen und dann die Konsequenzen sehen. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Kommen wir ein bisschen zurück zum Rechnungsabschluss. Einiges an Bilanzzahlen, wenn man so will, oder an Zahlen aus dem letzten abgelaufenen Jahr ist schon genannt worden. Diese stellen durchaus wieder ein gutes Zeugnis für die Regierungsarbeit und für die Arbeit dieser Stadt aus. 178 neue internationale Betriebe in Wien. Knapp 9.000 Unternehmensgründungen. Ich finde es sehr wichtig, immer wieder zu betonen, dass wir beinahe fifty-fifty sind, Frauen - Männer, bei Unternehmensgründungen. Das ist auch etwas, das sich in den letzten Jahren geändert hat.

Wir haben einiges dafür getan. Auch da haben schon einige Kolleginnen und Kollegen vor mir die Abschaffung der Vergnügungssteuer angeführt, die vor allem in der Kreativwirtschaft, in der Klubkultur Anreize setzt, dass hier noch mehr Kreatives in Wien entstehen kann. Die neuen Regeln für Zimmervermietung, für Privatzimmervermietung, Stichwort Airbnb, die wir im Landtag gemeinsam beschlossen haben, mit dem neuen Tourismusförderungsgesetz, wo einfach gleiche Regeln für online und für offline gelten. Da sind wir übrigens auch vorbildlich. Ich erzähle jetzt nur, es gab keine Gesetzesänderung, zu der ich als Abgeordneter übrigens von anderen Gemeinden und Städten in ganz Europa Anfragen bekommen habe, wie wir es denn geregelt haben, weil das eine ganz große Herausforderung für Kommunen ist, gleiche Regeln für online und offline herzustellen. All diese Schritte haben wir gesetzt, um Wien noch attraktiver zu machen.

Wo sich auch immer niederschlägt, dass Wien eine tolle Stadt ist, ist im Tourismus. Ich glaube, auch diese Zahlen sind vorher schon genannt worden. 4,4 Prozent plus bei den Gästenächtigungen. 4,5 Prozent plus bei den Ankünften. Das ist eine Auszeichnung für uns, aber vielmehr noch eine Auszeichnung für den WienTourismus. Auch von meiner Seite und von meiner Fraktion ein großes Danke an Norbert Kettner und an WienTourismus für die wirklich ausgezeichnete Arbeit, die wir in Wien nie sehen, aber die man in den Zielmärkten sieht und die wirklich super funktioniert! - Vielen Dank! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Aber weil uns jetzt immer ganz viel ausgerichtet wurde, was der Standort alles braucht, reden wir darüber, was der Wirtschaftsstandort Wien braucht. Der Wirtschaftsstandort Wien braucht zum Beispiel eine neue flexiblere Gewerbeordnung. Was der Wirtschaftsstandort nicht braucht, ist Angst vor Veränderung. Ich erinnere wieder einmal, die ÖVP sitzt seit mittlerweile, glaube ich, 30 Jahren in der Regierung, stellt den Wirtschaftsminister seit 30 Jahren. Da hätte man schon längst etwas tun können. Davon würde auch Wien profitieren.

Wien muss Wissensmagnet sein, also ein Magnet für Innovation. Wir sind seit einigen Jahren die größte Universitätsstadt im deutschsprachigen Raum. Knapp 200.000 Studierende gibt es in Wien, so viele wie in keiner anderen deutschsprachigen Stadt. Das ist ein irrsinniges Potenzial. Das müssen wir nutzen. Wir brauchen keine Angst vor neuen WienerInnen. Wir brauchen die Internationalität, das voneinander Lernen. Wir brauchen keine Angst vor Vielfalt und vor neuen WienerInnen.

Wir alle brauchen ein offenes und gemeinsames Europa und keine neuen Grenzen, die wir ängstlich hochziehen. Wir brauchen Zuversicht und Hoffnung. Wir brauchen rot-grüne Zuversicht und Hoffnung und sicher keine schwarz-blaue Angst. Angst hemmt nämlich. Angst hemmt nämlich auch die Chancen von Wien. Angst schränkt ein. Angst schafft keine Arbeitsplätze. Angst macht das Leben in Wien nicht leistbarer. Angst senkt keine Mieten. Angst lernt niemandem Deutsch. Angst lernt niemandem Grundrechnungsarten. Angst macht nur eines, sie führt irgendwann zu Hass! Wien ist anders, und darauf bin ich sehr stolz, weil Rot-Grün auch anders ist. Ich will eine Stadt, die mit Zuversicht und Hoffnung die Probleme löst, die wir alle zugegebenermaßen haben. Ich will eine Stadt, in der wir nicht die Ellbogen ausklappen, wenn es schwierig wird, sondern uns gegenseitig unter die Arme greifen, wenn es schwierig wird. Genau dafür steht Rot-Grün. Darum bin ich auch stolz auf dieses Rot-Grün! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Abschließend möchte ich vor allem der schwarzblauen Opposition eines mitgeben, und zwar möchte ich Ihnen drei Worte mitgeben. Drei Worte, auf denen eigentlich jedes menschliche Zusammenleben basiert. Eltern sagen es zu ihren Kindern. Verliebte sagen es zu einander. Am Anfang von zumindest drei Weltreligionen sprach sie angeblich sogar ein brennender Dornbusch. Man könnte sagen, unsere gesamte Zivilisation wurde auf diesen drei Wörtern aufgebaut: Fürchte dich nicht! - Danke schön. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Die Redezeit waren 6 Minuten. Die fraktionelle Restredezeit sind 11 Minuten. Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Dr. Wansch. Selbstgewählte Redezeit 12 Minuten, fraktionelle Restredezeit 28 Minuten.

GR Mag. Dr. Alfred <u>Wansch</u> (FPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und vor den Bildschirmen!

Sie haben gehört, fürchten Sie sich nicht. Ich unterstütze diese Aussage. Es gibt einen Antrag für Neuwahlen der FPÖ. Ich bin überzeugt, er wird die Mehrheit finden. Fürchten Sie sich nicht! (Beifall bei der FPÖ.)

Ich muss an dieser Stelle wieder einmal daran erinnern, dass SPÖ und GRÜNE seit Jahren die freiheitlichen Initiativen und Anträge zu Fernsehübertragung und Aufzeichnung des Livestreams dieser Sitzung ablehnen. Wir Freiheitliche laden Sie ein, die Aufzeichnung dieser Sitzung auf "www.fpoe-wien.at" zu jeder Ihnen genehmen Zeit anzusehen.

Stichwort "Verweigerung von Fernsehübertragung", "Verweigerung einer Aufzeichnung des Livestreams": Das ist offensichtlich die konsequente Transparenz von SPÖ und GRÜNEN, wie sie Frau StRin Brauner heute als ihr oberstes Prinzip bezeichnet hat und wie wir diese Transparenz auch von ihr kennen, immer nach dem Verhaltensmuster, bloß selektive Informationsfreigaben, die zur geschönten Darstellung des von SPÖ und GRÜNEN verursachten Finanzdesasters dienen.

Damit sind wir schon beim eigentlichen, beim gegenständlichen Tagesordnungspunkt. Sehr geehrte Damen

und Herren, SPÖ und GRÜNE sagen Ihnen zu diesem Rechnungsabschluss, zu den vergangenen Rechnungsabschlüssen, zu den Budgets, alles ist schön, die Sonne scheint, Regenwolken, Gewitterwolken, Blitz und Donner sind eine populistische Erfindung. Sie sagen, die ständig wachsenden Schulden sind intelligent. Wir hören von Bgm Häupl, StRin Brauner, VBgm.in Vassilakou, die von ihnen eingegangenen Schulden sind intelligent. Diese Schulden sind so intelligent, dass uns Häupl, Brauner und Vassilakou nicht sagen, wer diese Schulden wie und wann bezahlen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund muss wieder ein existenzieller Missstand der unseligen Ära Häupl aufgezeigt werden. Wir Freiheitliche zeigen seit Jahren das Häupl-Prinzip der Flucht aus dem Budget auf. Was begonnen hat mit der Privatisierung einer Quelle in den Wildalpen, sozusagen einer Privatisierung des Wiener Wassers an eine private GmbH, soll jetzt nach vielen weiteren Tathandlungen, wie wir immer wieder hören, in der Ausgliederung des KAV enden. Ziel ist dabei immer dasselbe. Es geht um die Verscherbelung von Vermögen der Wienerinnen und Wiener. Neben dem Beispiel der Quelle in den Wildalpen sei das Beispiel der Zentralsparkasse, der Anteilsverwaltung der Zentralsparkasse, genannt. Dort ist verscherbelt worden. Das Geld, das Vermögen ist für die Wienerinnen und Wiener weg. Aber es geht auch um das Prinzip des Entzuges jeder Transparenz. Es geht um die Schaffung von roten und nunmehr auch grünen Spielwiesen und Pfründen. Das Mittel dazu ist der Ausschluss der Frageund Kontrollrechte des Gemeinderates.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen jetzt ein Beispiel zu dem Entzug der Kontrollrechte und ein Beispiel besonders auch zu dem eigenmächtigen Handeln von Häupl und Brauner. Ich zitiere aus dem "Kurier" vom 31. März 2017, Überschrift: "Wien Holding: Brigitte Ederer tritt zurück - Ex-SPÖ-Politikerin geht im Mai als Aufsichtsratschefin." Jetzt zitiere ich aus diesem Beitrag im "Kurier": "Ederer teilte ihre Entscheidung Finanzstadträtin und Vizebürgermeisterin Renate Brauner am Donnerstag bei einem gemeinsamen Frühstück mit." Weiter wortwörtlich: "Brauner soll Ederer nicht gedrängt haben, ihre Entscheidung nochmals zu überdenken. Das sagt auch einiges." - wortwörtlich zitiert. "Hinter den Kulissen ist zu hören, dass Ederer als Aufsichtsratsvorsitzende oft nicht in wichtige Entscheidungen eingebunden war und sehr spät darüber informiert wurde. Ederer hätte beispielsweise den Vertrag von Stadthallen-Geschäftsführer Wolfgang Fischer kaum um weitere fünf Jahre verlängert. Brauner soll immer wieder in die Wien Holding eingegriffen haben." Jetzt kommt im Artikel auch die Erklärung dafür: "Die Wien Holding ist trotz ihrer Größe keine Aktiengesellschaft, sondern eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Daher kann der Eigentümer, in diesem Fall Brauner als verantwortliche Stadträtin, leichter durchgreifen, weshalb überlegt wird, die Nachfolge von Ederer wieder mit einem Spitzenbeamten aus dem Rathaus zu besetzen."

Meine Damen und Herren, was ist der heutige Stand? Im Finanzausschuss oder im Gemeinderat haben

wir nichts von dieser Personalrochade gehört. Wir haben natürlich auch nichts davon gehört, was die hier genannten Gründe sind, was diese Durchgriffe der Finanzstadträtin in die ausgegliederte Wien Holding sind. Was macht man dann in so einer Situation? Man schaut im öffentlichen Firmenbuch nach. Im öffentlichen Firmenbuch finden wir noch keine entsprechende Antragstellung der verantwortlichen Geschäftsführer. Das sagt aber seinerseits wieder nichts, weil wir im Firmenbuch auch keine Veröffentlichung des Einzelabschlusses und des Konzernabschlusses 2016 der Wien Holding finden. Es ist richtig, dass die Frist bis spätestens September des Folgejahres noch offen ist. Aber es ist schon interessant und bezeichnend, dass wir den Medien schon gewisse Daten dieses Abschlusses entnehmen können, dass es schon eine Pressekonferenz zur Präsentation dieses Jahresabschlusses gegeben hat, aber sich in den öffentlich zugänglichen Büchern natürlich nichts findet.

Schauen wir uns die Lobeshymnen an, die wir selektiv in den Medien finden. Ich zitiere aus einem Medium. Es ist nicht das heutige Medium, aber das Medium heißt "Heute". "Rund 480 Millionen EUR Umsatz, über 4 Millionen EUR Gewinn", und so weiter, heißt es in einem Bericht über die Präsentation der Jahresbilanz. Dieser Bericht natürlich mit Foto der Geschäftsführung mit Frau StRin Brauner in ihrer Mitte und natürlich mit einem ganzseitigen Inserat der Wien Holding an anderer Stelle in diesem Medium, wo keine andere Information an Interessierte über die Produkte und Dienstleistungen der Wien Holding gegeben wird, als dass Wien schön ist.

Wie schaut es in der Wirklichkeit aus? Alles ist schön. Verbindlichkeiten und Rückstellungen der Wien Holding sind 2016 wieder gestiegen auf nunmehr 366 Millionen. Seit 2007 ist diese Fremdkapitalkennzahl bei der Wien Holding von 224 Millionen auf die eben genannten 366 Millionen, also um 63 Prozent, gestiegen. Diese Kennzahl zeigt aber noch immer nicht die volle Finanzlage der Wien Holding. Es existieren nämlich, nur als Beispiele genannt, in den Büchern der Wien Holding und ihrer Tochter Stadthalle immer noch Risiken aus einem 70 Millionen EUR Spekulationsvolumen, wo es zum Beispiel Swaps in Türkischer Lira gegeben hat. Echt interessant, Swaps in Türkischer Lira. Also keine Absicherungsgeschäfte für die Schweizer Franken, sondern man hat in Türkischer Lira spekuliert. Warum auch immer. Dementsprechend weist auch die Bilanz 2016 Rückstellungen für Derivativgeschäfte aus.

Diese wenigen Beispiele beweisen die dringende Berechtigung unserer freiheitlichen Forderung. Wir fordern die Wiederherstellung der Budgethoheit des Wiener Gemeinderats, meine Damen und Herren. So fordern wir neuerlich, dass es Quartalsberichte aller Fonds, Anstalten und Kapitalgesellschaften der Stadt Wien im Finanzausschuss gibt und diese den Mitgliedern des Gemeinderates zur Verfügung gestellt werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir fordern die Vorlage eines umfassenden Finanzplanes auf jeweils mindestens fünf Jahre, um Finanzlücken aufzeigen zu können und um die Budgethoheit des Gemeinderates sicherzustellen, wobei natürlich dieser Finanzplan alle Fonds, Anstalten und Kapitalgesellschaften der Stadt Wien zu umfassen hat. (Beifall bei der FPÖ.)

Langfristiges Ziel ist dabei die Refusionierung des unnötig aufgesplitterten und im Ergebnis daher auch unwirtschaftlichen Konzernmolochs der Kapitalgesellschaften der Stadt Wien einschließlich der Wiener Stadtwerke.

Wir versprechen den Wienerinnen und Wienern, auch den kommenden Generationen, wir werden die über Jahrzehnte entstandenen Sümpfe austrocknen und die Budgethoheit des Gemeinderates wiederherstellen, damit kommende Generationen über ihre Steuergelder zur Bewältigung ihrer kommunalen Aufgaben selbst entscheiden können und nicht für die Sünden einer fehlgesteuerten rot-grünen Stadtregierung büßen müssen. - Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Das waren 11 Minuten. Die fraktionelle Restredezeit sind 17 Minuten. Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Berger-Krotsch. Selbstgewählte Redezeit 6 Minuten.

GRin Mag. Nicole <u>Berger-Krotsch</u> (SPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gerne möchte ich heute noch zum Thema Frauen und Arbeitsmarkt sprechen, ein Thema von hoher Aktualität, das eine Menge an Herausforderungen mit sich bringt. Herausforderungen, denen sich die Wienerinnen tagtäglich stellen. Herausforderungen, denen wir uns als Stadt stellen. Da möchte ich gleich zu Beginn meiner Ausführungen den Frauen, die tagtäglich draußen lernen, sich weiterbilden, im Job werken, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des WAFF, aber auch unserer Arbeitsmarktstadträtin Renate Brauner für die vielen maßgeschneiderten Arbeitsmarktprogramme, speziell für Frauen, danken. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Arbeit ermöglicht Frauen, und es sind zwei ganz zentrale Aspekte, Selbstbestimmtheit und Unabhängigkeit, und das nicht nur in der gegenwärtigen Lebenssituation, sondern auch im Rahmen einer gesicherten Pension bis ins hohe Alter. Wir möchten Frauen in unserer Stadt ein Leben ermöglichen, das sie, je nach unterschiedlichen Lebensentwürfen, nach ihren Bedürfnissen und Vorstellungen gestalten können. Wir als Stadt stehen als starke Partnerin an der Seite der Wienerinnen. So haben wir das Thema Arbeit immer ganz weit oben auf unserer politischen Agenda. Auch meine Fraktion hat im Frühjahr den Fokus ganz stark auf das Thema, heute schon gefallen, die Zukunft der Arbeit unter dem Motto "Frauen schaffen Zukunft" gelegt. Ich denke, es geht gemeinsam darum, und da meine ich mit "gemeinsam" die Politik, die Gewerkschaft, ArbeitgeberInnen, Wirtschaft eben, gute Arbeitsbedingungen für Frauen in dieser Stadt, oder auch, wenn wir uns die Begebenheiten im Bund anschauen, wir steuern ja auf Neuwahlen zu, in unserem Land zu verbessern, ihnen gute Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Wien übernimmt ganz klar Verantwortung für die Frauen.

Wenn ich gute Arbeitsbedingungen meine, gibt es mehrerlei Aspekte. Uns ist ganz wichtig, dass jede Frau von ihrer Arbeit leben kann. Wir wissen, dass in Österreich rund 297.000 Menschen nicht von ihrer Arbeit leben können. Wir wissen, dass deren Einkommen nicht reicht, sich selbst, ihre Familie zu ernähren. Sie erzielen kein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle. Leider sind auch ganz besonders viele Frauen unter diesen Menschen, vor allem viele Alleinerzieherinnen, wie wir es auch thematisieren. Ich möchte in diesem Zusammenhang unserer Sozial- und Frauenstadträtin Sandra Frauenberger gemeinsam mit unserer grünen Koalitionspartnerin für den rot-grünen Weg der Mindestsicherung Neu danken. (GR Dominik Nepp: Danke!)

Weiters sind geschätzt mindestens 400.000 Menschen in der Privatwirtschaft, die in Österreich auf Basis einer Vollbeschäftigung einen Bruttolohn von weniger als 1.500 EUR erzielen. Hier sind wieder zwei Drittel der Betroffenen Frauen. Wie gesagt, was wir für die Frauen in dieser Stadt und in diesem Land wollen, ist eine faire Bezahlung, ein Einkommen zum Auskommen.

Es braucht weiters mehr Lohntransparenz in privatwirtschaftlichen Unternehmen. Wir sind da schon Vorreiterin. Wir haben uns selbst diese Lohntransparenz auch gegeben. Löhne, Gehälter von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollen transparent für alle offengelegt werden. Denn auch hier sind es wieder die Frauen, die bei gleichwertiger Arbeit im österreichweiten Schnitt um 22,9 Prozent weniger als Männer verdienen.

In diesem Zusammenhang schauen wir immer auch auf die Führungsetagen. Wir wissen alle, auch schon mehrfach thematisiert in diesem Raum, in diesem Saal, in diesen Rechnungsabschlussdebatten, Spitzenpositionen in Unternehmen sind vorwiegend von Männern besetzt. Gerade jetzt, ein paar Häuser weiter, im Parlament eine große Enquete zum Thema Frauenquoten in Aufsichtsräten. Es braucht eine verpflichtende 40-Prozent-Quote in Führungspositionen in der Privatwirtschaft. Wir müssen die gläserne Decke durchbrechen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Fairness in puncto Arbeit bedeutet auch Fairness in puncto Arbeit, die nicht bezahlt ist. Ich meine da Kinderbetreuung, Hausarbeit, Pflege. Auch hier müssen wir sehen, dass zwei Drittel der unbezahlten Arbeit immer noch von Frauen erledigt wird und dass natürlich auch in weiterer Folge eine höhere Teilzeitbeschäftigungsquote daraus resultierend zu mehr Armut im Alter führen kann. Wir wollen Voraussetzungen, die es Frauen erleichtern, einer Vollzeitarbeit nachzugehen. Dies bedeutet zum einen eine gerechtere Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit, aber zum anderen auch den weiteren stetigen österreichweiten Ausbau von Kindergärten und Ganztagsschulen.

All diesen Aspekten, österreichweit gesehen, möchte ich nun gegenüberstellen, dass wir in Wien bereits umfangreiche Maßnahmen setzen, um für mehr Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen in der Arbeitswelt Sorge zu tragen. Wir sind klare Vorreiterin in vielen Arbeitsbedingungen für Frauen sowie hinsichtlich Vereinbarkeit Maßnahmen zu setzen. Das ist nicht zuletzt unserer konsequenten jahrelangen Frauenpolitik der Stadt zu danken, die auch als Querschnittsmaterie in Wien

gesehen und gelebt wird. Hier wird danach gearbeitet, dass wir alle Bereiche der Wiener Stadtpolitik damit befassen. Die Lohnschere ist am geringsten. Wir haben es heute schon gehört, die Frauenerwerbsquote ist am höchsten, die Teilzeitquote im Österreichschnitt vergleichsweise niedriger. Wir haben den beitragsfreien Kindergarten.

Aber, und jetzt zum Schluss kommend, das wichtige arbeitsmarktpolitische Instrumentarium ist der WAFF, wo es so viele frauenspezifische Maßnahmen gibt, die eingerichtet worden sind. Wir ermöglichen Beratung. Wir ermöglichen finanzielle Förderung, Aus- und Weiterbildung. Es waren 52,2 Prozent der Kundinnen und Kunden im letzten Jahr Frauen. Ich danke auch hier unserer Arbeitsmarktstadträtin Renate Brauner für die Weiterentwicklung von FRECH, FRECH 4.0, wie heute schon angedeutet, um Frauen mit entsprechenden Qualifizierungen und Empowerment zu Gewinnerinnen des digitalen Wandels zu machen. Oder "Ihre Chance kommt", auch heute schon thematisiert, wo wir in den Gemeindebau gehen, dort Hilfe anbieten, wo sie punktgenau hingehört.

Es gibt noch viel zu tun. Renate Brauner hat es eingangs in ihrer Rede gesagt. Wir werden nicht ruhen, solange die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen auch in puncto Arbeitswelt, Arbeitsmarkt nicht vorhanden ist. Ich lade dazu ein, weiterzugehen, weiterzudenken, gemeinsam nach neuen Lösungen zu suchen und neue Wege einzuschlagen. Vieles liegt bereits heute vor, in den Maßnahmen des letzten Jahres in Zahlen gegossen, als Fazit, als Rechnungsabschluss. Vieles liegt aber noch vor uns. Aber jetzt bitte ich einmal um Zustimmung zum Rechnungsabschluss 2016. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Die Redezeit waren 7 Minuten. Die fraktionelle Restredezeit der SPÖ sind 27 Minuten. Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Meinhard-Schiebel. Selbstgewählte Redezeit 5 Minuten.

GRin Brigitte <u>Meinhard-Schiebel</u> (*GRÜNE*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr GR Jung, ich darf Ihnen versichern, dass wir als GRÜNE im Europaausschuss sehr wohl sehr aktiv sind und ganze Arbeit leisten. (GR Mag. Wolfgang Jung: Schauen Sie sich die Wortmeldungen an!) Es muss ja nicht immer lautstark sein. (GR Mag. Wolfgang Jung: Überhaupt nicht!) Wichtig ist, dass es effizient ist! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Dann darf ich also zum Thema Europa zurückkehren. Denn Europa hat in vielen Bereichen für uns Bedeutung, besonders in Zeiten, in denen von einigen Seiten immer wieder versucht wird, gegen die EU mobil zu machen und dem Nationalismus damit das Wort zu reden.

Ein europaweites Thema, das auch in Österreich längst schon gelandet sein sollte, ist der Kampf gegen den Gender Pension Gap. Wer, wie so viele Frauen, in seinem Erwerbsleben eine schlechtere Entlohnung mit Auszeiten von Familienarbeit hat, für Betreuung und Pflege schlecht belohnt wurde, kämpft nicht nur mit dem

Gender Pay Gap. Dieser setzt sich nahtlos im Gender Pension Gap fort. In Österreich weichen die Pensionsbezüge von Frauen von denen der Männer um 39 Prozent ab, weil das Pensionssystem vieler europäischer Staaten nach wie vor auf dem Modell des männlichen Alleinverdieners basiert, einem Modell, das längst an der Lebensund Erwerbsrealität der heutigen Generation vorbeigeht. Auch im EU-Parlament gibt es dazu eine starke grüne Stimme unserer Abg. Monika Vana, die Sie alle kennen, und von SPÖ-Seite von Evelyn Regner. Die Europäische Kommission hat sich dieses Thema nun endlich auf die Fahnen geschrieben, wohlwissend, dass Altersarmut in einer Welt des längeren Lebens von Menschen eine ganz massive soziale Bedrohung darstellt. Im Europaparlament scheint es für den starken Berichtsentwurf, an dem wir GRÜNE maßgeblich mitgewirkt haben, wenig Verständnis zu geben. Unsere Forderung nach einer staatlichen Grundpension, die insbesondere Frauen vor der Armut im Alter schützt, wurde von den Rechten und den Liberalen, unter anderem auch von österreichischen Abgeordneten der ÖVP und der NEOS, verwässert. (GR Mag. Wolfgang Jung: Von einer überzeugenden Mehrheit! Das sollte Ihnen zu denken geben!) Ob ihnen die betroffenen Frauen dafür eines Tages dankbar sein werden, wird sich weisen! Wir werden auch hier im Gemeinderatsausschuss für Europa und Internationales nicht lockerlassen, das Thema Gender Pension Gap zu einem ChefInnenthema zu machen. Altersarmut ganz sicher nicht mit uns!

Ein wichtiger Teil unserer Arbeit ist es aber auch, Themen zu setzen, die die Zusammenarbeit gerade mit den osteuropäischen Ländern betreffen. Sie brauchen Unterstützung, um in ihren Ländern mit uns gemeinsam Projekte zu starten, die die Zivilgesellschaft unterstützen, die Transformationsprozesse in Gang setzen und den lokalen Akteuren auch Handwerkszeug geben. Eines dieser wichtigen Projekte ist der Danube Participation Day mit dem Untertitel "Bottom Up and Top Down: Science meets Innovation and Participation" mit organisierten Workshops in Budapest, Wien und der Donauraumstrategie, die im letzten Ausschuss vorgestellt wurde. Sie engagiert sich seit Jahren dafür, die Zivilgesellschaft in die Entwicklungen der Region einzubinden. Auch soziale Innovation wird ein Thema sein. Dass es dabei und natürlich auch immer um Finanzierungsfragen zu Projekten geht, ist Teil dieser Tage. Nur durch eine intensive Zusammenarbeit in solchen grenzüberschreitenden Projekten und Veranstaltungen können und sollen auch die politischen Strömungen und Entwicklungen beobachtet werden. Gerade in einem Land wie Ungarn hat sich die verschärfte Rechtsentwicklung zu einem ganz massiven Problem entwickelt, das nicht nur Menschen auf der Flucht, sondern die gesamte Zivilgesellschaft in ihrer Diversität betrifft. Auch Forschung und Lehre stehen unter dem Diktat einer Regierung, die mit scharfen Einschränkungen agiert. Wir wollen, sollen und müssen uns einmischen, dagegenzustehen, die Länder zu unterstützen, um gefährlichen Tendenzen entgegenzuwirken. Denn sie sind letztlich Gift für ganz Europa. Die Donauraumstrategie ist in vielen Bereichen bereits wichtiger Bestandteil europäischer Zusammenarbeit. In einem bereits gelaufenen EU-Projekt mit österreichischer Unterstützung haben wir schon viel erreicht.

Europa steht vor gewaltigen Herausforderungen. Wir haben in unserem Regierungsprogramm skizziert, welchen zentralen Anliegen wir uns widmen müssen, Wien als Stadt des Friedens und der internationalen Demokratie (GR Mag. Wolfgang Jung: Haben Sie sich nicht im Tagesordnungspunkt geirrt, Frau Kollegin?), Städtekooperationen zu schaffen, sie als Menschenrechtsstadt zu positionieren und vieles mehr. Die aktuellen Entwicklungen Europas dürfen uns nicht davon abhalten, unsere Positionen nicht zu verlassen oder zu verwässern. Wien war und ist eine Drehscheibe mitten in Europa und hat ein enormes Potenzial, zwischen Ost, West, Nord und Süd zu vermitteln, zu verbinden und mit hohem diplomatischem Geschick ausgleichend und entwicklungsfördernd zu wirken. Wenn Wienerinnen und Wiener sich als EuropäerInnen fühlen und lernen, über den Zaun, den es zwar nicht physisch, aber psychisch gibt, zu schauen, dann haben wir es richtig gemacht.

Deshalb stimmen wir dem Rechnungsabschluss zu. - Danke. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Das waren 6 Minuten. Die fraktionelle Restredezeit sind 5 Minuten. Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Handler. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit 12 Minuten, Restredezeit 17 Minuten. Ich stelle 12 Minuten ein.

GR Klaus <u>Handler</u> (*FPÖ*): Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich heute mit dem Arbeitsmarkt und der Entwicklung des Arbeitsmarktes in Wien beschäftigen, da der Arbeitsmarkt ein guter Indikator ist, wie es in der Stadt wirklich ausschaut.

Frau Brauner hat in der Vergangenheit öfters gesagt, dass die Neuverschuldung ein Herausinvestieren aus der Krise ist. Das müsste man dann eigentlich auch bei den Arbeitsmarktdaten sehen. Schauen wir uns die Statistik einmal genauer an:

Ich möchte übrigens sagen, 2008 war das letzte Mal eine positive Entwicklung in der Stadt Wien auf diesem Sektor. Beginnen wir 2008, das Jahr der Wirtschaftskrise hat noch nicht durchgeschlagen. Damals haben wir eine Arbeitslosigkeit von rund 66.000 Personen, ein Minus von 8 Prozent, gehabt. Die Wirtschaftskrise hat noch nicht gegriffen.

Jetzt gehen wir weiter. 2009 haben wir 414 Millionen Neuverschuldung gehabt, was ein Hinausinvestieren sein soll. Damals haben wir auf dem Arbeitsmarkt ein Plus von 9,9 Prozent gehabt. Das sind rund 6.500 neue Arbeitslose. Sie sind auf 73.000 gestiegen.

2010 hatten übrigens alle anderen Bundesländer ein Minus. Wien hatte ein Plus der Arbeitslosigkeit von 1,5 Prozent, um 1.000 mehr, trotzdem in diesem Jahr 1.500 Millionen Neuverschuldung getätigt wurde. Also, man sieht nicht wirklich einen Effekt.

Wenn man sagt, er kommt später, gehen wir in das Jahr 2011. Da haben wir bei der Arbeitslosigkeit ein Plus von 6,7 Prozent, rund 5.000 Leute mehr arbeitslos. Damit kratzen wir schon knapp bei 80.000. Investiert wur-

den in dem Jahr 993 Millionen EUR. Das ist die Neuverschuldung in diesem Jahr.

Nächstes Jahr, 2012, ein Plus von 4,9 Prozent, 3.800 neue Arbeitslose, schon auf 83.000. In diesem Jahr ist die Neuverschuldung 332 Millionen EUR mehr.

2013 geht es weiter, ein Plus von 8,7 Prozent neue Arbeitslose, über 7.000 Menschen mehr in der Arbeitslosigkeit. Damit haben wir schon 90.000 überschritten. In diesem Jahr haben wir angeblich 300 Millionen an Neuverschuldung investiert.

2014 ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um 15,7 Prozent. Damals haben wir die 100.000er-Marke mit über 14.000 neuen Arbeitslosen geknackt. 260 Millionen Neuverschuldung.

2015 eigentlich der Rekord, den ich seit der Wirtschaftskrise gesehen habe. Ein Plus von 19,4 Prozent, was die Arbeitslosigkeit in der Stadt Wien betrifft, um 20.000 auf 124.000. 525 Millionen Neuverschuldung.

2016, das Jahr, worüber wir jetzt reden, haben wir ungefähr 564 Millionen EUR an Neuverschuldung. Ein Plus von 3 Prozent bei den Arbeitslosen, also 3.690 Arbeitslose mehr, auf 128.000.

Herr Strobl wollte, dass wir über die nackten Zahlen der Arbeitslosigkeit diskutieren. Ich habe sie Ihnen jetzt vorgelesen. Es ist übrigens eine Statistik des AMS, also keine irgendwie erfundenen Zahlen, sondern offiziell auf der AMS-Homepage anschaubar.

Ich habe es Ihnen sogar noch ein bisschen einfacher gemacht, und zwar habe ich bei den Arbeitslosenzahlen nur diejenigen genommen, die tatsächlich Arbeitslosenzahlen sind, von Schulungen noch abgesehen. Wenn wir jetzt in Wien 2016 128.375 Arbeitslose, ein Plus von 3 Prozent, haben, sind 27.573 Menschen, die auf Schulung sind, nicht eingerechnet. Übrigens ist die Schulungsleistung um 11 Prozent gestiegen, vermutlich um die Zahl generell zu schönen. Aber eine Gesamtarbeitslosigkeit von 4,3 Prozent plus zum Vorjahr. Es sind mittlerweile in dieser Stadt über 155.000 Menschen arbeitslos. Das als eine Leistung oder als ein Hinausinvestieren aus der Krise darzustellen, ist für mich ein Affront gegenüber diesen arbeitslosen Menschen! (Beifall bei der FPÖ.)

Weiters möchte ich noch erwähnen, früher waren Arbeitslose und Personen in Schulung. Das wird mittlerweile zusammengezählt. Jetzt gibt es die sozialökonomischen Betriebe. Ich möchte grundsätzlich sagen, dass sie erfolgreiche und gute Projekte machen. Nicht alle, aber einige sind sehr gut. Was passiert dort? Dort sind die Leute angestellt, welche de facto auch Arbeitslose wären. Sie werden in dieser Statistik nirgendwo erwähnt. Ich kann mir schon fast vorstellen, dass das ein neues Verschleierungsmodell ist, wie man die Arbeitslosenzahlen kaschieren kann, wobei ich wirklich sagen muss, dass manche sozialökonomischen Betriebe sehr gute Arbeit leisten. Ich möchte diese Projekte nicht angreifen, sondern nur sagen, dass sie auch in eine Statistik gehören.

Wie wir schon gehört haben, an den Millionen, die an Neuverschuldung sind, an den finanziellen Mitteln, kann es nicht liegen, dass man diesen Indikator nicht nach unten bekommt. Ich nehme an, es wird ideologisch investiert. Das ist, so wie Sie das machen, halt keine Investition in die Zukunft. Sie haben insgesamt, und ich sage es jetzt extra in Millionen, 5.000 Millionen an Neuverschuldung seit der Wirtschaftskrise verursacht. Die Arbeitsmarktzahlen sind im gleichen Rahmen immer weiter gestiegen. Man sollte, wenn man etwas investiert, spätestens nach zwei, drei Jahren etwas Positives zurückbekommen. Ihre Statistik zeigt das nicht, weil die Arbeitslosigkeit hat sich seit der Krise beinahe verdoppelt. Ihre Politik ist auf allen Ebenen gescheitert! Daher würde ich Ihnen empfehlen, dass Sie unserem heutigen Neuwahlantrag zustimmen! (Beifall bei der FPÖ.)

Aber lassen Sie mich noch auf ein paar Aussagen der Frau Brauner zurückkommen, die sie heute getätigt hat.

Ich zitiere aus dem unkorrigierten Protokoll von heute Morgen: "Bei der Arbeitslosigkeit gibt es gute Nachrichten." Ich frage mich, Sie haben jetzt die nackten Zahlen, ohne irgendetwas von mir geändert, gehört, wo da die guten Nachrichten sind.

Dann: "Laut aktuellsten Daten vom Mai 2017 steht fest, die Arbeitslosenquote in Wien ist im Vergleich zum Vorjahr nun mittlerweile zum siebenten Mal in Folge gesunken." Das ist irgendwie Augenauswischerei, oder ich sage, irgendetwas vorzugaukeln, wenn ich es so brutal sagen darf. Wenn wir ein Jahr diskutieren, und ich nehme mir die Arbeitsmarktzahlen vom Mai her, und sage, jeden Mai sinken sie, weiß jeder, die Bauwirtschaft springt dann an und dann gehen sie zurück. Das ist eine ganz normale Sache. Das kann man wahrscheinlich die letzten 30 Jahre zurückverfolgen. Aber in einer Debatte, wo es ums Budget geht, wo es um das ganze Jahr 2016, um einen Abschluss geht, einfach nur den Mai herauszunehmen und dann zu sagen, der derzeitige Rückgang der Arbeitslosigkeit ist der stärkste seit 10 Jahren, dann sehe ich das eigentlich als Affront an der Wiener Bevöl-

Das war kurz aus der Mitte herausgegriffen. Jetzt gehe ich es der Reihe nach durch: "Das ist schließlich unsere Pflicht gegenüber den Wienern und Wienerinnen, wenn das Steuergeld, das hier verwaltet wird, in die Zukunft der Stadt Wien investiert wird." Dann frage ich mich: Ist es Verwaltung oder Misswirtschaft, wenn man sich die Rekordschulden anschaut und dass es den Wienern und Wienerinnen zumindest im Bereich Arbeitsmarkt um keinen Deut besser geht? Das ist in meinen Augen Misswirtschaft!

Sie hat auch gesagt: "Immer mehr Menschen ziehen in Ballungsräume und suchen und finden dort Arbeit." Mit dem Suchen gebe ich Ihnen schon recht. Mit dem Finden schaut es, wenn man sich die Zahlen anschaut, schon wesentlich schlechter aus. Grund für den Zuzug sollte ein großes Arbeitsplatzangebot sein. Die Menschen kommen eben her, um hier Beschäftigung zu finden, sich ein Leben aufzubauen. Aber keineswegs sollte Grund für einen Zuzug sein, dass ich Sozialleistungen aus der Stadt Wien herausnehmen kann, ohne dass ich irgendetwas Positives bewirke. (Beifall bei der FPÖ.)

Sie hat natürlich auch wieder die weltweite Wirtschaftskrise erwähnt. Ich frage mich, wann sie vorbei sein wird, weil sie war 2008. In vielen Ländern und Städten ist sie vorbei. Bei uns herrscht sie wahrscheinlich, ich nehme es einmal an, die nächsten 30 Jahre auch noch.

Sie haben dann auch die Unternehmer angesprochen. Die Unternehmer sind eines der wichtigsten Glieder, um die Arbeitslosigkeit zu senken, dass man die Rahmenbedingungen für sie richtigstellt. Sie sagen auch, dass es 2016 laut Wirtschaftskammer 8.952 Unternehmensgründungen gegeben hat, ein Rekordjahr. Das glaube ich nicht. Meine Zahlen sagen etwas anderes. Gut, soll so sein.

Aber wenn man sich die Ein-Personen-Unternehmen anschaut, sind sehr viele dabei, die auch in die Scheinselbstständigkeit gedrängt werden und es über den Gewerbeschein machen müssen, dann unter Kollektiv ausgebeutet werden, und so weiter. Es sind wirklich sehr viele, die nicht einen Arbeitgeber finden, also auch keinen Kunden. Er hat dann einen Auftraggeber, wo er dann billigst arbeiten muss. Weiters nehme ich an, dass von den rund 9.000 Unternehmen sehr viele Ein-Personen-Unternehmen sind, die das nebenbei machen, und so weiter. Da jetzt von Rekord zu sprechen und zu sagen, das ist so toll, so super, ist nicht ganz richtig. Ich finde jede einzelne Unternehmensgründung, sofern sie nicht zur Scheinselbstständigkeit oder etwas anderem beiträgt, eine tolle Sache. Aber ich glaube, dass diese Zahl viel zu hoch gegriffen ist, wenn man bedenkt, wer von diesen 9.000 EPU in den nächsten 10 Jahre überhaupt einen Mitarbeiter anstellen wird, damit es sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirkt.

Sie haben auch gesagt, 2016 siedelten 178 neue internationale Betriebe an. Ich habe in der Zwischenzeit kurz gegoogelt. Ich hätte diese nicht gefunden. Ich frage mich auch, welche Betriebe es denn sind. Meinen Sie den Kebapstand der Özdemir GmbH aus Istanbul, die sich hier niederlässt? Ich weiß es nicht. Aber 178 neue internationale Betriebe, die auch am Arbeitsmarkt maßgeblich etwas zu sagen haben, sehe ich nicht.

Auch die 221 internationalen Unternehmungen, die ihre Headquarters hier haben, sehe ich nicht. Diese Zahlen, diese Unternehmen betreffend, würde ich mich sehr freuen, wenn ich einmal eine Liste bekomme, wie viele und welche es tatsächlich sind.

Weiters haben Sie erwähnt, und darauf bin ich durchaus auch stolz, dass wir sehr viele hochqualifizierte Arbeitskräfte haben. Nur muss man auch sagen, die hochqualifizierten Arbeitskräfte sind kein Grund, um in Wien ein Unternehmen aufzumachen, weil sie fast nicht vorhanden sind. Man muss sie von anderen Unternehmungen abwerben, und so weiter. Der Großteil der Arbeitslosen fällt nicht unter diese Hochqualifizierten. Das ist ein reiner Verdrängungswettbewerb, was gut ist. Es sollen viele Hochqualifizierte kommen. Sie können es sich immer verbessern. Je mehr nachgefragt sie werden, desto höher ist auch das Gehalt. Es ist eine positive Sache. Aber ob das der Hauptindikator ist, dass sie nach Wien siedeln, wage ich zu bezweifeln.

Sie haben diesmal mehrere Unternehmungen aufgezählt. Ich war ja schon fast überrascht, denn ich habe mir gedacht, es wird Boehringer Ingelheim, das tolle Unternehmen, das in Wien investiert, das einzige Unternehmen sein, das in Wien investiert. Sie haben mittlerweile ein paar aufgezählt, davon auch ein Unternehmen, das von Brunn am Gebirge nach Wien gezogen ist. Das ist toll, nur: Auf der anderen Seite den Sekthersteller, der von Wien weggegangen ist, haben Sie nicht erwähnt, und ich nehme an ... (GR Mag. Thomas Reindl: Der ist aber noch da!)

Bitte? (GR Mag. Thomas Reindl: Der ist ja noch da!) Ja, der wird aber bald weg sein. (GR Mag. Wolfgang Jung: Die Zentrale ...) Ja. Gut, aber ich sage: Vier Beispiele von Unternehmen zu erwähnen, wo manche schon in Wien sind und weiterinvestieren, ist für mich nicht, wie soll ich sagen, das Licht im Tunnel, was die Arbeitsmarktfrage betrifft.

Sie sagen auch, dass es wichtig ist, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft herzustellen. Da erwähnen Sie exemplarisch die Abschaffung der Vergnügungssteuer. Ja, bin ich bei Ihnen: eine gute Regelung.

Eine faire Regelung bei Vermietung von Privatunterkünften: Ja, das gehört geregelt, das ist im Moment nicht zufriedenstellend. Aber was bedeutet das, dass die privaten Unternehmen mehr Gebühren und Steuern zahlen müssen? Im Gegenzug werden die anderen nicht entlastet. Das ist also in Zukunft eine reine Mehreinnahme der Stadt. (GR Heinz Vettermann: Da geht es um Fairness!) Ja, ist ja in Ordnung, Fairness ist okay. Aber das ist dann nicht als eines der positiven Beispiele zu erwähnen.

Als Nächstes: auch die fairen Regeln beim Mietwagen- und Taxigewerbe. Wir alle wünschen uns das. In dem Thema ist sicher Uber angesprochen, ich finde, dass es da faire ... Nur, wie lange dauert das, bis es zu Regelungen kommt? Wissen Sie, wie viele Taxiunternehmen durch Uber schon verdrängt werden, vor der Pleite stehen, weil sie eine unreglementierte Konkurrenz vor sich haben, wo sie preislich unmöglich mithalten können? Wie lange wird das noch dauern?

Wenn Sie dann sagen, das machen wir alles - also die drei Beispiele für die Unternehmer in Wien, da frage ich mich wirklich: Ist das alles? Ich kann mir nicht vorstellen, dass das ausreichend ist für die Wiener Unternehmen, was Sie machen.

Weiters haben Sie erwähnt, dass die einmaligen Kosten im Rahmen der Flüchtlingsbewegung aus dem Defizit herausgerechnet werden. Eines kann ich Ihnen schon gleich sagen: Wenn Sie glauben, dass die Flüchtlingsbewegung einmalige Kosten für die Stadt Wien bedeutet, dann haben Sie sich getäuscht! Das sind Kosten Jahr für Jahr am Arbeitsmarkt, die wir zu tragen haben, ohne dass wir irgendeinen maßgeblichen Vorteil als Stadt Wien oder als Bevölkerung der Stadt Wien davon haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Sie sagen auch, dass sich der Wiener Arbeitsmarkt von Restösterreich unterscheidet. Ja, in dem Fall zum Negativen! Die Bundesländer, wenn man sie im Vergleich heranzieht, haben schon sehr viele korrigierende Maßnahmen gemacht, dort sind die Zahlen teilweise viel

besser. Wien, das eigentlich die Bundeshauptstadt ist, wo man davon ausgeht, dass das der Jobmotor ist, dass die Vorteile positiv vorangehen sollen, ist das absolute Schlusslicht. Das ist für mich so nicht tragbar.

Alles in allem ist der Zustand der Stadtregierung sehr besorgniserregend. Ich bitte um ein dringendes Umdenken und danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald <u>Ebinger</u>: Die Restredezeit der FPÖ beträgt nur noch 2 Minuten.

Bevor ich das Wort dem nächsten Redner gebe, möchte ich feststellen, dass Mag. Maresch von 17.30 Uhr bis 20 Uhr dienstlich verhindert ist, also entschuldigt ist.

Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Reindl. Selbstgewählte Redezeit 6 Minuten.

GR Mag. Thomas <u>Reindl</u> (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Also, heute haben wir irgendwie eine Märchenstunde von der FPÖ zu Beginn. Herr Kollege Wansch ist ein bisschen verschwörungstheoretisch unterwegs, seine Rede dominiert von den Zeitwörtern "hätt"i, tät"i, war"i, könnt' ich". Fakten bleiben Sie aber schuldig.

Es ist halt einmal so, dass in einer GesmbH - und das haben Sie auch erwähnt, Sie wissen es ja, Sie sind ja auch entsprechend ausgebildet im Wirtschaftsrecht - natürlich der Eigentümer das letzte Wort hat. Das ist so, das wissen Sie genauso wie ich. Darum nimmt man eine GesmbH, und die Frage, ob jetzt eine Aufsichtsratsvorsitzende ausscheidet oder nicht, hat aus meiner Sicht mit dem überhaupt nichts zu tun, sondern hier geht es einfach darum, dass es einen Personenaustausch auf eigenen Wunsch gibt. Diesem Wunsch ist dann auch stattgegeben worden. Die Zeitungen versuchen natürlich, hier alle möglichen Dinge hineinzuinterpretieren, Sie natürlich auch, und hier sozusagen irgendeine Verschwörung zu veröffentlichen.

Dass Sie der Wien Holding vorwerfen, dass der Jahresabschluss, der bis September dieses Jahres im Handelsbuch veröffentlicht werden muss, in einer Pressekonferenz gleich nach der Generalversammlung der Öffentlichkeit bekannt gegeben wird und deswegen noch nicht im Handelsbuch ist, ich meine, Entschuldigung, das ist ja ein - ich sage das jetzt nicht, sonst kriege ich einen Ordnungsruf -, aber ein sehr schwaches Argument, meiner Meinung nach.

Was ich aber mit sehr gutem Zuhören gehört habe, ist, dass Sie eigentlich rekommunalisieren wollen. Das ist ja ein ganz neuer Weg! Das heißt, Sie wollen eigentlich unsere Betriebe, die jetzt unter marktwirtschaftlichen Bedingungen agieren, sich auch dem marktwirtschaftlichen, internationalen Wettbewerb stellen müssen, da wollen Sie, dass wir als Gemeinde es in Zukunft machen sollen? (Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)

Ich meine, das können Sie ja nicht ernstlich glauben, dass wir als Gemeinderat uns zum Beispiel am Strommarkt mit den internationalen Konzernen herumschlagen werden! Das gehört in eine privatwirtschaftliche Organisation im 100-prozentigen Eigentum der Stadt Wien. Das ist auch gut so. Hierher gehört auch eine klare Organ-

verantwortung und auch eine klare Handlungsmöglichkeit der entsprechenden Personen, die mit der Geschäftsführung dieser Tochterfirma beauftragt sind.

Hier sind wir sehr, sehr gut unterwegs! Unsere Konzerne sind hervorragend aufgestellt, sind in vielen Bereichen ein Musterbeispiel für viele andere Städte in Europa, aber auch weltweit. Hier können wir uns durchaus auf die Schulter klopfen, dass das sehr, sehr, sehr gut funktioniert. Ich bin eigentlich froh, dass wir nicht im Finanzausschuss entscheiden müssen, wie das freie Spiel der Kräfte am Markt ist, sondern dass das dort in den zuständigen Gremien funktionalisiert ist.

In dem Sinn hat auch Kollege Stürzenbecher gemeint, dass die Kommunalisierung der Daseinsvorsorge der richtige Weg ist. Dazu stehe ich auch. Dass man jetzt vielleicht ein brennendes Hochhaus, wo es viele Tote gegeben hat, nicht als Beispiel nimmt, da würde ich es aus Pietätsgründen ein bisschen verstehen, wenn man das kritisiert. Aber die Idee selbst ist an und für sich vollkommen richtig.

Auch die Vorschläge der ÖVP: Ich meine, den Sportförderungsbeitrag zu kürzen, also entschuldigen Sie, das kann man ja nicht ernst nehmen. Das ist genau der Beitrag, der wieder - gesetzlich bestimmt, nach dem Gesetz - eingezahlt wird und auch sofort an den Breitensport weitergegeben wird. Da geht es um zwei Millionen. Ich weiß, der Fritz hat andere Vorschläge auch. Aber da bitte ich schon, ein bisschen sozusagen die Kirche im Dorf zu lassen, denn gerade der Sportbereich würde es eigentlich vertragen, dass man noch ein bisschen mehr Budgetmittel zur Verfügung stellt. Wobei wir aber diese Woche in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen ja auch noch ein sehr, sehr tolles Projekt beschließen wollen

Kurz noch zum Wiener Arbeitsmarkt: Ich meine, was schon eine Tatsache ist, Herr Kollege Handler, ist, dass wir in Wien die höchste Anzahl an beschäftigten Personen ever haben, mit 830.000 im Mai des heurigen Jahres. Das ist immerhin ein Zuwachs in den letzten 4 Jahren von 35.000 Personen. Wertvolle Arbeitsplätze!

Auf der anderen Seite wird aber der Arbeitsmarkt durch die Digitalisierung und auch dadurch, dass große Unternehmen, die Arbeitsmarktträger waren - ich nehme zum Beispiel die Banken: Wenn Banken Filialen zusperren, wenn Banken ins Handy-Banking gehen, wenn Banken quasi ihre Finanzgeschäfte nur noch übers Internet machen und keine oder fast keine Menschen mehr in den Filialen haben, dann dürfen wir uns natürlich nicht wundern, wenn hier auch relativ hochqualifizierte und gutbezahlte Arbeitsplätze verlustig gehen. Das kann man jetzt nicht der Stadt Wien vorwerfen, dass wir da sozusagen schuld sind, sondern das ist halt das freie Spiel der Marktkräfte.

Mit was wir kämpfen müssen, ist, dass halt die Personen, die dort einen Job hätten bekommen sollen, ihn nicht mehr bekommen können, weil es ihn einfach nicht mehr gibt. Das ist in Wirklichkeit unser Problem. (StR DDr. Eduard Schock: Aber die Bank Austria habt schon ihr verscherbelt! Das Kompetenzzentrum, das in Italien ist ... - Weitere Zwischenrufe.)

Zur Bank Austria sage ich heute nichts, es ist auch nicht mein Thema. Wir reden jetzt über den Arbeitsmarkt. Ich kann Ihnen aber einige andere Industriesektoren auch nennen, die sich komplett digitalisieren und dort sehr wenige Arbeitsplätze schaffen. Da stimme ich auch dem Kollegen Gara überhaupt nicht zu.

Auch was die internationalen Rankings betrifft: Wenn hier kritisiert wird, dass wir uns mit den Besten messen sollen - ja, das machen wir, bitte! Wenn ich mir die Rankings anschaue, wo Wien einen Spitzenplatz hat oder wo wir unter den ersten fünf sind - ich will die jetzt nicht alle vorlesen, Sie kennen die alle. Aber ich werde es trotzdem sagen: Quality of Living, Global Liveability Ranking, City Prosperity, Smart Cities, Most Reportable and Best Cities for Young People, überall 1. Platz, ja. Top international. Start-up-Cities 2015: Wien am 6. Platz, da messen wir uns aber mit London, New York, San Francisco und Berlin.

Also, allein Wien schlechtreden, finde ich nicht gut. Was die Opposition möchte, ist, dass wir bei der sozialen Sicherheit sparen. Was die Opposition möchte, ist, dass wir die Mitarbeiter in der Stadt Wien kürzen, die Gehälter, dass wir soziale Dienstleistungen für die Mitarbeiter der Stadt Wien kürzen, dass wir die soziale Sicherheit in Wien reduzieren, indem wir die Menschen, die keine Mindestsicherung oder Grundsicherung bekommen, dazu nötigen, sich eventuell auf andere Art und Weise das Geld fürs Leben zu besorgen.

Das ist nicht unser Weg, und dafür stehen wir nicht, sondern wir werden auch weiterhin diesen erfolgreichen Weg für die Stadt gehen. Danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald <u>Ebinger</u>: Die Redezeit wurde um 1 Minute überzogen. Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Kollege Margulies. Restredezeit der Fraktion 5 Minuten.

GR Dipl.-Ing. Martin <u>Margulies</u> (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte KollegInnen!

Ich kann nahtlos fortsetzen bei meinem Kollegen Thomas Reindl, vielleicht ein bisschen mit einer anderen Schwerpunktsetzung. Aber es freut mich natürlich auch, dass Wien in einer Vielzahl von Rankings unter den Top-Drei ist. Es freut mich auch, dass wir in manchen unter den Top-Ten sind. Im Gegensatz zu möglicherweise einigen von allen hier im Saal sehe ich es nicht als unsere Aufgabe, dass wir überall die Nummer 1 sind. Es ist gar nicht notwendig, in einem internationalen Städtewettbewerb in allen Bereichen die Nummer 1 zu sein, es ist auch nicht möglich.

Als viel wichtiger erachte ich, dass die guten Positionen, die immer wieder ausgewiesen werden, die unterstrichen werden unter anderem natürlich auch durch die BesucherInnenzahlen und den Tourismus - denn nicht umsonst kommen immer mehr Menschen nach Wien -, dass diese guten Rankings auch direkt bei der Wiener Bevölkerung ankommen. Was wir schauen müssen, ist: Passt es auch zusammen mit dem? Wie wird es von Wienern und Wienerinnen wahrgenommen? Wie fühlen sich die Wiener und Wienerinnen wohl in dieser Stadt?

Ich glaube, auch hier im Großen und Ganzen sagen zu können: Nicht jeder, nicht jede ist mit allem zufrieden, aber immer mehr Menschen leben gerne in dieser Stadt. Und darauf bin ich stolz.

Jetzt kommt noch ein zweiter Punkt dazu, und damit spannt sich der Bogen zur finanziellen Situation Wiens. Das funktioniert in der gegenwärtigen Situation auch nur deshalb, weil wir momentan ausreichend finanzielle Mittel jedes Jahr in die Hand nehmen, um sicherzustellen, dass sowohl die Wirtschaft unterstützt wird, dass gleichzeitig aber auch die Kinderbetreuungseinrichtungen passen, die Bildungseinrichtungen passen.

Dass wir uns ökologisch weiterentwickeln - auch hier kann man in Wien tatsächlich Verbesserungen machen, das stimmt. Wir haben noch nicht das Optimum erreicht, aber wir haben viel erreicht, um die Überhitzung der Erde etwas hintanzuhalten, und zwar in dem Bereich, wie es halt eine Stadt wie Wien kann. (GR Mag. Wolfgang Jung: Es wird ja viel heißer ... mit steigender Verschuldung!) Ich glaube, eine Veränderung des Modal-Splits, der weitere Ausbau des öffentlichen Verkehrs, ist wesentlich und wichtig, auch für die Vorbildfunktion von Wien, auch im Vergleich zu anderen Städten. Deshalb sind wir halt im Vorderfeld der unterschiedlichsten Rankings zu finden.

Das ist unsere Aufgabe, und weil es uns nicht gelingt, in Österreich zwischen den einzelnen Bundesländern mehr Solidarität herzustellen, gelingt uns das in der gegenwärtigen Situation nur durch eine verstärkte Schuldenaufnahme. Ja, das ist richtig. Aber wollen wir tatsächlich in einem Wien leben, wo plötzlich die Sozialstandards reduziert werden? In einem Wien leben, wo die Öffi-Tarife hinaufschnellen? In einem Wien leben, wo die Mindestsicherung gekürzt wird? In einem Wien leben, wo wir für Kindergärten wieder etwas zahlen? Wo die medizinische Versorgung zurückgefahren wird? Nein! Das will ich nicht.

Ich will, dass wir in den Rankings, in einer Vielzahl der Rankings unter den Top-Ten bleiben. Ob wir die Nummer 1 sind, ist mir herzlichst egal, das sage ich ganz bewusst. Aber ich will, dass wir ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, dass die Wiener und Wienerinnen in Wien gut leben und gut wohnen können.

Wir werden uns alle gemeinsam in Österreich überlegen müssen, wie wir dies finanziell absichern. So wie Niederösterreich und Oberösterreich gegenwärtig agieren, so wird das nicht länger funktionieren. Denn schließlich ist es auch Wien - und auch darüber bin ich froh, dass es so ist -, das zig Tausenden Niederösterreichern und Niederösterreicherinnen tagtäglich Arbeitsmöglichkeiten anbietet, beziehungsweise die Unternehmen, die sich in Wien ansiedeln.

Wer wird denn die 650 Arbeitsplätze von Orth an der Donau auffangen müssen? Wo Shire jetzt einfach in Niederösterreich beschlossen hat - und da mache ich nicht einmal der niederösterreichischen Politik einen Vorwurf, wenn die Konzernzentrale sich entscheidet, in Hinkunft, ich glaube, in Kanada oder in den USA das Werk aufbauen zu wollen. Denselben Anspruch erwarte ich mir aber natürlich auch gegenüber den Wiener Un-

ternehmen, wenn sich in Wien einmal das eine oder andere Unternehmen entscheidet, von Wien wegzugehen. Wir schaffen ja umgekehrt auch Betriebsansiedlungen. Da gibt es halt oft andere Gründe dafür.

Unser Ziel müsste es sein, nicht alles schlechtzureden. Unser Ziel müsste es sein, gemeinsam daran zu arbeiten, dass es besser wird. Und daher ein letztes Mal: Ich glaube, dass es in der gegenwärtigen Situation nur funktioniert, wenn wir die budgetäre Situation so gestalten, wie sie ist.

Ist das langfristig eine Perspektive, für die nächsten 10, 15 Jahre? Nein, natürlich nicht! Es wird nicht funktionieren, dass wir über die nächsten 10 Jahre hinweg einen Gebarungsabgang von einer halben Milliarde Euro haben. Das wissen Sie, das wissen wir alle. Das wissen wir, wir kennen die Grundrechnungsarten.

Ich glaube, es muss unser aller Ziel sein, auch auf österreichischer Ebene, die Voraussetzungen zu schaffen, dass Wien weiterhin prosperiert. Ich danke sehr. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Die Redezeit der Fraktion wurde ausgeschöpft. Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Gaal. Selbstgewählte Redezeit 6 Minuten.

GRin Kathrin <u>Gaal</u> (SPÖ): Danke schön. Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Uns unterscheidet vieles, werte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, aber vor allem unterscheidet uns, dass uns bewusst ist, dass eine wachsende Stadt Investitionen in die Zukunft braucht. Wir nehmen diese Verantwortung wahr und treten noch dazu dafür ein, dass diese Entwicklungen und Chancen möglichst vielen Menschen in dieser Stadt zu Gute kommen. Und zwar qualitativ hochwertige Investitionen betreffend Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, betreffend Unis oder andere Forschungseinrichtungen, genauso wie den öffentlichen Verkehr und die Gesundheitsvorsorge, die Pflege der älteren Menschen und natürlich auch das Wohnen.

Ich möchte mich heute besonders um die Investitionen der Stadt in den öffentlichen Verkehr kümmern. Denn 40 Prozent aller Wege in Wien werden bereits mit den Öffis zurückgelegt - eine durchaus positive Entwicklung, die sicher auch in Zukunft weiter ansteigen wird.

Auch wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht unbedingt einfach sind, arbeiten hier die Wiener Linien zukunftsorientiert und innovativ. Das wird belohnt, denn 90 Prozent der Wienerinnen und Wiener nutzen bereits das Angebot der Wiener Linien. Wir reden hier von 1.000 km Schienennetz, von zirka 5.000 Haltestellen in dieser Stadt. Ein großes Dankeschön dafür an die rund 8.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Auch 733.000 Jahreskartenbesitzerinnen und -besitzer, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind ein klares Zeichen für die Zufriedenheit mit dem öffentlichen Verkehr. Daher ist es mehr als sinnvoll, das auch weiter auszubauen.

Ich denke da an das U2/U5-Linienkreuz, das eine große Verbesserung für die Wienerinnen und Wiener

bringt, die tagtäglich diese belasteten und stark ausgelasteten Linien benutzen. Aber auch an das Öffi-Paket, das vor Kurzem geschnürt wurde, ein Öffi-Paket für Bus und Straßenbahn, in das die Stadt Wien rund 70 Millionen EUR investiert.

Beinhaltet ist in diesem Öffi-Paket zum Beispiel die Verlängerung der Linie O ins Nordbahnhof-Gelände zur Erschließung dieses neuen Stadterweiterungsgebietes, genauso wie die Verlängerung der Linie D in die Absberggasse, wo das Gebiet rund um den neuen Hauptbahnhof noch besser erschlossen wird, eine neue Schleife für die Linie 6, die dadurch einen verlässlicheren Betrieb haben wird, und auch die Verlängerung der Linie 67, einerseits in einen neuen Streckenabschnitt, andererseits auch in das Gebiet der ehemaligen Siemens-Gründe - eine wesentliche Verbesserung für die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Grätzels, der sogenannten Kreta -; aber auch die Auskreuzung der Linien 2 und 44, womit Ottakring und Hernals eine neue Direktverbindung ins Zentrum bekommen.

In Favoriten: die Wienerbergtangente, hier wird der Bus maßgeblich beschleunigt durch eine eigene Busspur und verbesserte Haltestellen. Und last but not least, für Favoriten ganz besonders wichtig: Die U1 wird am 2. September eröffnet. Favoriten hat dann als einwohnerstärkster Bezirk mit mehr als 200.000 Bewohnerinnen und Bewohnern endlich mehr als nur 2 U-Bahn-Stationen, nämlich genau 5 zusätzliche U-Bahn-Stationen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Neben diesem intensiven Netzausbau geht es aber natürlich auch in Zukunft um die Qualität der Öffis und auch um Investitionen in neue Fahrgäste. Für die mittlerweile 2,6 Millionen Fahrgäste tagtäglich, das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind sinnvolle Investitionen in dieser Stadt. Das ist Lebensqualität! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Die Redezeit wurde unterschritten: 4 Minuten statt 6 Minuten. Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Kollege GR Vettermann. Ebenso selbstgewählte Redezeit 6 Minuten.

GR Heinz <u>Vettermann</u> (SPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Eine oder zwei Vorbemerkungen, dann werde auch ich mich heute hauptsächlich darum kümmern: Bildung von Anfang an, also Kindergärten, Bildungsinfrastruktur. Das Inhaltliche machen wir sowieso vielleicht morgen in der Spezialdebatte. Aber es geschieht ja auch viel, was Bau und Anstellung von Menschen betrifft.

Die zwei Vorbemerkungen oder sozusagen Bemerkungen: Die eine betrifft den Kollegen Juraczka. Da muss ich schon auch ein bisschen auf die Inhalte eingehen, weil Sie gesagt haben, bei den Kindergärten gehört mehr geprüft. Da kann ich Ihnen nur sagen: Es wird geprüft! Alle 480 sind geprüft worden. Es hat 58 Rückforderungen gegeben, wo also Geld hat zurückgezahlt werden müssen, und 10 Mal sind auch entsprechende Fördervereinbarungen gekündigt worden.

Da hat es relativ viel Lob gegeben, aber eine Partei war eigentlich immer dagegen, nämlich die ÖVP. Also

wenn man dann entsprechend kontrolliert und Fördervereinbarungen kündigt, ist es auch wieder nicht recht. (GR Mag. Manfred Juraczka: Das ist Unsinn ...) Das ist doch einmal eine Sache, die ich erwähnen wollte. Es ist nämlich interessant, was Logik und durchgängige Argumentation betrifft. (GR Mag. Manfred Juraczka: Es ist nur komplett falsch!)

Wie ja überhaupt Investitionen gerade in diesem Bereich, den ich hauptsächlich anspreche, natürlich auch Arbeitsplätze schaffen! Also nicht nur der Infrastrukturbau, sondern erstens muss diese gebaut werden, das schafft Arbeitsplätze, aber natürlich auch Pädagoglnnen und Unterstützungspersonal. Wir brauchen sie, aber sie werden natürlich ebenfalls beschäftigt.

Zum Kollegen Aichinger: Da ist mir das auch aufgefallen, was schon angesprochen wurde, dass Sie sagen, na, ich werde jetzt einmal ein paar Beispiele für Einsparungen sagen. Und dann sagen Sie, die Sportförderung gehört erhöht. Aha! (Zwischenruf von GR Dkfm. Dr. Fritz Aichinger.) Also was das mit den Einsparungen zu tun hat, hat sich mir ganz logisch auch nicht erschlossen. Aber es wurde in der Reihenfolge gesagt.

Wie ja die Einsparungen überhaupt fast nie vorkommen, sondern nur Forderungen. Die einzigen und hauptsächlichen Einsparungen der Opposition betreffen das soziale Netz! Dort soll sozusagen weggenommen werden, dort soll in die soziale Sicherheit hineingeschnitten werden, in dem Sinne: Wir nehmen den Ärmsten etwas weg, geben es aber nicht einmal den Armen, sondern lassen es irgendwo versickern. Das sind die einzigen Einsparungen, die Sie dann konkret haben, falls überhaupt etwas kommt. Dementsprechend unernst sind diese Vorschläge auch zu nehmen.

Bei der Elementarpädagogik wurde das schon gesagt: Der Gratiskindergarten schafft natürlich die Möglichkeiten, dass überhaupt viele Frauen arbeiten können. Und er beschäftigt die Kindergartenpädagoglnnen - also ein doppelter Effekt. Wir haben auch entsprechend ausgebaut, wir haben ein Maximum: 105.000 Plätze, 2.000 mehr

Wir haben einen Deckungsgrad bei den 1- bis 3-Jährigen von 71 Prozent. Sie wissen ja, dass wir bei den 3- bis 6-Jährigen über 100 Prozent haben: 105 Prozent. Wir haben mehr Personal: 480 Personen mehr. Bei den Sprachförderpädagoglnnen ist aufgestockt worden von 120 auf 250 Personen. Das sind also Dinge, die nicht nur Beschäftigung schaffen, sondern auch inhaltlich in die richtige Richtung weisen.

Zur Bildung: Unis und FHs, glaube ich, kommen ja noch, aber da gibt es einen breiten Bereich. Ich will jetzt nicht nur auf die Schule, aber vielleicht dann hauptsächlich auf die Schule zeigen. Denn natürlich sind im vorigen Jahr die VHSen, lebensbegleitendes Lernen, entsprechend gefördert worden.

Es wurde schon gesagt: WAFF - direkte Unterstützung, wenn man sich weiterbildet. Aber auch die Aktion vor Ort, wo man einmal zu den Gemeindebauten im Sinn von aufsuchender Information und Arbeit gegangen ist. Es gibt ja außerschulische Bildungs- und Jugendarbeit, wo wir über die Jugendzentren, über die Büchereien

direkte Lernhilfe machen. Über die Förderung 2.0 bei wienXtra, zum Schluss nur erwähnt.

Das alles ist entsprechende Bildungsarbeit. Das wollte ich dazusagen, damit ich nicht nur bei den Schulen sage, wir haben viele Schulen gebaut, super, superteuer, aber das ist natürlich nicht Bildung im Gesamten. Denn das hat eben einen breiteren Ansatz.

Aber bei den Bildungsbauten selber: Du brauchst natürlich die Infrastruktur. Wien wächst, wir investieren hier viel. Um damit auch zurande zu kommen, haben wir 96 Millionen direkt für die Bildungsbauten ausgegeben. 12 Millionen für PPP-Entgelte, das sind also hauptsächlich die Campusschulen. Für Renovierungen: 55 Millionen. Davon ist ein Teil von den Bezirken, ein Teil war von der Stadt refundiert.

Auf das will ich jetzt gar nicht genauer eingehen, weil ich glaube, das soll auch kein Zahlenfriedhof sein, aber nur, dass man ein Gefühl hat, dass da wirklich massiv etwas bewegt wird. Und: Es hat eine massive Ausweitung der Tagesbetreuung gegeben, auf über 30.000 SchülerInnen, wenn es also ganztägige Schulformen sind, die nicht verschränkt sind, sondern wo das über die Nachmittagsbetreuung gekommen ist.

Dieser Ausschnitt, Kinder und Bildung, zeigt, dass es in Wien trotz des Wachstums in der Stadt gelungen ist, die notwendige Infrastruktur zu schaffen. Das ist eine wirkliche Herausforderung, es ist eine Herkulesaufgabe. Wir haben sie bewältigt, aber natürlich kostet das auch Geld. Weil man immer sagt: Wo gebt ihr das Geld aus? Da ist es sicher nicht verschwendet. Natürlich geht es dabei auch um Inhalte, zum Beispiel Bildungsgrätzel, wo es um Vernetzung geht. Aber zu den Inhalten werde ich da vielleicht eher morgen etwas sagen.

Wir leben auf alle Fälle progressive Inhalte in der Bildungspolitik. Wir schaffen es, indem wir die Infrastruktur zur Verfügung stellen, indem wir die Personen zur Verfügung stellen. Alles in allem kann man also sagen: Wien ist ein sicherer Hafen, wenn es darum geht, Bildung von klein auf sicherzustellen. Oder: Wien zeigt, Bildung können wir! Vielen Dank. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald <u>Ebinger</u>: Als Letzte zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Straubinger. Selbstgewählte Redezeit waren 6 Minuten, es gibt allerdings noch 10 Minuten Restredezeit der Fraktion. Deswegen erlaube ich mir, die 10 Minuten einzugeben.

GRin Mag. Sybille <u>Straubinger</u>, MBA (*SPÖ*): Gut. Sehr geehrter Vorsitzender! Frau Stadträtin! Damen und Herren!

Also unser Motto, das der Wiener Sozialdemokratie, ist ja schon seit Längerem: Wien besser machen. Ich habe wirklich den Eindruck, wenn ich jetzt der Opposition zugehört habe, in dieser Generaldebatte, aber auch in der Spezialdebatte, es ist, glaube ich, echt Ihr Motto: Wien schlecht machen. Das ist einfach nicht gerechtfertigt!

Wenn Sie hier einen Neuwahlantrag einbringen, weil Wien so schlecht regiert wird, schlecht verwaltet wird und schlecht gestaltet wird, beide Oppositionsparteien, dann möchte ich meine kurze Zeit jetzt dafür nutzen, Ihnen zu sagen, dass sozusagen das, wie Wien dasteht und wie

Wien sich entwickelt, nicht einfach von selber passiert. Dass das natürlich die Menschen und die Unternehmer und alle sind, die hier engagiert sind, in den Vereinen, in den Institutionen der Stadt. Aber dass das auch etwas mit der Politik der Stadt zu tun hat, und zwar mit einer langfristigen Politik, nämlich einer, die schon vor 20 Jahren begonnen wurde, um jetzt auf den Bereich zu kommen, auf den ich mich konzentrieren möchte, also diesen wirtschafts- und technologiegetriebenen, wissenschafts- und forschungsgetriebenen Bereich der Wirtschaftspolitik.

Das ist also eine Strategie, die schon vor 20 Jahren begonnen wurde, die Jahre braucht und manchmal auch ein Jahrzehnt braucht, um wirksam zu werden. Wenn wir heute die größte deutschsprachige Universitätsstadt sind, dann ist das nicht aus Zufall passiert, sondern dann hängt das damit zusammen, dass die Stadt die Universitäten seit vielen, vielen Jahren unterstützt: Durch Infrastrukturmaßnahmen, durch Fonds, wo Projekte gefördert werden, durch den WWTF, der auch Lehrstühle fördert und Stiftungsprofessuren an den Universitäten fördert, durch die Grundsteuer, die den Universitäten zurückgegeben wird, durch Grundstücke, die zur Verfügung gestellt werden, wie zum Beispiel auch der Bau der neuen WU unterstützt wird. All das führt dazu, dass wir die größte deutschsprachige Universitätsstadt sind.

Wenn wir heute schon gehört haben, dass die internationalen Betriebsansiedelungen stiegen - und zwar jährlich mehr werden, seit vielen Jahren, sodass es jedes Mal ein neuer Rekord ist -, dann ist das auch nicht einfach zufällig, weil auf der Landkarte irgendwo plötzlich auf Wien getippt worden ist in einem internationalen Unternehmen, sondern dann ist das, weil Wien eine hohe Lebensqualität hat, für die man natürlich auch etwas tun muss. Dann ist das, weil Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Dann ist das, weil es hier hochqualifizierte Arbeitsplätze gibt, weil wir eben viele Universitäten haben, weil wir Fachhochschulen haben, weil wir eine gute Lehrlingsausbildung haben, deswegen auch gute Facharbeiter in dieser Stadt haben. Das alles sind Gründe dafür, dass Unternehmen nach Wien kommen.

Wenn 200 internationale Unternehmen ihr Headquarter in Wien haben und wir 25.000 Expats haben, also Menschen, die aus dem Ausland kommen, um in ihrem internationalen Unternehmen, das sein Headquarter in Wien angesiedelt hat, zu arbeiten, wenn die aus 90 Nationen kommen, dann kommen die unter anderem deshalb hierher, weil die Stadt dafür sorgt und die Sozialdemokratie, aber auch die rot-grüne Regierung dafür sorgt, dass es ein weltoffenes Klima in dieser Stadt gibt, wo sie sich wohlfühlen können. Dann kommen sie, weil wir eine Wirtschaftsagentur haben, die diese Expatriates betreut und sie unterstützt bei der Wohnungssuche, bei der Vernetzung, bei den Schulplätzen. Dann kommen sie, weil sie hier monetäre Förderungen bekommen, natürlich auch. Aber vor allem kommen sie auch, weil diese Stadt eine Lebensqualität, eine Infrastruktur hat, ein öffentliches Verkehrsnetz hat, ein wunderbares Gesundheitssystem hat. Deswegen entscheiden sie sich für Wien.

Wenn wir eine forschungs- und wissenschaftsgetriebene Stadt sind, nämlich auch, was die Unternehmen betrifft, wenn Unternehmen hier ihren Standort ausbauen und investieren, wie zum Beispiel Boehringer Ingelheim mit 700 Millionen EUR, wie die Frau Stadträtin heute schon erwähnt hat, dann ist das auch darauf zurückzuführen, dass sie hier Infrastruktur, Grundstücke zur Verfügung gestellt bekommen, dass ihnen geholfen wird, dass es eine Forschungsinfrastruktur gibt, die man nutzen kann, eine gemeinsame auch, die ausgebaut wird, die manchmal für ein Unternehmen auch nicht leistbar ist. All das trägt dazu bei, dass hier ausgebaut und investiert wird.

Wenn wir im Jahr 2016 das erste Mal unter den Top-Ten der Start-up-Hot-Spots sind, dann sind wir das auch nicht zufällig, sondern dann ist das, weil die Stadt seit Jahren ganz maßgeblich das Pioneers Festival unterstützt. Dann ist das, weil die Stadt junge Start-ups und Unternehmer einlädt, nach Wien zu kommen, hier ihre Ideen auch weiterzuentwickeln. Dann ist das, weil wir Vernetzung fördern, weil wir sozusagen auch Hubs in diesem Bereich fördern, und natürlich auch, weil wir über die Wirtschaftsagentur Calls ausschreiben, die besten Ideen prämieren und monetär fördern.

Wenn ein weltweit führender IT-Dienstleister wie Atos sich in Wien ansiedelt, in der Seestadt Aspern, dann unter anderem deshalb, weil dort Raum zur Verfügung gestellt wird, weil dort gemeinsame Forschungsinfrastruktur ermöglicht wird, weil man dort eine Laborsituation vorfindet, in der man neue Dinge ausprobieren kann. Wo technologiegetriebene Unternehmen nicht selbst einmal sozusagen Unsummen investieren müssen in etwas, wo sie noch nicht wissen, ob sie damit auch wirklich arbeiten können, sondern wo man teilen kann, wo man gemeinsam daran arbeiten kann, wo man Ressourcen gemeinsam nutzen kann und auch voneinander lernen kann.

Das sind einige Beispiele, und es gibt noch viele Beispiele. Ich könnte Ihnen jetzt noch etwas erzählen über den Campus Vienna Biocenter. Ich könnte Ihnen über den Hoerbiger-Ausbau noch Dinge erzählen. Es gibt für all diese Beispiele gute Gründe, und es gibt für all diese Beispiele Entscheidungen, die auf die Stadt zurückgeführt werden und auch auf die Regierungspolitik dieser Stadt zurückgeführt werden.

Wir haben ein Drittel aller in Forschung und Entwicklung Beschäftigten in Wien. Wir haben 41 Prozent aller in der Kreativwirtschaft Tätigen in Wien. Wir haben 43 Prozent aller Forschungsausgaben, die in Wien getätigt werden. Das passiert alles nicht zufällig. Das passiert, weil wir in Unternehmen investieren, weil wir in die Ausbildung von Menschen investieren, weil wir die Universitäten unterstützen, die Unternehmen unterstützen, weil wir Infrastruktur zur Verfügung stellen, weil wir fördern, weil wir in diese Stadt investieren, weil wir diese Stadt besser machen wollen.

Reden Sie sie nicht schlecht, sondern helfen Sie eher mit, sie besser zu machen! Denn nur das kann das Ziel einer Wirtschaftspolitik sein, und das ist das, was wir für diese Stadt planen, machen und umsetzen. Danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald <u>Ebinger</u>: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Amtsf. StRin Mag. Brauner hat das Wort.

Amtsf. StRin Mag. Renate <u>Brauner</u>: Vielen Dank, sehr geehrte Damen und Herren, für die Diskussion!

Sie hat mit der Kollegin Meinl-Reisinger auf eine Art und Weise begonnen, die sich dann in Bereichen - da muss ich sagen, leider - durch die gesamte Diskussion durchgezogen hat. Denn einerseits zu sagen, man möchte die Stadt nicht schlechtreden, und dann andererseits Dinge - ich sehe sie jetzt nicht, o ja, da ist sie, wunderbar, das haben Sie, Frau Kollegin, dann leider getan - wie zum Beispiel zu sagen, wir sollten uns bemühen, Wien bei den Betriebsansiedlungen an die Spitze zu bringen: Wir sind bei den Betriebsansiedlungen an der Spitze.

Das sollte man nicht ignorieren, wenn man ernst nimmt, dass man die Stadt nicht schlechtreden möchte. Und gleichzeitig zu sagen, wir sind bei den Schulden an der Spitze: Das sind wir nicht! Ich habe die Zahlen und Fakten entsprechend präsentiert. Wir haben hier ausnahmsweise einmal einen Platz im unteren Drittel, und mit dem sind wir, was die Schulden betrifft, auch ganz zufrieden.

Ein bisschen schwer macht es mir der Kollege Blümel. Den sehe ich jetzt wirklich nicht, aber den sieht man ohnehin selten. Er ist, glaube ich, mittlerweile Nebenerwerbs-Wiener, hauptberuflich ist er offensichtlich Pressesprecher. Vielleicht tauscht er gerade irgendwelche Bildchen aus, da ist im Moment ziemlich viel los bei der ÖVP-Zentrale, wie man hört.

Er hat jedenfalls ziemlich viel an Fakten ignoriert. Ich hatte eigentlich schon erwartet, dass ein ÖVP-Obmann reagiert, wenn ich darüber spreche, wie denn die Situation in Niederösterreich, in dem seit vielen Jahren ÖVP-dominierten Niederösterreich ausschaut und wie hier die Unterschiede bei der Verschuldung sind. Ich habe nicht ein einziges Wort dazu gehört.

Ich darf Ihnen hier vielleicht noch einmal die Pro-Kopf-Verschuldung vor Augen führen. Ich verstehe nicht, warum ich nichts dazu gehört habe. (Die Rednerin hält eine Graphik in die Höhe.) Da ganz unten sind wir, wie gesagt, ausnahmsweise sind wir einmal gern im unteren Bereich.

Wir haben auch - und das erlauben Sie mir, bei dieser Gelegenheit auch gleich noch einmal herzuzeigen, denn offensichtlich haben vorhin meine didaktischen Fähigkeiten nicht gereicht, um es entsprechend zu erklären (Die Rednerin hält wieder eine Graphik in die Höhe.) - ein Bild zur Wiener Budgetdisziplin. Es wurde gesagt, wir haben nie eingehalten, was wir versprochen haben. Nur, hier ist es ganz eindeutig zu sehen: Hier sind die jeweiligen Voranschläge und der jeweilige Rechnungsabschluss. Ich habe es, glaube ich, mehr als deutlich gesagt, dass wir selbstverständlich den Stabilitätspakt auch diesmal eingehalten haben.

Wenn man auf eher heitere Art und Weise, wie es der Kollege Blümel gemacht hat, meint, wir reden uns auf die Krise aus, und die gibt es ja gar nicht mehr, da finde ich, ehrlich gesagt, das ist gar nicht lustig! Denn die wirtschaftliche Entwicklung in Europa hat unter anderem dazu geführt, dass wir Regionen in diesem Europa haben, wo die Hälfte der jungen Menschen keine Arbeit, keine Ausbildung hat, wo eine Generation heranwächst, die keine Chancen und keine Zukunft hat. Das finde ich, ehrlich gesagt, überhaupt keinen Grund, darüber zu lächeln. Ich halte das für extrem bedauerlich!

Ja, ich glaube, dass das ein Ergebnis einer verfehlten Finanzpolitik war. Ich glaube, dass die Europäische Union hier nicht richtig reagiert hat, und ich glaube, dass wir hier mit den Maßnahmen, die wir setzen, in unseren Einflussmöglichkeiten besser reagieren. Denn bei uns geht Jugendarbeitslosigkeit, ich wiederhole, vom letzten Jahr auf heuer um 15 Prozent zurück, und das ist mir jedenfalls, sehr geehrte Damen und Herren, ein Herzensanliegen! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Auch sein Beitrag zur Mindestsicherung: Ich kann nur hoffen, dass ich das missverstanden habe. Aber ich habe es mir eigentlich aufgeschrieben, offensichtlich ist das die neue Kurz-Linie in der ÖVP: Mindestsicherung für die, die nichts tun wollen. Die, die nichts tun wollen, bekommen Geld, also die Menschen, die in Wien in der Mindestsicherung sind.

Wer sich ein bisschen interessiert für die Schicksale und für die Leben, würde so etwas nie sagen. Wenn man weiß, wie viele verzweifelte Menschen hier sind, die schon so viele Bewerbungsschreiben geschrieben haben, die nicht die Möglichkeit haben, wieder hineinzukommen. Abgesehen davon, dass viele Menschen mit Behinderungen dabei sind, abgesehen davon, dass wir viele Kinder dabei haben, abgesehen davon, dass wir alle wissen - aber das wird sicher in der Fachdebatte noch genauer diskutiert werden -, dass hier ganz viele dabei sind, die brav und fleißig arbeiten, aber so schlecht verdienen, dass sie einen Zuschuss von der Mindestsicherung kriegen müssen. Also das so abzutun als "Na, die wollen ja nichts arbeiten.", halte ich für politisch falsch, aber ich halte es auch für menschlich nicht in Ordnung. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Schauen wir uns doch an, was in den Bundesländern passiert, wo die ÖVP, in dem Fall gemeinsam mit den Blauen - Blau-Schwarz hat uns ja schon einige Sorgen bereitet -, schauen wir uns doch an, was dort passiert. (StR DDr. Eduard Schock: Rot-Blau gibt es auch! Im Burgenland!) Ich zitiere jetzt aus einer Anfragebeantwortung aus Oberösterreich von den zuständigen Verantwortlichen. Von der schwarz-blauen Kürzung der oberösterreichischen Mindestsicherung sind 157 Haushalte betroffen, und es müssen 8 neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aufgenommen werden, damit das auch entsprechend administriert werden kann.

Na, Gratulation! Da hat man 157 armen Familien Schwierigkeiten bereitet, wahrscheinlich Hunderte und Tausende in Schrecken und Verunsicherung gesetzt, und unter Umständen kostet sogar der Aufwand mehr als das, was rauskommt. Das ist keine Politik, wie wir sie für vernünftig halten, sehr geehrte Damen und Herren! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Kollege Gudenus hat ein bisschen offensichtlich mit Inhalten und mit fachlichen Themen Schwierigkeiten. Sogar meine Jacke hat herhalten müssen für ein Bonmot'scherl. Ja, wenn er eine Freud' hat damit! (Zwischenrufe bei der FPÖ.) Ansonsten war inhaltlich leider wenig zu hören.

Ich gebe aber zu, er hat ein Thema angesprochen, wo sich die FPÖ wirklich auskennt, nämlich bei der Frage von politischen Hinterlassenschaften. Ja, meine wenigen Damen und vielen Herren, da sind Sie wirklich Experten und Spezialisten, bei politischen Hinterlassenschaften. (GR Mag. Wolfgang Jung: Salzburg! Linz!) Mit den Hinterlassenschaften, wo Sie in der Regierung waren, kämpft das ganze Land heute noch. (Zwischenrufe bei der FPÖ.)

Die Gerichte sind damit beschäftigt. Wir haben alle noch Schwierigkeiten, Gerichtsverfahren sind da. Der größte Politskandal ist Ihre Hinterlassenschaft. Die Finanzsituation ist die Hinterlassenschaft, Belastungen für alle Österreicher und Österreicherinnen, eine katastrophale Finanzsituation.

Denn das habe ich nicht erwähnt: Wer steht denn an der Spitze bei der Pro-Kopf-Verschuldung? Kärnten! Das ist Ihre politische Hinterlassenschaft, sehr geehrte Damen und Herren von der FPÖ. (Zwischenrufe bei der FPÖ.) Also da kennen Sie sich wirklich aus. Kärnten ist von einem Jahr zum anderen in der Pro-Kopf-Verschuldung um fast 2.000 EUR gestiegen, und wir wissen, warum. Das hat Name und Adresse, nämlich Ihre, sehr geehrte Damen und Herren! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - Zwischenrufe bei der FPÖ.)

Die Rede des Herrn Gudenus war leider die übliche FPÖ-Rede. Wie leider die meisten von Ihnen: Falsche Zahlen, falsche Vorwürfe, falsche Zitate. Und alles wird reduziert auf eine Behauptung: An allem sind die Ausländer, im Moment spricht man vor allem über die Flüchtlinge, schuld. (GR Mag. Wolfgang Jung: Pfeifen im dunklen Wald!) Leider auch andere von Ihrer Fraktion haben das getan.

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, was passiert denn, wenn man zur Integration von Zuwanderern in diesem Haus - und da ist viel zu tun, ja, das ist ja überhaupt keine Frage -, was passiert denn, wenn es Maßnahmen hier in diesem Haus gibt? Zum Beispiel konkretes Unterstützungspersonal für das kommende Schuljahr hier in Wien: Wer stimmt dagegen? Sie von der FPÖ! Was passiert, wenn es 2.000 Sommersprachcamps für Kinder mit Deutschschwierigkeiten gibt, wenn wir die hier beschließen? Wer stimmt dagegen? Sie! (Zwischenrufe bei der FPÖ.)

Ja, natürlich ist es wichtig, dass wir zum Beispiel Schwarzarbeit und Schwarzunternehmertum bekämpfen, dass wir gegen Lohndumping auftreten, und zwar egal, woher es kommt. Und ja, wir wissen, dass viele aus den ehemaligen osteuropäischen Ländern kommen. Deswegen haben wir im Bund ein Sozialdumpinggesetz beschlossen, ein Antisozialdumpinggesetz, um genau dagegen anzukämpfen. Wer stimmt dagegen? Sie, sehr geehrte Damen und Herren! Sie wollen keine Probleme lösen, Sie wollen Öl ins Feuer gießen. Da werden Sie in

uns immer einen harten Gegner, eine harte Gegnerin finden! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Da können Sie noch so schlimme und mittlerweile - meine Kollegin Wehsely hat es ohnehin zart angedeutet - grenzwertige Verschwörungstheorien erfinden. Sie wollen nicht lösen, sie wollen nicht helfen, sie wollen nichts weiterbringen. Sie wollen nur die Menschen gegeneinander hetzen. Wie arm und traurig muss es in Ihrem Kopf und vor allem in Ihrem Herzen ausschauen, wenn Sie so argumentieren, Herr Gudenus! (Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der FPÖ.)

Gut, dass die Wiener und Wienerinnen verhindert haben, dass Sie und Ihre Truppe in dieser Stadt etwas zu reden haben! Ich bin überzeugt davon, das wird auch im Oktober dieses Jahres so sein.

Geben Sie mir die Gelegenheit - und ich sehe, die Zeit rinnt schnell dahin -, nur ganz kurz, obwohl es mir ein großes Anliegen ist, auf das Europathema einzugehen. Denn ich bin der Meinung - Kollege Gara, glaube ich, war es, der gesagt hat, dass wir eine aktive Europapolitik machen sollen, und Sie finden in mir eine absolute Bündnispartnerin, ich habe das auch sehr oft betont -, es geht nicht um den Wettbewerb innerhalb der Bundesländer: Fäustchen reiben, da ist jetzt einer von uns nach Wien, aber dafür ein anderer dorthin. Das habe ich schon öfters als unintelligent bezeichnet.

Es geht um den Wettbewerb der Regionen. Ja, das sehe ich genauso. So arbeiten wir auch, und so versuchen wir auch - nicht immer mit Erfolg, gebe ich auch gerne zu -, mit den anderen Bundesländern, vor allem mit Niederösterreich, entsprechend zusammenzuarbeiten. Ja, hier geht es um europäische Grundwerte, da haben wir viel Diskussion. Unser Ausschussvorsitzender hat diese Debatte ja auch nicht nur angeboten, sondern führt sie auch.

Wo ich gar nicht Ihrer Meinung bin, Frau Kollegin Kugler, ist, dass die Europäische Union keine Sozialunion sein soll. Ich halte das für einen schweren Fehler. Das ist, glaube ich, mit einer der Gründe, warum die Menschen nicht mit dem Herzen Europäer und Europäerinnen sind, weil es hier sehr viel Misstrauen gibt. Aber das ist eine sachliche Diskussion, die halte ich für gut und wichtig, dass wir sie führen. Das werden wir in Zukunft sicher auch stärker machen.

Erlauben Sie mir noch einige kleine Richtigstellungen, die aber symptomatisch für die Diskussion sind. Wenn der Kollege Schock sagt, was geht uns die Gewerbeordnung an, na ja, wenn man da lange in dem Haus sitzt, sollte man schon wissen, dass die Gewerbebehörde in meinem Ressort und bei uns in der Stadt ist. Und ja, die Gewerbeordnung ist eine Bundesangelegenheit, deswegen habe ich ja auch gesagt, dass wir hier Forderungen an den Bund haben. Aber vollzogen wird sie von uns, wir sind der erste Ansprechpartner. Also wir sollten da schon ein gemeinsames Interesse haben, Herr Kollege, dass wir auch entsprechend eine vernünftige Gewerbeordnung bekommen.

Nicht ganz so vernachlässigbar oder nicht so eine kleine Richtigstellung ist das, was Sie zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung gesagt haben. Denn aus einer Maßnahme, wo es darum geht, jungen Menschen nicht einfach Geld in die Hand zu drücken, sondern eine Zukunftschance, ihnen Ausbildung zu geben, ihnen Beschäftigung zu geben, die Chance für ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben - und das ist die Grundidee hinter dieser Reform -, das wiederum zum - es tut mir leid, es fällt mir leider kein anderes Wort ein - Hetzen zu verwenden, das finde ich wirklich nicht in Ordnung.

Und nein, wir werden die jungen Menschen nicht in Ruhe lassen! Wir werden sie weder mit der überbetrieblichen Ausbildung noch mit unseren Angeboten noch mit Spacelab noch mit der Berufsschule noch mit der aufsuchenden Jugendarbeit noch mit Jugend am Werk noch mit all den vielen Maßnahmen, mit dem Lehrlingstelefon, mit WAFF, mit alledem werden wir sie nicht in Ruhe lassen. Wir werden sie bei der Hand nehmen und werden sie dort hinbringen, wo sie hingehören, in ein selbstbestimmtes, eigenständiges Leben, wo sie selber verdienen können und idealerweise einen Job haben, der ihnen Spaß und Freude macht. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch einige Anmerkungen, Korrekturen, also aus meiner Sicht Anmerkungen in dieser Form, wo Dinge gesagt wurden, die so nicht stimmen: Es wurde gesagt, von "Wien neu denken" sind im März oder April Ergebnisse angekündigt worden. Das stimmt nicht, es ist angekündigt worden, dass mit Sommer - die ersten Ergebnisse hat es ja schon gegeben - weitere Ergebnisse vorliegen werden. Das habe ich auch entsprechend in meiner Rede gesagt. Einige Dinge sind auch schon passiert.

Wenn gesagt wird, das ehemalige Konservatorium MUK ist nicht verändert worden: Das ist längst verändert worden. Das ist mittlerweile Teil der Wien Holding. Das heißt, auch hier ist viel kritisiert worden, was mit der Realität wenig zu tun hat.

Wie die Verschwörungstheorie durchschlägt, sieht man an der Tatsache, dass behauptet wurde oder hier eine Pressemeldung zitiert wurde, dass Nachfolger der Frau Kollegin Brigitte Ederer ein Wiener Spitzenbeamter sein wird. Nun, dieser Wiener Spitzenbeamte ist erstens eine Frau und zweitens Anwältin. Also ich glaube, das ist symptomatisch für den Wahrheitsgehalt all dieser Behauptungen.

Kollege Juraczka! Sie haben da eine Vielzahl an Zahlen genannt und daran versucht zu beweisen, dass die wirtschaftliche Situation in unserer Stadt so schlecht ist. Was Sie vergessen haben zu erwähnen, sind 265.000 Pendler, die jeden Tag nach Wien kommen. 27,8 Prozent aller Patienten und Patientinnen im AKH sind nicht aus Wien. Wir haben 69.693 Jahreskartenbesitzer, die unsere günstige Jahreskarte haben - und das ist gut so, wir wollen ja, dass sie mit den Öffis fahren -, die von Wien unterstützt wird. Der Anteil, der von Wien an die Gemeinschaftlichen Bundesabgaben abgeliefert wird, sind 44,54 Prozent. 19,5 Prozent aller Patienten der KAV-Spitäler kommen aus den Bundesländern.

Das alles, weil es bei uns so schlecht ist? Die kommen alle aus diesen wunderbaren Bundesländern, wo alles wunderbar ist rund um Wien, 265.000 Menschen täglich hierher, weil es bei uns nichts gibt? Weil es ihnen

bei uns nicht gefällt? Ich glaube, die Zahlen sind deutlich. Die Menschen kommen nach Wien, weil wir der Wirtschaftsmotor sind, weil sie hier ein gutes Leben finden und weil wir eine Stadt sind, die soziale Verantwortung wahrnimmt, sehr geehrte Damen und Herren! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Wenn Kollege Gara gesagt hat, man soll keine Angst machen, dann bin ich hundertprozentig seiner Ansicht. Das sehe ich auch so. Aber dann, bitte, auch nicht den Unternehmern und Unternehmerinnen! Sie wissen ganz genau, dass die neue Taxiregelung dazu da ist, für gleiche Regeln und faire Verhältnisse zwischen den traditionellen Taxis und Uber zu sorgen. Denn wir sind für neue Ideen, wir sind für neue Branchen, aber es muss faire Regeln entsprechend für alle geben.

Ich habe auch nie behauptet, dass alle Unternehmungen, die gegründet werden - auch da habe ich extra darauf geachtet -, von vornherein Erfolgsgeschichten sind. Da gibt es welche, die es von Anfang an schwer haben. Die Frage ist nur: Wie helfen wir ihnen? Ich glaube, dass unser Angebot hier ein sehr gutes ist. Wir haben eine ganz klare Strategie. Wir haben von der Wirtschaftsagentur auch ganz klare Konzepte, was wir hier tun und in welchen Schwerpunkten wir das tun.

Wo ich finde, Ihre Position ist zu wenig differenziert: Wenn neue Unternehmungen kommen, dann heißt das nicht automatisch, dass wir unsere Bestimmungen anpassen. Aber das ist eine inhaltliche Diskussion, die wir gerne führen können. Wenn es um ArbeitnehmerInnenrechte geht, wenn es um KonsumentInnenschutz geht, dann gehen diese Regelungen vor, und die müssen eingehalten werden. Dann sind wir selbstverständlich offen für Neues.

Sehr geehrte Damen und Herren! Was ein bisschen typisch - und das haben hier einige erwähnt - bei der Diskussion war, ist, dass die Inhalte, was wir hier eigentlich alles tun, wofür wir dieses Geld ausgeben, viel zu kurz gekommen sind. Wir haben zu wenig über Schulen, über Kindergarten, über Öffis und, und, und diskutiert, das, warum wir da sind, was die Menschen brauchen, was wichtig ist. Eine Debatte im Rechnungsabschluss sollte doch eine Debatte darüber sein: Welche Politik steht hinter den Zahlen?

Und wissen Sie was? Was ich wirklich verantwortungslos fände - Konjunktiv: fände -, ist, wenn wir den nächsten Generationen keine U-Bahn, keine Schulen, keine Kindergärten, keine Wohnungen, keine Universitäten hinterlassen. Das wäre verantwortungslos, und das machen wir sicher nicht. Im Gegenteil! (Beifall bei der SPÖ.)

Wir verwenden diese Mittel, um hier entsprechend zu investieren, und das ist genau das, was auch hinter den Zahlen steht: Optimismus und positive Einstellung und gleichzeitig ein kritischer Blick auf Erreichtes und noch Notwendiges. Soziale Verantwortung, verbunden mit wirtschaftlichen Freiheiten. Weltoffenheit, Internationalität, gemeinsam mit Sicherheit und Geborgenheit für alle Wiener und Wienerinnen in dieser Stadt.

Das ist das, wofür wir arbeiten. Das schlägt sich hier in diesen Zahlen nieder. Das ist die Politik, für die wir stehen. Und ich bleibe dabei: Davon werden wir keinen Millimeter abrücken! Danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald <u>Ebinger</u>: Zur Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft und Internationales liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke. Ich schlage vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke mit der Postnummer 3, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2016, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien und den Rechnungsabschluss der Unternehmung Wien Kanal jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen zur Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Emmerling. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (*NEOS*): Vielen Dank. Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ja, zur Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke: Die Budgetplanung ist, wie wir es ja immer in diesen Ausschüssen erleben - wer dabei ist, weiß es -, nicht unbedingt eine Stärke dieses Ressorts, weil Budgetüberschreitungen jetzt oftmals keine Seltenheit sind. Es gibt einmal einen unerwartbaren Dachschaden hier, Ersatzbeschaffungen da, baufällig gewordene Unterkünfte wieder dort. Das heißt, es gibt immer sehr viel Jongliererei mit den Zahlen.

Aber sei es, wie es sei, man hat trotzdem bei der MA 31, MA 42, MA 48 und MA 59 einen geringeren Verlust als im Voranschlag vorgesehen, und zwar, wenn ich die Bezirksausgaben berücksichtige, rund 40 Millionen EUR statt der vorgesehenen 70 Millionen EUR. Das ist einmal prinzipiell gut. Wenn man sich das genauer anschaut: Woher kommt denn dieser positive Rechnungsabschluss? Natürlich aus den Gebühren.

Im Jahr 2016 hat die MA 31 insgesamt 27 Millionen EUR mehr an Gebühren eingenommen als veranschlagt, und das, bevor im Jahr 2017 die Gebühren erhöht wurden. Im Jahr 2017 gab es eine Erhöhung um 3,3 Prozent, man kann also hier noch höhere Überschüsse erzielen.

Die MA 48 hat 2016 2,5 Millionen EUR mehr an Gebühren eingenommen als veranschlagt, auch vor der Erhöhung der Müllgebühren. Dabei hat man laut Gebührenspiegel sogar eine Überdeckung von 27 Prozent.

Wien Kanal hat 12 Millionen EUR mehr Umsatz als letztes Jahr - das entspricht 5 Prozent, liegt also deutlich über der Inflation -, auch vor der Erhöhung der Kanalgebühren. Wobei hier laufende Investitions-/Instandhaltungskosten in den Ausgaben der Rechnungsabschlüsse bereits eingerechnet sind.

Das Bemerkenswerte ist, dass durch das kamerale System diese Gelder im allgemeinen Stadtbudget verschwinden, oder auch in der nächsten Krise. Die Gebührenfestsetzung in Wien - das haben auch mehrere Rechnungshofberichte dargelegt - erlaubt nämlich keinen Überblick über tatsächliche Kosten der Leistungen. Also politisch gesehen wäre hier absolut notwendig eine Kostenwahrheit für nicht überhöhte Tarife für Wasser und Müll.

Wie ist das alles möglich? Ich habe es an dieser Stelle schon einmal gesagt, aber ich finde das Thema vor allem für die Wienerinnen und Wiener, die jährlich unter der steigenden Last ihrer Ausgaben stöhnen, wobei die Gebühren hier natürlich einen sehr großen Stellenwert einnehmen, sehr bemerkenswert.

Das Valorisierungsgesetz 2007 hatte eine automatische Indexanpassung der Gebühren in Wien zur Folge. Das ist damals sehr stark kritisiert worden, natürlich auch von den GRÜNEN kritisiert worden. Das Gesetz beinhaltet aber noch einen gefinkelten Schachzug, der viel zu wenig beachtet wurde. Und zwar wurde es damals ermöglicht, doppelt so viel an Gebühren einzunehmen, wie für den Betrieb und die Erhaltung der Anlagen notwendig wäre. Jedes Jahr das Doppelte, da kann in Summe schon etwas zusammenkommen.

Es ist klar: Das ist legal, es ist durchaus legitim. Das Finanzausgleichsgesetz sagt auch, es ist erlaubt. Das heißt aber nicht, dass man das tun muss! Ein unsoziales und vor allem intransparentes Gesetz war das, beschlossen von einer Partei, die sich eigentlich soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen heftet. (Beifall bei den NEOS.)

Ja, es ist klar: Daseinsvorsorge ist wichtig in öffentlicher Hand, und sie kostet derzeit relativ viel in Wien. Die Einnahmen aus Gebühren werden aber auch dazu verwendet, die allgemeine Verwaltung querzusubventionieren. Natürlich subventionieren wir mit den Gebühren die Verwaltung, das ist klar, es sollte aber den Menschen in dieser Stadt zumindest transparent gemacht werden, welcher Teil der von ihnen entrichteten Gebühren für die eigentlichen Dienstleistungen verwendet wird und welcher Teil im allgemeinen Stadtbudget verschwindet. Das böte auch den Vorteil, dass alle Verantwortlichen für Ausgaben geradestehen müssen und die Gebührenzahler nicht zum Stopfen von Budgetlöchern in der allgemeinen Verwaltung herhalten müssen. Die Abgaben sollen in Zukunft wieder alleine an den realen Kosten der Erhaltung und des Betriebs der benützten Einrichtungen und Anlagen bemessen werden.

Ich möchte heute hier auch ein Kosten-Wahrheitspaket für Gebühren der Stadt Wien einbringen und stelle somit den Antrag, dass diese Abkassiererei eingestellt wird.

Dieses Kosten-Wahrheitspaket beinhaltet folgende Elemente: Eine Initiative für eine Abänderung der relevanten Landesmateriengesetze, durch welche die Höhe der Gebühren auf die tatsächliche Jahreserfordernis für die Erhaltung und den Betrieb hergestellt wird, weiters eine Initiative für eine Abänderung der Stadtverfassung, durch welche die Höhe der Gebühren nicht mehr mit der Inflation angehoben werden kann, eine Überarbeitung der Methodik des Gebührenspiegels, womit vor allem

kritische Punkte aus dem Rechnungshofbericht ausgeräumt werden, und schließlich die Vorlage einer Evaluierung des Gebührenspiegels im Zuge des Rechnungsabschlusses der Stadt Wien, die eine Ex-post-Aufstellung aller tatsächlichen Einnahmen und korrespondierenden Kosten beinhaltet. - So viel zum Thema Gebühren von meiner Seite.

Ich möchte jetzt noch auf zwei andere Themenkreise eingehen. Es ist ja oft nicht ganz klar, was in welchen Kompetenzbereich fällt. Man hat vorhin Kollegin Gaal gehört, und Frau StRin Brauner hat natürlich auch zum Verkehr gesprochen, denn sie ist klarerweise für die Bereitstellung der Finanzen zuständig. Beim Verkehr ist das besonders gefinkelt, und ich werde morgen bei der Geschäftsgruppe Verkehr auf das Öffi-Paket eingehen. -Ich weiß natürlich, dass Sie für die Wiener Linien und die Wiener Stadtwerke zuständig sind. Alles zusammen ist ein bisschen schwierig. Man hat die Wiener Linien nicht aus der Hand gegeben, was natürlich aus Effizienzgründen überhaupt keinen Sinn macht, aber das hat mit dem befürchteten Machtverlust für den Fall zu tun, dass man die Wiener Linien und die Stadtwerke aus der Hand gibt. Das ist mir schon klar.

Da ich aber nun meine, dass das ganz eindeutig die Wiener Linien und sonst nichts betrifft, möchte ich das Thema jetzt bei Ihnen ansprechen, und zwar geht es um die Flexibilität der Zeitkarten. Die Regelung dieser Frage in Wien ist offensichtlich so absurd, dass man es fast nicht glauben kann, und zwar vor allem dann, wenn man bedenkt, dass andere Bundesländer längst eine andere Regelung getroffen haben.

Wenn ich in Wien eine Monatskarte kaufe, dann gilt diese immer, egal, wann ich sie kaufe, ab dem ersten Tag des Monats. Wenn ich also am 10. des Monats eine Monatskarte kaufe, dann zahle ich für 30 Tage, kann sie aber nur 20 Tage lang konsumieren. Das heißt: Die Monatskarte gilt nicht ab dem Tag, an dem ich sie kaufe, sondern ab dem Monatsersten.

Und genauso verhält es sich auch mit den Wochenkarten: Wenn sich etwa ein Tourist oder Besucher der Stadt von Mittwoch bis Mittwoch in Wien aufhält und für diese Zeit eine Wochenkarte lösen möchte, dann das geht nicht, denn die Wochenkarte gilt ausnahmslos ab Montag. - Im Gegensatz dazu gibt es in der Steiermark schon seit 1994 Wochen-, Monats- und Jahreskarten, die ab dem Entwertungsdatum zu benützen sind. Das ist in Wien bis heute nicht möglich, und ich meine, das ist wirklich idiotisch, und es ist höchste Zeit, das zu ändern! (Beifall bei den NEOS.)

Ich möchte noch ein weiteres Thema ansprechen, bei dem die Kompetenzaufteilung auch nicht sehr klar ist: Ich habe viel darüber nachgedacht: Eigentlich betrifft das Klimaschutz und auch Stadtgestaltung, aber das Thema der Urban Heat Islands ist doch bei der Magistratsabteilung 22 angesiedelt, die ja auch einen Strategieplan für 2015 vorgelegt hat, der wirklich sehr interessant ist.

Es geht um die Anzahl der Hitzetage in dieser Stadt und geeignete Maßnahmen in diesem Zusammenhang. Wenn man sich diesen Strategieplan anschaut, dann kann man feststellen, dass Maßnahmen wie Begrünung, Fassadenbegrünung, Dachbegrünung, aber auch die Schaffung von Wasserinstallationen erwähnt werden, und zwar mit dem angeführten Ziel, eine Steigerung der Aufenthaltsqualität im Freien an heißen Tagen und eine Erhöhung der Attraktivität urbaner Freiräume zu erreichen

Wir hatten in den 60er bis 90er Jahren in Wien rund 9,6 Hitzetage, also Tage mit über 30 Grad im Jahr. Im Jahr 2015 hatten wir 42 Hitzetage, wobei es sogar an 17 Tagen über 35 Grad hatte. Und es kann gut sein, dass wir diesen Wert heuer toppen werden, denn wenn ich an letzte Woche denke, dann ist es, glaube ich, leicht möglich, dass es auch so weitergeht.

Auf jeden Fall meine ich, dass wir in Anbetracht dieser Entwicklung natürlich die Verantwortung haben, den Menschen in der Stadt die Hitze möglichst erträglich zu machen und ihnen Abkühlung zu bieten. Wir haben uns darüber Gedanken gemacht - wahrscheinlich haben Sie das auch verfolgt oder mitbekommen beziehungsweise auch den Antrag schon gelesen - und sind zu dem Schluss gekommen, dass sich dafür kaum etwas besser anbieten würde, als der derzeit leblose und dreckige Brunnen auf dem Karlsplatz: Dafür gäbe es eine Chance im Zuge des Umbaus des Winterthur-Gebäudes und des Wien Museums, denn man hat ja auch vereinbart, die Vorplätze bis zum Teich mitzugestalten.

In den nächsten Jahren wird dieser Platz in eine große Baustelle verwandelt sein, und dabei könnte man auch diesen Teich umgestalten. Das wäre ein Mehrwert für Anwohner und Touristen. So etwas wie ein Wasserspielplatz mit Fontänen könnte ein Hot Spot für Touristen werden, und das wäre gleichzeitig eine Maßnahme im Sinne dieses vorgelegten Strategieplans.

Wir kennen das in Wien: Wir haben viele Pläne, aber mit der Umsetzung ist man oft ein bisschen hinten nach. Wir legen diesfalls einen konkreten Vorschlag auf den Tisch. Sie erwähnen im Plan auch die Möglichkeit, Trinkbrunnen und Wasserinstallationen zu errichten, und Sie schlagen selbst vor, dass es eine Kostenreduktion durch ein Private Public Partnership gäbe.

Diesen Vorschlag, durch Sponsoring oder andere Möglichkeiten hier Kosten zu reduzieren, würden wir gerne aufgreifen. Die Gegebenheiten sind vorhanden, man müsste nicht viel verändern: Die Fläche ist da, es ist wahrscheinlich ein Kanal gelegt, die Wasserleitungen sind vorhanden, und man könnte auch die Skulptur erhalten.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu unseren Anträgen betreffend die Kostenwahrheit im Sinne der Transparenz für alle Wienerinnen und Wiener, die Flexibilisierung der Zeitkarten der Wiener Linien, was ich für ein besonders wichtiges Thema halte, und auch betreffend die Nutzung der Chance des Karlsplatz-Umbaus, um hier eine wirklich freudvolle und wunderbare Umgestaltung zu ermöglichen. - Vielen Dank. (Beifall bei den NEOS.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Das waren jetzt 12 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dipl.-Ing. Olischar. Die selbstgewählte Redezeit beträgt ebenfalls 15 Minuten.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth <u>Olischar</u>, BSc (ÖVP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

In der heutigen Spezialdebatte rund um Umwelt und die Wiener Stadtwerke möchte ich mich auf drei wesentliche Aspekte beziehungsweise Handlungsfelder des Ressorts konzentrieren. Es sind dies drei Bereiche, im Hinblick auf welche es, wenn man Nachhaltigkeit tatsächlich ernst nimmt und gesamtheitlich denkt, eine Art Selbstverständlichkeit im politischen Handeln geben sollte. Es sind dies Bereiche, für die adäquate Rahmenbedingungen, innovative Fördermöglichkeiten und Chancen zur positiven Entwicklung vonnöten sind.

Zum einen spreche ich konkret - und da hänge ich mich sozusagen ein bisschen an Kollegin Emmerling an - von ökologischer Stadtbegrünung als sehr geeigneter Maßnahme im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Erhöhung von Lebensqualität in unserer Stadt: Gerade jetzt in den sommerlichen Monaten ist das ein Thema, das man nicht übergehen darf. Die Kollegin hat auch schon von der Zahl der Hitzetage gesprochen, die offenbar immer mehr und mehr steigt.

Mittlerweile sind ja die Vorteile und positiven Effekte von naturnaher Stadtgestaltung umfassend bekannt. Umwelt und Lebensqualität profitieren davon. So erreicht man etwa mit begrünten Dächern und Fassaden eine erhebliche Temperaturreduktion des direkten Umfeldes, und zwar insbesondere an heißen Sommertagen, wie wir sie derzeit erleben.

Es gab auch eine Berechnung rund um das Haus der MA 48, wo im Vergleich zu dem daneben liegenden Gebäude ein Temperaturunterschied an der Fassade von 20 Grad festgestellt wurde. - Ich glaube, diese Zahlen selbst sprechen ganz stark für sich! Die Stadtluft wird verbessert, weil Staub und andere Schadstoffe durch das Grün gebunden werden. (GRin Dr. Jennifer Kickert: 20 Grad?) Ja, 20 Grad! (GRin Dr. Jennifer Kickert: Wenn die Temperatur 20 Grad beträgt, dann haben die an der Fassade nebenan 0 Grad? Das geht sich nicht aus!) Die Fassade des benachbarten Gebäudes, das nicht begrünt ist, heizt sich auf fast 56 Grad auf, während die Fassade des begrünten Gebäudes ... (Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.) Okay. Wenn Sie es nicht hören wollen, dann lassen wir es! (Zwischenrufe bei den GRÜ-NEN.) Das sind Messungen, die von Seiten der Stadt durchgeführt wurden!

Die Stadtluft wird, wie gesagt, verbessert. Auch Schalldämpfung und Wasserspeicherung sind zwei der wohl zahllosen wichtigen Effekte von Dach- und Fassadenbegrünung. Zusätzlich dürfen der Wohlfühlfaktor und die optische Aufwertung durch Dach- und Fassadenbegrünungen nicht vergessen werden. Auch internationale Beispiele zeigen, dass dadurch die Wohnumfeldverbesserung und die Imageförderung der Quartiere noch weiter effektiv gesteigert werden können.

Jedenfalls freut es mich, dass die Stadt Wien unserer Forderung nachgekommen ist, begrünte Fassaden und Dächer durch den Einsatz einer eigenen Projektkoordinatorin weiter zu forcieren. Gehört hat man allerdings von umgesetzten Tätigkeiten bislang leider nichts.

Ein weiterer, für mich sehr spannender Faktor und Sektor sind die innovativen Formen der Stadtbegrünung wie beispielsweise Gleiskörperbegrünungen oder die Begrünung von Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel mit enormem Ausbaupotenzial. Auch wenn die Anfragebeantwortungen der Stadt Wien dieses Thema oft abtun: Wir werden weiter auf der Behandlung dieser Themen bestehen und wünschen uns hier auch ein aktiveres Engagement, gerade bei neuen Stadtteilen und Stadterweiterungsgebieten.

Das gerade kürzlich präsentierte Straßenbahn-Miniausbauprogramm könnte schon das erste Potenzial bieten, Schienenbegrünungen zu überprüfen. Das wird ja auch von den Bezirken sehr stark gefordert. - In spanischen oder deutschen Städten sind Gleiskörperbegrünungen ja schon lange Realität, in Wien gibt es hingegen bis dato kaum begrünte Streckenabschnitte. - Neben dem Lärmminderungspotenzial spielt in diesem Zusammenhang vor allem auch der Regenwasserrückhalt eine ganz spezielle Rolle: So könnte mancherorts ein positiver Beitrag zur Vorsorge im Hinblick auf kleinräumige Überschwemmungen geleistet werden.

Für mich ist vor dem Hintergrund aller bekannten positiven Auswirkungen von urbanen Begrünungsmaßnahmen vollkommen unverständlich, warum Rot-Grün und insbesondere das Umweltressort sich nicht verstärkt darum kümmern! Hier besteht wirklich ein enormes Potenzial, Wien noch grüner zu gestalten. Damit kann nämlich zahlreichen bestehenden Herausforderungen wie beispielsweise den Problemen im Hinblick auf die ansteigende Zahl von Hitzetagen oder auch der wiederkehrenden Feinstaubproblematik begegnet werden, und es können beispielsweise auch den tierischen Stadtbewohnern neue Lebensräume zur Verfügung gestellt werden.

Ich habe es bereits in meiner Budgetrede vor einem halben Jahr angesprochen, wiederhole es aber an dieser Stelle gerne noch einmal: In Zeiten wie diesen ist eine ökologische, sprich, naturnahe Stadtgestaltung unerlässlich, Umwelt- und Klimaschutz im Einklang mit sozialen und wirtschaftlichen Interessen sind absolut notwendig, und das Umweltressort würde in diesem Zusammenhang meiner Meinung nach eine ganz zentrale Schlüsselrolle einnehmen.

Beim zweiten Themenblock, den ich ansprechen möchte, geht es mir um die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Auch das wurde hier schon sehr oft angesprochen. Insbesondere geht es dabei um ein nachhaltiges Mobilitätsangebot durch die S-Bahn in und um Wien für die Menschen, die täglich in die Arbeit pendeln, in die Schulen und an die Universitäten fahren.

Dieses Thema liegt nicht nur mir als Nutzerin des öffentlichen Verkehrs am Herzen. Wie bereits im Herbst 2016 an dieser Stelle ausgedrückt, ist in der Bevölkerung ein steigendes Bedürfnis nach einer Nutzung des öffentlichen Verkehrs und insbesondere der S-Bahnen tagsüber, aber auch in der Nacht zu verspüren. Das hat sich bis heute nicht geändert, und es ist ja allseits bekannt, dass mit nachhaltigen Mobilitätsangeboten ein erheblicher Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz geleistet werden kann.

Daher ist es von großer Bedeutung, die Attraktivierung des tangentialen öffentlichen Verkehrs voranzutreiben. Konkret meine ich den Ausbau der S-Bahn zu einem S-Bahn-Ring um Wien. In dieser Hinsicht gäbe es ja schon einiges an Infrastruktur, man müsste nur die Gelegenheit am Schopf packen, denn durch viele kleine Maßnahmen kann man das große Ganze schon wesentlich verbessern.

Eine weitere Taktverdichtung sowie die Umsetzung eines bereits geforderten 24-Stunden-Betriebs sind dafür unerlässlich. Warum soll es außerdem beispielsweise in Zukunft keinen Nachtbetrieb auf der Stammstrecke S1 zwischen Floridsdorf und Meidling sowie auf der Vorortelinie S45 zwischen Heiligenstadt und Hütteldorf geben, um das Mobilitätsangebot in Wien deutlich zu verbessern? - Deswegen bringen wir heute einen Antrag ein betreffend Attraktivierung des tangentialen öffentlichen Verkehrs in Wien (Beifall bei der ÖVP.)

Um die mancherorts auftretende Verkehrsproblematik künftig erfolgreich zu entschärfen und den Wienerinnen und Wienern sowie den Pendlern, die ja auch oft vergessen werden, ein attraktives Angebot zu geben, auf ihr Auto zu verzichten, ist es wichtig, schnellstmögliche Verbindungen auch zwischen den Bezirken, insbesondere den Außenbezirken herzustellen. Zusätzlich ist über weitere Park-and-ride-Anlagen nachzudenken, die den Umstieg vom Auto auf die Öffis erleichtern. Anbieten würden sich dafür zum Beispiel die Umgebung rund um den Zentralfriedhof oder auch jene des Hauptbahnhofs.

Last but not least möchte ich noch das Thema des Urban Mining ansprechen, also den intelligenten Umgang mit Rohstoffen als Form des wertvollen Ressourcenschutzes. Bereits zum Rechnungsabschluss 2015 haben wir im Gemeinderat das Thema und auch einen entsprechenden Antrag aufs Tapet gebracht, und heute möchte ich das wieder ansprechen: Die Gewinnung von Rohstoffen aus sogenannten Abfallprodukten und die Wiederverwendung von Baumaterialien nehmen eine ganz besondere Stellung ein, wenn es darum geht, die Stadt nachhaltig und ressourcenschonend zu gestalten.

Auf der einen Seite wachsen die Stadt und mit ihr die Nachfrage nach Rohstoffen für die Errichtung von Gebäuden und Infrastruktur, sprich, Kupfer, Eisen, Blech, et cetera. Auf der anderen Seite sind in der Stadt enorme Mengen an hochwertigem Material zur potenziellen Rückgewinnung bereits vorhanden und in Gebäuden und Infrastruktur verbaut. Das Konzept Urban Mining zielt auf den intelligenten Umgang mit Rohstoffen ab. Man sieht dabei Produktionsrückstände und Abfall als wertvolle Rohstoffquellen an, die dem Stoffkreislauf wieder zugeführt werden und nicht einfach deponiert oder verbrannt werden. Beim Abriss eines Gebäudes wird darauf geachtet, dass möglichst viele Materialien wiedergewonnen, aufbereitet und verwendet werden können.

Die positiven Auswirkungen und Vorteile liegen somit auch auf der Hand. Neben der Minimierung von Umweltbelastungen kann damit auch die Abhängigkeit von steigenden Rohstoffpreisen und Rohstoffimporten reduziert werden. Um Urban Mining in Wien aber tatsächlich realisieren zu können, sind vor allem drei bestehende Herausforderungen seitens des Gesetzes erkennbar. Dazu zählen eine fehlende Dokumentation von eingesetzten Baustoffen, teils unklare gewerbliche Regelungen für Unternehmen, zum Beispiel auch im Hinblick auf die Frage, ob jemand Abfallentsorger oder -händler ist, und die fehlenden Förderungen für Forschung und Entwicklung neuer Technologien zur Rohstoffrückgewinnung. Hier gibt es künftig noch erheblichen Aufholbedarf, damit Wien international zu den Vorbildern in Sachen Urban Mining gehört.

Ein erster wichtiger Schritt wäre, wie von uns bereits im Herbst 2016 per Antrag gefordert und von der zuständigen Magistratsabteilung leider nur lapidar beantwortet, die Erstellung einer exakten Rohstoffanalyse, bei der Menge und Art der wiederverwertbaren Rohstoffen bei Bauprojekten in der Stadt Wien erfasst werden.

Diese drei Themen sowie die anderen angesprochenen Themen zusammenfassend, möchte ich noch ein Hauptproblem ansprechen: Stadtbegrünung und Verkehr sind Aufgaben, die sehr oft der Ressorteinteilung der Stadt Wien zum Opfer fallen. Stadtbegrünung ist nämlich ohne ganzheitliches Stadtentwicklungskonzept nicht möglich. Durch die Trennung von Individualverkehr und öffentlichem Verkehr in der Kompetenzaufteilung kann es auch in dieser Hinsicht kein gesamtheitliches, funktionierendes Verkehrskonzept geben. Nachhaltiges Bauen kann nicht funktionieren, wenn es auf mehrere Ressorts aufgeteilt ist. Ein Stadtplanungsdepartment, in dem alle Disziplinen zusammenlaufen, wäre ein Schritt in die richtige Richtung. - Dazu werde ich mich in der morgigen Debatte noch einmal ausführlich zu Wort melden. Zusammenfassend und zum Abschluss kommend, möchte ich unterstreichen: Eine ökologische Stadtentwicklung ist absolut notwendig. Umwelt-, Natur- und Klimaschutz im Einklang mit sozialen und wirtschaftlichen Interessen ist dabei essenziell. Meiner Meinung nach ist das absolut möglich, vorausgesetzt, der politische Wille ist vorhanden, und dafür empfiehlt es sich, jetzt zu investieren. -Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Maresch. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten.

GR Mag. Rüdiger <u>Maresch</u> (*GRÜNE*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte zuerst kurz auf meine beiden Vorrednerinnen eingehen. Kollegin Olischar hat am Schluss etwas sehr Interessantes erzählt, und zwar die Geschichte mit dem Urban Mining. - Das stimmt! Diesbezüglich ist noch ganz viel in der Stadt zu tun! Ich möchte Sie aber darauf hinweisen, dass wir jetzt gerade aktuell ein solches Projekt bei den Coca-Cola-Werken durchführen. Dort geschieht genau das, was Sie gesagt haben. - Das ist das eine

Zweitens möchte ich zwei Zahlen dazu nennen. Die MA 48, die für die Müllentsorgung zuständig ist, hat es in Wirklichkeit zusammengebracht, dass wir in Wirklichkeit über lange, lange Zeit beim Restmüll, obwohl die Stadt

wächst, und zwar insgesamt in den letzten zehn Jahren um eine Dimension der Stadt Graz, im Grunde genommen noch immer ungefähr auf derselben Ebene sind. Das heißt: Müllvermeidung hat in Wirklichkeit tatsächlich sehr erfolgreich stattgefunden.

Ein weiterer Punkt ist, dass von insgesamt 1,189 Millionen Tonnen Müll 522.000 Tonnen Hausmüll und 224.000 Tonnen Altstoffe sind, und diese werden genau für solche Zwecke verwendet. Das heißt, man kann immer noch besser werden, aber man muss dazu sagen, dass die Stadt Wien und die MA 48 im Vergleich zu anderen Städten bereits wirklich sehr gut sind.

Damit meine ich jetzt nicht nur den von mir immer wieder gelobten 48er-Tandler, sondern es gibt ja noch jede Menge anderer feiner Projekte, die von den 48ern durchgeführt werden. So gibt es mittlerweile zum Beispiel eine Fundbox, und das funktioniert auch schon ganz gut.

Ein weiterer Punkt fällt mir bei den 48ern auf. - Ich habe extra noch einmal nachgeschaut: Es werden jedes Jahr insgesamt 59.700 Hundesackerln entsorgt. Das ist nicht nichts! Das sind, wenn man sich das ausrechnet, 3,2 Tonnen Hundekacke pro Tag, die die 48er entsorgt und von den Straßen wegbringt, die dann nicht auf unseren Schuhen landet wie vor vielen Jahr. Ich war sehr lange skeptisch, das muss ich noch einmal sagen, aber da ist wirklich einiges weitergegangen!

Sie haben noch eine interessante Geschichte angesprochen, und zwar die Wandbegrünung an dem Gebäude der MA 48 am Gürtel. Das ist eine sehr interessante Geschichte! Es gibt ja auch andere Möglichkeiten der Wandbegrünung. Es wird dann später einen Antrag von der FPÖ, glaube ich, geben, den wir ablehnen werden, und zwar deswegen, weil es das, was die FPÖ fordert, schon gibt! Es gibt in der Budgetpost der Geschäftsgruppe immer Geld für Dachbegrünung, Wandbegrünung, Hofbegrünung, das allerdings nie ausgeschöpft wird. Das wird nie ausgeschöpft, und das ist mir ein Rätsel.

Es gibt dafür vermutlich alle möglichen Gründe, Faktum ist aber: Da gibt es noch viel zu tun, wahrscheinlich auch propagandistisch, aber jedenfalls denke ich mir, dass man da im Wesentlichen noch einiges tun könnte. (Zwischenruf von GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc.) Aha, aufgewacht! Ja, das ist sein Antrag, stimmt! Aber man sollte sich halt das Budget anschauen. Dort kommt nämlich der Ansatz vor, und zwar sowohl für Firmen als auch für Private. - Das tun wir schon, Kollege, das gibt es ganz einfach schon! Deswegen werden wir auch nicht zustimmen.

Über die weiteren Punkte, die von Frau Kollegin Olischar aufgeworfen wurden, kann man natürlich streiten, etwa über die Geschäftseinteilung. Wenn man aber sagt, dass man gerne Tangentialverbindungen hätte, dann muss man schon sagen: Mit den ÖBB, aber auch gleichzeitig mit den Busbetreibern im Umland verhandelt nicht diese Geschäftsgruppe, sondern dafür gibt es in Wirklichkeit die Stadtbaudirektion, die grüne Stadträtin und dazu noch die Finanzstadträtin. Die Partner sind aber die

ÖBB und nicht die Wiener Linien. - Das ist der erste Punkt.

Wir haben bis zum Jahre 2019 einen Verkehrsdienstevertrag. Diesen müssen wir neu verhandeln, und unsere Verhandlungspartner sind, wie gesagt, einerseits die ÖBB und auf der anderen Seite zwei Bundesländer, wobei das eine relevanter ist als das andere, nämlich Niederösterreich, und die Niederösterreicher haben einen ganz anderen Zugang. Sie haben beispielsweise bisher nicht zugesagt, dass wir die Schnellbahn auf einen Viertelstundentakt bringen können. Das ist bis dato nicht vorgekommen. Das ist nicht zugesagt worden.

Sie verlangen zum Beispiel immer - heute ausnahmsweise einmal nicht, heute machen das andere -, dass wir die U-Bahn über die Landesgrenzen ausbauen sollen. Würden die Niederösterreicher den Ausbau der U-Bahn bis Klosterneuburg oder - wie manche behaupten - bis nach Gerasdorf oder Hainburg bezahlen? Nein! Wir haben heute schon von der Frau Finanzstadträtin gehört, dass die Niederösterreicher eine gewaltige Verschuldung haben und sich das nicht ausgeht.

Eine weitere interessante Geschichte, die Sie angesprochen haben, war die ökologische Stadtbegrünung. Ich frage Sie: Gibt es auch eine unökologische Stadtbegrünung? Das geht irgendwie nicht! Worum geht es da wirklich? Faktum ist: Stadtbegrünung ist wichtig, das haben wir gesagt. Es braucht ganz viele Bäume. Die FPÖ hat heute einen Antrag gestellt, dass wir die Bäume besser behandeln sollen. Sollen wir sie streicheln? Nein. Wichtig ist, dass wir sie ordentlich setzen und dass wir die entsprechende Bewässerung haben.

Ich weiß: Auf der Hernalser Hauptstraße ist es auch so. Dort gibt es jetzt Baumhaseln, früher waren dort Linden, die haben Ihnen auch nicht gefallen, Frau Kollegin. Ich kenne mich da aus! (Zwischenruf von GRin Veronika Matiasek.) Ja, ja, ja, genau!

Noch einmal: Faktum ist, dass Urban Mining ein wirklich guter Ansatz ist. Wir gehen so vor. Und betreffend Öffis beziehungsweise Schnellbahn ins Umland sind unsere Partner die Niederösterreicher beziehungsweise die ÖBB, und das müssen wir heuer noch aushandeln.

Eine andere Geschichte dabei ist wichtig, diese ist uns völlig verquer gekommen. Plötzlich treten nämlich Haselsteiner und seine Freundlnnen auf und sagen, man braucht für die Westbahn auch Gleise. - Das könnte noch schwierig werden! Faktum ist aber: Das wird sich ausgehen. Dazu aber morgen mehr, denn morgen wird das auch Thema sein.

Habe ich noch etwas vergessen? - Zu den Urban Heat Islands und dem Strategieplan: Es war die Rede von jährlich rund 42 Hitzetagen. - Wenn ich mir die Medien anschaue, dann kann ich feststellen, dass gerade die FPÖ leugnet, dass es einen Klimawandel gibt, und sagt, dass das mit den Hitzetagen auch ein bisserl ein Schmäh ist. - Ich habe in Wirklichkeit unterschiedliche Informationen. Ich glaube auch, dass das Thema Urban Heat Islands ein wichtiger Punkt ist, dass wir den Strategieplan erfüllen sollten und dass Wasser und Begrünung in der Stadt ganz wichtig sind. Diese Auffassung vertritt aber die Umweltstadträtin genauso wie meine Planungs-

und Verkehrsstadträtin. Wir sind auch dahinter. Da geschieht auch etwas.

Und jetzt noch ganz kurz zum Muhr-Brunnen. Waren Sie im Winter oder im Sommer schon einmal beim Muhr-Brunnen und haben geschaut, was dort geschieht? - Im Winter sind dort Schneeballschlachten angesagt, oder es fahren Ponys im Kreis herum, oder es gibt dort Strohballen, in die man sich hineinschmeißen kann. All das gibt es im Winter, ich war mit meinen Enkeln dort. Und schauen Sie einmal, was im Sommer auf dieser Wasserfläche vor sich geht! Dann planschen die Leute dort, es wird drinnen umeinandergewerkelt. Das ist schon, so wie er jetzt ist, in Wirklichkeit ein Wasserspielplatz! (GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc: Das Ganze ist total dreckig!)

Es wäre gescheiter gewesen, Sie hätten gesagt, man soll anderswo einen Wasserspielplatz bauen. (GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc: Anderswo auch!) Dort gibt es bereits einen! Schauen Sie sich das an! Sie können sich das anschauen! (Zwischenruf von GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc.) Wurscht, glaubt mir halt nicht! Ich bin jetzt entschuldigt, weil ich einen Termin habe, und ich fahre mit dem Rad dort vorbei und mache ein Foto für Sie. Okay? Es ist ganz sicher so, wie ich gesagt habe.

Noch einmal: Da geht es um einen Wasserspielplatz, und den Antrag werden wir ablehnen. Sorry!

Ich möchte noch einige weitere Punkte nennen zu den vielen, vielen Geschäftsgruppen, aber die Zeit rennt davon, obwohl Kollege Margulies gemeint hat, dass ich mir durchaus einige Zeit von seinem Pouvoir nehmen kann.

Ich möchte ein Projekt besonders hervorstreichen, dieses heißt: "LOS DAMA!" - Zuerst habe ich mir gedacht, dass "LOS DAMA!" so bayrisch klingt, und habe mich gefragt: Was ist das genau? - In Wirklichkeit ist das eine Landschafts-, Arten- und Grünraumvernetzung zwischen Floridsdorf, der Donaustadt und dem im Zwickel befindlichen Gerasdorf. Als wir uns das angeschaut haben, war es sehr heiß. Kollege Taucher war auch dort, und auch der Bürgermeister von Gerasdorf und viele dort ansässige Bürger waren dort. Man hat gemeinsam ein eigenes Programm entwickelt, und dabei geht es darum, dass man zum Beispiel Bereiche wie Lebensraum Acker, Netzwerk Natur, Artenschutz, aber auch ein bisserl die Verkehrsgeschichte vernetzt. Und selbst von Zieseln war die Rede, Kollege, aber nicht in Ihrem Sinne, sondern dass man in Wirklichkeit darauf schauen muss, dass die Ziesel auch da draußen in Niederösterreich einen guten Lebensraum haben. Diesbezüglich sind wir aber vielleicht eh derselben Meinung.

Eine weitere Geschichte, die mir in der Geschäftsgruppe gut gefallen hat, war zum Beispiel, dass die MA 42 einen kleinen Park zwischen Stiftgasse und Schrankgasse - das ist ein kleiner Winkel im 7. Bezirk, du wirst ihn kennen, Ina -, der echt furchtbar ausgeschaut hat, umgestaltet hat. Das war eine Hundewüste, dann war dort eine kleine Baustelle mit einer Minigarage. Jetzt ist dort aber wirklich etwas gelungen, und ich habe mir gedacht, dass es toll ist, auf dieser kleinen Fläche so viele Funktionen unterzubringen! Dort sind zwei Schulen,

und zwar eine Volksschule, und in der Burggasse ist eine Schule für die etwas Größeren, nämlich für die 15-Jährigen. In diesem Park gibt es Sitzplätze, Aufenthaltsräume, einen Kleinkinderspielplatz, und dabei sind auch ein paar schöne alte Bäume übrig geblieben, die sogar unter Objektschutz stehen. - Für diese Aktion bitte ich die 42er wirklich sozusagen vor den Vorhang! Das ist sehr, sehr schön geworden und war gar nicht so teurer. Dieser kleine Park wird massiv angenommen, es gibt dort einen unglaublichen Besucherandrang. Das muss man echt dazusagen. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Jetzt muss es schon schneller gehen. - Ich wohne jetzt in der Donaustadt, und da fahre immer wieder an der Alten Donau vorbei und schaue mir jedes Mal dieses LIFE-Projekt "Urban Lake - Alte Donau" an. Das ist eine wunderschöne Geschichte! Dort ist einiges gelungen! Erstens wäre mir schon zwei Mal fast ein Biber ins Rad gerannt. Da habe ich mir gedacht: Aha, interessant! Biber mitten in der Stadt! Die müssen nicht abgeschossen werden, wie andere Leute das manchmal gerne hätten, ganz im Gegenteil! - Dort ist ein Ruheraum mit Schilf entstanden, eine wirklich schöne Mischung aus Badeplätzen und Ruheplätzen mit einer schönen Wasserfläche, die dazwischen durchaus auch einmal von Mähbooten gemäht wird.

Faktum ist: Es ist dies ein wunderschönes Projekt mit Schautafeln, die man sich anschauen kann. Daher sage ich: Bitte hingehen, sich das anschauen und die Badeplätze nutzen!

Etwas dabei war mir auch noch wichtig: Der Bodenfilter funktioniert offensichtlich ganz gut, und zwar jener am oberen Teil der Alten Donau.

Ein bisschen Zeit werde ich mir noch für andere Dinge lassen. Auch die MA 49 möchte ich unbedingt noch vor den Vorhang bitten, und zwar diesmal nicht wegen der 1.000 Hektar Biolandflächen, sondern weil man sich etwas zum Eschensterben überlegt hat. Dieses Thema wird demnächst im Naturschutzbeirat behandelt werden. Das Eschensterben ist ein Problem, ich weiß nicht, ob das jemand weiß: Es gibt da das Weiße Stängelbecherchen, von dem man glaubt, dass das ein putziges kleines Schwammerl ist. Dieses putzige kleine Schwammerl wird aber die Eschen, die immerhin ein Drittel des Laubwaldes bei uns in Ostösterreich bilden, ganz einfach töten. So schaut es aus!

Im Hinblick darauf ist die MA 49 dabei, mit ein paar Universitätsinstituten einmal zu überprüfen, welche Bäume die Möglichkeit haben, das zu überleben, und entsprechende Eschen zu finden und herauszuzüchten, um diese Krankheit, dieses Eschentriebsterben, wie die genaue Bezeichnung dafür ist, auf die Dauer hintanzuhalten.

Wir haben diesbezüglich ja schon einige Erfahrung in Österreich. Es hat das Ulmensterben gegeben, und jetzt gibt es, wie gesagt, auch das Eschentriebsterben. Diese Krankheit würde in Wirklichkeit das Aussehen der stadtnahen Wälder massiv verändern, und daher beschäftigt sich die MA 49 intensiv damit und wird uns hoffentlich in der nächsten Zeit Ergebnisse bringen.

Einen letzten Punkt möchte ich jetzt noch erwähnen, nämlich die "Dritte Mann"-Tour. Ich würde gerne auch noch alle anderen vor den Vorhang holen, aber es geht sich nicht mehr aus. - Es gefällt mir immer wieder gut, wenn man im Café Museum sitzt und plötzlich Leute sieht, die ins Kanalsystem hinuntergehen. Im Jahr 2016 gab es 17.539 Besucher. Das ist nicht nichts! Das ist eine Attraktivität sondergleichen dieser Stadt! Viele andere haben so etwas vielleicht nicht! Die "Dritte Mann"-Tour findet ab 4. Mai von Donnerstag bis Sonntag statt. Ich habe mir das schon angeschaut und möchte es sehr empfehlen.

Damit möchte ich meine Rede zumindest fürs Erste beenden. - Danke schön. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald <u>Ebinger</u>: Das war jetzt eine tatsächliche Redezeit von 14 Minuten, daher bleiben für Ihre Fraktion 11 Minuten Restredezeit. Als Nächster zu Wort ist gemeldet ist Herr GR Ing. Guggenbichler. Selbstgewählte Redezeit 12 Minuten.

GR Ing. Udo <u>Guggenbichler</u>, MSc (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich möchte ganz kurz eine Replik zu Rüdiger Maresch bringen. - Es wundert uns nicht groß, dass ihr gegen den Antrag betreffend Dachbegrünungen und Fassadenbegrünungen stimmt, denn das grüne Stimmverhalten ist sowieso eindeutig: Ihr stimmt gegen eure eigenen Anträge in Floridsdorf, und betreffend Am Heumarkt haben wir ja auch gesehen, dass die GRÜNEN gegen ihre eigenen Anträge stimmen! Deswegen sind wir jetzt nicht besonders überrascht! (Beifall bei der FPÖ.)

Ein bisschen überrascht sind wir allerdings über die Aussage von Frau StRin Brauner, denn sie hat über Hinterlassenschaften gesprochen. - Ich darf Sie erinnern: Es gibt sehr viele rote Hinterlassenschaften der SPÖ, das sieht man, wenn man sich zum Beispiel Salzburg anschaut.

Oder auch ein anderer Bericht ging kürzlich durch die Medien, nämlich der Mietskandal um ein SP-Lokal: Viel größer als angenommen, nämlich statt 90.000 gar 900.000 EUR, soll der Fehlbetrag im Mietskandal in Wiener Neustadt sein. Laut Kontrollamt wurden neun Objekte ab 2007 von der sozialistischen Partei zweckentfremdet. Der Schmäh dabei: Die Immobilie wurde von der sozialistischen Partei angemietet und gleichzeitig als SP-Vereinslokal genutzt, und zwar nur zu 10 Prozent bei 16 Stunden Öffnungszeit pro Woche. Die Stadt und somit der Steuerzahler hat aber 100 Prozent der Betriebskosten zur Instandhaltung bezahlt! - Das sind Hinterlassenschaften, wie wir sie von der sozialistischen Partei kennen! (Amtsf. StRin Mag. Ulli Sima: Ich sage nur: Hypo Alpe-Adria! Damit haben Sie schon den Jackpot gewonnen!) Na ja.

Sie wissen ganz genau, dass der jetzt amtierende Landeshauptmann Kaiser für das Haftungsermächtigungsgesetz gestimmt hat, und Sie wissen auch, dass der grüne Herr Landesrat Holub dafür gestimmt hat. Aber wenn Sie als Kärntnerin selber Kärnten-Bashing betreiben wollen, dann ist Ihnen das unbenommen, das kann ich Ihnen ganz offen sagen! (Beifall bei der FPÖ.)

Allem voran darf ich mich kurz ... (Zwischenruf von GR Mag. Josef Taucher.) Die Wahrheit ist, dass das Haftungsermächtigungsgesetz einstimmig im Kärntner Landtag beschlossen wurde, wobei der jetzt aktive Landeshauptmann und der grüne Landesrat Holub mitgestimmt haben. Das ist die Wahrheit. Das war ein einstimmiger Beschluss. Daher weiß ich nicht, welches Problem Sie haben! (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn Sie mit dem Abstimmungsverhalten Ihres eigenen Landeshauptmannes nicht zufrieden sind, dann können Sie das, bitte, nicht uns vorwerfen! (GR Kurt Wagner: Und der Haider war zu dieser Zeit gerade auf Urlaub!?) Sie wissen schon, wo das beschlossen wurde, nicht wahr? (GR Kurt Wagner: Ja! Sie wissen aber auch, was weiter geschehen ist?) Sie wissen aber auch, dass jede Stimme gleich viel wert ist, auch die des jetzigen Landeshauptmannes?! - Uns soll es aber nicht weiter stören, wenn ihr damit nicht umgehen könnt, dass ihr bei diesen Haftungen zugestimmt habt!

Allem voran darf ich mich jetzt bei den Beschäftigten der Fachgruppe und der Geschäftsgruppe bedanken, die wirklich Großartiges leisten, um das ganze Werk am Laufen zu halten, und zwar vor allem, wenn man bedenkt, welche politischen Rahmenbedingungen sie vorfinden und welche Fehlentscheidungen ständig getroffen werden.

Frau StRin Sima! Sie werden feststellen, dass ich vielleicht ein, zwei kritische Punkte zu Ihrer Arbeit heute anmerken werde. Es kann aber sein, dass Sie dann wieder, so wie in den letzten Jahren, zu unterstellen versuchen werden, dass wir die Mitarbeiter kritisieren. - Nein, nein! Im Hinblick darauf betone ich: Wir kritisieren Sie! Das will ich einmal ganz klar machen: Wir kritisieren Ihre politische Verantwortung, und wir kritisieren Sie persönlich in Ihrer Arbeit und in Ihrer Amtsführung. Sie werden also in Zukunft nicht sagen können, dass wir damit die Mitarbeiter meinen, weil wir damit Sie persönlich ansprechen. (Beifall bei der FPÖ.)

Frau Stadträtin! Es ist nicht lange her, dass wir uns in einer Sitzung des Stadtrechnungshofes ausgiebig mit den Berichten des Stadtrechnungshofes, welche Ihr Ressort betreffen, auseinandergesetzt haben, und besonders auffällig war für mich in diesem Zusammenhang Ihre aus meiner Sicht ein bisschen künstliche Aufregung, weil das Wort Misswirtschaft in den Medien aufgetaucht ist. Sie haben damals um nähere Aufklärung gebeten, und ich glaube, dass hier der richtige Ort ist, einen Auszug dessen zu präsentieren, was von den Bürgern und den Medien landläufig als "Misswirtschaft" bezeichnet wird.

Ich habe mir im Duden angeschaut, was Misswirtschaft ist, und fand dort die Definition: "Schlechtes, zu Verlusten führendes Wirtschaften". In der Schweiz ist das sogar ein Straftatbestand, in Österreich hingegen nicht, was für die SPÖ aus meiner Sicht von Vorteil ist. Gott sei Dank! Wenn man Ihre ... (GR Mag. Rüdiger Maresch: Dobernig hat seit heute seine Fußfessel nicht mehr.) Herr Maresch! Sie stimmen gegen Ihre eigenen

Anträge und wollen mit irgendwelchen Kärnten-Bashing-Geschichten davon ablenken! Das verstehe ich schon!

Frau Stadträtin! Wenn man Ihre Tätigkeit verfolgt, dann darf man sich nicht wundern, dass früher oder später doch der Eindruck entstehen kann, dass Misswirtschaft der Fall ist. Und das sagen viele.

Schauen wir uns zum Beispiel Ihre Mülltrennungskampagne an! Ich darf Sie erinnern: Sie haben für intensive Werbemaßnahmen viel ausgegeben, was aber war das Resultat? - Im Bundesländervergleich haben Sie Platz 9 erreicht, 9 von 9! Sie haben eine schlechte Mülltrennungsrate trotz intensiver Verwendung von Steuergeldern für Ihre Kampagne erreicht!

Oder ein anderes Beispiel einer Kampagne, die Sie gemacht haben: Bei der Beschaffung des Mähbootes an der Alten Donau hatten Sie auch eine etwas unglückliche Hand! Sie haben ein Mähboot um 2,3 Millionen EUR beauftragen und anschaffen lassen, und das jahrelang jeweils um 10.000 EUR ... (Amtsf. StRin Mag. Ulli Sima: Ich habe kein Mähboot gekauft! Nie! - GR Kurt Wagner: Und der Haider war zu dieser Zeit gerade auf Urlaub!?)

Sie haben kein Mähboot gekauft? (GR Mag. Josef Taucher: Das war in den 90er Jahren!) Sie haben ja angeblich auch keine Verantwortung! Sie sind ja auch für den Artenschutz nicht verantwortlich! Ich weiß gar nicht, wofür Sie wirklich verantwortlich sind! Irgendetwas steht zwar im Internet über eine Zuständigkeit, aber immer, wenn man Sie auf etwas anspricht, sind Sie nicht verantwortlich! Das kennen wir ja schon seit Jahren, Frau Stadträtin! - Dieses Mähboot wurde jährlich um 10.000 EUR renoviert, und am Schluss ist es, nachdem 2,3 Millionen EUR investiert worden waren, um 36.000 EUR zum Schrottwert verkauft worden.

Wenn man "Misswirtschaft" und "Sima" in Google eingibt, dann bekommt man in 0,33 Sekunden 1.460 Ergebnisse. Da habe ich mir gedacht: Hut ab! Und ich war gestern schon fast daran, Ihnen eine Urkunde zu basteln. Ich habe mir überlegt, dass Sie da in Wien wirklich Preisträgerin sein müssten. Aber ich habe mich getäuscht. Wenn man "Häupl" eingibt, bekommt man in 0,66 Sekunden 10.300 Treffer. Wenn man "Frauenberger" eingibt, bekommt man in 0,58 Sekunden 7.840 Treffer, und bei "Stadträtin Brauner" sind es in 0,55 Sekunden 5.800 Treffer. - Leider konnten Sie in dieser Hinsicht also keinen Stockerlplatz erringen, und deswegen bekommen Sie auch keine Urkunde. Wir werden uns aber beim nächsten Rechnungsabschluss anschauen, inwiefern sich das diesbezüglich verändert hat.

Es gibt aber auch noch anderen Situationen, im Zusammenhang mit welchen in Ihrem Ressort nicht von besonders gutem Wirtschaften oder sogar von schlechtem Wirtschaften gesprochen wurde.

Wir erinnern etwa auch an das Gebäude der MA 48, für welches Sie einen Architekturwettbewerb gemacht haben. - Ich könnte Ihnen jetzt auch noch aus dem "Falter" zitieren, aber ich glaube, ich fasse Ihnen das einfach zusammen. Die Architekten haben gesagt, dass das unsäglicher Kitsch ist. Sie haben das Projekt eingestampft, und die Kosten sind am Ende des Tages am Steuerzahler picken geblieben.

Schauen wir uns weiters auch das Beispiel der WGM an! Darüber haben wir letztes Mal geredet. Die Wiener Gewässer Management Gesellschaft mbH hat ja einen ganz eigenartigen Stadtrechnungshofbericht produziert, das kann man feststellen, wenn man sich nur den letzten Absatz der Zusammenfassung auf der ersten Seite anschaut. - Dort steht: "Im Zuge seiner Prüfung waren vom Stadtrechnungshof Wien insbesondere Verbesserungspotenziale hinsichtlich der Dokumentation über den Einsatz von finanziellen Mitteln, wirtschaftlicher Überlegungen sowie das Fehlen einer Endabrechnung des Projektes festzustellen."

Nein! Das ist kein gutes und auch kein ausgeglichenes Wirtschaften! Dazu muss man schon sagen, dass das eventuell als schlechtes Wirtschaften gewertet werden könnte! Und wenn man den Duden aufschlägt, dann sieht man, dass dort "schlechtes Wirtschaften" und "Misswirtschaft" gleichgesetzt werden. - Frau Stadträtin! Sie wollten es einfach wissen, und deswegen habe ich mich auch bemüht, Ihnen in diesem Zusammenhang ein bisschen ausführlicher Auskunft zu geben.

Gut. Was schlägt der Stadtrechnungshof vor? Ich werde das später auch in Anträge kleiden. - Ich zitiere: "In Hinkunft sollte die Wiener Gewässer Management GmbH die projektmäßige Zuordnung der Rechnungen durchgängig und nachvollziehbar dokumentieren." - Das haben die dort offensichtlich nicht zusammengebracht! Aber die WGM schreibt zurück, dass sie "in Hinkunft die projektmäßige Zuordnung der Rechnungen noch nachvollziehbarer dokumentieren" werden. - Das ist erstens eine Verhöhnung des Stadtrechnungshofes, und zweitens ist das ein Schuldeingeständnis!

Aber das war nur der zweite Punkt von sechs oder sieben Maßnahmen, die vorgeschlagen wurden.

Weiterhin heißt es: "Die Wiener Gewässer Management Gesellschaft mbH sollte bei künftigen Vergaben die zulässige Höchstgrenze für Direktvergaben beachten." - Da habt ihr ausgeschrieben, das waren über 100.000 EUR, und das war euch offensichtlich wurscht! Ihr habt es einfach direkt vergeben, und im Hinblick darauf hat der Stadtrechnungshof festgestellt, dass man die zulässigen Höchstgrenzen beachten soll.

Was sagt die WGM dazu? - Ich zitiere: "Die Wiener Gewässer Management Gesellschaft mbH wird in Hinkunft die zulässige Höchstgrenze für Direktvergaben noch genauer beachten."

Das ist ein Gesetz! Was heißt da "noch genauer beachten"? Entweder es gibt eine Höchstgrenze oder es gibt keine Höchstgrenze, die Sie laut den Angaben des Stadtrechnungshofes offensichtlich überschritten haben.

Interessant ist es auch im Zusammenhang mit den Zahlungskonditionen. - Hier steht: "Betreffend Zahlungskonditionen bei Rechnungen sollte ein durchgehendes Augenmerk auf die Berücksichtigung eingeräumter Skonti gelegt werden." - Offensichtlich haben Sie die Skonti nicht ausgenützt!

Was sagt die WGM dazu? - Das ist wieder ein Schuldeingeständnis: Die WGM nimmt die Empfehlung zur Kenntnis, was immer das auch heißen mag. Wird man in Zukunft Skonti in Anspruch nehmen oder nicht?

Das weiß man nicht! Sie nehmen die Empfehlung nur einfach zur Kenntnis.

Bei einer weiteren Empfehlung des Stadtrechnungshofs geht es um Wirtschaften, um gutes, mittelmäßiges oder schlechtes Wirtschaften. - Ich zitiere: "Der Stadtrechnungshof Wien empfahl der Wiener Gewässer Management Gesellschaft mbH, bei Vergaben durchgehend Preisangemessenheitsprüfungen durchzuführen und in den Vergabeakten zu dokumentieren." - Spannend! Offensichtlich werden hier Projekte ausgeschrieben beziehungsweise wahrscheinlich vergeben - "Ausschreibung" ist ja das böse Wort bei der SPÖ! -, wobei man nicht einmal schaut, ob der Preis angemessen ist.

Und was sagt die WGM dazu? - "Die Wiener Gewässer Management Gesellschaft mbH wird künftig die durchgehenden Preisangemessenheitsprüfungen besser dokumentieren." - Wieder ein Schuldeingeständnis!

Oder was schlägt der Stadtrechnungshof noch vor? - "Bei der Durchführung von künftigen Projekten sollte die Wiener Gewässer Management Gesellschaft mbH Entscheidungen mit finanziellen Auswirkungen einer besseren schriftlichen Dokumentation zuführen."

Das heißt: Die schriftliche Dokumentation war offensichtlich nicht im ausreichenden Maß vorhanden. Und was sagt die WGM dazu? - Sie nimmt die Empfehlung zur Kenntnis, dass in Zukunft Entscheidungen mit finanziellen Auswirkungen besser schriftlich dokumentiert werden sollen. - Das ist auch eine Verhöhnung des Stadtrechnungshofes!

Eine weitere Empfehlung: "Künftig sollte vor der Überlassung von Flächen der Stadt Wien im Rahmen von Bestandverträgen eine Interessentinnen- beziehungsweise Interessentensuche mit größtmöglichem wirtschaftlichen Nutzen durchgeführt werden." - Das ist auch eine interessante Anregung, die man für sich vielleicht überlegen sollte. - Aber auch diese Empfehlung nimmt die WGM einfach so zur Kenntnis.

Frau Stadträtin! Allein die Antworten zu diesen doch maßgeblichen Situationen, die der Stadtrechnungshof Gott sei Dank aufgezeigt hat, sind eine Verhöhnung der Institution des Stadtrechnungshofes! Daher wundert es mich nicht, dass die Budgets so ausschauen und dass die Rechnungsabschlüsse so ausschauen.

Ich darf deswegen hiermit vier Beschlussanträge einbringen, und ich kann mir nicht vorstellen, dass das irgendjemand in diesem Haus ablehnen kann! (Ironische Heiterkeit bei GR Mag. Rüdiger Maresch.) Bei den GRÜNEN weiß man es nicht, die lehnen ja ihre eigenen Anträge ab! Beim Rüdiger weiß man das wirklich nicht! Es kann sein, dass er ihn selbst einbringt und dann vielleicht anders abstimmt. Auch das ist bei ihm denkbar! Aber das ist halt das grüne Verhalten.

Wir stellen den Antrag, dass die Frau Stadträtin darauf achten möge, dass bei der WGM die Einhaltung der Höchstgrenzen bei Ausschreibungen beachtet wird. Das ist eigentlich gesetzliche Lage. Ich glaube, da können Sie mir nur zustimmen!

Für den Fall, dass Sie sagen, dass das eh Gesetz ist: Notwendig ist die Einbringung dieser Anträge deswegen, weil wir ja dem Stadtrechnungshofbericht entnehmen konnten, dass gesetzliche Vorschriften nicht eingehalten wurden. Und deswegen ist es, glaube ich, auch notwendig, das auch hier zu unterstreichen.

Die WGM ... (Zwischenruf von GR Mag. Josef Taucher.) Ihr stimmt wahrscheinlich dagegen, gell? Das denke ich mir eh! Aber dann dürft ihr euch das nächste Mal nicht beschweren, wenn ihr nichts dazugelernt habt und der Rechnungsabschluss wieder so desaströs ausschaut wie heuer! Ihr solltet euch wirklich mit der Kritik und den Empfehlungen auseinandersetzen, und zwar ernsthaft!

Die WGM wird weiters zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit aufgerufen. Das sollte die Frau Stadträtin im Normalfall eigentlich von Haus aus tun. Offensichtlich ist das aber nicht geschehen.

Im Zusammenhang mit Preisangemessenheitsprüfungen darf ich auch noch einen Beschlussantrag einbringen. Das hat ja der Stadtrechnungshof auch vorgeschlagen.

Ganz wichtig, denn wir reden hier immerhin von öffentlichen Mitteln und Steuergeldern, ist die durchgängige und nachvollziehbare Dokumentation von Rechnungen. Das erwartet man von jedem kleinen Verein, und das sollte ein Unternehmen wie die WGM auch schaffen. - Ich gehe davon aus, Frau Stadträtin, dass Sie sich dafür einsetzen werden, dass auch Rot und Grün diesen Anträgen die Zustimmung geben werden, denn genau das wäre ein Signal in die Richtung, dass man in Zukunft bessere Budgets und Rechnungsabschlüsse erwarten könnte! (Beifall bei der FPÖ. - Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.) - Siehst du, es nutzt schon! Der Rüdiger ist schon fast dabei! (Ironische Heiterkeit bei GR Mag. Rüdiger Maresch.)

Aber das Schöne ist: Es kann Ihnen ja im Großen und Ganzen wurscht sein. So agieren Sie zumindest am Ende des Tages, wenn Sie hier Misswirtschaft oder schlechte Wirtschaft betreiben, denn wie holen Sie sich denn das ganze Geld wieder herein? - Sie holen sich das Geld über die Gebühren wieder, die sie jährlich über das Valorisierungsgesetz anpassen, mit dessen Hilfe Sie jährlich Gewinne machen!

So hatten Sie im Jahr 2010 ... (Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.) Der Rechnungshof, Herr Maresch, hat festgestellt, dass auf Grund Ihrer Intransparenz die Gebühren in Wien keine Gebühren mehr sind, sondern eine Steuer, die eingenommen wird. - Sie haben im Jahr 2010 mit der Müllsteuer einen Überschuss von 28 Millionen produziert, 2015 einen Überschuss von 55 Millionen, 2016 einen Überschuss von 53 Millionen. Das sind die Gebühren, die Sie den Bürgern aus dem Sack gezogen und ins Zentralbudget gespült haben.

Bei der Wassersteuer ist es ähnlich, in diesem Zusammenhang haben Sie 2010 45 Millionen Überschuss erwirtschaftet, 2015 92 Millionen und 2016 112 Millionen EUR, die auch wieder ins Zentralbudget gespült wurden, und Sie werden das Valorisierungsgesetz heuer wahrscheinlich wieder anwenden, um nächstes Jahr den Bürgern schamlos noch mehr in die Tasche zu greifen.

Was aber haben Sie seit 2010 trotz dieser Überschüsse zusammengebracht? - Sie haben die Müllge-

bühren um 14 Prozent, die Kanalgebühren um 15 Prozent und die Wassergebühren um 43 Prozent erhöht. Dass Sie nebenbei die Seisensteinquelle und das Wiener Wasser zum Teil privatisiert haben, ist Ihre eigene Sache, auch diesbezüglich müssen Sie mit Ihrem eigenen Gewissen umgehen! Sie haben die Hundeabgabe zu 75 Prozent erhöht und die U-Bahn-Steuer - wenn wir schon über Unternehmer und den Wirtschaftsstandort geredet haben - um 178 Prozent.

So belasten Sie die Bürger in Wien und bauen gleichzeitig Schulden, und das werden unsere zukünftigen Generationen bezahlen müssen. Ich verstehe, dass Sie als Regierungspartei hier versuchen müssen, gute Miene zu Ihrem bösen Spiel zu machen, aber das wird nichts nutzen: Wir werden dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen können. Schade! Aber vielleicht machen Sie es nächstes Jahr besser! - Danke sehr. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald <u>Ebinger</u>: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Valentin. Selbstgewählte Redezeit 8 Minuten.

GR Erich <u>Valentin</u> (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich hoffe, ich werde mit 8 Minuten auskommen!

Es sind immer sehr spaßige Wortmeldungen, die Kollege Guggenbichler da einbringt und die ja schon Tradition haben. - In den ersten 7 bis 8 Minuten hat er uns über Kärnten erzählt, und das war relativ interessant. Das war ein bisserl distant, aber interessant. Man kann ja durchaus auch an Negativbeispielen lernen.

Dann hat er gesagt, dass er mit dem Computer umgehen kann und dass er gegoogelt hat. - Ich habe jetzt auch gegoogelt und habe "Udo Guggenbichler" und dann "Misswirtschaft" eingegeben, und da hat sich der Computer aufgehängt. (Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.)

Du hast keine Funktion, in der du Verantwortung hast, und der kleine Laptop hat sich aufgehängt. Wirklich ein gutes Gerät! (Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.) Der hat sich glatt aufgehängt! Das heißt, die Frage ist ... (GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Du kannst damit nicht umgehen!) Du hast auf jeden Fall Erfahrung mit Misswirtschaft. Das einmal fürs Protokoll. Jeder, der nach Udo Guggenbichler sucht ... (Weiterer Zwischenruf von GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc.) Wenn etwas mit dem Gerät passiert, dann sag es mir, ich weiß, wie man es wieder starten kann!

Zur Frage nach Misswirtschaft und nach Gebühren und Ähnlichem mehr: Was ist dieser Rechnungsabschluss eigentlich?

Auf der Fahrt hierher hat mich der Taxler gefragt: Was tut ihr eigentlich dort drin? Was bringt mir das? (GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Das hat er sicherlich nicht gesagt!) - Ich denke mir, das bringt insofern etwas, als wir uns darüber unterhalten, wie die Lebensqualität in dieser Stadt ausschaut und wie man zu dieser Lebensqualität kommt: Gibt es dazu freien Zugang, oder ist diese nur denjenigen vorbehalten, die viel Geld haben?

In diesem Zusammenhang ist die Mercer Study in zwei Bereichen sehr interessant: Erstens haben wir 2017 zum 8. Mal Mercer als beste Metropole der Welt unter 230 getesteten Metropolen geschafft, und darauf sind wir stolz! - Mercer kennt offensichtlich schon unsere Oppositionspolitiker: Sie schreiben jetzt sogar schon hinein, dass ein Großteil der getesteten Fragen für alle Menschen, die in einer Stadt leben, gleich relevant sind und nicht nur für die Manager. Das heißt, es geht um U-Bahn, Straßenbahn, Sicherheit, Grünraum, Sauberkeit, Bildungschancen, Zugang zur Bildung und was das kostet, und um vieles andere mehr. Das sind nicht nur Fragen, die jene betreffen, die als Manager hier arbeiten, sondern davon, dass es gute Schulen und guten Grünraum gibt und dass es Öffis gibt, die funktionieren und preiswert sind, profitieren zuallererst all jene Menschen, die in unserer Stadt leben. Darauf sind wir stolz, und wir freuen uns, dass Mercer das sagt!

Es gibt dann auch noch eine zweite Studie von Mercer, die die Frage behandelt, wie viel das kostet. Diese ist besonders interessant, weil die Stadt Wien 2016 diesbezüglich auf Rang 54 lag und jetzt auf Rang 78 abgerutscht ist. - Das ist etwas Gutes, da sage ich gleich dazu, bevor Udo Guggenbichler wieder eine Presseaussendung macht, in der es heißt: Wien ist abgerutscht. Das bedeutet nämlich, dass wir im Verhältnis zu Leistungen preiswerter geworden sind. Es stimmt also nicht, wenn alle jetzt sagen, dass sich der Mensch das Leben in Wien nicht leisten kann. Das stimmt nachweislich nicht, und darauf, meine Damen und Herren, sind wir in der Tat stolz! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Wenn ich Frau Emmerling reden höre, dann entsteht der Eindruck, also ob wir bei den Wienerinnen und Wienern fast alles falsch gemacht haben. - Es ist schon sozusagen tragisch, wenn für Sie die Notwendigkeit besteht, wenn Sie durch die Stadt gehen und mitbekommen, dass es jetzt schon mehr Jahreskarten als angemeldete Autos gibt, dass wir den besten Modal-Split der Europäischen Union haben und 27 Prozent der Wege mit dem Auto und 39 Prozent mit Öffis absolviert werden, trotzdem hier damit argumentieren zu müssen, dass eine Karte erst ab 1.1. gilt, auch wenn man sie am 15. kauft. (GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc: Sie haben das nicht verstanden!) Doch, ich habe es verstanden!

Meine Damen und Herren! Im Hinblick auf die Touristen: Ich weiß nicht, ob Sie ab und zu Städtetourismus machen und wie lange Sie sich dann in Städten aufhalten! Meist wahrscheinlich nicht einen Monat lang! Aber wenn Sie einen Monat lang dort sind, dann planen Sie das und können auch die Tarifform nehmen, die am besten passt. Und wenn Sie tatsächlich Tourist sind, dann können Sie sich eine 36- oder 72-Stunden-Karte kaufen. Diese gilt ab dem Moment, indem Sie diese kaufen und zwicken. Das ist eine ganz einfache Geschichte!

Wir machen den Wienerinnen und Wienern und auch den Pendlern nach Wien das Angebot, sich eine Karte zu kaufen, die einen lächerlichen Euro am Tag kostet und mit der man 24 Stunden lang mit den Öffis fahren kann. - Zeigen Sie mir eine Metropole mit einem Netz, das so funktioniert wie das der Wiener Linien und das so gut angenommen wird, und das, wie gesagt, um einen Euro!

Meine Damen und Herren! Würden andere, wenn wir all das so falsch machen, sich unser System so interessiert anschauen und sagen, dass sie diesen Modal-Split erreichen wollen? Das ist ein klarer Beweis dafür, dass das nicht nur hervorragend funktioniert sondern dass das auch etwas ist, was herzeigbar, nachhaltig, gut, eindeutig und klar und eben das Projekt einer erfolgreichen rotgrünen Regierung ist, meine Damen und Herren! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Ich habe mir 8 Minuten Redezeit vorgenommen, trotzdem möchte ich jetzt der Kollegin Emmerling rasch erklären, wie sich die Fachabteilungen untereinander ihre Budgetpositionen aufteilen. Ich weiß, ich habe das schon einige Male zu erklären versucht. Wir hatten eine Vizebürgermeisterin hier im Haus, die gesagt hat, dass ständiges Wiederholen den Lernertrag fördert, und daher versuche ich es jetzt wieder einmal.

Es ist vollkommen wurscht, ob sich beispielsweise in der MA 49 oder in der MA 42 die einzelnen Budgetposten unterm Jahr durch einen Budgetüberschreitungskredit und Minderausgaben anderswo verändern. Wichtig ist vielmehr, dass man unterm Strich beim Rechnungsabschluss eine Punktlandung schafft, und das schaffen diese Abteilungen, und jeder Betrieb, der das schaffen würde, würde sich feiern lassen, und niemand würde sagen: Herst! Es ist aber überraschend, dass jetzt die Gummiringerl ein bisserl teurer waren und dafür die Kopierer ein bisserl billiger!

Tatsache ist: Wir schaffen eine Punktlandung. Das ist eine tolle Leistung zu sehr niedrigen Kosten. Dafür richte ich ein Dankeschön an die Abteilungen, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und an die Verantwortlichen, die hier im Hintergrund in dem Saal sitzen und uns zuhören! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Mein Damen und Herren! Ich habe von Lebensqualität gesprochen, und auch im Zusammenhang mit Smart City sind wir zum ersten Mal Nummer 1 geworden. Dabei geht es sozusagen nicht nur darum, dass wir gut sind, sondern es geht auch um große Flexibilität und dass wir das mit entsprechenden sehr ökologischen Komponenten und ohne viel Energie sehr smart schaffen. Daher sind wir auch diesbezüglich Erste. Das heißt, auch die Effizienz ist da, und auch dafür ein Dankeschön! Dieser Rechnungsabschluss zeigt das wirklich in sehr vielen Bereichen.

Ein weiterer Punkt, den ich noch sehr gerne anziehen möchte, ist noch einmal die Öffi-Frage, damit es auch, bevor ich hier schließe, im Gedächtnis bleibt: Die Öffis sind täglich 212.000 km unterwegs, also 5 Mal täglich um die Erde - unvorstellbar. Dafür ein Dankeschön.

Ich habe noch genau 16 Sekunden, und deshalb sage ich das, was ich am Ende sagen wollte. Dass wir diese Bilanz legen können, und der Rechnungsabschluss ist eine Bilanz, ist ein Zeichen dafür, dass Rot-Grün gut arbeitet, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Haus und in den Dienststellen hervorragende Arbeit leisten und dass diese gesamte Politik der Ökologie und der Nachhaltigkeit ein "face" hat, ein gutes "face" hat, nämlich die StRin Ulli Sima. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Das war eine Punktlandung. Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Stumpf gemeldet.

GR Michael <u>Stumpf</u>, BA (FPÖ): Herr Kollege Valentin, Sie haben gesagt, an die Frau Kollegin Emmerling gerichtet: Zeigen Sie mir eine Metropole, die mithalten kann, wo es eine Tageskarte für 1 EUR gibt. Sie haben recht, Sie haben es nur aus dem Zusammenhang gerissen: Die Tageskarte kostet 1 EUR, wenn man eine Jahreskarte erwirbt. Zeigen Sie mir einen Touristen, der für 1 Woche oder für 2 Wochen nach Wien kommt und sich eine Jahreskarte kauft, denn tatsächlich kostet eine Tageskarte, wenn man sie einzeln kauft, in Wien 7,60 EUR, und da kann ich Ihnen viele Metropolen zeigen, wo Sie das billiger bekommen, erstens.

Und zweitens, und das ist auch nicht irrelevant, es ist vollkommen richtig, inhaltlich richtig, wenn Sie in Wien (GR Mag. Rüdiger Maresch: Wo?! - GR Mag. Josef Taucher: Wo?!) ab der ersten oder ab der zweiten Woche eine Monatskarte kaufen, dann haben Sie eine Monatskarte in der Hand, die Sie genau zwei Wochen lang nutzen können, genau bis Monatsende. Und es kann nicht im Sinne einer Servicierung sein (GR Kurt Wagner: Wo?!) - auch wenn Sie schreien, es stimmt einfach nicht, deshalb musste man berichtigen, Sie können es zur Kenntnis nehmen oder nicht, oder Sie machen weiterhin ein gutes Geschäft mit den Touristen, die bereitwillig für Ihre Politik zahlen müssen. (Beifall bei der FPÖ. - GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: In welcher Metropole?)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Bitte um Ruhe. (GR Michael Stumpf, BA: In Budapest!) - Gut, das kann man vielleicht dann bilateral klären.

Zu Wort gemeldet ist Frau GRin MMag. Dr. Kugler, selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. - Bitte.

GRin MMag. Dr. Gudrun Kugler (ÖVP): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Insbesondere Herr Kollege Valentin, Sie haben ja die Umweltpolitik der Stadt und unserer Frau Stadträtin sehr gelobt. Ich glaube aber, man kann trotzdem immer noch Sachen besser machen und möchte jetzt drei Prinzipien vorschlagen, die mir in Ihrer Umweltpolitik, Frau Stadträtin, zu kurz kommen.

Das erste Prinzip ist die Überregionalität. Ich glaube, es ist selbstverständlich, Umweltschutz kann nicht an Stadtgrenzen enden und man könnte hier noch viel mehr tun. Mein Wunsch wäre, dass Wien die Umwelthauptstadt für Mitteleuropa wird und dass das, was Wien gelernt hat oder Wien tun kann, auch anderswo Frucht bringt und anderswo auch implementiert werden kann. Ein Weg dazu sind Städtepartnerschaften, ich habe heute Vormittag schon ein Wort darüber verloren. Wien sagt ja, wir brauchen keine echten Städtepartnerschaften, wenn, dann nur temporär. Davon haben wir nur wenige. Ich sage nur ein Beispiel: Wien hat 10 temporäre Städtepartnerschaften, Graz aber dafür langfristiger 13, Salzburg 10, Innsbruck 7, hier könnten wir vielleicht mehr tun. Ein ganz konkretes Beispiel ist Lemberg in der Ukraine. Dort ist vor genau einem Jahr die Mülldeponie in Flammen aufgegangen, und seitdem hat man keine Wege mehr gefunden, mit der Müllkatastrophe in der Stadt umzugehen. Interessanterweise gab es dann im April die Meldung, dass man Müllberge in Tschernobyl gefunden hat, die man auf Grund der Untersuchung der Papiere, auf denen man dann Lemberger Adressen gefunden hat, Lemberg zugeordnet hat. Wenn also die Lokalpolitiker in Lemberg jetzt zu streiten beginnen, was sie mit dem Müll machen, ob sie den irgendwo verbrennen oder eine billige Anlage kaufen sollen, dann ist das auch für Wien nicht gut. Es sind nur rund 500 km Luftlinie. Das wäre zum Beispiel etwas, wo wir uns als Wien einbringen könnten.

Ein zweites Prinzip, das mir sehr wichtig ist, ist, dass wir die Umweltpolitik, also Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung und Lebensqualität, als ressortübergreifende Querschnittsmaterie sehen. Da könnte man noch viel mehr machen. Anstatt die Energie in Pachtvertragskonflikte zu lenken oder Hochglanzbroschüren herauszugeben, könnte man zum Beispiel noch einmal die Grünraumbedarfszahl in der Flächenwidmung bewusster steuern, man könnte Neues und Nachhaltiges andenken. Ich sage einmal, es stehen sogar Dinge im Raum, die man vielleicht belächelt, aber die doch sehr interessant sind, zum Beispiel, ob man nicht einmal mit einer Seilbahn etwas ausprobiert, um Staus zu umgehen, oder zum Beispiel die E-Mobilität. Da könnte Wien mit gutem Beispiel vorangehen. Warum gibt es nicht mehr E-Autos. Warum haben die Leute doch gewisse Vorbehalte? Man meint, ja, die schaffen das nicht. Die fahren nicht so weit, das ist zu kompliziert mit dem Aufladen, wo kann ich Sie aufladen, und so weiter. Weil es aber machbar ist, könnte Wien mit gutem Beispiel vorangehen und den Fuhrpark in Wien aufrüsten.

Ich habe heute einen Antrag mitgebracht zur Aufrüstung des Wiener Fuhrparks, damit mindestens ein Viertel der Fahrzeuge aus E-Fahrzeugen bestehen soll, und ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Eine weitere Überlegung: Ich habe mir noch einmal die Zahlen angeschaut: Rechnungsabschluss 2016 im Vergleich zu 2015. Wir finden in Ihrem Ressort 16 Prozent weniger Ausgaben für die Straßenreinigung. Das scheint im 1. Bezirk kein Problem zu sein, ich wohne im 15. Bezirk, bei mir sieht es nicht so hübsch aus vor der Türe. Kinderspielplätze minus 5 Prozent. Sie haben vielleicht noch im Kopf, die Statistik Austria hat vor etwa eineinhalb Jahren gesagt, dass ein Hund sechs Mal mehr Platz hat in Wien als ein Kind, wenn man den Platz durch die Nasen dividiert. Ich glaube auch hier, Sparen ist gut, aber nicht bei Kinderspielplätzen in dieser Höhe.

Ein drittes Prinzip, das ist vielleicht auch ein neuer Gedanke, ein Querschnittsgedanke, und zwar die Möglichkeit der Integration durch die Saisonarbeiter der MA 42. Das klingt jetzt vielleicht an den Haaren herbeigezogen, aber ich sage Ihnen die Zahlen. Die MA 42 hat zirka 500 Saisonarbeiter, ungefähr 480 Vollzeitäquivalente, und davon werden 3 Asylwerber beschäftigt. Nachdem es sich da doch manchmal um einfache Tätigkeiten handelt, ich sage zum Beispiel, Bewässerung der Parkanlagen, wenn es besonders heiß ist, könnte man hier aufmachen und sagen, es dürfen mehr Asylwerber mit-

helfen. Warum ist das wichtig? Sie wissen, wir haben in Wien zirka 20.000 Personen in der Grundversorgung, die von 5,50 EUR pro Tag leben und tragischer Weise 1,5 bis 2 Jahre lang nach Ihrer Ersteinvernahme warten. Die gehen unter in ihren Unterkünften und kommen auch finanziell natürlich nicht über die Runden. Von 5,50 EUR kann man gerade essen, aber nichts sehen, nicht wirklich irgendwo teilnehmen oder das Land und die Leute kennen lernen. Durch die gemeinnützige Arbeit für Asylwerber verdient man ja auch etwas. Es ist eine Hilfe, es ist aber auch eine Möglichkeit, sich zu beschäftigen und Österreich, Wien etwas besser kennen zu lernen. Deshalb halte ich die Idee, dass mehr Asylwerber zum Zug kommen können, für eine wichtige, welche querschnittsübergreifend zwischen Umwelt und Integration vielleicht auch einen kleinen Beitrag für die betroffenen Menschen leisten kann.

Ein letzter Punkt: Wir haben im Frühling die Bestellung der Umweltanwältin diskutiert und Sie, Frau Stadträtin, haben der Frau Schnattinger am 5. Mai zu ihrer Wiederbestellung gratuliert. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, ich glaube, einige von Ihnen haben das damals auch verfolgt, die Besetzung der Umweltanwaltschaft war für uns eine Farce. Da waren ursprünglich sechs Bewerber. Zwei haben dann noch kurzfristig zurückgezogen, die meisten Bewerberinnen und Bewerber waren einfach absolut untragbar, es war eigentlich lustig, sich das Ganze anzusehen. Dann gab es natürlich nur eine mögliche Kandidatin. Ich hätte gerne einer Umweltanwältin zugestimmt, die sich engagiert, bei der man weiß, was sie macht, bei der man in einer gewissen Weise auch mitdenken und mitreden kann. Eine, von der man sagt, ja, sie bringt uns alle einen Schritt weiter. Aber die Frau Schnattinger hat sich in den doch - glaube ich drei Perioden, die sie mittlerweile dieses Amt innehat, de facto nicht öffentlich zu Wort gemeldet. Es gibt insgesamt sechs OTS-Meldungen, die sie in 15 Jahren geschickt hat, davon sind 2 die Gratulation für die Wiederbestellung und 2 irgendetwas zum Thema Atomkraft.

Wo hat Sie nichts gesagt? Ich sage Ihnen einige Beispiele: Feinstaub, gar nichts, Abfallvermeidung, nichts, Otto-Wagner-Spital, Hörndlwald, und so weiter. Da ist gar nichts gekommen. Wir haben Beispiele von anderen Anwaltschaften der Stadt, wo nachgedacht wird und wo in einer gewissen Weise auch die Stadt gedrängt wird, innovativer, schneller vorwärtszugehen. Das ist der Sinn einer Anwaltschaft generell, bei dieser Umweltanwaltschaft sehen wir das nicht gegeben.

In diesem Zusammenhang haben uns in dieser Debatte Vertreter der Regierungsparteien gesagt, die Anliegen, zu denen die Frau Schnattinger nichts gesagt hat, wären ja nur Privatvergnügen oder Privatanliegen der Opposition. Das, meine Damen und Herren, möchte ich ganz stark ablehnen und sagen, nein, Feinstaub und Abfallvermeidung und die Widmung von Grünflächen in der Stadt ist kein Privatvergnügen der Opposition. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir hier gemeinsam für die Prinzipien der Umweltpolitik, die ich genannt habe, stark eintreten und nicht Konflikte vermeiden oder es uns in

einer gewissen Weise einfach machen. - Vielen Dank. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas <u>Reindl</u>: Das waren 9 Minuten, die Restredezeit für die ÖVP ist 4 Minuten.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Valentin gemeldet.

GR Erich <u>Valentin</u> (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich bin bei Hearings, in denen es um die Qualifikation von Menschen geht, die sich für etwas bewerben, sehr sensibel. Ich bin deshalb sensibel, da diese Menschen, die sich bewerben, nicht die gleichen Öffentlichkeitsrechte haben wie wir Politiker. Und deshalb möchte ich richtigstellen, dass in diesem Hearing über die Fragen der Tätigkeit der Umweltanwaltschaft auch die Kandidatin, die sich wieder beworben hat, massiv über ihre Projekte, über die Inhalte und wie sie diese transportiert, Auskunft gegeben hat und dass auf die Frage der Kollegin, warum das nicht bei OTS ist, sie gesagt hat, dass es sinnvoller ist, das in ihrem Bereich durch Seminare, durch Veranstaltungen, durch Publikationen zu tragen. Das ist die Richtigstellung, Kollege Vorsitzender, weil sie tatsächlich auch so in dem Hearing gefallen ist. - Danke. (GR Mag. Dietbert Kowarik: Öffentliche Hearings wären besser, Herr Kollege!)

Vorsitzender GR Mag. Thomas <u>Reindl</u>: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Matiasek. Ich erteile es ihr, selbstgewählte Redezeit ist 12 Minuten.

GRin Veronika <u>Matiasek</u> (FPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir erleben bei jedem Rechnungsabschluss und bei jeder Budgetdebatte ja das Gleiche, dass früher die alleinige Regierungspartei, heute sind es zwei Regierungsparteien, vollkommene Verweigerung jeglicher Kritik betreiben, ja nicht einmal das Wort Verbesserung akzeptieren, sondern es ist alles gut, es ist alles schön, es ist alles bestens. Und wer es wagt, obwohl von der Opposition immer konstruktive Mitarbeit gefordert wird, sei das jetzt in Form von Vorschlägen - natürlich bedarf es oft einer Kritik, um einen Vorschlag zu machen - oder in Form von Anträgen, die eingebracht werden, wird dann mit Wortmeldungen bedacht, die so zwischen patzig und oberlehrerhaft anzuordnen sind, je nach Gefühlslage der Einzelnen. Ich bin wirklich der Meinung, das muss man sich nicht gefallen lassen, vor allem, da ja viele der Redner aus unseren Reihen, und ich meine jetzt wirklich alle drei Oppositionsparteien, ihre Darstellung der Sache auch sehr sachlich und sehr inhaltsbewusst darbringen.

Damit bin ich jetzt gleich bei der Verkehrsgeschichte der Frau Kollegin Emmerling. Das muss man gar nicht ins Lächerliche ziehen oder verweigern, darüber nachzudenken, denn es ist natürlich für den Bezieher einer 24-Stunden-Karte, einer Wochenkarte oder einer Monatskarte - und da geht es nicht nur um Touristen, sondern selbstverständlich auch um Bürger dieser Stadteinmal möglich, dass man eine Woche krank ist und danach erst ins System einsteigt, oder weg ist oder sonst etwas. Und man verliert selbstverständlich als Bezieher

dieser Zeitkarten Geld. Warum es nicht gewollt ist, müssen wir ja offensichtlich damit begründen, dass man sich damit ein schönes Körberlgeld macht. Es ist kein Aufwand, flexible Zeitkarten einzuführen, das heißt, wenn ich mir meine Monatskarte am 5. löse, dass diese bis zum 5. des nächsten Monats gültig ist. Das ist lächerlich (Beifall bei der FPÖ.), das wollen Sie nur nicht. Das sei einmal gesagt.

Ich werde heute zwei Anträge einbringen, die der Herr Kollege Maresch schon zitiert hat und wo er schon vorweg einmal gleich gesagt hat, dass er dem nicht zustimmen wird. Ich komme zum ersten Antrag. Es ist ja heute schon das Thema des Grünraumes in der Stadt vor allem im Zusammenhang mit der Hitzeentwicklung wir haben es hier im Saal heute Gott sei Dank ganz angenehm kühl - gefallen. Wenn Sie kritisieren, und im Antrag wird wortwörtlich die zuständige Frau Amtsführende Stadträtin ersucht, gezielte Maßnahmen zur Begrünung von Dächern und Fassaden einzuführen (GR Mag. Rüdiger Maresch: Das gibt es als Förderung!) -Nein, die Förderungen gibt es, es geht um Maßnahmen. Sie sagen, diese Förderungen werden nicht ausgeschöpft. Dann stimmt ja was nicht?! Dann haben Sie ja selbst, jetzt gerade vor ein paar Minuten, begründet, warum der Antrag eigentlich notwendig ist. Es geht um Maßnahmen, es geht nicht nur um die Förderungen. (Beifall bei der FPÖ.) Da stimmt etwas nicht, wenn sie nicht ausgeschöpft werden. Da ist das Versagen ganz eindeutig auf Ihrer Seite und daher (GR Mag. Rüdiger Maresch: Das habe ich ja gesagt, es braucht Werbung!) - Na ja, das ist auch eine Maßnahme. Hier steht nicht Förderung. (GR Mag. Rüdiger Maresch: Das ist genau, was ich gesagt habe!) - Doch, das ist auch eine Maßnahme, eine gezielte. (Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.) - Also das ist unglaublich, Maßnahmen, Initiativen und Förderungen. Wenn Sie immer so oberlehrerhaft allen anderen sagen, sie können nicht lesen und vor allem nicht verstehen, den Ball muss ich diesmal wirklich zurückgeben. (Beifall bei der FPÖ. - GR Mag. Dietbert Kowarik: Er kann nicht anders!) Das heißt, wir halten ja selbstverständlich diesen Antrag aufrecht, denn der sagt alles aus, und Sie haben ihn ja selbst mit Ihrer Wortmeldung geradezu noch unterstützt, oder seine Notwendigkeit unterstützt.

So, es kommt zum zweiten Antrag. Herr Kollege Maresch, Sie haben seinerzeit, als Sie noch in der Opposition waren, sich ja sehr oft dafür eingesetzt, dass auch die Baumsetzungen, die Baumpflege eine Verbesserung erfahren. Und Sie sagen heute wirklich Folgendes: "Soll'n mas streicheln, die Bäume?" (Heiterkeit bei GR Mag. Rüdiger Maresch.) - Das ist überhaupt nicht lustig, ich finde das wirklich überhaupt nicht lustig, wenn Mitte Juni bereits das Laub der Straßenbäume total verdorrt ist, wenn am Boden auf dem Grünstreifen nichts mehr anderes zu sehen ist als die Mäusegerste mit den unzähligen Schliafhanseln, die sehr unangenehm für die Hunde sind, aber auch für Kleinkinder, die durchlaufen, und man dann, wenn Bewässerungsmaßnahmen definitiv fehlen, in der Mittagshitze gießt! (GR Mag. Rüdiger Maresch: Sind Sie immer noch dafür, dass dort gleich viele

Autos fahren? Das ist das Salz!) - Ich kritisiere, dass mangelnde Bewässerungsmaßnahmen gesetzt werden. Natürlich fehlt es auch am Baumschnitt, denn wenn man sich die Baumkronen anschaut, dann sieht man sehr viel Totholz, und so weiter, selbstverständlich fehlen auch Maßnahmen für den Boden, in dem der Baum steht. Das fehlt ganz einfach in vielen Bereichen. Es gibt Bereiche in der Stadt, wo natürlich repräsentativ der Grünraum sehr gut gepflegt ist, so wie das mit der Sauberkeit im öffentlichen Raum ist - darauf komme ich später zurück -, aber in weiten Bereichen fehlt das auch. Deswegen wird sehr stolz gesagt, etwa im Zuge des Ausbaues der Seestadt Aspern gibt es nur mehr Straßen, die links und rechts begrünt sind. Schön, gut und richtig, aber man muss diese Bäume, die dann dort stehen, auch pflegen. Von alleine wird der Stadtbaum nicht bestehen können, da er natürlich einem ganz anderen Stress ausgesetzt ist. Und daher frage ich mich wirklich, ob dieses "Soll'n mas streicheln?" wirklich notwendig ist. Es ist unsachlich. Sie haben früher ganz anders gesprochen, und so muss die Debatte nicht laufen. (Beifall bei der FPÖ.) Dieses Lächerlichmachen.

Wir haben uns immer sehr sachlich gerade mit dem Thema Grünraum, und so weiter auseinandergesetzt. Ich habe mich auch gefreut, als das Thema Eschensterben, wie Sie vorhin zitiert haben, im Naturschutzbeirat behandelt wurde. Ich mache mir auch Sorgen darum, wir machen uns auch Sorgen drum, das ist ja nicht so, wenn da weite Bereiche einer Baumart, die bei uns häufig besteht, kaputt werden. Es ist gut, dass man sich darüber Gedanken macht. Wir haben auch schon viel früher darüber nachgedacht.

Genauso ist es mit den Wienerwald-Wiesen. Auch das ist auf der Tagesordnung, die Verbuschung der Wienerwald-Wiesen, ihr Bestand, ihre Bepflanzung. Das ist alles interessant, man setzt sich damit auseinander. Ich kann mich erinnern, ich bin dafür verlacht worden, als ich in der Bezirksvertretung in den späten 80er Jahren dieses Thema angeschnitten habe, da ich mich immer dafür interessiert habe. Deswegen lasse ich auch nicht zu, dass man uns immer vorwirft, wir setzen uns mit dieser Materie nicht auseinander. Das ist nicht richtig.

Wenn wir die eine oder andere Anregung oder Kritik anbringen, dann wäre es doch eigentlich gut, man spricht darüber oder man denkt darüber nach, und macht sich nicht immer darüber lächerlich, nur weil es die Opposition ist oder weil es eine Partei ist, die einem unsympathisch ist. Wissen Sie, so tief steigen wir nicht hinunter. Wenn Sie einen guten Antrag oder Vorschlag haben, stimmen wir da immer zu. Wir wollen das überhaupt nicht. Aber dass man sagt, aus politischer Hygiene, wie es der Kollege Margulies gesagt hat, stimme ich einem sachlich sehr begründeten Antrag nicht zu und suche mir dann immer ein an den Haaren herbeigezogenes Argument, warum es so ist. Sehr geehrte Damen und Herren von der Regierung, da sollten Sie sich auch ein bisserl an der Nase nehmen, ich glaube, das muss auch einmal gesagt sein. (Beifall bei der FPÖ.)

Viel Zeit bleibt mir nicht mehr. - Dort, wo es wie bei der Pflege des Grünraums auch Unterschiede gibt, das ist natürlich die Sauberkeit im öffentlichen Raum. Frau Stadträtin, Sie haben ja auch von uns unterstützt dafür gesorgt, dass man hier auch gesetzlich härter vorgeht, durch eine entsprechende Novellierung des Reinhaltegesetzes, das gleichzeitig eine Verschärfung darstellt. Das ist auch gut und ist auch notwendig, aber das beste Gesetz hilft ja nichts, wenn ich auf der anderen Seite nicht für seine Durchführung sorge. Ja, es gibt natürlich Bereiche, vor allem in den Bezirken, die außerhalb des Gürtels liegen, dort natürlich wieder in den älteren Gründerzeitvierteln, und so weiter, wo es nach wie vor mit der Sauberkeit nicht klappt, wo wir keine Waste Watcher zu sehen bekommen, wo es schon notwendig wäre, dass man noch verstärkt dafür sorgt.

Ein zweiter Punkt, der in vielen Bereichen ein Anschlag auf die Sauberkeit des öffentlichen Raumes ist, sind die von den GRÜNEN so geliebten und geforderten konsumfreien Räume. Das Problem dieser konsumfreien Räume ist nämlich, dass sie nicht konsumfrei sind in dem Sinne, dass die Menschen dort nichts konsumieren, das heißt, nichts zu sich nehmen. Wahrscheinlich wäre es manchmal besser, dass an so manchem Platz, das, was Sie nicht wollen, ein Lokalbetreiber wäre, der dafür sorgt, dass es dort sauber ist und seine Sachen verkauft, aber diese konsumfreien Zonen werden in der Regel so bespielt, dass sich die Leute halt vom Diskonter die Dosen und Sonstiges mitnehmen, diese im konsumfreien Raum konsumieren und dann sämtliche Hinterlassenschaften auch dort deponieren. So schaut die Realität aus. Das ist nicht gut, und das wollen wir nicht. Da muss man sich schon überlegen, ob man das noch und noch ausweiten soll. (Beifall bei der FPÖ.) Da fehlt es auch an Kontrolle, und da fehlt es durchaus in weiten Bereichen auch daran, dass sich hier die entsprechenden Organe zeigen und die Verursacher dieses Mülls im öffentlichen Raum auch einmal zur Verantwortung ziehen.

Es herrscht in einigen Bereichen der Stadt eine Diskrepanz. Wir haben wirklich viele gute Projekte, auch den ökologischen Einkauf. Da bin ich voll dafür, und das ist überhaupt keine Frage, dass es wichtig ist, was man kauft. Aber auf der anderen Seite mehren sich in unseren Einkaufsstraßen - und da kann man den Bogen von Simmering über Favoriten, Meidling, und so weiter bis herüber nach Hernals machen - die Geschäfte, die nur Klumpert und Ramsch haben - jetzt kann man sagen, ja, das ist natürlich immer Privatsache, das ist schon richtig -, die genau auch im Zuge dieser Hitzedebatte kritisierten Klimageräte verwenden, und so weiter, und so fort.

Das heißt, es wären im Zuge dieses wirklich wertvollen Einsatzes auf der einen Seite, die Stadt macht einen ökologischen Einkauf, schon auch Maßnahmen zu setzen, dass ich schaue, wie schaut es eigentlich mit den Strukturen im Bereich der Wirtschaft in unserer Stadt aus. Da sind leider die netten, kleinen, schönen Slowfood-Lokale im 7. Bezirk oder auf dem Kutschkermarkt oder sonst wo konzentriert. Und auf der anderen Seite wachsen wie die Schwammerln Geschäftslokale aus dem Boden, die mir schon Sorgen machen, da das, was

dort verkauft wird, relativ unverzüglich im Müll ladet und daher kein guter Beitrag zu einer ökologischen Stadt ist.

In diesem Sinne, es gibt natürlich auch von uns Lob, und es gibt viele gute Initiativen, aber schauen wird doch auch ein bisschen dorthin, wo es nicht so gut läuft. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas <u>Reindl</u>: Die Redezeit war 12 Minuten, die Restredezeit für die FPÖ ist daher 9 Minuten.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Kollege Maresch gemeldet. - Bitte.

GR Mag. Rüdiger Maresch (GRÜNE): Also zunächst einmal zu den beiden Anträgen. Mit dem einen, das stimmt, Frau Matiasek, habe ich mich ein bisserl, vielleicht um ein Eckhaus zu ironisch auseinandergesetzt. Der Punkt ist, wir reden immer wieder von denselben Bäumen auf der Hernalser Hauptstraße. Sie kommen immer heraus und sagen, es braucht eine deutliche Verbesserung. Wenn man sich das anschaut, gibt es dort eine Bewässerung, die Bäume werden geschnitten, sie werden von der MA 42 ordentlich behandelt. Das Einzige ist - und das habe ich Ihnen schon ein paar Mal gesagt, das ist immer das Gleiche -, dort gibt es braune Blätter, da die Salzstreuung im Winter dafür sorgt, dass der Boden versalzt. Eigentlich müsste man hergehen und nicht nur den Boden tauschen, weil dann ist es in drei Jahren wieder so, sondern eigentlich müsste man dem motorisierten Individualverkehr zwei Möglichkeiten geben, entweder es fahren viel weniger Autos oder es wird dort kein Salz gestreut. Da sind Sie immer dagegen. Und deswegen sage ich: Was sollen wir dann machen? Das Streicheln war vielleicht ein bisschen harsch, das gebe ich echt zu.

Zweite Geschichte, tatsächliche Berichtigung: Der Antrag heißt, Sie wollen, dass die Stadt für gezielte Maßnahmen zur Begrünung von Dächern und Fassaden vor allem am dicht bebauten Bereich der Stadt sorgt. So, wir haben in Wirklichkeit eine Förderung, die zu wenig ausgenutzt wird. (GR Mag. Wolfgang Jung: Das ist keine Berichtigung!) Das heißt, es gibt Maßnahmen, die Frage ist in Wirklichkeit - vielleicht die PR, man kann nachlesen -, es wird nicht ausgeschöpft. Da können Sie jetzt 100 Mal gezielte Maßnahmen verlangen. Es ist eine gezielte Maßnahme, deswegen werde ich gegen den Antrag stimmen.

Vorsitzender GR Mag. Thomas <u>Reindl</u>: Zu Wort gelangt Frau GRin Mag. Abrahamczik. Selbstgewählte Redezeit ist 6 Minuten. - Bitte.

GRin Mag. Nina <u>Abrahamczik</u> (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde mich jetzt einem Thema widmen, das bisher überraschenderweise gar nicht vorgekommen ist, was mich ein bisschen erstaunt. Aber es passt ganz gut, da wir hier als Stadt versuchen, auch sehr viel Bewusstsein zu schaffen. Ich werde jetzt die nächsten 6 Minuten dafür benutzen, es geht nämlich um die Tiere in unserer Stadt.

Hier gibt es umfangreiche Maßnahmen, die gesetzt werden. Vielleicht vorweg zur MA 60, die viele verschie-

dene Aufgaben hat, aber auch hier in der Bewusstseinsbildung ganz aktiv ist, beispielsweise durch ein Arbeitsheft, das den 3. Klassen Volksschule in Wien zur Verfügung gestellt wird, wo es darum geht, dass sich Kinder mit Tierschutz auseinandersetzen und - unsere Hoffnung ist, und wir sehen auch, dass das funktioniert - dass dieses Wissen, das hier die Kinder erwerben, auch an die Eltern weitergegeben wird.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Sozialarbeit für den Tierschutz. Wir sehen immer wieder, dass Leute, die in Notsituationen sind, sich leider nicht mehr gut um ihre Tiere kümmern können, gleichzeitig die Tiere aber oft ein ganz wichtiger Halt für diese Menschen sind. Hier wird nun verstärkt auch in Sozialarbeit investiert, um zu schauen, dass es gar nicht erst zu einer Abnahme des Tieres kommen muss, sondern die Leute schon vorher unterstützt werden. Denn wenn Tiere abgenommen werden, genauso wie bei Fundtieren, bei herrenlosen Tieren, bei beschlagnahmten Tieren, ist es so, dass wir uns als Stadt darum kümmern müssen, was selbstverständlich auch wiederum zu Kosten führt.

Ein Beispiel: Erst vor Kurzem, am 11. Juni - und da möchte ich der Polizei ein Danke aussprechen, die so aufmerksam war und im 7. Bezirk ein verdächtiges Fahrzeug gesehen hat - hat sich bei der Kontrolle herausgestellt, dass dort 13 Katzen- und 7 Hundebabys drinnen waren, inklusive jeweils einem erwachsenen Tier. Die waren schon zwei Tage unterwegs, ohne Wasser, in ungesicherten Transportkörben und in einem sehr schlechten Zustand. Durch die Aufmerksamkeit der Polizei konnten diese Tiere gerettet werden. Sie wurden sofort mit Wasser versorgt und sind dem TierQuarTier übergeben worden, wo man sich gut um sie kümmert. Der Lenker wurde angezeigt.

Das bringt mich auch schon zum TierQuarTier. Das TierQuarTier ist heuer im März zwei Jahre alt geworden, und nach über zwei Jahren können wir mittlerweile sagen, dass es ein großes Erfolgsprojekt ist. Wir haben weit mehr als 3.000 Tiere nicht nur betreut, sondern auch weitervermittelt. Es ist ein richtiges Kompetenzzentrum für Tierschutz und hat auch einen ganz anderen Ansatz, um die Tiere zu vermitteln. Man geht nicht einfach hinein und sieht dort viele süße Katzen und Hunde, die man gleich mitnehmen will, sondern macht einmal einen Interviewbogen, es gibt ein ausführliches Beratungsgespräch und dann erst kommt es zum persönlichen kennen Lernen eines ganz bestimmten Tieres. Die Tiere im TierQuarTier werden bestens medizinisch versorgt, dafür sorgen die Veterinäre und Veterinärinnen der Veterinärmedizinischen Universität Wien, mit der wir auch eine Kooperation haben und Studierende im Rahmen des Ausbildungsprogramms hier auch lernen können und ihr Wissen erweitern können.

Um eine Vorstellung zu bekommen, welche Tiere dort sind: Bei den Hunden ist zum Beispiel Hob, 6 Jahre alt, der aus schlechter Haltung abgenommen wurde. Charly Brown wird jetzt 2 Jahre, er wurde im Wald ausgesetzt. Die Katze Balduin, 13 Jahre, wurde von der Polizei aus einem Kanalloch gerettet. Zora, 10 Jahre, ist in einem Transportbehälter in der Nähe einer Hundezone

ausgesetzt worden. - Wir sehen also, es gibt sehr viele Tiere, um die wir uns kümmern, sehr viele Tiere, die wir vermitteln.

Ein wesentlicher Punkt ist auch, dass wir, wenn Hunde aus dem TierQuarTier übernommen werden, einen Gutschein für den freiwilligen Hundeführschein mitgeben, der damit billiger gemacht werden kann und zusätzlich den Benefit hat, dass man im Jahr darauf von der Hundeabgabe befreit ist, wenn man diesen freiwilligen Führschein gemacht hat.

Das führt mich zur Tierschutzombudsstelle Wien, die gerade beim freiwilligen Wiener Hundeführschein ganz viel wichtige Arbeit leistet und im letzten Jahr auch noch einmal die BenutzerInnenfreundlichkeit und Ablauforganisation verbessert hat. Die TOW setzt sich täglich im Rahmen ihrer Parteistellung für die Rechte der Tiere ein. Da geht es um Auseinandersetzungen mit Strafverfahren, Mitwirkung bei Bewilligungsverfahren, es ist sehr viel Aufwand. Ich weiß, da passiert ganz, ganz viel, und es ist auch ganz großartig, wie die Leute sich hier für die Tiere engagieren. Tiere und Rechte war ein wesentlicher Schwerpunkt im letzten Jahr. Da gibt es einerseits eine Tier- und Rechtsdatenbank - da kann ich nur empfehlen, sich dort einmal zu informieren -, wie auch ein Tier- und Rechttag, eine Tagung, bei der es darum ging, sich in Kooperation mit dem Institut für Umweltrecht der Johannes-Kepler-Universität Linz mit aktuellen rechtlichen Frage- und Problemstellungen aus dem Bereich des Tierschutzes zu befassen. Der Plan ist, dass das jetzt jährlich stattfinden soll. Die Initiative "Guter Geschmack -Gutes Gewissen" kennen wir schon und wird auch weiterhin erfolgreich fortgesetzt.

Ich kann nur empfehlen, auch einmal auf die Homepage der TOW zu schauen: "tieranwalt.at". Da gibt es gerade jetzt beispielsweise Hitzetipps für Tierhalter, was man für die Hunde, Katzen und sonstigen Tiere tun kann. Es gibt ein Video zur Gefahr von Fenstersturz für Katzen, und es wird gerade aktiv darauf hingewiesen, dass es sehr heiß ist und deswegen Hunde im Auto nicht untergebracht werden sollen, weil sich dieses innerhalb von wenigen Minuten extrem aufheizen kann.

Gerade jetzt im Sommer, wo auch die Urlaubszeit beginnt, gibt es für jene Stellen in Wien, die sich um Tiere unserer Stadt kümmern, leider ganz besonders viel zu tun. Und gerade deshalb setzen wir auf eine starke Bewusstseinsbildung in unserer Stadt in Bezug auf Tierhaltung und die Verantwortung, die damit einhergeht. Deswegen möchte ich mich auch ganz besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt bedanken, die täglich dafür sorgen, dass unsere Stadt auch für die Tiere so lebenswert ist und bleibt. - Danke sehr. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Das waren die 6 Minuten. Die Restredezeit für die SPÖ ist 26 Minuten. Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Hofbauer, MAS. Selbstgewählte Redezeit ist 12 Minuten. Ich erteile sie ihm.

GR Manfred <u>Hofbauer</u>, MAS (*FPÖ*): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat!

Ich möchte meine Redezeit dahin gehend verwenden, um einige Themen im Bereich Umwelt anzusprechen, die mir ein persönliches Anliegen sind. Der Kollege Maresch hat gesagt, dass die MA 48 tolle Dienste für unsere Stadt leistet. Das kann ich unterschreiben und bestätigen, ich bin durchaus dankbar dafür, dass wir die MA 48 haben, wenn man sich andere Städte anschaut, da funktioniert das bei Weitem nicht so wie bei uns in Wien.

Allerdings möchte ich da ein bisschen nachhaken, und zwar beim Thema Mülltrennung. Ich glaube, das ist heute auch schon das eine oder andere Mal angesprochen worden. Wenn man nämlich den Zahlen der Statistik Austria Glauben schenken darf - und ich möchte vorausschicken, dass ich dieser Statistik Austria Glauben schenke -, dann schaut es bei der Mülltrennung bei Weitem nicht so gut aus, wie es ausschauen könnte. Ich muss durchaus eingestehen, dass bei der Mülltrennung die Papiertrennung, also das Rückführen des Papiers durchaus einen hohen Deckungsgrad, nämlich fast an die 100 Prozent hat. Wenn man sich allerdings Glas, Plastik und Metall anschaut, dann sind wir weit weg von den Ergebnissen, die die Bundesländer zusammenbringen.

Jetzt kann man natürlich hinterfragen, warum das denn so ist. Ist es mutwillig, dass die Leute die Mülltrennung nicht durchführen? Sind sie zu wenig informiert? Haben sie kein Interesse? Ja, das wäre interessant zu analysieren. Meine Theorie ist, wenn man sich die erwähnte Mülltrennung in Richtung Papier anschaut, dann funktioniert die, wie gesagt schon recht gut, fast zu 100 Prozent, und wenn man sich anschaut, wieso, dann bin ich der Meinung, dass fast alle großen Gemeinde- und Genossenschaftsbauten im Müllraum auch Papiersammelbehälter haben und die Leute eigentlich einen ganz kurzen Weg haben, da sie, wenn sie den Restmüll abgeben, dort auch das Papier entsorgen können. Ich habe diese Thematik und diese Problematik schon mehrmals angesprochen. Das ist für mich wirkliche eine Problematik, da meiner Meinung nach wirklich wertvolle Ressourcen verschwendet werden.

Meine Überzeugung ist die, dass man Punkt 1 einmal Aufklärungsarbeit leisten müsste. Aufklärungsarbeit bei den Bürgern, aber auch Aufklärungsarbeit in den Schulen, sogar schon in Kindergärten, dass die Leute zur Thematik Mülltrennung hingewiesen werden. Aber man sollte auch darüber nachdenken, ob man diese Müllsammelstellen vielleicht ein bisschen dezentralisiert, dass man vielleicht auch den einen oder anderen Glassammelbehälter in einen Gemeindebau bringt, dass man den einen oder anderen Metallsammelbehälter in einen Gemeindebau bringt. Die FPÖ hat in Simmering einen derartigen Antrag gestellt und die Antwort bekommen, das wäre ein zu großer logistischer Aufwand. Das ist eine Antwort, die muss man akzeptieren, aber ich finde, es wäre doch einmal einen Versuch wert, das einmal zu machen, sei es in einem kleinen Grätzel, sei es in einem Bezirk, dass man sich einmal das Ergebnis anschaut, ob dann die Mülltrennung nicht nur beim Papier, sondern

auch bei Metall und bei Kunststoff besser funktionieren wird

Meiner Meinung nach wäre auch noch die Plastiksackerlgeschichte beim Einkaufen ganz wichtig. Es hat da schon Initiativen gegeben, das ist richtig, allerdings ist der Erfolg ein bisschen überschaubar, wie man so sagt. Auch da würde ich mir wünschen, dass man da dran bleibt, mit der Wirtschaft und auch mit den Bürgern spricht und dass man da mehr oder weniger das Plastik von den Einkaufstüten wegbringt und zu Papiertüten oder Stofftüten kommt. Eine ganz wichtige Sache.

Angesprochen worden ist auch der MA 48-Tandler. Auch ein tolles Projekt, überhaupt kein Thema, da sieht man, wie Ressourcenschonung bei diesem Flohmarkt funktionieren kann. Das Einzige, was ein kleiner Wermutstropfen dabei ist, ist, dass der Gewinn, der aus diesem Verkauf beim MA 48-Tandler entsteht, ganz zum TierQuarTier kommt. Das TierQuarTier ist auch eine tolle Einrichtung, überhaupt kein Thema, aber ich bin der Meinung - und da haben wir schon einen Antrag bei einer der letzten Sitzungen eingebracht, der leider abgelehnt worden ist -, dass durchaus auch der Wiener Tierschutzverein davon lukrieren sollte, da wir der Überzeugung sind, dass der Wiener Tierschutzverein, immerhin einer der ältesten Vereine in Wien auch gute Arbeit leistet und durchaus auch Geld benötigt, damit er seine gute Arbeit weiter leisten kann und nicht finanziell ausgehungert werden soll.

Dann möchte ich noch einmal auf dieses Thema einsteigen, das heute schon mehrmals angesprochen worden ist - Rüdiger Maresch ist leider nicht mehr hier -, nämlich das Thema Dachbegrünung. Das Thema Dachbegrünung ist ein ganz ein wichtiges Thema. Es ist richtig, es gibt einen Fördertopf, der nicht ausgeschöpft worden ist, aber ich frage mich, wieso die Gemeinde hier keine Vorbildwirkung macht, nämlich dahin gehend, dass sie sich nicht auf private Investoren verlässt, die es finanzieren, ein Privathaus am Dach zu begrünen, sondern einfach einmal bei Gebäuden, die im Wirkungsbereich der Stadt Wien stehen, nämlich zum Beispiel an den Gemeindebauten als Vorbildwirkung mit einer Dachbegrünung beginnt. Eine Dachbegrünung ist eindeutig relativ leicht zu pflegen, bringt ein angenehmes Klima in die Stadt. Da wäre also sicher einiges zu machen, wenn man sich anschaut, welche freien Flächen in der Gemeinde Wien bei Flachdächern vorhanden sind. Man braucht dazu nur den Solarkataster anschauen, da sieht man, dass das viele Tausende Quadratmeter sind, und meiner Meinung nach sind das vergebene Ressourcen, die hier verschenkt werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Was durchaus funktioniert, und das muss man auch einmal sagen, sind Projekte von der MA 42, die eine tolle Arbeit macht und auch innovativ ist. Hier spreche ich nur einmal die Verkehrsinseln an, die nicht nur schön ausschauen, sondern auch sicher einiges zum Klima in der Stadt beitragen. Aber, und das möchte ich ganz besonders hervorheben, seit ein, zwei Jahren werden ja auch die Verkehrsinseln der Gemeinde Wien von der MA 42 mit so einer Art Wildpflanzen besetzt. Das ist eine tolle Sache, nicht nur, dass dort Kleintiere wie Bienen und

andere Insekten überleben können, dient es auch dazu, das Klima zu verbessern, den Regen in der immer mehr fortschreitenden Zeit der Bodenversiegelung abfließen zu lassen, also eine tolle Sache, von der ich mir wünschen würde, dass das mehr gefördert wird. Das ist eine gute Idee.

Was überhaupt nicht weitergeht, ist das Thema - das in vorhergehenden Gemeinderatssitzungen auch schon einige Male angesprochen worden ist - grüne Gleise, das meiner Meinung nach auch forciert gehört in Wien. Wien hat zugegebener Maßen eine recht großes Straßenbahnnetz. Das Thema Grüngleisoberbau wurde 1988 das erste Mal in Wien aufgegriffen, aber seitdem ist da wenig passiert. In anderen Städten passiert mit einem wesentlich geringeren Anteil von Gleisbauten wesentlich mehr in Richtung Grüngleisoberbau. Grüngleisoberbau bedeutet Lärmminderungspotenzial, effiziente Schadstoffaufnahme und Rückhaltung durch Gleiskreisbegrünung, Verbesserung des Stadtklimas. Auch hier wäre meiner Meinung noch Handlungsbedarf.

Ein Thema, das mir ganz besonders am Herzen liegt - die Zeit wird knapp, aber es geht noch ein bisschen -, ist der öffentliche Verkehr. Hier möchte ich Simmering ansprechen. Sie, Frau Stadträtin, haben seit dem Jahr 2015 auch die Wiener Linien im Ressort, eine recht spannende Angelegenheit, und da möchte ich was vorlesen: "Die Geduld der Bezirksbewohner ist erschöpft. Es ist Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen. Der Simmeringer spricht von der unendliche Geschichte der Problemlinie 6. Die Vorstadt braucht Öffis, um zu Theatern, Impfstellen, Spitälern und in die Stadt zu kommen. Das sei durch die Linie 6 nicht gewährleistet."

Meine Damen und Herren, das ist keine Aussendung der FPÖ, das ist eine Aussendung des Nationalrates und SPÖ-Vorsitzenden Harald Troch und Bezirksvorsteher-Stellvertreter der SPÖ, Peter Kriz, in der aktuellen Ausgabe der "Simmeringer Zeitung". Meiner Meinung nach ist das wieder ein Wahlkampfschmäh, ein Wahlkampfschmäh, wie er schon 2015 existiert hat. Dazu muss man jetzt kurz in der Geschichte zurückgehen. Im Jahr 2013 hat eine Auskreuzung der Linien 6 und 71 stattgefunden. Das heißt, dass die Linie 71 nicht mehr zum Leberberg, zu einem Stadtentwicklungsgebiet mit 25.000 Einwohnern fährt, sondern statt dem 71er die Linie 6 fährt. Das hat der Kollege Troch in dem Artikel, den ich gerade vorgelesen habe, wunderbar erkannt. Es ist eine Problemlinie, das ist richtig, da gibt es Probleme. Die SPÖ in Simmering hat dann relativ schnell erkannt, dass das ein Schuss ins eigene Knie war. Troch hat dort zurückgerudert, wollte zurückrudern, hat dann im Vorfeld der Gemeinderatswahl 2015 angekündigt, dass eben die Linie 71 wieder zum Leberberg runterfährt, hat sich da in den Zeitungen großartig abbilden lassen, hat gesagt, okay, das ist mehr oder weniger schon eine beschlossene Sache.

Es kam die Wahl, und es passierte nichts, keiner konnte sich mehr erinnern. Wenn man jetzt weiterschaut bei diesen ganzen Geschichten, die momentan in der SPÖ-Simmering ablaufen, dann sieht man hier eine Online-Petition, die gestartet worden ist, die da lautet:

"Wir brauchen endlich eine zuverlässige Verbindung. Das Konzept 6er/71er funktioniert so nicht. Der blaue Bezirksvorsteher tut wieder einmal nichts." - Na, das ist auch - und das sage ich bewusst - eine offen aufgelegte Lüge. Das stimmt nicht. Wir haben in kurzer Zeit Unterschriften gesammelt, die SPÖ braucht Monate dafür, dass sie 3.500 Unterschriften sammelt, wir haben das in ein paar Wochen geschafft und haben den Bezirksvorsteher dann auch bei der Frau Stadträtin vorsprechen lassen. Uns wurde gesagt, ja, es ist alles okay, der 6er ist eh in Ordnung und das funktioniert schon so. Auch und da merkt man die Doppelzüngigkeit der SPÖ in Simmering - haben wir einen Antrag eingebracht, dass sich die Frau Stadträtin einsetzen möge, dass der 71er wieder zusätzlich zum 6er nach Simmering runterfährt, so wie es die SPÖ 2015 geplant und versprochen hat. Und was ist passiert? Der Antrag wurde, und das ist besonders schäbig, sage ich, auch von den Simmeringer Sozialisten abgelehnt, aber dann im eigenen Bezirk eine Unterschriftenaktion zu machen und mit einer eigenen Linie dort hausieren zu gehen und die Leute mehr oder weniger wieder mit einem Wahlkampfschmäh am Lavendel halten, so wird es nicht funktionieren.

Jetzt möchte ich noch etwas zitieren, nämlich auch aus den Wahlkampfvorzeiten in Simmering, wieder von Peter Kriz, der in der Zeitung mehrmals schreibt: "Zentral ist die Forderung nach Verlängerung der U3 nach Kaiserebersdorf. Wiens Bürgermeister Dr. Michael Häupl hat bei der Angelobung von Bezirksvorsteherin Eva-Maria Hatzl versprochen," - das war, was ich mich erinnern kann 2013 - "dass er sich dafür einsetzen wird, die Bezirksvorsteherin und ich werden in dieser Frage nicht locker lassen, den Bürgermeister immer wieder an sein Versprechen zu erinnern. Peter Kriz."

Noch einmal, ich möchte wiederholen: Er, der Peter Kriz, wird den Herrn Bürgermeister an sein Versprechen erinnern, dass die U3 verlängert werden soll. - Ja, ich habe leider noch nichts davon bemerkt, und die Simmeringer haben auch nichts bemerkt. Vielleicht hat Peter Kriz den Weg ins Rathaus nicht gefunden, er hat sich vielleicht verfahren, er hat es nur versprochen und ist gar nicht ins Rathaus gefahren. Ja, mag sein, dass er zur Frau Stadträtin gegangen ist, sie war halt nicht anwesend, und er hat das Ganze in ein Papiersackerl gesprochen und vor die Tür gestellt. Mag sein, egal, wie auch immer. Also wieder ein Versprechen, das nicht eingehalten worden ist.

Um jetzt der SPÖ-Simmering da ein bisschen auf die Sprünge zu helfen, möchte ich mit meinen Kollegen einen Beschlussantrag einbringen - und bin schon gespannt auf die Abstimmung -, nämlich einen Beschlussantrag der Gemeinderäte Hofbauer, Guggenbichler, Matiasek, Amhof, Stumpf betreffend U3-Verlängerung nach Kaiserebersdorf, der folgendermaßen lautet:

"Die zuständige Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke möge sich dafür einsetzen, dass der Ausbau der U-Bahn-Linie U3 von der derzeitigen Endstelle in Simmering nach Kaiserebersdorf im Sinne der Simmeringer Bevölkerung als auch im Sinne aller im Bezirksparlament vertrete-

nen" - also auch der SPÖ – "politischen Parteien in die baldigst mögliche Ausbauplanungsstufe des Wiener U-Bahn-Netzes aufgenommen wird."

Dieser Antrag ist eh schon ganz bescheiden. Wenn man sich die Ausbauplanungsstufen, die derzeit existieren, ansieht, dann werden, wenn dieser Antrag jetzt die Zustimmung findet und die U3-Verlängerung in die nächstmögliche Ausbaustufe aufgenommen wird, wir alle, so wie wir da sitzen, sage ich jetzt einmal, den echten Spatenstich und den echten Ausbau dieser U3-Linie eh nicht mehr erleben. Aber egal, wie auch immer, bitte, liebe Freunde der SPÖ-Simmering, springt über euren Schatten, stimmt dem Antrag zu.

Vorsitzender GR Mag. Thomas <u>Reindl</u> (unterbrechend): Bitte um einen Schlusssatz.

GR Manfred <u>Hofbauer</u>, MAS (fortsetzend): Ich bin schon beim letzten Satz. Macht eine glaubwürdige Politik, macht eine Politik für die Bürger, die Bürger von Wien, die Bürger von Simmering - Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas <u>Reindl</u>: Für die FPÖ sind 0 Minuten verfügbar. Zu Wort gelangt Herr GR Mag. Taucher. Selbstgewählte Redezeit ist 6 Minuten.

GR Mag. Josef <u>Taucher</u> (SPÖ): Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Herr Vorsitzender!

Rechnungsabschluss 2016, Umwelt, ich darf auf ein paar Vorredner eingehen. Von der Opposition ist festgehalten worden, dass es in Wien so einen Gebührenwucher gibt, und alles wird so teuer, und die Bürger und Bürgerinnen können sich das Leben hier nicht mehr leisten, und überall anders ist es besser. Die Kanalgebühr zum Beispiel beträgt in Wien pro Haushalt 194 EUR pro Jahr. Das ist im unteren Drittel im Österreichvergleich. Die Wassergebühr ist im Mittelfeld im Österreichvergleich. Bei der Müllgebühr sind wir mit dem Preis pro Haushalt bei einem 120-Liter-Behälter an vorletzter Stelle, an vorletzter Stelle in ganz Österreich. Also, da sind uns andere Städte wie Graz oder Klagenfurt weit voraus. Und wenn man sich die Abgaben gesamt ansieht, auch hier sind wir an vorletzter Stelle in ganz Österreich, wenn wir die Städte vergleichen. Also diese plumpen Anwürfe, hier würde es Gebührenwucher geben und die Bürger und Bürgerinnen können es sich nicht mehr leisten, hier in Wien schauen wir, dass wir die Gebühren relativ niedrig halten, bei höchster Qualität. Wenn wir schauen, was hier mit der Abwasserkläranlage passiert, wo wir mit dem EOS-Projekt Strom erzeugen, wo wir in die Wasserleitungen mit Wasserleitungskraftwerken Strom erzeugen und höchste Güteklasse an Wasser in Wien haben, und das an 365 Tagen, 24 Stunden am Tag, also da scheut die Stadt Wien sicher keinen einzigen Vergleich. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.) Ja, das ist einen Applaus wert, auch die Opposition könnte hier einmal mitapplaudieren.

Dann wollte ich noch auf die Frau Kugler von der ÖVP eingehen, die schon beim Hearing und heute wieder unserer Umweltanwältin vorwirft, dass sie zu wenige OTS-Aussendungen macht. Ich erwarte mir von einer Umweltanwältin nicht, dass Sie sich permanent telegen und medientauglich präsentiert, sondern dass sie ordent-

liche Umweltpolitik und Anwaltschaft für die Umwelt in Wien übernimmt. Unsere Wiener Umweltanwaltschaft ist hervorragend beim Artenschutz, ist hervorragend bei der Antiatompolitik, ist hervorragend bei der Vernetzung der Initiativen, und auch bei kleinräumigen Dingen wie Bewusstseinsbildung und pädagogischen Maßnahmen. Ich nenne nur zwei Beispiele, den Wiener G'stättenführer, der ein Dauerbrenner ist, und auch die ganzen Veranstaltungen auf der Schmetterlingswiese im Donaupark. Das möchte ich also zurückweisen, dass die Qualität einer Umweltanwaltschaft an OTS-Aussendungen zu messen ist.

Ich muss heute einmal eine Ausnahme machen und der FPÖ eine Zustimmung geben. Frau Kollegin Matiasek, auch ich bin der Meinung, dass Ordnungspolitik im öffentlichen Raum notwendig ist, wenn es um Verschmutzung und Hinterlassenschaften geht, also Müll und Pseudo-Graffitis und faschistoide Zeichen auf Bänken und Tischen brauchen wir nicht. Da muss ich Ihnen recht geben. Und ich finde auch, dass Leute, wenn Sie die Bierdosen oder welche Dosen auch immer im vollen Zustand zum Bankerl in den Park tragen können, sie diese im leeren Zustand wahrscheinlich leichter bis zum nächsten Mistkübel, der 10, 15 m entfernt ist, tragen können. Deswegen haben wir auch das Wiener Reinhaltegesetz neu beschlossen, wo es auch ordentliche Strafen dafür gibt, wenn man den öffentlichen Raum verschmutzt oder das Wasser verschmutzt.

Dann darf ich noch kurz auf den FPÖ-Kollegen Hofbauer eingehen. Es war in Ihrer Rede eigentlich sehr nett, dass Sie sehr positiv auch die Leistungen hervorstreichen, was ja seltener vorkommt, auch die Dachbegrünungen als wichtigen Schritt. Ich möchte ein Beispiel erwähnen, wo wir das schon auf einem stadtnahen Gebäude verwirklich konnten. Auf der Wipark-Garage im 6. Bezirk ist der größte europäische Biodachgarten, eine Initiative von Bürgerinnen und Bürgern, die da oben anbauen. Das wird auch von der Stadt stark unterstützt, gemeinsam auch mit den Magistratsdienststellen. Das ist ein wunderbarer Ort, ich war schon mehrmals oben, das ist sehr schön in der Stadt.

Und das trägt natürlich dazu bei - jetzt darf ich endlich zu meiner eigentlichen Rede kommen -, dass Wien cool ist. In Zeiten der Hitzewelle brauchen wir eine coole Stadt, und ich finde, Wien ist dort cool, wenn wir an der Alten Donau auf der Lagerwiese sein können oder auf den Holzstegen, wo wir ins Wasser springen, schwimmen, baden gehen können, wenn wir im Nationalpark spazieren gehen können. Übrigens, Bürgermeister und Landeshauptmann Häupl hat ja mit Niederösterreich vereinbart, auch den Nationalpark in den nächsten Jahren um viele Hektar weiter auszubauen, auch das ist cool sozusagen im Sinne der Urban Heat Islands, die ja heute schon besprochen wurden. Cool ist, wenn ich auch mit meinen Hunden - auf die Nina angesprochen - zu Hundebadeplätzen in Wien gehen kann, am Süßenbrunner Teich, am Hirschstettner Teich oder auch in der Seestadt. All das ist cool. Cool ist, wenn ich im Supermarkt Biokartoffeln aus dem Wiener Landwirtschaftsbetrieb kaufen kann, aus der Lobau.

Das alles ist cool und trägt zu einem guten Klima in dieser Stadt bei. Und dieses coole Wien soll auch in Zukunft weiter so ausgebaut werden, mit Grünzonen, mit noch mehr Wasserplätzen, vielleicht mit mehr begrünten Fassaden, sodass wir diese Hitzewellen gut überstehen können und gerne in dieser coolen Stadt leben. - Danke sehr. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Das waren 6 Minuten. Die Restredezeit für die SPÖ ist 20 Minuten. Zu Wort gelangt Frau GRin Karner-Kremser, auch sie hat 6 Minuten Redezeit gewählt. - Bitte.

GRin Waltraud <u>Karner-Kremser</u>, MAS (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Seit Anbeginn meiner Zeit hier im Gemeinderat sitze ich auch im Umweltausschuss. In all dieser Zeit habe ich eines wahrgenommen, nämlich die unsagbare Kompetenz, aber auch die hohe Identifikation aller Abteilungsleiter, mit denen wir in den Ausschüssen sitzen, ihre Bereitschaft, Auskunft zu geben, sachlich zu argumentieren und über ihr Themengebiet zu sprechen. Das ist, finde ich, eine große Ehre, und ich möchte mich heute wirklich sehr herzlich bei Ihnen bedanken und hoffe, dass Sie den Dank auch Ihrerseits an Ihre Mitarbeiter weitergeben, da es ein sehr angenehmes Klima ist, mit Ihnen zu arbeiten. Herzlichen Dank. (Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.)

Der Rechnungsabschluss ist natürlich eine Leistungsschau für all die Dinge, die in unserer Stadt hervorragend funktionieren. Ihre Rolle ist es, zu kritisieren, unsere Rolle ist es, uns auch zu freuen über das, was in dieser Stadt gut funktioniert, und das mache ich jetzt auch an dieser Stelle. In der letzten Aktuellen Stunden habe ich eingestanden, dass ich Rankings mag, da die Rankings, die immer wieder hier in diesem Raum angesprochen werden, eine Leistungsbilanz für Wien sind. In allen europaweiten Studien, oder sehr, sehr vielen europaweiten Studien, aber auch in weltweiten Studien ist Wien immer ganz vorne zu finden, und das ist schon ein Garant dafür, was alles hervorragend in Wien funktioniert.

Wenn man so ein paar europäische Zeitungen durchblättert, so hat man am 14. Juni - das ist noch nicht so lange her - in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" nachlesen können, dass Frankfurt Wien als ein Beispiel für einen Weg in eine sauberere Stadt folgt. Dort stellen sie 100.000 neue Müllcontainer auf, die mit Emojis und flotten Sprüchen versehen sind und nehmen Wien als Vorbild, um mit Augenzwinkern die Menschen daran zu erinnern, dass es Sinn macht und dass es wert ist, in einer sauberen Stadt zu leben und das auch zu erreichen. Nachdem es an der Humboldt-Universität für Psychologie eine Studie gegeben hat, die nachgewiesen hat, dass besonders Menschen unter 30 Jahren für etwa 60 Prozent des wilden Mülls in der Stadt verantwortlich sind, ist besonders diese Kampagne, die auch in Wien ja sehr, sehr hohe Akzeptanz erreicht hat, ein wirklich guter und gangbarer Weg, auch dort zu einer sauberen Stadt zu führen.

Das Konzept hat in Wien hervorragend funktioniert. Und es ist gelungen - und auch das wird in Frankfurt herangezogen -, gemeinsam mit den 50 Waste Watchern, die wir in Wien haben, das Reinhaltegesetz mit Nachdruck durchzusetzen. Die Waste Watcher sind in Wien zu jeder Tag- und Nachtzeit unterwegs, in Sachen Aufklärung, Ermahnung, aber natürlich auch im Vollzug. Sie werden von 400 ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Magistratsabteilung 48 und der Abteilung der Wiener Stadtgärten sowie den Ordnungsberatern von Wiener Wohnen unterstützt, und auch sie dürfen nach dem Wiener Reinhaltegesetz einschreiten. Durch die Anpassung, die wir heuer im Frühjahr gemacht haben, werden nun nicht nur die Grünflächen und öffentlichen Flächen gesetzlich definiert, sondern auch die Verunreinigung von Gewässern, wie zum Beispiel die Alte und die Neue Donau, die Brunnen und die Teiche, aber auch die Verschmutzungen des Stadtmobiliars. Das sind Bänke, das sind Poller, das sind Spielplätze, das sind Hydranten, das sind Litfaßsäulen. Das ist wichtig, weil es uns so in den letzten acht Jahren gelungen ist, für den öffentlichen Bereich, für die öffentlichen Flächen sehr viel Akzeptanz durchzusetzen, und durch diese Anpassung wird uns das auch weiter gut gelingen.

Neben den Kontrollen gibt es aber auch eine Vielzahl von bewusstseinsbildenden Maßnahmen, die ebenso wichtig sind. Wie die alljährliche Mitmachaktion "Wien räumt auf", wo es 2016 19.000 Freiwillige gab, die da mitgemacht haben, das Mistfest im September, aber auch die Mistmeisterschaften, die in den Volksschulklassen stattfinden, das Sommerferienspiel, das ja an sich sehr, sehr gut von den Wiener Kindern angenommen wird, auch hier macht das Ressort Umwelt mit. Aber auch die Angebote für Schulen und Kindergärten, die das Verständnis für ein sauberes Zusammenleben in unserer Stadt schärfen.

Es gibt Wien-weit flächendeckende Müllsammelstellen, bei denen man gratis Elektromüll, Sperrmüll los werden kann. In Liesing, in der Seybelgasse wurde gerade modernisiert, um alles noch besser abgeben zu können, eine große Erleichterung für all jene, die mit ihren Autos kommen und dann doch relativ sperrige Dinge abladen wollen. Aber auch Dinge, die noch funktionieren, jedoch nicht mehr gewollt werden, kann man im 48er-Tandlermarkt oder auch am Bazar abgeben, denn was der eine nicht mag, kann für den anderen wertvoll sein. Einerseits vermeidet man damit Müll, anderseits entstehen hier doch ein netter kleiner Gewinn und eine kleine Zubuße.

Dann möchte ich auch noch einmal auf die Vierbeiner in unserer Stadt zu sprechen kommen. Das war zwar heute schon Thema. Bedenken Sie, wie groß das Ärgernis war in dieser Stadt! Wenn die heute 3,2 Tonnen Hundekot, die heute schon vom Kollegen Maresch angesprochen worden sind, nicht mehr auf den Gehsteigen und in den Parkanlagen landen, sondern im Mist, dann ist das eine hervorragende Leistungsbilanz. Immerhin haben wir über 55.000 gemeldete Hunde in dieser Stadt. Wir haben mit unseren rund 4.000 Hundekotsackerlentnahmestellen, die gratis sind, und das ist sicher ein ent-

scheidender Moment an dieser Sache, eine hohe Akzeptanz, aber was besonders wichtig ist: Wir haben, nachhaltig und bewiesen, einen höheren Reinheitsgrad auf unseren Straßen. Ich danke noch einmal all den Menschen in diesem Ressort und in dieser Stadt, die helfen, Wien zu dem zu machen, was es ist. Ich freue mich darauf weiterzuarbeiten. - Danke. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas <u>Reindl</u>: Als Nächster ist Herr GR Holzmann zu Wort gemeldet. Selbstgewählte Redezeit auch 6 Minuten.

GR Ernst <u>Holzmann</u> (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bevor ich mit meiner eigentlichen Rede beginne, möchte ich auf drei Dinge eingehen, die Kollege Hofbauer gesagt hat. (GR Manfred Hofbauer, MAS: Na so was, Überraschung!) - Überraschung? Na wunderbar. Wenn du sagst, mein Verhalten bei der Abstimmung sei schäbig gewesen, möchte ich das jetzt einmal ganz ruhig zurückweisen. Ich denke, ich habe meine Ablehnung sehr wohl begründet. Ich kann das ganz kurz noch einmal zusammenfassen: Wir denken, dass die im Antrag gewünschte Verlängerung der Linie 71 maximal die zweitbeste Variante gewesen wäre, weil auch der 71er ... (GR Manfred Hofbauer, MAS: Ihr habt es aber gefordert!) Lass mich einmal ausreden, dann kannst du dich gerne nochmal zu Wort melden, wenn du noch Redezeit hast. Das können wir dann draußen noch besprechen. (GR Manfred Hofbauer, MAS: Geht nicht mehr!)

Wir halten die Variante, die die U3 direkt nur in Simmering mit Kaiserebersdorf verbindet, für die bessere, und für die haben wir jetzt auch Unterschriften gesammelt, wobei ich auch gleich dazusage: Ich glaube nicht, dass ihr einen kürzeren Zeitraum für eure Unterschriften gebraucht habt. Wir sind jetzt bei 7 bis 8 Wochen, ich glaube, das deckt sich in etwa mit eurer Zeit. Daher möchte ich auch die Aussage, wir würden länger brauchen als ihr, auch einmal zurückweisen, in Frage stellen.

Der dritte Punkt: Du kannst dir auch sparen, uns in Simmering auf die Sprünge zu helfen. Ich glaube, da würdest du dich ein bisschen übernehmen, das würdest du nicht schaffen. Aber mach dir keine Sorgen. Es werden der Simmeringer und die Simmeringerin, die dann zur Wahl gehen, entsprechend das Kreuzerl machen, und dann schauen wir mal, ob das, was ihr immer so prophezeit, auch wirklich eintritt. Ich bin guten Mutes, dass es hier ... (GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Herr Holzmann! Wie stimmen Sie heute ab?) - Draußen dann. Wie gesagt, Sie haben keine Redezeit mehr, also bitte sich auch daran zu halten, auch in der Sitzreihe. Danke schön.

Zu dem Antrag, der wieder eingebracht ist: Selbstverständlich ist es auch unser Wunsch, in Simmering die U-Bahn längerfristig nach Kaiserebersdorf zu verlängern (GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Das ist offenkundig peinlich!), allerdings schauen wir immer darauf, dass unsere Anträge auch realistisch sind. (GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Was ist denn konkret unrealistisch?) Wie gesagt: Jetzt machen wir den Schritt, dass wir die

Straßenbahnlinie verlängern, dann reden wir über die U-Bahn weiter. Gut, so viel zu dem, was der Kollege Hofbauer vorher gesagt hat. (GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Was ist denn konkret unrealistisch? Das müssen Sie schon begründen!) - Ich darf noch einmal daran erinnern, dass die Redezeit der FPÖ schon vorbei ist und komme jetzt zu meiner eigentlichen Wortmeldung.

Da es mir als Landwirtschaftssprecher auch wichtig ist, hier die Landwirtschaft zu stärken, möchte ich, passend zum Rechnungsabschluss 2016, erwähnen, dass die Stadt Wien, das Land Wien im Jahr 2016 über die MA 58 ... (Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.) - Wenn Sie sich in Simmering und in Wien auskennen, werden Sie feststellen, dass ein wesentlicher Teil des Gartenbaus in Simmering zu Hause ist, und somit wären wir wieder bei der von Ihnen zitierten Wurst. - Ich darf fortfahren: Die MA 58 hat im Jahr 2016 1,86 Millionen EUR an Förderung für die Wiener Landwirtschaft ausgeschüttet. (GR Manfred Hofbauer, MAS: Immer weniger!) Diese Förderungen sind auch Grundlage dafür, dass hier entsprechende Bundes- und EU-Mittel lukriert werden können, die meist miteinander gekoppelt sind.

Ich denke grundsätzlich an Simmering, an Wien, an die Gärten, an die Landwirtschaft. Ich glaube, jeder Euro, der hier investiert und gefördert wird, ist ein guter Euro für die Landwirtschaft, für die Simmeringer Gärtnerinnern und Gärtner und selbstverständlich auch für die Wiener. Die Landwirtschaft hat zum einen die wichtige Aufgabe, hier für Versorgungssicherheit in der Stadt zu sorgen, regionale, frische Produkte zu erzeugen. und nicht zuletzt ist die Wiener Landwirtschaft auch wichtig für die Erhaltung der Kulturlandschaft in Wien.

Ganz wichtig ist da auch die Zusammenarbeit mit der Politik, mit den Betrieben und mit der Landwirtschaftskammer. Am Beispiel BIO Cluster GmbH möchte ich anführen, was dabei Gutes herauskommen kann. Es gab den Impuls seitens der Stadt Wien, die gesagt hat: Wir möchten weiter die Bioproduktion ausbauen und Ökologisierung der Wiener Landwirtschaft fördern. So kam es dann, dass sich sieben Betriebe zusammengeschlossen haben beziehungsweise hier zusammenarbeiten und jetzt seit Frühjahr dieses Jahres 30 Hektar in der Donaustadt bewirtschaften, nämlich unter dem Markennamen "WIENER WURZELN", was ich persönlich für eine sehr gute Marke halte.

Wie gesagt, da werden 30 Hektar bewirtschaftet. So können die sieben Gärtnerbetriebe ihr seit Generationen tradiertes landwirtschaftliches Know-how einbringen, gute, nachhaltige Produktionsmethoden anwenden und so der Nachfrage des Konsumenten und des Einzelhandels nach mehr biologischen Produkten in den Regalen nachkommen. Es wird auch hier der Schwerpunkt auf dem Ab-Hof-Verkauf liegen. Der garantiert hier natürlich auch, wie gesagt, die Versorgungssicherheit und frische regionale Produkte; und da die landwirtschaftlichen Produkte direkt ab Hof verkauft werden, werden auch die Transportwege hier möglichst gering gehalten.

Da es schon leuchtet, nur noch eine Schlussbemerkung: Es gibt nicht nur diese 1,86 Millionen EUR an Förderungen an die Landwirtschaft, sondern es werden, auch ganz wichtig, kostengünstige Flächen zur Verfügung gestellt. (GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Und die U3?) - Und wenn Sie noch das Bedürfnis haben, mit mir zu sprechen, werde ich Sie dann bitten, im Anschluss mit mir hinauszugehen. - Danke schön und schönen Tag noch! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas <u>Reindl</u>: Als Nächste ist Frau Amtsf. StRin Mag. Sima zu Wort gemeldet. 15 Minuten sind laut Geschäftsordnung vorgesehen. - Bitte schön.

Amtsf. StRin Mag. Ulli <u>Sima</u>: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich würde, bevor ich zum Teil der Danksagungen komme, gerne auf ein paar der Wortmeldungen eingehen. Ich fange vielleicht an mit der Kollegin von den NEOS: Mir ist wirklich wichtig festzuhalten, dass es in meinem Ressort noch niemals Budgetüberschreitungen gegeben hat, die wären auch technisch in diesem Haus überhaupt nicht möglich. Man bekommt seinen Budgetanteil zugeteilt, Überschreitungen sind in meiner Geschäftsgruppe noch nie vorgekommen. Was Sie, glaube ich, meinen, sind Überschreitungen der Ausgabepost. Das heißt aber nichts anderes, als dass man von einem zum anderen quasi einen internen Transfer macht.

Sie haben gesagt, bei mir gibt es Budgetüberschreitungen, das sei ein Skandal, und ich sage Ihnen jetzt: Es hat noch nie eine Budgetüberschreitung gegeben, seit ich Stadträtin bin, es wird auch, wenn es nach mir geht, keine geben. Was wir hier machen, ist ein interner Transfer von der linken Tasche in die rechte Tasche, wenn Sie so wollen, aber in Summe geben wir nicht mehr Geld aus, als hier in diesem Haus mit dem Budget beschlossen wurde. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Dann ist noch moniert worden, wie schrecklich das ist, und wie wir nicht den Bürgern in die Tasche greifen mit den Gebühren, und ich weiß nicht, was. Ich möchte es hier auch noch einmal festhalten - Kollege Taucher hat es ja schon einmal gezeigt in der Graphik -: Wir gehören zu den Billigsten, was die Gebühren betrifft, bei einer maximalen Leistung in diesem Bereich, und zwar einer außerordentlich guten Leistung. Bei uns kommt die Müllabfuhr ein Mal in der Woche, bei manchen sogar öfter, in anderen Bundesländern kommt sie ein Mal im Monat, und Sie können dafür rund das Doppelte zahlen. Das ist der Unterschied, das macht die Qualität aus in Wien. Wenn Sie die Bürgerinnen und Bürger fragen, werden Sie feststellen: Sie zahlen gerne für diese Qualität niedrige Preise, nämlich im Vergleich zu den anderen österreichischen Hauptstädten. Die Menschen sind unglaublich zufrieden mit unserer Leistung, und das freut mich auch sehr. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Zum Kollegen Guggenbichler muss ich natürlich auch noch ein paar Worte heute verlieren, nämlich bezüglich des Kontrollamtsberichts. Es war eine sehr, sehr lange Schrecksekunde, die Sie da gehabt haben. Sehr typisch für die FPÖ: Zuerst unhaltbare Anschuldigungen vorbringen, mir Misswirtschaft vorwerfen, und als ich Sie dann im Rechnungshofausschuss aufgefordert habe, mir in dem Bericht eine Zeile zu zeigen, die das rechtfertigt, was Sie mir vorwerfen, was haben Sie da gemacht? Sie

haben geschwiegen. (GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Ich hab's Ihnen gerade erklärt, das ist ein Ausschuss und keine Quizsendung!) Es war peinliches Schweigen, ich habe da etliche Zeugen. Dann hat sich der Kollege Meidlinger gemeldet und hat gesagt: Na, Herr Gemeinderat, was ist jetzt? Wie können Sie das begründen? Sie haben wieder nichts gesagt. Das heißt, Sie haben jetzt offensichtlich mehrere Wochen gebraucht, bis Sie sich zu diesem Thema irgendeine Antwort aus den Fingern gesaugt haben.

Ich finde es wirklich ungeheuerlich, dass Sie mir hier Misswirtschaft vorwerfen auf Grundlage eines Berichts, der aus meiner Sicht ein Rohrkrepierer für Sie war. (GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Haben Sie mir zugehört?) Sie haben nämlich gesagt, was da nicht für wahnsinnige Skandale aufgedeckt werden. Es ist überhaupt nichts aufgedeckt worden, außer dass man die WGM ersucht hat, bei der Dokumentation künftig noch etwas genauer zu sein. Ja, gut, mit dieser Empfehlung können wir sehr gut leben. Aber was Sie da alles phantasiert haben, das da drinnen stehen soll, das konnten Sie nie auch nur mit einer Silbe belegen und auch heute nicht. Das finde ich wirklich ungeheuerlich! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. -GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Ich habe aus dem Bericht zitiert, auch wenn es Ihnen nicht gefällt! Frau Stadträtin! Wenn Ihnen der Stadtrechnungshofbericht nicht gefällt, ist das Ihr Problem!)

Den von Ihnen erhofften Skandal haben Sie wieder einmal nicht gefunden. Sie hatten offensichtlich hohe Hoffnungen, in diesem Bereich etwas zu finden, aber ich muss Sie enttäuschen: Aus Ihrer Sicht leider wieder nichts. (GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Haben Sie mein Zitat gelesen?) - Ja genau, da kann man wirklich nur noch trocken lachen. Wissen Sie, ich finde das eigentlich auch nicht mehr lustig, weil Sie immer wieder hergehen und mir Dinge vorwerfen, die strafrechtlich relevante Tatbestände sind, zum Beispiel die Tierquälerei. Sie haben mir Tierquälerei vorgeworfen. Das ist nach dem Strafgesetzbuch ein strafrechtlich relevanter Tatbestand. (Zwischenruf von GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc.)

Nein, das ist nicht Wehleidigkeit, sondern Sie werfen mir hier im Schutze der parlamentarischen Immunität unglaubliche Dinge vor, die Sie dann nicht belegen können, was Sie aber davon nicht abhält, das weiter zu behaupten, wie man ja heute puncto Misswirtschaft gesehen hat. Ich sehe überhaupt nicht ein, warum ich mir das als Stadträtin von Ihnen gefallen lassen soll. Ich ersuche Sie: Kommen Sie zu einer sachlichen Debatte wieder zurück oder legen Sie Beweise für Ihre Anschuldigungen vor! Aber das ist wirklich ungeheuerlich! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Noch einmal zurückkommend zu den Gebühren, weil das in einigen Wortmeldungen auch immer wieder ein Thema war, ich sage das hier noch einmal ganz klar, und ich habe es schon einige Male hier sehr klar gesagt: Wir stehen dazu, dass wir für Investitionen in die Infrastruktur finanzielle Mittel brauchen. Wir stehen dazu, dass wir für das Zahlen der Gehälter für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wobei es bei den Gehältern auch jährliche

Steigerungen gibt, finanzielle Mittel brauchen, um das zu tätigen. Das ist unsere Philosophie, und wir stehen dazu, dass wir hier investieren und für eine gute und funktionierende Infrastruktur in einer wachsenden Stadt sorgen.

Sie haben da einen ganz anderen Plan, das haben wir gesehen, als die schwarz-blaue Bundesregierung hier am Zug war. Sie wollen die Gebühren möglichst, sagen wir einmal, gleich halten, nicht erhöhen. Sie wollen die Infrastruktur, Organisationen und Abteilungen aushungern. Sie wollen das so lange machen, bis die Bürgerinnen und Bürger unzufrieden sind. Dann wird der Ruf nach einer Privatisierung laut, und dann wird das Familiensilber der Republik beziehungsweise diese Abteilungen verkauft. (GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Das ist unseriös, Frau Stadträtin, was Sie hier machen! Das ist genau das, was Sie anderen vorwerfen!)

Nein, das ist keine Unterstellung, das ist politische Tatsache. (GR Christian Oxonitsch: Das ist historisch belegt!) Das ist das, was dahintersteckt, wenn Sie uns vorwerfen, dass wir Gebühren anpassen. Jawohl, wir müssen Gebühren anpassen, weil wir das Geld brauchen, um es in die Infrastruktur dieser Stadt zu investieren, damit wir eine Infrastruktur auf einem sehr hohen Niveau haben. Dazu stehe ich auch, dazu steht die SPÖ, und dazu stehe ich auch als Stadträtin. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Eine Anmerkung noch zur Kollegin Matiasek, weil es da heute sehr intensiv um die Baumpflege gegangen ist: Ich muss Ihnen jetzt etwas gestehen, das Sie möglicherweise schockiert, aber es gibt keine politische Einmischung in Fachfragen der Baumpflege. Ich vertraue da wirklich voll auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Stadtgartenamt, die das wirklich ganz, ganz hervorragend machen, mit ganz viel Herzblut, mit sehr viel intensivem Einsatz. Ich vertraue darauf, dass Rainer Weisgram sich in fachlichen Fragen der Baumpflege jedenfalls besser auskennt als ich. Ich kann Sie beruhigen. Es gibt da keine politische Einmischung und auch keine politische Vorgabe von mir, sondern die Kolleginnen und Kollegen treffen auf Grund ihres hervorragenden Fachwissens, und da bin ich mir ganz sicher, die richtigen Entscheidungen darüber, wie man die Bäume in Wien bestens hegt und pflegt. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Jetzt auch noch eine Anmerkung zum Thema Sauberkeit, weil Sie hier wieder in Ihrer Rede angedeutet haben oder auch gesagt haben, dass es in der Vorstadt so viel dreckiger wäre als in der Innenstadt: Das möchte ich wirklich massiv zurückweisen. Wir sind zu Recht sehr stolz darauf, dass es in Wien überall sauber ist, dass wir keinen Unterschied machen und nicht sagen, sauber ist es nur im 1. Bezirk und überall sonst ist es uns egal. Wir sind da wirklich ganz intensiv dahinter. Wenn Sie keine Waste Watcher sehen, dann hat das den Grund, dass diese zum Großteil und überwiegenden Teil in Zivil unterwegs sind, weil das viel, viel mehr Sinn macht. Wir haben auch ein sehr ausgeklügeltes System in der ganzen Straßenreinigung, im Bereich der Sauberkeit, dass nicht nur das Reinigungspersonal oder Straßenkehrer da durchgehen. Es gibt natürlich noch eine Kontrollinstanz.

Wenn wir gehäufte Verschmutzungsmeldungen bekommen, sei es über die Waste Watcher, sei es über unser Misttelefon oder über andere Bereiche, wird noch einmal nachkontrolliert, wird auch nachgeschärft bei der Reinigung. Das heißt, wir haben ein sehr intensives Rückmeldesystem, das eben genau dafür sorgt, dass wir es schaffen, in ganz Wien - und das ist mir sehr wichtig, auch in der Vorstadt - wirklich ein hohes Sauberkeitsniveau zu erreichen und weiterhin aufrechtzuerhalten. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Zu guter Letzt möchte ich mich auch noch an die Danksagungen anschließen. Danke an mein Team, an meine Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter, die so hervorragend sich jeden Tag für die Umwelt in Wien einsetzten, aber auch dafür, dass die Lebensqualität in dieser Stadt so hervorragend ist. Ich freue mich immer sehr, wenn wir in puncto Lebensqualität vorgereiht werden, weil ich glaube, dass das Umweltressort in Wahrheit das Lebensqualitätsressort der Stadt ist und wir da einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass Wien eine lebenswerte Stadt ist. Danke natürlich auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Büro, die mich und das Team im Gemeinderatsausschuss jeden Tag unterstützen. Herzlichen Dank! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert <u>Kowarik</u>: Zur Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke und zum Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Kultur, Wissenschaft und Sport. - Es erfolgt ein sportlicher, schneller Wechsel der Stadträte. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Meinl-Reisinger. Ich erteile es ihr. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 10 Minuten.

GRin Mag. Beate <u>Meinl-Reisinger</u>, MES (NEOS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich jetzt darüber, hier über Kunst und Kultur sprechen zu dürfen. Meine Kollegen werden später noch auf die anderen Aspekte in dieser Geschäftsgruppe eingehen. Wie wir schon öfter gehört haben: Wenn es ums Budget geht, wenn es um den Rechnungsabschluss geht, geben die Zahlen wieder, in welche Richtung sich die Politik in dieser Frage entwickelt. Es ist tatsächlich eine sehr relevante Frage, wohin man denn mit der Kulturpolitik, wohin man mit dem Bereich der Kunst- und Kulturförderung in dieser Stadt sich weiterentwickeln will.

Es gibt da immer wieder so einen Konflikt, würde ich einmal sagen, zwischen einem gewissen Senioritätsprinzip, Alteingesessenes, insbesondere alteingesessene Institutionen, zu fördern, also Struktur, letztlich auch Einrichtungen, die historisch gewachsen sind, oder auch Raum zu geben für neue, innovative Projekte und Kunstformen und da eine Chance zu eröffnen. Diese Diskussion wurde ja auch in den letzten Tagen recht angeregt anhand der Wiener Festwochen geführt. Auf die Wiener Festwochen werde ich auch noch zu sprechen kommen.

Mir ist völlig klar, es braucht hier eine gewisse Balance, und in Zeiten engerer Budgets ist es auch ganz klar, dass es in vielen Bereichen politische Entscheidungen braucht, und dass es auch Bereiche gibt, wo man sagt, wir müssen uns ganz grundlegend anschauen, wie wir hier den ganzen Teil der Fördervergabe auf neue Beine stellen und vielleicht sogar eine Tabula rasa machen, um das auf ganz neue Beine zu stellen.

Als Beispiel möchte ich hier die Filmfestival-Förderung anführen, wo man ja die Chance gehabt hätte auf eine völlig neue Strukturierung und eine neue Verteilung der Fördermittel. Die Idee war nämlich sehr gut. Man wollte das auf neue Beine stellen und hat einen Beirat mit Expertinnen und Experten eingesetzt, der sämtliche Subventionswerberinnen und -werber neu bewertet und klare Empfehlungen ausgesprochen hat. Die Umsetzung war aber schlecht, denn was dann passiert ist, ist wahrscheinlich ein politisches Gezerre gewesen, und Sie, Herr Kulturstadtrat, sind dann nicht den Empfehlungen des Beirats gefolgt, sondern haben selbst wieder Anpassungen vorgenommen. Das ist natürlich schade, weil es die Chance gewesen wäre, zu zeigen, was es heißt, wenn man wirklich Dinge auf neue Beine stellt.

Zweifelsohne muss man Schwerpunkte setzen, und ich habe an dieser Stelle schon öfters gesagt, Kunst und Kultur muss auch gewisse Ziele im Auge haben. Diese Ziele werden ja politisch definiert, und sie finden sich ja auch wieder in hunderten Seiten an Papier, sei es im Regierungsprogramm oder in anderen Bereichen. Da heißt es, man möchte gewisse Ziele erreichen, etwa einen niederschwelligeren Zugang zu kulturellem Angebot, nicht nur für Innenstadtbewohner, sondern auch in den Flächenbezirken, oder dass man möglicherweise auch andere Schichten erreicht, die nicht von selbst aus in ein Theater gingen.

Das sind alles Ziele, die letztlich politisch festgelegt werden, die man im Auge haben kann und muss. Man muss sich aber immer anschauen, ob man diese Ziele auch erreicht, das muss man immer wieder evaluieren. Da heißt das Zauberwort Wirkungsorientierung, wobei ich als verantwortungsvolle Politikerin, als verantwortungsvoller Politiker mir sehr wohl regelmäßig anschauen muss: Ist es denn überhaupt so, dass ich mit den vielen Euros, die ich hier ausgebe, die mir selbst gesetzten Ziele erreiche? Und natürlich muss man dann auch offen darüber diskutieren, wie man das noch besser macht. Dazu braucht es klare Kennzahlen, immer wieder Evaluierung und jedenfalls auch Zielvereinbarungen mit Institutionen und eine Einführung von Wirkungszielen auch im Bereich Kunst und Kultur.

Deswegen bringe ich hier heute einen Antrag ein, dass wir beim Rahmen des jährlichen Budgetvoranschlags klare Wirkungsziele, auch nach Vorbild des Bundes, muss man sagen, hier etablieren, um da zukünftig ein bisschen evidenzbasierter unterwegs zu sein. (Beifall bei den NEOS.)

Die Evaluierungen finden allerdings nicht nur anhand von nackten Zahlen statt. Ich glaube also, dass es notwendig ist, nicht nur quantitativ zu evaluieren, sondern das ist ein Anspruch, den auch die Kulturpolitik haben muss - man muss sich auch die Qualität anschauen. Ich glaube, es wäre geradezu nachlässig, nicht auch auf die

Qualität zu schauen, wohl wissend, dass es nicht immer die Politik selber ist, die definiert, was qualitativ hochwertig ist oder nicht. Es gibt auch in diesem Bereich Expertinnen und Experten, es gibt Besprechungen oder was auch immer, Indikatoren, die Auskunft darüber geben, welche Qualität ich auch erreiche. Hier komme ich auf zwei Bereiche, die ich durchaus als Kulturtanker definieren würde. Das eine sind die Vereinigten Bühnen Wien, das andere sind die Festwochen.

Ich habe eingangs gesagt, natürlich muss man die Frage politischer Natur stellen: Wohin will man mit der Kulturpolitik in dieser Stadt? Die Vereinigten Bühnen Wien sind ein langjähriges Gezerre und eine Diskussion. Noch vor einigen Jahren, als die Mittel weniger wurden oder als dann mehr Mittel gefordert wurden, hat es geheißen, ja, es gibt ein politisches Bekenntnis dafür, dass wir die Vereinigten Bühnen auf neue Beine stellen, dass wir offen darüber reden, dass es vielleicht ein neues Haus gibt, dass es im Raimund Theater mehr Plätze geben wird, weil es, was ja tatsächlich stimmt, wirtschaftlich sich kaum rentiert, so ein Raimund Theater oder auch das Ronacher zu bespielen.

Wenn man aber jetzt das Interview des Direktors der Vereinigten Bühnen Wien, Patay, letzte Woche im "Kurier" liest, so muss man sagen, das ist alles abgesagt. Es ist offensichtlich alles abgesagt. Da ist nicht mehr die Rede davon, dass man sich grundsätzlich eine Neuausrichtung überlegt, dass man sich grundsätzliche Gedanken macht: Will ich einen Bereich, der in anderen Städten durchaus mit nicht so hohen Subventionen von Seiten der öffentlichen Hand auskommt, weiter so hoch dotieren? Es ist immerhin die Hälfte des gesamten Budgets für darstellende Kunst, was da ausgegeben wird.

Er sagt, das Raimund Theater wird saniert, es wird aber nicht mehr Plätze geben. Darüber hinaus ist nichts zu lesen von einem Zukunftskonzept. Um ausgeglichen zu budgetieren, wurden Rücklagen aufgelöst, aber er warnt natürlich jetzt schon wieder: Es wird sehr knapp werden für die Zukunft. So kann das nicht weitergehen, meine Damen und Herren! Wir können nicht Jahr für Jahr hier die gleichen Debatten führen und uns teilweise auch versprechen lassen, dass es zu einer Neuaufstellung kommt, wenn dann nichts, und zwar überhaupt nichts passiert.

An dieser Stelle möchte ich die Frage der Journalisten wiederholen, nicht weil es mir jetzt persönlich ein Anliegen ist, persönliche Fragen zu stellen, aber es ist doch verwunderlich, dass es offensichtlich kein Problem ist, dass der Direktor der Vereinigten Bühnen Wien gleichzeitig einen weiteren Vollzeitjob ausüben kann als Direktor für die Universität für Musik und darstellende Kunst. Also wenn die Fragen, die da gestellt wurden, die ja nicht beantwortet wurden, aber wenn das stimmt, dann halte ich das tatsächlich für problematisch, weil ich glaube, dass eine dieser Aufgaben wirklich ausreichend ist.

Lassen Sie mich jetzt noch zu den Wiener Festwochen kommen. Die standen ja heuer durchaus in der Kritik von einigen Kulturjournalistinnen und Kulturjournalisten, die eigentlich eines, und das möchte ich jetzt einfach zusammenfassen, gesagt haben: Ja, man hat

hier etwas Neues probiert - dagegen verwahre ich mich gar nicht -, aber es ist grundsätzlich fad gewesen. Also ganz unabhängig von den geringeren Kartenausgaben ... Da werden wir eine schriftliche Anfrage nachreichen, Herr Stadtrat, was denn mit ausgegebenen Karten gemeint ist. Wurden die verkauft, oder wurden sie verschenkt? Also dieser Begriff ist hier schon ganz wichtig. Wir wollen hier wirklich Zahlen sehen. Ganz grundsätzlich von der Aufnahme des Publikums, die nicht so gut war, ist es auch besprochen gewesen, dass es eigentlich fad war.

Da muss ich einmal ganz grundsätzlich eine Frage stellen. Das war sehr schön, letzte Woche bei der Akademie der bildenden Künste hat da Kathrin Röggla eine Laudatio oder eine Festrede gehalten und hat dabei einen Satz gesagt, den ich sehr schön fand. Sie hat gesagt: "Ich wäre so gerne radikal!" Manchmal habe ich das Gefühl, dass auch die Kunst- und Kulturszene in diesem Wunsch verharrt: Ich wäre so gerne radikal! Aber ich sage Ihnen etwas, und das ist mein tiefes Credo: Radikale Ansätze werden wir nicht finden im hochsubventionierten institutionellen Bereich, niemals (Beifall bei den NEOS.), denn das ist ein Bereich, wo es eine geförderte Kultur gibt, wo es eine gewisse Saturiertheit gibt, wo man einen Fördermarkt etabliert hat. Das heißt, man macht das, was sozusagen dem Fördergeber angenehm ist, oder was zwar vielleicht in den Augen des Fördergebers als wahnsinnig kritisch angesehen wird, in Wahrheit allerdings nichts anderes ist als ödester Mainstream, den kaum einer mehr aushalten kann.

Suchen Sie nach radikalen neuen Ausdrucksformen! Aber Sie werden sie nicht finden im Bereich der hochsubventionierten Einrichtungen oder der hochsubventionierten Festivals. Ja, dort werden auch neue Wege beschritten, aber die radikalen Ansätze passieren heute ganz woanders, und zwar in den Bereichen, wo es keine Subventionen gibt, wo es keine Günstlinge gibt, wo es keine Freunde gibt, sondern wo einzelne Künstlerinnen und Künstler neue Wege beschreiten, auch aus der Not heraus, weil sie sich einen Ausdruck hier verschaffen wollen. Dort ist die Innovation zu Hause, und dort sollten wir sie auch finden! - Vielen Dank. (Beifall bei den NEOS.)

Ah, entschuldigen Sie, nein. Einen Punkt wollte ich noch sagen. Das ist jetzt ein bisschen ein Kontrapunkt. Ich werde mich bemühen, es relativ rasch zu halten, damit ich euch nicht so viel Redezeit wegnehme. Ein Konterpunkt zur Innovation gerade: Innovation ist uns wichtig. Es ist uns allerdings auch wichtig, dass sehr behutsam mit dem kulturellen Erbe dieser Stadt umgegangen wird. Da habe ich allerdings meine Zweifel. Ich werde hier jetzt nicht wieder eine Heumarkt-Debatte anfangen, aber es gibt auch ganz andere Bereiche, wo mir oder uns sozusagen das Fingerspitzengefühl der Stadtregierung fehlt, wo wir wirklich den Eindruck haben, dass man ganz grundlegend, auch wenn Sie es plakatieren, kein Gespür dafür hat, welch wertvolle Kulturschätze man eigentlich hat.

Das betrifft das Otto-Wagner-Areal, wo es nicht nur um ein einzigartiges Jugendstilensemble, sondern auch in medizinhistorischer oder stadtplanungshistorischer Sicht um ein wirklich einzigartiges Ensemble geht. Otto Wagner ist ein großartiger Stadtplaner gewesen. Sein Geburtstag jährt sich nächstes Jahr zum 100. Male, glaube ich. Das wäre ein Anlass, hier wirklich einen radikalen Kurswechsel zu machen, auch in der Stadt, wie man mit diesem einzigartigen Areal als Ganzes umgeht.

Wir NEOS haben ja ein Konzept auf den Tisch gelegt, das eine multifunktionale Nutzung vorsehen würde, wo es Universitäten geben wird, wo es Raum für Startups geben wird, wo es Ateliers geben wird, denn wir brauchen ganz dringend Infrastruktur für Künstlerinnen und Künstler, wo es auch Schulen und Kindergärten geben soll, und in einem begrenzten Bereich, etwa im studentischen Bereich, auch Wohnen. Das sind Vorschläge, die am Tisch liegen. Die kann man diskutieren. Wir haben das jetzt zuletzt in einem Bürgerforum gemacht. Wir haben auch vorgeschlagen, dass man das Ganze mit einer Seilbahn verbindet. Das war sehr ernst gemeint und wird auch von Expertinnen und Experten gutgeheißen. Ich möchte jetzt aber einen Bereich hier herausgreifen, weil mir der so besonders am Herzen liegt. Das ist der Bereich des Jugendstiltheaters.

Dieses Jugendstiltheater ist tatsächlich ein Juwel. Es wurde über lange Zeit noch von einem Verein bespielt. Seit rund acht Jahren - und damals wurde versprochen von Seiten des KAV, dass das saniert wird - ist dort allerdings überhaupt nichts mehr passiert. Ich halte es, gelinde gesagt, für eine Kulturstadt wie Wien für eine Schande, wie mit so einem Theater, wie mit so einem Kulturschatz umgegangen wird. Daher stelle ich heute den Antrag betreffend Revitalisierung des Jugendstiltheaters am Otto-Wagner-Areal. Hier kann man auch vielleicht innovativen Produktionen das Ganze öffnen und gleichzeitig ein starkes Bekenntnis abgeben zum kulturellen Erbe in dieser Stadt. - Danke. (Beifall bei den NEOS.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas <u>Reindl</u>: Die Redezeit hat 12 Minuten betragen, das heißt, die NEOS haben eine Restredezeit von 11 Minuten. Ich bitte, das für die weiteren Reden zu beachten. Als Nächster ist Herr GR Dkfm. Dr. Aichinger zu Wort gemeldet. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten.

GR Dkfm. Dr. Fritz <u>Aichinger</u> (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Rechnungsabschluss 2016, Rechnungsabschluss Kultur, Wissenschaft und Sport - die erste Wortmeldung ist leider immer: Den Kulturbericht Kunst und Kultur und den Wissenschaftsbericht haben wir heute bekommen. Ich glaube, jedes Jahr sagen zu müssen, dass das eigentlich eine Geringschätzung der Gemeinderäte ist und dass es eigentlich unmöglich ist, dass man das so spät bekommt, wobei es heuer schon eine ganz kleine Verbesserung gab: Normalerweise haben wir die Berichte hier bekommen, auf dem Tisch liegend, heute kamen sie in den Klub um 8.30 Uhr. Das ist eine Verbesserung, aber trotz alledem, glaube ich, ist es dieses Hauses nicht würdig, dass man das so macht. (Beifall bei ÖVP, FPÖ und NEOS.)

Es gibt einen zweiten Punkt im Kulturressort, der, glaube ich, auch einzigartig in diesem Hause ist. Ich darf, wie gesagt, diesem Hause seit 16 Jahren angehören, war bis jetzt ausschließlich im Finanzausschuss tätig, habe aber auf Grund meiner Funktion als Klubobmann viele Ausschüsse betreuen dürfen, und eines merke ich in diesem Ausschuss: Dass regelmäßig extrem viele, meistens die Hälfte der Geschäftsstücke wesentlich später als vorgesehen vorgelegt wurden.

Ernst Woller schaut mich gerade an. Er hat mich das letzte Mal im Ausschuss nämlich provoziert, als er den Satz gesagt hat, die Unterlagen seien rechtzeitig zugegangen. Lieber Ernst Woller! In der Geschäftsordnung steht drinnen, dass die Unterlagen mit den Geschäftsstücken eine Woche vorher zugehen sollen. Wenn das nicht der Fall ist, ist bis zu drei Tagen vorher Zeit, und wenn nicht, muss dann eine Zweidrittelmehrheit vorliegen, damit es auf die Tagesordnung kommt. Wir sind ja keine I-Pitzl-Reiter, aber wenn ein Ausschuss am Montag um 11 Uhr stattfindet und wir am Freitag um 14 Uhr die Unterlagen bekommen, dann ist das, glaube ich, doch ein bisschen knapp. Auch da, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat, würde ich mir wünschen, dass das in Zukunft ein bisschen anders vor sich geht.

Jetzt zu Kunst, Kultur und Sport: Wie jedes Jahr, muss man dazu sagen, möchte ich mich auch wieder hier mit dem Bereich darstellende Kunst beschäftigen, der immerhin 80 Millionen EUR ausmacht. Meine Vorrednerin hat schon von "Tankern" gesprochen. Hier ist eine ungleiche Verteilung. Ich war in der letzten Zeit extrem viel in Theatern, in kleinen Theatern, in Mittelbühnen, habe viel gesprochen mit kaufmännischen und künstlerischen Leitern von Theatern. Die jammern alle darüber, wie ungleich hier verteilt wird, wie diese Theater im Verhältnis weniger Subvention bekommen als die großen. Vor allem die ganz kleinen, die freien Gruppen, bekommen Beträge, wo es heutzutage fast nicht mehr möglich ist im Großen und Ganzen, offensichtlich Kunst und Kultur zu betreiben und hier wirklich gutes und qualitätsvolles Theater zu machen.

Das geht immer zu Lasten einer Organisation der Vereinigten Bühnen Wien, die bis jetzt nach wie vor 41 Millionen EUR im Jahr 2016 bekommen hat, mehr als 50 Prozent dieser Position, meine Damen und Herren. Wir wissen genau, dass dort nicht alles in Ordnung ist, dass die Auslastungen unterdurchschnittlich sind, vor allem im Musical-Bereich. Wir haben uns zwar geeinigt beziehungsweise wurde geeinigt bei dem Konzept, dass es in der Oper ein Stagione-System gibt, das sicherlich teurer ist, aber sicherlich nicht 2,5 Mal so teuer sein kann, wie, nehmen wir an, die Subvention in der Wiener Staatsoper.

Es wurde schon einige Male angekündigt, dass es da ein neues Konzept geben wird und wir die Subventionen werden zurückfahren können, darauf warten wir jetzt. Die Chance haben wir aber jetzt, weil vor allem für die Vereinigten Bühnen die zwei Intendanzen, die Intendanz Musical und die Intendanz Oper, neu ausgeschrieben wurden. Es haben sich angeblich 50 Bewerber gemeldet, wobei in der Ausschreibung sogar drinnen war, meiner

Ansicht nach ein wesentlicher Punkt, ob sich zum Beispiel einer für beides meldet. Da ist es auch noch eine Frage, ob das möglich ist oder nicht. Ich sehe daher ein, dass diese neue Intendanten ein neues Konzept bringen müssen, aber ich hoffe, dass, wenn sie bestellt werden, wenn sie ein neues Konzept haben, diese Subventionen nicht so hoch sein werden und dass es zu einer Entscheidung kommen wird.

In dem bereits erwähnten Interview im "Kurier" war heute angeführt, dass sich Prof. Patay nicht vorstellen kann, dass man einen nimmt, der beides abdecken kann für vier Häuser. Wir wissen, wir haben das Theater an der Wien, die Kammeroper, das Raimund Theater und das Ronacher. Hier wird die Frage sein, ob die Intendanzen wirklich mit Konzepten kommen und ob hier wirklich in Zukunft ein anderer Schnitt ist. Noch dazu gehören diese Unternehmungen, wie ich heute schon im Finanzausschuss gesagt habe, zu 100 Prozent der Gemeinde Wien, sodass die Subvention sozusagen von der rechten in die linke Tasche fließt, meine Damen und Herren. Wir sind gespannt, wie das funktionieren wird und ob es hier einen Neuanfang geben wird, einen Neustart nicht nur in künstlerischer, sondern auch in finanzieller Angelegenheit. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir reden zwar über den Rechnungsabschluss 2016, meine Damen und Herren, aber ein Thema von 2017 müssen wir besprechen, das sind die Wiener Festwochen. Es hat keinen Sinn mehr, über die Wiener Festwochen 2016 zu sprechen, sondern es ist besser, wir sprechen über jene von 2017, die vor wenigen Tagen zu Ende gegangen sind, die medial im Vorhinein großes Aufsehen erregt haben. Viele neue Dinge hätten kommen sollen beziehungsweise sind auch gekommen, doch hat all das im Endeffekt nicht gebracht, was versprochen wurde. Auch die Auslastung hat, so glauben wir, nicht hundertprozentig dem entsprochen, was man sich vorgestellt hat, ohne hier genauer auf eine Zahl einzugehen.

Diese Wiener Festwochen bekommen immerhin 11 Millionen EUR, und ich glaube, in der Zeit, in den 35 Tagen, ist vieles passiert. Ich habe hier eine Menge Pressemeldungen, in denen etwa vom Wiener "Festl" die Rede ist und ähnliche Dinge mehr. Ich erspare es mir, darauf einzugehen, was sich da abgespielt hat, was verwendet wurde, wie die Leute weggegangen sind und wirklich auch leere Vorstellungen waren.

Eines stimmt mich nur zuversichtlich - darum lese ich das nicht vor -, nämlich dass der Herr Stadtrat heute in einem APA-Interview schon mitgeteilt hat, dass es einer grundsätzlichen Evaluierung bedarf, ob das so weitergeführt werden kann und ob man jemandem so die freie Hand geben kann, sodass er mit dem Geld machen kann, was er will. Da kommt jetzt das Prinzip Hoffnung. Herr Stadtrat, bitte greifen Sie ein! Schauen Sie, wie das weitergeht. Aber ich glaube, ein zweites Mal Wiener Festwochen 2017, verlängert auf 2018, das können wir uns nicht vorstellen.

Nächster Punkt, auch hier mehr Fragen als Antworten, ein Großprojekt, das größte Projekt überhaupt der ganzen Legislaturperiode, Wien Museum: Beim Wien Museum sind wir nach wie vor nicht viel weiter als vor

einem halben Jahr. Zum Thema Wien Museum haben wir im November, wie wir schon beim Budget besprochen haben, nicht alles erfahren. Wir wissen jetzt nur ein bisschen mehr, nämlich dass jetzt Probebohrungen gemacht werden, um festzustellen, ob der Bau überhaupt funktionieren kann und wie weit das ausschauen wird, wir wissen aber nichts von einer Finanzierung. Wir wissen nur das eine: Dass das Winterthur-Gebäude unter Umständen aufgestockt wird. Da muss man klar und deutlich eines sagen, meine Damen und Herren: Wir müssen auf jeden Fall danach trachten, dass im Flächenwidmungsplan zwischen dem Wien Museum und dem Winterthur-Gebäude getrennt wird, damit nicht das eine passiert und das andere dann überhaupt nicht kommt.

Ganz kurz sei noch erwähnt: Es kommt zu einer Sanierung des Wiener Raimund Theaters, auch das haben wir heute schon gehört. Das soll 13 Millionen EUR kosten, meine Damen und Herren. Wir werden sehen, wie wir das finanzieren, und auch hier möchte ich vielleicht noch einmal erwähnen: Wir wissen genau - und das haben Sie noch im Herbst nicht bestätigen können beziehungsweise habe ich es damals schon erwähnt-, dass die erste 4 Millionen EUR Baurate für das Volkstheater vom Sportbudget genommen worden ist. Und tatsächlich sieht man jetzt im Rechnungsabschluss, dass das Sportbudget um ziemlich genau 4 Millionen EUR weniger ist als im Voranschlag und das Kulturbudget um 4 Millionen EUR höher ist als im Vorschlag. Daran sieht man eindeutig, dass zumindest die erste Rate für die Sanierung des Volkstheaters aus dem Bereich Sport gekommen ist, und das ist, glaube ich, keine gute Idee.

Ein weiterer Punkt, Sanierung: Da muss man sagen, das kommt auf uns zu. Ich meine die ungelöste Frage das WUK in der Währinger Straße. Auch dort, meine Damen und Herren, wird es über kurz oder lang zu Sanierungen kommen müssen, sonst kommt es wahrscheinlich zu Schließungen, weil vieles dort im Argen liegt. Da wird sich die Frage stellen: Wie schaut das aus? Werden wir dort einen Mietvertrag sehen? Wir wissen alle, das ist mit der MA 34, sprich, mit Ihrem Kollegen Michael Ludwig zu besprechen, Herr Stadtrat. Es wird wichtig sein, dass dort klare Verhältnisse kommen. Über kurz oder lang muss dort etwas passieren, weil der Zustand dieses Hauses unerträglich ist und wahrscheinlich auch die Zuschauer da nicht mehr so hineingehen können.

Abschließend vielleicht noch zur Kultur: Ein Anliegen, das uns sehr, sehr wichtig ist und vor allem im Bezirk, meine Damen und Herren, großes Aufsehen erregt, ist, die Marx Halle als große Eventlocation zu erhalten. Die Marx Halle, die unter Denkmalschutz steht, die wirklich einzigartig ist von der Größe und vom Ambiente her, soll nicht unter Umständen zerstückelt und in kleine Einheiten aufgeteilt werden. Sie soll nicht, ich sage das Wort wirklich, mutwillig zerstört werden. Wir wollen daher diese Marx Halle so erhalten. In diesem Sinne darf ich zusammen mit meinem Kollegen Wolfgang Ulm folgenden Beschluss- und Resolutionsantrag einbringen:

"Der Gemeinderat ersucht Herrn Amtsführenden Stadtrat für Kultur, Wissenschaft und Sport, gemeinsam mit der Frau Amtsführenden Stadträtin für Finanz, Wirtschaft und Internationales ein Konzept auszuarbeiten, das es ermöglicht, die Marx Halle als große Eventlocation zu erhalten, die kleinteilige Aufteilung des Gebäudes zu verhindern und auch die Vielfalt der Veranstaltung künftig zu erhalten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt." (Beifall bei der ÖVP und von GR Christian Unger.)

Jetzt möchte ich noch ganz kurz etwas zum Thema Sport sagen, meine Damen und Herren. Leider kommt der wahrscheinlich wieder zu kurz. Das Thema Sport, muss man nach wie vor dazusagen, teilt sich im Prinzip in zwei große Bereiche, nämlich einerseits in die sogenannte Hardware, sprich, in die ganze Infrastruktur. Hier sind viele Aufgaben vor uns. Die eine oder andere Aufgabe wird in Angriff genommen wie die Rundhallen beziehungsweise der Sportklub-Platz. Es wird demnächst der Vienna-Platz sozusagen noch anstehen und einige Turnhallen ebenfalls. Weiters haben wir eine Anfrage dazu gestellt, wie es überhaupt mit den Sportstätten weitergehen wird, weil wir wissen, dass wir eine wachsende Stadt sind und mehr Möglichkeiten brauchen werden.

Ich möchte mich aber heute auf einen anderen Bereich konzentrieren: Wie schaut es aus mit der täglichen Turnstunde, mit der täglichen Bewegungseinheit, meine Damen und Herren? Wir wissen, dass das ein österreichweites Projekt ist und dass der Bundesminister für Sport, Doskozil, gesagt hat, wir werden das einführen, wir werden ein Testprojekt machen. Jetzt haben wir erfahren, dass es in Wien, nehmen wir an, an zwischen 40 und 50 Klassen die tägliche Sportstunde als Testprojekt geben wird. Wie jeder weiß, und das wissen sehr viele in diesem Raum, gibt es in Wien, meine Damen und Herren, 101.000 Pflichtschüler in 4.558 Klassen. Wenn wir da in 40, 50, 60 oder vielleicht in 100 Klassen ein Testprojekt machen, wird uns das, glaube ich, nicht weiterbringen. Wir glauben daher, dass die Gemeinde Wien da ebenfalls einschreiten und zusätzliche Dinge unternehmen sollte, um weiterhin dieses Projekt tägliche Stunde, das wichtig und entscheidend ist für die Jugend, für die Bewegung, zu forcieren. Ich stelle auch dazu einen Beschluss- und Resolutionsantrag mit meinem Kollegen Dr. Ulm, und zwar:

"Der Gemeinderat ersucht den zuständigen Amtsführenden Stadtrat für Kultur, Wissenschaft und Sport, gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Ressorts Bildung, Integration, Jugend und Personal, ein Konzept auszuarbeiten, das es den Wiener Pflichtschülerinnen und Pflichtschülern ermöglicht, so rasch wie möglich in den Genuss der täglichen Bewegungs- und Sporteinheit zu kommen, um diese vom Bund geförderten Maßnahmen sowohl organisatorisch als auch infrastrukturell umsetzen zu können.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt." - Herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reind!**: Die Redezeit war 14 Minuten, die Restredezeit für die ÖVP beträgt daher 11 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Margulies. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten.

GR Dipl.-Ing. Martin <u>Margulies</u> (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Kulturdebatte unterscheidet sich meines Erachtens deutlich zumeist von den anderen Debatten im Wiener Gemeinderat. Ich erlaube mir deshalb, gleich zu Beginn dieses Rechnungsabschlusses einen Wunsch, wahrscheinlich einen eher unrealistischen Wunsch, zu deponieren oder eine Feststellung zu machen. Angesichts der Vielfalt der kulturellen Aktivitäten in der Stadt, auch dargestellt durch den Kulturbericht, sage ich Ihnen, was mir am liebsten wäre: Am liebsten wäre es mir, wenn wir in Summe bei der momentanen Situation des Budgets 30 Millionen EUR oder 40 Millionen EUR mehr für die Kultur in dieser Stadt hätten. Wir sollten schauen, dass wir das irgendwie zusammenbringen, weil die Aktivitäten, die schon bisher gesetzt werden, eine Auszeichnung für die Stadt sind. Ganz egal, ob das im darstellenden Bereich, im Bereich der Literatur, im Bereich der Musik wäre, müssten wir quer über alle Fraktionen sagen - auch wenn es Beate Meinl-Reisinger etwas anders sieht: Jeder einzelne Euro, der im Bereich Kunst und Kultur in Wien investiert wird, bringt etwas für die Stadt, ist hilfreich für diese Stadt und ist ein Teil des Aushängeschildes dieser Stadt.

Es freut mich ja, dass ich den Kollegen Aichinger und auch andere Kolleginnen und Kollegen immer wieder zwischendurch im Laufe des letzten Jahres getroffen habe, bei unterschiedlichsten kleineren und größeren Theatervorstellungen und auch bei anderen Vorstellungen (GR Dominik Nepp: Events!) - Events, was auch immer. Mich freut auch, sage ich ganz bewusst, der Zugang, den du diesbezüglich wählst mit dieser Offenheit. Das eint uns zum Teil im Bereich der Kunst und Kultur.

Was ich nicht ganz nachvollziehen habe können, liebe Beate Meinl-Reisinger, ist die Kritik, die du geübt hast, als du gesagt hast, kein einziger Euro, den man in die Hochkultur steckt, wird für etwas - du hast nicht "revolutionär" gesagt (GRin Dr. Jennifer Kickert: Radikal!) -Radikales ausgegeben. Nun ist es schwierig, über etwas zu reden, das seit eineinhalb Jahren vorbei ist, aber wenn man sich aus dem Kulturbereich die letzten Wiener Festwochen ansieht und sagt, das sei nicht radikal gewesen! Also beim besten Willen, was die Wiener Festwochen heuer präsentiert haben, war eine unglaubliche, explosive Mischung im Kulturbereich. (GRin Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES: Es war eine tolle Aufführung!) -Ja, ganz toll. (GRin Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES: Aber man wollte etwas Radikales machen!) Da müsste man auch einmal darüber reden, was radikal ist in Kunst und Kultur, aber ich glaube, es war eine wirklich ganz interessante performative, darstellende Geschichte, Crossover, Musikproduktionen. Was ist denn dann Radikalität in Kunst und Kultur? Ist es wirklich nur mehr radikal, wenn man, was weiß ich, zurückgreift auf die 1960er Jahre? Studentenbewegungen? Gut, das muss ich jetzt nicht näher ausführen. Was ist radikal in Kunst und Kultur heutzutage? (GRin Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES: Das fragen Sie die Künstlerinnen und Künstler! - VBgm Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S.: Wenn man normal ist!)

Ich habe das Gefühl, dass momentan in Wien eine Bandbreite im Kulturbereich abgedeckt wird, die sich beim besten Willen nicht verstecken muss. Darauf bin ich stolz. Darauf bin ich nämlich mindestens genauso stolz, vielleicht haben Sie das zum Beispiel ja mit dem Parteifestival gemeint. Ich gebe ehrlich zu, ich muss auch ein bisschen Abbitte leisten, seit ich mich mit dem ganzen Kulturbereich beschäftige. Aber früher Bezirksfestwochen beziehungsweise jetzt "Wir sind Wien" haben Produktionen abgeliefert in den vergangenen 23 Tagen, ein bisschen zurückgerechnet, die es erstens vor 5 Jahren noch nicht gegeben hätte, und die zweitens quer durch den Gemüsegarten von der Musik bis zum Theater, bis zu Wiener Liedern, was auch immer, hochqualitative, hochwertige Kunst und Kultur in die Außenbezirke gebracht haben. Auch darauf können wir stolz sein! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Ich appelliere an die Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen, aber auch an meine eigenen Kolleginnen und Kollegen: Versuchen wir gemeinsam, bestehende Vorurteile abzubauen! Nein, es ist nicht alles in dieser Kulturpolitik zwischen Rot, Schwarz und Grün aufgeteilt. Versuchen wir gemeinsam, die Kulturpolitik so wahrzunehmen! Jeder und jede, die mit offenen Augen durch die Stadt gehen, erkennen das, nämlich im Bereich der darstellenden Kunst, im Bereich der Literatur, im Bereich der Musik. Ich glaube, dass wir uns tatsächlich auf einem guten Weg befinden und somit sagen könnten: Jeder einzelne Euro mehr für den Bereich Kunst und Kultur wäre ein gut investierter Euro in dieser Stadt. In diesem Sinne hoffe ich auf Zustimmung auch für diesen Rechnungsabschluss.

Vielleicht noch eine kleine Korrektur, lieber Fritz: Wir haben, weil du das angesprochen hast, natürlich auch die Nöte der kleineren Theater, aber auch bei den großen Theatern oder insbesondere bei den Vereinigten Bühnen – ja, es wurde gespart. Nicht 41 Millionen EUR, sondern 39,6 Millionen EUR (GR Dkfm. Dr. Fritz Aichinger: Für 2017!) - für 2016 - gingen an den Vereinigten Bühnen, weil wir gemeinsam, so traurig es ist, irgendwie einsparen müssen, auch im Kulturbereich. Wie gesagt, vielleicht kommt es zu einer Übereinkunft zwischen allen Fraktionen, damit wir den Saldo des Bereichs Kultur etwas ausdehnen dürfen, und zwar nicht auf Kosten von anderen, um Kunst und Kultur auch in den kommenden Jahren stärker zu fördern.

Ich komme jetzt noch zu einem anderen Punkt. Es ist längst überfällig, dass der Opfer des Vernichtungslagers in Maly Trostinec gedacht wird. Unlängst hat es diesbezüglich einen einstimmigen und Allfraktionenbeschluss im 2. Bezirk gegeben, es gibt schon länger einen Allparteienantrag diesbezüglich im Nationalrat. Ich bringe daher einen Allparteienantrag auch hier ein: "In Aner-

kennung der Mitschuld Österreichs an den Verbrechen des Nationalsozialismus und als späte Referenz an die Ermordeten in Maly Trostinec unterstützt der Gemeinderat der Stadt Wien die Entschließung des Nationalrates für die Errichtung eines Denkmals am Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers aus Anlass des Gedenkjahres 2018 für die aus Österreich, insbesondere aus Wien stammenden Opfer."

Ich glaube, dass das im Gedenkjahr 2018 ein wirklich gutes Zeichen ist und hoffe, dass es tatsächlich auch passiert, dass der Nationalrat seiner eigenen Entschließung folgt. Ich hoffe, dass die Stadt Wien dazu beitragen kann, dass dies passiert, genauso wie im 2. Bezirk. Es freut mich ausdrücklich, dass wir es hier geschafft haben, einen gemeinsamen Antrag einzubringen. - Ich danke sehr. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas <u>Reindl</u>: Die Redezeit betrug 8 Minuten, die Restredezeit für die GRÜNEN beträgt 17 Minuten. Als Nächster ist GR Mag. Ebinger zum Wort gemeldet. Seine selbstgewählte Redezeit beträgt 18 Minuten.

GR Mag. Gerald <u>Ebinger</u> (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Das war jetzt ein bisschen hektisch mit diesem Allparteienantrag. Dem Ganzen ist ein Antrag meiner Fraktion vorangegangen. Im Endeffekt sind wir natürlich froh, wenn überhaupt etwas passiert. In diesem Fall haben wir uns dann entschlossen, hier draufzugehen. Es wird der Herr Vizebürgermeister dazu noch ausführlich sprechen, weil er schließlich derjenige war, der als, glaube ich, bisher einziger österreichischer Politiker dort einen Kranz niedergelegt hat. (Anhaltender Beifall bei der FPÖ.)

Wir haben zuerst diskutiert, ob wir unseren Antrag zurückziehen oder nicht, aber ein kurzer Blick auf den Antrag selbst erspart uns das Zurückziehen. In dem jetzigen Fünfparteienantrag, und es ist sehr positiv, wird nämlich der Errichtung eines Denkmals am Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers aus Anlass des Gedenkjahrs 2018 für die aus Österreich, insbesondere aus Wien stammenden Opfer beschlossen. Das ist super. Unser Antrag zielt allerdings auf einen Beitrag zur Instandsetzung des bestehenden allgemeinen Denkmals. Es sind dort 60.000 Menschen umgebracht worden. Davon waren, glaube ich, 10.000 aus Wien, 13.000 aus Österreich. Das heißt, es spricht überhaupt nichts dagegen, es ist sogar sehr gut, dass wir ein Wiener Denkmal oder ein österreichisches Denkmal dort errichten.

Ungeachtet dessen bringe ich aber folgenden Antrag ein: "Der Wiener Gemeinderat spricht sich über eine bedeutende ideelle und finanzielle Unterstützung seitens der Stadt Wien für das Denkmal in Maly Trostinec aus." Dieses Denkmal besteht schon, ist das allgemeine Denkmal. Da sehe ich jetzt auch keinen Widerspruch. Bei unserem Antrag wird in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung verlangt. (Beifall bei der FPÖ.)

Da es immer wieder zu Schmieraktionen auf Friedhöfen kommt, insbesondere auf jüdischen Friedhöfen, auch jetzt am Zentralfriedhof, und eine Videoüberwachung des Areals zum Schutz der Besucher, aber auch zur Dokumentation wichtig wäre, möchte ich jedenfalls einen Antrag der Gemeinderäte Nepp, Matiasek, Ebinger und Aigner einbringen, nämlich mit dem Text: "Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Stadt Wien mittels der Wiener Stadtwerke Holding Friedhöfe Wien GmbH eine Videoüberwachung für den jüdischen Friedhof am Wiener Zentralfriedhof bis Ende des Jahres sicherstellt." In formeller Hinsicht wird ebenfalls die sofortige Abstimmung verlangt. (Beifall bei der FPÖ.)

Jetzt komme ich zur eigentlichen Kulturdebatte. Ich finde es immer wieder faszinierend: Kollege Margulies ist ein ganz anderer Mensch, wenn er über Kultur redet. Wir kennen ihn ja von vielen Seiten, aber in der Kultur ist er eigentlich ein sehr angenehmer Mensch. Bevor ich auf ihn ein bisschen mehr eingehe und darauf, dass jeder Euro hier eine sinnvolle Investition ist, möchte ich etwas über "das zentrale kulturpolitische Projekt der Wiener Stadtregierung", so steht es zumindest auf der Homepage des Wien Museums, eingehen.

Für diejenigen, die erst seit 2015 herinnen sind: Das ist nicht nur ein zentrales Wiener Projekt, sondern es ist auch ein generationenübergreifendes Projekt. Zuerst hat es da eine mehrjährige Suche nach dem Standort geben. Die wurde dann irgendwann beendet, und 2013, nach der mehrjährigen Suche, hat man gewusst: Es ist der Karlsplatz, und das bestehende Haerdtl-Gebäude wird umgebaut, erweitert, aufgestockt, wie auch immer. Das war 2013. Im November 2015, also wieder zwei Jahre später, war es dann endlich so weit, dass der Architekturwettbewerb erfolgreich beendet wurde und wir ein Siegermodell hatten. Gut, wir stehen auch zu diesem Siegermodell, haben nichts gegen dieses Siegermodell. Blöd ist nur, dass man jetzt erst bohrt, um festzustellen, ob man das Siegermodell überhaupt dort hinbauen kann. Es ist schwierig, jetzt haben wir schon 2017. Jetzt werden also Probebohrungen durchgeführt, denn es ist ja keine Aufstockung, sondern es wird von innen, vom Innenhof sozusagen ein sich pilzartig erweiternder Aufsatz draufgesetzt.

Es ist also irgendwie so ein Lifetime-Projekt. Beim Bauen sind wir noch nicht. Wir sind auch noch nicht so weit, dass wir irgendeine Finanzierung gesichert hätten. Da hat der Herr Stadtrat im Interview gesagt, er hofft, dass im März klar ist, ob es ein Public Private Partnership wird oder vielleicht doch die Stadt das selbst bezahlt. Ich möchte nur hinweisen: Es ist "das zentrale kulturpolitische Projekt" der Stadtregierung, und im vorletzten Regierungsübereinkommen von Rot-Grün stand drinnen, architektonisches Signal in ökologischer Bauweise. Dann würde ich mir wünschen, dass wir wirklich einmal so ein architektonisches Signal auch durchziehen, dass wir es einmal in Wien schaffen, dass das durchgezogen wird. Momentan sind wir skeptisch, das geben wir gerne zu. Es dauert wahnsinnig lang, bis da irgendetwas irgendwie beschlossen wird.

Es ist ein Flächenwidmungsplan im Umlauf, der jetzt angeblich nur dann, wenn man das überhaupt bauen darf, kommen soll, der allerdings - und das kreiden wir an - nicht für das Wien Museum ist, sondern für das ganze Areal, wobei dieses Winterthur-Gebäude da dabei ist. Denn als gelernter Wiener weiß man, am Ende des Tages wird das Ergebnis sein: Das Wien Museum kommt nicht, das Winterthur-Gebäude kommt - schiach, wie es ist, und in die Höhe hinaufragend -, und das war es dann. Und dann müssen wir den Haerdtl-Bau trotzdem renovieren, denn der fällt eh schon auseinander.

Also so ist das auch nicht, und deswegen sind wir hier sehr kritisch und warten jetzt einmal bis zum Herbst, ob es überhaupt kommen kann. Und dann bin ich sehr gespannt, was wir machen, wenn es nicht kommen kann, ob wir dann vielleicht einen neuen Architektenwettbewerb machen oder - weiß ich nicht - das zweite Modell nehmen oder in die Tiefe graben. Keine Ahnung, ich weiß es nicht, wir lassen uns überraschen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die von Frau Kollegin Emmerling eingebrachte Idee, diesen Teich, diesen Brunnen - wie soll man das nennen?; es ist ziemlich groß, ziemlich flach für einen Brunnen - mit der Henry-Moore-Skulptur zu bespaßen, zurückweisen. Da gebe ich jetzt dem Kollegen Maresch völlig recht: Natürlich, die Leute, die Kinder rennen durch, denn das Wasser dort ist ja nicht so tief, die Leute kühlen ihre Füße, und im Winter ist dort der Weihnachtsmarkt, da sind die Strohballen. Es wird ja eh genützt! Aber ehrlich gesagt, es tut mir in der Seele weh, einen solchen Vorschlag zu hören, wenn wir eine so wunderbare Skulptur von Henry Moore haben - die eine Umgebung braucht und keine Bespaßung mit Springbrunnen und mit diesem oder jenem. Es ist ja keine schlechte Idee an sich, aber doch bitte nicht an diesem Platz! Da gehen wir doch besser her und verkaufen die Henry-Moore-Statue - um den Erlös können wir vielleicht das Wien Museum bauen (Heiterkeit bei GR Gerhard Kubik.), wenn irgendeiner eine Ahnung hat. Ich meine, wenn es eh so wurscht ist, wenn es Ihnen allen - oder Ihnen jetzt generell - eh wurscht ist, dann können wir wenigstens ein Geschäft machen! Denn viel ist die schon wert, das sage ich Ihnen auch.

Und was da jetzt vorgeschlagen wird - ich habe den Antrag gelesen -, das ist eine nette Idee für einen normalen großen Wasserbereich, eine gute Idee - aber bitte nicht am Karlsplatz. Dort haben wir wirklich dringendere Probleme. Dort haben wir das Problem, dass wir nicht wissen, ob das Museum überhaupt kommt. Dort haben wir das Problem, dass vielleicht das Winterthur-Gebäude nicht kommt - da gibt es Bürgerinitiativen mit Matt und mit Erwin Wurm und mit Hueber, und so weiter. Es sind also durchaus namhafte Persönlichkeiten - es handelt sich da nicht um irgendeine rechte Idee oder eine Idee von uns -, die sich massiv dagegen einbringen. Und dann muss man den ganzen Platz umgestalten! Das müssen wir sowieso machen - davon redet ja noch keiner -, es heißt ja auch Karlsplatz und nicht Karlspark.

Wie auch immer, aber das mit dem Bespaßungsdingsda beim Henry Moore, das würde ich echt ablehnen, denn das würde das Kunstwerk an sich entwerten. Da steht es eh: Sprinkleranlagen, Brausen, Interaktion, Benutzung Schaukel, Wasser-Basketball – na ja, bitte.

Und weil Kollege Margulies gesagt hat, jeder Euro bringt etwas für die Stadt, habe ich ein nettes, kleines

Beispiel gefunden, wo es nichts bringt - das muss man auch einmal erwähnen, man muss nicht immer über die großen Dinge reden -: 2001 hat man den Wiener Walk of Fame erfunden. Das ist einmal vom Stephansdom bis zum Theater an der Wien gegangen. Und bezahlt wurden die Sterne, die dort für Komponisten und Sänger, und so weiter gemacht wurden, von VBW, also von den Vereinigten Bühnen Wien - ich glaube, noch unter Klausnitzer -, denn das war eine geniale Idee, dass man, so wie in Hollywood, dort diese Sterne macht. Das hat 750.000 EUR gekostet von jenen Subventionen, die die Stadt Wien eigentlich den Vereinigten Bühnen gibt, damit sie ihre Produktionen durchkriegen können - und nicht, damit sie irgendwelche Sterne machen, aber wie auch immer. Da sind 70 Sterne auf einmal gekommen und dann jedes Jahr welche dazu, und das ging, wie gesagt, vom Stephansplatz bis zum Theater an der Wien.

Wenn man jetzt durch die Opernpassage geht - ich bin heute in der Früh durch die Opernpassage gegangen -, dann sind dort noch ein paar Sterne. Die sind noch da, die meisten aber sind nicht mehr da - durch den Umbau der Kärntner Straße sind alle schon wieder weg. Der letzte Glückliche, der einen Stern bekommen hat, war Placido Domingo. Der hat 2008 einen Stern bekommen, den man ein paar Monate später wieder abmontiert hat so ein Ding wiegt immerhin 400 kg. Die VBW haben sich dann irgendwann davon getrennt, nämlich 2008, und jetzt gehört es dem Haus der Musik. Und es ist eine bemerkenswerte Aussage, die der Herr Posch gemacht hat, er sagte nämlich: "Die Sterne hatten eine Zeit lang ihren Sinn und waren schön. Für mich ist aber das Produkt Musikmeile schlicht veraltet."

Also Musik in Wien als veraltet zu betrachten?! Aber abgesehen davon ist es doch pure Geldverschwendung, wenn ich etwas für sieben Jahre baue und dann reiße ich es wieder weg! Und das ist ja kein Einzelfall, denn es gibt ja nicht nur den Walk of Fame, sondern es gibt auch den Walk of Stars. Den hat man beim Gasometer hingebaut - das sind irgendwelche Schlagersänger, und so weiter. Den gibt es auch nicht mehr - um das vorwegzunehmen -, aber da gibt es wenigstens die geniale Idee, im Prater ein Museum aus diesen Sternen zu machen. "Walk of Stars bekommt eigenes Museum" - da ist die Christina Stürmer (Der Redner hält einen Zeitungsartikel in die Höhe.) -; da wird man dann Eintritt verlangen. Aber es geht nur um die Frage: War das jetzt wirklich sinnvoll, dass man etwas für ein paar Jahre irgendwo hingibt und dann räumt man es wieder weg?

Und wenn wir schon über GRÜN reden, dann sei noch erwähnt, dass es auf der Mariahilfer Straße noch ein weiteres solches Projekt gab, nämlich für Sportler: die Straße der Sieger - aber mit dem Umbau der Mariahilfer Straße sind alle diese Plaketten weggekommen! Also aus ist es mit dem Siegen. Die liegen jetzt irgendwo in einem Keller bei der Generali, oder ich weiß es nicht, wo. Die werden auch nicht ausgestellt, und so weiter. Es ist nicht nachvollziehbar, was das für Investitionen sind.

Ein kurzes Wort zu den Wiener Festwochen - das wurde ja von Fritz Aichinger dankenswerterweise schon erwähnt -: Wenn man bedenkt, dass selbst die Zeitungen, die Ihnen gutgesinnt sind, wie "profil", wie die Frau Cerny, auf die Frage: "Waren die gerade zu Ende gegangenen Wiener Festwochen niederschwelliger als bisher?", antworten: "Im Gegenteil. Das Festival ist elitärer geworden. Es sprach vor allem jene an, die gern mit Begriffen wie Queer-Kultur und Postkolonialismus um sich werfen." - Auszüge sind das. - "Viele hochtrabende Versprechen erwiesen sich als leere Hüllen. In aufblasbaren Kunst-Hamam im Performeum verbrachten die Besucher mitunter mehrere Stunden, ohne auch nur annähernd mit den in Aussicht gestellten Diskursen in Berührung zu kommen." - Und das kostet immerhin 13 Millionen EUR. 13 Millionen kostet uns das! - "Der Zufall bestimmte, was zu sehen war. Bei Kartenpreisen um die 20 EUR eine Zumutung." - Das schreibt "profil". Das schreibt nicht der Ebinger, sondern das schreibt "profil".

Oder lesen Sie einmal die Kommentare im "Standard" oder die "Wiener Zeitung" durch! In Letzterer war zu lesen: "So verdienstvoll es ist, neue Kunst- und Diskursformen salonfähig machen zu wollen, für eine publikumsnahe Weiterführung der Festwochen wird es nicht reichen, lose entweder halbdurchdachten oder effekthascherischen Nischen-Pseudo-Underground zu verbinden. Für ein Festival, das in Millionenhöhe mit Steuergeldern unterstützt wird, ist das nicht zu viel verlangt."

Und dann bezüglich der Auslastung noch ein Wort: 82 Prozent - aber das ist ja nur die Auslastung bei den ausgegebenen Karten, also wo man theoretisch etwas zahlen muss. Die "Presse" schreibt richtigerweise, "ausgegebene" Karten heißt ja nicht, dass es sich um gekaufte Karten handelt, sondern die wurden halt ausgegeben kein Mensch sagt uns, wie viele davon tatsächlich gekauft wurden. Auch diese Zahl ist eigentlich massiv gesunken: auf 82 Prozent von 95 Prozent im Jahr 2014 und 91 Prozent im Jahr 2015 - für 2016 gibt es keine Zahlen.

Und dann wird hier auch noch moniert, was diese angegebenen Zahlen speziell bei Gratisveranstaltungen, sogenannten niederschwelligen Veranstaltungen, betrifft: "The Aftermath Dislocation Principle" - 3.250 Leute haben das gesehen. Dazu schreibt dann die "Presse": "Wer soll das gezählt haben?" - Das steht irgendwo, und jeder, der da vorbeigeht, hat das dann automatisch gesehen. - Weiter heißt es: "Nicht geklärt wird auch, worauf sich die Behauptung Zierhofer-Kins stützt, es sei ",schon im ersten Jahr gelungen, auch ein neues Publikum anzusprechen - und das quer durch das Programmangebot."

Ich persönlich glaube, dass die Wiener Bezirksfestwochen mit viel weniger Kapital einen viel größeren Effekt erzielen und dass man das wirklich hinterfragen und überdenken muss.

Ganz zum Schluss möchte ich auf das zurückkommen, was Kollege Aichinger heute in der Finanzdebatte über die Geschäftsführung der Vereinigten Bühnen Wien gesagt hat. Das ist jetzt der Herr Prof. Dr. Franz Patay. Der ist aber gleichzeitig auch noch Rektor der Privatuniversität der Stadt Wien für Musik und Kunst - früher Konservatorium. Und - du hast es richtig angemerkt, das ist einmal ausgeschrieben worden, dann ist es wieder gekappt worden -: Er bleibt Rektor. Man fragt sich, warum. Und - das muss man auch sagen - man fragt sich:

Kriegt er für den Rektorenjob Geld und für den Geschäftsführerjob Geld? Oder ist das inkludiert? - Lauter offene Fragen, auf die wir sicher auch noch in einer schriftlichen Anfrage eine Antwort vom Herrn Stadtrat verlangen werden.

In diesem Sinne: Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert Kowarik: Kollege Ebinger hat 16 Minuten Redezeit verbraucht. Das heißt, die Restredezeit der Freiheitlichen beträgt 22 Minuten. Die Nächste auf der Rednerliste ist Frau GRin Schinner. Ich erteile ihr das Wort, wobei ich 8 Minuten selbstgewählte Redezeit einstelle.

GRin Katharina <u>Schinner</u> (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir leben in einer Stadt, in der Kunst und Kultur nicht nur für einige wenige zugänglich sind, sondern in der Kunst und Kultur alle gesellschaftlichen Bereiche durchfluten. Ich halte es da sehr mit meinem Kollegen Margulies, ich glaube auch daran, dass jeder Euro, der in die Kunst und in die Kultur fließt, einen ganz großen Mehrwert hat, sehr, sehr wichtig für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft ist und viel an Denkprozessen und an Diskurs in Bewegung setzt.

Es ist wichtig, dass uns diese Barrierefreiheit, diese Zugänglichkeit von Kunst und Kultur, die wir in Wien tagtäglich erleben, auch bewusst ist, weil es sie in vielen anderen Städten in dieser Form nicht gibt. Es ist einfach nicht normal, dass es für Kinder, so wie bei uns, selbstverständlich ist, dass da überhaupt keine Schwelle existiert und es nichts Besonderes ist, ein Museum zu besuchen oder Kunst auch im öffentlichen Raum so abwechslungsreich, so stark mit permanenten und mit temporären Projekten erleben zu dürfen.

Ich möchte in meiner Rede den Bereich der bildenden Kunst hervorstreichen, weil er für mich ein ganz wichtiger ist, weil er mich in meiner Arbeit begleitet, seit ich hier im Gemeinderat bin, und weil er ein so breites Angebot bietet und damit über so viele Jahre so erfolgreich und fundiert gerade auch die jungen Menschen in unserer Gesellschaft zu erreichen versteht.

Ich möchte als Erstes das MUSA herausstreichen, das als Museum mit drei Strängen in Erscheinung tritt einerseits des Museums, aber auch der Startgalerie: Wir haben 2016 über 100 neue Entlehnungen im Bereich der Artothek verzeichnet. Die Startgalerie ist also im Bereich von zwei Säulen tätig: Sie ermöglicht einerseits jungen Künstlerinnen und Künstlern in unserer Stadt, in einer Ausstellung sichtbar zu werden, und andererseits bietet sie für jeden Wiener und jede Wienerin die Möglichkeit, sich Kunstwerke nach Hause zu holen und mit zeitgenössischer Kunst an den Wänden der Stadt Wien zu leben. Viele Tausende tun das - 12.477, um genau zu sein -, und es werden jedes Jahr mehr.

Ich möchte als Zweites die Kunsthalle herausstreichen, die ein Haus geworden ist, das es schafft, zeitgenössische Kunst sehr einfach herunterzubrechen, und das sehr eng im Diskurs mit der Bevölkerung unserer Stadt steht und sehr viel an Kooperationen mit Schulen,

mit Hochschulen, mit Trägerinnen und Trägern, die mit Jugendlichen arbeiten, durchführt und hier ganz enge Zusammenarbeit leistet. Das ist meines Erachtens ein ganz wichtiger Bereich, denn - ich glaube, wir kennen das alles - zeitgenössische Kunst ist ja nicht etwas, was einem so zufliegt, sondern das ist auch etwas, was erklärt werden muss, etwas, an das man jemanden heranführen muss, das verstanden werden muss - und das wird hier in der Kunsthalle, verschränkt auch mit anderen Einrichtungen, sehr, sehr gut gemacht.

Und als dritten Punkt möchte ich gerne die Kunst im öffentlichen Raum herausstreichen, ein Projekt, das schon seit vielen Jahren sehr, sehr erfolgreich durchgeführt wird. Auch vorhin wurde ja im Zusammenhang mit dem Allparteienantrag immer wieder über dieses Erinnern und auch über Denkmäler und Mahnmale gesprochen, und das versteht gerade auch die Kunst im öffentlichen Raum in berührendster und in ausgezeichnetster Weise: einfach Erinnerung zu bewahren in unserer Stadt, Mahnmäler zu errichten, aufzuzeigen und auch hier geschichtliche Aufarbeitung zu betreiben. Und das ist natürlich ganz, ganz wichtig. Auch die Führungen durch die Stadt, wo man immer wieder sieht, was es an neuen Kunstwerken gibt - heuer sind es drei permanente und sieben temporäre -, lassen immer wieder einen Mix an zeitgenössischer Kunst sowie Neuigkeiten in diesem Bereich in unserer Stadt erstrahlen.

Abschließend möchte ich daher sagen: Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass Kunst dieser Träger von komplexen Inhalten ist und bleibt, dass wir uns dieses großen Wertes - auch wenn es darum geht, politische Themen teilweise über Kunst zu transportieren - immer bewusst sind, das hegen und pflegen, uns nicht einmischen, der Kunst die Freiheit lassen, sie zum Erinnern nutzen, zum Aufzeigen und zum Emotionalisieren, auch zum Polarisieren - wir hatten hier ja auch schon sehr kontroversielle Diskussionen -, und gerade auch dort fördern, dort auszeichnen, auch mit dem Kleinprojekte-Fördertopf, wo diesbezüglich sehr viel passiert, gerade für kleine Projekte in der zeitgenössischen Kunst, aber auch, wie es schon gesagt wurde, mit dem "Wir sind Wien"-Festival.

Kunst und Kultur in Wien sollen auch nicht nur für die innerstädtischen Bezirke sein, sondern erfolgreiche Kunst und Kultur finden in allen Bezirken dieser Stadt statt, und gerade auch in den Außenbezirken, denn nur so kann es erfolgreiches Kunst- und Kulturleben geben.

Ganz zuletzt möchte ich noch auf das Wien Museum zu sprechen kommen. Ich kann nur sagen, wir liegen hier sehr gut im Zeitplan. Es gibt ein Siegerprojekt, und es wäre ja auch seltsam und eigentlich unmöglich, zu sagen, man setzt sich vorher damit auseinander, wie dieses Projekt dann baulich errichtet werden kann - man muss ja schlussendlich wissen, wie so ein Projekt ausschaut. Mit der Entscheidung für das Siegerprojekt und auch mit den ganz normalen Probebohrungen ist das geschehen. Wir liegen hier sehr gut im Zeitplan. Und ich glaube auch, mit dem Wien Museum - das ist ja jetzt schon im höchsten Maße gelungen - ein erweitertes Wohnzimmer der Wiener und Wienerinnen zu haben, ein

erweitertes Wohnzimmer der Geschichte, und ich denke, wir werden auf die Neuerrichtung des Wien Museums noch sehr stolz sein, werden sehr viel Freude daran haben, und es wird all unseren Kindern auch dabei helfen, der Geschichte ihrer Stadt immer gewärtig zu sein.

Danke schön, und ich bitte um Zustimmung zum Rechnungsabschluss. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Die Kollegin hat 7 Minuten Redezeit verbraucht. Damit beträgt die Restredezeit der SPÖ 33 Minuten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Ornig. Selbstgewählte Redezeit 7 Minuten, Restredezeit der Fraktion 11 Minuten. - Bitte.

GR Markus <u>Ornig</u>, MBA (NEOS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Kollegin Schinner, wenn ich dir so zuhöre, kann ich noch immer nicht glauben, dass du unserem Antrag für ein Kunstviertel am Lobkowitzplatz nicht zugestimmt hast beziehungsweise es vielleicht immer noch missverstanden hast.

Ich möchte jetzt aber ein wenig auf die Wiener Sportpolitik eingehen. 2016 war in der Wiener Sportpolitik eigentlich alles beim Alten. Die grundsätzliche Kritik von uns bleibt natürlich aufrecht, ist aber nichts Neues: Wir sehen immer noch das größte Problem darin, dass sehr, sehr viel Fördergeld in Mehrfachstrukturen versickert. Die Mittelzuteilung im Sportbereich ist entweder historisch gewachsen oder hängt immer noch damit zusammen, wer in dieser Stadt wen kennt. Parteipolitik ist maßgeblich bis auf die Ebene des kleinen Fußballvereins bestimmend - und diesbezüglich kennen Sie unsere Standpunkte.

Ich möchte aber hier trotzdem einen Blick nach vorne werfen, nämlich ins Sportjahr 2017, und da fällt natürlich - von mir auch bereits in einer Rede erwähnt - die Beachvolleyball-WM ins Auge, die heuer auf der Donauinsel stattfindet und für die die Werbemaßnahmen von der Stadt Wien Marketing mit 1,26 Millionen EUR unterstützt wurden. Wir haben das unterstützt, weil uns klar ist, dass bei derartigen Groß-Events auch der Veranstaltungsort als Kooperationspartner in Erscheinung treten muss und die Beachvolleyball-WM hoffentlich nicht die letzte Sportgroßveranstaltung in Wien sein wird. Ich möchte aber grundsätzlich noch einmal zwei Dinge kritisch anmerken.

Das eine Thema ist das Thema Umwegrentabilität. Anfang des Jahres ist uns ja im Ausschuss mitgeteilt worden, dass eine umfangreiche Studie auf uns zukommen wird, die uns den indirekten finanziellen Nutzen der Beachvolleyball-WM zeigen wird. Wir wissen auch, dass diese Studie vom österreichischen Beachvolleyball-Verband mitgestaltet wird, deswegen gehe ich davon aus, dass sie sehr positiv sein wird.

Wir haben aber auch eine Anfrage gestellt, wann wir diese Studie bekommen und wie es jetzt eigentlich damit aussieht, denn die Frage, wie sich die Umwegrentabilität darstellen wird, ist schon sehr spannend. Diese Studie hat man uns bereits für Mai versprochen - bis heute habe ich noch nichts davon gehört, und wie wir wissen, ist der Mai bereits Geschichte. Vielleicht wird uns ja einer mei-

ner Nachredner zumindest mündlich noch eine Studie präsentieren. Es wäre sehr nett.

Das Zweite ist das Thema Nachhaltigkeit. Ich habe auch bei der letzten Gemeinderatssitzung im Mai kritisiert, dass es auf Grund der Beachvolleyball-WM weniger Beachvolleyball-Plätze in Wien geben wird als vorher, weil eben die Trainingsplätze, die Gratistrainingsplätze, die es am Georg-Danzer-Steg gab, geschliffen worden sind und es noch immer offen ist oder eigentlich jetzt, soweit ich das gehört habe, tendenziell so ist, dass diese Beachvolleyball-Plätze nicht mehr neu errichtet werden. Das heißt, wir haben nach wie vor die paradoxe Situation, dass wir in Wien eine Beachvolleyball-WM, aber trotzdem weniger Sportmöglichkeiten im Bereich Beachvolleyball haben. Das lehnen wir natürlich ab, denn das ist reine Event-Kultur (GR Dominik Nepp: Böse! Wie in Kärnten, oder?) und hat nichts mit Nachhaltigkeit für den Breitensport zu tun. (Beifall bei den NEOS.)

Aber nun zum allgemeinen Zustand unserer Sportstätten. Da ist es generell bei Weitem nicht so gut bestellt, wie es der Anspruch der selbsternannten Sportstadt Wien sein sollte. Wir schaffen es im Fall der Beachvolleyball-WM zwar, einen siebenstelligen Betrag für die Infrastruktur eines zehntägigen Events aufzustellen, die gleich im Anschluss wieder abgebaut wird, aber grundsätzlich sind die Sportstätten hier in Wien immer noch sehr, sehr ausbaufähig. Es fehlen beispielsweise attraktive Angebote für Hochleistungsschwimmer. Die haben überhaupt nichts, das ihnen zur Verfügung steht. Das Stadthallenbad ist zeitweise überlaufen und für Sportler wenig attraktiv. Es gibt keine Eishalle, die internationalen Standards genügt. Wir haben auch das Problem der Albert-Schultz-Halle - das war ja im Zuge der Play-offs wieder Thema in den Medien -, und wir haben in Wien kein Fußballstadion, das den Kriterien der UEFA Champions League zumindest für ein Endspiel entsprechen würde. Irgendwann aber wäre so ein Event schon auch wieder einmal ganz nett, weil das ja auch sehr viel internationale Aufmerksamkeit genießt.

Im Breitensport muss natürlich auch sehr, sehr viel mehr für die Sportstätten getan werden. Es muss nämlich nicht immer eine kostspielige große Anlage für große internationale Bewerbe gebaut werden, das Problem liegt auch darin, dass bereits bestehende Ressourcen meiner Meinung nach ineffizient genutzt werden. Die Turnsäle der städtischen Schulen können ja für eine moderate Gebühr durch Sportvereine über die MA 51 gemietet werden, allerdings nur von Montag bis Donnerstag von 18 bis 21 Uhr, und da sind die Säle eigentlich zu 100 Prozent ausgebucht. Der Bedarf ist aber weitaus größer als das Angebot. Zu allen anderen Zeiten, wo die Turnsäle ja auch nicht durchgehend belegt sind, wäre ja die MA 56 zuständig. Diese erfasst aber leider nicht elektronisch. Es wäre daher meiner Meinung nach sehr sinnvoll, diese Saalbelegung irgendwo zentral zu erfassen, um hier ein breites Angebot stellen zu können. Das würde, glaube ich, nicht die Welt kosten, aber würde ein sehr, sehr schönes Angebot für den Breitensport bieten, und nicht jede MA würde ihr eigenes Supperl kochen, wodurch die Sportler im Moment das Nachsehen haben.

Wir brauchen ein grundlegendes Umdenken in der Sportpolitik, das heißt, weniger Macht und Geld für die parteipolitisch eingefärbten Dachverbände - und zwar in ganz Österreich -, die ja bei den meisten Förderentscheidungen mitreden und den großen Teil der Gelder abgreifen. Wir brauchen eine Beseitigung dieser Doppelund Dreifachstrukturen, bestehend aus Dachverbänden, dem ÖOC und der Bundes-Sportorganisation. Und wir brauchen mehr Flexibilität und Raum für Eigeninitiative, auch mit dem Ziel, privates Sponsoring oder Crowdfunding im österreichischen Sport aufzustellen. Hier braucht es einfach bessere Rahmenbedingungen, die noch nicht vorhanden sind.

Es ist auch keine Überraschung, dass das Portal "Dossier" über die Sportförderung in Österreich titelt: "Wenn der Filz zum Gesetz wird", denn genau das ist es Moment. Und das neue Sportförderungsgesetz bestätigt ... (GR Christian Hursky: Die BSO vergibt keine Sportförderungen!) - Ich rede nicht von Förderung, ich rede von Dreifachstrukturen! (Neuerlicher Zwischenruf von GR Christian Hursky.) - Ich habe Ihnen jetzt zugehört. Ich habe von Dreifachstrukturen geredet. Und die BSO hat ... (Weiterer Zwischenruf von GR Christian Hursky.) - Ich glaube nicht, dass das jetzt eine Fragerunde ist. Wir können das gerne bilateral klären, aber ... (Weiterer Zwischenruf von GR Christian Hursky.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert <u>Kowarik</u> (unterbrechend): Meine Herren, bitte keine Doppelconférence! Das ist auch in unserer Geschäftsordnung so nicht vorgesehen.

GR Markus **Ornig**, MBA (fortsetzend): Also erstens finde ich das massiv unverschämt, aber Sie können sich gerne zu Wort melden und uns aufklären, warum die BSO keine Förderungen vergibt. Dass sie keine vergibt, weiß ich, aber ich habe von Dreifachstrukturen gesprochen.

Aber es ist ja gut, dass Sie hier so klugscheißen. (Heiterkeit.) - Ich nehme gerne einen Ordnungsruf dafür entgegen.

Vorsitzender GR Mag. Dietbert <u>Kowarik</u> (unterbrechend): Herr Kollege, Sie haben es ja vorweggenommen: Das geht nicht!

GR Markus **Ornig**, MBA (fortsetzend): Ich beende somit meine Rede.

Vorsitzender GR Mag. Dietbert <u>Kowarik</u>: Ich erteile Ihnen für den Ausdruck "klugscheißen" einen Ordnungsruf. - Das halte ich jetzt nicht für etwas, worüber man sich freuen kann. (GR Mag. Wolfgang Jung: Manchmal hat er recht!)

Sie haben 8 Minuten Redezeit verbraucht. Das heißt, die Restredezeit der Fraktion beträgt 3 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Ulm. Die selbstgewählte Redezeit sind 10 Minuten, die Restredezeit der Fraktion 11 Minuten. Ich werde mir erlauben, gleich die 11 Minuten einzustellen. - Sie haben das Wort.

GR Dr. Wolfgang <u>Ulm</u> (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es hat ja jeder von den Debattenrednern in der Kulturdebatte so seinen eigenen Zugang, denn die wenigsten von uns sind ja Künstler oder Kulturschaffende. Mein Zugang zu dieser Debatte ist natürlich ein juristischer. Ich denke mir, dass aber auch die Künstler sehr profitieren von einem solchen Zugang, von dem ich mir in diesem Bereich ein bisschen mehr wünschen würde, denn: Es geht um die freie Entfaltung der Künstler, und es geht um die Unabhängigkeit der Künstler, und je mehr dem Legalitätsprinzip und je mehr dem rechtsstaatlichen Prinzip entsprochen wird, umso mehr ist es im Sinne der Unabhängigkeit und der Freiheit der Kunst.

Ich glaube daher, dass insbesondere in Zeiten, in denen die Förderungen eher weniger als mehr werden, alle erforderlichen Rahmenbedingungen sehr exakt eingehalten werden sollten und dass man sich auch überlegen sollte, ob man nicht mit noch mehr Rechtsstaatlichkeit etwas für Kunst und Kultur tun kann, ohne Mittel erhöhen zu müssen.

Etwas, was insbesondere von meiner Fraktion, aber, wie ich glaube, auch von anderen Fraktionen sehr kritisch gesehen wird, sind die Rahmenförderungen: Förderungen in der Größenordnung von mehreren Millionen Euro, ohne dass im Vorhinein feststeht, an welche Fördernehmer oder für welche Projekte diese Förderungen gewährt werden sollen. Es wird schon eine rechtliche Argumentation aus dem Haus geben, die das für zulässig erklärt, aber so lupenrein nach der Wiener Stadtverfassung ist es wohl nicht, denn: In der Wiener Stadtverfassung steht, dass für jede Subvention über nunmehr 14.600 EUR ein Gemeinderatsbeschluss erforderlich ist. Wenn mit einer Rahmenermächtigung viele Millionen beschlossen werden und die Zuweisung an die einzelnen Fördernehmer dann durch den Magistrat und nicht mehr durch den Gemeinderat erfolgt, dann, würde ich meinen, ist das zumindest problematisch.

Schauen Sie sich den § 88 der Wiener Stadtverfassung an. Da steht eindeutig drinnen: "Dem Gemeinderat ist vorbehalten: die Bewilligung Subventionen in der Höhe von mehr als 4 Prozent des Wertes nach lit. e." - Der Wert nach lit. e ist 363.000 EUR, und der nach lit. p dann mit 4 Prozent - aufgerundet – 14.600 EUR.

Eine Subventionierung auf diese Art und Weise gibt natürlich auch dem Künstler weniger Selbstständigkeit und weniger Unabhängigkeit, als wenn er sich auf einen Gemeinderatsbeschluss stützen könnte.

Das gilt aber insgesamt für die Ausschüttung von Subventionen und Förderungen: Wien ist das einzige Bundesland, das glaubt, ohne Kulturförderungsgesetz auskommen zu können. (Beifall von GR Mag. Manfred Juraczka und GR Dkfm. Dr. Fritz Aichinger.)

Jetzt bin ich der Letzte, der sagen würde, je mehr Gesetze, umso besser ist es, aber ein Gesetz schafft für den Förderungsnehmer Rechtssicherheit, es schafft Unabhängigkeit, man kann Kriterien vorgeben, man kann einen Rahmen vorgeben, man kann einen Maßstab anlegen. Denn: Auf welche Art und Weise kommen denn

jetzt die Entscheidungen für Förderungen zustande? Wer empfiehlt denn jetzt die Entscheidung für den Magistrat oder für den Gemeinderat? Wie setzt sich die Jury zusammen? Welchen Beirat gibt es da? - Und je weniger die Subventionsmittel werden, umso besser und umso effizienter müssen die Mittel verteilt werden.

Ich würde schon ganz gerne vom Herrn Stadtrat erfahren, warum er meint, dass Wien das einzige Bundesland sein soll, das ohne ein solches Kulturförderungsgesetz auskommt. So ein Kulturförderungsgesetz würde natürlich Transparenz bedeuten und würde mehr Unabhängigkeit von möglicherweise nicht nachvollziehbaren, vielleicht gar willkürlichen Entscheidungen bieten. So ein Gesetz gibt es in Vorarlberg, in Tirol, in Salzburg, in Kärnten, in Oberösterreich, in der Steiermark, in Niederösterreich und im Burgenland - aber in Wien gibt es das nicht. In Wien gibt es lediglich ein Handbuch, einen Leitfaden, aber nichts, was der Künstler in die Hand nehmen könnte, worin er nachschauen und daraus ersehen könnte: Was sind die Kriterien? Welches Kuratorium entscheidet? Wer sitzt im Kuratorium drinnen? Auf wie lange sind die Kuratoriumsmitglieder bestellt? Ist eine Wiederbestellung möglich - ja oder nein?

Besonders gut gefällt mir das Kulturförderungsgesetz von Niederösterreich. (Ironische Heiterkeit bei GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.) Nein, Herr Kollege, da steht was drinnen! (GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Davon bin ich überzeugt, dass da was drinnensteht!) Da steht drinnen, dass sich vor der Entscheidung die Landesregierung zu bedienen hat (GR Dipl.-Ing. Martin Margulies - erheitert -: "Die Landesregierung hat sich zu bedienen" - das ist ein hartes Gesetz!): entweder des Sachverständigenwissens einer Einzelperson, eines Gutachtergremiums oder eines Dachverbandes eines Teilbereiches der Kultur. (GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Die bedienen sich halt, wie es passt!) Herr Kollege, ich wünsche mir, dass nachvollziehbar ist, wer für eine Entscheidung zuständig ist oder wer eine Entscheidung vorbereitet - und da steht drinnen, wer diese Entscheidung vorbereitet und wer mit seinem Wissen als Experte herangezogen wird.

Auch am steirischen Gesetz könnten wir uns ein Beispiel nehmen. Das steirische Gesetz sagt, es ist zwingend erforderlich, es hat so zu sein, dass bereits bei Förderungen ab 1.000 EUR ein Kulturkuratorium zu informieren ist, dass dieses Kulturkuratorium bei Subventionen in der Höhe zwischen 1.000 EUR und 3.500 EUR bereits ein Gutachten abgeben kann und dass es bei Förderungen ab 3.500 EUR ein solches Gutachten abzugeben hat. - Das macht natürlich einen Unterschied, ob so ein Kuratorium entscheidet oder ob die Entscheidungen irgendwo getroffen werden und man nicht weiß, von wem und auf welche Art und Weise sie getroffen werden.

Was noch interessant ist, ist, dass der Förderwerber Gelegenheit zur Stellungnahme hat, wenn ein negatives Gutachten beschlossen werden soll.

Wer sitzt im Kulturkuratorium in der Steiermark? - 15 geeignete Personen, die im Kulturbereich tätig sind und die keine Funktionen ausüben dürfen, die ihre vollständige Objektivität beeinträchtigen könnten. Sie sind nur auf

die Dauer von drei Jahren bestellt, und es ist nur eine einmalige Wiederbestellung möglich.

Ich würde mich freuen, vom Herrn Stadtrat eine Auskunft zu bekommen, wie er es mit solchen Regelungen hält und warum er meint, dass Wien auch weiterhin ohne so ein transparentes, rechtsstaatliches Kulturförderungsgesetz auskommen soll.

Ein Wort noch zum Wien Museum: Auch dazu gibt es ja nicht allzu viel zu vernehmen. Wir haben keine Ahnung, in welcher Art und Weise die Finanzierung erfolgen soll. Ich nehme an, dass dem Herrn Kulturstadtrat auch die Karlskirche als Kulturbau ersten Ranges sehr wichtig sein müsste. Manche sagen, es ist der bedeutendste Barockbau nördlich der Alpen. Wird nun mit dem Winterthur-Gebäude an die Karlskirche, an diesen Barockbau herangerückt, dann leidet dieser natürlich beträchtlich und es stellt sich die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Umwidmung - wiederum eine Frage des Rechtsstaates im Kulturbereich, denn selbstverständlich muss ein Flächenwidmungs- und Bebauungsplan auch dem Gleichheitsgebot und dem Sachlichkeitsgebot entsprechen. Ganz konkret ist eine punktuelle Aufzonung von Bauklasse III auf Bauklasse V vorgesehen, ohne auch die Gebiete in der Umgebung aufzuzonen. Das kann in Wahrheit nicht nachvollziehbar begründet werden. In der Vergangenheit hat man gesagt, nein, nein, man will dort nur Bauklasse III haben - auf Grund der bestehenden Bausubstanz, die soll gesichert werden, die Karlskirche und das Wien Museum sollen in ihrem Bestand gesichert sein. Auch der Masterplan Glacis aus dem Jahr 2014 sagt, dass die Karlskirche auf Fernwirkung ausgerichtet ist und Orientierung im Stadtraum bietet und schließlich namensgebend für den gesamten

Was mir zu tun bleibt, ist, darauf hinzuweisen, dass Rechtsstaat und künstlerische Freiheit einander bedingen, dass es auch in diesem Bereich sehr wichtig ist, das Legalitätsprinzip und den Rechtsstaat hochzuhalten. Ich glaube, die Künstler und Künstlerinnen würden es uns danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert Kowarik: Kollege Ulm hat 11 Minuten Redezeit verbraucht. Damit ist auch die gesamte Redezeit der ÖVP aufgebraucht. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Huemer. Die selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten. Als Restredezeit für die Fraktion insgesamt verbleiben noch 17 Minuten. Ich stelle einmal 10 Minuten ein. - Bitte schön.

GRin Mag. Barbara <u>Huemer</u> (*GRÜNE*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich komme jetzt zum Themenbereich Wissenschaft. Es ist interessant, dass bislang von der Opposition noch kein Wort zu diesem Feld gesagt wurde. Aber es sind insbesondere jetzt in der Rede von Herrn Kollegen Ulm sehr wichtige Punkte angeführt worden, die auch für die Wissenschaft wichtig sind, nämlich Unabhängigkeit, Freiheit und eine Sicherheit durch ein Gesetz, und da kann ich es Ihnen nicht ersparen, im Bereich der Wissenschaft auf die Bundesebene zu sprechen zu kommen, denn wie Sie wissen, ist die Wissenschafts- und die

Universitätsförderung Bundesmaterie, und wie Sie wissen, hat Ihr voriger, geschiedener Obmann und Wissenschaftsminister Mitterlehner den Universitäten für die nächsten 3 Jahre 1,35 Milliarden EUR in Aussicht gestellt. Mit dem Wechsel Ihres Obmannes ist nichts mehr davon übrig geblieben, und das in einer Situation, in der die Universitäten ganz krass unterfinanziert sind. Statt 2 Prozent des BIP, die notwendig wären, werden nur 1,5 Prozent bezahlt, und diese 1,35 Milliarden in den nächsten Jahren wären für die Wissenschaft und für die Forschung ganz dringend notwendig gewesen.

Ich mache mir ganz ernsthafte Sorgen um die Unabhängigkeit und um die Freiheit der Wissenschaft. Da geht es nicht nur um die Freiheit von ökonomischen Zwängen, sondern da geht es auch darum, inwiefern Wissenschaft frei von einem Gängelband einer Regierung ist. Wir haben hier schon einmal darüber diskutiert, wie es in unserem Nachbarland unter der Regierung Orbán der Central European University ergangen ist oder nach wie vor ergeht, dass hier doch massiver Druck ausgeübt wird. Die Wissenschaft und die Freiheit der Wissenschaft sind hohe Güter, und, wie gesagt, bei einer krassen Unterdotierung ist diese Freiheit in Gefahr.

Um Ihnen noch einmal ein bisschen zu verdeutlichen, was diese 1,35 Milliarden EUR bedeuten: Wien ist ja, wie Sie wissen, die größte deutschsprachige Universität, und auch im österreichischen Raum ist einfach der Standort Wien der bedeutendste, nicht nur in der universitären Forschung, sondern auch in der außeruniversitären Forschung, auch in der Forschung von Industrie und Unternehmen. Diese gestrichenen oder nicht ausbezahlten 1,35 Milliarden EUR würden rund 450 Millionen EUR weniger bedeuten. Und wenn man jetzt bedenkt, dass davon auf die Uni Wien 200 Millionen entfallen, mit denen sie weniger auskommen muss, dann sind das, in Arbeitsplätze umgerechnet, tausende Arbeitsplätze, die damit nicht finanziert werden können - tausende Arbeitsplätze von jungen ForscherInnen, von angehenden ForscherInnen, von JungakademikerInnen, aber natürlich auch von etablierten ExpertInnen und SpezialistInnen. Der Wiener Wissenschaftsstandort wird also mit so einer krassen Unterfinanzierung doch auch bedroht, würde ich einmal sagen.

Ich möchte daher von dieser Stelle aus ganz dringlich an die Herren und Damen von der ÖVP hier in Wien appellieren: Reden Sie mit Ihrem Obmann, dass er diese 1,35 Milliarden doch noch auf den Weg bringt! (Beifall bei den GRÜNEN.)

Auch wenn der Bund dafür zuständig ist, macht Wien aber nichtsdestoweniger auch eigenständige Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsunterstützungspolitik. Wir strengen uns hier auch sehr an. Auch wenn ich mir natürlich wünschen würde, dass mehr Geld für die Wissenschaft und Forschung zur Verfügung stünde, aber wir strengen uns dennoch sehr an, hier einen zukunftsorientierten Weg zu gehen und die Institutionen, soweit es uns möglich ist, auch zu unterstützen.

Nicht nur das Wissenschafts-, Kunst- und Kulturressort macht Wissenschaftspolitik in der Stadt Wien, sondern ein großer Brocken kommt vom KAV, wie Sie wahrscheinlich wissen, und auch andere Ressorts machen Wissenschaftspolitik oder Forschungspolitik, zum Teil in ihren eigenen Abteilungen, aber zum Teil auch durch Forschungsaufträge und auch, indem sie Forschungsaufträge mit Dritten oder mit Unternehmungen eingehen beziehungsweise diese befördern. Oder auch die Fachhochschulförderung aus dem Ressort der StRin Brauner möchte ich hier erwähnen.

Aus dem Wissenschaftsressort selbst geht der große Brocken eigentlich in die institutionelle Jahresförderung von großen Wissenschaftsinstitutionen und Forschungsgesellschaften, und soweit es uns möglich ist, schaffen wir hier eine Planungssicherheit, indem wir auf Mehrjahresförderungen umstellen, sofern das auch ein Wunsch ist. Sie können sich vorstellen, dass das für die Planung, für die mehrjährige Perspektive ein großer Vorteil für die Institutionen ist, weil sie auch damit rechnen können.

Wir geben in Wien Geld für Stipendien aus, was besonders jungen ForscherInnen zu Gute kommt. Und was ich auch sehr erfreulich finde, ist, dass es allmählich anläuft - nachdem auf Bundesebene ja das Gesetz geändert wurde -, dass wir Mittel, die wissenschaftliche Institutionen von Dritten einwerben, von Seiten der Stadt Wien verdoppeln können.

Das ist alles sehr, sehr erfreulich. Und was ich auch sehr erfreulich finde, ist, dass Wien mit seinen Instrumenten in der Wissenschaftspolitik auch einen Beitrag dazu leistet, die Frauen in der Wissenschaft zu fördern, soweit wir das können. Sie kennen das Stichwort "Leaky Pipeline" - die gläserne Decke -, die den Umstand bezeichnet, dass Frauen, je weiter sie in den wissenschaftlichen Karrieren voranschreiten, immer dünner gesät sind, dass sie also gleichsam versickern. Das liegt mit auch daran, dass es eine ganz stark traditionell männlich ausgerichtete Wissenschaftskultur und auch -struktur gibt.

So gesehen freut es mich wirklich, dass wir zu dem doch noch immer recht bescheidenen Anteil an Professorinnen, der in Österreich bei 22 Prozent liegt und dem über 50 Prozent weibliche Studierende gegenüberstehen, in Wien einen, wie ich finde, kleinen Ausgleich schaffen können.

Ich möchte Ihnen dazu ein paar Zahlen nennen: 22 Prozent der von Wien subventionierten wissenschaftlichen Vereine und Einrichtungen werden von Frauen geleitet. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, hier Frauen auch voranzustellen, ihnen auch die Führungsposition zu geben und das auch anzuerkennen.

65 Prozent der Wissenschaftsstipendien gehen an junge Akademikerinnen, und 73 Prozent der Stipendiatlnnen für Diplomarbeiten und Dissertationen sind ebenfalls weiblich. Dazu kommen 74 Prozent der ForschungsstipendienbezieherInnen - sie alle dann mit kleinem "i" -, und auch 80 Prozent der Förderpreise ergehen an Frauen.

Ich finde, das ist eine sehr tolle Entwicklung, bei der Wien einen wichtigen Beitrag leistet, um die strukturellen und organisationalen Benachteiligungen von Frauen in der Wissenschaft ein bisschen auszugleichen.

Natürlich geht es hier nicht nur rein um Köpfe, es geht auch in der Wissenschaftspolitik ganz stark darum, einerseits die Kultur zu verändern, aber auch die wissenschaftliche Methodik, überhaupt die Wissenschaftsproduktion, die Implementierung von neuen Standards und Qualitätskriterien. Und aus meiner Sicht können wir da natürlich noch ein bisschen zulegen und uns hier noch ein bisschen stärker einmischen - obwohl ich zuerst von der Freiheit der Wissenschaft geredet habe, aber die Freiheit der Wissenschaft ist ja nicht eine Freiheit, um zu diskriminieren, sondern da geht es auch um Gleichstellung und um gleichberechtigte Teilhabe. Also aus meiner Sicht können wir da noch ein Schäufelchen nachlegen.

Diese "Leaky Pipeline" ist die eine Sache. Wir haben auf den Universitäten auch noch eine ganz starke Geschlechtersegregation in der Studienwahl. Ich sage Ihnen ja nichts Neues, wenn ich darauf hinweise, dass in den Sozial- und Geisteswissenschaften der Frauenanteil recht groß und in den technischen Wissenschaften nach wie vor leider Gottes sehr gering ist. Ich finde, mit dem Wiener Töchtertag oder auch mit einer geschlechtssensiblen Pädagogik versuchen wir hier entgegenzuwirken. Und da braucht es natürlich auch auf Seiten der wissenschaftlichen Institutionen, aber auch der Unternehmen noch eine gehörige Portion an Anstrengung, damit sich Frauen in diesem Bereich tatsächlich stärker willkommen fühlen und nicht als ein besonderes Exemplar, auf das alle schauen.

Ich nütze noch ein bisschen mehr von meiner selbstgewählten Redezeit aus, um auf einen letzten Punkt, der mir sehr wichtig ist, in der Wiener Wissenschaftspolitik hinzuweisen, und zwar auf die Wissenschaftskommunikation. Ich habe vor Kurzem eine Zahl gelesen, die ich eigentlich recht erschreckend finde, nämlich dass 52 Prozent, also knapp mehr als die Hälfte, der Österreicherinnen und Österreicher sich weder über Wissenschaft informiert sehen noch überhaupt ein Interesse an Wissenschaft haben. Das finde ich eigentlich sehr schockierend, denn das ist doch ein recht wichtiges Feld, nicht nur thematisch, sondern auch ein wichtiges Arbeits- und Forschungsfeld. Ich finde, in Wien wird die Wissenschaftskommunikation doch recht großgeschrieben, und wir haben hier auch sehr spannende Formate und Kooperationen mit Forschungseinrichtungen. Ich halte diesen Weg für sehr gut und halte es auch für lohnenswert, ihn weiter zu beschreiten, um die Öffentlichkeit breiter in die Wissenschaft hereinzubringen beziehungsweise auch die Wissensvermittlung voranzutreiben, und dies, wenn es geht, möglichst niederschwellig.

Dennoch finde ich, dass diese Wissensvermittlung noch relativ stark hierarchisch geprägt und auch recht einseitig ist. Ich würde mir wünschen, dass Wien hier zukünftig einen Weg des Dialogs beschreitet, einen Weg des Dialogs zwischen akademischen und nichtakademischen Menschen. Ich halte das deswegen für so wichtig, weil es darum geht, auch das Innovationspotenzial in diesem Dialog zu nützen, also Wissenschaftspolitik auf dieser Ebene als Innovationspolitik zu betreiben, indem wir Menschen, BürgerInnen, Zivilgesellschaft in die wis-

senschaftliche Aktivität einbinden und das auch vice versa läuft.

Ich glaube, dass wir hier Handlungsbedarf haben. Es gibt große ethische Fragen, es gibt Demokratisierungsfragen, beispielsweise: Wo geht es hin bei Big Data oder bei dieser ganzen Technologisierung auch im Bereich der Biotechnologie? Ich glaube, dass es ganz, ganz wichtig ist, hier auch die BürgerInnen einzubeziehen.

Was wir dazu brauchen, ist eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Schule und Wissenschaft, denn wir können nicht erwarten, dass Menschen wissenschaftlichen Diskursen folgen können, wenn wir sie nicht in der Schule darauf vorbereiten können. (Beifall bei den GRÜNEN und von GR Siegi Lindenmayr.)

Aber auch umgekehrt ist es wichtig, dass Wissenschaft vom Elfenbeinturm herabsteigt und näher mit und an BürgerInnen kommunizieren kann.

Alles in allem denke ich - und damit möchte ich meine Ausführungen abschließen -, dass die Wiener Wissenschaftspolitik auf einem sehr guten Weg ist, auch wenn die Rahmenbedingungen nicht einfach sind. Wir fördern Frauen, wir stehen dafür gerade, dass wir verlässliche PartnerInnen für wissenschaftliche Institutionen sind, dass wir ansprechbar sind, dass wir offen sind, dass wir dafür sorgen, dass wir ein offenes, kommunikatives Miteinander, ein friedliches Miteinander pflegen und gemeinsam an einer Weiterentwicklung Wiens, an einer sehr attraktiven Wiener Stadt arbeiten, nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für alle Menschen, die in Wien leben, und dass wir auch ein Stück gelebter wissenschaftlicher Praxis in den Alltag hereinholen.

Das alles findet sich meiner Meinung nach im Budget und in diesem Rechnungsabschluss. Ich halte es daher für wirklich sinnvoll und unterstützenswert, wenn Sie diesem Rechnungsabschluss zustimmen. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert Kowarik: Die Frau Kollegin hat 14 Minuten Redezeit verbraucht. Damit sind noch 3 Minuten Restredezeit für die GRÜNEN übrig. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr VBgm Mag. Gudenus. Selbstgewählte Redezeit 2 Minuten. Die Restredezeit der Gesamtfraktion beträgt derweil noch 22 Minuten. Ich erteile ihm das Wort.

VBgm Mag. Johann <u>Gudenus</u>, M.A.I.S.: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Kurz eine Replik auf meine Vorrednerin - ich wollte eigentlich nichts zu diesem Thema sagen, aber: Man hat schon den Eindruck, dass es Ihnen nicht wirklich um Wissenschaft an sich geht, sondern mehr darum, wie die Quoten in den diversen wissenschaftlichen Richtungen ausschauen - was eigentlich mit Wissenschaft an sich nichts zu tun hat. Aber das nur als kleine Antwort. (Beifall bei der FPÖ.)

Das hat mit Wissenschaft eigentlich nichts zu tun, das ist eine Pseudowissenschaft, wie wiederum Gender Mainstreaming und dergleichen.

Aber vielleicht haben Sie schon einmal die Möglichkeit in Betracht gezogen - dies nur als Fragestellung -, dass vielleicht die Interessenlagen zwischen den beiden Geschlechtern einfach doch ein bisschen verschieden sein könnten - en gros; nicht immer, aber doch (GRin Mag. (FH) Tanja Wehsely: Die 2 Minuten sind gleich aus!) -, dass vielleicht in den technischen Zweigen mehr solche sitzen und in den sozialwissenschaftlichen Zweigen mehr solche. Das könnte halt sein. Aber wie auch immer, ich stelle es nur als kleinen Denkanstoß in den Raum, sehr geehrte Frau Kollegin. (Beifall bei der FPÖ. - GRin Mag. Barbara Huemer: Glauben heißt, nichts wissen!)

Aber jetzt kurz zu dem, weswegen ich mich eigentlich zu Wort melden wollte: Ich freue mich ganz besonders, dass wir es heute gemeinsam geschafft haben, einen Allparteienantrag zu stellen, einen Fünfparteienantrag zu einem wichtigen Thema, nämlich zum Thema Gedenken und zum Thema Mahnmal in Maly Trostinec bei Minsk, Weißrussland. Ich könnte jetzt kleinlich sein und sagen, ja, es freut mich, dass der Herr Margulies auf meinen Vorschlag eingeht und diesen Antrag einbringt und dass die anderen Parteien darauf einspringen. Ich könnte kleinlich sein und sagen, ja, dass ein Jahr Vorarbeit sich lohnt, das ist schön und das freut mich. Aber insgesamt ist es schön und ein Erfolg des gesamten Hauses, dass wir es heute geschafft haben, diesen Fünfparteienantrag zu stellen, und dass wir ihn morgen auch beschließen werden, nämlich dass dieses Denkmal und Mahnmal in Maly Trostinec mit einer Wiener Komponente erweitert wird. Das freut mich sehr, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Man muss eines bedenken: Dass immerhin an die 13.000 Wienerinnen und Wiener damals in dieser dunklen Zeit dorthin verfrachtet wurden - leider, in diesem Sinne des Wortes -, in Züge gesperrt und hingebracht wurden und ziemlich bald nach ihrer Ankunft auch erschossen wurden, dass wirklich Menschen vernichtet wurden, Männer, Frauen und Kinder. Es sind an keinem Ort während der NS-Zeit so viele Wiener - nämlich Wiener - als Opfer der Schoah ermordet worden.

Ich habe mir selbst, persönlich diesen Ort angesehen - ich war im März dort -, habe einen Kranz, auch mit den Wiener Farben, niedergelegt an dem Ort, an dem so viel Unfassbares und Grausames geschah. Ich habe mir also vor Ort ein eigenes Bild gemacht und habe auch diese negative, morbide Energie gespürt, die von diesem Ort ausgeht. Natürlich sind dort nicht nur Wiener vernichtet worden, es wurden sehr viele Juden aus dem gesamten deutschen Raum und aus anderen Ländern dort auf die grausamste Art und Weise ermordet. Direkt dort, wo der Zug von Wien aus endete, liegt ein Wald, in dem tausende Wiener erschossen und verscharrt wurden - und heute erinnern in diesem Wald viele Hunderte gelbe Zettel an die Personen, die dort ermordet wurden. Diese Zettel hängen an Bäumen, mit den Namen und den Fotos der Opfer, und darauf ist meistens vermerkt, wann die Abfahrt aus Wien begonnen hat, wann die Fahrt dort geendet hat, über welche Stationen sie gegangen ist. Man kommt so eben drauf, dass das Ganze nur ein paar Tage gedauert hat, bis es - nach der Abfahrt aus Wien schlussendlich dann leider zum Mord, zum grausamen Mord gekommen ist.

13.000 Menschen, allesamt aus Wien, teilweise sehr jung - als Familienvater macht einen das besonders betroffen, aber eben auch ganz allgemein als Mensch, wenn man dort ist und die morbide Stimmung verspürt. Aber ich wollte eben als Vizebürgermeister mehr daraus machen, als nur einen Kranz niederzulegen, sondern es war für mich wichtig, dass die Stadt Wien, die Gemeinde Wien, das Land Wien, wer auch immer, der Herr Bürgermeister, nicht nur ein ideelles Zeichen setzt, sondern sich auch aktiv daran beteiligt, hier ein Mahnmal mitzuerrichten, oder sich auch an der Instandhaltung eines bestehenden Mahnmals beteiligt. Und ich konnte eben bei dieser Gelegenheit schon vor einem Jahr mit dem Bürgermeister von Minsk sprechen, der mich gebeten hat, auch bei unserem Bürgermeister die Bitte zu deponieren, hier eine Beteiligung zu ermöglichen, was ich damals auch getan habe. Ich darf an dieser Stelle auch die besten Grüße des Bürgermeisters von Minsk überbringen, der sich sehr freuen wird, dass dieser Beschlussantrag morgen auch gemeinsam beschlossen wird. Danke sehr! (Beifall bei der FPÖ.)

Und ganz klar: Taktische parteipolitische Spielereien haben hier nichts verloren. So ein Thema darf nicht zu einem Spielball der Politik werden. Und nach einem Jahr Vorarbeit freut es mich, dass wir es eben jetzt geschafft haben, was der Nationalrat schon im Herbst beschlossen hat, dass hier eben würdig auch der Opfer gedacht wird, der Opfer insgesamt, aber vor allem der Opfer, die aus Wien gekommen sind. Ich freue mich auf die Beschlussfassung morgen am Abend. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert Kowarik: Kollege Mag. Gudenus hat insgesamt 6 Minuten Redezeit verbraucht. Das heißt, die Restredezeit der Freiheitlichen Fraktion beträgt noch 16 Minuten. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Bluma. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 8 Minuten. - Sie haben das Wort.

GRin Susanne <u>Bluma</u> (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Herr VBgm Gudenus, der erste Teil Ihrer Ausführungen irritiert mich. Und zwar irritiert es mich, dass Sie es als erwähnenswert empfinden, dass eine Vorrednerin das Kultur- und Wissenschaftsbudget von einem Gender-Standpunkt aus betrachtet. Ich möchte dazu nur sagen, dass ich für meinen Teil es gesellschaftspolitisch ganz normal finde, dass man Gender Budgeting betreibt. Und gerade das Ressort Kultur und Wissenschaft, wo es ja sogar einen eigenen Kulturfrauenbericht gibt, ist da eigentlich vorbildhaft. Ich kann also Ihre Bemerkungen von vorhin überhaupt nicht nachvollziehen. (Beifall bei den GRÜNEN. - VBgm Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S.: War eh super! Find ich eh super!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde bereits mehrmals erwähnt: Wien ist die größte Universitätsstadt im deutschsprachigen Raum, und Wien ist auch Forschungsstadt und Wissenschaftsstadt. Und ich möchte sagen, Wien ist die Forschungsstadt und die Wissenschaftsstadt, denn immer wenn ich das große Vergnügen habe, Angehörige von Delegationen, TeilnehmerInnen an wissenschaftlichen Konferenzen hier in unserer Stadt zu begrüßen, dann ernte ich ganz, ganz viel Lob für die Bedingungen, die die Forschungsstadt Wien den Forscherinnen und Forschern bietet. Ich ernte ganz viel Lob für die Wissenschaftsstadt Wien.

In den letzten 30 Jahren hat sich Wien in diesem Bereich ganz enorm entwickelt, die Stadt und die Universitäten kooperieren in hervorragender Art und Weise, und Wien bekennt sich zur Förderung von Wissenschaft und Forschung.

Ich möchte einige Beispiele erwähnen, die auf das Jahr 2016 abzielen, weil wir diesen Rechnungsabschluss ja heute besprechen. Die Stadt unterhält zum Beispiel 6 Wissenschaftsfonds, und diese Fonds unterstützen mit 835.000 EUR besonders innovative und interdisziplinäre Forschungsprojekte junger Forscherinnen und Forscher. In wenigen Minuten auszudrücken, was Wissenschaft und Forschung für Wien bedeutet und was Wien für Wissenschaft und Forschung bedeuten will, ist sehr schwer, ich möchte es aber anhand einiger Beispiele doch versuchen.

Zum Beispiel das Wiener Wiesenthal Institut, das Ende 2016 seinen neuen Standort am Rabensteig bezogen hat. Hier ist es, glaube ich, auf vorbildliche Art und Weise gelungen, Forschung, Dokumentation und Vermittlung an einem Ort zu vereinen und entsprechenden Raum für akademisches Arbeiten im Zentrum unserer Stadt zu schaffen.

Wir haben aber ein großes Anliegen, meine Vorrednerin in diesem Bereich, Kollegin Huemer, hat es ja angesprochen, wir sehen es als unsere Aufgabe, Forschung und Wissenschaft auch für die Menschen, die in dieser Stadt leben, sichtbar zu machen, spürbar zu machen und erlebbar zu machen. Wir wollen sozusagen die Wienerinnen und Wiener an diesem wunderbaren Standort mitnehmen, die Menschen sollen partizipieren können. 2016 fand bereits zum 2. Mal der Wiener Ball der Wissenschaften statt, fast 3.000 Gäste, darunter Forscherinnen und Forscher aus der ganzen Welt, tanzten unter dem Motto "Spaß mit Anstand - Tanz mit Haltung" durch das Wiener Rathaus.

Ein anderes Beispiel ist das Institut für die Wissenschaften vom Menschen. Dieses Institut hat im vergangenen Jahr seinen Schwerpunkt auf gesellschaftspolitisch relevante Themen gelegt, wie die Flüchtlingskrise oder den Aufstieg des Populismus. Das Science Speed Dating, eine großartige Einrichtung, eröffnete den Wienerinnen und Wienern die Möglichkeit, mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Kontakt zu kommen, und zwar an Orten, die für die Wissenschaft vielleicht gar nicht so gewöhnlich, aber bei den Wienerinnen und Wienern sehr beliebt sind, wie zum Beispiel die "10er Marie" in Ottakring.

Ein Empfang für internationale WissenschaftlerInnen und ForscherInnen im Festsaal des Rathauses fand im Jahr 2016 bereits zum dritten Mal statt. Diese Veranstaltung richtet sich an wissenschaftlich tätige Menschen aus der ganzen Welt, die für einen kürzeren oder manche auch für einen längeren Zeitraum in Wien tätig sind, und somit auch in unserer Stadt leben. In seiner Begrü-

ßungsrede skizzierte der Wissenschaftsstadtrat, worum es in Wien wirklich geht, und ich möchte gerne zitieren:

"Puncto Wissenschaft und Forschung verfolgt Wien das ehrgeizige Ziel, führendes Zentrum in Mittel- und Osteuropa zu werden. Dazu braucht es eine welterfahrene wie weltoffene Wissensgemeinschaft, die hier bei uns in Wien arbeitet, forscht und lehrt."

Dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, braucht es auch BürgerInnen, die sich des Wertes einer Wissenschaftsstadt nicht nur bewusst sind, sondern auch bereit sind, mit Wissenschaft in Dialog zu treten. Dialog ist wohl das Schlagwort für die Wiener Vorlesungen, die seit 30 Jahren das Dialogforum der Stadt Wien sind. Die Wiener Vorlesungen thematisieren gesellschaftspolitische und kulturelle Herausforderungen und vereinen auf wohl einzigartige Weise Forschung und Bildung und Wissenschaft und Alltag. Die Leistungsbilanz ist groß: 1.500 Veranstaltungen, 5.000 Referentinnen und Referenten, 300 Buchpublikationen, 140 TV-Kooperationen und zirka 2 Millionen Zuhörerinnen und Zuhörer. Das ist ein niederschwelliger Zugang zu hochkomplexen Themen, kostenfrei für alle WienerInnen. Auch das macht Wien aus, denn das macht eine gerechte Stadt aus.

Ich möchte, weil ich auch schon persönlich einige Male damit befasst war, den Jewish Welcome Service erwähnen, der mit seinem Besuchsprogramm "Welcome to Vienna" das kennen Lernen von Wien als moderne, weltoffene Metropole eröffnet, und mittlerweile schon die zweite Generation an diesen Besuchen teilnimmt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wien ist ein attraktiver Standort für Wissenschaft und Forschung. Wissenschaft und Forschung stärken den Wirtschaftsstandort Wien und bieten den Wienerinnen und Wienern direkten Zugang zu Wissen. Wissenschaft und Forschung in dieser Stadt ist eine Win-win-Situation. - Ich danke Ihnen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Die Kollegin hat 7,5 Minuten Redezeit gebraucht. Das kann ich leider nicht eingeben, ich kann nur runde Zahlen eingeben. Das heißt, die Restredezeit der SPÖ-Fraktion sind 25,5 Minuten, bitte das halt dann entsprechend zu berücksichtigen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Kollege Wiederkehr. Die Restredezeit der Fraktion beträgt noch 3 Minuten. Sie haben das Wort.

GR Christoph <u>Wiederkehr</u>, BA (*NEOS*): Sehr geehrter Vorsitzender! Werter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich begrüße alle Wissenschaftsinitiativen dieser Stadt, sie gehen alle in die richtige Richtung. Es ist für eine Stadt wie Wien unglaublich wichtig, auch in die Zukunft, in die Wissenschaft zu investieren. Da finde ich auch ambitionierte Ziele sehr gut, wie auch im Koalitionsübereinkommen das Ziel definiert ist, die Wissenschaftsmetropole Europas zu werden. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel, und dafür muss die Stadt noch viele, viele Schritte gehen, um auch dort hinzukommen.

Ein wichtiger Indikator, um dort hinzukommen, ist auch, wie viel Geld man für Wissenschaft in die Hand nimmt. Da würde ich mir viel, viel mehr wünschen, vor allem, wenn man sagt, man investiert in die Zukunft, man braucht Spielraum für Investitionen in die Zukunft. Wissenschaft und Forschung sind eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen, und da würde ich mir für die Zukunft auch eine Erhöhung des Budgets wünschen, weil genau hier ist jeder Euro, der hineingesteckt wird, das Geld auch wert. (Beifall bei den NEOS.)

Geld ist der eine Weg, um Wissenschaft und Forschung auszubauen, aber ein anderer wichtiger Aspekt ist auch eine noch bessere Verknüpfung der Standorte in Wien. Da fehlt mir noch die enge Verknüpfung der unterschiedlichen Institutionen, ich glaube, hier könnte man als Stadt noch mehr versuchen, eine Plattform zu schaffen, um auch transdisziplinär, interdisziplinär zu arbeiten, und diese Arbeit auch noch zusätzlich zu fördern, vor allem auch die Verschränkung mit Start-ups, mit der Start-up-Strategie der Stadt. Hier könnte man schauen, dass man Grundlagenforschung und die angewendete Umsetzung davon, vor allem in Start-ups, noch enger zusammenholt. Ich glaube, da gibt es Städte, wo es noch besser funktioniert als in Wien, und da müsste noch mehr Energie hineingesteckt werden.

Genauso wie in die Etablierung einer Marke des Universitätsstandorts Wien, hier hat Van der Bellen einiges an Vorarbeit geleistet, ich sehe, seitdem er nicht mehr Universitätsbeauftragter ist, eigentlich kaum, was mit seiner Arbeit eigentlich geschehen ist, auch seine Berichte sind nicht mehr wirklich online einsehbar. Hier sollte man seine Strategie eigentlich noch weiter voranbringen und auch umsetzen.

Ein sehr positiver Aspekt der Wissenschaftsförderung der Stadt sind die Matching Funds, vor allem im Bereich des WWTF hat man gesehen, dass dadurch wirklich auch private Mittel lukriert werden konnten, die dann durch die Stadt verdoppelt worden sind. Das ist eine extreme wichtige Initiative, damit gezeigt wird: Lieber Privater, es zahlt sich aus, Geld in die Hand zu nehmen. Der Staat, hier die Stadt, gibt noch zusätzliches Geld. Das ist eine extrem wichtige Initiative, und da hoffe ich auch, dass es in Zukunft noch möglich sein wird, denn es läuft ja auch heuer aus. Das wäre auch mein Wunsch in dieser Runde, dass wir es schaffen, diese Matching Funds auch in Zukunft zu garantieren, um auch mehr private Mittel in die Wissenschaftslandschaft zu bringen. - Vielen Dank. (Beifall bei den NEOS.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Nittmann. Die selbstgewählte Redezeit sind 10 Minuten. Sie haben das Wort

GRin Mag. Ulrike <u>Nittmann</u> (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kollegen im Haus!

Ich möchte mit allgemeinen Ausführungen beginnen, um vielleicht ein bisschen unseren Kultur- und Wissenschaftsbegriff etwas näher darzulegen. Damit sich der Mensch in der Gesellschaft voll entfalten kann, bedarf es einer bestmöglichen Aus- und Weiterbildung und auch einer Garantie der Lehr- und Lernfreiheit sowie der sozialen Chancengleichheit. Dazu müssen die wissenschaftliche Forschung und Lehre, die Entwicklung und

die Erschließung der Künste sowie die Lehre der Kunst frei sein. Da bin ich ganz bei der Kollegin: Wissenschaft und Kunst müssen frei sein.

Kunst und Kultur in allen ihren Ausprägungen sind wichtig für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Unsere abendländische Kultur ist reichhaltig und vielfältig und verbindet europäische Kulturnationen. Der Erhalt unserer Kulturdenkmäler hat dabei für uns eine hohe Bedeutung - bei Ihnen weniger, bei uns sehr. Betrachtet man Kultur als Gesamtheit aller menschlichen Ausdrucksformen, dann ist die Kunst eine davon.

Und wie es keine Kultur ohne Übereinstimmung gibt, gibt es ohne Zustimmung auch keine Kunst. Das bedeutet, dass für den einen etwas Kunst sein kann und für den anderen eben etwas ganz anderes. In einer pluralistischen Gesellschaft, in der die Meinungsfreiheit zu den höchsten Gütern zählt, sind auch das Kulturverständnis und das Kunstverständnis teilbar. So gibt es aus unserer Sicht kein allgemeines Kunstverständnis, auch wenn selbsternannte Bewusstseinsprivilegierte oder ihre sogenannten Kunstexperten das den Menschen einreden wollen und jeden, der zuweilen seltsame Vorstellungen nicht teilen will, Barbaren, Banausen oder noch Schlimmeres nennt. Mit dem gleichen Recht kann man aber auch den Wert der linken Propagandakunst in Frage stellen, denn jedem steht es frei, zu sagen: Für mich ist das Kunst oder eben nicht, dafür soll mein hart erwirtschaftetes Steuergeld ausgegeben werden oder auch nicht. Und niemals darf die Kritik der Kunst weniger frei sein als die Kunst.

Die Hauptaufgabe der Kulturpolitik ist die Förderung der Weiterentwicklung des künstlerischen Reichtums unserer Gesellschaft. Dabei hat die Politik lediglich die Rahmenbedingungen zur Gewährleistung der Freiheit und Vielfalt zu schaffen, sodass sich diese Vielfalt durch individuelle künstlerische Leistung entwickelt. Leider geht es aber der rot-grünen Stadtregierung oft nicht um die Weiterentwicklung des künstlerischen Reichtums unserer Gesellschaft, sondern um etwas ganz anderes, nämlich um Günstlingswirtschaft und Subventionierung parteinaher Institutionen. (Beifall bei der FPÖ.)

Die von uns geforderte Transparenz bei der Kulturförderung wird dauerhaft und bis dato ohne Begründung im Gemeinderat abgelehnt. Auch die Aufstockung und die Unterstützung der Gelder für die städtischen Musikschulen, die einen wichtigen Beitrag für das kulturelle Miteinander leisten, werden immer wieder abgelehnt.

Zur mangelnden Transparenz bei der Kulturförderung: In den letzten Jahren hat sich die Stadt Wien durchgerungen, einen Subventionsbericht vorzulegen, gemeinsam mit dem Rechnungsabschluss erstmals im Jahr 2015. Heuer gibt es auch einen Subventionsbericht, der aber wie auch der Kultur- und Wissenschaftsbericht ganz knapp vorgelegt wurde, nämlich letzten Freitag. Für mich ist das nicht nachvollziehbar, weil es darum geht, dass wir heute diesen Rechnungsabschluss eigentlich intensiv diskutieren, und dazu wäre es notwendig, auch die entsprechenden Informationen zu haben. Der Grund kann wohl nur darin liegen, dass Sie sich eine detaillierte

Diskussion über den Kunst- und Wissenschaftsbericht und auch über den Subventionsbericht ersparen wollten.

Wir von den Freiheitlichen fordern schon seit Jahren auch eine Liste der abgelehnten Subventionen, die der Transparenz dienlich wäre. Wir als politisches Entscheidungsgremium müssten in der Lage sein, auch gesamthaft entscheiden zu können, ob und welche Subventionen sinnhaft sind oder nicht, aber auch das wird uns konsequenterweise vorenthalten. (Beifall bei der FPÖ.)

Aus unserer Sicht kann das nur die Gründe haben, dass die Unzahl der Subventionen, insbesondere die Vereinssubventionen, in Wirklichkeit die Basisarbeit der Vereine finanzieren sollen und andererseits die Stadtregierung ihre Günstlinge in entsprechend bezahlte Positionen von Tochtergesellschaften der Stadt Wien oder Vereine einsetzt. Ich denke da an die parteinahen Vereine wie den Verein Basis.Kultur, Trägerverein von 300 Vereinen, Subventionen im Zusammenhang mit dem echo medienhaus, Kommunikationskonzern der Stadt Wien sowie die Subventionen im Zusammenhang mit Donauinselfest, Pensionistenvereine. Zu den Wiener Festwochen möchte ich mich gar nicht näher auslassen, denn meine Zeit ist knapp, da hat Kollege Ebinger eh schon einiges gesagt.

Fest steht jedenfalls, dass 11 Millionen EUR ohne jegliche Bilanzierung und Evaluierung ausgegeben werden. Der Kulturstadtrat hat auch in einem Interview im "profil" gesagt, dass er eigentlich gar nicht weiß, wie viele verkaufte Karten es gibt, und dass es hier auch keine Bilanzierung gibt.

Meine Damen und Herren, so und in dieser Art und Weise wird die Förderung der Weiterentwicklung des künstlerischen Reichtums unserer Gesellschaft sicher nicht vorangetrieben. Was Sie machen, ist reine Politagitation unter dem Deckmäntelchen der Kulturförderung. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich muss Sie in dem Zusammenhang wieder einmal mit dem Zitat Ihrer ehemaligen Stadträtin Pasterk konfrontieren, wonach das Kulturressort als Ideologieressort zu führen ist. Genau das lehnen wir ab, denn Sie missbrauchen das Instrument der Subvention, um den Parteifilz zu nähren und Parteifreunde am Lebenstropf zu halten. Wir fordern daher Ihre politische Verantwortung ein, Steuergeld zur Weiterentwicklung des künstlerischen Reichtums unserer Gesellschaft einzusetzen und nicht Günstlingswirtschaft zu betreiben. Ich fordere Sie daher wiederum zur Vorlage der abgewiesenen Subventionen und einer Änderung der Subventionsrichtlinien auf, um einmal wieder feststellen zu können, wer schon über welche Töpfe Geld lukriert hat und welche Projekte über andere Vereine gefördert wurden. Ich darf dazu zwei Anträge einbringen.

Genau diese Intransparenz und Günstlingswirtschaft ist umso ärgerlicher, als die Musikschulen in Wien dringend mehr Unterstützung benötigen. Wir werden zwar nächste Woche noch eine Subvention für die Musikschulen beschließen, die aber insgesamt viel zu gering ist. Sie wissen alle, die Wiener Symphoniker, die Wiener Sängerknaben beklagen Nachwuchsmangel. Warum gibt es einen Nachwuchsmangel? - Weil es einfach keine

Musikschulen gibt, wo Talente gefördert werden. Ich weiß, Sie werden sagen, dass in den Grundschulen Musik gefördert wird, das ist auch gut, aber es geht auch darum, dann die einzelnen Talente zu fördern.

Offenbar liegt Ihnen, wie Ihnen das UNESCO-Weltkulturerbe nicht am Herzen liegt, auch die Stadt Wien als Kulturhauptstadt der Musik nicht am Herzen. Durch diese starke Vernachlässigung der Musikschulen setzen Sie auch dieses Kulturerbe aufs Spiel, und wir fordern daher einmal mehr für jeden Wiener Bezirk eine Musikschule. Ich darf auch dazu einen entsprechenden Antrag einbringen. - Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert <u>Kowarik</u>: 7 Minuten Redezeit wurden verbraucht, das heißt, die Restredezeit der Freiheitlichen Fraktion ist nur noch 9 Minuten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Kollege Reindl. Die selbstgewählte Redezeit ist 8 Minuten. Sie haben das Wort.

GR Mag. Thomas <u>Reindl</u> (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

Ich möchte mich - wenig überraschend - ein bisschen mit dem Thema Sport beschäftigen und vor allem auch herausstreichen, was sich denn nicht alles im letzten Jahr und auch zum Teil heuer bereits - wir reden ja über den Rechnungsabschluss - in der Sportinfrastruktur in der Stadt Wien getan hat. Wie Sie ja wissen, sind ja der Träger des Sportes in Wien neben dem Breitensport auch beim Spitzensport natürlich die Dachverbände ASKÖ, ASVÖ, Union und die Fachverbände. Hier gibt es eine sehr, sehr intensive und ausdauernde Zusammenarbeit zwischen der MA 51 und den Verbänden und den Sportfunktionären, und es werden hier auch sehr, sehr viele Maßnahmen gesetzt.

Besonders wichtig ist uns, dass wir natürlich die Selbstverwaltung des Sports, wie sie in Österreich festgeschrieben ist, achten, bei den Rahmenbedingungen aber natürlich behilflich sind. Was heißt das? - Auf der einen Seite stellt die Stadt Sportinfrastruktur zur Verfügung, das heißt, Sportflächen, Sporthallen, zum Beispiel in den Schulen. In den Pflichtschulen können die Sportund Turnsäle und auch die Sportplätze zu sehr, sehr günstigen Konditionen von den Vereinen genutzt werden, genauso aber die Stadthalle oder auch Eislaufen am Eisring Süd oder auch in der Albert-Schultz-Halle. Hier gibt es also ein sehr umfassendes Angebot, wo auch eine entsprechende Unterstützung durch die Stadt Wien erfolgt.

Wir investieren aber auch sehr massiv in die Sportinfrastruktur. Auf der einen Seite haben wir im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft 2008 in Wien ja in eine umfangreiche Sanierung von Kunstrasenplätzen und Energierückgewinnungsmaßnahmen investiert, jetzt gibt es ganz neu die Vereinsmillion, die unser Herr Sportstadtrat Mailath sozusagen erfunden hat, wo direkt für die Vereine - nach Antrag und positiver Prüfung natürlich - Subventionen gegeben werden sollen, um hier Maßnahmen, die auf den Sportanlagen notwendig sind, finanzieren zu können. Diese Vereinsmillion ist ein Meilenstein - jetzt kann man sagen, warum sind es nicht

zwei oder drei, aber fangen wir mit einer Million an - und wird bereits jetzt von den Vereinen sehr, sehr positiv aufgenommen. Die Anträge liegen auch schon entsprechend vor.

Auch heuer haben wir in Planung, dass wir ein Sportstadion, nämlich den Sportklub-Platz sanieren. Es wird auch bei der Vienna sicher eine Lösung geben, damit hier die Probleme mit dem Tribünendach gelöst werden können. Das Austria-Stadion, das ja auch von der Stadt Wien maßgeblich unterstützt wurde, ist ja im Bau und im Fertigwerden. Das Rapid-Stadion ist voriges Jahr eröffnet worden. Hier haben wir also sehr maßgebliche Mittel auch für den Spitzensport im Fußball zur Verfügung gestellt.

Ich bin auch sehr froh, dass wir in Wien sehr viele Sport-Events haben, Breitensport-Events, aber auch Spitzensport, so in etwa mit der Europameisterschaft im Beachvolleyball, die Ende Juli ist und heute schon erwähnt wurde. Ich möchte aber auch den Wiener Frauenlauf, der einer der größten in Europa ist, hervorheben, oder auch den Wien Marathon, wo gemeinsam mit privaten Veranstaltern die Stadt Wien entsprechende Unterstützungen gibt.

Ein Projekt, das wir für die Zukunft im Auge haben und wo jetzt die Vorarbeiten beginnen, ist die Sanierung der in die Jahre gekommenen Rundturnhallen in Wien. Hier ist es nicht nur kostenintensiv, sondern auch arbeitsintensiv. Ich bin sehr froh, dass hier entschieden wurde, dass diese Rundturnhallen saniert werden, weil das doch eine maßgebliche Tragsäule für den Vereinssport ist, sei es jetzt Handball, sei es jetzt Basketball, aber auch viele, viele andere Sportarten.

Die Sportstadt Wien kann sich also durchaus auf die Schulter klopfen. Wir sind sehr, sehr gut unterwegs. Natürlich kann man das eine oder andere kritisieren und Verbesserungen einfordern, wie etwa die tägliche Turnstunde. Sie wissen, dass wir das in Wien sehr gerne auch machen würden, wenn es hier eine Einigung im Bund gibt, die aber leider bis jetzt fehlt.

Zum Abschluss möchte ich mich noch bei drei Dienstleistungsabteilungen, die ja auch im Ressort vom Herrn Stadtrat sind, bedanken. auf der einen Seite einmal bei der MA 62. Die ist ja voriges Jahr so richtig zum Zug gekommen, indem sie drei Bundespräsidentenwahlen organisieren durfte, obwohl nur zwei stattgefunden haben - Sie kennen die Geschichte ja -, und auch eine Bezirksvertretungswahl. Sie haben das aber alles ohne Aufsehen, ohne Probleme, still und leise und perfekt organisiert. Recht herzlichen Dank allen KollegInnen, die in der MA 62 tätig sind. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

In einer modernen Dienstleistungsgesellschaft geht natürlich ohne EDV gar nichts. Auch die MA 14 möchte ich hier besonders hervorheben, die in Stadlau an ihrem konzentrierten Standort hervorragende Dienstleistungen still und leise, 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr erbringt und so maßgeblich auch zum Funktionieren der Stadt beiträgt und auch für uns Politiker die Arbeit erleichtert.

Zum Schluss natürlich auch dem PID noch ein herzliches Dankeschön für die tolle Arbeit der KollegInnen, die jetzt auch gemeinsam mit uns den Dienst versehen. Der PID wickelt aber auch unsere Öffentlichkeitsarbeit in der Stadt Wien sehr gut ab und trägt maßgeblich dazu bei, dass wir in Wien so gut dastehen, was den Ruf betrifft, was die Werbung betrifft. Allen Kolleginnen und Kollegen recht herzlichen Dank. - Danke schön. (Beifall SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert Kowarik: Kollege Reindl hat auch 7,5 Minuten Redezeit verbraucht. Das heißt, die Restredezeit der SPÖ-Fraktion beträgt nunmehr 18 Minuten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Kollege Kops. Die Restredezeit der Fraktion ist 9 Minuten, die ich gleich einstellen werde.

GR Dietrich <u>Kops</u> (FPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz auf meine Vorredner eingehen. Sehr geehrter Herr Margulies, ich hätte auch gerne mehr Geld für den Sport, aber das spielt es halt leider auf Grund der prekären Budgetlage der Gemeinde Wien nicht, die ja selbstverschuldet ist, auch auf Grund der tollen Mindestsicherung, die ja jetzt vor Kurzem beschlossen wurde, wo es eigentlich keine Veränderung gegeben hat, außer dass eine Verschärfung im Bereich unserer Leute abgeschlossen wurde. Das nur ganz kurz zu Ihrer Wortmeldung bezüglich mehr Geld für die Kultur. Wie gesagt, ich hätte auch gern mehr Geld für den Sport.

Hier könnte man aber eigentlich relativ einfach im eigenen Ressort umschichten. Ich weiß, Sie werden jetzt wieder sagen, jetzt kommt der Kops wieder mit der alten Geschichte, aber mit mir kann man ja auch mittlerweile handeln, sage ich einmal ganz salopp. Hier geht es ja auch um die Förderung - mein Vorredner hat es auch schon gesagt - des Presse- und Informationsdienstes, hier gibt es ja 90 Millionen EUR rein für Propagandazwecke. Hier könnte man eine Umschichtung herbeiführen und einiges - ich sage ja nicht, alles - ist rein für die Propaganda, wenn man, sagen wir einmal, 50 Millionen für den Sport verwenden könnte, wäre dem Sport schon geholfen, und der Presse- und Informationsdienst hätte auch noch immer genug Geld für Parteipropaganda, meine Damen und Herren. Da könnten wir durchaus einen gemeinsamen Antrag mit den GRÜNEN einbringen, wenn Sie wirklich einsparen wollen und Geld für Kultur, aber auch für Sport haben wollen

Wir haben vor Kurzem auch im Ausschuss wieder einen Antrag von Rot und Grün am Tisch gehabt, bei dem es rein nur um Parteipropaganda gegangen ist, da ist es um den Themenschwerpunkt Türöffnung Bildung gegangen. Hier wurde auch von Rot und Grün, ich glaube aber, die NEOS waren auch dabei, 2,7 Millionen EUR für reine Parteipropaganda beschlossen. Da hätte man sagen können, okay, dann verwenden wir das Geld und stecken es gleich direkt in die Bildung, aber hier wird wieder Steuergeld rein für Werbung verschwendet. Das lehnen wir ab, meine Damen und Herren.

Ganz kurz zum Kollegen Reindl: Ja, es ist nicht alles schlecht, was im Sportbereich derzeit passiert, aber es könnte besser sein. Man könnte im Vergleich zur Kultur noch viel mehr machen, da ist das Ungleichgewicht noch immer sehr eklatant. Der hochtrabende Name Sportstadt

Wien trifft für die Gemeinde Wien in keinster Weise zu. Hier brüstet sich ja die rot-grüne Koalition immer mit dem Slogan Sportstadt Wien, wenn es um Sport in Wien geht. Genau das Gegenteil ist der Fall. Hier gibt es auch eine eigene EU-Studie, nicht der Heilige Mercer wird hier beschworen, sondern die EU hat hier eine eigene Studie von Eurostat. Hier geht es um die Zufriedenheit mit Sportmöglichkeiten und Sportplätzen, da rangiert Wien innerhalb der EU-Staaten nur auf Platz 37, das ist ja auch kein Ruhmesblatt innerhalb Europas.

Ein Thema, das wir schon seit vielen Jahren besprechen, ist eigentlich das leidige Thema, dass es in Wien viel zu wenige Mehrzweckhallen gibt. Da werde ich auch einen Antrag einbringen. Bgm Häupl hat das auch im Zuge des Song Contests wieder zur Sprache gebracht, dass Wien eine zweite Mehrzweckhalle benötigt. Die Stadthalle ist in die Jahre gekommen, die müsste man sanieren, aber es bräuchte eine zweite Mehrzweckhalle auch für Sport-Events oder größere Events im Bereich Musik oder sonstige Groß-Events.

Die Stadt Wien hat dann den Song Contest bekommen, die Stadthalle wurde dann adaptiert, sehr fein, sehr gut. Nur dann war die Idee der zweiten Sportmehrzweckhalle wieder vom Tisch - leider Gottes. Auf der einen Seite, meine Damen und Herren, wächst ja Wien immer mehr und mehr, das ist ja auch so ein Wunsch der rot-grünen Stadtregierung. (GRin Dr. Jennifer Kickert: Tatsache! Es ist Tatsache!) - Na ja, Tatsache. Man könnte ja da entgegenwirken, man müsste ja nicht alle Leute reinlassen, die hier dann die Mindestsicherung beziehen. Da könnte man ja dagegenwirken, dass Wien nicht ins Ungewisse hineinwächst. (GRin Mag. Sybille Straubinger, MBA: Wollen Sie eine Mauer bauen?) Im Gegensatz dazu wird aber gerade im Sportbereich nichts gemacht. Sie rühmen sich, dass Wien eine tolle Zwei-Millionen-Stadt wird, aber im Bereich Sport wird hier nichts gemacht, es finden keine Adaptierungen statt.

Vor Kurzem hat es ja auch ein Qualifikationsspiel der österreichischen Handballmannschaft gegeben, und die österreichische Handballmannschaft musste ausweichen, denn zu diesem Sport-Event wollten natürlich mehr Zuschauer kommen. Da wurde die Albert-Schultz-Halle wieder adaptiert, eine neue Mehrzweckhalle wäre natürlich äußert praktisch gewesen.

Kollege Reindl hat noch die Eishallen erwähnt, das ist auch ein Lieblingsthema von mir, weil ich auch in den diversen Eishallen zu Hause bin und die katastrophalen Zustände in den Eishallen kenne. Das ist für eine Millionenstadt eigentlich eine Zumutung und eine Frechheit. Ich fange mit der Stadthalle an, wo man froh sein muss, wenn man als Eishockeyspieler ein Ligaspiel hat und sich nicht verletzt, weil das Eis so katastrophal ist. Von den Nassräumen, von den sonstigen Gegebenheiten in der Stadthalle, will ich ja gar nicht reden. Wenn Sie wissen, als Eishockeyspieler hat man ja Kufen auf den Füßen, und wenn man da auf Eisen tritt, dann kann man das Eishockeyspiel gleich vergessen. Da wurde vor Kurzem der Treppenabgang in die Katakomben bei der Stadthalle mit Eisenschrauben befestigt. Das ist eine

ganz tolle Geschichte. In der Hinsicht ist das also für eine Großstadt wie Wien wirklich peinlich.

Ich hoffe, der Eisring Süd wird irgendwann jetzt wirklich fertiggestellt und wieder bespielbar werden, denn derzeit ist der Eisring Süd ja auch eine Frechheit für eine Großstadt wie Wien. Dort gibt es Schimmelwände, und die Nassräume sind genauso katastrophal, da hofft man, dass man sich keine Krankheiten holt. Bei der Albert-Schultz-Halle müsste man eigentlich den alten Bereich jetzt auch schon wieder renovieren, denn, wie gesagt, die Nassräume dort sind eigentlich auch eine Zumutung für die Spieler. Das nur zu den Eishallen.

Ich bin eigentlich schon wieder beim Eishockey und beim Eislaufen: Hochhausprojekt Wien, WEV-Platz. Da wurde uns immer von Rot und Grün weisgemacht, wenn es das Hochhaus nicht gäbe, dann müsste der Eislaufverein zusperren. Das ist ja vollkommener Blödsinn! Den Eislaufverein hätte man schon vor Jahren sukzessive sanieren können, wenn man es nur gewollt hätte, aber man will es ja seitens der rot-grünen Stadtregierung nicht, da hat man ja parallel dazu den tollen Eistraum geschaffen.

Weil ich jetzt nur noch 1 Minute habe, möchte ich es ein bisschen abkürzen. Eine Kulturangelegenheit möchte ich schon noch erwähnen, das ist auch mein Leibthema, muss ich ganz ehrlich sagen. Herr GR Woller wird ja irgendwo sein. Im 3. Bezirk gibt es ja die tolle Kunstinstallation "Warten auf Vögel III", das ist im Zuge des Kunstprojektes Kunst im öffentlichen Raum. Und dieser Schmarren, muss ich ganz salopp sagen, wird jetzt um 20.000 EUR wieder renoviert. Nicht, dass man gesagt hat, okay, das ist dort ungeeignet, es ist eigentlich ein Blödsinn, reißen wir den Schmarren ab und pflanzen wir dort wieder Bäume oder Sträucher. Nein, dieser Blödsinn wird um 20.000 EUR wieder renoviert, die Errichtung hat damals schon 25.000 EUR eingebracht.

Meine Damen und Herren, ich bringe jetzt abschließend, weil die Zeit schon abgelaufen ist, zwei Beschlussanträge ein: Einerseits den Beschlussantrag betreffend eine Mehrzweckhalle, hier ersuche ich den Herrn Stadtrat, dass er innerhalb dieser Legislaturperiode den Bau einer Mehrzweckhalle beginnt und sich dafür auch einsetzt. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Der zweite Antrag bezieht sich auf die Budgets der einzelnen Bezirke.

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik** (unterbrechend): Herr Kollege, ich bitte um Einbringung des Antrages. Die Redezeit ist abgelaufen.

GR Dietrich <u>Kops</u> (fortsetzend): Hier geht es um die Budgets der einzelnen Bezirke. Die Budgets sollten auf der Homepage der Bezirke übersichtlich für alle Bewohner auch mit einem Diagramm sichtbar gemacht werden. Hier ersuche ich auch um sofortige Abstimmung. - Danke schön. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert Kowarik: Die Redezeit der Freiheitlichen von 9 Minuten wurde verbraucht. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Neumayer, MA. Die selbstgewählten 8 Minuten Redezeit stelle ich ein. Sie haben das Wort.

GR Jörg <u>Neumayer</u>, MA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen und ZuseherInnen via Livestream und auf der Tribüne!

Werter Kollege Kops, Sie haben sich nicht nur mit Ihrer Redezeit vertan, sondern auch mit der Zahl beim Budget im Rechnungsabschluss. Herr Kollege Kops, die Zahl im Rechnungsabschluss von der MA 53 hat sich in Ihrer Interpretation auf einmal verdoppelt. In der Realität reden wir nicht über 90 Millionen, sondern zirka von der Hälfte. Sie können es dann nachschauen, ich wollte mich nicht extra zu Wort melden. Sie haben sich also nicht nur in der Redezeit, sondern auch in dem Budget vertan.

Es ist aber in Ordnung, denn die 90 Millionen haben Sie scheinbar von einer anderen Zeile abgelesen, nämlich von der Zeile der MA 14, wo es nämlich auch darum geht, worüber ich jetzt reden möchte, ein Thema, das für uns sehr selbstverständlich ist, nämlich die Digitalisierung in unserer Stadt, die natürlich bereits längst stattfindet. Die Einschätzungen von Expertinnen und Experten sind auch heute immer wieder zitiert worden, je nachdem, wie wir alle es dann gerade brauchen. Sind wir uns so ehrlich: Einmal sind die Arbeitsplätze in Gefahr, und einmal schaffen wir neue. Die Digitalisierung bringt wahrscheinlich beides mit sich, zeigt mir aber vor allem, dass es hier nicht um Gut oder Böse geht, sondern einfach um eine Entwicklung in unserer Gesellschaft, die bereits da ist. Und wir als Stadt, als Politikerinnen und Politiker haben auch die Verantwortung, hier damit umzugehen und unsere Stadt zu rüsten.

Zwei Dinge sind aber ziemlich klar, und die gehen mit der Digitalisierung auf jeden Fall einher: Zum einen eine Zunahme von Geschwindigkeit, die wir in den letzten Jahrzehnten so nicht erlebt haben, und zum anderen eine Erkenntnis, die daraus resultiert: Wir können die Zukunft einfach nicht mehr planen. Was wir aber tun können, und das macht die Stadt Wien hervorragend, ist: Wir können alles soweit auf Schiene bringen, damit unsere Systeme gewappnet sind, genau mit dieser Entwicklung umzugehen.

Die MA 14, zuständig für Kommunikations- und Informationstechnologie im gesamten Magistrat der Stadt Wien, weiß genau, wie man sich auf so eine ungewisse Zukunft vorbereiten kann. In Zahlen kümmert sich die MA 14 mit 490 MitarbeiterInnen um 140 Abteilungen mit 30.000 MitarbeiterInnen. Wir reden im gesamten Magistrat und in den Schulen von rund 40.000 PCs und Notebooks, wir reden von 14.000 Druckern, wir reden von virtuellen Arbeitsplätzen, wir reden von einer Dimension, die enorm ist.

Jeder von uns, der am Handy schon einmal geschwind ein Programm irgendwo draufgeladen hat oder am Computer gesessen ist - rechnen Sie das ganze mal 40.000, und Sie haben ungefähr die Dimension von dem, was eine MA 14 bei uns in den Häusern leistet, ganz geschweige denn von 28.000 Telefonen und 18.000 Handys, die die MA 14 noch tagtäglich betreut.

Allein dieser Aufwand ist schon einmal enorm, und diesen Aufwand bewältigt die MA 14 ruhig und solide, ohne dass wir viel darüber diskutieren. Es passiert einfach. Für mich ist die Vorstellung, wie wenn man den Lichtschalter aufdreht. Wir alle rechnen einfach damit, dass das Licht kommt, aber wir wären ziemlich durcheinander, wenn es auf einmal dunkel bliebe. Wir verfolgen in der Stadt Wien hier eine klare Strategie, und diese wird operativ tagtäglich umgesetzt.

Ein Mammutprojekt sei herausgestrichen, das uns die nächsten Jahre begleiten wird, und ich freue mich schon darauf, das Mammutprojekt Kommunikation 2020. Das in die Jahre gekommene Telekommunikationssystem in unserer Stadt hat wirklich gute Dienste geleistet, ist ausgereizt worden, und jetzt ist es so weit, dass wir mit schnellen Schritten auf das nächste System voranschreiten. Es geht darum, die Kommunikationsmöglichkeiten der Zukunft für unsere Stadt und für unsere MitarbeiterInnen zu etablieren. Ich möchte auch Danke sagen für die hervorragende Ausschreibung und die starken Verhandlungen mit den Bietern. Ich glaube, es war wirklich eine vorbildliche Leistung, die erbracht worden ist. Persönlich freue ich mich auch ein bisschen, dass es ein österreichisches Unternehmen geschafft hat, diesen Zuschlag zu bekommen. Das zeigt mir in Zeiten wie diesen, dass in unserer Alpenrepublik auch in der Technik wirklich gute Dienstleister vorhanden sind.

Unser Ziel ist es, dass unsere MitarbeiterInnen bestmöglich auf ihre Aufgaben vorbereitet sein können, dass sie diese bestmöglich umsetzen können, und das sehe ich auch hier im täglichen Gebrauch. Ein kleiner positiver Benefit ist noch, dass sich die Kommunikation 2020 rechnen wird, weil sich einfach die Kommunikation in der Zukunft nach der Investitionsphase besser rechnen wird.

Um für die BürgerInnen mehr Komfort bieten zu können, reden wir aber auch über E-Government, wir reden über Online-Beratung, wir reden über Offline- und Online-Kanäle, die alle miteinander weiter ausgebaut werden, wo wir uns auch nicht zu verstecken brauchen. Apps wie "Sag's Wien, "WienMobil", "qando", "wien.at" sind Dinge, die uns schon täglich begleiten, wo wir auch alle mehr Werbung in unserem direkten Umfeld machen können, denn es sind Dienstleister in unserer Hosentasche, die auch nicht vom Himmel gefallen sind.

Im Bereich Open Government Data sind wir mittlerweile ganz weit voran im europäischen Vergleich, allein 300 Metadatensätze stehen der Öffentlichkeit mittlerweile zur Verfügung. Im Bereich E-Government bin ich jetzt über ein nettes Motto gestolpert, das vor ein paar Jahren ausgegeben worden ist, und ich glaube, es stimmt: Nicht die BürgerInnen sollen laufen, sondern die Akten sollen laufen.

Es gibt 600 AmtshelferInnen im virtuellen Amt, 250 Amtswege, die wir mittlerweile schon online begehen können, und in der Stadt Wien mittlerweile etabliert ist das Free-WLAN mit rund 400 Hot Spots in unserer Stadt, wo man auch gratis auf WLAN zugreifen kann.

Die Aufgaben unserer Stadt im Bereich IKT und EDV sind aber vielseitiger als nur der tägliche Bedarf, sind vielseitiger als nur die Hardware, sind vielseitiger als die Umsetzung, die unsere Kolleginnen und Kollegen im Magistrat tagtäglich erleben. Ich möchte das hier aus diesem Grund taxativ aufzählen, und es sind nur die

Großprojekte, die bereits auf Schiene sind, damit wir uns einfach einmal bewusst werden, was hinter diesem Lichtschalter steht. Tagtäglich drücken wir den Lichtschalter beziehungsweise unseren Computerknopf, und wir gehen alle davon aus, dass sich das Kastel aufdreht, wir Strom und den gesamten Zugang haben. Momentan auf Schiene: Ausbau von "GE MMA", die gemeinsame elektronische Aktenführung im Magistrat, der Ausbau vom virtuellen Arbeitsplatz, Ziel, 14.000 AnwenderInnen zustande zu bekommen. Parkraumüberwachung mittels Chip, Funketiketten für Anwohnerparkpickerl und Parkkarte für Betriebe. Wasserwirtschaft: Umstellung auf ein digitales Wasserbewirtschaftungssystem. Im Bereich Einwanderung und Staatsbürgerschaft: Umstellung auf digitale Amtsführung. Bei Flächen und Mieten: Umstellung auf digitale Verwaltung. Im Sozialsystem: Umstellung auf digitale Servicebetreuung. Bei der MA 68: Bereitstellung einer effizienten Planungs-, Organisationsund Verwaltungssoftware. Kindergärten: die Digitalisierung des Verrechnungswesens. Beim Bereich der Rettung: die Digitalisierung und Update der Organisationssysteme. Bei der MD: Digitalisierung des Recruiting- und Personalwesens. Bei der Feuerwehr: Erstellung einer digitalen Inventardatenbank. Das ist nur ein kurzer Auszug von den Großprojekten, die derzeit auf Schiene sind.

Das eigenständige Rechenzentrum, das STAR22. möchte ich jetzt nur mehr kurz anschneiden, wo ITler und PolitikerInnen, MandatarInnen aus der ganzen Welt zu uns tingeln und sich ansehen, wie man so ein autonomes System mit einem derartig hohen Stand an Sicherheit den Wienerinnen und Wienern einer Großstadt zur Verfügung stellen kann.

Zusammengefasst möchte ich es noch einmal kurz auf den Punkt bringen: Die Digitalisierung ist schon längst da, zeigt ihre Begleiterscheinungen schon heute. Auch wenn wir noch nicht wissen, wo es hingeht, sind wir gerüstet. Unsere Systeme arbeiten auf Hochtouren, und wir sind vielseitig abgesichert. Egal, wie es kommt: Wien funktioniert heute, Wien funktioniert auf Grund der vorausschauenden Tätigkeiten auch morgen. Ein Applaus gilt unter anderem der MA 14 und den Innovationsbringern unserer Stadt, und ich würde mich freuen, wenn jetzt auch der ganze Saal applaudieren würde. Bei den anderen Magistratsabteilungen hat es die Opposition zuvor nicht geschafft, was ich ziemlich seltsam finde. - Danke sehr. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert Kowarik: Die Redezeit ist verbraucht, damit bleibt eine Restredezeit für die Fraktion von 9,5 Minuten. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Ludwig-Faymann. Sie haben das Wort. Ich werde versuchen, 9,5 Minuten einzustellen. - Bitte schön.

GRin Martina <u>Ludwig-Faymann</u> (SPÖ): Herr Vorsit-zender!

Ich möchte in meiner Rede heute vor allem ein Thema in den Mittelpunkt stellen, das mir als Mandatarin, aber auch vielen meiner Kolleginnen und Kollegen ein ganz besonderes Anliegen ist, vor allem jenen, die draußen in der Vorstadt sozusagen, in den Bezirken außerhalb des Gürtels tätig sind, und das sind die Kulturange-

bote vor Ort, draußen in jenen Bereichen der Stadt, wo es eben keine großen Kulturinstitutionen gibt, wo aber die großen Wohnsiedlungen der Stadt stehen und wo Tausende von Menschen leben, und zwar auch viele Menschen, denen es oft aus vielen Gründen eben auch nicht möglich ist, einen Zugang zur Kultur in unserer Stadt zu finden.

Wir alle wissen, dass Kultur wichtig ist, Kultur ist wichtig, was die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Themen betrifft. Kultur erweitert Horizonte, sie beschert uns schöne emotionale Momente, sie bringt aber auch die Menschen zusammen. Sie fördert die Kommunikation, sie bringt oft neue Sichtweisen zu Themen, sie sensibilisiert, und sie fördert auch die Integration und gibt uns oft auch Einblicke in andere Kulturen. Da bin ich eben bei dem Thema, weil ich glaube, dass Kultur ein ganz, ganz wesentlicher Punkt ist, was das Zusammenleben in einer Stadt, was das miteinander Leben in einer Stadt betrifft, was auch das Verstehen, das Respektieren eines anderen in der Stadt betrifft. Ich glaube, Kultur kann da ganz, ganz große Dinge leisten und ist sehr, sehr wichtig.

Es gibt bereits jetzt viele engagierte Menschengruppen, Initiativen vor Ort in den Bezirken draußen, die hier wirklich viel auf die Beine stellen. Es gibt auch die eine oder andere Kulturstätte.

Hier möchte ich kurz sozusagen unterbrechen und einen ganz kurzen Ausflug zu den Wiener Festwochen machen, nicht inhaltlich, dazu sage ich nichts, da möchte ich auch dem Herrn Stadtrat nicht vorgreifen, aber was die Spielstätten betrifft. Wir haben uns eigentlich schon sehr gefreut, als wir gehört und gesehen haben, dass Stätten wie beispielsweise die Gösserhallen im 10. Bezirk hier heuer einen wirklichen Schwerpunkt bekommen haben, in die Spielstätten der Wiener Festwochen aufgenommen worden sind. Das war sehr toll. Das Performeum ist heute schon von diesem Pult aus besprochen worden. Es ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Es ist auch in anderen Bezirken so gewesen, dass neue Kulturstätten in das Programm der Wiener Festwochen mit einbezogen wurden. Wir als Favoritnerinnen und Favoritner haben uns sehr gefreut, auch wenn ich dazu anmerken möchte, dass wir uns einerseits wünschen, dass dieses Angebot der Gösserhallen als Kulturstätte auch im Bereich der Wiener Festwochen in Zukunft gesichert und möglich sein wird (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.), aber vielleicht mit einem Angebot vor Ort, das ein bisschen mehr auch die Bevölkerung, die im 10. Bezirk lebt, anspricht, neugierig macht, damit sie dort hingeht, sich das anschaut, und auch die Kultur, die ihnen dort geboten wird, genießen und auf sich einwirken lassen kann.

Ich möchte heute hier aber vor allem auf ein anderes Festival eingehen, die kleineren Festwochen sozusagen, die auch von dieser Stelle heute hier schon zwei Mal positiv erwähnt wurden, ein Mal vom Kollegen Margulies, ein Mal vom Kollegen Ebinger, das sind die Wiener Bezirksfestwochen, beziehungsweise so, wie es jetzt heißt, das "Wir sind Wien"-Festival, das - und ich hoffe, das wissen die meisten hier im Saal - ja schon zum neunten

Mal in dieser Stadt vom 1. bis zum 23. Juni stattfindet. Es ist so, dass immer jeder Bezirk sozusagen seinen Tag bekommt, der 10. hat also den 10. Juni, andere Bezirke haben sozusagen ihren Tag.

Es war ein ganz, ganz großartiger Erfolg, es wird von der Basis.Kultur.Wien gemeinsam mit den Bezirken veranstaltet. Ich habe die ganz aktuellen Zahlen jetzt auch bei mir, ich habe mich erkundigt. Es hat ja jetzt erst am Freitag geendet, und wir dürfen uns wirklich darüber freuen, dass vom 1. bis 23. Juni insgesamt 198 Kulturveranstaltungen im Rahmen dieses Festivals mit zirka 40.000 Besucherinnen und Besuchern stattgefunden haben. Das ist, denke ich, im Vergleich mit anderen Festivals, auch wenn man sich die Budgets anschaut, ein ganz, ganz großartiger Erfolg, und darauf können wir wirklich sehr, sehr stolz und froh sein, dass wir dieses Festival haben. Dieses Festival hat sehr viel Neues - ich weiß jetzt nicht, ob Kollegin Meinl-Reisinger im Saal ist -, sehr viel Innovatives gebracht, aber es waren auch wieder die beliebten Klassiker des Festivals dabei.

Diesem Festival gelingt es eben - und das halte ich für so wichtig -, mit ganz, ganz hoher Qualität wirklich in die Grätzel dieser Stadt hinauszugehen und wirklich in den Grätzeln unserer Stadt Kultur für alle zu ermöglichen, bei freiem Eintritt, also ganz niederschwelligem Zugang, und es wurde angenommen, wie die Zahlen beweisen. Es waren auch wieder Neuproduktionen dabei, und es werden auch bei diesem Festival Wiener Künstlerinnen und Künstler vor den Vorhang geholt, was ich für ganz, ganz wichtig erachte.

Eine Produktion möchte ich erwähnen, weil mir wirklich von vielen berichtet wurde, wie toll sie war, ich konnte mir sie leider selbst nicht anschauen. Das war die Produktion "Liebe hoch 16", eine ganz erfolgreiche Produktion des Bezirksfestivals. Bei allen Veranstaltungen, ich glaube, es waren 6 oder 7 insgesamt, waren immer auf jeden Fall 300 BesucherInnen, und am Brunnenmarkt, quasi in der Heimat des Stücks, waren dann insgesamt 500 Besucherinnen und Besucher. Das ist ein ganz, ganz toller Erfolg für eine eigentlich relativ kleine, aber von der Qualität her sehr, sehr großartige und tolle Produktion.

Es wurden aber auch unbefleckte - ah, unbefleckte: streichen, streichen, streichen - unbekannte Flecken der Stadt ... (Heiterkeit.) Das ist, glaube ich, der Moment, wo ich das erste Mal rot werde hier am Rednerpult. (GR Mag. Manfred Juraczka: Jetzt sagen Sie mir, wie Sie darauf kommen!) ... der Stadt bespielt und entdeckt. Auch die sogenannten Baulücken Konzerte - jetzt schaue ich genau, wie es heißt - fanden statt, beispielsweise im 3. Bezirk die Attwenger, die sehr, sehr toll waren. Der Ernstl Woller war vor Ort und hat mir sagen lassen - ich habe es nur im Fernsehen gesehen -, dass es wirklich auch ganz großartig war. Das waren alles sehr innovative Projekte, um hier auch ein bisschen über die Innovation, die wir hier im Kulturbereich setzen, zu sprechen.

Ich könnte jetzt noch viele Beispiele zu diesem Festival anführen, aber - und ich glaube, das ist wichtig, und man kann da auch noch viel mehr investieren - es ist

eben ein sehr, sehr erfolgreiches Beispiel, wie es gelingen kann, Kunst und Kultur dort hinzubringen, wo die Menschen leben, sie erlebbar zu machen und viel mehr auf unsere Angebote neugierig zu machen, als uns das vielleicht mit den anderen Angeboten gelingt.

Ich möchte am Ende ein kleines persönliches Erlebnis berichten, weil ich eben beim Abschlusskonzert am 23. Juni im F23 selbst vor Ort war, übrigens auch so eine Spielstätte, wie ich sie beschrieben habe, eine ganz tolle Kulturstätte vor Ort, ganz im Süden Wiens, in Liesing. Dort hat eben das Abschlusskonzert des Festivals stattgefunden, es war mexikanische Musik auf höchstem Niveau, es waren die drei Tenöre, die ganz großartig waren. Ernstl Woller war auch vor Ort, auch der Bezirksvorsteher war vor Ort, und es kam am Ende dieses Konzert ein älterer Herr auf den Bezirksvorsteher zu - kein SPÖ-Funktionär, wir haben ihn alle nicht gekannt, aber es ist so ein schöner Moment im Leben einer Politikerin, eines Politikers -, der sich dann wirklich beim Bezirksvorsteher für diese großartigen Veranstaltungen bedankt hat, die hier organisiert werden. Diesen Dank habe ich mitgenommen und möchte ihn weitergeben, nämlich an jene Personen, die tatsächlich auch dieses tolle Festival organisiert haben, auf die Beine gestellt haben, und das war das Team von Basis.Kultur.Wien mit ihrer Chefin Monika Erb, die heuer zum ersten Mal dieses Festival zu verantworten hatte. Das Festival war ein großer Erfolg, ich gratuliere ganz herzlich, und ich gratuliere und bedanke mich auch von dieser Stelle einmal bei den vielen ehrenamtlich engagierten Menschen vor Ort draußen, die oft mit sehr wenig Geld, und das wissen wir, ganz, ganz großartige, tolle Projekte auf die Beine stellen. Die machen das mit einem tollen Engagement, meist ehrenamtlich, und bringen unserer Stadt so viel Gutes, so viel Wertvolles. Dafür möchte ich mich bedanken, ich nehme an, im Namen von fast allen in diesem Saal, und sage herzlichen Dank. (Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert <u>Kowarik</u>: Nunmehr sind keine Gemeinderäte als Redner mehr gemeldet. Das heißt, der Herr Stadtrat darf bitte seine Wortmeldung machen. 15 Minuten Redezeit stelle ich ein.

Amtsf. StR Dr. Andreas <u>Mailath-Pokorny</u>: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich mit einer kleinen Berichtigung beginnen: Den Kultur- und Wissenschaftsbericht haben wir nicht erst heute in der Früh, sondern elektronisch bereits letzte Woche, nämlich am Freitag übermittelt. Es reicht also, ein bisschen seinen Mailaccount anzuschauen, und dann kann man doch ein ganzes Wochenende auch die Zahlen studieren. Einige Berichtigungen hinsichtlich der hier genannten Zahlen wurden ja schon vorgenommen. 90 Millionen wären fein, wenn wir für den PID zu Verfügung hätten, das ist nicht der Fall. Auch die Vereinigten Bühnen wären sehr froh, wenn sie die 41 Millionen EUR zur Verfügung hätten, die genannt wurden, es sind um 1,5 Millionen EUR weniger, aber um solche Kleinigkeiten muss sich die Opposition natürlich nicht weiter kümmern. Es reicht, wenn man es einmal behauptet, es ist trotzdem falsch, so wie vieles anderes, was Sie hier gesagt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Rechnungsabschluss für das Jahr 2016 sollte ja eigentlich Anlass sein, auch ein bisschen zurückzublicken, zu schauen, was erledigt wurde, was gemacht wurde. Vieles wurde ja schon im Detail gesagt, ich werde mich daher diesbezüglich nicht wiederholen, ein paar Punkte möchte ich aber schon noch herausgreifen.

2016 war zum Beispiel auch das Jahr, in dem wir zehn Jahre Theater an der Wien begehen konnten. Es ist dieses Haus unverändert ein drittes Opernhaus in einer Großstadt. Es gibt nicht viele andere Großstädte, die drei Opernhäuser haben, und es ist dieses Opernhaus eine Erfolgsgeschichte. Das sage ich deshalb, weil nicht zuletzt hier in diesem Saal das lange, lange Zeit angezweifelt wurde, es mittlerweile wesentlich zum Ruf Wiens beiträgt, und wir auch international sagen können, dass dieses Opernhaus ganz Wichtiges bewegt hat.

Wir haben auch sehr, sehr viel weiterbetrieben, unter anderem auch das Wien Museum, und da lassen Sie mich auch nur festhalten, da geht es nicht darum, dass Sie sagen, haha, da geht nichts weiter! Das ist sehr einfach. Ich erinnere mich auch an Zeiten, da musste ich darum werben, dass man das Wien Museum als solches und die Notwendigkeit eines Neubaus des Wien Museums überhaupt zur Kenntnis nimmt. Ja, wir haben dann sehr intensiv über den Standort diskutiert, und jetzt passiert das, was seriöserweise bei jedem solchen Unternehmen auch passieren sollte. Wir diskutieren und haben die Flächenwidmung zur Einsicht auf- und vorgelegt, es geht um die Einreichplanung, es geht um die Freiraumplanung, das sind alles die üblichen bautechnischen Prozesse, bis hin zur Erwirkung des Baubescheides und die Erarbeitung der Ausschreibungsunterlagen. Ich möchte mir nicht vorstellen, was Sie hier sagen würden, und zu Recht sagen würden, wenn wir das alles sozusagen Hals über Kopf machen würden und auch nicht weiter die Bevölkerung einbeziehen würden. Das tun wir. Deshalb wird dieses Museum selbstverständlich umgesetzt werden, ist dabei, umgesetzt zu werden, aber ich lege auch Wert darauf, dass die Schritte, die notwendig sind, auch sorgfältig gemacht werden.

Auch bei der Wissenschaft in dieser Stadt, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir sehr strategisch und, wie ich meine, auch vernünftig die Schwerpunkte gesetzt. Eine Stadt die - und Sie werden dann im Anschluss intensiver darüber diskutieren - einen sehr guten, einen sehr gut gehenden, einen von der Bevölkerung akzeptierten öffentlichen Gesundheitssektor hat, wird sich selbstverständlich auf die Life Sciences konzentrieren, und das tun wir auch. Diese Schwerpunkte sind ja auch international wahrgenommen. Wir haben beispielsweise dazu beigetragen, das Institut für Molekulare Biotechnologie mit Prof. Penninger auszubauen.

Wir haben aber auch in anderen Bereichen, nämlich im Bereich der Geistes- und Kulturwissenschaften - Stichwort Erinnerungskultur, ich werde dann noch ein bisschen ausführlicher drauf zurückkommen - Wesentliches geleistet, nämlich durch die Etablierung und Unterstützung für das Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien. Das ist uns deshalb wichtig, weil wir uns

nicht einfach nur plakativ einmal irgendwo hinstellen und sagen, wir sind jetzt auch für Erinnerungskultur, sondern weil es für uns essentiell ist, dass es eine Forschungsstätte gibt, die sich mit der Entstehungsgeschichte des Holocaust und auch mit seinen Auswirkungen beschäftigt, und wir haben das in intensiver Zusammenarbeit mit der Kultusgemeinde in Wien auch tatsächlich umgesetzt.

Im Film beispielsweise, weil das heute nicht erwähnt wurde, haben wir fortgesetzt, wesentliche Förderungen und wesentliche Filme zu unterstützen, was einen Wien-Effekt von 751 Prozent hervorgerufen hat.

Da geht es also um weit mehr als um Kunst- und Kulturförderung, sondern das ist tatsächlich auch Wirtschafts- und Technologieförderung. Wir haben, um auch über einem anderen Bereich noch etwas zu sagen, über den KÖR wesentliche Projekte, was zeitgenössische Kunst im öffentlichen Bereich anbelangt, unterstützt, aber auch noch etwas - und damit komme ich jetzt wieder zum Stichwort Erinnerungskultur -: Wir haben ein Mahnmal auf den Gründen des ehemaligen Aspangbahnhofs unterstützt. Dieses Mahnmal ist derzeit in Umsetzung. Warum ist das so wichtig? Es ist deshalb so wichtig, weil der ehemalige Aspangbahnhof jener Ort ist, von dem tatsächlich die meisten Jüdinnen und Juden aus Wien nach Maly Trostinec deportiert worden sind. Es ist dies sozusagen der Beginn der Vernichtung, der Beginn des Transportes in den Tod.

Wir haben eine Ausschreibung gemacht. Wir haben über KÖR ein, glaube ich, sehr berührendes und auch würdiges Denkmal als Ausschreibungsgewinner nominiert. Da wird derzeit gebaut. Es ist uns wichtig, dass wir das tun können und dass wir das tun, was wir als Stadt Wien tatsächlich machen, nämlich die Fortsetzung einer ganzen Reihe von Erinnerungsorten, von Denkmälern quer durch die Stadt, die die unterschiedlichen Aspekte der Schoah, der Verfolgung des nationalsozialistischen Unrechtsregimes auch tatsächlich dokumentieren, ob das nun das Denkmal gegen Krieg und Faschismus ist, ob das das Holocaust-Mahnmal auf dem Judenplatz ist, ob das das Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz ist oder auch jenes.

Lassen Sie mich da nur ein Wort zum VBgm Gudenus sagen, der sich hier herausstellt und sagt, dass er in Maly Trostinec war. Wissen Sie, meine Damen und Herren - und ich weiß nicht, ob der Herr Vizebürgermeister da ist oder das vielleicht hört -, viele Jüdinnen und Juden in Wien sind beschämt darüber, dass sich jemand, der aus einer Partei kommt, die sich sehr lange sehr schwer darin getan hat, sich ausreichend vom Nationalsozialismus zu distanzieren, heute hier als der Hüter der Erinnerungskultur aufspielt. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Meine Damen und Herren, hier wird der Bock zum Gärtner gemacht. (StRin Ursula Schweiger-Stenzel: Nein!) Ich kann mich noch gut erinnern, es ist nicht einmal ein Jahr her, als sich ein FPÖ-Gemeinderat aus Niederösterreich, aus Schwechat, im Zusammenhang mit der Bundespräsidentenwahl und dem Herrn Norbert Hofer und einer Auseinandersetzung mit dem Tiroler SPÖ-Vorsitzenden öffentlich erklärt hat, es sei eine Ehre, ein Nazi zu sein. Das war der GR Zistler aus Schwechat.

vielleicht erinnern Sie sich noch. Es ist noch nicht so lange her, da hat ein anderer Gemeinderat aus Gloggnitz davon gesprochen, dass es ein wertloses und problembehaftetes Menschenmaterial gibt. Man kann das alles nachlesen, ich habe mir das vorher gegoogelt. Ich komme gar nicht nach mit all den Äußerungen, den anschließenden Distanzierungen und den notdürftigen Entschuldigungen Ihrer Partei. Wissen Sie, es ist einfach unglaubwürdig. (StRin Ursula Schweiger-Stenzel: Also wirklich!)

Ich bin sehr dafür, dass man sich gemeinsam entschließt, auch in Maly Trostinec ein Mahnmal zu machen, aber dann soll man bitte nicht so zynisch sein und all das vergessen machen wollen, was in der Vergangenheit geschehen, gesagt, geschrieben wurde. Sehr, sehr viele der Betroffenen, sehr, sehr viele der Nachfolger, sehr, sehr viele der Kinder und Kindeskinder all derer, die in diesen Lagern umgekommen sind, die in Maly Trostinec umgekommen sind, ich kann's nicht anders sagen, fühlen sich beschämt. Ich meine, man sollte damit sehr, sehr vorsichtig sein.

Sich nun damit zu rühmen, dass das jetzt Ihr Vorschlag war und Sie das eingebracht haben ... Ich finde es wunderbar, dass wir das gemeinsam machen. Es ist im Ubrigen, sage ich dazu, Aufgabe der Republik Österreich und des Außenministeriums, da an erster Stelle führend tätig zu sein. Wir in Wien kommen dieser Aufgabe seit Langem nach. Teilweise auch gegen die Stimmen hier haben wir Vorhaben und Denkmäler und anderes umgesetzt, was tatsächlich eine Erinnerungskultur darstellt und tatsächlich auch etwas bewirkt hat in dieser Stadt, das das kollektive Bewusstsein und das Erinnern an den Nationalsozialismus und an die Geschichte davor anbelangt. Insofern, meine ich, sollte man das mit großer Energie weiter betreiben, selbstverständlich, aber es ist doch ein bisschen ein schaler Beigeschmack, wenn man das allzu sehr auf seine eigenen Fahnen heftet. (Anhaltender Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - Zwischenruf von GR Dr. Günter Koderhold.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben auch in den anderen Bereichen Wesentliches erledigt und gemacht. Wenn ich nur beispielsweise ein Vorhaben aus der MA 8, aus dem Wiener Stadt- und Landesarchiv herausgreifen darf, das Wien Geschichte Wiki: Das ist eine Einrichtung, die mittlerweile über 50 Millionen Zugriffe hat, die wesentlich die Geschichtsschreibung der Stadt Wien beeinflusst, die auch ein Mitmachen, eine gemeinsame Aktion ermöglicht und tatsächlich ein gutes Beispiel für Open Data ist.

Wir haben im Presse- und Informationsdienst, um auch etwas Weiteres herauszugreifen, nicht nur hervorragende Informationsarbeit gemacht. - Herr Kollege Kops, das ist keine Propaganda. Die hunderttausenden Wienerinnen und Wiener, die Mitglied des CLUB WIEN sind und tatsächlich dieses Informationsangebot des PID benutzen, sind ja nicht von einer Propaganda verführt wo immer Sie auch dieses Wort haben, der Schelm ist, wie er denkt -, sondern es ist tatsächlich ein großes Informationsangebot.

Wir haben vorher gerade ein gutes Dutzend Menschen geehrt im Zusammenhang mit einer Aktion des PID, nämlich "Stark ist, wer Hilfe sucht." Es sind Freiwillige, die unter anderem über eine Aktion des PID sich gemeldet und hervorragende Freiwilligenarbeit geleistet haben

Wir haben natürlich auch im Bereich des Sports - um das alles ausführlich zu besprechen, ist jetzt wiederum die Zeit zu kurz - wesentliche Initiativen gestartet, von der Vereinsmillion bis hin zu Stadienneubau, bis zur Sanierung der Rundturnhallen. Die MA 62 hat das in einer Zeit gemacht, die gar nicht leicht war, und zwar neben vielen anderen Dingen. Sie erledigt im Übrigen momentan auch hervorragend die Erneuerung der Pässe, denn ganz, ganz viele Pässe laufen jetzt ab. Das ist ein wunderbares Serviceangebot. Auch die Wahlen hat sie ganz hervorragend gemanagt. Ich kann mich noch gut daran erinnern, welchen Vorbehalt es gegeben hat, was die Wiederholung der Bezirkswahl im 2. Bezirk anbelangt, und das ist eigentlich auch wunderbar über die Bühne gegangen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte diese Gelegenheit natürlich auch nutzen, um mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Magistratsabteilungen zu bedanken. Ich habe da einen ganz dicken Papierstoß, aus dem ich eigentlich hätte vorlesen wollen, was sozusagen als Alltagsarbeit in dieser Geschäftsgruppe erledigt worden ist. Ich bedanke mich bei Ihnen sehr herzlich dafür, dass Sie diese Arbeit mit großer Ruhe, mit großer Selbstverständlichkeit, aber auch mit riesengroßer Kompetenz, Engagement und Enthusiasmus erledigt haben. Herzlichen Dank! Ich freue mich auf gute weitere Zusammenarbeit im Sinne der Stadt, zum Wohle der Stadt, wobei die Wienerinnen und Wiener tatsächlich von dieser Arbeit sehr, sehr gut leben können. Herzlichen Dank! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Mir liegt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von der Frau StRin Schweiger-Stenzel vor. - Bitte schön.

StRin Ursula <u>Schweiger-Stenzel</u>: Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich möchte - zur Geschäftsordnung - mein Befremden darüber ausdrücken, dass hier von Ihnen eine lange Stellungnahme zu einem meiner Ansicht nach sehr wertvollen Beitrag vom Herrn VBgm Gudenus geleistet wurde, wobei er auch nicht mehr die Möglichkeit hat und auch kein anderer sonst, dazu weiter Stellung zu nehmen. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Ich finde das eigenartig, weil Sie damit einen wirklich ernst gemeinten idealistischen Antrag, den ja alle mittragen, versucht haben - oder mit Erfolg oder wie auch immer - zu entwerten. Ich finde das der Geschäftsordnung dieses Hauses nicht würdig. (Widerspruch bei SPÖ und GRÜNEN.) Es gibt, und daran müssen Sie sich gewöhnen, ob Sie wollen oder nicht (Beifall bei der FPÖ.), kein Monopol Ihrer Seite mehr auf eine Vergangenheitsbewältigung.

Ich bin ein lebendes Beispiel dafür. Ich wäre nie zur FPÖ gegangen, wenn ich mich mit meiner jüdischmütterlichen Vergangenheit hier nicht gut aufgehoben

gefühlt hätte. Ich erinnere mich nur an den Fall Heinrich Gross, daran, wie lange die SPÖ gebraucht hat, um hier einen Orden, eine Auszeichnung posthum abzuerkennen. Wir können in Österreich leider alle Parteien nach Antisemitismus und Zynismus durchleuchten. (GR Christian Oxonitsch: Zur Geschäftsordnung!) Aber glauben Sie mir, ein Johann Gudenus, ein Vizebürgermeister (Widerspruch bei SPÖ und GRÜNEN.), der diesen Akt gesetzt hat, verdient es nicht, mit Ausnützung einer letzten Wortmeldung von Ihnen hier zynisch entwertet zu werden. Dagegen möchte ich mich wehren. Das ist gegen die Geschäftsordnung des Hauses, und es ist politisch in äußerstem Sinne fragwürdig. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Zur Geschäftsgruppe Kultur, Wissenschaft und Sport liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich schlage vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Soziales, Gesundheit, Frauen mit der Postnummer 2, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund einschließlich der Jahresabschlüsse der Wiener städtischen Krankenhäuser, der Teilunternehmung Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien, Medizinischer Universitätscampus und der Teilunternehmung Geriatriezentren und Pflegewohnhäuser der Stadt Wien mit sozialmedizinischer Betreuung für das Jahr 2016, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien und den Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund jedoch getrennt vorzunehmen. Gibt es dagegen einen Einwand? - Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so fortzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Soziales, Gesundheit und Frauen. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Dr. Gara. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit 8 Minuten.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan <u>Gara</u> (NEOS): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Das Gesundheitsbudget ist kein kleines, es ist ein sehr, sehr großer Brocken des Gesamtbudgets der Stadt, weil es auch ein sehr wichtiges Thema für die Gesundheitsversorgung in Wien ist. Es zeigt sich aber, dass auch der Wiener Krankenanstaltenverbund Jahr über Jahr auch hier Verluste schreibt, dass zukünftige Investitionen immer schwieriger werden, auch zukünftige Investitionen, die beispielsweise das Spitalskonzept 2030 benötigt.

Wie wir letzte Woche vom Wiener Krankenanstaltenverbund hören konnten, verändert sich hier etwas. Es verändert sich die Tatsache, dass die ursprünglich geplante Fokussierung eines Augenzentrums nur in der Rudolfstiftung in der Form nicht realisiert wird, sondern die Augenabteilungen im Donauspital und in Hietzing bleiben werden. Dazu muss ich sagen, das finde ich gut. Ich finde, das ist ein Erfolg, und es ist etwas, das man letztendlich auch einer Bürgerin verdanken kann, nämlich der Frau Hufnagl, die hier mutig angetreten ist, nicht nur gejammert, sondern gehandelt hat. Sie hat gesagt,

das wird so nicht funktionieren, wenn es keine Augenversorgung mehr gibt in den beiden größten Bezirken Wiens, in der Donaustadt und in Floridsdorf mit insgesamt 330.000 Einwohnern.

Ich kann mich noch an viele Debatten hier erinnern, wo immer wieder erwähnt wurde, das sei kein Problem, andere Städte machen das auch, und wo wir als Opposition immer wieder darauf hingewiesen haben: Es wird so nicht funktionieren, es kann so nicht funktionieren, weil es letztendlich etwas anderes ist. Spezielle Operationen in einer gewissen Anzahl und dadurch auch in einer nötigen Qualität zu machen, das ist die eine Geschichte, aber die Grundversorgung ist das wesentliche Problem und das Thema, wenn vor allem der niedergelassene Bereich nicht entsprechend ausgebaut ist.

Fakt ist, dass das jetzt verändert wird, und dazu muss ich sagen, dass das Spitalskonzept 2030 in seiner ursprünglichen Form, wie es hier beschlossen und diskutiert wurde, so nicht halten wird und nicht halten kann. Ich weiß schon, dass das in den Aussendungen von Ihrer Seite, auch vom Wiener Krankenanstaltenverbund etwas anders klingt. Man sagt jetzt, es sind jetzt mehr die Zentren, sondern wir vernetzen uns. - Ganz ehrlich, das erwarte ich beziehungsweise war diese Art der Vernetzung auch bereits bisher der Fall und das halte ich auch für einen vernünftigen Punkt. Noch einmal: Ich glaube, dass eine Zentrenbildung im Sinne der Ressourcenbündelung absolut sinnvoll ist, nur, und das haben wir immer wieder kritisiert, das Spitalskonzept 2030 in dieser Form ist nicht zu Ende gedacht. Es ist in vielen Bereichen nicht faktenbasiert, es fehlen Zahlen, Daten und Fakten, und damit letztendlich auch nicht komplett durchdacht. Deswegen sind wir hier sehr froh, dass es letztendlich dazu gekommen ist, hier davon abzukehren und das einmal in dieser Struktur zu lassen.

Ich sage Ihnen, das wird aber nicht nur bei der Augenheilkunde so bleiben, das wird auch in anderen Bereichen so sein. Es wird im Bereich der HNO so sein, es wird im Bereich der Urologie so sein. Deswegen empfehle ich noch einmal, und wir werden dazu einen Antrag einbringen, in der jetzigen Form einmal hier auch einen Stopp zu machen, faktenbasiert darauf zu schauen, wie eine solche zukünftige Struktur aussehen sollte.

Dazu noch etwas, und das erwähne ich immer wieder in diesen Diskussionen: Wiener Gesundheitspolitik ist nicht nur KAV-Spitalspolitik. Die Wiener Gesundheitspolitik sollte mehr sein. Die Wiener Gesundheitspolitik sollte darauf achten, dass die Schnittstellen auch zu den anderen Spitalsträgern, den Ordensspitälern, zu zukünftigen Primärversorgungseinheiten im niedergelassenen Bereich einfach definiert sind. Das passiert nicht. Das ganze Thema der Primärversorgungseinheiten haben wir im letzten Ausschuss diskutiert. Dazu gab es auch eine Anfrage von der ÖVP, nämlich an diesem Beispiel des Primärversorgungszentrums in der Nähe des Donauspitals, 170 m vom Eingang des Donauspitals entfernt. Das ist keine wohnortnahe Primärversorgungseinheit.

Was ich beziehungsweise wir bis dato auch vermissen, ist ein klarer Strategieplan dazu, wie es denn in Zukunft mit wohnortnahen Primärversorgungseinheiten

aussieht. Ich erwähne das immer wieder, ich werde das auch morgen beim Bereich der Stadtentwicklung noch einmal erwähnen. Was ich vermisse, ist eine wirkliche Zusammenarbeit der Stadtentwicklung und dem Gesundheitsbereich. Es ist von vornherein vernünftig, hier entsprechende Primärversorgungseinheiten zu planen, wenn ich natürlich neue Stadtentwicklungsgebiete entsprechend ausbaue.

Das heißt, hier werde ich noch einmal unseren Antrag einbringen betreffend die Einrichtung von Primärversorgungseinheiten in Stadtentwicklungsgebieten. Wir haben eine Reihe von möglichen Stadtentwicklungsgebieten aufgezeigt, wo dies stattfinden sollte. Zumindest ab einer Größe von etwa 1.000 Wohneinheiten muss das von vornherein mitgeplant, mitgedacht werden. Damit lassen sich natürlich auch auf der Kostenseite die relativ teuren Spitalskosten in vielen Bereichen auch entsprechend vermeiden. (Beifall bei den NEOS.)

Was wir wollen, was wir verlangen, was wir wünschen, ist, dass wir nicht nur über das Spitalskonzept 2030 sprechen, denn, wie ich vorhin gesagt habe, braucht es hier einfach eine grundlegendere Evaluierung. Es gibt nach wie vor sehr viele Bereiche, die auch so nicht funktionieren werden, auch logistisch nicht funktionieren werden. Deshalb halten wir es für extrem wichtig, dass wir uns ein Wiener Gesundheitskonzept 2030, oder wie auch immer wir das nennen wollen, ausarbeiten, das genau diese Schnittstellen und diese entsprechende Vernetzung ermöglicht. Um die Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitssystems zu verbessern, reicht es eben nicht aus, die einzelnen Subsysteme zu optimieren, wobei der Wiener Krankenanstaltenverbund natürlich ein sehr großes System ist, sondern da braucht es einen Blick auf das große Ganze über die entsprechenden Sektorgrenzen hinweg. Das ist etwas, das wir verlangen, was wir immer wieder verlangen werden, denn ich glaube, das ist die einzige Chance, wie wir langfristig die Kosten im Wiener Gesundheitssystem, die Budgets, im Rahmen halten können bei gleichzeitig wachsender Bevölkerung.

Es wurde heute öfters diskutiert, die SPÖ stellt sich da ganz klar gegen Privatisierung, aber was hier stattfindet, ist eine Privatisierung, denn sehr viele Menschen finden die Versorgungseinheiten nicht mehr und werden zwangsläufig zu den Wahlärzten gezwungen. Sie müssen zu den Wahlärzten gehen, auch viele, die es sich eigentlich nicht leisten können. Ich halte das aus der Sicht der Sozialdemokratie schon für sehr problematisch. (Beifall bei den NEOS.)

Das heißt, wir haben hier nicht nur eine Ein-, Zweioder Drei-Klassen-Medizin, sondern tatsächlich einfach
eine Mehr-Klassen-Medizin. Es ist wirklich notwendig,
und ich denke, es besteht die Chance, auch von Ihrer
Seite, Frau Gesundheitsstadträtin, hier wirklich die Weichen zu stellen, einmal über dieses bestehende Spitalskonzept hinaus damit zu beginnen, zu sagen, wir machen einmal Stopp, wir machen einmal wirklich eine
Evaluierung, schauen uns die Zahlen, Daten und Fakten
an, um das Ganze auch in Richtung eines gesamten

Wiener Gesundheitskonzeptes zu entwickeln. Auch dazu bringe ich einen Antrag ein:

"Der Wiener Gemeinderat spricht sich für einen vorläufigen Stopp des Wiener Spitalskonzeptes aus. Die zuständige Stadträtin ist aufgefordert, ein Gesamtgesundheitskonzept zu entwickeln unter Berücksichtigung der anderen Rechtsträger, auch unter Berücksichtigung des niedergelassenen Bereiches.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dazu verlangt." (Beifall bei den NEOS und von GR Dr. Günter Koderhold.)

Ich denke, dass diese Herausforderungen der Wiener Gesundheitspolitik, vor denen wir stehen, nur gelöst werden können, indem man diese integrierte Sichtweise von vornherein auch in der Planung mitberücksichtigt. Das ist das, was wir eigentlich zu wenig sehen. Deswegen bin ich auch froh, dass man im Bereich der Augenheilkunde jetzt erkannt hat, dass hier eine Änderung notwendig ist, und dass diese Schritte auch eingeleitet wurden, dass letztendlich diese drei Versorgungseinheiten, natürlich mit der Vernetzung, entsprechend auch in Zukunft aufrecht bleiben. - Danke schön. (Beifall bei den NEOS.)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit hat 10 Minuten betragen. Restredezeit der Fraktion 13 Minuten. Als Nächste ist Frau GRin Korosec zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten

GRin Ingrid <u>Korosec</u> (ÖVP): Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Gara! Ihrem Antrag Neustart Spitals-konzept 2030 kann ich uneingeschränkt zustimmen. Es ist überhaupt interessant: Mir kommt fast vor, wir hätten ein Privatissimum gehabt, denn ich komme eigentlich auf die gleichen Lösungsvorschläge, die auch Sie gebracht haben

Aber beginnen wir einmal mit der Gesundheits- und Sozialpolitik in Wien. Das Positive: 32 Prozent, das sind 4,5 Milliarden EUR, werden für Soziales und Gesundheit ausgegeben. Das ist grundsätzlich positiv. Wir alle wissen: Nichts auf der Welt ist so wichtig als die Gesundheit. Soweit ist es gut. Wenn man natürlich sich das näher anschaut - und das ist ja nicht das erste Mal, dass ich das hier sage -, dann sieht man sehr deutlich und seit vielen Jahren das gleiche Resultat: Nicht sparsam, nicht effizient, nicht wirtschaftlich und nicht transparent.

Die Thematik der Geldverschwendung wird in der rotgrünen Stadtregierung zur unendlichen Geschichte. Wir alle kennen den Roman, oder ich nehme an, Sie kennen ihn, und wir wissen, die "Unendliche Geschichte" hat ein Happy End, sonst wären ja nicht 40 Millionen Bücher in 40 Sprachen verkauft worden. Aber die unendliche Geschichte von Rot-Grün in Wien ist ganz anders: Sie ist weder happy noch hat sie ein End. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Lassen Sie mich das an zwei Kapiteln erläutern.

Soziales, Mindestsicherung: Über Mindestsicherung ist heute viel gesagt worden. Es ist lange verhandelt worden, über 200 Tage. Die Kosten täglich sind 1,8 Millionen EUR, und es ist keine Reform. Es sind einige Adaptierung vorgenommen worden, aber es ist keine

Reform in Richtung Sprungbrett zum Arbeitsmarkt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte Ihnen das Beispiel, welche Schieflage wir da haben, noch einmal erläutern. Ich habe das schon einmal gemacht und habe mir das jetzt wieder angeschaut auf Grund der Reform, nur hat sich nichts verändert. Das ist jetzt nicht ein Beispiel, das irgendwo herbeigezogen wurde, sondern das ist ein ganz praktisches, vernünftiges Beispiel. Hier gibt es zwei Familien. In der einen Familie verdient der Mann 1.500 EUR netto im Monat, also eigentlich ein durchschnittliches Einkommen, hat 2 Kinder, 3 und 10 Jahre alt, die Frau ist zu Hause. Mit allem Sonstigen, GIS-Gebühren, und so weiter verbleibt ein Einkommen von 1.974 EUR netto. So weit, so gut.

Das andere Paar: Beide beziehen die Mindestsicherung, haben auch die zwei Kinder, drei und zehn Jahre alt, haben aber natürlich den Vorteil des Mobilpasses. Das monatliche Einkommen ist 2.037. Das heißt, die Familie, wo beide in der Mindestsicherung sind, hat um 60 EUR im Monat mehr, als die Familie, wo der Mann 40 Stunden in der Woche hackelt und die Frau die Kinder zu Hause betreut. Wenn Sie da, meine Damen und Herren, von Gerechtigkeit sprechen, dann, muss ich sagen, verstehe ich die Welt nicht mehr. (Beifall bei der ÖVP.)

Gerechtigkeit, meine Damen und Herren, sieht anders aus. Gerecht ist es, jenen zu helfen, Herr Kollege Maresch, die es brauchen, nicht nur jenen, die es wollen. Wenn Sie dieses Beispiel als positiv empfinden (GR Mag. Rüdiger Maresch: Wenn ich so viel Geld hätte wie Sie, dann würde ich ein bisschen vorsichtig sein!), dann muss ich Ihnen sagen, dann ist jedes Wort, das man zu Ihnen sagt, eigentlich zu viel. Meine Damen und Herren, es braucht endlich Gerechtigkeit auch für die Leistungswilligen, auch das muss man einmal sagen! (Beifall bei der ÖVP.) Ich bringe daher zum x-ten Mal wieder den diesen Beschlussantrag ein - ich kann es mir ersparen, ihn vorzulesen - betreffend Reform der Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Wir wollen eine sofortige Abstimmung. (Beifall bei der ÖVP.)

Damit komme ich zum Kapitel zwei, Gesundheit. Vorweg ist es mir ein ganz ein besonderes Anliegen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, im Bereich Gesundheit, Ärzten und Ärztinnen, Pflegekräften oder sonstigen Mitarbeitern, ganz, ganz herzlich zu danken im Namen meiner Fraktion, aber auch persönlich. Durch Ihren großartigen Einsatz leisten Sie oft Unglaubliches unter sehr, sehr schwierigen Rahmenbedingungen. Frau StRin Wehsely hat sehr viele Hürden aufgebaut, und ich erwarte jetzt von dir, Frau StRin Frauenberger, dass du dabei bist, diese Hürden abzubauen, denn im Wiener Gesundheitswesen rumort es mehr als gewaltig.

Meine Damen und Herren, wir brauchen ein Gesundheitssystem, das für die Menschen da ist, die es wirklich brauchen, und zwar eines, das möglichst wohnortnah ist. Hier ist die Zusammenarbeit vom Spitalsbereich und niedergelassenem Bereich, und da bin ich mit Dr. Gara einer Meinung, die Voraussetzung dafür, dass es funktioniert. Dazu braucht es die Finanzierung aus einer Hand.

Ich halte es für enorm wichtig, sich mit dem Spitalskonzept 2030, Frau Stadträtin, viel intensiver noch zu beschäftigen und es zu evaluieren. Es muss sehr vieles, um nicht zu sagen, fast alles, neu aufgesetzt werden. Auf der einen Seite wird konzentriert und abgebaut, das heißt aber auch, dass auf der anderen Seite die extramuralen Versorgungsleistungen ausgebaut werden müssen. Sie sind kommunizierende Gefäße, und im Mittelpunkt, das muss uns immer klar sein, müssen immer die Bürger und ihre Interessen stehen. Daher, Frau Stadträtin, brauchen wir ein Wiener Modell für die gemeinsame Finanzierung der Wiener Spitalsambulanzen und der extramuralen Versorgungseinrichtungen.

Da kann ich eines nicht verstehen: Vor ungefähr einem halben Jahr ist ein Antrag der NEOS abgelehnt worden, der genau in diese Richtung gegangen ist, obwohl es eine Zuweisung war. Ich kann noch verstehen, dass Sie etwas ablehnen, das sofort abgestimmt wird, aber einen Antrag, der auf Zuweisung geht, wo viel Positives drinnen ist, einfach abzulehnen! Wenn man interessante Anträge ohne Diskussion ablehnt, so zeugt es schon von einem Mangel an Demokratieverständnis. Es zeugt aber auch vom fehlenden guten Willen, positive Aspekte im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu diskutieren. Daher, Frau Stadträtin, ändere diese Unkultur - ich hoffe, dass du das tust -, denn das kann man nur Unkultur nennen.

Einige Worte zum Krankenanstaltenverbund: Wir alle wissen über den vernichtenden Rechnungshofbericht dazu Bescheid. Ich erspare es Ihnen jetzt, auf Grund der vorgeschrittenen Zeit, die vielen Kritikpunkte hiezu anzuführen. Der Rechnungshof zeigt das ja nicht zum ersten Mal auf, wir kennen das ja schon seit Langem, Sie ignorieren aber auch die Empfehlungen des Rechnungshofs. Daher bringe ich zwei Anträge ein.

In dem einen Fall geht es um die Abberufung des Finanzdirektors aus dem Aufsichtsrat. Es ist eigentlich nicht zu verstehen: Der Rechnungshof kritisiert seit Jahren, was ja an sich ganz klar ist: "Die personelle Verflechtung zwischen VKMB und Stadt Wien mit dem Finanzdirektor der Stadt als Aufsichtsrat der VKMB war problematisch." Trotz dieser klar ersichtlichen Unvereinbarkeit haben Sie bis heute diese Empfehlung des Rechnungshofes nicht angenommen. Wir bringen daher einen Antrag ein und erwarten von Ihnen, dass Sie sehr rasch, hoffe ich, diese Empfehlung des Rechnungshofes umsetzen. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. (Beifall bei der ÖVP.)

Dann habe ich einen zweiten Antrag. Dieser betrifft den Zentraleinkauf. Auch das ist so eine unendliche Geschichte. Ich erinnere mich da ganz genau: Vor Jahren, sechs, sieben Jahre ist das her, habe ich mit dem seinerzeitigen Generaldirektor Marhold darüber diskutiert, und er hat gemeint, das sollte man wirklich bündeln, denn hier kann man die Kosten nachhaltig senken. No na ned, natürlich ist es so. Sechs Jahre später gibt es noch immer keinen funktionierenden zentralen Einkauf, was der Rechnungshof in seinem Bericht auch festgestellt hat. Wie wir aus den betroffenen Spitälern erfahren haben, funktioniert der zentrale Einkauf bis heute nicht,

wodurch natürlich auch das geplante Einsparungspotenzial nicht lukriert werden kann. Es gibt zwar ein Organigramm der Dienststelle SSC Einkauf, doch wird dieses in der Praxis nicht umgesetzt.

Daher bringen wir diesen Beschlussantrag ein und erwarten auch, dass relativ rasch dieser zentrale Einkauf - "rasch" ist gut gesagt, der ist ja schon seit sechs Jahren sozusagen in Bearbeitung - endlich einmal zustande kommt. In diesem Fall wollen wir eine Zuweisung, um die Chance zu haben, das wirklich in aller Ruhe im Ausschuss zu besprechen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, das sind nur zwei beispielhaft angeführte Kritikpunkte des Rechnungshofes, an denen man sieht, wie im KAV gearbeitet beziehungsweise nicht gearbeitet wird. Damit meine ich allerdings nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern die Führung. Dadurch werden viele, viele Millionen völlig unnötig verpulvert oder, anders ausgedrückt, aus den Börserln der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gestohlen

Frau Stadträtin, es ist deine Aufgabe, das rasch zu ändern. Der Rechnungshof empfiehlt auch eine organisatorische Neuaufstellung des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Der Herr Bürgermeister hat uns im November gesagt, das würde sehr rasch geordnet werden. Heute ist es noch immer nicht so weit, aber das sage ich noch: Gut Ding braucht Weile. Lieber warten wir ein paar Monate, bis es zu einer Entscheidung kommt, die wirklich zu unterstützen ist.

Ich will jetzt auch gar nicht über die Rechtsform spekulieren. Da gibt es einige Möglichkeiten. Ich halte es aber für notwendig, dass jeder Standort eine eigene Geschäftsführung hat, ein sogenanntes Profi-Center darstellt, und dann kann durchaus ein Dach sozusagen als Holding da sein. So könnten die einzelnen Häuser eigene Entscheidungen treffen, ohne Rücksicht auf andere nehmen zu müssen. Ich halte das für unbedingt notwendig.

Diese Diskussion habe ich auch - ich zitiere heute schon zum zweiten Mal den Generaldirektor Marhold schon vor Jahren, ich glaube, das liegt zehn Jahre zurück, mit Marhold geführt. Er hat das immer als sehr positiv empfunden. Er hat gesagt, ja, das kann er sich vorstellen. Inzwischen ist er lange nicht mehr da, gemacht wurde es nicht. Jetzt wäre aber die Chance da. So wie Dr. Gara gesagt hat, eigentlich hätten wir jetzt die Möglichkeit, da wirklich echte Veränderungen vorzunehmen, die sinnhaft sind, so sehe ich das auch. Das sollte man genau prüfen. Ich glaube, dass wir damit vieles im Gesundheitsbereich verändern und verbessern könnten. Uns allen ist klar, ich habe es schon gesagt, Gesundheit geht uns alle an.

Frau Stadträtin, Sie haben jetzt die Chance, wichtige strategische Weichenstellungen zu machen. Die Chance ist da, Chancen soll man nützen. Trendumkehr ist unbedingt notwendig. Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. Dass wir dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen können, versteht sich von selbst. Ich kann Ihnen sagen: Hätten wir vor zehn Jahren dieses Buch ernst genommen, "Gesunde Zukunft", von

Pichlbauer und mir geschrieben! (Die Rednerin hält das von ihr genannte Werk "Gesunde Zukunft - Österreichs Gesundheitsversorgung Neu" von Ingrid Korosec und Ernest G. Pichlbauer in die Höhe.) Da steht das alles drinnen. Man hätte sich schon sehr, sehr viel Geld ersparen können. Die Bürgerinnen und Bürger wären mit der Gesundheitspolitik zufrieden, aber offensichtlich hat man es nicht gelesen oder es war nicht von der richtigen Partei geschrieben worden. Vielleicht lesen Sie es jetzt. Es ist alles noch so, dass man es umsetzen könnte, und der Erfolg wäre da. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit betrug 14 Minuten. Fraktionelle Restredezeit 11 Minuten. Als Nächste ist Frau GRin Meinhard-Schiebel zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr. Selbstgewählte Redezeit 7 Minuten.

GRin Brigitte <u>Meinhard-Schiebel</u> (*GRÜNE*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die vergangenen Jahre sind mir in unvergesslicher Erinnerung, was die Sitzungen hier betrifft. Ich habe gerade zum Thema Gesundheit so vieles an Angriffen, Unterstellungen und Beschuldigungen gehört, dass mir heute noch die Ohren klingen. Mir ist klar, dass Sie als Opposition selbstverständlich die Aufgabe haben zu kritisieren. Es gibt ja auch etwas wie berechtigte Kritik, absolut. Es gibt aber auch Anwürfe, die medial gut ankommen, und das reicht Ihnen dann. Denn eines müssen Sie nicht: den Wahrheitsbeweis antreten. Und eines müssen Sie noch viel weniger: Ihre Versprechungen erfüllen. Da ich mir nicht sicher bin, ob es ein guter Deal wäre, wenn Sie die Verantwortung übernehmen würden, da bin ich sehr froh, dass es so nicht ist.

Zu den Fakten: Ja, das Gesundheitssystem in Österreich ist ein sehr gutes, das in Wien ist es ebenfalls. Ja, das Gesundheitssystem ist in einer teilweisen Krise, weil es vor ungeheuren Herausforderungen steht. Einerseits muss es einer Medizin, die tatsächlich durch Forschung und Lehre zu ungeheuren Fortschritten führt, gerecht werden. Wer heute an einer Krebserkrankung leidet, hat Chancen, sie zu bewältigen. Das war vor einigen Jahren noch kaum in dieser Dimension vorstellbar. Wien ist weltweit bekannt für seine Spitzenmedizin. Darauf können wir stolz sein. Wir sollten besser stolz sein, anstatt sie durch den Kakao zu ziehen.

Andererseits muss eine Metropole wie Wien tatsächlich mehr und mehr Patientlnnen versorgen, und das bei zirka 28 Prozent Patientlnnen, die nicht in Wien leben, mit einer Krankenhausstruktur, die für ganz andere Dimensionen gebaut wurde, mit ganz anderen Voraussetzungen. Damals war der Wohnort das Kriterium, lange Krankenhausaufenthalte waren eine Selbstverständlichkeit und im niedergelassenen Bereich gab es andere Voraussetzungen, aber sie hatten auch eine ganz andere Bevölkerungsdichte.

Wer Krankenhaussysteme in anderen Ländern kennt, vor allem in den Vorbildländern im Norden, weiß, dass moderne Medizin heute Krankenhäuser anders ausstattet als noch vor zehn Jahren. Schwerpunktsetzung heißt, Spezialeinrichtungen zu schaffen, in denen höchste

Expertise gebündelt ist, und das nicht im Spital ums Eck. Schwerpunktsetzung heißt, Belagstage in Krankenhäusern zu verringern, weil es einen Unterschied gibt zwischen Akutversorgung und langfristiger Pflege. Schwerpunktsetzung heißt auch, Tageskliniken statt Langzeitaufenthalt mit medizinisch gesehen langen Leerläufen.

Ich komme nicht umsonst aus einer der größten Trägerorganisationen, nämlich aus dem Österreichischen Roten Kreuz, in dem das System der Triage schon seit langer Zeit eine Selbstverständlichkeit ist. Bei einem Einsatz zu unterscheiden, wer medizinisch gesehen zuallererst Hilfe braucht, wer warten kann, weil keine Lebensgefahr besteht, jemanden, der andere Versorgung und Betreuung braucht, dorthin zu leiten, das ist sinnvoll. Das ist ökonomisch klug, und das wird dort nicht als Vernachlässigung, Böswilligkeit oder Unwissenheit hingestellt.

Dass ein riesiges System wie das Krankenhaussystem in Wien Schritt für Schritt den Weg geht, PatientInnen richtig zu leiten, ist zugegebenermaßen ein steiniger Weg. Ich kann jeden Menschen verstehen, der das Gefühl hat, dass es ungerecht ist, in einer überfüllten Ambulanz zu sitzen. Ich kann verstehen, dass jeder Mensch zu Recht Kompetenz, Geduld und Zuwendung erleben will, denn krank sein macht Angst, Unfall ist eine extrem belastende Situation, warten müssen verstärkt diese Angst und bis zum Zorn ist es eben nicht weit.

Ich kann jeden Menschen, der medizinische Hilfe leistet oder in der Pflege arbeitet, verstehen, wenn der immer größer werdende Druck zu Ungeduld führt, aber auch zu Fehlern und zu Auseinandersetzungen. Auch ich wünsche mir, dass wir als PolitikerInnen darauf dringen, dass das System möglichst rasch, möglichst effizient diesen schwierigen Wandel schafft, weil wir den Menschen gegenüber verantwortlich sind.

Krankenhäuser sind aber leider keine Greißlerei, wo man alles bekommt. Die Greißlerei ist zu teuer geworden. Sie kann sich nicht mehr halten, weil sie zu teuer einkaufen muss und daher zu teuer verkaufen muss. Sie geht ökonomisch zugrunde. Sie können mir jetzt auf den Kopf werfen, dass ein Supermarkt nicht zu vergleichen ist mit einem Gesundheitssystem, aber dass ein Gesundheitssystem auch ökonomischen Gesetzen folgt, das werden Sie nicht leugnen können. Und möglichst viele Menschen zu versorgen, und das mit den vorhandenen finanziellen Mitteln, das können wir uns nicht ersparen.

Da wir bis heute auf Bundesebene keinen Weg gefunden haben, durch ein gerechtes Steuersystem dort Mittel zu lukrieren, wo sie in Hülle und Fülle vorhanden sind, werden wir die Finanztöpfe kaum füllen können. Im Gegenteil, mit weniger Geld muss mehr geleistet werden. Es sei denn, man würde zustimmen, dass Menschen höhere Beiträge zahlen, um das System zu unterstützen, oder gar durch Privatisierung einfach einen Trennstrich zu ziehen. Genau das aber widerspricht unserem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit.

Statt also Menschen vorzumachen, dass alles besser wäre, wenn nur andere Parteien am Ruder wären, sollten Sie genauso wie wir daran arbeiten, dass das Gesund-

heits- und Krankenhaussystem diesen schwierigen Weg der Veränderung weitergeht, niemandem ein X für ein U vormacht und möglichst viele der auftretenden Probleme, die niemand leugnet, gut zu lösen versucht.

Ein starkes Gesundheitsbudget ist die absolute Notwendigkeit, um den eingeschlagenen Weg in Wien fortzusetzen. Es wird wie beim Primary Health Center bei Tageskliniken, bei Notfallambulanzen noch viel Engagement der Politik brauchen, um diese neuen und wichtigen Strukturmaßnahmen so aufzubereiten, dass sie möglichst vielen Menschen zur Verfügung stehen. Es wird auch eine Bundesregierung brauchen, die dem Finanzminister klarmacht, dass die Ausstattung des Gesundheitssystems eine Hauptaufgabe ist. Wir reden seit Jahren davon, wie ein Steuersystem sich wieder der Aufgabe entsinnt, solidarisch zu wirken und jenen in die Tasche zu greifen, denen das nicht weh tut.

Das Spitalskonzept 2030 ist sinnvoll. Es wird laufend überprüft und adaptiert und folgt den internationalen Standards. Ich sage ihnen zum Schluss: Wir machen es gut. - Danke. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Die Redezeit wurde punktgenau eingehalten mit 7 Minuten. Fraktionelle Restredezeit 18 Minuten. Als Nächster ist Herr GR Seidl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten.

GR Wolfgang <u>Seidl</u> (FPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Zu Beginn muss man natürlich darauf eingehen, was die Vorredner teilweise von sich gegeben haben. Ich möchte gleich auf meine Vorrednerin eingehen. Sie haben gesagt, da so viele Niederösterreicher, und ich nehme an, Sie werden auch die Burgenländer meinen, in Wien ins Spital gehen, kollabiert das System. Also, sehr geehrte Frau Kollegin, ich glaube, wir wissen alle, und auch Sie wissen, dass es nicht die Burgenländer und nicht die Niederösterreicher sind, die das System kollabieren lassen, sondern das haben sehr wohl Sie mitzuverantworten, sehr geehrte Frau Kollegin. (Beifall bei der FPÖ.)

Das, was die Frau Korosec gesagt hat, kann ich eigentlich zu 98 Prozent unterschreiben. Sie hat einen wunderbaren Satz von sich gegeben: Rot-Grün macht nicht happy. Ja, da bin ich ganz bei ihr. Das stimmt, Rot-Grün macht nicht happy. Den zweiten Teil muss man allerdings ein wenig korrigieren: Rot-Grün hat bald ein Ende, das kann ich Ihnen versprechen. (Beifall bei der FPÖ.) Hoffentlich schon am 15. Oktober, es gibt nämlich einen Neuwahlantrag von uns, spätestens aber im Jahr 2020. Ich hoffe, dass wir das System, das heute, wie gesagt, kurz vor dem Kollaps steht, noch retten können.

Sehr geehrte Frau Stadträtin, Sie haben ja vor einigen Monaten einen Job übernommen, der - wie formuliere ich das jetzt am nettesten? - wahrscheinlich nicht vergnügungssteuerpflichtig ist. Sie haben etwas übernommen, Chaos pur kann man sagen. Alles kann ich heute nicht ansprechen, dafür reicht bei Gott die Zeit nicht. Ich habe von der Frau Vorsitzenden gerade gehört, 10 Minuten habe ich mir selbst gegeben. Es würden aber

auch die gesamten 38 Minuten voraussichtlich nicht reichen. Deshalb möchte ich heute unkonventionell beginnen, und zwar mit einer Anfragebeantwortung, die Sie uns vor Kurzem gegeben haben. Da wollten wir wissen, wie viele Personen in Wien heute Bedarfsorientierte Mindestsicherung erhalten, woher sie kommen, und wie viele von denen die Dauerleistung bekommen. Wir haben auch gebeten, nicht nur die Anzahl jener Personen aufzudröseln, sondern die Herkunftsländer.

Ich muss ehrlich gestehen, im Gegensatz zu Ihrer Vorgängerin haben Sie das gemacht. Wenn ich mir dann allerdings die Beantwortung anschaue, die dann auf einer ganzen Seite die Aufgliederung nach den häufigsten Herkunftsländern ergab, sehe ich Folgendes: Serben: 256, und so geht es, wie gesagt, eine ganze Seite lang. Wir haben also Serben einzeln aufgedröselt, Personen aus Bosnien-Herzegowina, Kroatien, dann "historisches Serbien-Montenegro", dann haben wir Slowenien und dann haben wir Kosovo. Wir haben also im Prinzip alles, was das ehemalige Jugoslawien hergibt.

Trotzdem finden wir dann aber noch immer 74 Personen, die als Herkunftsland "historisches Jugoslawien" haben, und da muss ich mich schon fragen, sehr geehrte Frau Stadträtin: Woher kommen die, wenn nicht aus den vorher genannten Ländern? Es gibt kein weiteres Land, das einst einmal zu Jugoslawien gehört hat. Irgendwie kann das daher, glaube ich, nicht ganz hinhauen. Wenn man sich dann durchliest, woher die Leute sonst noch kommen, so sind es die Länder Türkei, Polen, Deutschland, Iran, Philippinen. Es sind also Leute aus der ganzen Welt, die bei uns in Österreich heute Mindestsicherung beziehen, und zwar Dauerleistungen. Dauerleistungen bedeutet, dass sie das 14 Mal im Jahr bekommen, meine Damen und Herren. Da wären wir ja eigentlich schon beim Thema, bei der Mindestsicherung.

Nun weiß ich, dass Sie insgesamt acht Monate verhandelt haben, so hört man's. Das hat schon Ihre Vorgängerin begonnen, und nach acht Monaten gab es dann ein Ergebnis. Das ist dann letzten Dienstag, wenn ich mich recht erinnere, präsentiert worden, ganz groß angekündigt: Die Wiener Reform der Mindestsicherung. Da habe ich mir gedacht, jetzt bin ich einmal gespannt, was da kommt. Ich war allerdings sehr überrascht, dass de facto ja nichts gekommen ist. Das hat heute DDr. Schock schon wunderbar zelebriert. Das Einzige, das gekommen ist, ist, dass Sie den Jugendlichen heute teilweise die Mindestsicherung streichen, sonst ist nichts dabei, es ist so.

Schauen wir uns das an, da braucht man jetzt auch kein großer Rechenkünstler zu sein: Wir haben im Jahr 2016 knapp 660 Millionen EUR für die Mindestsicherung allein in Wien ausgegeben. Wir werden heuer in Wien über 700 Millionen EUR ausgeben, und wir wissen ja beide, sehr geehrte Frau Stadträtin, dass spätestens im September oder im Oktober ein Antrag kommen wird, der einer Aufstockung des Budgets bedarf, weil man mit den Kosten nicht auskommt. Das heißt, wir werden garantiert weit über 700 Millionen EUR im heurigen Jahr in Wien ausgeben, um Mindestsicherung auszubezahlen.

Nun wissen wir auch, dass mehr als die Hälfte dieses Geldes an Nichtösterreicher geht. Auch das wissen wir, und auch das geben ja die Zahlen her. Weil hier immer der Vergleich gezogen wird, wie böse die anderen Bundesländer sind. Die sind nicht böse, die sind nur intelligenter, das ist der Unterschied. Wenn ich mir heute Niederösterreich und Oberösterreich anschaue, und das ist ja heute schon ganz kurz angesprochen worden, so sind das zwei Bundesländer, die gemeinsam doch um einiges mehr Bewohner haben als Wien. Trotzdem kommen die im Jahr mit unter 100 Millionen EUR aus. Da muss ich nicht der große Rechenkünstler sein: Diese 2 Bundesländer, die gemeinsam knapp 3 Millionen Einwohner haben, kommen mit unter 100 Millionen EUR aus (GR Mag. Josef Taucher: Haben die eine Millionenstadt?), und wir mit 1,8 Millionen Einwohnern brauchen 700 Millionen EUR. Also wo ist jetzt der Rechenfehler, oder wer von den beiden macht es jetzt gescheiter? Das können Sie ja einmal draußen fragen. Ich bin mir 100prozentig sicher, 99 Prozent würden sagen, Niederösterreich und Oberösterreich machen es gescheiter. Nur Sie eben nicht, Sie sehen es noch nicht.

Ich bin mir nicht sicher, ob wir da wirklich eine Trendumkehr schaffen. Das wird notwendig sein müssen, denn es gibt ja Berechnungen, dass wir in einigen Jahren weit über 1 Milliarde EUR dafür ausgeben. Wir haben in Wien heute ein Budget von 12 Milliarden EUR, und Sie geben jeden 12. Euro dafür aus, dass wir Mindestsicherung ausbezahlen, und das zu mehr als der Hälfte nicht an Österreicher! Das sind die Fakten heute! Glauben Sie wirklich, dass es so weitergehen kann? Ich bin mir 100-prozentig sicher, dass das nicht so weitergehen kann. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich kann jetzt leider auf Grund der vorgeschrittenen Zeit auch nicht auf die anderen Dinge eingehen, ich bin aber froh, dass meine Nachredner auf einiges eingehen werden. Wenn man heute die "Kronen Zeitung" aufgeschlagen hat, ist einem gleich die Meldung entgegengeflogen: Die Kosten für die EDV explodieren. Dann haben wir die Stadtrechnungshofberichte, die Ihnen und uns allen erklären: Es fehlen medizinische Geräte, und zwar nicht eines, sondern einige. Zu all diesen Dingen sagen Sie, ja, das ist halt so. Das dürfte anscheinend bei Ihnen gottgegeben sein. Das ist aber nicht gottgegeben. Das ist so, weil Sie es einfach nicht können, meine Damen und Herren von Rot und Grün!

Deshalb ist es wirklich Zeit, dass wir spätestens im Jahr 2020, hoffentlich jetzt schon am 15. Oktober, auch in Wien neu wählen, dass Sie dann irgendwann einmal, beziehungsweise bei Möglichkeit sehr schnell, von Ihren Aufgaben entbunden werden. Denken wir auch an die Wartezeiten in den Ambulanzen - ist ja heute schon angesprochen worden - oder die monatelangen Wartezeiten auf dringend notwendige Operationen! Vom Spitalskonzept 2030 rede ich ja gar nicht. Dazu hat Frau Korosec ohnehin einiges erzählt, und ich weiß, das wird Dr. Koderhold noch machen.

Meine Damen und Herren, es wird wirklich Zeit, dass sich da etwas ändert. Eines muss sich ändern beziehungsweise wird in nächster Zeit etwas auf uns zukommen: Wie man hört, möchte man in absehbarer Zeit, was immer das bei Ihnen heißt, einen neuen Generaldirektor für einen dann neuen Krankenanstaltenverbund nominieren. So weit, so gut. Ich finde das auch richtig, denn so ein großes Unternehmen braucht selbstverständlich eine Führung und braucht auch einen Generaldirektor, allerdings nicht so, wie Sie es derzeit machen. Zum Beispiel wird die Patientenanwältin nicht über ein Hearing bestellt, nicht mit einem Runden Tisch, wo alle im Gemeinderat vertretenen Parteien dabei sind und mitreden können. Die Frau Dr. Pilz haben jetzt wieder Sie von Rot und Grün bestellt. Wir werden dann Donnerstag diesbezüglich unter Garantie noch einiges zu diskutieren haben. Wir bringen folgenden Antrag ein:

"Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass vor der Bestellung eines neuen Generaldirektors für den KAV ein Runder Tisch mit Vertretern aller im Gemeinderat vertretenen Parteien abzuhalten ist.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt." - Herzlichen Dank. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Die Redezeit wurde wieder punktgenau eingehalten. Fraktionelle Restredezeit 28 Minuten. Als Nächster ist Herr GR Wagner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit 8 Minuten.

GR Kurt <u>Wagner</u> (SPÖ): Danke, Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Hohes Haus! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Herr Kollege Seidl! Nicht alles, was als Vergleich dargestellt wird, stimmt. Wenn Sie jetzt versuchen, Oberösterreich und Niederösterreich mit Wien zu vergleichen, müssen wir dazusagen: Da können Sie in ganz Europa schauen. Wo gehen die Menschen hin, auch solche, die flüchten? In den urbanen, städtischen Bereich. Wien ist nun mal gleichzeitig Bundeshauptstadt, Stadt und Land. Sie können nicht Niederösterreich und Oberösterreich mit den ganzen Umlandgemeinden eins zu eins zusammenzählen, sondern Sie müssen Städte vergleichen, und da ist Wien jene Stadt, die die meisten Menschen anzieht. Das haben wir auch beim Zuzug aus der Europäischen Union und außerhalb: Wo wollen die Leute am liebsten hin? Natürlich in die Bundeshauptstadt Wien. (GR Dominik Nepp: Dorthin, wo sie am meisten bekommen!) Damit schließt sich eigentlich wieder Kreis. Wahrscheinlich nicht deswegen, weil es bei uns so schlecht ist und weil man bei uns so schlecht lebt, sondern es dürfte eher die umgekehrte Situation sein, was uns ja internationale Auszeichnungen und Statistiken bestätigen.

Geschätzte Damen und Herren, bei der Rechnungsabschlussdebatte gebührt es sich aber, und das sollte man auch tun, sich bei all jenen zu bedanken, die mit uns gemeinsam - wobei man das als Oppositionspartei natürlich auch kritisch sehen kann - jene Arbeit zuwege bringen, die wir vorgeben, die auch tatkräftig umgesetzt wird. Das sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien, aber im speziellen Fall von meiner Geschäftsgruppe Gesundheit, Soziales und, jetzt neu, Frauen. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank an alle Magistratsabteilungen und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Geschäftsgruppe für eure Arbeit bei der Stadt Wien, für uns, für die Menschen! Wir sind stolz darauf, dass ihr bei uns seid und für uns und mit uns arbeitet. Danke schön! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN sowie von GRin Ingrid Korosec.)

Liebe Frau Kollegin Korosec! Wenn Sie gemeint haben, und das stimmt natürlich inhaltlich, 32 Prozent sind ein großer Brocken vom Gesamtbudget, dann muss ich sagen: Auch historisch in der Vergangenheit hat Wien den größten Wert auf etwas gelegt, und Sie haben es sich ja selber beantwortet: Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. Dazu gehört natürlich auch der Sozialbereich, der auch dazu beiträgt, dass man sich gesund fühlt. Da haben wir natürlich einiges an Vorgaben zu erfüllen. Ich darf aber im Umkehrschluss sagen, und darauf bin ich auch sehr stolz: Von den nahezu 70.000 Mitarbeitern, die bei der Stadt Wien oder im Nahbereich beschäftigt sind, sind über 50 Prozent in der Geschäftsgruppe Gesundheit, Soziales und Frauen beschäftigt. Da muss man dazusagen, dass das ein ganz schöner Brocken ist. Wir sind aber stolz darauf, weil wir wissen, dass wir in diesem Bereich einiges zu tun haben und wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen.

Zu jenen Abteilungen, auf die wir besonders stolz sind, gehört zum Beispiel die MA 70, die Wiener Rettung. Die Wiener Rettung ist im Prinzip ein Aushängeschild. Die Wienerinnen und Wiener wissen, wenn sie sie brauchen, dann ist sie da, 365 Tage, völlig wurscht, Winter, Sommer, Jänner, Februar, März bis Dezember, an Sonnund an Feiertagen. Dann ist sie für die Wienerinnen und Wiener da. Sie leistet einiges. Vom Budget der MA 70 im Rechnungsabschluss 2016 gingen 66,5 Prozent an Personalkosten, 13,8 Prozent an Pensionen, 4,5 Prozent an Investitionen, die wir natürlich auch nicht vergessen dürfen, und 13,4 Prozent an Instandhaltung auf. Das alles in einer eigentlich nicht sehr einfachen Zeit, in schwierigen Umbaumaßnahmen, auch in schwierigen Umstellungsphasen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom 24-Stunden-Dienst auf einen 12-Stunden-Dienst oder 13,5-Stunden-Dienst. Nicht einfach! Aber ich darf mich hier bei der Führung der Wiener Rettung sehr herzlich bedanken! Lieber Herr Direktor, lieber Rainer, du hast das mit deinem Team im Prinzip großartig gemacht! Ich weiß, es wird da und dort noch kleine Änderungen, Verbesserungsvorschläge geben, aber im Großen und Ganzen sind wir bei dieser Umstellung über den Berg. Du hast als Herausforderung natürlich auch in den Folgejahren damit zu kämpfen, dass natürlich, wenn wir etwas gebaut haben, wir auch wieder reinvestieren müssen, weil wir Investitionen tätigen und instandhalten müssen. Das wird eine große Herausforderung.

Aber nicht nur die Wiener Rettung leistet Großartiges, sondern wir haben in unserer Geschäftsgruppe auch den Psychosozialen Dienst. Dieser macht nicht nur eine hervorragende Arbeit in Wien und ist Vorbild in Österreich, sondern er dient auch als Vorbild im Bereich der Europäischen Union und darüber hinaus. Georg Psota mit seinem Team und Ewald Lochner als dortiger kaufmännischer Direktor machen nicht nur eine vorbildli-

che Arbeit, sondern Sie sind auch einer der Schrittmacher, was die Psychiatriesituation und die Psychiatriereform generell, nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch künftig, in Wien, in Österreich und für Europa bedeutet. Für das sei euch persönlich und auch euren Mitarbeitern sehr herzlich gedankt! Ich meine, die Zahlen sprechen für sich. Wir haben in den 8 Sozialpsychiatrischen Ambulatorien 7.908 Patientlnnen mit 169.800 Einzelleistungen im Rechnungsabschluss behandelt, um nur eine Zahl herauszugreifen. Für viel mehr geht sich die Zeit nicht aus.

Ein dritter Bereich, der nicht immer eine einfache Situation und eine Problematik darstellt, ist die Sucht- und Drogenkoordination Wien. Michi Dressel und Dr. Haltmayer machen hier ebenfalls eine Arbeit, die in der Öffentlichkeit vielfach unbedankt ist. Wenn aber internationale Delegationen nach Wien kommen, dann hören wir nicht nur immer, sondern es wird uns auch versichert, dass Wien eines der Vorbilder ist. Es werden diesbezüglich Ratschläge eingeholt. Es wird im Prinzip auch oft gefragt, wie wir das eigentlich machen. Wir wissen, dass es diese Problematik gibt. Darin sind wir uns, glaube ich, auch mit den Oppositionsparteien einig, jeder Drogenabhängige ist zu viel. Aber ganz verhindern werden wir es nicht können. Da können wir uns wahrscheinlich auch in unserer Gesellschaft noch so anstrengen. Es wird das eine oder andere Problem geben, das man nicht beseitigen kann. Dazu gehört natürlich zum Sucht- und Drogenbereich auch der Alkohol dazu. Da wissen Sie, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitsausschuss, mit unserem Projekt der Alkoholprävention sind wir jetzt aus dem Versuchsstadium hinaus. Wir haben es verlängert. Es gibt einen weiteren Fortschritt mit einer Verlängerung. Ich glaube, wir sind hier gemeinsam mit der Wiener Gebietskrankenkasse und mit der Pensionsversicherungsanstalt am richtigen Weg. Dazu leisten wir auch Aufklärungsarbeit präventiver Natur. Wir haben 1.258 MultiplikatorInnen, 311 Angehörige, die uns dabei helfen.

So gäbe es noch eine Vielzahl von Organisationen und Projekten zu nennen. Aber auf Grund der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mich zum Schluss auch bei euch sehr herzlich bedanken und danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Auch hier wurde die Redezeit mit 8 Minuten punktgenau eingehalten. Fraktionelle Restredezeit 32 Minuten. Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Emmerling. Ich erteile es ihr. Die fraktionelle Restredezeit beträgt 13 Minuten.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (NEOS): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte jetzt als Sozialsprecherin der NEOS auf die Reform der Mindestsicherung eingehen, die Reform, die Sie uns letzte Woche präsentiert haben. Es ist eine Reform, die wohl höchst an der Zeit ist und war und schon auch ein Eingeständnis und eine Bestätigung dafür ist, was in den letzten Jahren alles falsch gelaufen ist. Ich frage mich schon, warum man da eigentlich so lange gewartet hat, warum man so lange zugesehen hat

und die Zeit verstreichen hat lassen. Es war seit Mitte des Vorjahres klar, dass es keine bundesweit einheitliche Regelung geben wird. Jetzt haben wir Ende Juni, und es gibt ein Ergebnis. Die Reform, wie Sie sie uns bisweilen nur in den Medien präsentiert haben - wir wissen noch nicht, wann sie den Landtag passieren wird -, ist ein Schritt in die richtige Richtung und greift auch viele Vorschläge von uns auf.

Vor allem der Fokus des Wiedereinstiegs von Mindestsicherungsbeziehern in den Arbeitsalltag ist ein ganz wichtiger. Wir haben hier seit einem Jahr Druck in diese Richtung gemacht. Wir haben vor zwei Wochen unseren Vier-Punkte-Plan präsentiert, der genau das zum Fokus hatte, die Mindestsicherung vom Fangnetz zum Sprungbrett in den Arbeitsmarkt zu machen.

Es ist aber ein Hohn, wenn Sie sich als bis vor Kurzem für Bildung zuständige Stadträtin jetzt für starke Bildung als Maßnahme für junge Arbeitslose aussprechen. Ich gebe Ihnen recht, keine Frage. Aber genau das Versagen der Bildungspolitik in Wien hat verursacht, dass die Zahlen der jungen BMS-BezieherInnen so stark angestiegen sind. Das Wiener Pflichtschulsystem hat einfach nicht ausreichend Ressourcen, um diese Herausforderungen im Bildungssystem anzugehen, um zu reagieren. Kinder verlassen die Schule, ohne ausreichend lesen und schreiben zu können. Bei der Sprachstandserhebung der 8. Schulstufe Deutsch hat fast die Hälfte der PflichtschülerInnen die Standards nicht erfüllt. Natürlich haben die Jugendlichen dann Schwierigkeiten, eine weiterführende Ausbildung oder Lehre zu beginnen, geschweige denn, einen Arbeitsplatz anzunehmen. Aber dann kam die Stadt Wien und sagte, macht nichts, du bekommst die Mindestsicherung, und das, ohne dass die Jugendlichen zunächst beim AMS als arbeitssuchend gemeldet werden mussten und ohne dass sie Fort- und Ausbildungsangebote der Stadt annehmen mussten. Es muss jetzt klar sein, ohne eine umfassende Reform des Bildungssystems wird sich an der Zahl der Jugendlichen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung langfristig auch nichts ändern. Bildung ist der Hebel, wo wir definitiv ansetzen müssen, um langfristige Änderungen zu erzie-

Wir haben letzte Woche auch ein Reformpaket für Kindergärten präsentiert. Es würde mich freuen, wenn hier einige Punkte übernommen werden, damit der Kindergarten, nicht nur der massive Ausbau, den die Stadt Wien wohl bewältigt hat, sondern es geht um Qualitätsstandards, in diesem Sinne auch wirklich zur ersten Bildungseinrichtung wird. (Beifall bei den NEOS.)

Was wir im Hinblick darauf aber besonders wichtig finden und auch vorgeschlagen haben, ist, Geldleistungen in Sachleistungen umzuwandeln, und zwar besonders für Kinder. Wir haben den Bildungsscheck angesprochen, weil Kinder am meisten davon profitieren, wenn Sie Bildungsangebote nutzen können. Da haben wir ein Problem. Wenn Kinder, die Deutsch nicht als Umgangssprache haben, Förderangebote an den Schulen nicht annehmen können, weil es sich ihre Eltern zum Beispiel nicht leisten können, weil sie es nicht zahlen wollen, dann geht das nicht. Deswegen fordern wir einen

Bildungsscheck. Er kann für Kinder verwendet werden, für den ganztägigen Unterricht, für Förderunterricht an den Schulen, zusätzliche Deutschförderkurse, aber auch kulturelle, sportliche Förderungen, um die Integration zu erleichtern. Mit einem Bildungsscheck könnten wir sicherstellen, dass die Gelder auch wirklich dort ankommen, wo Kinder langfristig am meisten profitieren, nämlich bei der Bildung.

Es gibt weitere Punkte, wo wir meinen, dass sie in die richtige Richtung gehen, die wir begrüßen. Das Thema Transparenz. Sie haben präsentiert, dass die Daten der Mindestsicherung transparent aufbereitet werden. Es sagt wohl auch sehr viel über das sehr merkwürdige Verhältnis dieser Stadtregierung zu Transparenz, weil das, was als Reform angekündigt wird, sollte eigentlich ganz normal sein.

Ein weiterer Punkt ist das Thema Frauen. Frauen zu stärken, auch mit eigenem Konto, ist etwas, was wir sehr begrüßen. Wir werden uns das Programm, das Sie hier für junge Mütter im Detail präsentieren wollen, noch sehr genau ansehen. (Beifall bei den NEOS.)

Die Zumutbarkeitsgrenze von derzeit 16 Stunden auf 20 Stunden anzuheben, haltend wir auch für einen richtigen Schritt.

Aber etwas fehlt uns wesentlich. Sie haben uns Maßnahmen präsentiert, die nur mittelfristig wirken. Es gibt keinen einzigen Vorschlag, der sofort wirkt. Wir haben es heute in der Früh kurz gehört. Kollege Margulies hat, glaube ich, gesagt, wenn in den anderen Bundesländern die Mindestsicherung gekürzt wird, dann tut man das, um die Menschen nach Wien zu treiben. Ich gebe Ihnen vollkommen recht. Eine wirkliche Kostenersparnis sind die Kürzungen nicht. Teilweise, haben wir auch gehört, ist der Verwaltungsaufwand sogar höher. Aber es ist leider auch so, wenn die Bezüge gleich hoch wären, wenn wir in Wien die gleich hohen Bezüge wie in den anderen Bundesländern hätten, kämen die Menschen trotzdem nach Wien. Das heißt, wir haben hier keinen Hebel. Wenn Sie noch so oft sagen, wir müssen die Mindestsicherung kürzen, liebe ÖVP, liebe FPÖ, hat das keine Auswirkungen. Die Menschen kommen trotzdem nach Wien. Sie erhoffen sich hier mehr Chancen. Sie glauben, hier Jobs zu finden. Sie haben teilweise Freunde und Verwandte hier. Wien hat eine bessere Infrastruktur, hat Schulen. Es gibt Deutschkurse, et cetera.

Deswegen ist das Einzige, das diesem Problem langfristig entgegenwirkt, eine Residenzpflicht auf Bundesebene beziehungsweise für Wien eine Notfallmaßnahme, eine Wartefrist. Das ist den Menschen wirklich zumutbar, eine Wartefrist, die besagt, wenn du nach Wien kommst, bekommst du erst nach drei Monaten die Mindestsicherung. Das ist den Menschen zumutbar. (GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Was ist in drei Monaten?) Rund 70 Prozent der anerkannten Flüchtlinge kommen aus den Bundesländern nach Wien. Das erwarten wir für das nächste Jahr. Das sind rund 20.000 Personen, die neu nach Wien kommen. Wir wissen, dass die Ausgaben für die Mindestsicherung im Gesamtanteil der österreichischen Sozialausgaben ein verschwindend geringer Anteil

sind, rund 1 Prozent der Sozialausgaben. Dennoch sind natürlich für das Wiener Budget die Kosten belastend. Aber nicht nur die finanziellen Aspekte sind wesentlich. Es geht auch um den Anstieg von Schülern und Schülerinnen, die massiven Herausforderungen im Pflichtschulbereich, die Kindergärten. Es bedeutet auch einen Anstieg an Arbeitslosen in einem Jobmarkt, der gerade im Bereich der Wenigqualifizierten momentan nicht viel hergibt. Wir haben einen steigenden Bedarf an günstigem Wohnraum, der in Wien wahrlich auch nicht zur Genüge vorhanden ist.

All diese Probleme werden weiter bestehen, wenn wir nicht endlich eine bundesweite Residenzpflicht einführen. Ich weiß, dafür sind wir in Wien nicht zuständig. Aber ich sage, für Wien zumindest eine Wartefrist. Ich bin davon überzeugt, dass eine dreimonatige Wartefrist das einzige Instrument ist, das momentan hilft, die Kosten und vor allem die Lasten in Österreich fair zu verteilen. Wir fordern hier oft Solidarität auf europäischer Ebene. Wir haben sie nicht einmal in Österreich. Das ist auch nicht die Schuld von Wien, ich weiß schon. Aber in diesem Fall wäre es eine Maßnahme, die hier sofort wirken könnte für unser System, die Pflichtschulen und den Ansturm auf den Wohnungsmarkt lindern könnte. (Beifall bei den NEOS.)

Ich bringe zu diesem Zweck hier auch zwei Anträge ein. Zum Ersten geht es um den Bildungsscheck, den ich erwähnt habe, und natürlich die dreimonatige Wartefrist, die wir uns wünschen würden.

Jetzt möchte ich noch über ein ganz anderes Thema sprechen, das heute noch nicht Thema der Debatte war. Es geht um Menschen mit Behinderung. Ich war letzte Woche im Beirat des Fachverbandes für Menschen mit Behinderung und eigentlich recht schockiert darüber, dass weder ein Gemeinderat der Regierungsparteien dort war noch Sie, Frau Stadträtin, zugegen waren, wie ich gehört habe, seit Ihrem Amtsantritt noch nicht dort waren. Dieser Interessenverband ist ein beratendes Gremium der Stadt Wien. Ich finde es beschämend, dass man es nicht einmal der Mühe wert findet, sich die Anliegen dieser Menschen anzuhören. Was mich eigentlich noch viel mehr schockiert hat, war, als ich erfahren musste, dass dieser Verband seit Ihrem Amtsantritt versucht, einen Termin mit Ihnen zu vereinbaren. Es war bis heute nicht möglich! Ich finde das ungeheuerlich!

Aber nachdem Sie es nicht tun, um sich die Anliegen dieser Menschen anzuhören, muss ich heute hier die Anliegen des Verbandes als Anträge einbringen. Es sind Vorschläge, wo wir, glaube ich, alle zusammen an einem Strang ziehen könnten, wo keiner sagt, das kann es eigentlich nicht sein, wobei da vielleicht auch die Meinungen ein bisschen auseinandergehen.

Es geht um den zweiten Lift am Stephansplatz. Darüber haben wir schon viel gehört. Ich möchte diesen Antrag im Namen des Interessenverbandes hier noch einmal einbringen, vor allem auch im Hinblick darauf, dass es vor einigen Wochen zu einem tödlichen Unfall mit einem Menschen im Rollstuhl auf Grund des Nichtfunktionierens eines Lifts in einer U-Bahn-Station kam. Ich finde das verheerend. Der zweite Lift am Stephansplatz ist absolut notwendig.

In einem zweiten Antrag, den ich einbringen möchte, geht es um die Beurteilung des sonderpädagogischen Förderbedarfs. Wenn man annimmt, dass Kinder einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben, werden sie beurteilt, und zwar vom Direktor, der sie an dieser Schule aufnimmt. Da gibt es schon diese langjährige Forderung, das nicht diesem aufnehmenden Direktor zu überlassen, sondern externen Experten zu übergeben.

Aber noch viel wichtiger ist mein letzter Antrag. Da bitte ich Sie, nehmen Sie auch in diesem Bereich Ihre Pflicht wahr. Reden Sie mit den Menschen, für deren Anliegen Sie als zuständige Stadträtin verantwortlich sind. Der Verband meint, wahrscheinlich wird es sich vor der Wahl nicht mehr ausgehen. Aber ich bitte Sie doch. Bis dorthin ist noch eine lange Zeit. Ich bitte Sie, sich diese Anliegen anzuhören und ein Treffen zu vereinbaren. - Vielen Dank. (Beifall bei den NEOS.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Die Redezeit waren 11 Minuten. Die NEOS hätten noch eine Restredezeit von 2 Minuten. Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin MMag. Dr. Kugler. Gewählte Redezeit 10 Minuten.

GRin MMag. Dr. Gudrun Kugler (ÖVP): Frau Vorsitzende, Frau Stadträtin, werte Kolleginnen und Kollegen, mit einem gewissen Maß an Neuverschuldung ist sich der Rechnungsabschluss 2016 noch einmal ausgegangen. Aber ich weiß nicht, ob es dabei bleiben wird, ob es sich immer wieder knapp ausgeht oder ob es irgendwann einmal nicht so weitergeht. Ich weiß, dass es schwierig ist, etwas von dieser Größe zu leiten. Wir haben schon gehört, die Hälfte der Mitarbeiter der Stadt ist dort beschäftigt.

Aber es ist nicht alles Vis major oder einfach Gewalt von außen, sondern es ist auch hausgemacht und selbst gemacht. Ich bin eigentlich Neuling in der Politik. Ich habe gerade noch im ersten Teil dieser Periode immer wieder gehört, wie wunderbar alles ist, wie großartig auch Generaldirektor Janßen ist, und so weiter. Dann hat man ihn als Sündenbock geopfert und man sagt, es war alles eine Katastrophe, immer ganz schlecht, und so weiter. Es ist sogar mir aufgefallen, dass da irgendetwas nicht stimmt. Ich bin ganz Ihrer Meinung, dass Herr Generaldirektor Janßen wahnsinnig viele Fehler gemacht hat. Ich glaube nur, dass er nicht der Einzige war. Vielleicht sollte man genauer hinschauen, was alles noch schiefgelaufen ist und auch daraus Lehren ziehen. Es ist sicher nicht leicht, das weiß ich. Aber auch Missmanagement, fehlende Planung oder auch eine fragwürdige Zusammenarbeit mit Beraterfirmen müssen einfach ganz offen angeschaut werden. Ich sage Ihnen aus dem Nähkästchen: Ich habe auch mit Beraterfirmen gesprochen, auch mit jenen, die Aufträge haben. Sie sagen selber, sie haben sich ein bisschen gewundert, dass sie einen Auftrag kriegen. Gesundheit ist für sie eigentlich recht neu, aber das Geld nehmen sie gerne. Vielleicht kann man da noch etwas verbessern.

Apropos verbessern: In den letzten Monaten habe ich einige Themen in die Debatte eingebracht und habe

etwas für mich sehr Interessantes gesehen. Nämlich, dass, wenn ich ein Thema aufbringen möchte und ich es vorher in die Zeitung bringe, es dann plötzlich aufgegriffen wird und dass Politik anscheinend nur dann funktioniert, wenn der mediale Druck da ist. Das finde ich schade. Ich bin noch nicht lange hier im Haus. Ich habe mir gedacht, dass wir gemeinsam lösungsorientiert arbeiten. Aber dass es nur mit medialem Druck geht, enttäuscht mich.

Ich sage Ihnen als Beispiel: Die Gewalt in den Zentralen Notaufnahmen wurde breit von mehreren Zeitungen aufgegriffen. Da hat man dann sofort aufgestockt und gesagt, man muss etwas tun. Aber wir haben es vorher doch auch gewusst.

Oder das Thema Geburtenkrise. Ich bin Ihnen dankbar, Frau Stadträtin, Sie haben es aufgegriffen. Aber auch hier hat es vielleicht ein paar Zeitungsartikel gebraucht. Ich finde das schade.

Aber so arbeiten wir Schritt für Schritt gemeinsam weiter. Ich habe heute dazu etwas ganz Konkretes mitgebracht. Und zwar habe ich mich mit den Hebammen und der Vertretung der Hebammen in Wien unterhalten und habe gefragt, wie es ihnen geht und was sie brauchen. Ich habe heute einen Antrag mit dem mit, was die Hebammen meinen, für sich selber zu brauchen, um ihre Arbeit gut weiterführen zu können. Und zwar muss man die Situation der Hebammen unterteilen zwischen denen, die für den KAV arbeiten und denen, die Kassenverträge haben. Das sage ich wirklich nur ganz kurz, Sie finden es dann auch in unserem Antrag. Die Hebammen, die in den KAV-Spitälern arbeiten, wünschen sich eine Anpassung ihrer Gehälter an das Gehaltsschema der medizinischen, therapeutischen und diagnostischen Gesundheitsberufe. Sie wünschen sich eine Aufstockung in den Abteilungen, wo es notwendig ist. Sie sagen, es braucht mehr Absolventen - es gibt auch schon einen männlichen - und Absolventinnen in der Hebammenausbildung. Sie wünschen sich eine vermehrte Zusammenarbeit der KAV-Spitäler mit Wahlhebammen. Betreffend die Hebammen, die Kassenverträge haben, wissen Sie, die Situation ist, dass man bisher nur 18 Hebammen mit Kassenverträgen in Wien hatte. Diese Zahl wurde auf 23 aufgestockt. Sie können sich vorstellen, dass das immer noch ganz wenig ist. Wenn die Wiener Hebammen den gleichen Schnitt wie die Hebammen österreichweit haben würden, dann bräuchten wir in Wien 62. Ich weiß schon, sie werden nicht von Ihnen angestellt. Das ist mir klar. Aber hier sollte die Stadt die Gespräche führen, die es braucht, auch mit den Krankenkassen, damit wir ausreichend Hebammen zur Verfügung haben. Ich möchte diesen Antrag auf Zuweisung einbringen und hoffe auf Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe noch einen zweiten Antrag mitgebracht. Wenn wir heute schon ein bisschen beim Ansprechen von Gefühlen und Ausreden von alten Befindlichkeiten sind, erzähle ich Ihnen noch eine Geschichte. Ich habe mit Ihrer Vorgängerin, Frau StRin Wehsely, im Herbst letzten Jahres im Ausschuss eine Debatte gehabt. Wir haben uns eigentlich darauf geeinigt, dass jede Abtreibung eine zu viel ist und dass es im Sinne der Politik,

auch von Rot-Grün, ist, dass man sich nicht zufriedengibt, wenn sich Frauen oder Paare in Wien zu einer Abtreibung gedrängt fühlen und wenn sie sagen, sie hätten es anders gemacht, sähen aber keine Rahmenbedingungen. Also ein Auftrag an die Politik! Ich habe dann den Herbst genommen, mich vorbereitet und überlegt, was die Stadt Wien tun könnte, weil vieles in der Frage "Hilfe und Beratung" Landesrecht ist. Die bundesrechtlichen Fragen brauchen wir uns hier ja nicht zu stellen. Ich habe dann einen ganzen Katalog von Möglichkeiten entwickelt, habe ihn mit großer Hoffnung im Dezember präsentiert und zur Frau Stadträtin gesagt: Wir haben uns auf diese Idee geeinigt, vielleicht können wir jetzt eine konkrete Maßnahmenliste abarbeiten. Dann ist die Frau Stadträtin herausgekommen und hat gesagt, dass man über dieses Thema gar nicht ideologiefrei reden kann und darum schaut sie sich die Anträge gar nicht erst an. Das finde ich schade. (GR Dominik Nepp: Ihr verhandelt mit ihnen immer gemeinsame Verträge!) Das hat mich noch einmal sehr enttäuscht, weil ich glaube, dass man hier so viel tun und konkret helfen könnte, was gar nicht schwierig wäre und niemandem weh tun

In dieser Debatte bin ich von KollegInnen aus den Regierungsparteien auch gefragt worden, wie ich denn mein Engagement als Menschenrechtsaktivistin, was mir auch ganz wichtig ist, zusammenbringen kann mit dem Engagement im Bereich ungeborener Kinder und im Bereich Schwangerschaft. Da habe ich mir gedacht: Was sagen die Menschenrechte zum Thema Geburt, ungeborene Kinder? Ich glaube, Sie wissen so gut wie ich, dass es in den internationalen Verträgen kein Recht auf Abtreibung, sondern stattdessen ein Recht auf Leben und ein Recht auf gute Beratung gibt. Warum gibt es übrigens ein Recht auf Leben? Ich weiß nicht, ob Sie sich das überlegt haben. Ein zehn oder zwölf Wochen altes ungeborenes Kind hat nicht nur einen Herzschlag, es hat zum Beispiel auch Finger und Zehen. Es hat an seinen Fingern einen einzigartigen Fingerabdruck. Dass keine Frau das leichtnimmt und damit glücklich ist, wissen Sie auch.

Also habe ich heute einen Antrag auf bessere Beratung, und zwar niederschwellige, kompetente Beratung mit Zugang zu finanzieller Unterstützung mitgebracht. Ich möchte heute den Antrag auf Zuweisung einbringen, dass das Angebot an Betreuungs- und Beratungsmaßnahmen in Wien deutlich ausgeweitet wird, dass man auch ganz besonders auf schwangere Jugendliche Rücksicht nimmt, dass man auch in den schwierigsten Situationen den Kindesvater, wo es geht, einschließt, in die Verantwortung nimmt und dass man insbesondere bei Schwangeren, wo eine vorgeburtliche Diagnose auf eine Behinderung oder eine Krankheit vorliegt, hier dann ganz besonders ein Netz der Unterstützung um diese Schwangere, um diese Familie, um dieses Paar aufbaut. Ich würde mich freuen, wenn Sie diesem Antrag zustimmen könnten. (GR Mag. Rüdiger Maresch: Sie reden jetzt die ganze Zeit nicht zum Thema!) - Ich glaube, das passt schon zum Thema! (GR Mag. Manfred Juraczka: Was passt dem Kollegen Maresch schon wieder nicht?)

Oder finden Sie nicht? (GR Mag. Rüdiger Maresch: Sie reden gern darüber!) - Ich bin gleich fertig, Herr Kollege! (GR Mag. Manfred Juraczka: Das wird der Kollege Maresch schon aushalten!)

Es gab vor ungefähr einer Woche eine Presseaussendung der Aktion Leben, die gesagt hat, sie verstehe nicht, warum sie als anerkannte österreichische Beratungsstelle von der Stadt Wien im Bereich der Beratungsangebote nicht verlinkt werde. Sie könne es sich nur mit einer ideologischen Motivation erklären.

Ich möchte Sie bitten, wir sind hier auf Landesebene und können eigentlich gemeinsam überlegen, wie wir beraten und helfen können. Es gibt Bundesländer und Staaten, die Hilfsfonds für diese Problemlagen haben. Ich glaube, dass man das in Wien auch machen könnte. Was ist unser Ziel? Nicht Ideologie oder irgendein Hickhack um Begriffe, sondern unser Ziel ist, dass auch in Wien jedes Kind willkommen ist! - Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GRin Gabriele <u>Mörk</u>: Das waren 10 Minuten. Die fraktionelle Restredezeit wäre noch 1 Minute. Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Hebein. Ich erteile es ihr. Gewählte Redezeit 7 Minuten.

GRin Birgit <u>Hebein</u> (*GRÜNE*): Werte Frau Vorsitzende! Geschätzte Frau Stadträtin! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Auch wenn die eine oder andere Wortmeldung, so scheint es, der Versuch ist, dass wir wieder zurück in das vorletzte Jahrhundert gehen sollen, geht das nicht, und das ist gut so.

Ich möchte meine Rede aber diesmal mit einem Dank beginnen. Und zwar gilt der Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fonds Soziales Wien, der Sucht- und Drogenkoordination und allen Kollegen und Kolleginnen, die jetzt hier anwesend sind. Sie machen tagtäglich enorm wichtige Arbeit für die Stadt Wien. Bei der Suchthilfe oft nur Thema, wenn etwas Neues entsteht. Im Obdachlosenbereich, das muss ich schon festhalten, war es ein extrem kalter Winter. Es ist niemand erfroren. Da gab es eine Kooperation mit den NGOs. Es war einfach gut. Ich bin immer wieder stolz darauf, in so einer Stadt zu leben! Vielen Dank für Ihre Arbeit! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Nun komme ich zur Mindestsicherung. Vielleicht noch zur Erinnerung, von welchen Dimensionen wir sprechen: Wir sprechen davon, dass eine einzelne Person zirka 800 EUR zum Leben hat, ein Partner, eine Partnerin 600 EUR zum Leben, ein Kind 200 EUR zum Leben. Wir reden von 200.000 Menschen in Wien, die für eine würdevolle Existenz schon eine Mindestsicherung brauchen. Die meisten davon erhalten eine Aufstockung.

Wenn man nämlich den Oppositionsparteien zuhört, und das seit über zwei Jahren, hat man den Eindruck, und ich möchte zumindest anregen, langsam die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, auch mit Betroffenen zu reden, dass sie im Grunde keine Ahnung haben, über wen sie reden und was es bedeutet, von einer Mindestsicherung abhängig zu sein, was es bedeutet, eine Alleinerzieherin zu sein, die 400 EUR im Monat verdient und die Aufstockung zum Leben braucht, und was es

heißt, zum Beispiel ein 19-Jähriger zu sein, der die 8. Klasse nicht geschafft hat und aus welchen Gründen auch immer jetzt einen Kurs macht, aber gern mit Kindern arbeiten möchte, was es bedeutet, wenn alte Menschen, die im Dauerbezug sind, immer wieder nachfragen, weil sie verunsichert sind, ob Wien jetzt auch kürzt, ob sie die 4.100 EUR behalten können, wenig genug für ihr Begräbnis, um die Begräbniskosten auf die Seite zu legen, oder ob es in Wien jetzt auch wie in den anderen Ländern gekürzt wird. Da sagt Rot-Grün ganz klar, wir machen hier keine Politik auf Kosten der Schwächsten! Das werden wir auch in Zukunft nicht machen! Das ist eine Grundsatzhaltung, die wir einnehmen. Dass wir nicht bei den Schwachen kürzen, ist wahrlich keine Heldentat, werte Oppositionsparteien! Das war auch das Motto oder ein gemeinsames Auftreten in der letzten Woche mit dem Herrn Bürgermeister, mit der Frau Vizebürgermeistern, der Frau Stadträtin und mir, als wir die Mindestsicherung Neu präsentiert haben.

Da es sehr viele Unklarheiten und Halbinformationen gibt, versuche ich, in 4 Minuten noch einmal die wesentlichen Punkte der Erneuerung zusammenzufassen.

Erstens: Wir haben 6.700 neue Angebote an Ausbildung, Qualifizierung, Beschäftigung für die MindestsicherungsbezieherInnen mit dem Ziel geschaffen, dass sie rasch hinauskommen in ein eigenständiges Leben ohne die Abhängigkeit von der Mindestsicherung. Das ist doch grundvernünftig! Also, sich da hinzustellen und zu sagen, keine Ahnung, kürzen, da ist nichts oder so! Man kann Ihnen zumuten, oder nehmen Sie zumindest die Möglichkeit in Betracht, sich zu informieren. Das ist einmal Punkt 1.

Was neu ist, und das halte ich für total wesentlich, ist, dass die MA 40 umstrukturiert wird, auch in die Richtung, dass es eine individuelle Begleitung gibt, mehr Sozialarbeit, dass man versucht, zukünftig zu schauen, was denn die Probleme sind, warum der Mensch so weit gekommen ist, was die Lösung sein kann, wo die eigene Kraft, die eigene Stärke liegt. Wieder eine Chance mehr, dass vor allem Jugendliche herauskommen. Es geht bis hin zur aufsuchenden Sozialarbeit, damit wir niemanden übersehen und tatsächlich bestmöglich alle erreichen. Das halte ich für enorm wichtig. Weil was ist es denn sonst, als Ausbildung und Qualifizierung, dass man das eigene Leben schaffen könnte?

Das heißt, einer der Schwerpunkte sind die Jugendlichen. Wir haben 10.000 Jugendliche in der Mindestsicherung. Wir wissen alle und diskutieren es nicht zum ersten Mal, da müssen wir vor allem darauf schauen, dass rasch die Möglichkeit auf ein eigenständiges Leben besteht, sonst verfestigen sie sich.

Der zweite große Punkt ist ein Bonussystem, Ausstiegshilfen. Jeder Mensch, der arbeitet, soll sich zukünftig den 13., 14. Bezug behalten können. Er wird nicht mehr abgezogen. Ein Anreiz für diejenigen, die nicht arbeiten, zu arbeiten, für diejenigen, die 20 Stunden arbeiten, mehr zu arbeiten, um irgendwann aus der Mindestsicherung herauszukommen. Aber nicht nur das. Es hat so viele Gespräche mit ExpertInnen aus der Praxis gegeben, dass es lebensnah ist, dass es praxisnah ist,

zu schauen, wenn ein Jugendlicher unter 25 ein halbes Jahr gearbeitet hat, dass er einen Bonus erhält, alle, die über 25 sind, bei einem Jahr. Wieder ein Anreiz herauszukommen. Das sind doch wesentliche, elementare Dinge! Diese können Sie doch nicht so abtun! Sie reden von Menschen, die auf das letzte soziale Netz angewiesen sind, wo wir doch alle gemeinsam das Interesse haben müssten, dass sie aus der Mindestsicherung herauskommen.

Es ärgert mich besonders, Herr Schock hat heute irabfällig gendwie völlig die Chronisch-Kranken-Rehabilitation hingeworfen. Haben Sie schon einmal mit Betroffenen gesprochen? MindestsicherungsbezieherInnen, die krank sind, haben keinen Zugang zur Rehabilitation. Diese Möglichkeit gibt es jetzt! (StR DDr. Eduard Schock: Frau Hebein, denen streichen Sie jetzt das Urlaubsgeld! Oder stimmt das nicht?) Das war der Wunsch der Menschen! (StR DDr. Eduard Schock: Sie streichen ihnen das Urlaubsgeld!) Sich hier hinzustellen und das abzutun, dass genau diese Leistung zusätzlich ... (StR DDr. Eduard Schock: Sie streichen den chronisch Kranken das Weihnachtsgeld, Frau Hebein!) - Könnten Sie bitte den Mund halten? Sie waren schon dran! Das wäre sehr angenehm! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. -VBgm Mag. Johann Gudenus, M.A.I.S.: Was ist denn das für ein Umgangston?)

Hören Sie zu! Vielleicht lernen Sie noch etwas! Wenn es nicht klappt, wird auch weiterhin 14 Mal Dauerbezug bezahlt. Verunsichern Sie mir nicht die MindestsicherungsbezieherInnen mit Halbinformationen! Das ist eine Zumutung für die Betroffenen! (Zwischenruf aus den Reihen der FPÖ: Sie sind eine Zumutung!) - Das ist das Niveau der Auseinandersetzung, wenn es um Armut geht! (GR Dominik Nepp: Was ist das denn für ein Umgangston? Es geht jedes Mal so!) Das ist genau Ihr Niveau! Und das ist schade!

Wir reden hier von den Schwächsten der Gesellschaft. Ich glaube, dass wir hier ein Paket geschnürt haben, das Sie sich zumindest anschauen sollten. Sie sollten sich zumindest informieren. Es ist eine Chance für viele Menschen, ohne Mindestsicherung leben zu können, weil das ist das letzte soziale Netz für die Menschen in Wien! - Vielen Dank. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas <u>Reindl</u>: Das waren 9 Minuten. Die Restredezeit für die GRÜNEN sind daher weitere 9 Minuten. Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Koderhold. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten.

GR Dr. Günter <u>Koderhold</u> (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Bis zum 23.6. wäre meine für heute konzipierte Rede äußerst milde ausgefallen, zumindest milde aus der Sicht einer Oppositionspartei. Als ich aber am 23.6. erfahren musste, dass das Spitalskonzept 2030 unverändert bleibt, musste ich natürlich umschreiben, etwas pointierter werden. Damit Sie verstehen, warum ich es pointiert umsetze, möchte ich Ihnen ein bisschen die Historie des

Spitalskonzepts 2030 erklären, damit Sie sehen, dass sich dieses Konzept von sich selbst entfernt hat.

Wir haben seit 2006 ein neues Gesundheitsgesetz, den Österreichischen Strukturplan Gesundheit, aufgeteilt in die Bundesländer zum Regionalen Strukturplan. Für uns wäre es der Regionale Strukturplan Wien. Wir haben 2007 in Wien erkannt, dass Strukturänderungen notwendig sind, vor allem im Bereich der Versorgung im Norden Wiens. Das Verhältnis der medizinischen, ärztlichen und spitalsbettenmäßigen Versorgung war eins zu drei. Das bedeutet, in der Versorgungsregion West und der Versorgungsregion Süd waren 3 Mal so viele medizinische Ressourcen als im Norden Wiens, der immerhin 400.000 Bürgerinnen und Bürger, also etwa die Größe von Graz, umfasst. Man hat völlig zu Recht überlegt, es muss natürlich einen räumlichen Transfer von den Bezirken, von den Versorgungsbereichen, die eine dichte Versorgung haben, in den Norden Wiens geben.

Man hat gleichzeitig gesagt, es gibt auf Grund der doch alten Bausubstanz in vielen großen Spitälern einen Reinvestitionsaufwand, der in manchen Bereichen so hoch sein wird, dass er am besten durch ein neues, modernes Spital, das am besten gleich in der Region, wo sowieso schon die Versorgung unter dem Schnitt ist, etabliert werden soll. Das hat auch die Europäische Investitionsbank sehr gut gefunden und Wien praktisch 300 Millionen EUR für den Bau des Krankenhauses Nord geschenkt. Es war ein relativ kompliziertes Konzept. Man musste nicht nur die Ressourcen der Versorgungsregionen West und Süd in den Norden transferieren. Man musste das natürlich, sozusagen wie bei einem Staffellauf, sehr schnell machen. Es musste, wenn eine Abteilung im neuen Spital Nord fertig gewesen ist, die andere Abteilung in einer anderen Versorgungsregion mehr oder weniger schon fertig zum Wechsel sein. Das war relativ aufwändig. Und es war durchaus anspruchsvoll. Auf diese Art und Weise kam es zum ursprünglichen Spitalskonzept 2030 von 2011. Das hat im Großen und Ganzen inhaltlich auch ganz gut funktioniert. Es wurde auch, da es dem Regionalen Strukturplan untergeordnet ist, in diesen integriert. Das Spitalskonzept 2030 ist dem Regionalen Strukturplan untergeordnet. So weit, so gut.

Leider hat sich, wie wir alle wissen, das Spitalskonzept 2030 anders entwickelt. Das Krankenhaus Nord hat sich von der Errichtung her erheblich verspätet. Ich will jetzt gar nicht von den Kosten reden. Es kam zu einem mir unverständlichen taktisch-strategischen Fehler, das Donauspital, das einzige Schwerpunktspital der Gemeinde Wien, herabzustufen, damit genau das Gegenteil zu machen, was eigentlich die europäische Investitionsbank wollte und was eigentlich die Idee des ursprünglichen Konzeptes war, nämlich den Norden Wiens besser zu versorgen. Zusätzlich wurden monolithische Zentralabteilungen, Augenabteilungen und dermatologische Abteilungen, die räumlich gebündelt waren, konzipiert, eine Idee, die eigentlich schon lange wieder verworfen wurde, da diese spezialisierten Zentralabteilungen auf Grund der hohen Errichtungskosten nicht den Vorteil der kürzeren Liegezeit in einen Gewinn umsetzen können. Zusätzlich kam es leider auch zu einem Nichtumsetzen einer Wien-weiten notfallmedizinischen Versorgung.

Damit aber nicht genug. Wir haben einmal die Parallelwelt Wiener Spitalskonzept 2030, das einen irreführenden Namen hat. Es sollte eigentlich KAV-Spitalskonzept 2030 heißen, weil mehr als die Hälfte aller Wiener Spitäler werden im Spitalskonzept 2030 gar nicht erwähnt, im Regionalen Strukturplan aber sehr wohl. Jetzt haben wir einmal diese Parallelwelten Spitalskonzept 2030 und Regionaler Strukturplan. Es kommt aber noch ein dritter Punkt dazu, nämlich die MA 24. Das ist die Magistratsabteilung für Gesundheitsplanung. Das heißt, wir haben jetzt drei Bereiche, die eine eigene Konzentration erfordern und die eine eigene Bedeutung haben, das Spitalskonzept 2030 des KAV, den Regionalen Strukturplan für ganz Wien und die MA 24 für die Gesundheitsplanung.

Bekannt ist, dass die MA 24 von einem Finanzspezialisten geführt wird, der gleichzeitig Chef der Bereichsleitung Finanz ist. Hier wird es natürlich schon sehr problematisch. Selbst wenn der Leiter der Gesundheitsplanung der MA 24 ein Finanzgenie ist, fehlt ihm sicherlich die Expertise für langfristige strategische Planungen, was sich im Jahr 2012 auch umgesetzt hat, als, wie zu erwarten war, im SMZ-Ost am Bauplatz 4 eine große Strahlentherapieeinheit errichtet hätte werden sollen. Ich bin selber Strahlentherapeut. Ich war auch sehr lange in der ÖGRO. Das ist die Fachgesellschaft für Radioonkologie. Ich war an sich sehr wohl informiert, dass dort ein großer Strahlenbunker mit drei Linearbeschleunigern etabliert worden soll. Dies wurde abgelehnt, und zwar von der Bereichsleitung Finanz, mit der Argumentation zu teuer. Jetzt muss man wissen, dass die Strahlentherapie eine der billigsten Tumortherapien ist, die zwar eine deutliche Investition erfordert, aber dann über einen längeren Zeitraum sehr billig ist, abgesehen von den medizinisch-therapeutischen Vorteilen. Das heißt, Tatsache ist, wir haben die MA 24, die es eigentlich gar nicht geben dürfte, weil wie kann ein Finanzgenie - sagen wir, Finanzgenie - über die Gesundheitsplanung bestimmen, der Regionale Strukturplan und das KAV-Spitalskonzept 2030 nebeneinander. Es fällt schwer, da nicht von einer Neigung zum Chaos zu sprechen.

Wir haben uns in den letzten Wochen schon gefreut. Es gab seitens des Krankenanstaltenverbundes, seitens der Stadtregierung ein Raunen, dass dieses Spitalskonzept 2030 doch als das gesehen wird, was es ist, nämlich ein sich von sich selbst entfernendes Konzept, im Grunde genommen ein Übersiedlungs- und Umbaukonzept des Krankenanstaltenverbundes, das sich von der eigentlichen Versorgung schon längst entfernt hat und das vor allem nicht mehr den Teil im Regionalen Strukturplan ausfüllt, den es ursprünglich hatte. Man darf nicht vergessen, das Spitalskonzept 2030 ist im Regionalen Strukturplan integriert. Da dieses Konzept praktisch eigentlich keinen Punkt mehr erfüllen konnte, sei es die Versorgung des Nordens von Wien, sei es, das ist kein unerwarteter Schluss, die Unmöglichkeit, diese zentralen Abteilungen, diese monolithischen Zentralabteilungen finanziell zu schaffen, sei es das Unvermögen, einen funktionierenden notfallmedizinischen Dienst aufzuziehen, hat sich dieses Konzept mehr oder weniger selber in Frage gestellt.

Was würde eigentlich für die Gesundheitsversorgung, für die Gesundheitsplanung passieren, wenn das Spitalskonzept aufgelöst wird, beendet wird, gestoppt wird? Es würde gar nichts passieren. Denn das Spitalskonzept ist im Grunde genommen für die Versorgung nicht zuständig. Das ist immer noch die Sache des Regionalen Strukturplans.

Wenn man sich den Regionalen Strukturplan durchliest, vor allem die letzten Besprechungen und Entscheidungen, fällt natürlich auf, dass sich in anderen Rechtsträgern doch sehr wohl eine ganze Menge bewegt. Zum Beispiel baut die Orthopädie Speising eine Unfallchirurgie auf. (GRin Dr. Claudia Laschan: Speising ist ein schlechtes Beispiel! Ein ganz schlechtes Beispiel!) Bei den Barmherzigen Brüdern werden im Hanusch-Krankenhaus Notfallaufnahmen errichtet. Alles Punkte, die wichtig sind, beispielsweise für eine Wien-weite Notfallversorgung, die aber im Konzept 2030 nicht angeführt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Antrag des Kollegen Gara, das Konzept 2030 zu stoppen, ist uns nicht entschlossen und schlüssig genug. Das Konzept 2030 hat seine Funktion eigentlich schon längst verloren. Es hat seine Rolle im Regionalen Strukturplan in keiner Weise erfüllt. Es gehört ersatzlos gestrichen! (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas <u>Reindl</u>: Die Restredezeit für die FPÖ ist 18 Minuten. Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mörk. Selbstgewählte Redezeit ist 8 Minuten.

GRin Gabriele <u>Mörk</u> (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Seidl, Sie haben in ihren Ausführungen 37 Personen angeführt, die in der Mindestsicherung sind und bei denen bei der Staatsbürgerschaft "ehemaliges Jugoslawien" angegeben ist. Ich darf Sie darüber informierten, dass die Daten der Staatsbürgerschaft über das Zentrale Melderegister übernommen werden und dass das Maßgebliche für die MA 40 vor allem bei Drittstaatsangehörigen aber immer ist, über welchen Aufenthalt diese Personen verfügen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Rechnungsabschluss, den wir heute behandeln, beweist einmal mehr, dass die rot-grüne Stadtregierung ihre soziale Verantwortung wahrnimmt. 1,8 Milliarden EUR Aufwendungen im Sozialbereich.

Die letzte Möglichkeit zu helfen und das letzte Instrument der Armutsbekämpfung ist die Bedarfsorientierte Mindestsicherung. Weitere Instrumente sind die Mindestpension und der Mindestlohn. Vor allem da wäre es höchst an der Zeit, wenn dieser endlich auf 1.500 EUR erhöht werden würde.

Im Gegensatz zu ÖVP und FPÖ wollen wir die Armut und nicht die Armen bekämpfen. Kürzungen und Deckelungen, wie in anderen Bundesländern und wie heute auch wieder ein entsprechender Antrag von der ÖVP

eingebracht wurde, kommen für uns nicht in Frage. Natürlich wäre uns eine bundeseinheitliche Lösung bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung wesentlich lieber gewesen. Aber diese wurde ganz gezielt von der ÖVP verhindert. Wir betreiben keine Symbolpolitik auf den Rücken der Schwächsten. Wir überlegen uns auch nicht, wie man Arbeitslosen, alten, kranken Menschen oder Familien mit mehreren Kindern das Leben schwer machen kann. Die rot-grüne Stadtregierung hat sich ganz bewusst für einen anderen Weg entschieden. Unsere klare Botschaft lautet, wir lassen niemanden im Stich, der Hilfe und Unterstützung braucht. StRin Sandra Frauenberger hat in der vorigen Woche ganz klar bei der Präsentation der Wiener Mindestsicherung Neu gesagt, dass eine inklusive und nicht eine exklusive Sozialpolitik der Wiener Weg ist. Perspektiven und Chancen geben durch aktive Arbeitsmarktintegration, Motivation und Anreize stehen im Fokus. Birgit Hebein ist in ihren Ausführungen schon darauf eingegangen.

Beim inklusiven Weg der Sozialpolitik geht es nicht nur um Arbeitsmarktintegration. Frau StRin Frauenberger hat das in der vorigen Woche auch gesagt. Es geht vor allem um eine starke Bildungspolitik, um eine starke Lohnpolitik. Arbeit muss sich wieder auszahlen. Es geht um qualitätsvolle Arbeitsplätze, um Arbeit, von der man auch leben kann.

Das Ganze, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist auch eine Frage der Gerechtigkeit und der Verteilungsgerechtigkeit. Diese Frage stellt sich auch, wenn man krank ist und gepflegt werden muss. Wenn man Pflege braucht, kann man am Schluss alles verlieren, Haus oder Wohnung, Sparbuch und Bausparer. Im Prinzip eine 100-prozentige Erwerbssteuer. Ich frage Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wäre es nicht wesentlich gerechter, die Pflege über eine gerechte Erbschafts- und Schenkungssteuer für Erbschaften ab über 1 Million EUR zu finanzieren? Damit könnten wir schlagartig den 100-prozentigen Eigenregress abschaffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Rund 60.000 Wienerinnen und Wiener, die Pflege und Betreuung benötigen, sind beim Fonds Soziales Wien in besten Händen. Denn sie erhalten dort leistbare, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Pflege- und Betreuungsangebote. Wien wächst. Die Wiener Bevölkerung wird auch immer älter. Daher wurde das Konzept "Pflege und Betreuung in Wien 2030" auf Schiene gebracht. Denn wir wollen das hohe Wiener Niveau auch weiterhin sicherstellen. Mobile Dienste, teilstationäre Angebote und alternative Wohnformen werden weiterentwickelt. Das Tageszentrum PLUS mit verlängerten Öffnungszeiten am Abend und am Wochenende gibt es bereits seit Jänner des Vorjahres als Pilotprojekt. Remob-Angebote werden ausgebaut, um die Selbstständigkeit zu steigern, ebenso die Implementierung der Hospiz- und Palliativgrundversorgung in allen Pflege-Settings. Die Stadt Wien begleitet und fördert die vollständige Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft. Das Projekt "Wiener Wege zur Inklusion", eine Zusammenarbeit von Menschen mit und ohne Behinderung, entwickelt neue soziale Dienstleistungen.

Ziel ist, eine bessere soziale Inklusion in der Stadt zu ermöglichen. Im Sinne eines selbstbestimmten Lebens wird zum Beispiel bereits die Verschiebung von Vollbetreuten ins teilbetreute Wohnen forciert.

Perspektiven geben, Chancen ermöglichen, ist auch die Aufgabe der Einrichtungen der Wiener Wohnungslosenhilfe. Wohnungslosigkeit kann aus den unterschiedlichsten Gründen jede und jeden von uns treffen. Das differenzierte und bedarfsgerechte Angebot der Wiener Wohnungslosenhilfe hat stets das Ziel, dass wohnungslose Menschen wieder in einer eigenen Wohnung, oder wenn dies nicht mehr möglich ist, auf einem passenden Dauerwohnplatz wohnen können.

Die Lebensqualität, meine sehr geehrten Damen und Herren, misst man auch daran, wie es um den sozialen Zusammenhalt in einer Stadt ausschaut. Wie geht eine Stadt mit jenen Menschen um, die ihren Alltag nur mehr schwer oder gar nicht mehr alleine bewältigen können, mit Menschen, die Hilfe rund um die Uhr benötigen oder mit Menschen, die aus anderen Ländern fliehen mussten? Hier beweist Wien tagtäglich, 365 Tage im Jahr, dass unsere Stadt für alle da ist. Genau das macht die Lebensqualität von Wien aus.

Die MitarbeiterInnen der Stadt Wien, die im Sozialbereich tätig sind, und diejenigen der Partnerorganisationen beweisen täglich, was es heißt, für andere Menschen da zu sein, für sie einzutreten, ihnen zu helfen und ihnen Perspektiven zugeben. Daher ein ganz großes Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialbereich für ihren großartigen Einsatz! Denn sie tragen zur Lebensqualität in Wien bei! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Ein Dankeschön auch an die MitarbeiterInnen, dass sie genau dort ansetzen, wo viele oft nicht hinschauen wollen!

Ich darf Sie ersuchen, dem Rechnungsabschluss zuzustimmen. - Danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Restredezeit für die SPÖ sind 24 Minuten. Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Huemer. Selbstgewählte Redezeit ist 7 Minuten. Fraktionsredezeit ist 9 Minuten.

GRin Mag. Barbara <u>Huemer</u> (*GRÜNE*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Feministische Politik ist heute aktuell und notwendig wie eh und je. Sie alle kennen wahrscheinlich die hier abgebildete Haube (Die Rednerin zeigt ein Bild.), die es sogar aufs "Time Magazine" geschafft hat, diese sogenannte "Pussy Hat", die zum Protestsymbol geworden ist. (GR Mag. Manfred Juraczka: Nein, bitte nicht!) - Zu dieser Stunde muss ich etwas vorbringen, was Sie auch munter macht. - Diese Haube ist zum Symbol für den Widerstand gegen Sexismus und für Gleichberechtigung geworden. Denn frauenfeindliche Statements, sehr geehrte Damen und Herren, egal, ob sie von Donald Trump oder von einem Felix Baumgartner oder auch von einem Götz Schrage kommen, bleiben nicht ohne Folgen! Das ist gut so! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Denn es gibt breiten Protest auf der Straße und in traditionellen als auch sozialen Medien. Beispielsweise hat das Frauennetzwerk Medien den Negativpreis "Rosa Handtaschl" an Felix Baumgartner vergeben. (GR Maximilian Krauss: Das tut ihm weh!) Das tut ihm sicherlich weh! (GR Maximilian Krauss: Den Pilz habt ihr eh schon vertrieben!) Denn sein Sexismus, den er offen vor sich herträgt, wird sicher seinem Ego schaden! (GR Wolfgang Seidl: Ganz sicher!) Immer mehr Frauen, und das ist erfreulich, bekunden öffentlich Protest gegen Sexismus. Sie fordern ihre Rechte ein. Egal, ob es die Feministinnen sind, die das Frauenvolksbegehren vorantreiben, ob es die Journalistin Corinna Milborn ist oder auch Politikerinnen wie Eva Glawischnig sind, die gegen den Frauenhass in den Medien anschreiben oder auch Klagsverfahren anstreben. Gegen diese Diskriminierung, gegen diesen Frauenhass in jeglicher Art und Weise braucht es eine feministische, eine eigenständige Politik. Diese Politik macht rot-grün. (GR Dominik Nepp: Klatschen!)

Der formalen Gleichstellung, die wir alle haben, stehen aber nach wie vor ganz viele strukturelle Schieflagen entgegen. Ich erinnere, wir haben den Gender Pay Gap, wir haben den Gender Pension Gap, der heute schon erwähnt wurde, wir haben auch den Gender Time Gap. Dennoch gibt es hier Fortschritte zu verzeichnen. In Wien ist von 2013 zu 2016 die Einkommensschere immerhin um drei Tage weiter nach hinten, sprich, Richtung Silvester, gewandert. Wien hat bekanntlich die geringste Einkommensschere.

Der Gender Pension Gap ist mit 39 Prozent erschreckend hoch, auch diesbezüglich brauchen wir noch viele Maßnahmen. Und es ist nach wie vor so, dass hauptsächlich Frauen Teilzeit arbeiten, weil die Arbeitsteilung nach wie vor sehr traditionell erfolgt. Es gibt also sehr viel zu tun, ob in der Care-Arbeit oder in der Neubewertung der Arbeit, ob im Kampf gegen Frauenarmut oder auch gegen Gewalt an Frauen. Und auch die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen sind nach wie vor nicht 100-prozentig sichergestellt.

Frau Kugler ist jetzt nicht da und hört mich nicht, wenn ich sage: Sie können sich sicher sein, dass Rot-Grün absolut für Pro-Choice steht! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Wir haben hier offenbar auch noch sehr viel Entwicklungsarbeit zu leisten, um auch jene ins 21. Jahrhundert hinüberzuführen, die nach wie vor glauben, die drei K, nämlich Kinder, Küche, Kirche, sind entweder natürlich, weil Mutterschaft natürlich sei oder die Familie heilig und gottgewollt sei und auch die Geschlechterordnung eine natürliche Ordnung sei. Hier gibt es noch viel zu tun!

Ich komme jetzt aber zu etwas sehr Erfreulichem: Ich möchte von dieser Stelle zwar Jubiläen, die wir hatten, erwähnen und auch Applaus an jene richten, die für diese Jubiläen auch mitverantwortlich sind. Einerseits hatten wir die 20-Jahr-Feier des 24-Stunden-Frauennotrufs der Stadt Wien und andererseits die 25-Jahr-Feier der Frauenabteilung der Stadt Wien. Ein großes Dankeschön und Applaus von meiner Seite an die Frauen, die hier wirklich sehr, sehr engagiert und sehr

kompetent arbeiten! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.) Danke schön!

Ich nenne nur ein paar Punkte, was in der Frauenpolitik im vergangenen Jahr in Wien geschehen ist: Beispielsweise ist von der Frauenabteilung viel Rechtsberatung und Sozialberatung geleistet worden. Die Alleinerzieherinnenplattform wird ständig mit umfassenden Informationen bestückt, sodass Alleinerzieherinnen ständig Informationen bekommen, wie sie ihr Leben besser meistern können. Die Frauen arbeiten am 2. Wiener Gleichstellungsmonitor, und ich freue mich schon sehr, wenn dieser im Herbst präsentiert werden kann. Die Industriearbeiterinnen werden in einer Studie beforscht, was aus meiner Sicht sehr wichtig und auch sehr spannend ist.

Wir hatten beim Internationalen Frauentag viel zu feiern, und auch die Mädchenarbeit in der Stadt Wien wird groß geschrieben. Ich nenne nur den Wiener Töchtertag. Ein sehr spannendes Ergebnis aus dem frischen Evaluationsbericht ist, dass die Mädchen sagen, dass sie der Töchtertag zu neuen Ideen inspiriert hat. - Ich meine, das ist ganz großartig! Ebenso positiv ist es, dass Mädchen sagen, dass ihnen total klar ist, dass in technischen Berufen besser verdient werden kann. Ich halte diese Bewusstseinsarbeit, die am Töchtertag geleistet wird, für ganz toll und wichtig! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

So ist etwa auch die Publikation "Mädchen in Wien" hilfreich für die Mädels, ebenso ist die Publikation "Safe im Cyberspace. Mädchen im Netz" aus dem Jahr 2016 eine sehr unterstützende Broschüre.

Weiters möchte ich mich auch bei Frau Michaela Schatz dafür bedanken, dass sie mit ihrem Team nach wie vor sehr engagiert den Gender-Budgeting-Bericht erstellt. Erwähnen möchte ich auch den Frauenkulturbericht. Ebenso wird in der Stadtplanung hier sehr viel vorangetrieben, um geschlechtergerechtes Bauen und Wohnen zu ermöglichen, und Frauen werden auch in der Verkehrsflächenbenennung immer mehr sichtbar gemacht.

Sehr zu beachten ist übrigens meiner Meinung nach auch, dass im Rahmen des Wiener Frauengesundheitsprogramms ganz wertvolle Arbeit geleistet wird. Ein Aspekt, nämlich "Frauen und Flucht" wurde als neues Thema ganz toll aufgegriffen.

Last but not least möchte ich noch ein Erfolgsprojekt aus Wien erwähnen, und zwar die Koppelung der Auftragsvergabe an Frauenförderung. Mittlerweile sind neun Magistratsabteilungen diesem Projekt beigetreten, das immer weiter ausgerollt wird, und wir können von großen Erfolgen berichten: Es nehmen nicht nur immer mehr Magistratsabteilungen daran teil, sondern es werden in den Betrieben, die daran teilnehmen, wirklich ganz konkrete Verbesserungen für Frauen erreicht. Auch das ist also eine ganz tolle Sache!

Frauenpolitik ist ja nicht nur eine Politik von Frauen für Frauen, sondern gleichermaßen auch eine Politik von Frauen und Männern, die sich für Gleichstellung einsetzen. - Auf meinem T-Shirt steht ein Motto "we should all be feminists", und ich fordere Sie auf, diesem Motto auch zu folgen, denn gemeinsam geht es schneller! Der ge-

sellschaftliche Wandel schreitet wesentlich rascher voran, wenn auch Männer gemeinsam mit Frauen in Richtung Gleichstellung streben und wir alle gemeinsam auf den großartigen Leistungen der Frauenbewegung aufbauen.

Daher ganz besonders mein Appell an die Männer in diesem Raum: Bitte engagieren Sie sich auch für Bewusstseinsarbeit in Ihren eigenen Reihen, und machen Sie auch Männer auf ihre eigene gesellschaftliche Rolle aufmerksam, und laden Sie sie ein, hier gemeinsam für mehr Gleichstellung, für ein geschlechtergerechtes Leben und ein geschlechtergerechtes Wien zu arbeiten!

Rot-Grün arbeitet dafür. Rot-Grün arbeitet für ein feministisches Wien. Machen Sie mit! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Die Redezeit der Grünen Fraktion ist erschöpft. (GR Dominik Nepp: Gott sei Dank!) Als Nächster zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schmidt. Selbstgewählte Redezeit 9 Minuten.

GRin Elisabeth <u>Schmidt</u> (FPÖ): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Kurz zu meiner Vorrednerin: Sehr geehrte Frau Kollegin Huemer! Ich finde, es ist ganz toll, wie beherzt Sie für Ihre Sache, für ein feministisches Wien und für eine feministische Bewegung kämpfen! Allerdings werden Sie angesichts Ihrer Zahlen, Daten und Fakten und Ihres Anteils von ein bisschen über 10 Prozent auch in dieser Hinsicht wahrscheinlich keinen größeren Prozentanteil der Bevölkerung erreichen, was uns gewissermaßen beruhigen kann. (Beifall bei der FPÖ.)

Von den höheren Sphären des Feminismus jetzt zurück zu den realen Daten und Fakten im Rechnungsabschluss 2016, die ebenso erschreckend wie ernüchternd sind. Dieser konfrontiert die Wienerinnen und Wiener mit sehr bitteren Zahlen. Das wird vor allem dann offenbar, wenn man die Daten und Ereignisse rund um das finanzielle Desaster und rund um die Schulden beleuchtet und die unmittelbaren Auswirkungen auf die diversen Lebensbereiche der Menschen hier in Wien betrachtet.

Dieser Rechnungsabschluss zeigt deutlich, wie heute Gott sei Dank schon oft genug thematisiert wurde, dass vor allem die Zuwanderungspolitik in dieser Stadt unter Rot-Grün dramatisch falsch läuft, wodurch - und das ist belegt - die Finanzen der Stadt stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, und zwar zum Leidwesen der Wienerinnen und Wiener, die mit ihren Steuermitteln eins zu eins in dieser Misere drinnenhängen.

Dabei sollte die Stadtregierung eigentlich zumindest versuchen, hier regulierend zu agieren. Ich habe heute schon einige Argumente gehört: Sie leben nach dem Motto, dass diese Zuwanderung eben stattfindet, und ich muss Sie daher leider wieder damit konfrontieren, dass das nicht stimmt! Es gibt weltweit genügend Metropolen, in denen uns das vorgelebt wird, und viele kluge Köpfe machen darauf aufmerksam, dass man mit Regulierungsmaßnahmen im Hinblick auf soziale Mittel und Sozialleistungen durchaus Mechanismen einziehen kann, um diesen Zuzug gewissermaßen zu regulieren. (Beifall bei der FPÖ.)

Leider wurde das verabsäumt! Bei einer echten und ordentlichen Reform der Mindestsicherung wäre das aber durchaus möglich gewesen!

Frau Kollegin Hebein! Ist sie noch da? - Ja. Ich verstehe sehr wohl den Ansatz, dass man sagt, dass es wichtig ist, gerade die Jugendlichen, die in der Mindestsicherung gelandet sind, mit ganz vielen Bemühungen wieder aus dieser Mindestsicherung herauszuführen. Realität ist aber, wie wir heute gehört haben, dass auf Grund des Zuzugs in diesen Jahren mehr als der Hälfte der Menschen, die in der Mindestsicherung sind, Nichtösterreicher sind, weshalb wir mittlerweile gerade bei den jungen Menschen, die auch dieses Programm durchlaufen sollen, das große Problem haben, dass wir es hier mit Menschen zu tun haben, die nicht einmal integriert sind. Das heißt, wir bringen diesen Trampolineffekt, diese jungen Menschen überhaupt einmal in den Arbeitsmarkt hineinzubekommen, mit den tollen Maßnahmen, die vielleicht bei Wiener Jugendlichen greifen werden, diesfalls gar nicht zustande, zumal oftmals nicht einmal Kenntnisse der deutschen Sprache ordentlich vorhanden sind.

Es wäre Ihre Aufgabe, mit dieser Situation und den damit verbundenen großen Ausgaben verantwortungsvoll umzugehen. Aber diese Verantwortung fehlt Ihnen offenbar! Ich sehe sie auf jeden Fall nicht, und die Wienerinnen und Wiener sind die Leidtragenden.

Ich komme hiermit zu noch einem Thema, nämlich zum Thema Sicherheit und Frauen, das in diesem Zusammenhang, auch wenn Sie das nicht gerne oft hören, durchaus unmittelbar zusammenhängt. Ich habe mir die aktuellsten vier Medienberichte aus Wien in diesem Zusammenhang herausgesucht.

All das ereignete sich innerhalb von 48 Stunden: Versuchte Vergewaltigung auf der Donauinsel und versuchte Vergewaltigung im Donaupark, wobei man dazusagen muss, dass sich der Vergewaltiger beziehungsweise der vermeintliche Vergewaltiger der Donauinsel wieder auf freiem Fuß befindet.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich bei den beherzten Helfern, die den Opfern geholfen haben, bedanken, ebenso wie auch bei den Exekutivbeamten, die schlussendlich vor Ort waren und diesen Unhold tatsächlich zur Strecke bringen konnten. (Beifall bei der FPÖ.)

Weitere Meldung: Es gibt jetzt wieder einen Kinderstrich im Stuwerviertel. Und es gibt auch einen aktuellen Presseartikel zu den Kopftüchern in den Wiener Kindergärten. - All das sind Entwicklungen, die eins zu eins mit der Zuwanderung einhergehen. Wir werden uns dann noch ein paar Zahlen ansehen.

Wien gibt sich stets gerne irgendein Motto, etwa die Bezeichnung "Regenbogenhauptstadt" oder "Stadt des großen Miteinanders". Außerdem wird von Ihnen Wien auch oft ganz allgemein als die "lebenswerteste Stadt der Welt" erwähnt. - All das ist wunderbar! Was mir bei dieser Politik aber völlig fehlt, ist das einfache, aber richtige Motto: "Wien für die Wienerinnen und Wiener!" Die Behandlung dieses Themas vermeiden Sie in seiner ursprünglichen Wichtigkeit, nämlich die Familien, die Kinder, die Väter und Mütter, als tragende gesellschaftli-

che Basis mehr in den Mittelpunkt zu rücken und genau in diesem Zusammenhang fördernd und unterstützend zu wirken und viel mehr zu unternehmen!

Ich möchte nur darauf hinweisen, wie viele Kinder in Wien auch in diesem Sommer wieder keinen Urlaub mit ihren Familien machen können. Ich kann Ihnen aber auch sagen, worauf das zurückzuführen ist: Schauen wir uns doch einmal die Wohlstandsentwicklung in dieser Stadt an! Ich habe hier ein paar sehr aktuelle Zahlen, die ziemlich eindeutig belegen, dass Wien in diesem Bereich leider ziemlich rückschrittlich geworden ist.

Ich bringe als Beispiel jetzt das verfügbare Einkommen: Das verfügbare Einkommen lag in Wien 2000 - damals waren wir Spitzenreiter - weit vor Vorarlberg, Kärnten, et cetera. Kärnten war immer das Schlusslicht. Mittlerweile ist Wien mit Kärnten ex aequo: Wir liegen jetzt, gemäß den Zahlen aus dem Jahr 2015, beim privatem Haushaltseinkommen ex aequo mit Kärnten bei 21.500 EUR, während Vorarlberg bei 23.500 EUR liegt. Das heißt: Wien ist seit 2015 beim Wohlstand das Schlusslicht in Österreich.

Die Statistik Austria hat dazu eine Erklärung. - Ich zitiere: "Wien zeigte 2015 als einziges Bundesland einen Rückgang beim verfügbaren Einkommen je Einwohner von minus 0,2 Prozent. Grund dafür ist vor allem das übermäßig starke Bevölkerungswachstum 2015 in der Bundeshauptstadt." Als einer der Gründe für das Bevölkerungswachstum wird auch der Zuzug von Migranten nach Wien angeführt.

Ich zitiere weiter: "Die Politik von Rot-Grün zieht ausländische Zuwanderer vor allem aus niederen Einkommensschichten mit niedriger Qualifikation an." (GRin Martina Ludwig-Faymann: Woraus zitieren Sie?)

Die Wiener Kinder können immer weniger auf Urlaub fahren. Der Wohlstand sinkt, es gibt aber eine entsprechende Kluft zwischen Arm und Reich: Während die Innere Stadt nach wie vor der reichste Bezirk Österreichs ist, ist, glaube ich, Rudolfsheim-Fünfhaus der ärmste Bezirk, und das alles in einer Stadt. (Zwischenruf von GRin Dr. Jennifer Kickert.)

Klar ist jedenfalls: Mit dieser außer Kontrolle geratenen Zuwanderungspolitik und der parallel dazu völlig gescheiterten Integrationspolitik werden Sie in weiterer Zukunft mit ihren Gleichstellungsprojekten und auch den Frauen- und Mädchenförderungsprogrammen immer wieder hintennachhinken! Ich kann nur sagen, dass bereits die Etablierung einer Gegengesellschaft stattgefunden hat, in der - und das ist auch allseits bekannt - die Stellung von Frauen und Mädchen weit abgeschlagen hinter der von Männern und Burschen rangiert. (GR Mag. Rüdiger Maresch: Sagen Sie! - GR Dominik Nepp: Das sagen die Wienerinnen und Wiener!)

Ich kann ja eigentlich nur lachen, wenn Sie hier jetzt von feministischen Ideen sprechen, während wir hier eine Realität in Wien haben, die dem völlig entgegenspricht. (GRin Mag. Barbara Huemer: Das ist doch kein Widerspruch!) Das ist ein absoluter Widerspruch! Oder Sie nehmen - ich weiß nicht, wie viele - Millionen in die Hand, um hier etwas weiterzubringen. (Weiterer Zwi-

schenruf von GRin Mag. Barbara Huemer. – GRin Birgit Hebein: Wollen Sie uns jetzt die Welt erklären?)

Ja. Ich muss Ihnen offensichtlich die Welt erklären, denn Sie auf Ihrem 11-Prozent-Hügel haben offensichtlich den Boden unter den Füßen verloren! (Beifall bei der FPÖ.)

Ich weiß nicht recht! In diesem Herbst werden wir wahrscheinlich noch keine Wien-Wahl haben, sondern erst 2020, aber ich freue mich jedenfalls auf die in diesem Herbst bevorstehende Nationalratswahl. Ich denke, auch da wird es eine gewisse Weichenstellung geben, und vielleicht werden wieder einige etwas realistische Aspekte in Ihre Politik einfließen. - Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Die Redezeit wurde eingehalten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Deutsch. 8 Minuten selbstgewählte Redezeit. - Bitte.

GR Christian <u>Deutsch</u> (SPÖ): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die strategische Umsetzung des Spitalskonzeptes 2030, die Entwicklung des Masterplans für psychiatrische und psychosomatische Versorgung, der Medizinische Universität Wien und vieles mehr und die Medizinische Universität Wien und vieles mehr waren zentrale Schwerpunkte des Wiener Krankenanstaltenverbundes, dem größten Akteur des Wiener Gesundheitswesens, im vergangenen Jahr. Und die Botschaft, Herr Kollege Koderhold, dass das Spitalskonzept gescheitert wäre, ist nicht nur verfrüht, sondern auch in keinster Weise nachzuvollziehen, ebenso die Forderung, dieses Konzept generell zu stoppen. Das ist nicht nur wirtschaftlich nicht zu vertreten, sondern das würde letztendlich das Gesundheitswesen ins Chaos stürzen.

Das Spitalskonzept selbst ist natürlich aufrecht, und es ist selbstverständlich, dass in einem solchen Veränderungsprozess auch immer wieder einzelne Maßnahmen überprüft werden müssen, dass an der einen oder anderen Schraube zu drehen ist, dass nachjustiert werden muss, dass vielleicht auch die eine oder andere Maßnahme verworfen wird.

Natürlich ist der Krankenanstaltenverbund auch gut beraten, Bedenken, Kritik und Vorschläge der Bevölkerung, aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend ernst zu nehmen und ebenfalls in diesen Prozess mit einzubeziehen. Das sollte zumindest auch eine Lehre aus den Erkenntnissen der letzten Monate sein

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Eckdaten des Jahresabschlusses 2016 für den Krankenanstaltenverbund zeigen ein klares Bild: Es standen 1,4 Milliarden EUR zur Verfügung. Das sind 33 Prozent der gesamten Geschäftsgruppe. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist mit 63,1 Millionen negativ. Die Umsatzerlöse betrugen 2,6 Milliarden EUR, davon 1,9 Milliarden aus Leistungserlösen. Und der Betriebskostenzuschuss wurde für den laufenden Betrieb um 59,9 Millionen auf 637 Millionen erhöht. - All das sind Investitionen in die Gesundheit der Bevölkerung.

Aus unternehmerischer Sicht ist hier natürlich auch der Sachaufwand zu beleuchten, der um 3,7 Millionen unter dem Niveau des Vorjahres liegt. Das ist auch deshalb beachtlich, weil die Maßnahmen zur Kostendämpfung und auch die Sicherung des Qualitätsstandards im Jahr 2016 im Rahmen einer umfassenden und extern begleiteten Sachkostenoptimierung weitergeführt wurden. - Von Unwirtschaftlichkeit, wie Frau Kollegin Korosec gemeint hat, kann hier keine Rede sein, da dieses Konzept insbesondere auch im Hinblick auf Preisoptimierung, Standardisierung sowie Bedarfs- und Verbrauchssteuerung umgesetzt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Wagner hat bereits erwähnt, dass 50 Prozent der Magistratsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter im Krankenanstaltenverbund beschäftigt sind. Trotz steigender Anforderungen ist der Personalstand aber um 0,4 Prozent unter dem Vorjahresniveau geblieben. Außer dass die Besetzung von Stellen für Stationssekretärlnnen zur Entlastung des medizinischen Kernbereiches forciert wurde, gab es hier keine wesentlichen Steigerungen.

Das Wiener Spitalskonzept wird daher auch stufenweise umgesetzt. 2016 betrug die Anzahl der durchschnittlich systemisierten Betten in den Krankenanstalten des KAV 8.217, im AKH wurden im Vergleich zur Vorjahresperiode um 7,9 Prozent weniger Betten systemisiert.

Das heißt, was wir in den Krankenanstalten des KAV, aber auch im AKH selbst sehen, ist, dass der tagesklinische Bereich entsprechend ausgebaut werden konnte: So ist dieser etwa im AKH sogar bereits um 21,9 Prozent im Jahresdurchschnitt erhöht worden. - Das ist eine klare Erfolgsbilanz auch für das vergangene Jahr und das, obwohl es generell um 3,3 Prozent höhere Aufnahmezahlen in den Spitälern gegeben hat, im AKH sogar um 6,7 Prozent. Gleichzeitig konnte die durchschnittliche Verweildauer auch weiterhin auf 6,4 Pflegetage gesenkt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Medizinische Masterplan wurde bereits angesprochen. Der Masterplan Betriebsorganisation wurde von 400 Expertinnen und Experten erarbeitet und präsentiert. Das Konzept kennen Sie, daher brauche ich dieses hier auch nicht mehr näher auszuführen. Im Wesentlichen geht es auch hier um die Verkürzung von Wartezeiten, um eine bessere Planbarkeit für die Patientlnnen und Mitarbeiterlnnen, um eine Verringerung der Verweildauer und natürlich um eine enge Kooperation zwischen den Häusern, die auch die medizinische Versorgung in der jeweiligen Region sicherstellen soll. In den Häusern selbst werden dann jene Zentren geschaffen, die das Know-how und die Kompetenz aus den verschiedenen Fachbereichen bündeln sollen.

All das wird auf Basis eines Transformationsprozesses, der 2016 aufgesetzt wurde, tatsächlich umgesetzt. Man könnte jetzt noch auf eine Vielzahl von wesentlichen Bereichen, die im Jahr 2016 realisiert werden konnten, hinweisen, ich denke jetzt beispielsweise an die Eröffnung des Mutter-Kind- und OP-Zentrums im Kaiser-Franz-Josef-Spital. Und ich erwähne auch die größte Veränderung, die seit Bestehen des AKH Wien durch

den Abschluss eines Reformprozesses geschaffen wurde, in dessen Rahmen bis zum Jahr 2030 2,2 Milliarden investiert werden sollen, um die Spitzenmedizin auf internationalem Niveau halten zu können, und der Grundstein für eine gemeinsame Betriebsführung zwischen der Republik und der Stadt Wien gelegt wurde.

Lassen Sie mich zum Schluss noch darauf hinweisen, dass gerade auch mit dem Krankenhaus Nord eine sehr wesentliche Entscheidung im Rahmen dieses Spitalskonzeptes gefallen ist und die regionale Gesundheitsversorgung im Nordosten Wiens verbessert wird. (Zwischenruf von GR Mag. Wolfgang Jung.) Sie waren damals nicht dabei, aber der Gemeinderatsausschuss selbst hat sich vor einigen Wochen auch vor Ort überzeugen können, wie weit man dort bereits mit der Umsetzung ist. Der Innenausbau des Krankenhauses ist zügig vorangeschritten. (Weiterer Zwischenruf von GR Mag. Wolfgang Jung.) Sie waren nicht dabei, Herr Kollege Jung! Sie können das relativ schlecht beurteilen, auch wenn Sie jetzt reinschreien! (GR Mag. Wolfgang Jung: Aber ich weiß ganz genau, wie dort der Bauzustand ist!)

Die Ambulanzen sind fast zur Gänze fertiggestellt worden. Die Bettenstationen werden aktuell eingerichtet. Die Inbetriebnahmeprozesse werden vorbereitet, und bis Ende 2017 soll dann auch der genaue Terminplan für die Besiedelung feststehen.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, dem Rechnungsabschluss zuzustimmen, und danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Hobek. Restredezeit der Fraktion 9 Minuten.

GR Mag. Martin <u>Hobek</u> (FPÖ): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrtes Publikum vor den Bildschirmen, das jetzt wohl nicht mehr sehr zahlreich ist!

Ich möchte heute zu meinem primären Themenbereich sprechen, zu den behinderten Menschen in dieser Stadt. Wenn man sich den internationalen Vergleich betreffend Behinderte anschaut und wenn man sich auf der Welt unter diesem Aspekt umschaut, dann stellt man fest, dass Österreich und auch die Stadt Wien ungefähr im Mittelfeld liegen.

Ich nenne als Beispiel jetzt einmal die Türkei, wo man auf der Straße beidbeinig Amputierte sieht, die weit davon entfernt sind, einen Rollstuhl zu haben, und die in einer Plastikschlüssel sitzen und an jeder Hand eine Sandale haben und sich so vorwärtsbewegen. - Davon sind wir Gott sei Dank weit entfernt!

Oder schauen wir uns zum Beispiel an, wie viel in den USA Organisationen oder Unternehmen zahlen müssen, wenn sie behinderte Menschen diskriminieren. - Auch davon sind wir weit entfernt!

Auch in Europa gibt es ein relativ starkes Gefälle. Wir müssen also schauen, dass wir dort hinkommen, wo die skandinavischen Länder stehen.

Es wäre also ganz wichtig, dass wir eine Entwicklung haben, die vorwärtsgeht und positiv ist. Das kann man leider in Wien momentan nicht sagen! Wir haben hier einen Stillstand, in manchen Bereichen gibt es auch einen Rückschritt.

Ich habe vor ein paar Wochen zufällig meine Vorgängerin, die auch einmal Mitglied dieses Hauses war, getroffen. Sie hat mich gefragt, wie es mir geht und wie ich mir so als Behindertensprecher tue. - Darauf habe ich gesagt: Es ist ein bisserl frustrierend! Ich bin schon einiges gewohnt, ich bin auch schon lange genug dabei. Aber so frustrierend hätte ich es mir nicht vorgestellt! -Ich sagte ihr, dass ich immer wieder Anträge zu gewissen Themen einbringe, und zwar manchmal auch zu "No na"-Geschichten, die die Stadt Wien nicht einmal einen Cent kosten würden, dass aber alles abgelehnt wird. -Darauf sagt sie: In einem halben Jahr werden sie es dann als eigene Idee einbringen. - Darauf sage ich: Da hast du es noch gut gehabt, denn diese Zeit ist vorbei! Sie klauen die Idee nicht einmal mehr, offenbar geht nicht einmal mehr das!

Man braucht also, wie gesagt, schon sehr viel Selbstmotivation, um da am Ball zu bleiben.

Bei diesem einen Beispiel, das ich genannt habe, in der es sich eigentlich um eine "No na"-Geschichte gehandelt hat, die die Stadt Wien keinen Cent gekostet hätte, ging es darum, dass man jetzt in manchen Bundesländern beginnt, Förderungen an Behindertenorganisationen zu besteuern. Da kommt das Finanzamt und sagt, wir wollen von der Subvention 10 Prozent Steuer haben! - In Oberösterreich gibt es einen solchen Fall, und man hat sich mit der Organisation dann darauf geeinigt, dass man das jetzt nur auf zwei und nicht auf sieben Jahre rückwirkend macht. Auch in Tirol gibt es schon einen solchen Fall.

Natürlich befürchten jetzt Behindertenorganisationen auch in Wien eine Art "Flächenbrand", wie sie es genannt haben. Daraufhin habe ich vor einigen Monaten den Antrag gestellt, dass sich der Herr Bürgermeister, auch Landeshauptmann, mit diesem Thema befassen und auf höher Ebene, zum Beispiel bei der Landeshauptleutekonferenz, dagegen aussprechen möge. - Das ist, wie gesagt, eigentlich eine "No na"-Geschichte, welche die Stadt Wien auch keinen Cent gekostet hätte, aber das wurde damals abgelehnt. - Ich habe das jetzt stellvertretend als Beispiel für solche Situationen angeführt.

Zum zweiten Aufzug auf dem Stephansplatz: Ich weiß, ihr alle könnt das gar nicht mehr hören! Ich kann es eigentlich auch nicht mehr hören, aber das ist halt noch immer ein Thema, das eigentlich unglaublich ist! Es geht dabei um 2 Millionen EUR bei einem Gesamtbudget der Stadt Wien von 13 Milliarden EUR! Es handelt sich dabei um eine einmalige Ausgabe im Null-Kommairgendetwas-Bereich, aber das ist partout nicht möglich, und das im Herzen der Stadt Wien und damit auch im Herzen Österreichs! Beziehungsweise kann man fast sagen, dass wir im Herzen Europas einen Platz haben, wo wir dringend einen zweiten Aufzug brauchen, was aber einfach nicht möglich ist!

Dann bekommt man noch eine Begründung von einer amtsführenden Stadträtin, und zwar diesmal nicht von Frau StRin Frauenberger, sondern von Frau StRin Sima, die für die öffentlichen Verkehrsmittel zuständig ist. Sie

hat gesagt, es gibt ein paar mögliche Standorte, aber dort geht das leider nicht, denn das würde das UNE-SCO-Weltkulturerbe gefährden. (Ironische Heiterkeit bei GR Mag. Wolfgang Jung.) Man könnte einen zweiten Aufzug nur neben dem anderen errichten, der schon steht, aber da ist eben schon einer. - Das ist ungefähr so wie im Supermarkt, wenn man sagt, dass eine zweite Kassa geöffnet werden soll, und das Supermarktpersonal sagt, dass das nicht geht, weil eh schon eine Kassa in Betrieb ist, vor der aber die Schlange steht. - All das ist teilweise irgendwie absurd!

Das gilt zum Beispiel auch dafür, dass es in Wien nicht möglich ist, dass es einen eigenen Tarif für behinderte Menschen gibt. Das ist in den meisten Städten, die öffentliche Verkehrsmittel haben, der Fall, in Wien jedoch nicht

Besonders "gut" war auch die Geschichte mit den Behindertenampeln. Sie sehen, ich ziehe jetzt auch ein bisserl Resümee, denn der Rechnungsabschluss verleitet auch dazu, ein wenig auf die letzten Monate oder diesmal auf das Jahr 2016 zurückzuschauen. So war etwa das Beispiel mit den Behindertenampeln eigentlich - unter Anführungszeichen - eine lustige Geschichte: Ein Funktionär einer Behindertenorganisation ist an mich herangetreten. Ich nenne jetzt keinen Namen, dann weiß man nicht, wer das ist. Es ist übrigens ein Roter, aber ein enttäuschter Roter, so viel darf ich verraten. Er hat zu mir gesagt: Wir haben den Eindruck, dass mit Beginn 2016 alle neuen Ampeln in Wien mit diesem neuen Eurokey-System ausgestattet sind.

Es handelt sich dabei um einen Key beziehungsweise Schlüssel, den der Blinde bei sich hat, wobei die Wienerinnen und Wiener diesen gratis bekommen, das muss ich dazusagen. Erstens ist dieser aber schwer zu handhaben. Diesen Schlüssel anzuwenden, ist nicht ganz angenehm, wenn man zum Beispiel auf einer Seite einen Blindenhund und auf der anderen Seite eine Tasche hat. Oder auch im Winter ist das natürlich nicht so angenehm, wenn es waagrecht schneit. Aber die Ampeln sind nur mehr mit diesem Schlüssel auszulösen. Dazu kommt natürlich noch, dass Gäste aus den Bundesländern oder Touristen aus dem Ausland diesen Schlüssel natürlich gar nicht haben. - Diese Einrichtung ist also ein Rückschritt und noch dazu schweineteuer.

Es gäbe ein gutes System, das in anderen Landeshauptstädten schon seit Jahren funktioniert. Hier hat man sich aber für das teurere und schlechte Modell entschieden.

Ich wollte natürlich wissen, ob dieser Eindruck ein subjektiver ist oder ob dieser zutrifft. Daher habe ich letzten Dezember eine Anfrage an die Frau Vizebürgermeisterin und auch Stadträtin für Verkehr gestellt. - Ihre Antwort lautete: "Ja, das stimmt, wir rüsten diese Ampeln jetzt nur mehr so aus, aber die Blinden wollten das und sind sehr zufrieden damit." Gott sei Dank hatte ich das von ihr schriftlich, denn sonst hätten die Blindenorganisationen, als ich diese Information an sie weitergeben habe, vielleicht geglaubt, ich verleumde die Vizebürgermeisterin. Das hätte mir ja keiner geglaubt!

Das ist, wie gesagt, einfach eine nicht sehr befriedigende Situation. Kollegin Emmerling hat auch schon erzählt, wie es letzte Woche bei der IVMB zuging. Sie ist ja dort noch neu, daher war das für sie ein relativ drastisches Erlebnis. Ich bin ja jedes Mal dabei. - Das ist ein Gremium, das vor 31 Jahren von der Stadt Wien ganz offiziell als beratendes Gremium der Wiener Landesregierung geschaffen wurde. Man hört dort aber den Leuten einfach nicht zu.

Das war schon damals so, als es um die Schanigärten auch im Winter ging. In diesem Zusammenhang hatten die Blinden Befürchtungen wegen dieser Stehtische, die sie natürlich mit dem Stock nicht unbedingt ertasten können, weshalb sie dann dagegen rennen. Die Blindenorganisationen haben das schließlich 48 Stunden vor Ablauf der Frist zur Begutachtung bekommen, haben es aber trotzdem geschafft, eine Stellungnahme abzugeben. Was war der Erfolg? Obwohl es nur um zwei Sätze ging, die die Sache selber nicht verändert hätten, hat man es nicht hineingenommen. Und als ich das hier im Gremium moniert habe, hat StRin Brauner gesagt, all das ist nicht wahr und ein Käse, denn im ersten Absatz steht eh, dass wir die Behinderten ganz lieb haben und dass alle gleichberechtigt sind.

Man macht es sich da also sehr oft sehr leicht. Ich verstehe das, ehrlich gesagt, nicht. Ich bin von der Bezirksebene etwas anderes gewohnt. Dort haben immer alle Parteien an einem Strang gezogen, auch die SPÖ, die GRÜNEN und auch die ÖVP.

Um jetzt auch einen Blick nach vorne zu richten: Ich würde mir wünschen, dass es vielleicht auch möglich ist, dass man, wenn von der Opposition Ideen kommen, die für die behinderten Menschen gut sind, vielleicht doch einmal zustimmt, unter Umständen auch mit einem halben Jahr Verspätung wie früher, als man das dann als eigene Idee bezeichnet hat. Damit hätte ich kein Problem! Dass aber bitte etwas weitergeht, das wäre mein Wunsch an Sie. - Danke sehr. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Wehsely. Selbstgewählte Redezeit 6 Minuten.

GRin Mag. (FH) Tanja Wehsely (SPÖ): Jetzt schläft auch schon das Rednerpult ein und ist ein bisschen langsam. Daher sage ich: Bitte noch einmal kurz aufwachen, bevor es aus ist! (GR Mag. Günter Kasal: Ja, Frau Lehrer!) Frau Lehrerin, denn wir sind jetzt bei der Frauendebatte! (Zwischenruf von GR Armin Blind.) Waren Sie das jetzt mit der "Frau Lehrer"? (GR Mag. Günter Kasal: Ich war's!) Okay. Gut. Nicht genügend, setzen. (GR Mag. Günter Kasal: Ich sitze schon, danke! - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)

Klar ist: Ohne Feminismus keine gerechte Gesellschaft. - Das ist unser Credo. Das ist die Politik der Stadt Wien. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Und ich kann Ihnen jetzt auch noch sagen: Sie müssen sich keine Sorgen machen. Wir sind damit die Mehrheit! Wenn Sie da Kollegin Huemer bedauern, die all das hier schon gut vorgebracht hat, dann kann ich Ihnen sagen: Das ist das Credo der Stadt Wien! Das ist die Frauenpolitik der SPÖ! Wir stellen gemeinsam die Mehr-

heit, und deswegen sage ich Ihnen: Diese Stadt vertritt die Auffassung, dass es ohne Feminismus keine gerechte Gesellschaft gibt. (GR Dominik Nepp: Sieht das die Arbeiterkammer mit lauter männlichen Präsidenten genauso?) Das ist so. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Das heißt: Die Stadt Wien unterstützt Frauen in allen Lebenslagen, privat genauso wie beruflich. Es ist gibt kein Thema, dessen wir uns nicht annehmen wollen, um Frauen selbstbestimmt, sicher und eigenständig ein Leben in unserer Stadt zu ermöglichen, egal, ob auf dem Arbeitsmarkt mit speziellen Programmen - Stichwort "spacelab_girls" oder Stichwort FRECH -, ob durch feministische Mädchenarbeit in den Jugendzentren und in der Jugendarbeit in Wien gemeinsam mit der Frauenabteilung der Stadt Wien: Töchter können mehr, es gibt den Töchtertag, junge Frauen können öffentliche Plätze für sich erobern, es gibt das Mädchenpicknick, das Motto lautet: "Raus mit dem Mädchen! Laut sein! Wild sein!" - Das ist das Credo der Stadt und der Jugendarbeit.

Wir haben die höchste Beschäftigungsquote. Wir haben Frauenförderung nicht nur durch gezielte Vergabepolitik als größte Vergabeinstitution, die die Stadt Wien nicht nur in dieser Region darstellt, und durch Gender Budgeting, und so weiter, sondern uns sind zwei Punkte ganz wichtig, die ich in aller Kürze darstellen möchte. Ein Punkt wurde von Kollegin Huemer schon erwähnt, nämlich der Gewaltschutz: Wir feiern 20 Jahre Frauennotruf. Wir haben eines der am dichtesten gewebten Netze für Frauen im Hinblick auf Gewaltschutz in Europa und - wie ich annehme - darüber hinaus.

Wir haben Gesetze, die weltweit ihresgleichen suchen, wenn es darum geht, Frauen in Notlagen zu unterstützten, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, sie aber auch längerfristig nicht nur in akuten und sozusagen physischen Notlagen, sondern auch in psychischen Notlagen zu beraten und zu begleiten. - Dieser Punkt ist sehr wichtig: Wir haben ein dichtes Netz an Frauenhäusern, für die wir uns immer einsetzen, für die wir weiterkämpfen und mit denen wir Frauen, die von Gewalt betroffen sind, und ihren Kindern Sicherheit und Schutz ermöglichen.

Ganz besonders wichtig sind uns aber auch die Aufklärung und der Kampf gegen den aufkeimenden Antifeminismus. Das werden wir sicherlich in nächster Zeit noch vehement betreiben. Was meine ich damit? - Ich meine damit Antifeminismus als rechte Bewegung unter dem Deckmantel des weinerlichen Beklagens des um sich greifenden Gender-Wahns und des weinerlichen Bedauerns der Überförderung der Frauen, bei der man als Mann schon gar nicht mehr mitkommt und leider schon ins Hintertreffen gerät. In diesem Zusammenhang setzt man auf Biologie und die angebliche Natürlichkeit gewisser Lebensformen, Familie, et cetera.

Dahinter verbergen sich starke antifeministische Tendenzen, und das wollen wir ganz sicher thematisieren, darüber werden wir aufklären, und das werden wir in unserer Stadt und in all unseren Einrichtungen ganz besonders mit Mädchen und ganz besonders auch in der Jugendarbeit bearbeiten.

Statistisch gesehen - und für viele natürlich glücklicherweise auch gefühlt -verbessern sich die gesellschaftliche Stellung und Gleichstellung der Frau. Aber natürlich sind wir da auch mit einem Backlash konfrontiert, der sich unter anderem auch daraus ergibt, dass es eine einfache Gleichung gibt: Wir sind schon sehr weit gekommen mit der Frauenpolitik und der Gleichstellung, und daher bedauern die nicht profeministisch eingestellten Männer, dass natürlich die Gleichung "jede Frau mehr" auch "jeden Mann weniger" bedeutet. - Das ist was, was man als solidarische Gesellschaft und als feministische Gesellschaft und Politik möchte. Das ist die Grundlage zu einer gerechten Gesellschaft.

Natürlich gibt es, wie von mir schon angesprochen, auch die Schwafelei vom Gender-Wahn und das weinerliche Beklagen der sogenannten Überförderung von Frauen, was man natürlich dann als persönlich angriffig empfindet, wenn man sozusagen den kalten Hauch der absoluten Gleichstellung schon im Nacken spürt.

Wie gesagt: Wir werden das weiter betreiben. Ich darf Ihnen sagen: Sexismus ist keine Meinung, wie im Übrigen - das zur vorigen Debatte - auch Rassismus nicht und Faschismus schon gar nicht. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Letzte zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr. Laschan. Selbstgewählte Redezeit 6 Minuten. Die Restredezeit beträgt 10 Minuten. Ich werde 10 Minuten eintragen.

GRin Dr. Claudia <u>Laschan</u> (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte 3 Punkte spotartig beleuchten, denn mehr ist in den 6 Minuten, die ich mir vorgenommen habe, nicht drinnen, vielleicht kann ich das einhalten: Ich möchte über Impfen, das betrifft die MA 15, über ein paar Punkte zur Frauengesundheit und über die Pflegewohnhäuser sprechen.

Es wird schon seit Längerem gesagt, dass wir nunmehr in einem postfaktischen Zeitalter leben, in dem Fakten nichts mehr zählen beziehungsweise negiert werden und auch wissenschaftliche Erkenntnisse als Lügen bezeichnet werden. Das aktuellste und wahrscheinlich auch wichtigste Beispiel ist der Klimawandel, der vom amerikanischen Präsidenten einfach negiert wird, weil er nicht will, dass die CO₂-Ziele erreicht werden

In einem kleineren, aber nicht minder wichtigen Bereich betrifft diese Tendenz die Impfungen. Schon seit längerer Zeit gibt es einen Trend, dass Menschen Behauptungen aufstellen, die mit den Fakten nichts zu tun haben: Es wird beispielsweise behauptet, dass es Impfschäden beziehungsweise Todesfälle gäbe, die auf Impfungen zurückzuführen sein, oder es wird behauptet, es gäbe keine Masernviren, diese seien eine Erfindung der Pharmaindustrie. All das wird nicht nur im Netz, sondern auch auf allen anderen Ebenen verbreitet.

Manche Menschen glauben das auch und lassen dann ihre Kinder nicht impfen und gefährden damit nicht nur ihre eigenen Kinder, sondern auch andere. Wenn nämlich der Impfschutz nicht zu einem hohen Prozentsatz von weit über 90 Prozent gewährleistet ist, dann kann eine gefährliche Krankheit - und die Masern sind ein aktuelles Beispiel - immer wieder ausbrechen und sich auch in Österreich verbreiten.

Manche Argumente gehen in die Richtung, dass wir natürlich so wie früher einmal leben wollen und damals das Immunsystem gestärkt wurde, wenn man viele Infektionskrankheiten durchgemacht hat. - Es ist ein Trugschluss, das zu glauben! Das ist ein Unsinn! An diesen Krankheiten sind sehr viele Menschen verstorben. Es sind Millionen Menschen an den Pocken verstorben. Diese Viruskrankheit wurde durch das lückenlose Impfen mittlerweile ausgerottet.

Es sind auch viele Menschen an Masern verstorben, und es werden wieder Menschen an Masern versterben, wenn wir nichts tun. Es ist aber etwas getan worden, und zwar etwas ganz Wichtiges: Das Gratisimpfprogramm, das es ja für Kinder und Jugendliche bis 15 schon seit 1998 gibt, wurde im Hinblick auf die Dreifachimpfung Masern, Mumps und Röteln insofern ausgeweitet, als diese Impfung für alle Menschen jeden Alters gratis zur Verfügung steht, um die Impflücken, die wir in Österreich haben, zu schließen. Wir waren nämlich jetzt schon im März des Jahres 2017 mit den Masernfällen so weit, wie in den Jahren zuvor noch nicht.

Wohin das führt, möchte ich jetzt nicht erläutern, denn man kann sich ohnehin vorstellen, welche Folgen es gibt: Es gibt eine Gehirnhautentzündung, die gleich auftritt, es können gefährliche Lungenentzündungen durch die Masern ausgelöst werden. Weiters kann eine lange Immunschwäche von bis zu drei Jahren die Folge sein, und im äußersten Fall kann es auch bis zwölf Jahre nach der Maserninfektion zu einer gesamten Hirnentzündung kommen, die auf jeden Fall tödlich verläuft. - Ich habe im Rahmen meiner medizinischen Tätigkeit leider auch erlebt, dass ein kleiner Bursche, ein Zwölfjähriger, dann auch daran verstorben ist.

Das Programm für Frauengesundheit in Wien ist ein total ausgezeichnetes. Das brauche ich nicht zu erwähnen, das ist bekannt. Die Notwendigkeit, Frauengesundheitsprogramme zu haben, ergibt sich daraus, dass Frauen und Männer einfach unterschiedlich auf Erkrankungen reagieren. Das ist logisch. Es hat sich aber die Erkenntnis, dass Frauen anders auf Krankheiten reagieren, noch nicht herumgesprochen. In der Medizin ist nämlich nach wie vor eher der männliche Organismus der Maßstab der Dinge, weil sich das traditionell so entwickelt hat, dass diverse Studien an Männern durchgeführt werden. Und das bedeutet, dass Frauen in vielen Bereichen benachteiligt sind, weswegen es wichtig ist Beispiel Herzinfarkt und viele andere Erkrankungen -, dass wir entsprechend handeln.

Das Programm für Frauengesundheit beinhaltet sehr viele Projekte und auch Forschungsarbeiten. Ich möchte nur kurz erwähnen, dass es im Jahr 2016 ein für mich sehr wichtiges Projekt gab, nämlich die Herausgabe der Informationsbroschüre mit dem Titel "Eine Auszeit für Ihr Baby. Informationen zu Alkohol und Rauchen für werdende Mütter". - Das ist eine ganz wichtige Sache. Diese Broschüre wird dem Mutter-Kind-Pass beigelegt. Damit ist auch garantiert, dass sie dort ankommt, wo sie an-

kommen soll. Und da wir wissen, welche Folgen das Rauchen und der Alkoholgenuss in der Schwangerschaft haben, ist das eine sehr wichtige vorbeugende Maßnahme für die Zukunft des Kindes.

Ich möchte dazu auch anregen, dass man nicht nur die Frauen in diesem Zusammenhang in die Pflicht nimmt, sondern genauso auch die Männer und alle ihm Haushalt Lebenden, weil auch das Rauchen in der Wohnung für Babys und Kinder sehr gefährlich ist. Und man sieht sehr oft auch rauchende Menschen, meist Männer, im Auto, während sich hinten auf dem Kindersitz ein Baby aufhält. - Das ist nicht zu verantworten, und dagegen sollte man eventuell auch etwas tun, das ist jetzt eine Anregung.

Letzter Punkt - Pflegewohnhäuser: Ich bin sehr stolz und froh, dass wir im 15. Bezirk das letzte moderne Pflegewohnhaus eröffnen konnten. Dieses ist schon einige Zeit im Betrieb, und es kommt sehr gut an.

Es ist mir ein Anliegen, zu betonen, dass diese Pflegewohnhäuser der Stadt Wien sich substanziell von allen anderen dadurch unterscheiden, dass sie rund um die Uhr eine medizinische Betreuung haben, was bedeutet, dass die hochbetagten, pflegebedürftigen Menschen, die dort leben, im Falle einer Erkrankung wie zum Beispiel einer Erkältung oder Lungenentzündung oder einer anderen Infektionskrankheit nicht ins nächste Spital transferiert werden müssen. Das bedeutet für diese Menschen eine Verbesserung der Lebensqualität und auch einen Schutz vor verfrühtem Sterben, denn eine Ortsveränderung endet für sehr alte Menschen oft tödlich. Diese Einrichtung bringt ganz große Qualität, und ich möchte dafür plädieren und alle einladen, dafür zu kämpfen, dass wir diese Qualität in Form von medizinischer Präsenz durch Ärztinnen und Ärzte in diesen Einrichtungen auch weiterhin beibehalten können!

Damit komme ich zum letzten Punkt und zum Abschluss: Ich bin der Meinung, dass wir im Gesundheitsbereich natürlich sehr viel an Ressourcen sparen können und mit Ressourcen auch sehr vorsichtig umgehen müssen, das heißt, nichts Unnötiges zu tun und auf mehr Effizienz zu achten. Ich glaube, so muss vorgegangen werden, und das geschieht auch. Das ist bis zu einem gewissen Ausmaß möglich.

Es gilt aber, ab einem gewissen Punkt auch die Weiterentwicklung der Medizin und der Therapiemöglichkeiten zu beachten: Es gibt sehr viele spezifische, personalisierte, teure Therapien und neue Diagnoseverfahren auf allen Ebenen. Wir können viel mehr tun, und diese Möglichkeiten sollten auch jedem und jeder angeboten werden. Wenn wir das aufrechterhalten wollen, müssen wir allerdings eine gesellschaftliche und politische Diskussion darüber führen, wie wir das finanzieren, denn mit weniger wird das nicht möglich sein. Mit weniger wird nicht mehr gehen, und ich bin dafür, dass mehr geht. Daher möchte ich alle einladen, diese Diskussion rasch zu führen, damit wir das Gesundheitswesen so aufrechterhalten können. - Danke. (Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Zu Wort gemeldet ist die Frau Amtsf. StRin Frauenberger. - 15 Minuten

Amtsf. StRin Sandra <u>Frauenberger</u>: Einen schönen guten Abend von meiner Seite!

Ich danke für die Debatte, die so vielseitig war, wie die Geschäftsgruppe selbst auch ist.

Ich möchte jetzt mit dem Frauenthema beginnen, weil heute hier eine Diskussion über den Feminismus geführt wurde. Dazu muss man sagen - und das wurde heute auch angesprochen von der Abgeordneten von der FPÖ -, dass sich eine Gegengesellschaft entwickelt. - Ja. Das sehe ich auch so, und ich sehe das mit großer Besorgnis, denn diese Gegengesellschaft ist eine antifeministische Gesellschaft, und dieser kann man natürlich nur mit einer aktiven, sehr proaktiven feministischen Arbeit entgegentreten. Genau das tun wir in Wien, und das ist richtig so. (Beifall bei SPÖ und bei GRÜNEN.)

Das Ergebnis einer aktiven Frauenpolitik ist nun einmal auch Frauenförderung, wenn es darum geht, dass wir eben Frauen dabei unterstützen wollen, ein selbstbestimmtes, ein unabhängiges Leben führen zu können, und da spielt natürlich die Frage des Einkommens eine ganz, ganz große Rolle. Heute haben Abgeordnete schon den Equal Pay Day dargelegt, unsere Fortschritte, die wir gemacht haben. Einmal mehr: In Wien verdienen die Frauen 1.953 EUR mehr im Jahr als der Rest der Frauen in ganz Österreich. Ich denke mir, dass das so ein Beweis für eine aktive Frauenpolitik ist, die ganz wichtig ist, wenn wir sagen, dass alles eigentlich davon abhängt, dass Frauen eben eine eigenständige Existenzsicherung haben können, nicht nur das selbststimmte Leben, sondern - auch wie die Abg. Kugler das heute verlangt hat - mir geht es auch darum, dass die Frauen durch solche Maßnahmen natürlich auch in die Situation versetzt werden, wirklich auch selbst für ihren eigenen Körper verantwortlich sein zu können und das auch leben zu können. Auch das ist eine wesentliche feministische Forderung.

Wenn wir noch kurz bei dem Einkommen bleiben wollen, dann ist es wichtig, sich auch dafür einzusetzen, und das ist deshalb auch so eine wichtige frauenpolitische Forderung, dass wir einen Mindestlohn von 1.500 EUR erreichen, denn - und das wissen wir genau - dieses Einkommen, aber auch die qualitätsvollen Arbeitsplätze, sind in Wirklichkeit der einzig wirkliche Schutz vor Armut. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft auch in unserer Stadt auseinander. Gerade die Diskussionen in den letzten Wochen haben ja deutlich gezeigt, dass es den Populisten in unserer Stadt immer wieder gelingt, dass nicht Arm und Reich sozusagen gegeneinander abgewogen wird, sondern, dass wirklich die MindestlohnbezieherIn auseinanderdividiert wird mit der Mindestsicherungsbezieherln, und das ist einfach im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit genau der falsche Weg. Deswegen haben wir uns in dieser Stadt auch dafür entschieden, dass wir bei der Wiener Mindestsicherung eben nicht hergegangen sind und gesagt haben, wir deckeln und wir kürzen, wie das andere gemacht haben, sondern wir integrieren, wir verfolgen eine inklusive Sozialpolitik und schauen somit, dass die Menschen in der eigenständigen Existenzsicherung sind, mit dem Effekt, dass das natürlich auch zu einer Kostendämpfung in der Mindestsicherung führen kann.

Deswegen war es uns ganz, ganz wichtig, dass der Schwerpunkt in der Wiener Mindestsicherung in der Arbeitsmarktintegration liegt und hier wiederum im Besonderen bei der Gruppe der jungen Menschen, weil es eben im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit sehr, sehr wichtig ist, dass wir diese jungen Menschen in Arbeit bringen und damit raus aus der Mindestsicherung. Die Mindestsicherung kann und darf keine Perspektive für junge Menschen sein, es muss einfach die Eigenständigkeit, die Selbstbestimmtheit, die eigenständige Existenzsicherung das Ziel für junge Menschen sein. Deswegen haben wir viele, viele Punkte umgesetzt in der Wiener Mindestsicherung, aus Zeitgründen möchte ich hier nicht alle ausführen, aber zum Beispiel die Maßnahmen für die Jungen im Bereich "Back to the Future", das ist mir ein ganz ein wichtiges Anliegen, weil wir wissen, dass es ein tolles Programm ist. Aber natürlich auch für die Älteren: Alleine mit der Aktion 20.000, wo es ja jetzt im Parlament gelungen ist, dieses Programm umzusetzen, werden wir ein Angebot für 3.000 Menschen setzen können. Es wird den Beschäftigungsbonus geben.

Ich möchte hier auch noch einmal in Richtung FPÖ etwas aufklären: Wenn wir sagen, wir drehen Geldleistungen in Sachleistungen, weil wir davon überzeugt sind, dass das der richtige Weg ist, dann sind so auch letztendlich das Reha-Geld, die Reha-Maßnahme für die DauerleistungsbezieherInnen zu verstehen. Im Besonderen wichtig war mir, dass die Sozialarbeit in der Wiener Mindestsicherung ganz stark ausgebaut wird, denn es braucht eben auch die Begleitung für dieses starke Programm, damit dieses Programm auch letztendlich erfolgreich sein kann.

Für uns, das muss man ein Mal mehr sagen, ist aber schon eines klar: Die Wiener Mindestsicherung als das letzte soziale Netz in unserer Stadt ist ja nur ein Pflaster auf einem real existierenden Problem, nämlich auf dem Problem, dass die Armen immer ärmer werden und die Reichen immer reicher werden. Deswegen braucht es einfach eine gerechte Verteilungspolitik. Wenn ich jetzt sage, die Mindestsicherung ist das neue Modell, dann enthebt uns das natürlich nicht davon, eine starke Arbeitsmarktpolitik zu machen, eine starke Bildungspolitik zu machen, eine starke Lohnpolitik zu machen und für qualitätsvolle Arbeitsplätze zu sorgen, denn das ist in Wirklichkeit der Schlüssel für eine sozial gerechte Gesellschaft, so wie wir uns das in Wien letztendlich vorstellen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Wenn wir von Gerechtigkeit sprechen, dann geht es da auch in der sozialen Absicherung auch immer wieder darum, dass man sagt, okay, was tragt denn das letztendlich dazu bei? Ich bin davon überzeugt, dass die Investition in die soziale Gerechtigkeit auch eine Investition in die soziale Sicherheit ist. Von dieser Investition profitieren wiederum alle Wienerinnen und Wiener, egal, ob sie dieses letzte soziale Netz brauchen oder ob sie in einem existenzsichernden Job sind. Auch die Reichen

profitieren von der Investition in die soziale Sicherheit, und deswegen sind wir so davon überzeugt, dass das eben der richtige Weg ist.

Wenn wir von dieser Sicherheit sprechen, dann möchte ich jetzt noch zum Abschluss auf den Krankenanstaltenverbund hinschauen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der KAV als großer Gesundheitsdienstleister dieser Stadt leistet Hervorragendes, das muss man wirklich einmal feststellen. Es ist mir auch wirklich wichtig, dass wir in der Spitalsreform 2030 genau darauf schauen, dass wir eben ein System bauen, das nachhaltig dafür sorgt, dass diese Gesundheitsdienstleistung einfach aufrechterhalten bleiben kann. Deswegen halten wir auch an diesem Konzept 2030 fest. Das Einzige, was ich in der letzten Zeit mitbekomme, sind sehr, sehr viele Gerüchte. Ich kann Ihnen nur sagen, ich weiß nicht, wo Sie es herhaben, aber Tatsache ist: Natürlich bleiben wir bei der Zentrenbildung. Das ist die richtige Lösung, das machen viele andere Länder, sogar auch viele Bundesländer, erst kürzlich hat das, glaube ich, auch die Steiermark präsentiert. Natürlich führt an diesen Zentrenbildungen nichts vorbei. Das Einzige, was wir gemacht haben, ist, dass wir bei den Augen eine Lösung gesucht haben, wo die Versorgungssicherheit geboten bleibt, aber das ist kein Abkommen vom Spitalskonzept, sondern das war der Versuch, eine gemeinsame Lösung innerhalb dieser Konstruktion des Spitalskonzeptes 2030 zu finden.

Wenn ich vorher gesagt habe, dass wir ein super Dienstleister sind, dann sind das in Wirklichkeit die über 30.000 Menschen, die da tagtäglich in diesem Gesundheitssystem arbeiten und die dafür sorgen, dass wir hier wirklich ruhigen Gewissens sagen können, dass die Versorgung der Wienerinnen und Wiener absolut auf einer ganz tollen Top-Qualität beruht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdienen sich auf der einen Seite unseren Dank, aber auf der anderen Seite war es auch die große Herausforderung, es zu schaffen, wieder Vertrauen aufzubauen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch entsprechend zu motivieren und dadurch auch zu einer höheren Identifikation mit ihrer Arbeitgeberin, mit ihrem Krankenanstaltenverbund zu kommen. An dieser Stelle möchte ich mich bei all den Menschen, die in unserem Gesundheitssystem arbeiten, und das mit so großem Engagement machen, auch wirklich ganz, ganz herzlich bedanken. Ich denke mir, wir könnten alle noch einmal gemeinsam für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter applaudieren. (Beifall bei SPO, GRÜNEN, ÖVP und NEOS.) Gut, die FPÖ kann das nicht, das macht aber nichts, denn die Menschen wissen schon, auf wen sie letztendlich in dieser Stadt auch setzen können, wenn es darum geht, dass wir gute Entscheidungen treffen können.

Damit bin ich auch noch bei der Organisationsform des Krankenanstaltenverbundes. Die Mitglieder des Ausschusses wissen es: Wir haben sehr, sehr daran gearbeitet, wir haben sehr intensive und gute Gespräche mit der Personalvertretung, mit der Gewerkschaft geführt und haben gemeinsam versucht, eine Organisationsform in Form von einem Wiener Modell zu entwickeln, die

letztendlich das erfüllt, was unser großes Ziel ist, nämlich auf der einen Seite nachhaltig und in die Zukunft bauen, dass es weiter so ist, dass der KAV zu 100 Prozent im Eigentum der Stadt bleibt, und - das ist mir auch noch sehr, sehr wichtig - dass es eben eine Möglichkeit gibt, hier Verantwortungen dort hinzugeben, wo auch letztendlich die Verantwortung getragen werden muss, nämlich in dem Krankenanstaltenverbund, sei das die Personalverantwortung, sei das die Finanzverantwortung. Das ist ganz, ganz essentiell.

Natürlich kann diese Organisationsform nicht alleine stehen, ich sage immer, es braucht vier Säulen in diesem ganzen Konzept. Wir brauchen auf der einen Seite das Spitalskonzept 2030 mit den Zentrenbildungen, mit den sechs Häusern, mit unserem AKH, wo wir einmal sagen, okay, so schaut das Ding aus, so möchten wir uns konzentrieren, so möchten wir unsere Schwerpunkte setzen. Wir brauchen auf der anderen Seite natürlich eine gute innere Struktur, an der der KAV sehr, sehr intensiv und gut gearbeitet hat. Wir brauchen aber als dritte Säule natürlich auch eine moderne Besoldungsreform, an der ich schon als Personalstadträtin mitarbeiten durfte, und ich auch heute als Gesundheitsstadträtin sage: Diese Reform ist ganz, ganz notwendig und wichtig, gerade auch für den Krankenanstaltenverbund. Und wir brauchen diese Organisationsform in Form von einem Wiener Modell, die uns nachhaltig das absichert, was unser aller Ziel ist, dass wir nämlich eine gute Gesundheitsversorgung in dieser Stadt haben.

Im Ressort Gesundheit, Soziales und Frauen begleiten wir die WienerInnen eigentlich durch alle Lebenslagen, es geht von der Gesundheitsversorgung über die Pflege, es geht darum, Menschen zu unterstützen, wenn sie in Notlagen sind oder wenn sie neue Lebenswege gehen, eigentlich so quasi in guten und in schlechten

Zeiten. Wir stellen da auch wirklich sicher, dass es eine sehr hohe Lebensqualität für alle gibt, und die auch wirklich allen zu Gute kommen kann. Und das ist nicht selbstverständlich, dafür brauchen wir viele engagierte MitarbeiterInnen, die brauchen wir in den Magistratsabteilungen, die brauchen wir beim FSW, die brauchen wir im Psychosozialen Dienst, die brauchen wir in den sozialen Einrichtungen der Sucht- und Drogenkoordination, der Wiener Gesundheitsförderung, aber auch den Wiener Pensionistinnen- und Pensionisten Wohnheimen und natürlich in allen anderen Gesundheits- und Sozialbereichen. Und diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wir, das ist die gute Botschaft. Ich möchte gerade jetzt meine letzte Minute um Mitternacht dafür nutzen, all diesen Menschen ganz herzlich Danke zu sagen. Ich bin davon überzeugt, dass wir eine sehr, sehr gute Sozialund Gesundheits- und Frauenpolitik machen, die Halsschlagader dieser Stadt sozusagen, wie ich immer behaupte. Dafür zu kämpfen, sich dafür einzusetzen, und das mit Haltung zu tun, das zahlt sich allemal aus. - In diesem Sinne, danke schön und gute Nacht. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald <u>Ebinger</u>: Ich bitte noch kurz um Ruhe. Zur Geschäftsgruppe Soziales, Gesundheit, Frauen und zum Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir unterbrechen nun die öffentliche Sitzung des Gemeinderates und setzen sie heute um 9 Uhr mit der Spezialdebatte der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung fort.

Gute Nacht.

(Schluss um 00.03 Uhr.)